C 21734 D



Krimineller Poker mit Atommüll S.12

Arbeiterkampf

Jg.10 Nr.190 1.12.80 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 3
Förderpreis DM 5,–

Nieder mit der Junta! Freiheit für El Salvador!

In der Nacht zum 28. November wurden mindestens 6 Repräsentanten der Oppositionsfront FDR (revolutionäre demokratische Front) von einer Konferenz weg entführt, vier von ihnen wurden am Freitagmorgen auf einem Luftwaffenstützpunkt ermordet aufgefunden.

Eine Gruppe schwerbewaffneter Personen, teils in zivil, teils in Militär- und Polizeiuniformen war in das Juristische Büro der Katholischen Kirche in San Salvador eingedrungen, zwang alle Anwesenden, sich mit dem Gesicht nach unten auf den Boden zu legen und verschleppte mindestens 6 (nach anderen Angaben 8) Führer der Oppositionsgruppen. Nach einer FDR-Erklärung, die in Mexiko herausgegeben wurde, handelt es sich bei den Ermordeten um: den Vorsitzenden der FDR (Enrique Alvarez Cordova), den Generalsekretär der oppositionellen Massenorganisation BPR, Revolutionärer Volksblock (Juan Chacon) und den Vorsitzenden der nationaldemokratischen Aktion UDN, eine Massenorganisation der KP (Manuel franco). Der vierte Ermordete war bis Redaktionsschluß noch nicht identifiziert. Vermißt werden weiterhin der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei MNR (Enrique Escobar Barrera), der Vorsitzende einer Studentenorganisation (Umberto Mendoza), eine Journalistin von UPI (Dorothea Hernandez) und Mario Maravilla.

Ein rechtsextremistisches Kommando hat sich telefonisch zu der Entführung und den Morden bekannt.

Über 6.000 Opfer des rechten Terrors allein in diesem Jahr, Bombardierung und Ausrottung ganzer Regionen, die guerillaverdächtig sind (wie im Oktober in der Nordprovinz Marazan), Ermordung von Vertretern des demokratischen Widerstandes wie Erzbischof Romero und dem Rektor der Universität, und jetzt die Ermordung von Führungspersönlichkeiten sämtlicher Oppositionsgruppen – das ist die Bilanz der Militärjunta, die Außenminister Genscher als *„die einzige demokratische Alternative" bezeichnet* (nach „SZ", 29.11.80).

Das El Salvador-Komitee Hamburg riefen nach Bekanntwerden des Überfalls am Freitag zu einer spontanen Demonstration auf, die von KB und DKP unterstützt wurde. Trotz der Kürze der Zeit sammelten sich 100 - 150 Menschen am Baumwall und zogen in die Innenstadt mit Flugblättern und folgenden Forderungen:

Aufklärung über das Schiksal der anderen Verschwundenen!
Schluß mit dem Terror gegen die Bevölkerung!
Keine weitere Unterstützung der USA für dieses Mörderregime!
Keinen Kredit der BRD an El Salvador, bevor das Volk an der Macht ist!
Anerkennung der FDR als einzige legitime Vertreterin des Volkes von El Salvador!

(Ein weiterer Aufruf zur El Salvador-Solidarität auf den Lateinamerikaseiten in diesem AK, Demonstration und Veranstaltung am Tag der Menschenrechte, den 10.12.80).



Gedient wird nicht!

Frauen zum Bund? Nein danke!

Pressemeldungen wie: „Apel: Bundeswehr muß bald Frauen einstellen" (Westd. Allgem., 17.9.80) und „Der Bundeskanzler schließt Einstellung von Frauen nicht aus" (Köln. Rundsch., 17.9.80) stimmen die westdeutsche Bevölkerung darauf ein, daß der angebliche Mangel an männlichen Rekruten bald durch die Einstellung von Soldatinnen ausgeglichen werden soll.

Dabei ist die Einbeziehung von Frauen in militärische Konzepte keineswegs neu, sondern wird seit langem systematisch betrieben:

– Seit Verabschiedung der Notstandsgesetze 1968 können Frauen bis zum Alter von 55 Jahren zu allen möglichen Diensten im „Ernstfall" herangezogen werden;
– 1975 wurden die Gesetze der BRD so verändert, daß Frauen – zunächst als Nicht-Kombattantinnen – Mitglied in der Armee werden können. Es gibt heute ca. 80 Sanitätsoffizierinnen.
– Seit dieser Zeit wird in Regierungs- und Militärkreisen diskutiert, in welcher Form eine weitergehende Einbeziehung von Frauen ins Militär nun vor sich gehen soll.

Relativ unbeachtet von der Öffentlichkeit wird schon seit längerem die faktische Rekrutierung von Frauen zu kriegerischen Zwecken betrieben: Unter dem Deckmantel, jungen Frauen eine Ausbildung zum „Pflegen und Dienen" zu geben, werden Schwesternhelferinnen als Kräfte für den Einsatz im möglichen ‚Verteidigungsfall' ausgebildet, bisher schon 220000.

Wir Frauen haben aus zwei Weltkriegen gelernt, daß wir für den Krieg überall gebraucht werden sollen: in der Armee, im Nachschub, im Sanitätsdienst, im Arbeitsdienst, in den Rüstungsbetrieben. Deshalb diesmal rechtzeitig –

Keinen Handschlag für Krieg und Militär !

Keinen Handschlag für Krieg und Militär !

Demos am 6.12.

MÜNCHEN :	10.00	Uhr	Treffpunkt	Königsplatz
	11.30	Uhr	Kundgebung	Odeonsplatz
	14.00	Uhr	Großveranstaltung	„Schwabinger Bräu"
BONN :	12.00	Uhr	Treffpunkt	Güterbahnhof
	14.00	Uhr	Kundgebung	Poppelsdorfer Allee
HAMBURG :	11.00	Uhr	Treffpunkt	Karl-Legien-Platz
	12.00	Uhr	Kundgebung	Jungfernstieg
	13.00	Uhr	Kundgebung	Platz Graskeller

Linkswendung oder »Aufstand der Mitte«?

Grüne Partei am Scheideweg

Im Zeichen heftiger Orientierungskämpfe stand die Sitzung des Bundeshauptausschusses (höchstes Gremium der Grünen Partei) am 29./30.11. in Nürnberg. Im BHA sind Delegierte der Landesverbände und der Bundesvorstand vertreten. Anwesend am 29./30.11. waren rund 50 Abstimmungsberechtigte und etwa ebensoviele Gäste.
Auf der Tagesordnung standen:
+ Auswertung der Wahl und zukünftige Programmarbeit.
+ Strömungen und Fraktionen innerhalb der Grünen Partei.
+ Festlegung des nächsten Bundesparteitages.
Abgrenzungs- bzw. sogar Ausschlußanträge aus Schleswig-Holstein und dem Saarland gegen die linke „Gruppe Z" ließen für diese BHA-Sitzung von vornherein lebhafte und kontroverse Debatten erwarten.

Die Auseinandersetzung über den weiteren Weg der Grünen Partei war unmittelbar nach dem Wahltag eröffnet worden. Als kontroverse Positionen traten dabei hervor:

+ Einerseits die These, daß die Grüne Partei „links sein" müsse, um politisch zu überleben. Vorgeschlagen wurde im Sinne dieser Hauptorientierung eine „Profilierung" der Partei an den Themen Antifaschismus, Antimilitarismus, Frauen und Arbeiterpolitik. Diese These wird ausdrücklich nur von der „Gruppe Z" vertreten, die ihre Hochburgen in Schleswig-Holstein und Hamburg hat.
+ Zum zweiten Personen und Strömungen, die zwar inhaltlich der von der „Gruppe Z" befürworteten Orientierung ziehmlich nahe kommen (insbesondere: Friedenskampf müsse Schwerpunkt der Grünen sein), aber die einer ausdrücklichen L i n k s-orientierung der Partei widersprechen. Fürsprecher dieser Richtung sind im Bundesvorstand Dieter Burgmann, Erich Knapp, Petra Kelly.
+ Total kontrovers zu diesen beiden Positionen stehen d i e Kräfte, die nach dem negativen Wahlausgang einen „Aufstand der Mitte" (gegen Links) proklamieren. Ihrer Meinung nach ist das linke Potential viel zu schmal; die Partei müsse sich mehr auf ein „mittleres" und mittelständisches Wählerpotential (FDP-Potential) ausrichten. Teile dieser Strömung neigen offen zur Versöhnung mit Gruhls GAZ und anderen rechten Abspaltungen; zugleich sind hier natürlich auch die Haupttreiber gegen die „Gruppe Z" zu finden.

Im Bundesvorstand wird diese Position vor allem durch Lippelt (Niedersachsen) vertreten, unterstützt durch Hannelore Saibold und Christine Schnappertz, sowie teilweise und mit etwas anderer Argumenta-

Fortsetzung Seite 3

Pekinger Racheprozeß eröffnet

Der **"Prozeß gegen die konterrevolutionären Cliquen um Lin Biao und Jiang Qing"** – so lautet die offizielle Bezeichnung – hat am 20. November begonnen. Die chinesische und die internationale Öffentlichkeit sind vom Prozeß ausgeschlossen und werden nur mit ausgewählten Teilstükken mager „informiert". Gericht und Publikum des Prozesses bestehen ausschließlich aus ausgewählten Feinden der Angeklagten. Die Vorverurteilung der Angeklagten steht in den chinesischen Medien zudem längst fest.

Die westliche Presse macht in diesem Fall gern gute Miene zum bösen Spiel und feiert den Prozeß halb verschämt, halb dreist als „Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit" ab. Diese „Rechtsstaatlichkeit" wird — außer durch den Geheimcharakter des Prozesses – beispielsweise auch durch folgende Umstände anschaulich belegt: Den Angeklagten wurde die Anklageschrift erst 10 Tage vor Prozeß-Beginn ausgehändigt. Erst zu diesem Zeitpunkt wurde ihnen auch mitgeteilt, daß sie das Recht hätten, Verteidiger zu benennen. (nach „Peking Rundschau", 18.11.). Daß unter diesen Bedingungen die Angeklagten keine Möglichkeit hatten, sich angemessen auf den Prozeß vorzubereiten, Gegenbeweise und Gegenzeugen zu beschaffen usw., ist offensichtlich. das chinesische Fernsehen bereitete seinen relativ wenigen Zuschauern, die sowieso durchweg aus den besser verdienenden Schichten kommen,

Fortsetzung Seite 2

IN DIESER AUSGABE:

Hoesch-Arbeiter kämpfen um ihre Arbeitsplätze

70 000 Menschen demonstrierten am 28.November in Dortmund unter der Forderung „Stahlwerk jetzt!" für den Erhalt von 10 000 Arbeitsplätzen und gegen den Ruin der Stahlstadt Dortmund. Wir berichten über die Kundgebung und darüber, wie die SPD-Politiker die Forderungen der Stahlarbeiter zu demontieren versuchen.
Seite 39, 40

Bundesweiter Sternmarsch gegen die Startbahn West (Frankfurt)

Seit Monaten wehrt sich die Bevölkerung des Rhein-Main-Gebiets gegen den Bau der Startbahn West zur Erweiterung des Frankfurter Flughafens. Im Oktober hat die hessische Landesregierung, unter dem Schutz von 1000 Polizisten und dreifach gezogenem Nato-Stacheldraht, mit dem Abholzen von Waldstücken begonnen. Anfang März 1981 soll Baubeginn sein.
Dagegen rufen der BBU und die örtliche ‚Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung' zum 7.12. zu einem bundesweiten Sternmarsch nach Rüsselsheim auf Seite 10

World Anticommunist League — eine faschistische Internationale

Die CSU ließ ihr eine Grußadresse übermitteln: der World Anticommunist League. Dieser Verein verbindet in seiner Propaganda Antikommunismus und Antisemitismus. Offizielle Verbindungen der League reichen zu den Regimes von Südkorea, Taiwan, Paraguay, Guatemala... Inoffizielle Kontakte gehen in die internationale Nazi-Szene.
Seiten 17, 18

Beethoven contra Sex and Drugs and Rock'n Roll

Wo sie auftreten, gibt es Zunder: In den USA knüppeln sie reihenweise Kommunisten nieder, in der BRD blasen sie zum Sturm auf Drogenberatungsstellen und „den proterroristischen Sumpf". Über die jüngsten Provokationen der Anti-Drogen-Koalition (ADK) und ihre Hintermänner, die Europäische Arbeiterpartei (EAP), Berichte auf den
Seiten 23,24

Über Hochsicherheitstrakte und andere Knäste

„Über Hochsicherheitstrakte, Terrorismus und den grundlegenden Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse" ist der Titel eines Vortrags der p. p. Zahl-Intiative, aus dem wir interessante Aussagen wiedergeben.
Über den Hochsicherheitstrakt in Celle berichtet Harry Stürmer in einem Interview; Harry selbst war dort bis vor wenigen Monaten eingesperrt.
Warum schwule Gefangene keine Schwulen-Magazine beziehen dürfen, erklärt die Leitung der JVA Werl: Sie stören in einer Anstalt, in der Männer lange Jahre ohne sexuelle Kontakte leben müssen, die Ordnung und darüber hinaus die Sicherheit der Anstalt erheblich... Durch die Aushändigung dieser Schriften würde nicht nur ein Zustand gebilligt, der als solcher schon erheblich gegen die Anstaltsordnung verstößt. Es Würden obendrein einem Werben unter Gefangenen und der Bildung von Abhängigkeiten Vorschub geleistet". Mehr darüber auf den Seiten 21, 22 und 31

Pekinger Rache-Prozeß eröffnet

Fortsetzung von Seite 1

ein exclusives Vergnügen: Es zeigte ausführlich die Reaktionen der Angeklagten bei der Entgegennahme der Anklageschriften. Hei, wie komisch und erheiternd: Yao Wen-yüan weint, „stottert und lallt", kriegt Schweißausbrüche. Zum Totlachen auch die Reaktion von Jiang Quing: Sie fordert doch tatsächlich, mit jemandem sprechen zu können, *„der sie über ihre Rechte und juristischen Möglichkeiten aufklärt"* – selbstverständlich vergeblich. *„Sie ist immer noch wie früher"*, kommentiert der chinesische Fernsehsprecher die drollige Szene ... (nach „Frankf. Rundschau", 25.11.).

10 Menschen stehen als Angeklagte vor Gericht:

- Die Viererbande; alle Vier waren bis zu ihrer Verhaftung am 6.10.76 Mitglieder des Politbüros, zwei gehörten auch den Ständigen Ausschuß des Politbüros – dem höchsten Parteigremium – an.
- Fünf hohe Militärs, die 1971 zusammen mit dem damaligen Mao-Stellvertreter und Verteidigungsminister Lin Biao einen Putsch geplant haben sollen; vier von ihnen waren damals Mitglieder des Politbüros.
- Tschen Boda, bis zum Herbst 1970 Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros; auf dem 10. Parteitag der KP Chinas, 1973, als „Hauptmitglied der Lin-Biao-Clique" verurteilt.

Die ausführliche Anklageschrift wurde inzwischen in der chinesischen Presse veröffentlicht, liegt uns aber noch nicht in Übersetzung vor. Auch die Informationen über den bisherigen Prozeßverlauf sind – zumindest in der BRD-Presse – sehr mager. Aus den bisher vorliegenden wenigen Informationen ergibt sich folgendes Bild:

Gegen die fünf Militärs und gegen die anderen fünf Angeklagten wird getrennt verhandelt. Die Verhandlungsführung wirkt, gemessen an der Schwere und am Umfang der Anklagen, eher läppisch und unsystematisch. **Das Interesse der Verantwortlichen scheint in der Anfangsphase des Prozesses vor allem darauf gerichtet, d i e Punkte abzuhandeln, zu denen es G e s t ä n d n i s s e gibt.** So ging es bisher nur um zwei Anklagepunkte:

- Der Putsch-Vorwurf gegen die fünf Militärs.
- Der Vorwurf, gegen Deng Hsiao-ping und den (Anfang 1976 verstorbenen) Ministerpräsidenten Tschu En-lai intrigiert zu haben. Der Vorwurf richtet sich gegen die „Viererbande", in erster Linie gegen Jiang Qing.

Im Verfahren gegen die Militärs sollen – laut chinesischer Nachrichtenagentur – alle fünf Angeklagten zu dem Putsch-Vorwurf vernommen worden sein. Doch wurde über die
zu dem Putsch-Vorwurf vernommen worden sein. Doch wurde über die
konkreten Ergebnisse der Verhöre kaum etwas berichtet. Präsentiert wurde als „geständig" der damalige Kommandeur der Luftwaffe, Wu Fahsiän. Tatsächlich „gestanden" hat er allerding nur die ohnehin bekannte Tatsache, daß er (laut „taz", 26.11., im Oktober 1970) den Sohn Lin Biao's, Lin Li-kuo, auf eine zentrale Kommando-Position der Luftwaffe befördert habe. Dieses „Geständnis" wird überhaupt nur daraus verständlich, daß Lin Li-kuo (der im September 1971 bei dem bekannten Flugzeugabsturz umgekommen sein soll) die Zentralfigur des geplantes Putsches gewesen sein soll. N u r s o ist anscheinend auch das berichtete „Geständnis" von Wu Fa-hsiän zu verstehen: Er habe „die Voraussetzungen" für den Putschplan und für den (damit zusammenhängenden) Mordplan gegen Mao geschaffen. Von irgendeiner eigenen Beteiligung an dem angeblichen Putschplan hat Wu Fa-hsiän nach den bisher vorliegenden Berichten n i c h t gesprochen! (nach „FR" und „Le Monde", 25.11.). – Der zweite „geständige" Angeklagte ist Jiang Tengjiao, damals Politkommissar der Luftwaffe in Nanking. Er soll gestanden haben, 1971 von Lin Li-kuo *„nach Schanghai geschickt worden zu sein, um dort ‚die Operation eines Attentats auf den Vorsitzenden Mao zu befehligen"* (nach „Welt", 28.11.).

Zusammengenommen ergeben die bisher gemeldeten „Geständnisse" – ihre Richtigkeit vorausgesetzt – nur, daß von Lin Biao's Sohn Putsch- und Mordpläne ausgegangen seien. Die „Geständnisse" ergeben hingegen n i c h t s für die Vorwürfe gegen Lin Biao selbst und für die Anklage gegen die vier anderen Militärs, die zugleich Mitglieder des Politbüros waren. **Erst recht ergeben die bisherigen Informationen absolut nichts für die offizielle Vorverurteilung, daß die „Viererbande" gleichfalls in die angeblichen Putschpläne verwickelt gewesen sei.**

Ebenso mager sind die bisherigen Prozeß-Ergebnisse gegen die „Viererbande". Dabei ging es – den Meldungen zufolge – bisher ausschließlich um die Fraktionskämpfe im Vorfeld des IV. Internationalen Volkskongresses, der im Januar 1975 stattfand. Der Nationale Volkskongreß ernennt in China die Regierung. Der „Viererbande" wird vorgeworfen, sie habe damals die Ernennung Deng Hsiao-pings zum Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten, womöglich sogar die Bestätigung von Tschu En-lai als Ministerpräsident, verhindern wollen. Stattdessen habe sie die Ernennung von Dschang Tschuntjiao (jetzt einer der angeklagten Vier) zumindest zum Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten durchsetzen wollen. (Dschang wurde dann zweiter Stellvertreter, nach Deng).

Jiang Qing soll „Drahtzieherin" dieses „Komplotts" gewesen sein. Als Kronzeuge gegen sie trat jetzt im Prozeß der Mitangeklagte Wang Hungwen (damals einer der Stellvertretenden Parteivorsitzenden) auf: Er „gestand", daß er im Oktober 1974 im Auftrag von Jiang Qing zu Mao gefahren sei, um Tschu und Deng zu „verleumden" und um vor allem die Ernennung Dengs zu verhindern. Auch Yao Wen-yüan, der einen total zertrümmerten Eindruck macht, gab „unsicher", „stotternd" und unter Hinweis aus Erinnerungslücken zu Protokoll, die damaligen „falschen Berichte" an Mao hätten „dem Plan
Berichte" an Mao hätten „dem Plan
von Jiang Qing gedient", die Ernennung Dengs zu verhindern. Zwei Zeuginnen der Anklage, beide heute noch Funktionärinnen, gaben vor Gericht an, sie seien von Jiang Qing „aufgefordert worden", Tschu und Deng „bei Mao zu verleumden". (nach „Welt", 26.11. und 28.11.; „FR", 27.11.).

Jiang Qing verweigerte zu diesen „Anschuldigungen" die Aussage; ebenso verhielt sich Dschang Tschuntjiao.

Einen großen Aussagewert haben diese „Anschuldigungen" (von zwei seit vier Jahren inhaftierten und sichtlich zerbrochenen Angeklagten und von zwei Funktionärinnen des herrschenden Regimes) nicht. **Davon abgesehen ist schwer einsichtig, was die Behandlung solcher gängigen Fraktionsintrigen in einem Prozeß zu suchen hat, der nach offizieller Darstellung ausdrücklich nicht politische, sondern kriminelle Handlungen beurteilen soll.**

Es bleibt abzuwarten, ob der Prozeß in dieser unangemessenen läppischen Weise fortgeführt werden soll, oder ob noch solidere „Geständnisse" und Beweismittel bevorstehen. Interessant müßte vor allem die Behandlung der Anklagepunkte bezüglich der Kulturrevolution (1966 - 68) werden. Dies vor allem aus folgendem Grund: Die G e s a m tbilanz der Kulturrevolution ist auf zwei Parteitagen (dem 9. und 10., 1969 und 1973) unmißverständlich als p o s i t i v eingeschätzt worden. Sogar auf dem 11. Parteitag im August 1977, n a c h dem Rechtsputsch vom 6.10. 76, erklärte der Parteivorsitzende Hua Guo-feng in seinem Rechenschaftsbericht, die „Zerschlagung der Viererbande" sei *„ein weiterer wichtiger Sieg der Großen Proletarischen Kulturrevolution"*. Zustimmend zitierte Hua dann Mao: **„Die gegenwärtige Große Proletarische Kulturrevolution ist absolut notwendig und kommt genau zum richtigen Zeitpunkt, um die Diktatur des Proletariats zu festigen, einer kapitalistischen Restauration zuvorzukommen und den Sozialismus aufzubauen".** Hua hielt diesen Bericht übrigens im Auftrag des ZK; der gesamte Parteitag stimmte „einmütig" dem Bericht zu ! (hsinhua, 22.8.77).

Wenn das Gericht nunmehr die Kulturrevolution in der Gesamtbilanz nicht bloß als politischen Fehler, sondern sogar als gigantisches Verbrechen werten will, so müßte dafür nicht die „Viererbande", sondern die gesamte Partei, insbesondere der gesamte höhere Parteiapparat (sofern er nicht nachweislich zu den „Opfern" gehörte), angeklagt werden. Hinzu kommt, daß eine solche totale Umbewertung der Kulturrevolution samt Revision sämtlicher Parteitagsbeschlüsse dazu, allenfalls von einem P a r t e i t a g der KP Chinas ausgehen müßte (der im kommenden Jahr stattfinden soll), nicht aber von einem relativ beliebig besetzten Gericht. –

In diesem Rache-Prozeß, der Revanche der „Verlierer" der Kulturrevolution gegen die damaligen „Sieger", geht es also auch darum, für den anstehenden 12. Parteitag 1981 vollendete Tatsachen zu setzen. **Darüber hinaus wäre es gar nicht ver-**
Darüber hinaus wäre es gar nicht ver-
wunderlich, sondern eigentlich nur logisch, wenn im Strudel dieses Prozesses auch der Parteivorsitzende Hua Guo-feng und große Teile des Parteiapparats untergehen würden.



China: Eine von zahlreichen Hetzkarikaturen gegen die Pekinger Angeklagten

Erklärung von italienischen Intellektuellen, Politikern und Gewerkschaftern gegen den Pekinger Prozeß

Der Prozeß in Peking gegen einige der höchsten Führer der KP Chinas ruft Zweifel, Sorgen, Unruhe und ein tiefes Gefühl des Protestes hervor. Das Vorgehen, das undurchdringliche Schweigen über die Untersuchungen, über die Gewährleistung des Rechts auf Verteidigung, der Inhalt der Anklagen und der Beweise, die erst in diesen Tagen teilweise veröffentlicht wurden, der streng abgeschlossene Charakter der Gerichtsverhandlungen, die Äußerungen offizieller Stellen, daß die Angeklagten aus dem Saal geschafft werden, wenn sie sich nicht ‚kooperativ' verhalten, der vorweggenommene Schuldspruch – das alles wirft ein alarmierendes Licht auf den Ausgang des Verfahrens.

Mit ihrem Machtmißbrauch rufen die Vorgänge Erinnerungen wach an die Rituale, Prozeduren und Inhalte der dramatischen Prozesse, die zwischen 1936 und 1938 vom Stalinismus gegen die höchsten Führer der Bolschewistischen Partei organisiert wurden, um deren Ideen zu kriminalisieren und um jeden Ansatz einer alternativen politischen Linie zu zerstören. Angesichts dieser weit zurückliegenden Prozesse waren die Reaktionen der internationalen Arbeiterbewegung, der demokratischen öffentlichen Meinung und der Linksintellektuellen weitgehend Verteidigung und Zustimmung oder Zurückhaltung und Feigheit. Die Stimmen und Initiativen des Protestes blieben vereinzelt und isoliert.

Was die politischen Vorstellungen und Handlungen der in Peking inhaftierten chinesischen Führer angeht, mögen unsere Ansichten unterschiedlich und kontrovers sein. Was uns aber im Protest vereint, betrifft das juristische Vorgehen, dem sie unterworfen werden: Das Fehlen jeder echten Rechtsgarantie, das Verbot jeder autonomen Teilnahme von Vertretern der internationalen demokratischen Öffentlichkeit beim Prozeß. Angesichts dieser Tatsache muß man sich unbedingt für einen breiten demokratischen Protest einsetzen. Zögern und Schweigen darf es nicht geben. Man muß vorbehaltlos die Praktiken verurteilen, die an die schlimmsten Zeiten des Stalinismus erinnern, daß nämlich innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung der Sieger eines politischen Streites den unterlegenen Gegner kriminalisiert – sei es, daß er ihn ausschließt und hinausdrängt, wenn die Partei nicht an der Macht ist, oder daß er ihn vor Gericht stellt und oft sogar ermorden läßt, wenn er die Macht hat.

Wir halten es deshalb für notwendig, uns zu wenden an:

- **die politischen, gewerkschaftlichen und kulturellen Organisationen der Linken, insbesondere an die PCI, PSI, an Democrazia Proletaria, an die PdUP, an die Radikalen, an (die Gewerkschaften) CGIL, CISL und UIL, damit sie offiziell gegenüber der chinesischen Regierung und**
an die PdUP, an die Radikalen, an (die Gewerkschaften) CGIL, CISL und UIL, damit sie offiziell gegenüber der chinesischen Regierung und
der KP Chinas ihre Sorgen und ihren Protest zum Ausdruck bringen und zugleich das Recht auf Anwesenheit eigener Beobachter bei den Gerichtsverhandlungen fordern;
- **an Magistratura Democratica (Demokratischer Richterverband, Anm. AK), damit sie die nötigen Schritte unternimmt, um eine eigene Delegation zur Beobachtung des Prozesses schicken zu können;**
- **an die Genossen und Führer der sozialistischen Szene, damit sie die Organe der Sozialistischen (=Sozialdemokratischen, Anm. AK) Internationale dazu bringen, ihren Standpunkt zu erklären;**
- **an die Genossen und Führer der KP Italiens, damit sie zusammen mit den Parteien und Strömungen eurokommunistischer Orientierung aller Länder eine gemeinsame Aktion gegenüber der KP Chinas unternehmen.**

Gabriele Cerminara, Lino Del Fra, Dario Fo, Vittorio Foa, Elio Giovannini, Alfonso Leonetti, Antonio Lettieri, Riccardo Lombardi, Cecilia Mangini, Franco Marrone, Francesco Misiani, Mario Monicelli, Ruggero Orfei, Felice Piersanti, Liliana Piersanti, Ugo Pirro, Franca Rame, Luigi Saraceni, Umberto Terracini, Gianfranco Viglietta, Franco Zannino

Appell für die gefangenen Revolutionäre und Demokraten in China

Vorbemerkung der AK-Redaktion: Den hier abgedruckten Text veröffentlichten wir erstmals am 28.5. 1979 im AK. In seinen konkreten Forderungen scheint uns der Aufruf nach wie vor aktuell. Es wäre gut, wenn weitere Gruppen und Personen sich entschließen könnten, diesen Forderungen zuzustimmen und uns das mitzuteilen.

Die Unterzeichnenden drücken ihre ernste Sorge um das Leben und die Gesundheit zahlreicher politischer Gefangener in China aus. Beispielhaft nennen wir Nieh Yüan-tsu, die Verfasserin der ‚ersten Wandzeitung' der Kulturrevolution 1966, sowie Kuai Ta-fu und Tan Hu-lan, zwei damals bekannte Leiter der „Roten Garden" in Peking.

Wir mißbilligen die Praxis, heute – 12 Jahre nach den damaligen Ereignissen – mit den „Rebellen" der Kulturrevolution vor Gericht abzurechnen. Wir mißbilligen ebenso die Praxis, Agitation zu Streiks oder sit-ins, Besetzung von Behörden-Räumen als Zeichen politischen Protests, oder gar die „Verunglimpfung" chinesischer Partei- und Staatsführer wir Hua Guo-feng, Deng Hsiao-ping oder Tschu En-lais als kriminelle Delikte zu behandeln und abzuurteilen.

Wir mißbilligen besonders scharf die Praxis, solche Gerichtsverfahren ohne präzise öffentliche Anklageschrift und ohne Bekanntgabe der Urteile und ihrer Begründung durchzuführen.

Wir fordern daher die Freilassung aller inhaftierten Aktivisten der Kulturrevolution und der folgenden fraktionellen Kämpfe.

Als Sofortmaßnahme fordern wir von der Regierung der VR China:

- Informationen über die Zahl der politischen Gefangenen
- Informationen über erfolgte Urteile und über die Haftbedingungen
- Zulassung von Vertretern internationaler Organisationen wie amnesty international zu den Gefangenen.
- Zulassung internationaler Beobachter zu den politischen Prozessen.

Der Aufruf wurde unterstützt von:
Kommunistischer Bund (KB);
Gruppe Internationaler Marxisten (GIM);
Vereinigtes Sekretariat der IV. Internationale (Trotzkisten);
OCT (Frankreich);
MIR (Chile), Vertretung in der BRD;
Westdeutsches Irlandsolidaritätskomitee (WISK);
Marxistisch-Reichistische Initiative (MRI);
Kommunistischer Bund Dänemark.

Bremen : 1500 auf Bundeskonferenz

Am 29./30.11. fand in Bremen die langerwartete Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung mit 1500 Teilnehmern aus ca. 200 Initiativen statt. Vertreten waren ausnahmslos alle Strömungen der Bewegung. Das Treffen war nicht dazu angesetzt worden, wie in der Vergangenheit eine bestimmte zentrale Großaktion zu beraten, so daß es in dieser Richtung auch zu keinen Beschlüssen kam.

Es ging vielmehr um weitere Perspektiven und Schritte der Anti-AKW-Bewegung. Dabei wurde die Frage diskutiert, wie es die AKW-Gegner leisten können, angesichts neu aufkommender sozialer Bewegungen und der Bedrohung durch verstärkte Militarisierung, diesen neuen Anforderungen gerecht zu werden.

Die Ergebnisse einzelner Arbeitsgruppen, besonders die Vorschläge zu Aktionen gegen Zwischenlager und gegen neue AKWs („Baulinie 80") geben Anlaß zu der Hoffnung, da die Anti-AKW-Bewegung sich nicht von der Großoffensive der Betreiber überrollen lassen wird.

Einigkeit bestand darüber, daß die noch mit vielen Mängeln und enttäuschten Erwartungen belastete, aber notwendige, Debatte fortgesetzt werden muß und daß bis zum nächsten bundesweiten Austausch nicht wieder 1 1/2 Jahre ins Land gehen dürfen.

Dazu soll ein Nachbereitungstreffen am 13./14.12. in Darmstadt ein erster Schritt sein, den schleppend begonnenen Diskussionsprozeß in Gang zu halten.

Beginn und genauer Ort können bei den Bürgerinitiativen erfragt werden oder beim

BBA-Laden
Ostertorsteinweg 43
2800 Bremen
Tel.: 0421/327530

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 90, halbjährlich DM 48 (als Förder-Abo jährlich 140, halbjährlich DM 70; Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 68500 / BLZ 200 800 00; Einzelpreis DM 3,–; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 7.500

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Fortsetzung von Seite 1

tion auch von Lukas Beckmann und Milan Horacek (Bundesgeschäftsstelle). Von den Landesverbänden unterstützen vor allem Niedersachsen, Baden-Württemberg, Saarland und Teile Bayerns und Schleswig-Holsteins diese Orientierung.

Auf der BHA-Sitzung am 29./30.11. standen sich diese Orientierungen erneut kontrovers gegenüber, ohne daß einer Klärung wesentlich näher gekommen wurde. Positiv war immerhin, daß nahezu einstimmig ein Antrag von Dieter Burgmann (Bundesvorstand) angenommen wurde, die Friedenspolitik zum Schwerpunkt der Grünen zu machen. Angenommen wurde ebenso ein Antrag von Bettina Hoeltje (Bundesvorstand), eine längere Unterschriften- und Plakatkampagne gegen die Nachrüstungsbeschlüsse durchzuführen. Was daraus konkret folgen wird, ist angesichts der Obstruktionspolitik der Rechten allerdings zweifelhaft und wird wahrscheinlich regional sehr unterschiedlich sein.

Hervorzuheben ist aus der Debatte der Beitrag von Petra Kelly: Sie sei innerhalb der Partei angegriffen worden wegen ihrer ablehnenden Haltung zur Bundeswehr; wegen ihres Briefes an den Papst sei sie mit empörten Briefen und Anrufen, vor allem aus dem bayrischen Landesverband, bombardiert und z.B. als „Abtreibungs-Petra" beschimpft worden. Für sie wei die Schwerpunktsetzung Friedenspolitik völlig klar, da dürfe es auch keine falschen Kompromisse mehr geben.

Auf der Gegenseite äußerte z.B. Max Winkler (Bayern, ehm. AUD, Präsident der vom bayrischen LV finanzierten Schumacher-Stiftung): Anstelle der Forderung „Raus aus der NATO" (die von den rechten Grünen mehr und mehr angegriffen wird) müßten „positive Forderungen" her. Als Bündnispartner nannte Winkler dabei Bundesfinanzminister Matthöfer, den er anscheinend für einen Wegbereiter der Abrüstung hält. Ähnlich argumentiert auch eine Minderheit im Bundesvorstand.

einen Wegbereiter der Abrüstung hält. Ähnlich argumentiert auch eine Min-

Insgesamt scheint der Widerspruch zwischen einer objektiv linken Orientierung (auch wenn diese zum Teil, aus unterschiedlichen Motiven, mit verbalen Abgrenzungen gegen links verbunden wird) und einer rechten, antikommunistischen Orientierung derzeit nicht zu überwinden und auszuhalten; im Gegenteil könnte hier Sprengstoff für weitere Aufspaltungen liegen.

Einen Erfolg konnten die Rechten auf der BHA-Sitzung in der Frage der zukünftigen Programmarbeit verbuchen. Zwei Anträge standen sich gegenüber:

\+ 1. Von Lippelt (Bundesvorstand) und Kerschkens (Hessen, ehm. AUD): Ersatzlose Auflösung der Programmkommission. Verlagerung der Programmdiskussion ausschließlich auf Landes- und Kreisebene, Koordination durch die Bundesgeschäftsstelle.

\+ 2. Von Knapp (Bundesvorstand), Reents („Gruppe Z") und Schata (NRW): Bildung einer neuen zentralen Programmkommission, unter Berücksichtigung der bisherigen Mängel (d.h. gründlichere Vorbereitung der Diskussionen in der Partei).

Angenommen wurde der Antrag Lippelt/Kerschkens mit überwältigender Mehrheit (32:5 bei 6 Enthaltungen).

Beschlossen wurde außerdem vom BHA, den nächsten Bundesparteitag (voraussichtlich viertägig) im Juni 1981 durchzuführen.

Debatte um Strömungen und Fraktionen

Als Strömungen und Fraktionen arbeiten in der Grünen, bzw. teilweise schon außerhalb der Partei, die GAZ von Gruhl, die AGÖP von Baldur Springmann, die Grüne Föderation (Zusammenschluß von GAZ, AGÖP, GLSH Schleswig-Holstein, BGL Bremen und örtlichen Rechten, der Achberger Kreis („Weder Kommunismus noch Kapitalismus"), die BUS (Basisdemokratische Undogmatische Sozialisten; ein Kampfverband gegen die „Gruppe Z", der für ein „Bündnis mit den Wertkonservativen" eintritt) sowie die vor einem Jahr vom KB abgespaltene „Gruppe Z".

Angriffen ist freilich fast nur die „Gruppe Z" ausgesetzt, die in monotonen Tiraden als Paradebeispiel einer „leninistischen Kaderorganisation", als unvereinbar mit grüner Basisdemokratie und ökologischer Politik usw. verteufelt wird.

Konkret wurden vom BHA nach scharfen und langwierigen Debatten hierzu folgende Beschlüsse gefaßt:
1. Alle Fraktionen und Strömungen werden aufgefordert, alle ihre Sitzungen für die gesamte grüne Mitgliedschaft zu öffnen und ihre Finanzen offenzulegen. Der Bundesvorstand soll „Auseinandersetzungspapiere" vorlegen; in Hamburg soll vom Bundesvorstand eine Podiumsdiskussion zu den Inhalten der „Z"-Politik organisiert werden. Alle Fraktionen und Strömungen sollen ihre Organisationsformen „überdenken" und Stellungnahmen dazu abgeben.

Zugleich wurde aber der Ausschlußantrag des Landesvorstands Saar gegen die „Gruppe Z" vom BHA ausdrücklich mißbilligt. (Antrag aus Hessen, mit Ergänzungen von Lippelt).

2. Ein Beschluß des Bundesvorstands wurde bekräftigt, daß gegenüber Strömungen/Fraktionen nicht mit administrativen Maßnahmen vorgegangen werden soll und daß keiner bestimmten Strömung der Partei die Schuld für das negative Wahlergebnis angelastet werden soll. (Antrag Stolz, Bundesvorstand).

bestimmten Strömung der Partei die Schuld für das negative Wahlergebnis

3. Der GAZ-Vorsitzende Gruhl wurde aufgefordert, schriftlich sein Verhältnis zur Grünen Partei zu erklären (Antrag Kerschkens).

Der Antrag 1) wurde mit 28:11:4 angenommen (gegen den Antrag wandten sich u.a. die Bundesvorstandsmitglieder P.Kelly, D.Burgmann, R.Stolz und E.Knapp); die beiden anderen Anträge wurden nahezu einstimmig angenommen. Abgelehnt wurden zwei andere Anträge:
1. Ein Antrag, die „Gruppe Z" zur Niederlegung aller Funktionen in der Grünen Partei aufzufordern. Der Antrag wurde mit 19:16:6 nur knapp verworfen.
2. Antrag auf Urabstimmung der gesamten Mitgliedschaft über eine „Trennung" der Partei von der „Gruppe Z" (Antrag aus Lüchow-Dannenberg).

Insgesamt können die Rechten mit diesen Ergebnissen nicht zufrieden sein, da der BHA mehrheitlich seine Ablehnung administrativer Maßnahmen (= Ausschlußkampagne gegen die „Gruppe Z" deutlich gemacht hat. Andererseits ist der Fight um die von den Rechten beabsichtigte Ausgrenzung der linken Grünen (bzw. stellvertretend erst einmal der „Gruppe Z") nur aufgeschoben, da kaum ernsthaft anzunehmen ist, daß die „Gruppe Z" den z.T. lächerlichen Forderungen des Antrages Hessen/Lippelt (z.B. Öffnung aller ihrer Sitzungen) nachkommen will.

Neues vom Bundesvorstand der Grünen

(2. Folge)

Nach den turbulenten Debatten der beiden Bundesvorstandssitzungen im Oktober – über den „Aufstand der grünen Mitte" und die Politik der Gruppe Z in Schleswig-Holstein (vgl. AK 189, S. 8) hat sich der grüne Bundesvorstand auf seiner Sitzung vom 8./9.11. in Stuttgart mehr der „Führung laufender Geschäfte" zugewandt. Diskutiert wurde u.a. über einen **Brief der DKP an den Bundesvorstand,** in dem „Spitzengspräche" zwischen beiden Parteien angeregt worden sind. Nach kontroverser Diskussion, in der u.a. vorgeschlagen wurde, der DKP in einem Antwortbrief *„das unterschiedliche Politikverständnis der Grünen zu verdeutlichen"* (Norbert Mann) bzw. gar nicht zu reagieren (Helmut Lippelt), einigte man sich auf eine „salomonische" Lösung: Die Grünen antworten mit einem *„Brief, der die Diskussion vertagt und sagt, daß wir darauf zurückkommen werden"* (Protokoll vom 8./9.11.).

Der **Streit über die grüne Friedenspolitik,** der auf der vorherigen Sitzung um die Parole „BRD raus aus der NATO" ausgefochten worden war (vgl. AK 189, S. 8), drehte sich diesmal um einen Antrag von Erich Knapp, 10.000 DM zur Finanzierung einer Friedensbroschüre bereitzustellen. Norbert Mann sah *„Schwierigkeiten hinsichtlich der finanziellen Realisierung"*. Helmut Lippelts Vorwand gegen die Broschüre: Er *„unterstützt die Projekte, wo ein Arbeitszusammenhang besteht... Er bezweifelt, ob hinsichtlich der Friedenspolitik bereits ein solcher Arbeitszusammenhang besteht"*. Endgültiges soll der Bundeshauptausschuß entscheiden. – Einigkeit bestand darin, daß Erich Knapp dort auch die Durchführung eines „Öko-Seminars" zum Thema Antifaschismus beantragen solle.

Zur Kampagne gegen die Gruppe Z beantragten Jürgen Reents (Gruppe Z) und Horst Grun (Landesgeschäftsführer der Grünen Schleswig-Holstein) eine Richtigstellung für den nächsten Bundesrundbrief, da „entlastende" Stellungnahmen von mehreren Schleswig-Holsteinern vorlagen, die von den „Z"-Kritikern unberechtigterweise als Zeugen für ihre Vorwürfe gegen die Gruppe Z genannt worden waren. U.a. sollte in den Rundbrief der Satz aufgenommen werden: *„Der Bundesvorstand stellt angesichts dieser weiteren Papiere fest, daß seine Stellungnahme von der letzten Sitzung, es handle sich um schwerwiegende Vorwürfe gegen die Gruppe Z, aufgrund damals einseitiger Informationen gefaßt wurde und die Gefahr beinhaltet, Vorurteile zu bestärken, bevor die Angelegenheit in ihren verschiedenen Aspekten geklärt ist"*. Dieser Antrag wurde mit vier gegen zwei Stimmen abgelehnt. Die Verschickung einer Stellungnahme von Uta Wilke „Zum Streit im Landesverband SH und zum Selbstverständnis der ‚Z'" durch die Bundesgeschäftsstelle war schon vorher verweigert worden – die Gruppe Z hätte nicht genügend Kopien nach Bonn geschickt! (Die Fadenscheinigkeit dieses „Arguments" beweist die bevorzugte Behandlung von Holger Strohms Anti-„Z"-Pamphlet „Grüne Hose überm roten Arsch" (vgl. AK 189, S. 9): (Dieses Papier wurde zentral an alle Landesverbände verschickt.)

Zur Kampagne gegen die Gruppe Z beantragten Jürgen Reents

Ersatzlose Streichung des Wortes „links"?

Als Antrag an den Bundeshauptausschuß liegt ein Entwurf für ein *„Entschließung und Presseerklärung"* von Dieter Burgmann (Bundesvorstand) vor, in dem die Grünen als ein *„grundsätzlich neuer politischer Ansatz, der nicht mit den traditionellen und vorbelasteten Begriffen rechts oder links eingeordnet werden kann"*, beschrieben werden. Der Entwurf hat die Überschrift: *„Die Grünen weder rechts noch links sondern ökologisch"*.

Inzwischen hat Erich Knapp (Bundesvorstand) einen Gegenvorschlag vorgelegt. Auch Knapp wendet sich gegen die Einstufung der Grünen als linke Partei: *„...überholen die Grünen die Begriffe ‚rechts' und ‚links' in ihrer heutigen verkalkten und vermachteten Form"*. Interessant ist aber die Begründung seines Antrages, in der er Burgmanns Vorlage kritisiert: *„Dieters Vorschlag wendet sich gegen J. Reents Formulierung, Die Grünen müßten links sein* [Hamburg-Info Nr. 2). *Er fällt damit aber selbst hinter Gruhls ‚weder rechts noch links, sondern vorn' zurück, da im Begriff ‚vorn' noch die Perspektive historischen humanen Fortschritts steckt ... Die pauschale Ablehnung des Begriffs ‚links' steht in der fatalen Tradition des von Heinrich Mann beschriebenen ‚unpolitischen' Deutschen, der in Wahrheit deutschnational war und ist"*.

Erich Knapp kontra Gruhl

Erich Knapp kontra Gruhl

In einem Brief an August Haußleiter entwickelt Erich Knapp seine Vorstellungen, wie mit Gruhl und der GAZ weiter verfahren werden soll. Er nimmt dabei Bezug auf einen Brief Haußleiters an Gruhl, in dem Gruhls Tiraden über das „alternative Luftschloß" (das Saarbrücker Programm; vgl. AK 188, S. 7) kritisiert wurden. Dazu Erich Knapp: *„Ihr o.a. Brief an Herrn Dr. Gruhl trifft ins Schwarze! [...] Gruhl hat, zusammen mit Springmann, einiges zu unserem schlechten Abschneiden bei den Bundestagswahlen sehr aktiv und voll bewußt beigetragen. Er hat sich parteischädigend verhalten, um nach Eintreten seiner self-fulfilling-prophecy sich besser auf die geschlagene Partei stürzen zu können. Dabei konnte er sich auf Freunde verlassen, die erst nach dem 5.10. völlig ans Licht getreten sind. Nach meinem Eindruck soll sich nach deren Willen folgendes abspielen:*
1.] Rückholung Gruhls und allmählicher Wiederaufbau zum Bundesvorsitzenden, da man ihn so schnell nicht unseren Freunden wieder aufdrängen kann [...] Ich meine, wir dürften nicht so dumm sein, ihm noch einmal diese Chance zu lassen. Er soll und kann sich natürlich als einfaches Mitglied, das er jetzt ist, durch loyale und konstruktive Mitarbeit selbst wiederaufbauen, dann soll ihm sein destruktives Tun der letzten 6 Monate verziehen sein. Dazu gehört allerdings m.E. die Auflösung der GAZ. 2.] Das Saarbrücker Programm soll zum ‚historischen Bezugspunkt' herabgestuft werden (N. Mann im Rundbrief Nr. 5/80 vom 27.10., S. 4). [...] *Das Saarbrükker Programm enthält kein Datum noch einen Begriff seiner Finalisierung. Es kann also nur durch das Gremium außer Kraft gesetzt werden, das es beschlossen hat: eine Bundesdelegiertenversammlung* [...] *Überflüssig zu sagen, wem mit einer putschistischen Außerkraftsetzung der Weg bereitet werden soll. 3.] Heilige Kühe sollen geschlachtet werden, was konkret meint, wir sollten trotz unserer tödlichen Bedrohung nicht an die Mitgliedschaft der BRD in der NATO rühren* [...] *Hier tritt bei uns wieder einmal das ‚widernatürliche' Bündnis von Strukturkonservativen und Peking Kommunisten ins Blickfeld..."*.

An anderer Stelle bezeichnet Knapp dieses „widernatürliche Bündnis" als *„Pol-Pot-Frankreich"*.

Unter Punkt 4.) wendet er sich gegen eine *„auf Parlamentssitze orientierte reformistische Mitmacherpartei"* und fordert, die Grünen müßten *„die Partei jener bis jetzt widerwillig mit der SPD und FDP Gegangenen werden"*.

Die gegenwärtig laufende Kampagne gegen die Gruppe Z sieht Erich Knapp als Teil der Bestrebungen der Gruhl-Fraktion, die Grünen zu einem *„Auffangbecken für noch ein paar Dutzend Prominente"* zu machen: *„Dieses hier grob dargestellte Szenario wird vorbereitet durch einige (in der Sache anscheinend oft zutreffende) Klagen aus Schleswig-Holstein über die ‚Z'-Fraktion (hier muß Abhilfe geschaffen werden, aber nicht suspendiert werden!), durch die Drohung, den LV Baden-Württemberg aus den Grünen herauszulesen* (Schreiben von Bader und Frau v. Canal v. 1.10.80), *und die Forderung des LV Saarland, ‚über ein Schiedsgerichtsverfahren den Ausschluß der Z-Fraktion umgehend' zu veranlassen. Hier muß man sich wundern, wie nachsichtig Gruhl und die GAZ trotz aller parteischädigenden Aktionen gerade von jenen behandelt worden sind, die nun Freunden, die loyal und aufopfernd und nicht erfolglos gearbeitet haben, wegen abstellbarer Mißstände den kurzen Prozeß machen wollen..."*.

der Sache anscheinend oft zutreffende) Klagen aus Schleswig-Holstein über die ‚Z'-Fraktion (hier muß Ab-

Konkret schlägt Knapp folgendes vor: *„1.] Die GAZ möge sich bis zum 31.12.1980 auflösen oder sich danach als aus den Grünen ausgeschieden betrachten.*
3.] Unserer Forderung nach sofortiger Stillegung aller AKW soll durch den Bundeshauptausschuß die Forderung nach sofortigem Austritt der BRD aus der NATO und ihrer Selbstmordautomatik zur Seite gestellt werden [...] *An dieser inhaltlichen Debatte werden sich die Geister scheiden. Entscheidung aber ist jetzt unumgänglich"*.

Grüne Aktion Zukunft
GAZ
Bundesgeschäftsstelle
Friedrich-Ebert-Allee 120
D-5300 Bonn 1
Telefon 02221 - 233021/22

Der Bundesvorsitzende
Bonn, 14. November 1980

Einschreiben
Herrn
Dr. Helmut Lippelt
Heinrich-Heine-Str. 50
3000 Hannover 1

Lieber Herr Lippelt!

Sie hatten mir am 5. September 1980 im Auftrag des Bundesvorstandes der Partei DIE GRÜNEN geschrieben. Anlaß des Schreibens war das Untermietverhältnis im Hause Friedrich-Ebert-Allee 120, Bonn.

Wir waren völlig Ihrer Ansicht, daß sich das Verhältnis unserer Organisationen nicht auf ein Untermietverhältnis reduzieren ließe. In Ihrem Schlußsatz sagten Sie, "daß sich das Verhältnis zwischen unseren Organisationen erst politisch abklären sollte", bevor Konsequenzen in bezug auf die Büroräume zu ziehen seien.

Nun sind bereits 6 Wochen seit der Bundestagswahl vergangen, ohne daß von Ihnen oder anderen Mitgliedern des Bundesvorstandes ein Kontakt mit uns aufgenommen worden wäre. Wir haben lediglich zwei Briefe des Geschäftsführers Lukas Beckmann erhalten, in denen wir als Ansprechpartner mit der Z-Fraktion auf eine Stufe gestellt werden. Dies ist schon eine unüberbietbare Zumutung, die aber auch einiges über die Verhältnisse innerhalb der Partei DIE GRÜNEN aussagt, zumal Bettina Hoeltje Mitglied des Bundesvorstandes der GRÜNEN ist, während die GAZ darin keinen Vertreter hat.

Nach unserer Ansicht ist eine politische Standortänderung der Bundespartei DIE GRÜNEN in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Das führt für uns und für die GRÜNE FÖDERATION zu der Konsequenz, daß wir ab 1. Januar 1981 das Haus für uns benötigen. Ich bitte, dies dem Bundesvorstand offiziell mitzuteilen.

Damit Sie nicht in unzumutbare Schwierigkeiten geraten, könnte der Termin noch flexibel gehandhabt werden.

Da Sie am 29./30. November 1980 eine Bundesvorstandssitzung haben, schreibe ich Ihnen das heute, damit Sie diese Situation bereits mit berücksichtigen können.

Mit freundlichen Grüßen

Gruhl schmeißt Untermieter raus

Schleswig-Holstein: Anti-Z-Kampagne abgelehnt!

Der Landesparteitag der schleswig-holsteinischen Grünen am 23.11. stand erwartungsgemäß ganz im Zeichen der von vier Landesvorstandsmitgliedern initiierten Hexenjagd gegen die vom KB abgespaltene „Gruppe Z" (vgl. AK 188, S. 7). Zwar hatte sich einer dieser vier, Karl Greiner, schon vor dem Parteitag wieder von der Anti-„Z"-Kampagne distanziert; die übrigen drei – Anke Burmester, Michael Gärtner und Hans-Werner Madaus – hatten aber mit Unterstützung weiterer 30 grüner Mitglieder einen Antrag eingereicht, der folgende Aufforderungen an die „Gruppe Z" richtete:
„1. Alle Sitzungen von Diskussionskreisen, Sympathisantengruppen, Zellen und alle anderen Zusammenkünfte, z.B. Vollversammlungen, sollen ohne Einschränkungen für alle grünen Mitglieder öffentlich sein.
2. Ihre Strukturen, politischen Zielsetzungen und ihre Vorstellungen von den Wegen zu diesen Zielen sind bis zur nächsten Landesversammlung in einem Bericht vorzulegen.
3. Der „Z" wird Gelegenheit gegeben, diese Aufforderung bis zur nächsten Landesversammlung zu erörtern...".

Entsprechend hitzig begann der Parteitag. Der sofort aufbrechende Streit um die Besetzung des Präsidiums wurde von den Linken entgegenkommend entschärft und „im beiderseitigen Einvernehmen" gelöst. Problematischer war die Frage, ob die Mandate von sechs „Delegierten" aus dem Kreisverband Nordfriesland anerkannt werden sollten. Die Linken, voran die Genoss(inn)en der „Z", wandten sich scharf dagegen: die nordfriesischen Grünen, sämtlichst gleichzeitig Mitglieder der stramm antikommunistischen Grünen Liste Nordfriesland und der GLSH, hatten im Bundestagswahlkampf teilweise offen gegen die Grüne Partei agitiert. Außerdem hatten auf der letzten Kreisverbandssitzung ganze s e c h s Anwesende die sechs „Delegierten" bestimmt (vier Anwesende und zwei nicht Anwesende)!

Nachdem der Landesparteitag mit der Klärung der Frage eine Kommission (unter Beteiligung des rechten Bundesvorstandsmitglieds Lippelt) beauftragt hatte, die sich in einem Nebenraum in die verschiedenen Kreis- und Landessatzungen vertieft hatte, wurden nach der dritten oder vierten Abstimmung die sechs nordfriesischen „Delegierten" mit knapper Mehrheit anerkannt. (34:31:2)

Die Debatte um die „Gruppe Z" nahm schon nach den ersten Redebeiträgen eine überraschende Wendung: Michael Gärtner erklärte den oben zitierten Antrag gegen die „Z" für zurückgezogen. Die Antragsteller wollten damit angeblich „die Debatte vom Spaltungsdruck befreien"; außerdem hätten sie ihr wesentliches Ziel erreicht: über die Strukturen und politischen Ziele der „Gruppe Z" werde jetzt offen diskutiert. Trotzdem wurde die folgende Debatte zur Schlacht zweier fast gleich großer Blöcke. Daran konnte auch eine viertelstündige Einlage von Dieter Burgmann (Bundesvorstand) nichts ändern, der der Versammlung neben besten Wünschen auch die „Besorgnis" des Bundesvorstands über die Entwicklung im Norden übermittelte. Er selbst sei immer für Doppelmitgliedschaft und gegen „Säuberungen links wie rechts" eingetreten. Schlecht sei es allerdings, wenn nun die Nordfriesen aus der Partei gedrängt würden, oder wenn Jürgen Reents und die „Gruppe Z" aus den Grünen eine linke Partei machen wollten. Ein Vertreter der „Z" wandte sich scharf gegen Burgmann, der hier „Einheitstaumel" erzeugen wolle. Andere „Z"-Mitglieder wollten verbindlich geklärt haben, ob Gärtner & Co. nach der Zurücknahme ihres Antrags

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

nun Pluralismus und Fraktionsrechte innerhalb der grünen Partei anerkennen wollten oder nicht. Gärtner antwortete darauf, er sei schon immer für Pluralismus gewesen; die Partei sei für ihn vergleichbar einem großen Haus mit vielen Zimmern und einem Gemeinschaftsraum. Zwischenruf an dieser Stelle „Dürfen die Bewohner auch mal ihre Zimmertür abschließen?" Fortan beherrschte die „verschlossene Zimmertür" die Diskussion. Die „Z"-Kritiker lamentierten absurderweise erneut, ihnen würden die Positionen der „Z", z.B. zum Wirtschaftswachstum vorenthalten. Die Genoss(inn)en der „Z" verwiesen auf eindeutige Aussagen in ihrer Zeitung und auf ihre Bereitschaft, jederzeit über jede inhaltliche Frage offen zu diskutieren. Die immer wieder beschworene „Angst der grünen Basis vor der einheitlich handelnden Kadertruppe" — geschürt durch eine Auswahl von Lenin-Zitaten über Zentralismus und Parteidisziplin — konterte die „Z" mit einer verblüffenden Distanzierung: **Lenins Parteimodell sei nur unter den besonderen historischen Bedingungen des Zarismus und der Illegalität berechtigt gewesen; für die „Z" habe es keine praktische Bedeutung mehr!**

Die „Z" schaffte es schließlich mit knapper Mehrheit (35:33:2) eine Resolution durchzusetzen, die sich gegen die Anti-„Z"-Kampagne wendete:

- **Keine Ausgrenzungen, sondern inhaltliche Vielfalt.**
- **Erpressungen, z.B. Verweigerung der Mitarbeit, sind scharf zu verurteilen.**
- **Keine Reglementierung von Fraktionen in der Grünen Partei.**

Tumulte bei der Vorstandswahl

Von den Vorstandswahlen erhofften sich Rechte und „Gemäßigte" dennoch ein *„Knacken der Nuß ‚Z' "* (so die Formulierung von Gerda und Karl Greiner in einem schriftlich verteilten Antrag). Dieses Ziel wurde allerdings nur halb erreicht. Bei der Wahl der drei Mitglieder des Geschäftsführenden Landesvorstandes bekam Anke Burmester (Anti-„Z"-Fraktion) 39 Stimmen und war damit zunächst als einzige gewählt — die Satzung erfordert im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit. Da Michael Gärtner (Anti-„Z"-Fraktion) mit 34 und Uta Wilke („Z") mit 33 Stimmen klar vor den beiden übrigen Bewerbern lagen, war der zweite Wahlgang nur noch Formsache — dachten wenigstens die Linken, zumal v o r h e r ein Wahlverfahren vereinbart worden war, das ausdrücklich M i n d e r h e i t e n - s c h u t z vorsah. Die Rechten dagegen, allen voran der GLSH-Pressesprecher G.P. Werner aus Nordfriesland, wollten die Gunst der Stunde (ihre hauchdünne Mehrheit) nutzen und in zwei gesonderten Wahlgängen jeweils ihre Kandidaten durchbringen — Uta Wilke wäre dann trotz Unterstützung von fast 50 % der Delegierten nicht in den Geschäftsführenden Vorstand gekommen. (Nebenbei bemerkt: Klaus Wolschner, der auf dem Parteitag höchstpersönlich anwesend war, jubelt in seinem TAZ-Artikel vom 26.11. zwar viel über den *„Erfolg für die Nordfriesen"* und die *„Offensive gegen die ‚Z' "* — den Machtpoker der Rechten, der die Versammlung an den Rand einer Saalschlacht brachte, erwähnt er aber mit keinem Wort). Nach Tumulten, Unterbrechung des Parteitages und einer — allerdings sehr kleinlauten — Intervention Helmut Lippelts für die Sache der Nordfriesen, zogen die dann ihren Antrag zum Wahlverfahren zurück. Michael Gärtner und Uta Wilke wurden mit je 35 Stimmen in den Geschäftsführenden Landesvorstand gewählt.

Die Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder lief für die Linken noch unerfreulicher. *„Die Delegierten lösten am Abend die alte 7:6-Mehrheit der ‚radikaldemokratischen und sozialistischen Kräfte'* (das sind die der „Z"-Gruppe nahestehenden) *ab"*, triumphiert Klaus Wolschner in der „TAZ". Abgesehen davon, daß auch der alte Vorstand nur 11 (zuletzt, nach einem rechten Rücktritt, nur noch zehn) Mitglieder hatte, hat Wolschner ungefähr wohl recht. Daß die Rechten und „Gemäßigten" von ihrer neuen Vorstandsmehrheit rücksichtslos Gebrauch zu machen gedenken, deutete sich schon auf der ersten Landesvorstandssitzung an: Eine Stellungnahme des Landesvorstands zu G.P. Werners rein provokatorischer Pressekampagne gagen die Grüne Partei und die „Z" wurde abgelehnt — „mit Mehrheit".

Gemessen an ihrer betont selbstbewußten „Einschätzung" v o r der Landeskonferenz („Wir rechnen mit einer soliden 2/3-Mehrheit der Delegierten") hat die „Gruppe Z" zurückstecken müssen. Immerhin ist es ihr aber gelungen, in der zentralen Frage der Landeskonferenz — Kampagne gegen die „Z" — sich knapp zu behaupten und die Anti-„Z"-Fraktion zu einem Rückzug zu zwingen. In dieser Frage wurde die „Z" auch von Kräften unterstützt, die ihr politisch zwar fernstehen, aber die in derartigen Ausschluß-Kampagnen mit Recht eine tötliche Gefahr für die Grüne Partei sehen. Hierbei zeigte sich auch der Vertrauensvorschuß, den sich die „Z" bei vielen durch ihren enormen Einsatz im Wahlkampf aufgebaut hat.

Wahlbewegung im Wandel der Zeiten

Frankfurt. Andere mögen nach dem 5. Oktober aufgeatmet haben. Für die leidgeprüften Hessen hingegen ging der Bundestagswahlkampf nahtlos in die Vorbereitung der Kommunalwahlen über. Im März 1981 werden in diesem Bundesland wieder die Urnen geöffnet — und nicht wenig scheint dabei auf dem Spiel zu stehen. Auch unter den grünen und alternativen Kräften Frankfurts wird heftig über eine Wahlbeteiligung diskutiert und gestritten.

Die letzte Kommunalwahl (1977) in Frankfurt bescherte der SPD bekanntlich eine katastrophale Niederlage und der CDU die absolute Mehrheit. Massenhaft hatten sozialdemokratische Wähler durch ihr Fernbleiben von den Urnen ihr Unverständnis für eine „Reformpolitik" ausgedrückt, die sich besonders durch glitschige Affären auf dem Frankfurter Spekulationsmarkt ausgezeichnet hatte.

Zum Schrecken aller Sozialdemokraten bekam Frankfurt (ausgerechnet!) einen Dregger-Flügelmann als Oberbürgermeister: Walter Wallmann. Indes: Der Schreck mag der SPD noch nachhaltiger in die Knochen gefahren sein, als sich mit der Zeit herausstellte, daß dieser Wallmann keineswegs „schlimmer" war als sein Vorgänger Rudi Arndt. Kontinuität ist das Charakteristische an Wallmanns Amtsführung. Was seine Verwaltung ausführte, war größtenteils schon in der sozialdemokratischen Ära vorgeplant und ausgearbeitet worden. Aus dieser mißlichen Situation suchte und fand man bei der SPD einen Ausweg: Die *„Neuorientierung"*. Einfache Gemüter mögen glauben, die SPD wolle nun dieses und jenes, was ihre frühere Kommunalpolitik auszeichnete (und was von Wallmann konsequent weitergeführt wurde) n i c h t mehr verfolgen. Doch das ist ein Irrtum. Die Sache ist nämlich „komplex". Am besten läßt sich die „Neuorientierung" so zusammenfassen, daß die SPD *„nachdenken"* will. Am liebsten mit den Bürgern zusammen. Oder noch besser: Von ihnen mit diesem Auftrag gewählt. Sollte sie die Mehrheit wieder bekommen, wird sie „nachdenken", ob die Stadtautobahn oder die Startbahn West gebaut werden sollen. Sie wird überlegen, wie die Bundesgartenschau „kostengünstiger" als von Wall-
legen, wie die Bundesgartenschau „kostengünstiger" als von Wall-
mann geplant nach Frankfurt geholt wird, wie „unnötige Härten" bei den großen Rationalisierungs- und Sparplänen „vermieden" werden können usw. Was bei diesen „Denkprozessen" herauskommt, steht auf einem anderen Blatt. Danach zu fragen, wäre unfair, denn damit würde man ja unterstellen, daß die SPD gar nicht wirklich „nachdenkt". Kurz und gut: Es gibt in Deutschland, mindestens jedoch in Frankfurt, wieder Politiker, die ihre Gehirnzellen strapazieren. Wer's nicht glaubt, braucht sich nur die grüblerischen Gesichtszüge des neuen OB-Kandidaten Martin Berg anzuschauen, um sofort überzeugt zu sein. Die „Frankfurter Rundschau" jedenfalls meint, dies sei eine absolut neue Qualität sozialdemokratischer Politik und mithin wert, gewählt zu werden.

Die Frankfurter FDP glaubt dagegen, mit dem Stichwort „Umfallen" eine traditionell liberale wie auch zugkräftige Wahlkampfparole gefunden zu haben. Sie überraschte die Öffentlichkeit mit der Aussage, diesmal keine Koalitionsaussage treffen zu wollen. Schlitzohr Genscher, so heißt es, habe wieder einmal aus dem Schrott eine Tugend gemacht. Da seine Frankfurter Partei angeblich in zwei annähernd gleich starke Flügel zerfalle, die jeweils vehement für eine Koalition mit der CDU bzw. der SPD eintreten, werde die FDP einfach ihre *„Unabhängigkeit"* in den Vordergrund stellen. Diese „Unabhängigkeit" geht so weit, daß die hessischen FDP-Politiker der Schwergewichtsklasse, Gries und Karry, bereits erklärt haben, *„ein ‚lockeres' Zusammengehen der Liberalen mit Oberbürgermeister Wallmann"* sei ihnen *„lieber als mit dem ‚blassen' Spitzenkandidaten der SPD, Berg"* („Frankfurter Neue Presse, 20.11.). Wallmanns Amtszeit läuft nämlich erst in zwei Jahren ab. Sollte die CDU, was wahrscheinlich ist, im März 1981 ihre absolute Mehrheit in Frankfurt wieder verlieren, so bietet sich die FDP an, Wallmann bis dahin in der Stadtverordnetenversammlung über die Runden zu helfen — gegebenenfalls ohne formelle Koalition. Gleichzeitig droht die FDP auch auf Landesebene mit einem Partnerwechsel, wie zuletzt Karry angesichts der SPD-internen Auseinandersetzungen um den Ausbau des Frankfurter Flughafens. In dieser „lockeren Zusammenarbeit" mit der CDU sehen FDP-Strategen heute schon großartige Perspektiven: Karry löst Wallmann als Frankfurter OB ab, Wallmann wird dafür hessischer Ministerpräsident, Scheel wird wieder Bundespräsident und Genscher UNO-Chef... In diesem geopolitischen Rahmen bewegen sich die Versuche, eine aussichtsreiche grüne und/oder alternative Liste in Frankfurt zuwege zu bringen — oder zu verhindern, je nachdem.

Kurzer historischer Abriß

Bereits im April hatte sich die Frankfurter Gruppe der Grünen Liste Hessen (GLH) mit einem schriftlichen Vorschlag an alle erreichbaren Bürgerinitiativen, Basisgruppen, Linke, den Kreisverband der GRÜNEN etc. gewandt. Vorgeschlagen wurde ein breites „Personenbündnis" für eine Beteiligung an der Kommunalwahl. Als *„unverzichtbar"* für das Zustandekommen und die Arbeit eines solchen Bündnisses nannte die GLH:

- Gleichberechtigung aller Teilnehmer
- Keine Unvereinbarkeitspraktiken
- Fraktionsrechte für alle teilnehmenden Gruppen.

Schon damals wurden Schwerpunkte für eine alternative Kommunalpolitik in Frankfurt angegeben. Mitte Mai und Anfang Juni fanden zwei erste, mit durchschnittlich 100 Teilnehmern besuchte Versammlungen statt. Diskutiert wurde dort über alles Mögliche, nur nicht über kommunalpolitische Themen. Daniel Cohn-Bendit eröffnete dem staunenden Publikum, diesmal gelte es, ganz anders vorzugehen als bei den hessischen Landtagswahlen.

10 % wären erreichbar, und damit könne man im Frankfurter Stadtparlament schon einen handfesten *„Machtpoker"* betreiben. Die „taz" war begeistert. GLH'ler dagegen warnten vor parlamentarischen Illusionen und Stellvertreterpolitik. Direkte außerparlamentarische Aktionen müßten weiterhin Vorrang behalten.

Doch die Diskussion trat auf der

Doch die Diskussion trat auf der Stelle. Trotz allen Fragens und Drängens waren nämlich die GRÜNEN nicht bereit, irgendeine brauchbare Auskunft zu erteilen, ob sie an einem solchen Bündnis überhaupt teilnehmen würden. Die GAZ, damals noch innerhalb der GRÜNEN, nahm ebenfalls an den Treffen teil, um anschließend zu erklären, daß eine Liste *„mit Schwulen und Kommunisten"* für sie unannehmbar wäre. In öffentlichen Erklärungen behielt sie sich eine eigene Kandidatur vor, um alsbald auch aus den GRÜNEN auszuscheiden. Ohne daß es offen ausgesprochen wurde, war dennoch klar: Bei einem guten Bundestagswahlergebnis würden die GRÜNEN alleine marschieren. Deshalb tat sich bis zum 5. Oktober so gut wie nichts: Nur noch ein kleiner Kreis arbeitete zu Fragen der Verkehrs- und Wohnungspolitik in Frankfurt.

Die 2,3 %, die die GRÜNEN in Frankfurt dann schließlich für sich verbuchen konnten, fielen vor dem Anspruch, die „Jahrhundertbewegung" zu verkörpern, doch etwas dürftig aus. Dennoch erklärte der extra von der Bundesgeschäftsstelle angereiste Milan Horaschek am 6.10., er werde keinesfalls mit dem *„Haufen von Politleichen"* zusammenarbeiten, der auf dem von der GLH initiierten Kommunalwahltreffen versammelt sei. Andererseits war auch die Vorstellung, die GLH dadurch auszubooten, daß die GRÜNEN mit den Spontis und dem SB handelseinig werden, zum Scheitern verurteilt: SB-Genossen eröffneten den Werbenden, sie existierten als Organisation in Frankfurt nicht mehr. So gab denn Cohn Bendit via „Pflasterstrand" (Nr. 91) bekannt, daß ein Bündnis gebildet werden müßte, das *„als Zusammenschluß aller Personen offen sein"* solle. *„Dogmatische politische Gruppen wie der KB, die SAG oder Überreste aus anderen K-Gruppen"*, müßten freilich nach Auffassung CB's energisch bekämpft werden. *„Nur wenn eine große Anzahl von bündnisfähigen Individuen sich an dieser Initiative beteiligt, können wir die Dogmatischen überschwemmen und handlungsunfähig machen"* (ebda.) CB proklamierte eine *„pragmatische Breitwandpolitik"*, mit der es gelingen könnte, *„das politisch etablierte Gleichgewicht durcheinanderzubringen"*. Wenn weder die CDU noch die SPD die absolute Mehrheit schaffen würden, und auch die FDP nicht genug bekäme, um einer der beiden großen Parteien zum Regieren zu verhelfen, dann sei die Stunde für die Grünen, Bunten und Alternativen gekommen, mit 6-7% *„Zünglein an der Waage"* zu spielen. *„Wir stimmen grundsätzlich gegen einen CDU- oder FDP-Bürgermeister und werden n i c h t mit der SPD koalieren. Dennoch uns bei der Wahl eines SPD-OB der Stimme enthalten und alle Sachentscheidungen plenar und öffentlich austragen. Will die SPD mit uns Verhandlungen, werden wir diese nur öffentlich führen. Und fordern, daß der Hessische Rundfunk und das Freie Radio Frankfurt diese live übertragen. Es geht schließlich um die Zukunft unserer Stadt. Also: Wallmann abwählen, Berg nicht wählen und unsere Forderungen durchsetzen."*

Mit dieser träumerisch-machtpolitischen Vorgabe traten die Auseinandersetzungen in eine neue Phase. Es darf bezweifelt werden, ob wirklich jemand daran glaubte, in einem knappen halben Jahr Frankfurts Geschikke in die Hand nehmen zu können. Eher war es die wieder möglich erscheinende Einigung, von der eine mobilisierende Wirkung ausging. Mit jeweils 60 bis 70 Leuten gab es „full house" bei den nun wöchentlich stattfindenden Sitzungen der Kommunalwahlinitiative. Flugs fand sich eine äußerst ‚vielfätige' Szene ein: GLH, Grüne, Spontis (alle Fraktionen), BI'ler, SB'ler, KB, 99iger (Reste der aufgelösten „KPD"), Arbeiterpolitik, KL (Trotzkisten),Posadisten, „Komitees" (Abspaltung vom KBW) und schließlich auch noch der KBW. Selbstverständlich gesellte sich auch ein Milan H. wieder zu den „Politleichen" — wohl wissend, daß das letzte Wort in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen war. Der „Haufen" verabredete, möglichst schnell eine gemeinsame Grundsatzerklärung zu formulieren. Danach sollte es dann, so die Spontis und die GRÜNEN, gleich zur Personaldebatte (Diskussion über die infrage kommenden Kandidat(inn)en) kommen, der man in diesem Lager anscheinend höchste Bedeutung beimißt. Regelmäßige Anläufe von GLHlern Posi-
höchste Bedeutung beimißt. Regelmäßige Anläufe von GLHlern, Posi-
tionen wenigstens zu einigen kommunal-politischen Schwerpunkten gemeinsam festzulegen, entpupppten sich als vergeblich (immerhin wurden von der GLH Papiere zur Verkehrs- und Wohnungspolitik, zu ökologischen Problemen in Frankfurt und zur außerschulischen Jugendpolitik erarbeitet, jedoch nie diskutiert). Stattdessen wurde von der Pariser Commune bis zu den seligen APO-Zeiten, vom „Scheitern des Marxismus-Leninismus" bis zur Ökologie, und von der „konkreten Utopie" bis zum „radikalen Reformismus" so alles mal gestreift, was in der grünen und alternativen Szene gerade Konjunktur hat. Sollten so die „Dogmatischen überschwemmt und handlungsunfähig gemacht" werden, bevor man zur (eigentlichen) Sache kommen wollte? Mitunter konnte man diesen Eindruck gewinnen, wenn vermeintliche oder echte „Marxisten-Leninsten" aus den Reihen der Spontis mit kraftvollen Pöbeleien ‚überschwemmt' wurden.

Der Putsch

Grün, so scheint es, entpuppt sich auf der parlamentarisch-politischen Ebene einmal mehr als Farbe der Hoffnungslosigkeit. Ganze vier Wochen währte der Schein eines breiten Kommunalwahlbündnisses, das sich vielleicht doch noch irgendwie zusammenraufen könnte. Dann liessen die grünen Parteistrategen die Seifenblase von der baldigen Teilnahme an der Macht am Main platzen. Mit kargen Worten eröffnete Manfred Zieran, Mitglied des Bundeshauptausschusses der GRÜNEN, am 17.11. der versammelten Runde, er könne mit einem Teil der Anwesenden nicht zusammenarbeiten. Einige besäßen nämlich ein *„nur taktisches Verhältnis zur Ökologie"*. Deshalb werde er den Frankfurter GRÜNEN vorschlagen, die Initiative zu einer „offenen Liste" zu ergreifen. Beteiligen könnten sich daran diejenigen, die *„eine klare ökologische Position vertreten und auch eine ökologische Liste für*

Fortsetzung nächste Seite

Landesparteitag der Grünen in Baden-Württemberg

Während anderswo die Fetzen fliegen, herrschen bei den baden-württembergischen Grünen Frieden und Harmonie. Die „FR" (10.11.) stellt über den jüngsten baden-württembergischen Landesparteitag vom 8./9.11. etwas verwundert fest, *„daß es wohl noch nie ein so von Einigkeit geprägtes Meeting in der Partei gegeben hat wie dieses"*. Mit überwältigender Mehrheit wurde ein von Willi Hoss, Wilfried Kretschmann und der neuen Landesvorsitzenden Marie-Luise Beck-Oberdorf verfaßtes Grundlagenpapier verabschiedet, das folgende Schwerpunkte umfaßt: *„Der Kampf gegen das Atomprogramm, bei dem auch arbeitsmarktpolitisch mit der Überlegenheit des alternativen Energieszenarios argumentiert werden soll, Initiativen gegen die Wegwerfgesellschaft, die Zerstörung der Biosphäre durch schleichende Vergiftung insbesondere der Gewässer und die der Landschaft durch Überbebauung, vor allem Autobahnen"* („TAZ", 10.11.). *„Rückbesinnung auf die Ökologiebewegung"* nennt die „TAZ" das. Marie-Luise Beck-Oberdorf grenzt sich in ihrem Interview in der „TAZ" (12.11.) ausdrücklich von den *„Hamburger Vorstellungen grüner Politik"* ab: **„Ich fand es nicht so glücklich, daß man dort die Alternativpositionen so in den Vordergrund gestellt hat. Wir gehen zunächst mal von ökologischen Fragen aus".**

Die ausschließliche Konzentration auf die *„praktische Arbeit vor Ort"* („TAZ") ist auch als baden-württembergischer Beitrag zur innerparteilichen Auseinandersetzung in der Grünen Partei zu verstehen. *„Nur so"* kommentiert die „FR", sei *„eine gewisse Abkopplung des Landesverbandes von einer Bundespartei zu erreichen (...), mit der weder nach innen noch nach außen wegen ihrer anhaltenden Gärungsprozesse besonders viel Staat zu machen ist"*.

Daß die Parteitagsharmonie und die überwältigenden Mehrheiten nicht nur auf die Zurückhaltung (die „TAZ" spricht sogar vom „Rückzug") der Linken zurückzuführen sind, verdeutlichen die Vorgänge um die „Wahl" von Marie-Luise Beck-Oberdorf zur neuen Landesvorsitzenden. Die „Wahl" wurde schon vor dem Parteitag vom bisherigen Landesvorsitzenden Hasenclever mit weltmännischem Geschick entschieden: Von der Presse nach einem möglichen Nachfolger befragt, wußte Hasi — zu diesem Zeitpunkt als einziger! — daß voraussichtlich Frau Beck-Oberdorf gewählt würde. Eine Diskussion über die Vergabe des Postens gab es damals noch nicht; es gab noch nicht einmal offizielle Bewerber. Das Ergebnis von Hasis Intervention, die ihm hinterher „sehr unangenehm" gewesen sein soll (sagt Marie-Luise Beck-Oberdorf): seine Kandidatin wurde ohne Konkurrenz „mit satter Mehrheit" („FR") „gewählt"!



Fortsetzung von vorheriger Seite

Frankfurt anstreben: Teile der TAZ-Redaktion, des Pflasterstrand-Umfelds und des SB-Umfelds, der unabhängigen Linken und auch die Initiativ- und BI-Szene sollte angesprochen werden. Mit diesen und anderen Menschen sollten wir schnellstens in eine eigenständige Diskussion über Inhalte und Personen eintreten".

Eine derartige „persönliche Stellungnahme" wäre an sich nichts Erschütterndes gewesen, besonders weil sie über die politischen Absichten ihres Verfassers nichts neues verriet. Es stellte sich jedoch rasch heraus, daß nicht nur Mitglieder der GRÜNEN, sondern auch ein Teil der Spontis und weitere Anwesende vorher „eingeweiht" worden waren und ihre Zustimmung für dieses Vorgehen erklärten. Dazu einige Passagen live aus Frankfurt:

„Als erster meldete sich ein Genosse der Gruppe ‚Arbeiterpolitik' zu Wort. ‚Sag mal, Manfred, bin ich auch bei denjenigen, die du da eben genannt hast?' Manfred: ‚Aber ja doch!' – Zwischenrufe, Gelächter. ‚Ihr versteht mich völlig falsch!' Unruhe hält an. ‚Hört doch mal auf! Also ich finde das richtig, was Manfred hier gesagt hat. Er hat doch nur die Widersprüche mal offengelegt, die hier schon die ganze Zeit vorhanden waren. Nur die Spontis und die Grünen können zum jetzigen Zeitpunkt zusammenkommen. Die Empörung einiger Leute ist völlig unsinnig. Habt ihr denn nicht mitbekommen, daß das schon lange auf der Ebene der Kneipengespräche so diskutiert worden ist?'..."

Derartige ‚Perlen' sollten sich bei dieser „offenen Aussprache" zu einer regelrechten Kette aneinanderreihen. Verblüffung rief zunächst die bescheidene Feststellung hervor, eine Ökologie-Diskussion sei doch noch gar nicht geführt worden. Wie denn die unvereinbaren Standpunkte belegen, wenn sie noch gar nicht auf den Tisch des Hauses gekommen sind? Diese kleine Unstimmigkeit war in der Argumentation der grünen Strategen leider übersehen worden und konnte so rasch nicht geglättet werden. Umso klarer war ihre Antwort auf den Hinweis, daß die GRÜNEN nach einer solchen Spaltung in Frankfurt keineswegs imstande wären, die 5% zu schaffen. Darauf käme es bei einer langfristig angelegten Politik nicht an, eröffnete Milan H., einer der Architekten des „Bremer Modells", das nun auch in Frankfurt allmählich Konturen gewinnt. „**Lieber 3% für eine Liste, auf der ich mit beiden Beinen stehen kann!**"

Wer glaubt, daß die 10%-Utopisten an dieser Stelle protestiert hätten, irrt. Im Spannungsfeld zwischen Traum und Wirklichkeit entschieden sie sich für garstige Realpolitik. Cohn Bendit forderte dazu auf, den organisatorischen Führungsanspruch der GRÜNEN in Sachen Parlamentarismus anzuerkennen. Für eine längerfristige Perspektive der Wahlpolitik (Landtags- und Bundestagswahlen) brauche man nun einmal einen organisatorischen Zusammenhang. Dies sei die Grüne Partei, die als Einzige relevante parlamentarische Erfolge zuwege gebracht habe. Jede Gruppe, die an einem Zusammengehen bei den Kommunalwahlen interessiert sei, solle sich daher mit Koalitionsangeboten an den Grünen Kreisverband wenden und diesen mit ihren Vorstellungen konfrontieren. Die GRÜNEN aber obliegt die Entscheidung darüber, mit wem sie zusammengehen, welche programmatischen Vorschläge sie übernehmen etc. Im übrigen solle man sich nicht in die eigene Tasche lügen. In Wahrheit sei die bisherige Kommunalwahlinitiative kein Personenbündnis, sondern ein Treffen von Individuen u n d Gruppenvertretern gewesen. Für ihn gäbe es aber keine absolute Offenheit bei einer derartigen, längerfristigen Zusammenarbeit mit anderen Organisationen. Für die DKP beispielsweise sei dieser Kreis seiner Meinung nach nicht offen. Dasselbe gelte für den KBW.

So ergab sich die putzige Situation, daß die Anwesenheit eines einzigen KBW-Mitglieds, der in den bisherigen Debatten über eine Randrolle nicht herausgekommen war, zum scheinbaren Sprengsatz für die gesamte Kommunalwahlinitiative geriet. Doch schon einen Tag später rückte Zieran diesen mißverständlichen Eindruck zurecht: In einer schriftlichen Vorlage für den Grünen Kreisverband (abgedruckt in „Pflasterstrand" Nr. 94) nennt er bitterböse Erfahrungen mit der GLH als Ursache für die Unmöglichkeit einer gemeinsamen Liste. Ganz besonders der KB habe sich innerhalb der GLH entsetzlicher Methoden bedient: „*Diffamierungen aller Art*", „*Machtkämpfe bis aufs Messer*", „*Emotionalisierung*" der Diskussion, „*Feilschen um Inhalte*" usw.usf. Dabei ist bemerkenswert: Der Verfasser, führendes Mitglied der Fraktion „Basisdemokratischer Undogmatischer Sozialisten" (BUS) in den GRÜNEN, nennt nicht ein einziges Zitat aus KB-Publikationen, nicht einen einzigen GLH-Beschluß, der durch „*Dominierung*" von „*Politfunktionären der verschiedensten K-Leninisten*" zustande gekommen wäre, noch sonst irgendeinen Beleg für seine Behauptungen. Stattdessen: „*Es war noch übler, mit fehlen die Worte zur Darstellung*"

Die fehlende Beweisführung wird ersetzt durch vielsagende Andeutungen des Verfassers, glänzend informiert zu sein: über die angebliche Mitarbeit eines „*Leitungsgremiumsmitglied des KB in der GLH*" und über „*geheime Leitungsgremium-Briefe, die uns zugespielt wurden*"...

Diesem Horror-Teil des Papiers schliessen sich einige zusammengeschusterte Ökologie-Thesen an, um endlich festzustellen: „**Aus diesen inhaltlichen Ausführungen ergibt sich, daß in dieser Frage kein Kompromiß mit Kräften aus dem K- und Trotzkistenlager möglich ist, ohne die konkrete Politik auf den falschen Pfad zu führen, d.h. für ein Bündnis von in dieser Frage grundsätzlich differierenden Kräften steht dauernd die Frage des Machtkampfes um repräsentative Personen, der inhaltlichen Schwerpunkte und letztlich der Spaltung**". Eine Zusammenarbeit sei daher nur mit den „*tatsächlich ökologischen Kräften Frankfurts*" möglich.

Wie man sieht, ist der Verfasser seinem Ruf eines herausragenden Politcatchers treu geblieben. Doch nicht deshalb haben wir ihn hier zitiert. Auch nicht, um ein weiteres Mal demokratische Empörung zu wecken. Denn es wäre naiv, so zu tun, als hätten wir nicht gewußt, daß diese Parteistrategen von Anfang an einen **grünen Alleingang** planten. Möglich wurde dies jedoch erst dadurch, daß sie aus den Reihen der Spontis und der Gruppe „Arbeiterpolitik" Unterstützung erhielten.

Die Methode des Vorgehens allerdings, der unmißverständlich formulierte Unvereinbarkeitsbeschluß gegenüber Kommunisten und Trotzkisten, lassen Rückschlüsse darauf zu, wie sich die BUS bei den derzeitigen Auseinandersetzungen i n n e r h a l b der grünen Bundespartei verhalten wird. Mag sein, daß diese ‚grünen Sozialisten" sich heute noch scheuen, den Ruf ihrer rechteren Parteifreunde nach Ausschluß etwa der „Gruppe Z" offen zu unterstützen. Doch dies ist lediglich eine Frage der Taktik. **Grundsätzlich sind – wenn man Zierans Argumentation ernst nimmt – bei der BUS die Würfel zugunsten von Unvereinbarkeitserklärungen und Ausschlüssen offenbar schon gefallen.**

Wider Erwarten gelang es diesen Kräften auf der nächsten Mitgliederversammlung der Frankfurter GRÜNEN aber nicht, ihren Putsch und geplante (halb-)„offene Liste" absegnen zu lassen. Der Kreisverband will nun am 2.12. eine Entscheidung fällen. Schon in der Einladung zu diesem Treffen behauptet der Vorstand, man sei sich in der Sache so gut wie einig. So wird versucht, die Meinungsbildung zu manipulieren und das Ergebnis vorwegzunehmen. Auch ein Beispiel für das „neue" Politikverständnis in der Ökologen-Partei...

Katzenjammer

Kaum war das Kind in den Brunnen gefallen, überlegte es sich die Szene wieder anders. Die Spontis grollten Cohn-Bendit, dem – nach eigener Auskunft – „*erheblicher Anteil an dieser katastrophalen Situation zuzuschreiben ist*" („PS" Nr. 94). Das sei Ausgrenzungspolitik, und langsam werde es ein bißchen viel Parlamentarismus. So entstand ein Modell: Die Spaltung soll nur „vorläufig" sein. Die drei Hauptströmungen (GLH, Spontis, GRÜNE), zu denen alle anderen sich gesellen sollen, treffen sich vorläufig separat und arbeiten jede für sich ihre Vorstellungen aus. Mitte Januar wird auf einer Versammlung erneut der Versuch einer Einigung unternommen.

Die nächstfolgende Sitzung der Kommunalwahlinitiative, auf der zwar nur noch wenige GRÜNE, ansonsten aber der vollständige Kreis zugegen war, brachte eine deutliche Mehrheit für dieses Modell. Der Vorschlag der sog. „offenen Liste" der GRÜNEN erhielt in einem Meinungsbild k e i n e Fürstimme. Mitglieder der Gruppe „Arbeiterpolitik" und andere Befürworter der „grünen Lösung" („taz") müssen also ebenfalls in der Zwischenzeit umgefallen sein. Falls nicht, mochten sie ihre Präferenzen jedenfalls nicht zeigen.

Es bleibt abzuwarten, ob die Frankfurter GRÜNEN diesem letzten Einigungsversuch zustimmen, oder ob sie sich gleich daran machen, der von Manfred Z. so unnachahmlich konstruierten Liste Gestalt zu verleihen. Im letzteren Fall dürfte es pikant werden zu erfahren, wie die GRÜNEN die geheimnisvollen Selektionen politisch begründen:

– *Teile der „taz"-Redaktion* (dort geht offenbar – wer hätte das geahnt? – die Scheidelinie zwischen „tatsächlichen" und „taktischen" Ökologen mitten durch die Redaktionsstube);

– *Teile des „Pflasterstrand"-Umfelds* (die Redaktion ist in diesem Fall unerwünscht, besteht also auch aus „Taktischen", auf die ein Teil ihres Umfelds immer noch hereinfällt);

– *Teile des SB-Umfelds* (welche denn?) usw.

Sprechen wir es offen aus: Dieser Antrag ist s o d o o f, daß es schon schmerzhaft wird, sich anschaulich vorzustellen, wie eine solche „offene (!) Liste" mit „klarer ökologischer Position" in Frankfurt antritt. Muß denn wirklich die Quälerei des Bundestagswahlkampfes auf kommunaler Ebene noch einmal wiederholt werden?

Die Aussichten stehen schlecht, allerdings nicht nur für die Alternativen. Da das „Bremer Modell" auf Frankfurt nicht übertragbar ist, fällt es nicht schwer, einem grünen Alleingang das Scheitern an der 5%-Hürde zu prophezeien, gerade angesichts der ‚dünnen' inhaltlichen und personellen Decke der hiesigen GRÜNEN. Das Ausbleiben einer „parlamentarischen Bedrohung" für die nächsten vier Jahre allerdings würde es den Herrschenden beträchtlich erleichtern, beispielsweise den Bau der Startbahn 18 West am Frankfurter Flughafen oder die geplante Erweiterung des Autobahnnetzes durchzusetzen. **Niemandem kann verwehrt werden, eine solche Situation dann auch als Resultat einer „tatsächlich ökologischen Politik" zu bezeichnen...**

Im nächsten AK wollen wir uns der Mühe unterziehen, die bis jetzt leider nur bruchstückhaft geäußerten kommunalpolitischen Vorstellungen zu sammeln und – so gut es geht – vorzustellen. Vielleicht liegt bis dahin auch (erstmals) etwas Inhaltliches aus den Reihen der GRÜNEN vor. Einiges deutet darauf hin, daß auch in dieser Hinsicht die Kontroverse lautet:

Dinne oder nicht Dinne –
das ist hier die Frage!

KB/Gruppe Frankfurt

Frauentreffen der Grünen

Alle Wege offen in der Grünen Frauenpolitik?

Am 22./23.11. fand in Karlsruhe ein bundesweites Frauentreffen der Grünen Partei statt. Nur 30 Frauen, davon zwei aus dem Bundesvorstand, waren gekommen – die Hälfte davon aus Hamburg und Baden-Württemberg. Die geringe Beteiligung ist sicher auch der schlechten Informationspolitik in der Grünen Partei zuzuschreiben. Zwei Landesverbände waren gar nicht anwesend, Westberlin und Schleswig-Holstein, wobei die letzteren zum gleichen Zeitpunkt ihren Landesparteitag hatten.

Im Mittelpunkt des Frauentreffens stand die Diskussion um das Thema „Frauen und Ökologie". Schon die Einladung zum Treffen versprach eine Kontroverse: „*...daß es nicht genügt, frauenspezifische Fragen an die Ökologiefrage einfach anzuhängen, sondern zu überprüfen, ob und wieweit Frauenfrage und Ökologiefrage einander bedingen*". Christine Muscheler (Baden-Württemberg) hielt zu diesem Thema das Eingangsreferat, sie äußerte auch ihre Unsicherheit in dieser Frage. Ich will aber dennoch einige Thesen aus ihrem Referat darstellen, um bestimmte Entwicklungstendenzen bei den grünen Frauen deutlich zu machen.

Für Christine M. liegt die Ursache des gesellschaftlichen Übels in der Ökologiefrage; demzufolge sei „die Frauenfrage zum ökologischen Nebenwiderspruch geworden". Auch die Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau sei ökologisch: Die männliche Existenz gelte als alleiniger Maßstab, die Männer seien für die ökologische Krise verantwortlich, denn sie haben die Welt erobert. Die Frauen hingegen sind gemäß ihrer biologischen Funktion, Kinder zu gebären, mit Natur und Wachstum verbunden. Diese Arbeitsteilung entstehe aufgrund der anerzogenen Fähigkeiten zwischen Mann und Frau. Auf der Grundlage von Binswangers Ökologie-Theorie „Wege aus der Wohlstandsfalle" übernimmt Christine seine gesellschaftliche „Alternative". Demnach soll die Arbeitsteilung zwischen Frau und Mann geändert werden: sie t e i l e n sich e i n e n Acht-Stunden-Arbeitsplatz, allerdings ohne Lohnausgleich; die andere Hälfte des Tages sollen Mann und Frau zu Hause „Eigenproduktion" betreiben. Binswanger schlägt z.B. vor, daß die Frau ihre Kleider wieder selbst näht, denn in vier Stunden könnte sie ein Kleid herstellen, und wenn sie es kauft, müßte sie zwei Tage dafür arbeiten. Die Hausfrau könne auch billiger kochen als ein Restaurant. Christine M. ist hier selber unsicher, inwieweit diese Theorie die Frau nicht zurück an Heim und Herd bringt. Dennoch hält sie ab der grundsätzlichen Vorstellung dieser „Alternative" fest; sie glaubt, daß damit die doppelte Belastung der Frauen aufgehoben werden und der Mann in einen Emanzipationsprozeß einbezogen werden könne. Sie behauptet, daß sich der Lebensstandard durch die „Eigenproduktion" erhöhen würde.

Die sich anschließende Diskussion im Plenum und später in der Arbeitsgruppe machte deutlich, daß es bei den grünen Frauen sehr unterschiedliche Positionen zu „Frauen und Ökologie" gibt. Einige konservative Frauen erhärteten die Vorstellungen von Christine M. in Richtung auf Konsumverzicht, Null-Wachstum und „den Gürtel enger schnallen". Es wurde behauptet, daß zur Zeit 70% der Güter „Überproduktion" seien und bloß zu „überflüssigem" Konsum anheizen. Die Frauen seien die Hauptantreiberinnen des Konsums, weil sie einkaufen und alles schön haben wollten. Es sei zwar heute auf dem Lande einfacher als in der Stadt, ein ökologisches Leben zu führen, aber auch in der Stadt könnten die Frauen ja in Reformhäusern einkaufen und auf das Stück Fleisch verzichten. Das Auto sei kein notwendiger Gebrauchsgegenstand und sollte durch das Nahverkehrssystem ersetzt werden; dann wäre es auch möglich, mit nur einem Gehalt/Lohn in der Familie auszukommen.

Die linken Frauen auf dem Treffen widersprachen den Thesen vom Null-Wachstum, Konsumverzicht und „Gürtel enger schnallen": 95% der Bevölkerung arbeiten für die Geldsäkke; Sparmaßnahmen gebe es schon genug auf dem Rücken der Bevölkerung. Die Vorstellung der „Eigenproduktion" wurde als mittelalterlich und als eine Ökologiediktatur empfunden. Der Konsumverzicht auf Auto und Stereoanlage und die Halbtagsarbeit ohne Lohnausgleich wurden als menschenfeindlich kritisiert, weil es in den Städten keiner Familie möglich sei, so zu leben. Dem Konsumterror in unserer Gesellschaft wurde entgegengehalten, daß die Produktion nach den Bedürfnissen der Bevölkerung geplant werden müsse.

In einem weiteren Ansatz wurde diskutiert, wie diese Verzichtsthesen mit den sozialen Forderungen im grünen Frauenprogramm zu vereinbaren wären. Eine Frau meinte, das Frauenprogramm sei in Saarbrücken durchgepowert worden. Zwar wurde sich nicht gegen das Frauenprogramm von Saarbrücken explizit ausgesprochen, aber die Theorie vom Null-Wachstum und „Gürtel enger schnallen" stellt eindeutig die Frauenforderungen im Programm in Frage. Leider konnte darüber nicht mehr diskutiert werden.

Die Auseinandersetzung um „Ökologie und Frauen" ist Ausdruck des allgemeinen Widerspruchs in der grünen Partei zur Ökologiefrage. Mit der Frauenfrage hat diese Auseinandersetzung eigentlich nur soviel zu tun, daß die konservativen Frauen den frauenspezifischen Kampf gänzlich der Ökologiefrage unterordnen wollen. Wenngleich mir die reaktionäre Position in der Minderheit auf diesem Frauentreffen erschien, sind die Positionen vieler anderer Frauen im Grundgedanken ähnlich, nur daß sie im Gewande des Feminismus erscheinen, d.h. daß radikale Kampfansagen gegen die Männer formuliert werden, daß ohne Unterschiede „alle Frauen" (die Arbeiterin genauso wie die Kapitalistenfrau) von der ökologischen Krise unterdrückt werden. Aber auch wir linken Frauen haben uns noch nicht genügend mit dem Thema „Frauen und Ökologie" auseinandergesetzt, um den konservativen Vorstellungen mehr entgegenzusetzen. Eine grüne Frauenbroschüre soll jetzt zu diesem Thema erarbeitet werden.

Im zweiten Teil des grünen Frauentreffens ging es um die innerparteiliche Situation und die Auseinandersetzungen um die „Grüne Frauenzeitung" (vgl. Artikel in diesem AK). Insgesamt beklagten die grünen Frauen die schlechte Informationspolitik; einige hatten noch nie einen Frauenrundbrief gesehen, obwohl es inzwischen sieben Ausgaben gibt. Es wurde über bessere Mitwirkung der Frauen an dem Rundbrief diskutiert, und daß dieser jetzt alle zwei Monate erstellt werden soll. Zur besseren Informationspolitik sollen jetzt auch autonome Frauenstrukturen in der grünen Partei entwickelt werden, eigene Kontaktadressen und Karteien sollen die ersten Schritte sein. Darüberhinaus wollen sich die grünen Frauen mindestens zweimal im Jahr bundesweit treffen. Mehr Öffentlichkeitsarbeit soll über die Zeitung „Die Grünen" entwickelt werden. Ein Antrag wurde verabschiedet, der die Bundesgeschäftsstelle auffordert, eine Seite für die Frauenartikel (alle 14 Tage) zur Verfügung zu stellen und zu finanzieren, sowie die Artikel von Frauen stärker zu berücksichtigen. Viele

Fortsetzung nächste Seite

Annäherung zwischen Grünen und Dunkelgrünen?

Im letzten AK berichteten wir über die Gründung einer rechten „Grünen Liste Berlin" unter Mitwirkung von Nationalrevolutionären und Solidaristen und über einen Beschluß des Westberliner Landesverbandes Die Grünen, mit Mitgliedern der „Neuen Rechten" grundsätzlich nicht zusammenzuarbeiten. Schon in seiner ersten Stellungnahme hatte der Landesverband die – mittlerweile mehrheitlich aus den Grünen ausgetretenen – Mitglieder der AL Westberlin für die rechte Gründung verantwortlich gemacht: Die „Machtpolitik der AL" im Landesverband habe die Wertkonservativen aus der Partei gedrängt. Ganz in diesem Tenor gehalten ist auch ein Brief von Dieter Trautmann (Mitglied im Geschäftsführenden Gremium des Westberliner Landesverbandes) an die Bundesgeschäftsstelle in Bonn: „*Dafür, daß es zu dieser Entwicklung in Berlin gekommen ist, machen wir – wie es auch die Grüne Liste tut – die falsche Politik des AL-Blocks in den Grünen verantwortlich, die allerdings jetzt der Vergangenheit angehören muß*". Berechtigt sei das „*Bedürfnis wertkonservativer Grüner nach einer Organisation mit ökologischem Schwerpunkt*". Diesem Bedürfnis sei allerdings bereits durch die „*Entwicklung eines eigenständigen grünen Mittelkurses Rechnung getragen*" worden. Im übrigen müsse mit der AL „*eine freundschaftliche, konkurrenzfreie Zusammenarbeit ohne Einmischung in die gegenseitigen Angelegenheiten*" erreicht werden.

Ein zweiter, ebenfalls von Dieter Trautmann verfaßter Brief an die „Grüne Liste Berlin" („*Liebe Ökologen bzw. Wertkonservative in der Grünen Liste Berlin!*") verdeutlicht die Offenheit des Landesverbandes auch nach dieser Seite hin: „*Auch wir haben den Gedanken der Gründung einer Grünen Liste erwogen für den Fall, daß sich eine Lösung der Probleme innerhalb der Partei Die Grünen nicht finden ließe (...) Euer Vorgehen kommt uns doch einem ‚Vorpreschen' im falschen Zeitpunkt und auf falsche Art und Weise gleich (...) Die Grüne Föderation, mit der wir uns – nach ihrem von Lothar Herbing skizzierten ‚Politischen Standort' – eine Wiedervereinigung der ganzen Partei durchaus vorstellen können, wenn einige Probleme auf beiden Seiten mit etwas Geduld und gemeinsam bearbeitet werden, täte gut daran, wenn sie sich nicht schon wieder unter dem Zeitdruck irgendwelcher Wahlen verfrüht zur Partei konstituieren würde*". Zustimmend wird Hasenclever zitiert, der die „*Stärkung der ökologisch-demokratischen Mitte*" gefordert und sich gegen ein „*Sammelbecken für ‚irgendwie' Unzufriedene und extremistisch Gesinnte*" ausgesprochen hatte. Nachdem der Westberliner Landesverband die „extremistisch gesinnten" ALer losgeworden ist, soll nun die Reihe an der „Grünen Liste" sein: „*Mit Euch sollten wir ein Gespräch darüber führen, wie wir gemeinsam die Einheit der Grünen/Landesverband Berlin erhalten und gleichzeitig den Bedürfnissen nach einer Politik mit ökologischem Profil entsprechen können. Dabei müßte allerdings unser Beschluß bezüglich der Nichtzusammenarbeit mit Nationalrevolutionären berücksichtigt werden*".

Der Streit um die »Grüne Frauenzeitung«

Einigen Ärger gab es in der Grünen Partei um die Erstellung und Herausgabe der „Grünen Frauenzeitung". Fast drei Monate dauerte der nervenaufreibende Streit um Autonomie und Zensur zwischen der Frauenredaktion und der Bundesgeschäftsstelle bzw. dem Bundesvorstand. Auf einem bundesweiten Frauentreffen der Grünen (vgl. Artikel in diesem AK) berichteten Frauen aus mehreren Landesverbänden, wie „grüne" Männer gegen die Frauenzeitung vorgegangen sind. In Baden-Württemberg drohten Männer mit Austritt aus der Partei, wenn die Frauenzeitung auf den Büchertisch gelegt wird; andere haben sich geweigert, diese mit zu verkaufen. Sprüche wie: Die Frauen sollten sich lieber um ihre Kinder kümmern, oder: „Was soll denn eine Frauenzeitung – es gibt doch die EMMA und Courage", blieben nicht aus. Aus anderen Landesverbänden wurde ähnlicher Boykott durch die Männer berichtet. Ein Mann griff das Konzept der Zeitung an, vor allem die § 218-Artikel (obwohl beide Positionen dargestellt wurden) würden die Sache der Grünen kaputt machen. Nur eine Frau auf dem Treffen wollte ebenfalls die § 218-Problematik „ausgespart" wissen, weil „die Frauen aus der Provinz" dies nicht verstehen könnten. Eine andere Frau, selbst „aus der Provinz", bezog die Gegenposition, gerade dort seien die Bedingungen für die Frauen besonders erschwert; Kliniken und Ärzte weigerten sich, Abtreibungen durchzuführen.

Ansonsten wurde auf dem Frauentreffen das Konzept der Zeitung begrüßt, wenngleich aus Gründen der Kräfte vorerst keine neue Zeitung gemacht werden soll. Die Frauen wollen sich auf die Herausgabe des internen Frauenrundbriefes und eine Frauenseite in der Zeitung „Die Grünen" konzentrieren, sowie vielleicht zu speziellen Themen Broschüren herausgeben.

Die Hintergründe des Streits

Im Juli fand eine Bundeshauptausschußsitzung (BHA) der Grünen Partei in Bremen statt. Petra Kelly vom Bundesvorstand schlug dort vor, eine bundesweite Frauenzeitung für den Wahlkampf zu erstellen; u.a. sollte diese auch den Diffamierungen der „Emma" gegen die Frauen in der Grünen Partei entgegentreten. Außer den „Bedenken" von Manfred Zieran (Aktivist der Fraktion „undogmatischer Sozialisten" bei den Grünen), gab es allgemeine Zustimmung und Begeisterung, vor allem bei den Frauen. Lukas Beckmann (Bundesgeschäftsstelle) formulierte dann folgenden Antrag: „Der BHA unter-

schäftsstelle) formulierte dann folgenden Antrag: „Der BHA unter-

stützt die Erstellung einer Frauenbroschüre der grünen Frauen zur Bundestagswahl. – Der BHA geht davon aus, daß in dieser Broschüre die verschiedenen Strömungen innerhalb der grünen Frauen ihren Ausdruck finden können. – Der BHA unterstützt die Erstellung dieser Broschüre mit 7.000,- DM auf Vorfinanzierungsbasis." Dieser Antrag hörte sich zunächst nach Unterstützung an, wurde aber im Laufe der Erstellung der Frauenzeitung als Instrument der Behinderung gegen die Frauen eingesetzt. Kein anderer Beschluß des BHA hatte eine derartige Einschränkung vor allem finanziell zum Inhalt gehabt. Der Vergleich zu dem rechtslastigen Zeitungsprojekt von Werner Knapp, „anders Leben", das mit ca. 25.000.-DM von BHA unterstützt wurde, soll hier ausreichen. Auch die Absicherung, daß in Knapp's Blatt „alle politischen Strömungen" zu Wort kommen müßten, war von Mann zu Mann nicht für notwendig erachtet worden.

Bei der Erstellung der Frauenzeitung zeigte sich bald, daß die veranschlagten 7.000,-DM bei der geplanten Auflage und Umfang der Frauenzeitung viel zu wenig waren. Die Frauen, die die redaktionelle Arbeit leisteten, wollten 20.000 Exemplare drucken lassen. Die überraschend vielen Beiträge aus allen Regionen der BRD liessen die Frauenzeitung 50 Seiten stark werden. Inzwischen beschlossen Lukas Beckmann, Milan Horacek (beide Bundesgeschäftsstelle) und Dieter Burgmann (Bundesvorstand) ohne Diskussion mit den Frauen eine Auflage der Zeitung um 10.000, weil mann davon ausging, daß sich die Zeitung schlecht verkauft. Mehrmals forderten die Frauen der Redaktion sofortige Diskussion um Konzept, Auflage und Finanzen, doch Beckmann hatte Wichtigeres zu tun. Die Frauen der Redaktion traten in den Streik; ein „grünes" Frauentreffen fand statt, um das Verhalten der Vorstandsmänner zu diskutieren. Die „grünen" Frauen unterstützten die Redaktion, in einem Frauenrundbrief sollte das Verhalten der drei Vorstandsmänner kritisiert werden. Lukas Beckmann bekam den Auftrag, den Frauenrundbrief Nr. 6 in 6.000 Auflage an die Landesverbände zu verschicken. Er weigerte sich, daraufhin, „auf Kosten der Bundespartei Lügen und Verleumdungen zu verschicken", so daß nur einzelne Landeskreisverbände ein Exemplar zugeschickt bekamen. Das bedeutete, daß die Frauen in der Grünen Partei kaum über die Auseinandersetzung informiert wurden.

Die Frauen beschlossen erstmal eine Auflage von 10.000. Das Konzept der Zeitung blieb bestehen. Zwei Frauen aus der Redaktion schrieben eine Erklärung „Streik – Eingriff – Eingriff ...", in der der Konflikt mit den Vorstandsmännern öffentlich gemacht wurde. Kurze Zeit später stellte Helmut Lippelt (Mitglied des Bundesvorstands, Exponent der Rechten) den Antrag an den Bundesvorstand, die Mehrkosten (5.700,-DM) für die Frauenzeitung nicht zu bewilligen, womit er faktisch die Frauenzeitung total in Frage stellte. Auf der entsprechenden Bundesvorstandssitzung im September waren auch die Frauen der Redaktion anwesend, einstimmig wurden die Kosten für die Frauenzeitung (10.000 Auflage) der Bundesgeschäftsstelle zugewiesen. Die Frauen stellten die Forderung, daß die Frauenzeitung je nach Absatz unbegrenzt nachgedruckt werden sollte, daß die Frauen darüber mitentscheiden sollten. Weiterhin sollte der Erlös der Frauenzeitung zum Aufbau einer eigenen Frauenkasse benutzt werden. All diesen Forderungen wurde zugestimmt. Beckmann allerdings forderte von den BuVo-Mitgliedern, sich zu der Kritik im Frauenrundbrief und in der Zeitung „Streik – Eingriff – Streik ..." zu äußern. Dabei zog er auch gleich die „Notbremse": sollte „diese Art" akzeptiert werden, könnte er nicht mehr in der Bundesgeschäftsstelle oder in dieser Partei arbeiten!

Norbert Mann schlug daraufhin vor, die Streikerklärung sollte aus der neuen Auflage der Frauenzeitung ganz herausgenommen werden; frau sollte dem Lukas nicht so Unrecht tun, schließlich würde es die Frauenzeitung ohne Lukas nicht geben! Andere Vorständler meinten dann auch noch, ihen Senf dazugeben zu müssen: die Streikerklärung würde im Wahlkampf schaden und die Frauenzeitung ließe sich sowieso nicht absetzen. Es gelang Beckmann offensichtlich, den anwesenden Vorstandsmitgliedern, mit nur einer Ausnahme, eine Distanzierung von der „Auseinandersetzungspraxis" der Frauenredaktion abzuringen. Die Frauen aus der Redaktion machten zum wiederholten Male deutlich, daß es ihnen nicht nur um die Auflagenhöhe gehe, sondern grundsätzlich darum, wie mann mit Frauen zusammenarbeitet und wie Entscheidungsprozesse zustande kommen. Schließlich wurde vereinbart, daß Lukas Beckmann in der Frauenzeitung und im Frauenrundbrief eine Gegendarstellung veröffentlichen kann (Eine Vereinbarung, die niemals umstritten war, jedenfalls nicht bei den Frauen aus der Redaktion.). Damit war klar, daß der Frauenrundbrief nun endlich wie geplant in 6.000 Auflage bundesweit verschickt werden sollte.

Mitte September sollten die Frauenbroschüre und die Kandidatinnen der Grünen Partei auf einer Pressekonferenz vorgestellt werden. Dafür hatten die Männer aus der Bundesgeschäftsstelle keinen Finger krumm gemacht, eine kurze Einladung wurde noch von den Frauen geschrieben, die Bundesgeschäftsstelle hatte nicht einmal die Frauenzeitung an die Presse verschickt.

Kurz vor der Pressekonferenz erschien in der „Frankfurter Rundschau" ein Artikel „Frauen und Wahlen", der Lukas Beckmann u.a. völlig aus dem Häuschen brachte. Dieser Artikel beinhaltete nämlich eine kurze Notiz zur Streikerklärung der Frauen-Redaktion, was mann natürlich gleich als wahlschädigend interpretierte. Auch auf der Pressekonferenz sollte der Streit angesprochen werden, weil die Frauen und Kandidatinnen den Kampf gegen den Chauvinismus als einen Bestandteil der Frauenarbeit sehen. Dort entwickelte sich dann eine Diskussion unter den Frauen, was sehr nett war und peinliches Schweigen gar nicht erst aufkommen ließ. Trotzdem hatte die Pressekonferenz keine große Resonanz.

Nach der Pressekonferenz stellte sich dann heraus, daß der Frauenrundbrief Nr. 6 immer noch nicht verschickt bzw. noch gar nicht gedruckt worden war. Norbert Mann stellte nun doch wieder den Antrag, den Frauenrundbrief Nr. 6 nun doch nicht mehr zu verschicken und den Artikel „Streik– Eingriff – Streik" aus der Neuauflage der Frauenzeitung herauszunehmen. Es gab eine erneute Diskussion in der Bundesgeschäftsstelle. Lukas Beckmann schrieb später darüber: *„Bei dem Gespräch in der Bundesgeschäftsstelle mit den Frauen wurde das Verhalten der Frauen auch von anderen Frauen kritisiert, insbesondere die unverständliche Art, mit der sie das Problem mit der Bundesgeschäftsstelle in der Frauenbroschüre schriftlich fixiert hätten."* Tatsächlich hatten die Frauen einige Änderungen für den nicht gedruckten Frauenrundbrief beschlossen, was Beckmann genüßlich abfeierte, indem er so tat, als habe er sich mit seiner Kritik durchgesetzt. Die veränderte Form des Rundbriefs Nr. 6 wurde dann endlich tatsächlich gedruckt und verschickt. Ende September wurde der Antrag von Norbert Mann auf einer Bundesvorstandssitzung – die Streikerklärung aus der Neuauflage der Frauenzeitung zu nehmen – mit einer Gegenstimme (von Bettina Hoeltje, Hamburg) angenommen. Alle anderen anwesenden Bundesvorstandsmitglieder, leider auch Frauen, fielen den Redaktions-Frauen in den Rükken.

Bettina Hoeltje hatte ihren Antrag auf Nichtbefassung schriftlich vorgelegt; drei wesentliche Gründe nannte sie dafür: 1. würde damit Zensur ausgeübt, *„die mit dem Selbstverständnis der Grünen und auch mit dem Gedanken optimaler Dezentralität nicht in Einklang zu bringen ist"*, zumal eine Diskussion *„anhand von Stellungnahmen aller Beteiligten"* nicht geführt worden sei. 2. *„Der BV hat mit diesem Beschluß die auf der BHA-Sitzung in Bremen beschlossene Autonomie der Frauen in der Erstellung der Broschüre durchbrochen"*. 3. Mit diesem Beschluß würden die Behinderungen fortgesetzt.

Aus dem Papier von Beckmann geht weiter hervor, daß Bettina Hoeltje und Marion Pein (ebenfalls Hamburg) *„den Bundesvorstand davor gewarnt (haben), diesen Beschluß zu fassen, ohne den Inhalt ihrer Warnung genauer auszuführen"*. Die Redaktionsfrauen hatten nämlich beschlossen, daß sie alle ihre Artikel aus der Broschüre rausnehmen würden, falls die Streikerklärung gekanntet wird. Bettina und Marion hatten den Antrag, den Bundesvorstand über die Konsequenzen so eines Beschlusses zu informieren, was aber anscheinend erst nach der BV-Sitzung gegenüber einzelnen Mitgliedern geschah. Bettina erklärte dazu später in einem Brief an die Redaktionsfrauen, daß sie zwar die Kritik *„am Verhalten einiger grüner Männer bei der Erstellung der Frauenbroschüre"* teile, den Text „Streik – Eingriff ..." jedoch zu *„stimmungsmäßig"* finde und die Vorwürfe gegen die Männer *„nicht konkret belegt werden"* (Brief vom 18.10.). *„Es wäre m.E. für die Auseinandersetzung und für die Interessen der Grünen Frauen durchaus sinnvoll gewesen und gar keine ‚Niederlage', wenn wir auf die Erklärung „Streik..." in der 2. Auflage verzichtet hätten und zwar keineswegs ersatzlos, sondern zugunsten einer konkret belegten Darstellung des Konfliktes"* (ebenda). Eine wohl wenig ermunternde Erklärung für die Redaktionsfrauen. Bettina kritisierte darüberhinaus, daß die Redaktionsfrauen mit dem Zurückziehen ihrer Artikel für die Frauenzeitung gedroht hatten. Anscheinend hatte sie nicht verstanden, daß dies eine Fortsetzung von Kampfmaßnahmen gegen die Bevormundungspolitik einiger Männer in der Grünen Partei sein sollte. Wahrscheinlich hatte Bettina deshalb auch nicht den Bundesvorstand von diesen Konsequenzen informiert.

Alles in allem zeigt der Konflikt um die „Grüne Frauenzeitung", wie wenig bisher noch den Frauen die Autonomie in der Praxis wirklich zugestanden wird. Auf diese Weise wird jedenfalls der Grünen Partei die Herstellung eines besseren Verhältnisses zur Frauenbewegung gewiß nicht gelingen.

Ul., KB/Hamburg

Fortsetzung von vorheriger Seite

Frauen haben Artikel an „Die Grünen" geschickt und nie wieder etwas davon gehört. Frau darf gespannt sein, wie sich die Bundesgeschäftsstelle zu diesen Forderungen verhält.

Das Frauentreffen hat gezeigt, daß die Frauenarbeit der Grünen noch schwach entwickelt ist, wenngleich dieses Frauentreffen wohl nicht repräsentativ für ein Gesamtbild sein dürfte. Nur aus zwei Landesverbänden (Hamburg und Baden-Württemberg) konnte über regelmäßige Frauentreffen berichtet werden. Die Baden-Württembergerinnen haben sogar für die Zeitung „Die Grünen" eine regelmäßige Frauenbeilage erstellt. Einige Frauen waren enttäuscht von dem Treffen, weil nur so wenige gekommen waren und von den angekündigten zwölf Arbeitsgruppen nur zwei durchgeführt werden konnten.

Ul., KB/Hamburg

Kommunalpolitischer Kongreß in Bielefeld:
Alternativen in der Kommunalpolitik

Rund vier Wochen nach dem Desaster der Grünen bei den Bundestagswahlen fand auf Einladung der Bunten Liste Bielefeld und des „StadtBlatt" Bielefeld ein mit etwa 450 Leuten gut besuchter Kongreß „Alternativen in der Kommunalpolitik" vom 14.11. bis 16.11. in Bielefeld statt.

Erschienen waren Mitglieder und Parlamentarier von bunten/alternativen und grünen Listen aus der ganzen BRD, von denen viele bei Kommunalwahlen Sitze in den Parlamenten erringen konnten und sich nun bemühen, eine kontinuierliche kommunalpolitsche Arbeit zu entwickeln.

Sehr stark vertreten waren auch kleinere Listen, die bisher über keine parlamentarische Vertretung verfügen, jedoch kommunalpolitisch aktiv sind und ihren Blick auf die nächsten Kommunalwahlen richten, wie z.B. in Niedersachsen und Hessen.

Unbeeindruckt von den Unkenrufen der bürgerlichen Medien, die alternative Wahlbewegung habe mit dem schlechten Abschneiden der Grünen eine schwerverdauliche Schlappe erlitten, war die Stimmung auf dem Bielefelder Kongreß eher optimistisch.

Viele der Anwesenden waren erschienen, um von ‚Spezialisten' Wissen und Fertigkeiten zu kommunalpolitischen Fragen vermittelt zu bekommen.

Andere exhofften aus der kritischen Würdigung der ein bzw. zweijährigen Listenarbeit und Parlamentsbeteiligung Impulse für die weitere Arbeit.

Angeboten wurden seitens der Veranstalter Arbeitsgruppen zu den Themen „Wohnen", „Verkehrspolitik", „Stadtteilkultur", „Haushalt und Finanzen", „Ausländer" und „Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit", sowie „Energiepolitik". Die Frauen waren von den Veranstaltern nicht bedacht worden – erst auf Antrag wurde spontan eine Frauenarbeitsgruppe eingerichtet, die mit 40 Frauen gut besucht war. An den anderen Arbeitsgruppen beteiligten sich jeweils zwischen 20 und 40 Interessierte. Zu sämtlichen Arbeitsgruppen waren Referenten eingeladen, die mit ihren Eingangsbeiträgen meistens den Verlauf der Arbeitsgruppen festlegten. Anschließend fanden zwei Arbeitsforen statt, die zum Thema „Parlamentarische und außerparlamentarische Initiative" – Professionalisierungsdebatte – sowie zum Thema „Welche Alternative wollen wir?" – entlang Dinne'scher BGL-Politik – diskutierten.

Eingeleitet wurde der Kongreß am Freitag-Abend mit einer Podiumsdiskussion, an der ausschließlich Parlamentarier – aus mehreren bunten bzw. alternativen Listen, von der BGL (Bremen), ein DKP-Ratsmitglied aus Bottrop – sowie ein Mitglied des Bundesvorstandes der Jungsozialisten beteiligt waren.

Der Verlauf der Podiumsdiskussion offenbarte die recht unterschiedlichen Erwartungen der Anwesenden. Die Interessen gliederten sich grob in zwei Strömungen: Einerseits in diejenigen, die sehr stark parlamentsbezogen diskutieren wollten und die parlamentarischen Anforderungen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellten. Dazu waren vor allen Dingen die Vorbereitungsgruppe des Kongresses, die anwesenden Grünen sowie die Eimsbüttler „Parlamentsfraktion" der BuLi Hamburg und die BuLi Bielefeld zu zählen.

Andererseits diejenigen, die sich stärker mit den Listenproblemen und -erfahrungen auseinandersetzen wollten und eine kritische Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit der bisherigen Listenpolitik erhofften.

Dieser Strömung neigte die Mehrheit der meisten Listen und der Initiativler zu. Dieser Teil der Anwesenden sah sich schon am ersten Tag des Kongresses enttäuscht. Es gelang aber leider nur teilweise, diese Interessen stärker in den Kongreßverlauf einzubringen.

Die Kongreßvorbereitungsgruppe hatte mit der Ausrichtung des Kongresses auf die Sonderinteressen vorwiegend parlamentarisch orientierter Abgeordneter und Listenmitglieder maßgeblich Anteil an der Unterrepräsentanz außerparlamentarischer Diskussionansätze. Mit dieser einseitigen Ausrichtung auf „parlamentarische Kleinarbeit" hängt es wohl auch zusammen, daß der Kongreß ohne klares Resume abgeschlossen wurde und viele Fragen offen gelassen hat.

Alternative Zusammenarbeit contra Jusos und BGL

Bereits am ersten Abend gab es reichlich Kritiken an der Podiumsdiskussion. Mit Ausnahme des Juso-Bundesvorstandsmitglied Samland diskutierten ausschließlich Parlamentarier (AL Westberlin, BuLi Bielefeld, BuLi-Minderheit Hamburg, DKP Bottrop und Willers von der Bremer Grünen Liste). Bereits vor dem Kongreß hatte sich die Bunte Liste Hamburg/Initiativenkreis schriftlich bei den Veranstaltern darüber beschwert, daß bei der Podiumsdiskussion einseitig einem Teil der gespaltenen Bunten Liste Hamburg ein Vorrecht eingeräumt werde.

Die Hamburger kritisierten diesen Vorgang als undemokratisches Vorgehen und forderten generell eine stärkere Berücksichtigung von Nicht-parlamentariern bei der Podiumsdebatte.

Mit der Bemerkung des Diskussionsleiters, es habe viele Interessenten für die Podiumsbesetzung gegeben, „wären wir dem nachgegangen, säßen jetzt mehr auf dem Podium als im Publikum", war der Wochen vorher eingereichte Antrag des Buli-Initiativen-Kreisen „erledigt".

Das Interesse der Diskussionsleitung ging mehr in die Richtung einer scharf geführten Kontroverse über den Erfolg bzw. Mißerfolg der Juso-Politik. Samland's Versuch, die „Doppelstrategie" der Jusos in Einzelfällen als erfolgsgekrönt und ausbaufähig darzustellen, mußte verständlicherweise vor diesem Publikum fehlschlagen, zumal nicht gerade wenige Leute auf Grund eigener Erfahrungen mit der „Doppelstrategie" sich von der SPD und den Jusos ab- und den Listen zugewandt haben.

Willers von der BGL – der anstelle des ursprünglich vorgesehenen Olaf Dinné auf dem Podium saß – nutzte die Gelegenheit, die BGL-Kritik an der Politik der SPD vor dem Publikum auszubreiten: die SPD-Wachstumspolitik sei eine Katastrophe für die Zukunft; im Interesse der Zukunft der Menschen müßten ‚Sozialstaatsflausen' vom Tisch; Null-Wachstum müsse angesteuert werden (Das macht die Bundesregierung doch gerade!). Versuche der Diskutantin der AL Westberlin, für eine enge Anbindung parlamentarischer Arbeit an die Basis (Wohnungs-Initiativen, Spielplatzinitiativen etc.) zu plädieren, stießen bei der Diskussionleitung und den anderen Diskutanten auf wenig Interesse. Bedauerlich insbesondere

Fortsetzung nächste Seite

KOMMUNALPOLITIK

Fortsetzung von vorheriger Seite

deswegen, weil diese von der AL formulierte Position längst nicht mehr selbstverständlich in der Parlamentsarbeit bunt/alternativer Listen ist.

Immerhin zeigten die Beiträge der Diskutanten auf dem Podium und später in der Debatte mit dem Publikum aber doch, daß die BGL mit ihrer Null-Wachstumspolitik und ihren sonstigen Eskapaden in der Linken weitgehend isoliert ist. Willers hatte an diesem ersten Tag denkbar schlechte Karten.

Die Debatte dieses Abends endete mit Kritiken: man sei nicht angereist, um hauptsächlich die BGL- und Juso-Politik zu kritisieren – auch wenn das erforderlich ist – sondern um die Probleme der bisherigen Listen- und Parlamentsarbeit zu diskutieren.

Dinné zieht seine Show ab

Für den zweiten Tag waren im Anschluß an die Arbeitsgruppen sogenannte 'Arbeitsforen' eingeplant.

Für eines dieser Foren unter dem Titel 'Welche Art der Alterantive wollen wir' war Olaf Dinné von der BGL als Referent geladen. Nachdem der ursprünglich eingeplante Gegen-Referent abgesagt hatte, sprang ein Laie auf dem Gebiet der Parlamentsarbeit als Kontrahent Dinné's ein: Michael Stamm von der „Gruppe Z". Dinné erläuterte bedeutend wirkunsvoller als Willers am Vorabend, wie die BGL-Politik in Bremen aussieht und auf welche Positionen sie sich stützt:

Das Kapital lebe vom Wachstum; Eingriffe in das Wachstum des Kapitals beschweren den Unternehmern Verwertungsschwierigkeiten der eingesetzten Gelder und damit des Profits.

Die Null-Wachstumspolitik sei deswegen seitens der Kapitalisten nicht akzeptabel. Sie gehen letztlich daran zugrunde, weil sie ihre Profite nur durch ein stetiges Wachstum realisieren können. Kampf gegen die Wachstumspolitik beschleunige den Untergang der Kapitalisten. Eine „neue Gesellschaft" sei dann auf den Trümmern der gescheiterten kaptitalistischen Gesellschaft möglich. Gemessen an den bisherigen Erfahrungen sei eine Revolution in der BRD kaum denkbar, deswegen sei dieser Weg der optimale.

Unter diesen „theoretischen" Prämissen entwickelte Dinné dann die konkrete Politik der mittlerweile auf etwa zehn Mitglieder geschrumpften BGL und fand bei der Mehrheit der Anwesenden durchaus Anklang.

Dagegen sah die versammelte Listenmitgliedschaft teilweise blaß aus. Dinné verstand es immer wieder,
aus. Dinné verstand es immer wieder,
sich den konkreten Fragen – insbesondere der Alternativen Liste Bremen – zu entziehen und die großteils ideologisch auf „Ökologie" eingestimmten Teilnehmer des Arbeitsforums zu beeindrucken. Auch wenn der Beifall für Dinne vorwiegend aus grünen Kreisen gekommen ist, schienen doch auch manche Bunt/Alternativen durch Dinné's Rhetorik verunsichert.

Dazu haben Unterstützungsbeiträge von Leuten wie z.B. Lippelt, Vorsitzender der Grünen in Niedersachsen und Mitglied des Bundesvorstandes, beigetragen, die Dinné von der Sacher her zustimmten und nur seine 'schnodderige' Art gegenüber anderen kommunalpolitischen Aktiven kritisierten.

Ähnlich wie bereits bei der Podiumsdiskussion hat die Beteiligung und die dadurch erzwungene konzentrierte Auseinandersetzung mit der BGL-Politik die kritische Betrachtung der Politik bunter/alternativer Listen verhindert.

Und die ist z.T. auch nicht ganz ohne: beispielsweise hat die BuLi Bielefeld in einem Papier sich ausführlich für Energiesparmaßnahmen ausgesprochen, die letztlich zulasten der Bevölkerung gehen würden.

„Außerparlamentarische" Kontra Parlamentarier

Im zweiten Arbeitsforum diskutier-



ten als Referenten R. Link (BuLi-Minderheit) als Repräsentant der „Professionalisten" aus Hamburg und M. Wendt von der AL Westberlin. R.Link legte vor großem Publikum nochmals die Professionalisierungthesen dar, die er bereits in der Zeitschrift der „Gruppe Z" entwickelt hatte. Einerseits bemängelte er die „unpolitische und bornierte Sichtweise der BI's, die über den örtlichen Horizont nicht hinausblicken", andererseits sprach er sich für die Behandlung aller Anträge im Bezirksparlament aus. Ihm scheint entgangen zu sein, daß dies bestimmt nicht den Rahmen bezirklicher und damit „bornierter" Sichtweisen sprengt.

Mit der Behandlung und Beantwortung aller Anfragen und Anträge der bürgerlichen Parteien begründete R. Link auch den „erforderlichen" Apparat bezahlter Kräfte für bunt/alternative Parlamentsarbeit.

Als Frage tauchte aber auf, ob Parlamente – und dabei insbesondere Bezirksparlamente mit geringen Kompetenzen – einen solchen Apparat erforderlich machen und ob eine solche Bewertung der Parlamentsarbeit nicht erheblich über die Belange der Listenbasis hinweggeht.

Seitens der meisten Bunt/Alternativen wurde eine Beschäftigung mit allen Problemen bezirklicher Arbeit in diesem Arbeitsforum abgelehnt. Sie plädierten stattdessen für eine Schwerpunktsetzung in der Listenpolitik inkl. Parlamentsvertretung, und lehnten die 100%-ige „Alleswisserei und -behandlung" als abgehobene Politik ohne klare Basis ab. Zumal die „Professionalisten" die Antwort darauf schuldig blieben, wie die Vielzahl ihrer Forderungen und Anträge durchgesetzt werden solle – allein den Parlamentsdebatten zur Erreichung der Ziele mochte niemand trauen.

Während die „Professionalisten" argumentierten, es gehe nicht darum, „Sonderinteressen" (gemeint sind die Interessen der Initiativen- und Basisbewegung !) im Parlament zu vertreten, es geht um die Interessen aller Bunte-Liste-Wähler, sprachen sich (mit Ausnahme der BuLi Bielefeld und der „Parlamentsfraktion" Eimsbüttel) alle Anwesenden mehr oder weniger deutlich für die Eingebundenheit der Listen und ihrer Parlamentarier in die Protest- und Initiativenbewegung aus. Wer – so tauchte die Frage auf – kontrolliert die Parlamentarier ? Nach bisherigem bunt/alternativen Selbstverständnis sind dies die Initiativen und Aktiven der Kommunalpolitik. Beifall fand die Stellungnahme eines Kölner Abgeordneten, der sich an Initiativenbeschlüsse gebunden fühlt, obwohl er mit den seitens der Initiativen er-
er mit den seitens der Initiativen er-
hobenen Forderungen im Parlament keineswegs immer einverstanden ist. Für ihn galt dies als Beispiel eines unverzichtbaren pluralen Verständnisses der linken und fortschrittlichen Listenbewegung. Die Anhängerschaft der „Professionalisierung" sah auf dem Bielefelder Kongreß recht schmal aus: vertreten wurde sie ausschließlich von der BuLi-„Parlamentsfraktion" Hamburg Eimsbüttel und Ratsherren der BuLi Bielefeld.

Die Arbeitsgruppen

Sechs Arbeitsgruppen waren geplant – sieben wurden es. Dafür haben die Frauen gesorgt, die es als einen Affront ansahen, daß ausgerechnet sie von der Kongreßvorbereitung nicht bedacht waren. Insofern ist die Zahl der Beteiligten an dem spontan eingerichteten Arbeitskreis mehr als gut: 40 Frauen beteiligten sich daran. Diese Arbeitsgruppe hat nach Aussagen der beteiligten Frauen außerordentlich gute Debatten geführt und eine starke Begeisterung der Frauen dokumenttiert, zukünftig mehr Frauenarbeit zu initiieren.

Übrigens war dies die einzige Gruppe, der kein Referent gestellt war. **Die Veranstalter sollten sich fragen, ob dies nicht maßgeblich mit dazu beigetragen hat, daß gerade in dieser Arbeitsgruppe dermaßen intensiv und produktiv in Hinblick auf Aktivitäten diskutiert worden ist.** Die anderen sechs Arbeitsgruppen litten z.T. erheblich unter der straff organisierten Ausrichtung der Gruppen: Referenten legten die Marschroute weitgehend fest; und nur dort, wo starke außerparlamentarische und konkret politisch interessierte Leute in den Gruppen in genügender Zahl vertreten waren, kam es zu ähnlich positiv bewerteten Arbeitsgruppenergebnissen.

Ein negatives Beispiel

Hieß es in der Einladung zur Arbeitsgruppe „Haushalt und Finanzen" noch: *„Welche Wege haben die einzelnen Listen beschritten – pauschale Ablehnung des Haushalts, konkrete Änderungsanträge, Annahme des Haushalts nach Verankerung eigener Positionen usw. ?"*, wurde in der Arbeitsgruppe von einer politischen Wertung der bisherigen Haushaltspolitik der Grünen und Bunt/Alternativen abgesehen.

Stattdessen entwickelte sich unter Federführung der Veranstalter aus der BuLi Bielefeld ein Intensivkurs in Haushalts- und Verwaltungsrecht, an dem jeder Professor seine Freude gehabt hätte. Unbestritten gab es für einen solchen Kurs erhebliche Nachfrage unter den Anwesenden, die sich von mehr Kenntnis über Verwaltungs- und Haushaltszusammenhänge mehr Erfolg in der konkreten Parlamentstätigkeit erhofften.

Bedenklich wird das dann, wenn die Kenntnis über Geldströme zwischen den einzelnen Haushalten der Stadt (Vermögenshaushalt/Verwaltungshaushalt und last but not least: mittelfristige Finanzplanung) dem außer parlamentarischen Druck gerade bei Haushaltsdebatten übergeordnet wird.

Mit Ausnahme der BGL (und teilweise der BuLi-Bielefeld) hat sich bisher noch keine Liste gemüßigt gesehen, generell zu Finanzierungsproblemen der Kommunen Stellung zu beziehen.

Das sollte auch so bleiben — es sei denn, die eine oder andere Liste will sich in die Verantwortung der Städte, Gemeinden und Kommunen als verläßliche Kraft einbringen.

Verantwortung für den Haushaltsplan der Städte zu übernehmen: davon hat bis zur Wahl niemand gesprochen, und es käme einem Wahlbetrug gleich, wenn jetzt Staatsinteressen über die Interessen der eigenen Basis gestellt würden. Während sich in der AG „Haushalt und Finanzen" vor allem diejenigen sammelten, die aus der Einweihung in die „Geheimnisse" der Verwaltungswege politisches Kapital für die Politik vor Ort gewinnen wollten, sah es in andren Arbeitsgruppen durchaus anders aus.

Die Auswertung

Geplant war die Auswertung des Kongresses durch die Veranstalter als Aussprache in kleinem Kreis. Eigens zur Kontrollierung der begrenzten Anwesenheitszahl wurden „Delegierten-Karten" verteilt, die lediglich für einen Anwesenden der jeweiligen Listen zur Verfügung standen.

Auf Einwendungen insbesondere der AL Westberlin hin wurde diese Art der Selektierung zurückgenommen. Alle Interessierten konnten sich letztlich beteiligen, so daß etwa 60 Leute erschienen. Getragen war die Nachbe-
erschienen. Getragen war die Nachbe-
reitung und Auswertung durch Kritiken an der Podiumsbesetzung, der übermäßigen Konzentration auf die Jusos und die BGL zu Lasten der konkreten Debatten um die Erfahrungen und Mängel bunt/alternativer Parlamentsarbeit.

Die BuLi Freiburg argumentierte vehement gegen die Beteiligung der „Regierungsjugend" (Jusos) am Podium und verbat sich dieses für die Zukunft. Das wurde von nahezu allen Anwesenden abgelehnt. Übereinstimmung bestand dagegen in der Ablehnung der übermäßigen Auseinandersetzung mit der BGL: dies habe zur Vernachlässigung der Listenprobleme geführt, hieß es übereinstimmend.

Für die Zukunft wurden verschiedene Überlegungen vorgetragen:

SB'ler schlugen vor, einen „alternativen Städtetag" vorzubereiten. Sie zogen ihren Vorschlag aber gleich wieder zurück, weil die Listen ihrer Ansicht nach noch nicht in der Lage sind, ein solches Projekt zu bestreiten.

Von der Al Westberlin wurde angeregt, Kongresse in Zukunft zwischen Sach- und politischen Kongressen zu unterscheiden. Die BuLi-„Parlamentsfraktion" Hamburg-Eimsbüttel schlug die Einrichtung einer bundesweiten kommunalpolitischen Publikation vor, die „konkret berichten" und „die Ideologie hintenan stellen" solle. Außerdem schlug sie einen Kongreß/eine Fachtagung zum Thema Ausländer in der BRD vor.

Vertreter der BuLi Bielefeld regten eine „Fachtagung" zu Themen wie z.B. Wohnen an.

Geeinigt hat sich der abbröckelnde Kreis dann darauf, Vorschläge aus den Listen einzuholen und sie der Kongreß-Auswertungsgruppe Bielefeld zuzusenden, um auf diesem Wege ein Votum der Listen herbeizuführen.

Die Listen sind also aufgefordert, ihre Wünsche, Forderungen etc.pp. bei der BuLi Bielefeld anzumelden. (Elsa-Brandströmstr. 13, 48 Bielefeld 1).

Eine reichliche Beteiligung an der Wunschaufstellung ist deswegen wichtig, weil der Bielefelder Kongreß gezeigt hat, wie mit wenigen Leuten und mit relativ isolierten Positionen ein Kongreß-Ablauf erzielt werden kann, bei dem die Basisinitiativen nur schwach zum Zug kommen.

Arbeitsgruppe Energiepolitik

Die Bielefelder Bunte Liste hatte im August dieses Jahres eine Broschüre „Atomenergie für Bielefeld?" vorgelegt, in der die Forderung nach einem Energiegutachten für Bielefeld aufgestellt und begründet wurde. Unter dem Motto „Es gibt viel einzusparen — packen wir's an!" werden dort eine Reihe von Vorschlägen für den sparsamen Umgang mit Energie gemacht. Durch das Gutachten sollen Ansätze aufgezeigt werden, wie eine Energieversorgung für Bielefeld ohne AKWs aussehen könnte (gegen die Bielefelder Beteiligung am AKW in Grohnde war die BuLi im Wahlkampf aufgetreten). Ein Mitglied der Kölner Bunten Liste hatte in einem Brief kritisiert, daß durch die Bielefelder Vorschläge die privaten Haushalte für die Energiepolitik der EVU's und der Regierung mitverantwortlich gemacht würden und dafür auch noch bezahlen sollten. Die Bielefelder Empfehlungen *„bewegten sich ... damit im Fahrwasser der 'Energiesparkampagne' der Bundesregierung"*. Er schlug vor, in einer Arbeitsgruppe während des Kongresses diese Vorschläge zu diskutieren.

Die Kongreßvorbereitungsgruppe richtete dann eine solche AG ein, um insbesondere Erfahrungen, die *„dieser Ansatz — kommunale Energiepolitik, um dadurch AKWs überflüssig zu machen — bietet"*, darzustellen (aus der Einladung). Zu diesem Zweck hatte die Vorbereitungsgruppe Thilo Koch vom Institut für Energie- und Umweltforschung (IFEU) aus Heidelberg und Wolfgang Feist aus Tübingen eingeladen, der mit anderen Mitarbeitern ein Energiegutachten für Tübingen erarbeitet hat. Zunächst schilderte ein Vertreter der Bielefelder AG Alternativenergie die bisherige und mögliche zukünftige Energiepolitik der Bundesregierung und ging dabei insbesondere auf den kürzlich vorgelegten Bericht der Enquete-Kommission ein. Diese Kommission hatte mehrere Möglichkeiten der zukünftigen Entwicklung der Energieversorgung aufgezeigt („vier Pfade"). Dabei war sie insbesondere darauf eingegangen, wie durch Senkung des Bedarfs an Energiedienstleistungen, rationelleren Einsatz von Energieträgern und Ausbau des Einsatzes alternativer Energiequellen der Verbrauch von Öl und Kernenergie eingeschränkt werden könnte. In der Darstellung des Referenten wurde ein besonderes Gewicht darauf gelegt, Möglichkeiten des „Energiesparens" im Haushalt aufzuzeigen. Dagegen wurde eingewendet, daß es vorrangiges Ziel sein müsse, die Energieverschwendung in der Industrie aufzuzeigen und daraus entsprechende Forderungen abzuleiten (Nutzung der Prozeßwärme, Einspeisung von Industriestrom ins Netz der öffentlichen Elektrizitätswerke, was allein mehr ausmachen würde als alle AKWs zusammen produzieren).

Dagegen wurde eingewendet, daß die Haushalte tatsächlich, vor allem im Berich der Raumheizungen, einen Löwenanteil am Verbrauch hätten, der Schwerpunkt müsse sich deshalb auch darauf richten. Kurz: „Wir sind dran". Ein wichtiges Mittel sei eine bessere Aufklärung der Verbraucher, um die bewußtseinsmäßigen Grundlagen für eine rationellere Energieausnutzung zu ändern. Auf den Einwand, daß dies sich kaum noch von der Propaganda und den Plänen von Schmidt und Lambsdorff unterscheide, bzw. alle diese Sparmaßnahmen ja nur über eine erhebliche Verteuerung für den Verbraucher durchgesetzt werden könnten, wurde nicht eingegangen.

Den Schwerpunkt der AG nahm dann die Darstellung des Energiegutachtens für Tübingen ein, das auf ähnlichen Grundsätzen aufgebaut ist. In Tübingen gebe es kaum Industrie, deshalb sei man auch nicht auf die industrielle Verschwendung eingegangen, hieß es dazu. Im Gutachten wird dann der Bedarf an Energie in Haushalt und Verkehr ermittelt und nach Möglichkeiten des Einsparens gesucht. Durch bessere „Beratung" und Untersuchungen der Haushalte und dem stufenweisen Wegfall von Sondertarifen für Industrie und Gewerbe, durch die Förderung von Solarheizungen, getrennte Hausmüllsammlungen (für Recycling und Biogasanlagen für organischen Müll), durch Einschränkung des Autoverkehrs bei gleichzeitigem Ausbau des Busnetzes und der Radwege, durch Wärme-Kraft-Kopplung in Fernheizwerken und deren Ausbau (beispielhaft in öffentlichen Gebäuden) soll langfristig viel Energie gespart werden.

Diese sehr lange Darstellung verhinderte, daß es noch zu einer Diskussion über dies Vorgehen kommen konnte. Dieser Ansatz bleibt rein im technologischen Rahmen (sind Heizkraftwerke nicht auch großtechnologisch und daher abzulehnen? Welche Technologie ist „alternativ"? Wo gibt es was einzusparen?), wo dann gar nicht mehr betrachtet wird, welche Folgekosten dies für die Verbraucher bringt, welche Lasten ihm damit aufgebürdet werden.

Ein Teilnehmer der AG



Wir Frauen lassen uns nicht »vergessen«!

„Alternativen in der Kommunalpolitik" – so lautete das Thema des Kongresses in Bielefeld. Der Kongreß war lange und gründlich vorbereitet und durchgeplant. Es gab umfangreiches Vorbereitungsmaterial, Arbeitsgruppen wurden angeboten, mit Referenten, Parlamentarier für eine Podiumsdiskussion zusammengestellt. – Ich arbeite das Vorbereitungsmaterial durch und denke: das darf nicht wahr sein, die haben die Frauen „vergessen"! Keine Frauen-AG, kein Wort zur Arbeit der Frauen in den Listen, im Parlament – nichts!

Dabei sind in fast allen alternativen und bunten Listen Frauen aktiv, gibt es Frauengruppen, Frauenbereiche, haben wir Frauen unser Programm durchgesetzt, haben zum großen Teil unsere Autonomie erkämpft. Aber bei der Vorbereitung dieses Kongresses werden wir „vergessen"! Ich fahre natürlich trotzdem hin, vielleicht kann frau an Ort und Stelle was ändern, wenn nicht, interessiert mich der Kongreß auch so.

Es sind relativ wenig Frauen da, vor allen kaum mir bekannte Frauen-Aktivistinnen. Kein Wunder, sie fühlen sich nicht angesprochen! Aber es gibt einige Frauen, die wollen diese Ignoranz auch nicht einfach schlukken. Zwei Frauen der AL Tübingen stellenden Antrag, eine AG Frauen einzurichten. Auf die Frage, wieviele Frauen mitmachen würden, melden sich nur zehn. Macht nichts, wir wollen die AG durchführen. Und dann kommen 40 Frauen!!

Ohne Vorbereitung, ohne Referentin, ohne Material usw. entsteht eine interessante, lebhaft dieskutierende Arbeitsgruppe. Die Diskussion ist eine angenehme Mischung aus „Selbsterfahrung" und Austausch der Probleme der praktischen Arbeit. Viele der „grünen" Frauen (sie machen fast die Hälfte der AG aus), beschäftigen sich erstmals mit der Frauenfrage, wollen eine Arbeit unter Frauen entwickeln oder machen gerade konkrete Erfahrungen mit den „grünen Mackern" in ihren Kreisverbänden. Bis auf ein, zwei Ausnahmen waren alle der Meinung, daß es notwendig ist, eine Diskussion unter den Frauen zu entwickeln, Frauengruppen zu bilden und nicht darauf zu vertrauen, daß automatisch von „alternativen Politikern" die Frauenproblematik aufgegriffen wird. Es wurde konkret über die Erfahrungen der Frauen diskutiert, die in Bezirks- und Kommunalparlamenten sitzen. Wir konzentrierten uns auf den Kampf um selbstverwaltete Frauenhäuser, einerseits die Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Parteien, die jegliche Selbstverwaltung verhindern wollen und mit allen möglichen Tricks arbeiten, andererseits die Zusammenarbeit mit den Frauenhausgruppen; es wur-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

de nur von guten Erfahrungen berichtet. Deutlich wurde in der Diskussion, wie wichtig die Rückkopplung mit der Basis (in diesem Fall die Frauenhausgruppen) ist; nur so kann frau für ihre Arbeit wirksame Unterstützung erhalten, so kann Öffentlichkeit hergestellt werden, die so wichtig ist, weil die Alternativen im Parlament ja selten direkte Erfolge erzielen.

Am Schluß formulierten wir eine Kritik an der Ignorierung der Frauenfrage bei der Vorbereitung dieses

An dieser Arbeitsgruppe beteiligten sich etwa 60 Leute.

Adalbert Evers von der Redaktion der Zeitschrift „Arch+“ (einer eingagierten Architektenzeitschrift) hielt ein Einleitungsreferat zur Wohnsituation, in dem ökologische Ansätze wie z.B. die Wachstums-Kritik aufgenommen wurden. Dies spiegelte sich am deutlichsten in einem Thesenpapier wider, in dem u.a. gefordert wurde, den sozialen Wohnungsbau einzustellen, da hierdurch die Wohnungsprobleme wenig zahlungsfähiger Gruppen nicht zu beheben seien.

Diese Position rief natürlich Widerspruch hervor: In einer Situation, wo der Sozialwohnungsbau ohnehin am Absterben ist und der „Liberalisierung“ des Wohnungsmarktes geopfert werden soll, würde das zu einer weiteren Verknappung an Wohnungen führen. Eine a n d e r e Frage sei hierbei, wie der soziale Wohnungsbau heute aussieht. Meist ist er schon gar nicht mehr „sozial“, weil die Mieten horrende Summen erreichen.

Aber grundsätzlich habe der Staat die Pflicht, eine ausreichende Wohnraumversorgung für alle zu gewährleisten und die Erfüllung dieses Grundrechtes nicht dem „freien Markt“ zu überlassen, auf dem der Mieter immer die schlechtere Position hat.

Übereinstimmung bestand darin, daß alternative Wohnformen, Aktivierung des Genossenschaftsgedankens und andere experimentelle Formen der Selbsthilfe beitragen können, wirklich „gemeinnützige“ Alternativen zu entwickeln. Da viele Punkte nur andiskutiert werden konnten, blieb z.B. unklar, was für eine Rolle der Staat haben soll. Sympathien mit dem „Bremer Modell“ der Dinné-Fraktion klangen zumindest an. In der Arbeitsgruppe kam es im übrigen zu einem recht fruchtbaren Gedankenaustausch von Mietkämpfern und Interessierten aus verschiedenen Städten und Gemeinden. Initiativler berichteten von ihrer Arbeit vor Ort, über die außerhalb meist wenig bekannt ist. Erfahrungsberichte kamen u.a. aus Westberlin, Hamburg, Stuttgart, Freiburg, Köln (Stollwerk), Castrop-Rauxel (von einem Vertreter der DKP), und auch Wohnungsprobleme in der „Provinz“

wurden dargestellt. Ein grüner Abge- Hamburg, Stuttgart, Freiburg, Köln (Stollwerk), Castrop-Rauxel (von einem Vertreter der DKP), und auch Wohnungsprobleme in der „Provinz“

wurden dargestellt. Ein grüner Abgeordneter aus Stuttgart berichtete von ihrer Kampagne, als Büros genutzte Wohnungen zurückzugewinnen und so Wohnraum zu schaffen, anstatt weiterhin freie Landschaft oder Waldflächen zu verbauen. Wohnungsbau soll nur noch in geringem Umfang und nur für besonders benachteiligte Gruppen vorgenommen werden.

Das Protokoll der Arbeitsgruppe, sowie das Einleitungsreferat und das Thesenpapier, soll in den Auswertungspapieren des Kongresses erscheinen.

Kongresses; daran entstand eine längere Diskussion über die Situation der Frauen in den Listen und Gruppen. Überall das gleiche Bild: formal sind die Frauen voll integriert, haben „ihren Platz“ in den Listen. Es wird akzeptiert, daß die Frauen was machen, aber u n t e r s t ü t z t werden sie nicht. Mann interessiert sich auch nicht für ihre Arbeit. Das „Vergessen“ der Frauenproblematik beim Bielefelder Kongreß ist Ausdruck des Zustandes in den Listen und Gruppen.

„In teoretischen Diskussionen bezieht mann sich immer auf die Frauenbewegung als eine wichtige soziale Bewegung. Am Beispiel des Kongresses sieht man, wie der Anspruch und die Wirklichkeit in den Listen und Gruppen auseinanderklaffen. Während in den Programmen rundum ein Frauenteil enthalten ist und praktische Frauenpolitik vor Ort läuft, sind wir auf diesem Kongreß nicht einmal erwähnenswert“ (aus der schriftlichen Kritik der Frauen).

Es war eine erfreuliche und auch ermutigende Erfahrung, daß 40 Frauen, die zum Kongreß gekommen waren, um in einer der angebotenen Arbeitsgruppen mitzuarbeiten, sich spontan dafür entschieden haben, lieber in der Frauen-AG mitzumachen, und die Meinung, daß unsere AG wohl die beste des ganzen Kongresses war, sprach sich schnell herum.

Bri., KB Bremen

Ein Jahr Bunte Liste Bielefeld

Versuch einer Zwischenbilanz

Vor gut einem Jahr ist die Bunte Liste Bielefeld mit vier Abgeordneten in den Stadtrat eingezogen.

In sechs von zehn Bezirksvertretungen konnte die Bunte Liste je einen Vertreter entsenden. In allen Ausschüssen sowie einigen Beiräten ist sie präsent. Damit ist die Bunte Liste Bielefeld sicher die bedeutendste parlamentarische Vertretung der Linken in der BRD. Die großzügige Diätenregelung der etablierten Parteien hat die BuLi außerdem zur 'reichsten' alternativen Parlamentsfraktion der BRD gemacht.

Das einjährige Jubiläum der Parlamentsvertretung der Bunten Liste wird derzeit von verschiedenen Seiten genutzt, eine vorläufige Bilanz zu ziehen.

Vom Handel mit der SPD...

Bekanntgeworden ist die BuLi Bielefeld vor allem durch ihre Politik um den Haushalt der Stadt Bielefeld (vergl. AK 174). Olaf Dine machte zur gleichen Zeit von sich reden, weil er im Namen des Wachstumsverzichts der Grünen Ökologen einer Erhöhung des Bremer Haushalts ablehnend gegenüberstand und den Etablierten Beispiele nannte, wie z.B. im Sozialbereich Einsparungen möglich seien.

Die Bunte Liste hatte ursprünglich die Absicht, den Haushalt auf jeden Fall abzulehnen, da er Positionen enthielt, wie den Ostwestfalendamm (Stadtautobahn) und die Innenstadtsanierung, beides Projekte, gegen die die Bunte Liste in den Wahlkampf gezogen war.

CDU und FDP hatten sich gegen die von der SPD anvisierte Anhebung des Gewerbesteuersatzes ausgesprochen, der den Fortfall der Lohnsummensteuer der Kapitalisten in etwa ausgleichen und die Kapitalisten zur Kasse bitten sollte. Die BuLi versprach der SPD bei der Haushaltsabstimmung die erforderlichen bunten Stimmen, wenn einige der von Basisinitiativen gestellten Forderungen erfüllt werden.

Diese Forderungen waren :

1. 20.000 DM für das autonome Bielefelder Frauenhaus
2. die Mehrbewilligung von Stellen für zwei Bielefelder Jugendzentren
3. Kürzung der Haushaltsansätze für Ostwestfalendamm und Stadtsanierung um 3 Millionen DM, die dem Radwegebau zugute kommen sollten.

In einer Zusatzvereinbarung mit der SPD wurde u.a. die Erstellung eines Bedarfsplans für Krabbelstuben, sowie der Erhalt einer Reihe zum Abriß vorgesehener Häuser festgehalten, außerdem die Erstellung eines Energiegutachtens durch ein unabhängiges Institut vereinbart (zur Energiefrage

riß vorgesehener Häuser festgehalten, außerdem die Erstellung eines Energiegutachtens durch ein unabhängiges Institut vereinbart (zur Energiefrage

siehe weiter unten). Also ein durchaus positives Beispiel eines Handels zugunsten der Interessen alternativer Politik.

Doch nach einem 3/4 Jahr sieht die Bilanz nicht mehr ganz so gut aus: Statt dem Wunsch der Jugendlichen nach besserer personeller Ausstattung der Jugendzentren, wie vereinbart, nachzukommen, wurde die zusätzliche Sozialarbeiterstelle eines JZ als Heimleiterstelle ausgeschrieben. Ein in Bielefeld einmaliger Vorgang – bis jetzt werden alle Bielefelder JZs von einem Team geleitet. Aber das Jöllenbecker Jugendzentrum hatte sich in der Vergangenheit immer wieder durch Demonstrationen, Besuche bei Ratsmitgliedern usw. den Zorn der Etablierten zugezogen. Auf diesem Hintergrund war die personelle Erweiterung ein schöner Erfolg, jetzt hat er sich unter der Hand zu einem Disziplinierungsmittel gewandelt. Die vereinbarten Mittel für Radwege sind auch nicht da verbaut worden, wo entsprechende Initiativen dies immer gefordert haben und was auch der Intention der BuLi entsprochen hätte.

Als direkte Umgehung des wegen der Radwege gekürzten Haushaltsansatzes für den Ostwestfalendamm ist jetzt von der (SPD)Verwaltung die Nachbewilligung von 1,3 Mio. DM beantragt worden.

Die Erstellung eines Bedarfsplanes für Krabbelstuben bzw. für Kitas auch für unter dreijährige Kinder ist bis jetzt noch nicht erfolgt. Unabhängig von der Vereinbarung zwischen BuLi und SPD ist von der Verwaltung eine Bedarfsuntersuchung in Arbeit, die aber von den einschlägigen Initiativen zu Recht als „Bedarfsunterdrückung“ kritisiert wird.

Außer den direkt vereinbarten Häusern, die renoviert statt abgerissen werden sollen, sollte noch über eine Reihe weiterer Häuser, auf die sich die SPD noch nicht festlegen lassen wollte, verhandelt werden. Möglicherweise auch aufgrund mangelnden Nachhakens der BuLi hat die SPD hier noch kein weiteres Zugeständnis gemacht. Im Gegenteil soll demnächst ein in die Verhandlungsliste aufgenommenes Haus unter den Bagger.

Somit bleiben unterm Strich noch die 20.000 DM für das Frauenhaus. Wenn man mal davon absieht, daß das Frauenhaus für 1981 wahrscheinlich kein Geld erhalten wird, würde aber selbst dieser Erfolg die Zustimmung zum Haushalt rechtfertigen, wenn dies auch so klargemacht würde.

Wir schrieben damals: **„Es ist klar, daß die BuLi sich jetzt auf ihrem relativen Erfolg... nicht wir ausruhen können. Zum Einen wird sie darauf achten müssen, daß sich die SPD nicht aus ihren Versprechen rausmogelt, was besonders die Zusatzvereinbarungen angeht. ...Die erreichten Positionen müssen ... verteidigt und nach Möglichkeit ausgebaut werden“** (AK 174).

Das ist nicht geschafft worden. Bis auf das Geld fürs Frauenhaus sind die Vereinbarungen bis zur Unkenntlichkeit verwässert oder schlichtweg nicht eingehalten worden. Zum großen Teil liegt es natürlich an der BuLi selbst. So hat ein Mitglied der „Initiative gegen Wohnraumnot...“ den Eindruck, *„...daß für die Bunte Liste der Fall Sanierung durch die Haushaltsvereinbarungen mit der SPD vorerst abgeschlossen ist“* (aus BuLi-Mitgliederrundbrief 4/80). Zum geringeren Teil liegt es aber auch an den Initiativen und Basisgruppen, die die mit der Haushaltsverabschiedung verbundenen Chancen nicht genügend genutzt haben und der BuLi nicht auf die Füße getreten sind.

... zur Verantwortung für die Stadt

Diese doch recht-nüchterne Bilanz

... zur Verantwortung für die Stadt

Diese doch recht nüchterne Bilanz der bisherigen Haushaltspolitik hält jedoch einige Bunte-List'ler nicht davon ab, diese als Paradebeispiel alternativer Parlamentsarbeit schlechthin darzustellen. Schlimmer noch, M. Winter, Fraktionsgeschäftsführer der BuLi, erklärt in einem Zeitungsinterview seine Bereitschaft, an *„... faktischen Problemen dieser S t a d t k o n s t r u k t i v mitzuarbeiten. Das heißt, Entscheidungen auch m i t z u t r a g e n , und zwar wesentliche, wie z.B. den Haushalt..“* (Neue Westfälische NW vom 9.7., Hervorhebung AK).

Das steht zu den damaligen Beschlüssen der BuLi zum Haushalt und auch zur Position der BuLi-Fraktion in der Haushaltsrede in krassem Widerspruch. Aus einem H a n d e l mit der SPD zugunsten von B a s i s i n t e r e s s e n wird hier die Übernahme von V e r a n t w o r t u n g für die S t a d t(verwaltung). Die BuLi hatte damals nicht beschlossen, den Haushalt m i t z u t r a g e n , sondern hat ihn im Gegenteil grundsätzlich a b g e l e h n t . T r o t z d e m hat die BuLi der SPD ihre vier Stimmen im Tausch gegen die Erfüllung von wichtigen Forderungen zur Verfügung gestellt, nicht mehr und nicht weniger.

Statt kritischer Bilanz maßlose Selbstüberschätzung...

Reinhald Krämer, Fraktionsvorsitzender der BuLi im Stadtrat, zieht nach einem Jahr BuLi-Arbeit sehr selbstbewußt das Resümee: *„Zusammen mit dem Stadtblatt (Bielefelder Alternativzeitung) kann die Bunte Liste zu d e m Kristallisationspunkt der Opposition in dieser Stadt werden“* (StBl 10/80).

Um dieser Einschätzung Nachdruck zu verleihen, stellt Reinhard die kühne Behauptung auf: *„... mit der Bunten Liste hat die Bielefelder Linke b e g o n n e n (vom Stadtblatt oder Initiativen wie etwa der BIS abgesehen), sich aktiv in die Kommunalpolitik einzumischen. Das ist für mich das positivste Ergebnis unserer Kandidatur“* (StBl 10/80, Herv. AK). Sämtliche Kandidaturen von alternativen, bunten und grünen Listen der letzten Jahre sind als Teil und Ausdruck einer relativ entfalteten Basis- und Initiativenbewegung in der BRD entstanden, deren wesentliche Träger bekanntermaßen Linke sind. Das gilt auch für die Bielefelder Szene. Die Geburtsstunde eines linken kommunalpolitischen Engagements hat durchaus nicht mit der Existenz der Bunten Liste begonnen - umgekehrt wird ein Schuh draus.

So ist natürlich überhaupt nicht einsehbar, wieso Reinhard von „Stadtblatt oder Initiativen wie etwa der BIS“ absehen will. Fast ausschließlich bestanden die Beiträge der BuLi zur Kommunalpolitik im Aufgreifen längst bestehender Forderungen von 'Initiativen wie etwa derBIS'. Sei es der Antrag auf Verbot der Grauen Wölfe, seien es die 20.000 DM für das Frauenhaus oder die übrigen Haushaltsvereinbarungen u. d.gl.m. oder auch der Erfolg, den Bau einer zweiten Gesamtschule mit zu ermöglichen. Die Forderung danach wird schon seit langem von der aus Eltern und Lehrern bestehenden BIGS (Bürgerinitiative Gesamtschule Stieghorst) erhoben. Im übrigen war schon in der vergangenen Legislaturperiode einen entsprechenden Antrag gestellt hat, damit aber gescheitert ist (jetzt aber zusammen mit der BuLi mehrheitsfähig ist).

... und Abgehobenheit...

Die BuLi muß sich auch an ihrem programmatischen Anspruch messen lassen, Sprachrohr der BI-Bewegung zu sein. Während Reinhard Krämer von der BuLi als Kristallisationspunkt der Opposition träumt, beschweren sich Mitglieder der 'Initiative gegen Wohnraumnot...', daß die BuLi diesem Anspruch nicht gerecht wird. Die Initiative ist im übrigen auch eine „wie etwa die BIS“, von denen Reinhard absehen will, und die schon seit langem Kommunalpolitik machen. *„Der Anspruch, Sprachrohr von Bürgerinitiatiben zu sein, ist zu hoch gegriffen. Mit den Vertretern im Rat, in den Ausschüssen und der AG Stadtsanierung klappt ein sporadischer Austausch, das ist aber auch alles.“* gibt ein Mitglied der Initiative in einem Interview des Mitgliederrundbrief 4/80).

Die BI.ler klagen, „Die Sanie- discher Austausch, das ist aber auch alles.“ gibt ein Mitglied der Initiative in einem Interview des Mitgliederrundbrief 4/80).

Die BI.ler klagen, *„Die Sanierungsgruppe (der BuLi) hat ein Verkehrskonzept erarbeitet. Aber das stützt sich überhaupt nicht auf die Initiativenarbeit. Es ist vielleicht notwendig, aber abgehoben..“* und: *„Ich bin platt, daß die Bunte Liste nichts zur Waldemarstr. gemacht hat. G.S. hat sogar in der Bezirksvertretung Sanierungsplänen für dieses Gebiet zugestimmt, die unseren Vorstellungen völlig widersprechen. Da erwarte ich eine klare Haltung der Bunten Liste“* (ebenda).

Die Zustimmung zu den genannten Sanierungsplänen ist dem Bezirksvertreter der BuLi zu Beginn der Parlamentsarbeit „durchgerutscht“, das ist also vielleicht zu entschuldigen; auch daß die BuLi zur Waldemarstraße (besetztes Haus) nichts gemacht hat, ist so nicht richtig. Aber das macht das Ganze nicht unbedingt besser. Die BuLi hat zur Waldemarstraße einen Antrag auf Reperatur der Heizungsanlage gestellt. So weit, so gut. Aber dieser Antrag war mit den betroffenen Besetzern nicht abgestimmt. Diese hatten sich nämlich, nachdem sie vorher monatelang von der Stadt hingehalten worden waren, selbst Kohle- und Ölöfen und Brennstoff besorgt, da sie u.a. wegen der im Haus wohnenden Kinder nicht mehr länger warten konnten. Ein Teil der Ratsfraktion hat der Zurückziehung des Antrags der BuLi aber erst zugestimmt, als klar war, daß die SPD dem nicht zustimmen würde. (Der Zusammenhang ist natürlich rein zeitlich!)

In den Bilanzartikeln von Reinhard und Michael ist von diesem doch etwas getrübten Verhältnis zur Basisbewegung nicht die Rede. Im Gegenteil sprechen beide übereinstimmend nur davon, daß sich *„... das Verhältnis der Bunten Liste zu den Bürger- und Basisinitiativen ... im Verlauf des letzten Jahres kontinuierlich verbessert (hat)“* (zit. nach den Unterlagen für den kommunalpolitischen Kongreß in Bielefeld vom 14./15. November).

... auch von der eigenen Mitgliederbasis...

Nicht nur das Verhältnis der BuLi zur BI-Bewegung ist einer eher kritischen Bilanz zu unterziehen, auch innerhalb der BuLi hapert es.

BuLi-Mitglied Hubert schreibt dazu: *„Unsere Abgeordneten sind keine abgehobenen Stellvertreter. Was sie im Stadtrat vertreten, wird mit und von den Mitgliedern und allen Interessierten... beraten und beschlossen. – steht in unserem Programm drin. Wer mal versucht hat, mit einem von ihnen etwas zu beraten und zu beschließen, der kann 'ne Ahnung davon kriegen, wieweit hier Anspruch und Wirklichkeit auseinanderliegen. ... Wichtige Entscheidungen werden in der Bunten Liste seit langem von einem kleinen Kreis von Informationsträgern vorab getroffen, was natürlich nicht gerade dazu motiviert, sich in der Bunten Liste arbeitsintensiv zu engagieren..“*

Das liegt lt. Michael Winter an der *„... negativen sozialen Zusammensetzung der BuLi“*, die vom *„....intellektuellen Mittelstand, bzw. den entsprechend orientierten Schülern und Studenten...“* beherrscht werde. Bei diesen Kreisen gehöre *„....politisches Engagement zum guten Ton und beruhigt das Gewissen.“* Da sei es natürlich kein Wunder, daß sich *„....die meisten BuLi-Mitglieder hauptsächlich als kontrollorgan und nicht als handelnde und kreative Kraft“* verstünden.

„So führt die Basis durch ihre Inaktivität automatisch den Gegensatz zwischen Kontrollierenden und Beauftragenden und sie vertretenden Agierenden herbei. Bei den letzteren verfestigt sich dann die Auffassung, daß sie die Arbeit machen (und auch Ahnung davon haben), während die anderen diese Arbeit nur diskutieren (und keine Ahnung davon haben)“ (StBl 10/80).

In der Konsequenz bedeutet diese Beschimpfung, daß die Mitgliederbasis der BuLi sich in Zukunft lieber aus der Parlamentsarbeit (von der sie ja keine Ahnung hat) raushalten sollte. Zur Zeit ist das Mitgliederplenum noch das oberste Entscheidungsgremium der Bunten Liste, aber *„.... entsprechende strukturelle und organisatorische Konsequenzen...“* hat Michael Winter bereits angekündigt (StBl). Hier gilt es, auf der Hut zu sein.

Zur Ehrenrettung der BuLi sei gesagt, daß die zitierten Stellungnah-

(StBl). Hier gilt es, auf der Hut zu sein.

Zur Ehrenrettung der BuLi sei gesagt, daß die zitierten Stellungnah-

men in der Presse niemals auf dem Plenum oder in der Fraktion diskutiert worden sind. *„Prekärerweise stellt auch das 'alternative' Stattblatt auf ... Mechanismen bürgerlicher Politik ab: es schreiben zum Thema ein Fraktionsvorsitzender, ein Fraktionsgeschäftsführer, ein stellvertretender Kreisvorsitzender –, nicht aber ein z.B. x-beliebiges Mitglied der Bunten Liste“*, schreibt Friedhelm Peters, Ex-Ratsmitglied der BuLi richtig in einem Leserbrief an das Stadtblatt (11/80). Andere Kräfte haben erst im Nachhinein die Möglichkeit, Stellung zu beziehen. Was für das Stadtblatt gilt, trifft für die bürgerliche Presse selbstverständlich erst recht zu.

Anläufe zur Diskussion bestimmter Themen werden z.T. sogar im Vorfeld gestoppt. So ist z.B. der Vorschlag von Heidi Bierbaum (Ratsmitglied der BuLi) auf einer Fraktionssitzung im Sommer, die Erfahrungen und Perspektiven der Ratsarbeit zu diskutieren, von Reinhard und M. Winter abgblockt worden. *„Am Ende der gleichen Sitzung teilte Reinhard mit, daß er und Michael ein Interview für die folgende Woche mit der NW vereinbart hätten über Erfahrungen und Perspektiven der BuLi-Parlamentsfraktion. So ein Interview setzt doch auf jeden Fall eine inhaltliche Diskussion mindestens in der Ratsfraktion voraus. So ein Verfahren hätte genau meinem Vorschlag entsprochen“* (Rundbrief von Heidi an die Mitglieder). Von Schwierigkeiten, in die umfangreiche Arbeit der Fraktion reinzukommen und dort mitzuarbieten, berichten auch andere BuLi-Mitglieder. Es geht aber z.T. so weit, daß Anregungen und Vorschläge von der Fraktions-Führung schlichtweg unterschlagen werden. So ist ein Antrag einer Gesamtschullehrerin zur zweiten Gesamtschule deshalb unterdrückt worden, weil M. Winter ihn für politisch nicht sinnvoll

Fortsetzung nächste Seite

KOMMUNALPOLITIK

Fortsetzung von vorheriger Seite

hielt, anstatt ihn dann in der Fraktion oder auf dem Plenum zur Diskussion zu stellen.

Trotz eines z.T. großen Unbehagens in der Liste über abgehobene und undemokratische Tendenzen ist kürzlich M.Winter mit großer Mehrheit für ein Jahr als Fraktionsgeschäftsführer bestätigt worden. Die „guten Kontakte zur Presse und zur SPD", auf denen Michael und der Fraktionsvorsitzende Reinhard aber auch den 'Daumen drauf' haben, mögen dabei eine nicht unwesentliche Rolle gespielt haben.

„Grundsätzliche Alternative" oder „konkrete Ergebnisse"?

„Die Bunte Liste stand vor der Entscheidung, entweder die grundsätzliche Alternative hochzuhalten oder aber mit ihren vier Sitzen an konkreten Ergebnissen herauszuholen, was herauszuholen ist", schreibt Michael Winter in seiner Bilanz (zit. nach Kongreßunterlagen). Diese Gegenüberstellung ist so natürlich Quatsch. Es kann für die Bunte Liste nicht darauf ankommen, sich oft genug auf Seiten der parlamentarischen Mehrheit zu befinden, sondern die „konkreten Ergebnisse" müssen sich daran messen lassen, inwieweit sie den Interessen 'grundsätzlich alternativer' Politik dienen.

Die BuLi ist auf dem Hintergrund der Einschätzung einer breiten z.T. aber recht diffusen Protestbewegung entstanden, die es im Sinne linker bzw. alternativer Politik zu mobilisieren gilt. Dazu gehört neben fortschrittlichen Politikinhalten selbstverständlich die von Michael so geringgeschätzte *„alternative Mechart"* (StBl), was doch wohl heißen soll, eine neue – antietablierte – Form von Demokratie zu praktizieren.

„... hätten wir große Teile unserer (Wähler?-) Basis noch mehr verprellt als bisher – vor allem die Teile, die am Zusammenhang von Form und Inhalt von Politik konsequenterweise festhalten und die Begrenztheit parlamentarischer ... (Un–) Möglichkeiten sensibel einzuschätzen in der Lage sind", schreibt Ex-Ratsmitglied Friedhelm Peters richtig in seiner Stellungnahme (StBl 11/80).

Im übrigen fällt bei der ausschließlichen Orientierung an konkreten Ergebnissen bei der Parlamentsarbeit unter den Tisch, unter welchen Bedingungen solche überhaupt zustande kommen. Erfolge im genannten Sinne lassen sich nur dort erzielen, wo wie bei der zweiten Gesamtschule alte Anliegen oder Anträge der SPD von der BuLi aufgegriffen oder unterstützt werden, oder wo *„... nicht gerade Forderungen, die mit sozialdemokratischen Grundsätzen unvereinbar..."* sind, gestellt werden. So stellt der stellvertretende Bielefelder SPD-Unterbezirksvorsitzende in bezug auf die Haushaltsvereinbarungen „zurückhaltend" fest (StBl 10/80).

Bei der zweiten Gesamtschule ist es leider nicht so, daß die BuLi die SPD mit einem eigenen Antrag unter Zugzwang gesetzt hätte, sondern umgekehrt steht die Bunte Liste vor der Entscheidung, dem vorliegenden SPD-Antrag, der einige Forderungen der BIGS und der GGG (Pro-Gesamtschul-BI's) nur ungenügend zur Geltung bringt, zuzustimmen, obwohl seit Monaten über einen gemeinsamen Antrag verhandelt wird. Eine Parlamentspolitik, die sich wie bei M.Winter allein auf die Erziehlung „konkreter Ergebnisse" reduziert, wird allzuleicht zum linken Anhängsel der SPD.

Ökologischer Dirigismus oder Verteidigung materieller Interessen der Bevölkerungsmehrheit?

In einem weiteren Bilanzartikel kritisiert ein Mitglied der Stadtblatt-Redaktion, *„... daß die Bunte Liste bis heute sich noch kaum Themen angenommen hat, die – wie etwa der Wohnungsbau, Mieten, öffentliche Tarife u.ä. – direkt mit der Besitzstandssicherung großer Bevölkerungsmehrheiten zu tun haben"* (StBl 10/80);

Die BuLi hat allerdings mit relativem Echo Anfang des Jahres scharf gegen die Strompreiserhöhungen der Stadtwerke Stellung genommen. Diese für Linke eigentlich selbstverständliche Haltung soll nach dem Willen von Teilen der BuLi jetzt geändert werden. Wie bei anderen öffentlichen Haushalten stehen auch in Bielefeld massiven Einsparungen im sozialen Bereich drastische Gebührenerhöhungen im Haushaltsentwurf '81 gegenüber. So sollen die Müllgebühren um 53%, die Entwässerungsgebühren um 12,5%, die Nutzungsgebühren für Obdachlosenunterkünfte um 20% und die Eintrittspreise für Frei- und Hallenbäder um 25% erhöht werden.

Über die Müll- und Entwässerungsgebühren hat es bereits lebhafte Debatten in der BuLi gegeben. Diesen Erhöhungen soll die BuLi jetzt zustimmen, wenn es nach dem Willen einer – hoffentlich – Minderheit geht.

Während die einen aus Sorge um den städtischen Finanzausgleich die Erhöhungen hinnehmen wollen, steckt bei den meisten Befürwortern der Erhöhung eine handfeste Ideologie dahinter.

Eine Verteuerung des Mülls, so wird argumentiert, zwinge die „Verbraucher" zum müllbewußten Einkaufen.

Wenn die Entwässerung verteuert würde, höre auch die „Verschwendung" auf, z. B. „beim Zähneputzen das Wasser laufen zu lassen". (Es soll auch schon Leute geben, die einen Ziegelstein in ihren Klosettspülkasten legen, weil dadurch die Spülwassermenge reduziert wird!).

Von den kuriosen Beispielen, die gehandelt werden, mal abgesehen, das Wasser wird doch bei Einstellung dieser „Verschwendung" nicht sauberer, im Gegenteil, der Dreck wird lediglich konzentrierter.

Beim Müll liegt die Sache noch klarer: Der einzelne Haushalt hat doch nur stark begrenzten Einfluß darauf, wieviel Müll anfällt.

„Wegwerfprodukte werden also schlicht deshalb produziert, weil die Kapitalisten damit einen größeren Profit machen können. Für die Beseitigung dieses von ihnen produzierten Mülls müssen sie natürlich nicht aufkommen. Das zahlt der Steuerzahler und der Gebührenpflichtige. Müllverbrennungsanlagen, die vor allem gebaut werden, um einigermaßen mit dem Kunststoffmüll klarzukommen, treiben diese Kosten noch in die Höhe. Aufkommen dafür sollen die Verbraucher?

Wir meinen nicht, denn das hieße, die Profite der Unternehmer noch zusätzlich zu finanzieren und obendrein eine unsinnige Produktion zu unterstützen", schreiben die BuLi-Mitglieder Günter S. und Heidi B., die den Grundsatz für richtig halten: *„Wer den Dreck produziert, soll auch dafür aufkommen!"* (Mitgliederrundbrief).

Selbst, wenn man in der Logik der Gebührenerhöhung bleibt: Die einzelnen Haushalte zahlen ihre Gebühren nach dem Volumen der Müllgefäße und nicht danach, ob diese ganz oder nur halb voll sind. Außerdem ist in Bielefeld die Umstellung von Einzelmülleimern auf Müllcontainer für einen ganzen Wohnblock in Gang. Da kann eine Familie womöglich ihren gesamten Müll kompostieren (im Wohnzimmer?) oder wiederverwerten (?), zahlen muß sie trotzdem.

Das sehen einige der Gebührenerhöher ja auch ein und argumentieren mit dem steigenden „Müllbewußtsein" der Bevölkerung durch höhere Kosten, was dann wiederum langfristig Auswirkungen auf die Produktion haben soll. Was ist daran eigentlich noch alternativ?

Diese Politik ist bei Schmidt und Lambsdorff in besten Händen. An allen Ecken und Enden ziehen die Preise an und schon so mancher Linke fühlt sich durch die drohende Krise, von der ja erst die Spitze eines Eisbergs sichtbar ist, in seiner materiellen Existenz bedroht. Und da soll eine linke Liste Gebührenerhöhungen zustimmen. Bei den Vertretern der beschriebenen Position sind sogar „Marxisten" bzw. solche, die sich dafür halten.

Gürtel-enger-schnallen-Parolen durch linke alternative Parlamentarier? Nein Danke!

Das gleiche Dilemma ...

... ergibt sich bei verschiedenen Vorstellungen zur Energiepolitik innerhalb der Bunten Liste, wenn auch nicht so offensichtlich.

Eine der Vereinbarungen mit der SPD zur Zustimmung zum Haushalt war die Erstellung eines Energiegutachtens für die Stadt Bielefeld. Ein unabhängiges Institut soll u. a. klären, *„ ... unter welchen technischen, planerischen, strukturellen, juristischen, sozialen und politischen Bedingungen (...) sich die Energieversorgung Bielefelds langfristig sichern (läßt)"* (aus der Haushaltsrede der BuLi).

Die Arbeitsgruppe Atomenergie der Bunten Liste Bielefeld war fleißig und erstellte eine Broschüre „Atomenergie für Bielefeld", in der die AG auch die „Möglichkeiten einer alternativen Energieversorgung Bielefelds" entworfen hat ...

Energie ist knapp und teuer.
Jeder muß Energie sparen.
„Auf weiter steigende Preise einstellen"
Schwachstelle im Wärmeschutz
Das Dach
Entlarvte Isoliermängel
Infrarot spürt Wärmevergeudung
Neuartiger Heizkessel
Die Zukunft beginnt im eigenen Heizkeller
Verschärfte Energiesparmaßnahmen
Sonnenenergie für Bundeswehrkasernen
Computer drosselt Heizkosten
Neue Technik sorgt für mehr Wohnkomfort
Sparen Sie Energie! mit den perfekten Bauelementen von darolet
Energiesparende Hausformen
Energiesparen
Das Energie-Sparprogramm soll vorankommen
FDP-Bundesparteitag zur Energiepolitik
Beschluß zur Energieeinsparung
'Es gibt viel einzusparen – packen wir's an!'
Energieeinsparung und Umweltschutz
FOGELFORS-HÄUSER
FOGELFORS – das Energiewunder aus Schweden.
Mustern Sie mal dieses Musterhaus!

Dies sind sämtlichst Ausrisse aus der bürgerlichen Presse. Eine der Schlagzeilen stammt allerdings von der AG Atomenergie der BuLi Bielefeld. Aufmerksame AK-Leser werden das schnell herausbekommen.
Unter den richtigen Einsendungen wird 1 Bunte-Liste-T-Shirt verlost, das den Wärmebedarf seines Besitzers/seiner Besitzerin um 10 % senkt.
Mitarbeiter/innen des Verlags oder ihre Angehörigen sowie der Rechtsweg sind bei der Verlosung ausgeschlossen.

Ende August stellte Reinhard Krämer, Fraktionsvorsitzender der BuLi, die Broschüre der Presse vor. **„Es gibt viel einzusparen – packen wir's an!"**, dieses Motto des genannten Kapitels der Broschüre wurde seitens der bürgerlichen Presse wohlmeinend aufgegriffen. In diesem Fall berichtete sie sogar einmal korrekt:

„Die vorgelegte Broschüre nennt nicht nur sachliche Gründe für die Ablehnung der Atomkraft, sie verarbeitet sie auch zu eigenen konstruktiven Vorschlägen zur Sicherung künftigen Energiebedarfs auch ohne Erdöl. Dabei steht das Sparen und rationellere Nutzung der Energie neben dem verstärkten Einsatz regenerierbarer Energiequellen wie Sonne, Wind- und Wasserkraft an der Spitze ... dann könnte sich statt des stereotypen ,wir können auf Atomkraft nicht verzichten' herausstellen: es geht auch ohne" („NW", 23.8.80).

„Rationellere Energienutzung fängt beim gezielten Kauf derjenigen Elektrogeräte an, die den geringsten Energiebedarf besitzen", mahnt die Arbeitsgruppe in der Broschüre und fordert u. a. dazu auf, Rundsteueranlagen anzuschaffen, die den Energieverbrauch in den Haushalten senken sollen.

100 DM müßten seitens der Haushalte für ein dafür benötigtes Relais in jedem Gerät berappt werden.

Ähnlich wie die „Energie-Spar-Spots" der Bundesregierung im Fernsehen, wendet sich die AG damit an die Haushalte und fordert sie zum Sparen auf. Tenor dieser Einsparungskampagne ist, wenn die Haushalte sparen, kann auf Atomenergie verzichtet werden.

In diesem Punkt unterscheiden sich die Vorstellungen der Arbeitsgruppe Atomenergie von denen der bürgerlichen Kräfte: diese fordern Einsparungen ohne Verzicht auf Atomenergie.

In der Begründung des gleichfalls in der Broschüre veröffentlichten Antrags der BuLi auf ein Energiegutachten heißt es u. a.: *„Die großen Möglichkeiten gerade der Kommunen, in ihrem Bereich eine aktive Energiepolitik zu betreiben, wurden bislang in Bielefeld wie auch anderswo meist außer acht gelassen. Durch eine entsprechende Gestaltung der Bauordnung etwa, z. B. durch den Erlaß von Wärmedämmvorschriften für Neubauten, oder durch die tarifliche Begünstigung verbrauchsreduzierender Technologien, könnte die kommunale Energieplanung in Zukunft eine ähnliche Bedeutung erlangen wie sie die Orts- und Regionalplanung in der Vergangenheit hatte"*.

Sollen etwa mit der *„tariflichen Begünstigung verbrauchsreduzierender Technologien"* diejenigen mehr berappen müssen, die noch nicht ihre Wohnung optimal wärmegedämmt oder nicht das neueste Modell im Heizungskeller stehen haben?

Die Mieter haben ohnehin keinen Einfluß darauf, welches Heizungssystem eingebaut wird, oder ob Doppel- oder gar Dreifachverglasung in der Wohnung ist. Den Hausbesitzern ist es jedoch entweder egal, wieviel Geld die Mieter für die Beheizung ihrer Wohnung ausgeben müssen oder sie lassen sich den Einbau entsprechender Systeme (Wärmedämmung etc.) teuer bezahlen. Wenn sich die „tarifliche Begünstigung ..." jedoch an die Industrie richtet, sollte dies zumindest erwähnt werden. Der Erlaß von Wärmedämmvorschriften für Neubauten hätte leider den – vielleicht nicht gewollten – Nebeneffekt, die Preise in diesem Bereich stark anziehen zu lassen, weil damit ja eine staatliche Absatzgarantie gegeben würde. Und wer wird die Zeche zahlen? Natürlich wieder einmal die Mieter.

Und was wird passieren, wenn das gewünschte Ergebnis eintritt, d. h. der Strom- und Gasverbrauch zurückgeht? Die Preise werden auch hier enorm anziehen, schließlich besitzen die kommunalen Versorgungsunternehmen auch jeweils das Monopol. Die sinkenden Einnahmen werden dann einfach über höhere Gebühren wieder reingeholt. Wie man's auch dreht, die Dummen sind immer die Gleichen.

Dabei ist das Thema Energiesparen bereits in guten Händen, ob Broschüren der Bundesregierung oder auch die bürgerliche Presse. Die geforderte Entwicklung wird sich ohnehin durchsetzen. Die erwähnten Rundsteueranlagen werden derzeit in einem Großversuch in Westberlin erprobt. Die Saarbrücker SPD-Regierung hat einen Energie-Beauftragten angestellt, der sich exakt mit den Einsparmöglichkeiten durch die Haushalte beschäftigt.

Aufgabe der Linken und bunter und alternativer Listen wäre es zu verhindern, daß sich die bereits betriebene Energiesparpolitik zu Lasten der Bevölkerung auswirkt. Aufgabe ist es nicht, diese Politik durchsetzen zu helfen. Das sollten wir der SPDCDUFDP getrost überlassen.

Wer von den Sparforderungen profitieren wird, ist schon jetzt klar: die Industrie, die schon dick im Umweltgeschäft drinhängt, und der Bereich der Kleinkapitalisten, der die Um- und Einbauten vornimmt.

Der Antrag auf ein Energiegutachten ist übrigens inzwischen mit den Stimmen der BuLi, der SPD und der FDP vom Hauptausschuß des Rates verabschiedet worden.

Das gibt es auch!

Auf Einladung der Bundeswehr besuchte Friedhelm Peters, Ratsmitmitglied der Bunten Liste Bielefeld, das Panzerbataillon 213 im Manöver.

Nach dem Manöver-Besuch gab es laut F. Peters *„ ... Kritik hinter den Kulissen ..."* der Bunten Liste Bielefeld. Diese „Kulissenkritik" nahm F. Peters zum Anlaß, seine Vorstellungen zur Bundeswehr der BuLi-Öffentlichkeit zu präsentieren. Dabei kommt für linke Gemüter Erstaunliches zutage:

„– Die Bundeswehr ist eine wirtschaftliche, soziale, politische und militärische Tatsache, zu der wir uns aktiv verhalten müssen.
– In der gegenwärtigen weltpolitischen Lage ist es m. E. unvorstellbar, die Bundeswehr aufzulösen oder dies zu wollen.(!!)
.....
– Die Bejahung der Existenz der Bundeswehr schließt nicht ein, militärische Tendenzen ... ebenfalls zu bejahen; ... unter Umständen wäre eine Milizarmee nämlich geeigneter, Verteidigungsaufgaben zu übernehmen ..." (BuLi-Rundbrief Bielefeld 4/80, Hervorhebung AK).

Außer der mittlerweile aufgelösten „KPD" und einigen verrückten Sektierern hat es in der BRD bis heute niemanden in der Linken gegeben, der zur „Bejahung" der Bundeswehr aufgefordert hat. Das schlägt den Kriegsdienstverweigerern ins Gesicht, die eine nicht unerhebliche Strömung in der BRD ausmachen, und stellt ein Engagement der BuLi Bielefeld für diese Kräfte ins Abseits; wie stellt sich F. Peters ein Engagement vor zugunsten der politisch, religiös oder schlicht „antivaterländisch" gesinnten Jugendlichen gegen den Wehrdienst, wenn er die Existenz der Bundeswehr bejaht?

Eine „Milizarmee" aufstellen zu wollen, ändert daran nichts. Vielmehr bedeutet das, diese Gesellschaft für verteidigenswert zu erachten – eine Gesellschaft, die die Werktätigen ausplündert, sie für die Kapitalinteressen wehrtüchtig macht und in deren Interesse fit macht.

Oder meint F. Peters, daß ein nächster Krieg im Interesse der Bevölkerung stattfindet?? Von der Position des alternativen Ex-Ratsmitgliedes der BuLi Bielefeld zu den traditionellen „Kriegskredit-Zustimmern" vor dem ersten Weltkrieg scheint es nicht allzuweit zu sein.

Nahezu grotesk mutet es an, wenn F. Peters die anzustrebenden Kontakte zur Bundeswehr gleichberechtigt neben die Kontakte der BuLi zur *„ ...SPD, zu den Gewerkschaften usw. ..."* setzt. Mögen SPD und DGB die Interessen der Arbeiter und der breiten Bevölkerung auch mit Füßen treten – eine Gleichsetzung mit dem militärischen Arm der Herrschenden ist wohl doch ein Witz, der bisher nicht einmal von den „linken" Vaterlandsverteidigern unter die Leute gebracht worden ist.

Das Militär zu bejahen und den Militarismus ablehnen – das ist nichts weiter als eine neumodische Variante der Vaterlandsverteidigung.

Sicherlich sind in dieser Bilanz eher die denkwürdigen Tendenzen in der Bunten Liste Bielefeld betont. Hier liegen jedoch u. E. die größten Gefahren für die weitere Entwicklung der BuLi, was angesichts der großen Bedeutung der BuLi auch für die Zukunft der alternativen Wahlbewegung von Bedeutung ist.

Die Lösung linker Parlamentarier von den Interessen der Basis und die Bereitschaft, „Verantwortung zu übernehmen", ganz gleich, ob dies für die Stadt oder für den Staat geschieht, ist der Grundstock für eine opportunistische Parlamentsarbeit der Linken, dem es im Interesse der linken Parlamentsbeteiligung reichlich Widerstand entgegenzusetzen gilt.

Ebenso gilt es, das Augenmerk verstärkt auf die „ökologischen" Tendenzen in der BuLi zu richten. Es wäre ein schönes Spektakel, wenn sich unter der Hand eine Alternative Liste zum Erfüllungsgehilfen etablierter Politik entwickelte.

In diesem Sinne: Frischen Wind in die Bunte Liste!

Ein Genosse aus Bielefeld

Startbahn 18 West: Arbeitsbeginn für März '81 geplant

Frankfurt. Während die hessische Landesregierung den protestierenden Bürgern des Rhein-Main-Gebietes versichert, es würde ein knappes Jahr lang erstmal nichts mehr passieren (Aussetzung der Waldrodungen bis Herbst 1981), hat die Flughafen AG den Bau längst öffentlich im „Staatsanzeiger für das Land Hessen" (27.10.) ausgeschrieben. Als „Arbeitsbeginn" wird dort genannt: *„Anfang März 1981"*. Doch wer ist diese Flughafen AG? Sie gehört zur Hälfte dem Land Hessen sowie zu je einem Viertel dem Bund und der Stadt Frankfurt. Die Lügen eines Holger Börner bekommen immer kürzere Beine!

Seit Anfang November hat die SPD – die Kommunalwahlen im Frühjahr 81 scharf im Blick – das Manöver „Denkpause" in die Wege geleitet. Demnach soll angeblich geprüft werden, ob alle bisherigen Argumente für die Flughafenerweiterung wirklich stichhaltig sind. Doch was hier als „Nachdenken" und „erneutes Prüfen" serviert wird, ist allzu durchsichtig:

1. Zum Thema Startbahn tagte am 15.11. ein Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd. Das Ergebnis wurde von der sozialdemokratischen Presse laut bejubelt: Angeblich hätten die Delegierten eine klare Absage an die Flughafenerweiterung beschlossen. Auch im letzten Arbeiterkampf (S.1) wurde diese Überbewertung übernommen, da der beschlossene Text erst nach Erscheinen des AK publiziert wurde und wir daher auf die gefälschte Berichterstattung in Rundfunk und Fernsehen angewiesen waren. Der Wortlaut des verabschiedeten Antrags hält nicht, was als ‚Geist' (vor allem in die vielgerühmte Ziffer 9 des Textes) hineininterpretiert wurde. Dort heißt es lediglich, ein unnötiger Bau der Startbahn West solle vermieden werden. Aussagen darüber, ob dieser Bau „unnötig" oder gar schädlich ist, finden sich an keiner Stelle des Beschlusses.
2. Wenig später beschlossen die Landtagsfraktionen der SPD und der FDP, im Februar nächsten Jahres ein „Hearing" vor dem Parlament durchzuführen. Im feinen Gegensatz zur FDP, für die die Ausbaupläne selbst *„nicht mehr infrage gestellt werden"* dürften, rang sich die SPD dazu durch, das Ergebnis dieses Hearings nicht allzu offensichtlich von vorneherein festzulegen...

Verpflichten will man aber die BIs und Naturschutzverbände, dieses Ergebnis in jedem Fall anzuerkennen und spätestens nach dem Hearing

BUNDESVERBAND BÜRGERINITIATIVEN UMWELTSCHUTZ
und
BÜRGERINITIATIVE GEGEN DIE FLUGHAFENERWEITERUNG
Frankfurt/Rhein-Main
rufen auf:

Kommen Sie zum

BUNDESWEITEN STERNMARSCH

am

Sonntag, 7. Dezember 1980
14.30 Uhr

nach

RÜSSELSHEIM
auf die Mainwiesen

Keine Startbahn West! NACHTFLUGVERBOT

Sie können etwas ändern. Ihre Teilnahme unterstreicht die Entschlossenheit aller betroffenen Bürger, mit friedlichen Mitteln der verantwortungslosen Umweltvernichtung im Ballungszentrum Rhein-Main entgegenzutreten. Unterstützen Sie unsere Forderungen:

- SOFORTIGER STOP DES ENTEIGNUNGSVERFAHRENS
- KEINE WEITEREN BAUMASSNAHMEN AN DER OKRIFTELER STRASSE
- ZURÜCKNAHME DES PLANFESTSTELLUNGSBESCHLUSSES VON 1971

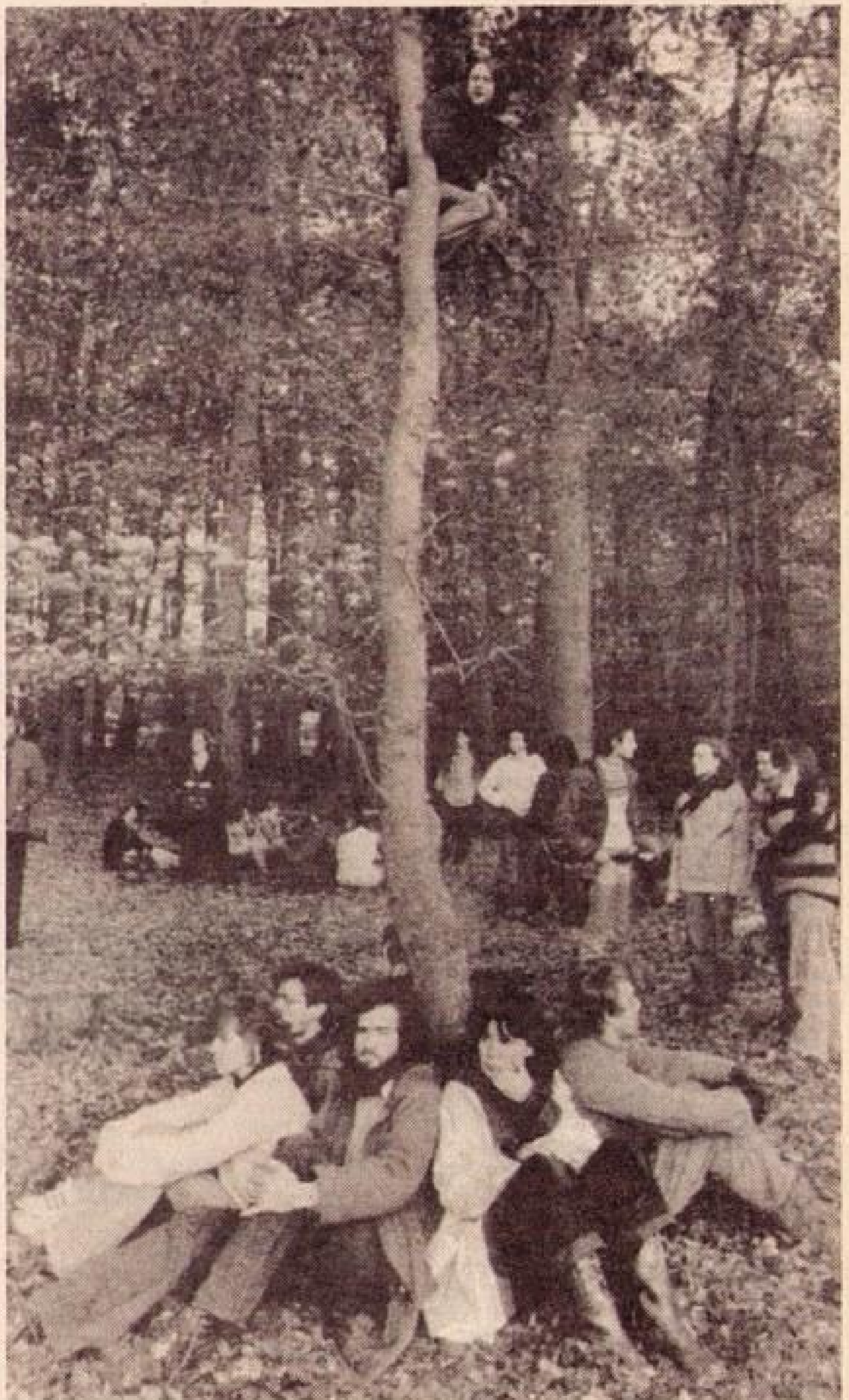
KEINE STARTBAHN WEST UND NACHTFLUGVERBOT!

Verantwortlich für den Inhalt: Thomas Frickel, Taunusstraße 19, 6094 Bischofsheim
Verantwortlich für die Startbahn West: Holger Börner, Heinz-Herbert Karry, Walter Wallmann u.s.m.

Der allseits beliebte Reisetip: Ausflugsziele im Rhein-Main-Gebiet lauten diesmal: Autofahrern nach Rüsselsheim wird am 7.12. dringend abgeraten, den Weg über den Frankfurter Flughafen, Abzweigung „Ankunft/Arrival" oder „Abflug/Depart" zu nehmen, da dort mit Verkehrsstau und Verzögerungen zu rechnen ist....

keinen Widerstand mehr zu leisten.

3. Börner trifft sich mit Verkehrsminister Hauff in Bonn. Beide sind sich über die Notwendigkeit der Startbahn einig. Hauff will aber noch einige Detailfragen geklärt wissen. Prompt kommentiert die „Frankfurter Rundschau", daß noch *„alles offen"* wäre, obwohl der Minister das genaue Gegenteil erklärt hatte!
4. Der Forderung der Flughafengemeinden, das Enteignungsverfahren des Waldes konsequenterweise zu stoppen, wenn wirlich eine neue Überprüfung stattfinden soll, wird natürlich nicht nachgegeben.
5. Genauso verhält es sich mit der Forderung, den Tunnelbau für eine südlich um den Flughafen herumführende Landstraße zu stoppen. Diese müßte nämlich unter der neuen Startbahn hindurchlaufen. Der Tunnelbau ist in der öffentlichen Ausschreibung der FAG eindeutig als Arbeit an der Startbahn West ausgewiesen. Selbstverständlich ist es absurd, diesen Tunnelbau zu beginnen, während andererseits angeblich Bereitschaft bestehen soll, über die Notwendigkeit des ganzen Projektes „noch einmal nachzudenken".
6. Am 28.11. wurde bekannt, daß die Gemeinde Flörsheim aus der Front der Flughafenanliegergemeinden ausgeschert ist. Flörsheim, Bischofsheim und Rüsselsheim besitzen nämlich immer noch das ca. 200 ha große Waldstück, das der Startbahn West zum Opfer fallen soll. Während die letzteren beiden an ihrem Besitz festhalten, und daher ein Enteignungsverfahren stattfinden muß, hat Flörsheim jetzt einen Kaufvertrag mit der FAG abgeschlossen.



Auf den 34 ha, die nach diesem Vertrag noch im Dezember Eigentum der FAG werden sollen, liegt aber das von der Bürgerinitiative errichtete Waldhüttendorf, das immer noch im Wachsen begriffen ist und in dem trotz harter Witterung ein reges Treiben vonstatten geht. Die Eile, mit der hier ans Werk gegangen wird, ist mehr als verdächtig. Offenbar wird die gewaltsame Räumung und Zerstörung des Walddorfes zum baldmöglichsten Zeitpunkt vorbereitet. Wie wär's mit Weihnachten!?...

Lassen wir uns durch das Manöver einer angeblichen Denkpause nicht einlullen, während die Polizei wahrscheinlich längst über Einsatzpläne nachdenkt. Je lauter das Geschrei um die sog. „neue Nachdenklichkeit" der Politiker, desto mißtrauischer sollte der Widerstand sein.

Alarmbereitschaft und aktive Solidarität sind angesagt.

KB/Gruppe Frankfurt

Ergebnis in jedem Fall anzuerkennen und spätestens nach dem Hearing
rende Landstraße zu stoppen. Diese müßte nämlich unter der neuen Start-
Wiederaufnahme des Wyhl-Prozesses

STAATSANZEIGER
FÜR DAS LAND HESSEN 1 Y 6432 A

1980 MONTAG, 27. OKTOBER 1980 Nr. 45

Frankfurt: Von der Flughafen Frankfurt/Main AG (FAG), 6000 Frankfurt/Main 75, werden die nachstehend aufgeführten Arbeiten zum Bau der Startbahn **West 18** öffentlich ausgeschrieben.

Öffentliche Ausschreibung Nr. Ö 166/80

Zur Ausführung gelangen:

Los A: Erd-, und Deckenarbeiten, Kabelrohrkanäle

ca. 350 000 qm Betondecken und ca. 130 000 qm Schwarzdecken unterschiedlicher Stärke als Flugbetriebsflächen einschließlich aller erforderlichen Erd-, Verfestigungs- und Fugenarbeiten mit der Herstellung von PVC-Kabelrohrkanälen für Beleuchtungsanlagen. Die Betondecken werden in einlagiger Bauweise, 40 cm, 26 cm und 22 cm dick, auf 20 cm Bodenverfestigung hergestellt.

Los B: Erd- und Stahlbetonarbeiten:

Die Herstellung eines ca. 400 m langen Straßentunnels mit 2 Röhren für eine Kreisstraße und eine Betriebsstraße in Stahlbeton und in offener Baugrube. Hinzu kommen alle erforderlichen Leistungen zur Herstellung der Rampen, Stützmauern, Isolierungen sowie Elektro- und Be- und Entlüftungsarbeiten.

Die festgelegte Bauzeit von 30 Monaten darf nicht überschritten werden. Es bleibt dem Bieter überlassen, beide Lose zusammen oder getrennt anzubieten; die Flughafen Frankfurt/Main AG behält sich vor, die Leistungen nach Losen getrennt zu vergeben.

Zu dieser Öffentlichen Ausschreibung werden die Wettbewerbsunterlagen nach schriftlicher Anforderung an die FAG auf dem Postweg zugestellt. Der Anforderung — unter Angabe der o. g. Ausschreibungsnummer — ist der Nachweis beizufügen, daß die Unkostengebühr in Höhe von 200,— DM auf das Postscheckkonto der FAG, Nr. 44 127-600, beim PSCHA Frankfurt eingezahlt ist.

Die Bieter haben den Angeboten prüfbare Nachweise beizufügen, daß Arbeiten dieser Größenordnung bereits erfolgreich und termingemäß durchgeführt wurden.

Arbeitsbeginn: Anfang März 1981

Weitere Auskünfte erteilen: Herr Albert, Tel. 06 11/6 90 28 34
Herr Wolff, Tel. 06 11/6 90 46 79

Schlußtermin für die Anforderung: **14. November 1980.**

6000 Frankfurt am Main, 13. 10. 1980

Flughafen Frankfurt/Main AG, Abt. Bau und Anlagen

Wiederaufnahme des Wyhl-Prozesses

Am 20./21.11.1980 fand nach fast eineinhalbjähriger Unterbrechung vor dem Verwaltungsgerichtshof (VGH) Mannheim die zweite Runde in Sachen Kernkraftwerk Wyhl statt. Der Grund für diese lange Unterbrechung ist wohl zum einen darin zu sehen, daß in diesem Jahr drei Wahlen in Baden-Württemberg (Landtag, Kommunal- und Bundestagswahlen) stattfanden und alle bürgerlichen Parteien offensichtlich kein Interesse hatten, ein für sie so heißes Thema wie das AKW-Wyhl im Wahlkampf zu behandeln. Zum anderen kann man vermuten, daß der VGH etwas Gras über die Befangenheitsanträge wachsen lassen wollte, die gegen zwei der Richter in der ersten Prozeßrunde gestellt worden waren. Die beiden Richter hatten während einer dienstlichen USA-Reise mit vom VGH bestellten Sachverständigen engeren Kontakt aufgenommen. Die Befangenheitsanträge waren seinerzeit vom VGH zurückgewiesen worden.

Kurz ein paar Worte zur Geschichte dieses Prozesses: Nach den kämpferischen Auseinandersetzungen in den Jahren 1975/76, die letztlich den Bau verhinderten, hatte 1977 das Freiburger Verwaltungsgericht in seinem Urteil festgestellt, es fehle um den Reaktordruckbehälter ein Berstschutz, der im Falle einer Explosion den Austritt von großen Mengen Radioaktivität und somit eine „nationale Katastrophe" verhindern könnte. Andere Einwände, wie etwa die drohende radioaktive Verseuchung von landwirtschaftlichen Produkten und mögliche, für den Weinanbau schädliche Änderungen des Klimas, waren von den Freiburger Richtern als „unbegründet" zurückgewiesen worden.

Die Landesregierung hat gegen dieses Urteil Berufung eingelegt, die nun vor dem VGH Mannheim verhandelt wird. In der ersten Verhandlungsrunde (Juli 1979) hatte der Stuttgarter Sachverständige für Werkstoffkunde, Karl Kußmaul, ausgeführt, daß im Gegensatz zur Auffassung des Verwaltungsgerichts ein zusätzlicher Betonmantel nicht notwendig sei. Dieser Berstschutz erübrige sich, weil nach „menschlichem Ermessen" ein Bersten des Druckgefäßes so gut wie ausgeschlossen sei: *„Die Zuverlässigkeit ist 100 %"* („FR", 22.11.80).

Am 20./21.11.80 standen jetzt die Fragen der Erdbebensicherheit und Konsequenzen des Harrisburg-Unfalls für das geplante AKW-Wyhl auf dem Programm des VGH. Anfang Februar 1981 sollen dann noch die klimatologischen und radiologischen Auswirkungen abgehandelt werden, so daß im Frühjahr/Sommer 1981 mit einem – wahrscheinlich für die Betreiber positiven – Urteil zu rechnen ist. Ministerpräsident Späth hat schon erklärt: *„Nach einem positiven Urteil werde das KKW auf jeden Fall gebaut"* („FR", 21.11.80). Daß er in diesem Fall mit massiven Widerstand zu rechnen hat, machten auch diesmal die etwa 250 Kaiserstühler klar, die mit vier Bussen zum Prozeß nach Mannheim angereist waren und die ihr Nein zum AKW-Wyhl auf Plakaten und Transparenten zum Ausdruck brachten.

Was dann die vom Gericht bestellten Gutachter zu sagen hatten, wird sie kaum umgestimmt haben. So etwa die Erklärungen von Prof. Schneider, Seismologe aus Stuttgart, der zu der Frage der Erdbebensicherheit ein neues Gutachten angefertigt hatte. Er erklärte: „Der Standort Wyhl am oft von Erdbeben heimgesuchten Oberrheingraben sei zwar nicht glücklich gewählt; Gefährdungen eines Kernkraftwerkes Wyhl durch Erdbeben seien jedoch ‚technisch durchaus beherrschbar' " („Rhein-Neckar-Zeitung", 22./23.11.80).

Zum Unfall in Harrisburg und seine Bedeutung für das AKW Wyhl nahm dann Smidt von der Kernforschungsanlage Karlsruhe Stellung.

Der Harrisburg-Unfall, so Smidt, könne sich in Wyhl nicht ereignen, da *„Konzept, maschinelle Anlagen und Sicherheitsvorkehrungen sowie Ausbildung des Betriebspersonals"* („FR", 23.11.80) *„ einen solchen Unfall verhindern würden. „ Smidt meinte, es komme vor allen Dingen auf das Verhältnis Mensch/Maschine an, das bei deutschen Atomkraftwerken ganz anders gestaltet sei als in den USA. Somit seien keine Vergleiche zwischen Harrisburg und Wyhl möglich"* („FR", 23.11.80).

Eine Analyse etwa des Unfalls in Brunsbüttel, dem wohl bisher schwersten Unfall in einem westdeutschen AKW, kommt jedoch zu dem Urteil, daß nicht menschliches Fehlverhalten Ursache dieses Unfalls war, sondern ein „Zielkonflikt", nämlich den Reaktor möglichst profitabel laufen zu lassen. *„Das Betriebspersonal ging im Juni 1978 davon aus, daß weitere Reaktorabschaltungen eine Überschreitung der Kurzzeitgrenzwerte für Aktivitätsabgaben herbeiführen, die eine Abschaltung des Reaktors im weiteren Verlauf des Betriebsjahres 1978 möglicherweise hätte erzwingen können.*

Das zu vermutende Ziel des Betriebspersonals war, Reaktorabschaltungen so weit wie möglich zu vermeiden. ...Ein hieraus denkbarer Zielkonflikt zwischen der Forderung, den Reaktor möglichst in Betrieb zu halten und einer bevorstehenden Abschaltung der Anlage hatte möglicherweise das verantwortliche Betriebspersonal einschließlich des Schichtleiters veranlaßt, dem Weiterbetrieb den Vorrang einzuräumen" (N. Hoffmeister, Atomwirtschaft, Mai 1979).

In diesem „Zielkonflikt" befinden sich sicherlich amerikanische Betreiber genauso wie westdeutsche AKW-Betreiber.

Ein Gen. aus Heidelberg



Interview mit Greenpeace



Mitte Oktober blockierten Greenpeace-Mitglieder und andere Umweltschützer die Dünnsäure-Tanker der Firma Kronos Titan in Nordenham und verhinderten bei Bayer Leverkusen das Beladen dieser Frachter. Das alles geschah mit Hilfe einiger Schlauchboote und wurde begleitet von Info- und Pressearbeit (siehe dazu auch unseren Bericht über die Aktionen im AK 187). Aus diesem Anlaß haben wir ein Interview mit einem Mitarbeiter von Greenpeace gemacht, um einiges über ihre Ziele und Praxis zu erfahren.

AK: Ihr habt mit den Blockaden in Nordenham und Leverkusen vor einem Monat einiges Aufsehen in der BRD erregt. Greeenpeace ist ja aber eine internationale Organisation, die sich schon seit geraumer Zeit um die Aufdeckung von Umweltskandalen bemüht. Wie seid ihr entstanden, und was waren seitdem eure hauptsächlichen Aktionen?

GP: Die Greenpeace Organisation wurde 1971 aus Protest gegen die Atom-Tests der USA auf den Aleuten gegründet. Ein Schiff, die „Greenpeace I", fuhr in das Testgebiet, und allmählich wurde genug Aufmerksamkeit erregt, um die amerikanische Atombehörde zu veranlassen, das Gebiet zu sperren. Heute ist dort ein Vogelschutzgebiet. Danach fuhren

Vogelschutzgebiet. Danach fuhren

Greenpeace-Leute zu den Mururoa-Inseln, wo Frankreich Atomversuche durchführte. Auch dort konnte erreicht werden, daß Frankreich die Versuche Ende 1974 einstellte.

Seit 1975 befaßte sich Greenpeace hauptsächlich damit, die Ausrottung der letzten Walpopulationen zu verhindern und etwas gegen die von Kanada ausgehende Robbenjagd zu unternehmen. Ein weiterer Schwerpunkt ist, die Versenkung von Atom- und Chemiemüll in die Meere zu verhindern. Jetzt fängt Greenpeace an, etwas gegen die Herstellung von Herbiziden und Pestiziden zu unternehmen. Es ist nicht so, daß wir uns nur um die Ausrottung von Tieren und die Wasserverschmutzung kümmern, wenn das auch der bisherige Schwerpunkt war. Es wird uns keiner daran hindern können, in die Bäume zu klettern, wie es für die tropischen Regenwälder geplant ist, um dort die sinnlose Abholzung zu verhindern.

AK: In welchen Ländern gibt es die Greenpeace Organisation, und als was versteht ihr euch?

GP: Es gibt uns als Organisation in Kanada, Frankreich, Niederlande, Neuseeland, England, USA, jetzt seit ein paar Monaten auch in der BRD; dann gibt es Unterstützergruppen in Skandinavien, in Spanien. Die stärksten Organisationen sind in den Staaten und in den Niederlanden. In den Niederlanden besteht für Greenpeace ein Unterstützerkreis von ungefähr 14 000 Aktiven.

AK: Ein nur finanzieller Unterstützerkreis?

GP: Nein, die verteilen auch Flugblätter mit und sammeln Unterschriften und gehen auch auf Demonstrationen. Es hat in Amsterdam eine Demonstration mit ungefähr 15 000 Teilnehmern von Greenpeace zum Thema „Rettet die Wale" gegeben. Wir sind keine BI im herkömmlichen Sinne. In der BRD laufen im Moment gerade die Rechtsverfahren „eingetragener Verein" und Anerkennung für Förderungswürdigkeit. Wegen der Steuern und dem Einstellen von Verfahren und so.

AK: Das ist ja bei Aktionen auch wichtig in bezug auf die juristische Belangbarkeit.

GP: Ja, in der Beziehung hielte ich es für besser, wenn wir kein eingetragener Verein wären. In Nordenham bestand die Schwierigkeit, daß sie Greenpeace als Organisation nicht anklagen konnten. Weil Greenpeace als Organisation ja offiziell gar nicht besteht. Dann sind wir auch nicht geschäftsfähig, und dann können sie auch nirgendswo einen Kuckuck kleben.

Sie können nur gegen einzelne Personen klagen. Das halte ich für günstiger.

AK: Was habt Ihr Euch nun für Ziele gesetzt?

GP: Ziel ist und bleibt immer die Aktion bei uns. Egal, was wir machen, das wird irgendwo in einer Aktion enden. Man kann unterscheiden zwischen reinen Greenpeace-Aktionen und solchen, wo wir andere Gruppen unterstützen.

Wir machen eine Aktion erst, wenn Informationsarbeit gelaufen ist. Wir machen Aktionen erst dann, wenn wir genau hieb- und stichfest alles Punkt für Punkt beweisen können.

Unsere Leute kommen aus verschiedenen Bereichen, haben hier und da mal gearbeitet. Die wissen in ihren Bereichen Bescheid. Und irgendwann fällt einem dann mal son „dicker Hund" auf, und dann kann man überlegen, also wollen wir da was machen, und dann wird also an diesem Projekt recherchiert, und dann sagt man: Ja gut, es lohnt sich, da was zu tun. Dann nehmen wir Verbindung mit den Gruppen auf, die dagegen arbeiten usw. Wir stellen das vorhandene Material zusammen, sichten, was es da so gibt, machen eventuell eigene Gutachten, nehmen eigene Proben und versuchen da „U-Boote" in die Firma zu kriegen oder welche rauszukriegen. Das ist eine ganz einfache Kleinarbeit, recherchieren und nochmal recherchieren, so daß wir von der Hintergrundgeschichte her nicht angreifbar sind. Das ist unheimlich wichtig für uns.

AK: Habt ihr eigene Labors?

GP: Wir kennen Leute. Wenn wir jetzt eine Aktion machen und die läuft, und dann stellt sich heraus, daß das, was wir gesagt haben, falsch ist, dann können wir einpacken, das können wir uns gar nicht erlauben.

AK: Wir möchten nochmal auf Eure

AK: Wir möchten nochmal auf Eure mit euch sprechen? wehren uns auch nicht.



Protestaktion der Umweltschützer: Zentnerweise kranke Fische vors DHI gekippt

letzte Aktion in Nordenham und Leverkusen zurückkommen. In Nordenham sind ja von der Wasserschutzpolizei die Taue Eurer Schlauchboote gekappt worden. Wie lief das in Leverkusen?

GP: Wir haben am 20.10., dem Montag, morgens eine Einstweilige Verfügung gekriegt, daß wir die Blockade abbrechen sollten, und falls wir es nicht tun, Schadenersatz zahlen müssen; für jedes Schiff, das nicht anlegen konnte, sollten wir 500.000 DM zahlen, und weiterhin wurde uns ein Prozeß mit einem Streitwert von 1 Mio DM angedroht. Das ist vom Gericht schon runtergehandelt worden auf 300 000 DM, und wir haben die Möglichkeit nicht mehr gesehen, daß wir dagegen Widerspruch einlegen können. Durch den hohen Streitwert hätten Einspruch oder die nächst höhere Instanz für uns ungefähr 20.000 DM gekostet. Die Verfügung selber, die wir gekriegt haben, kostet uns jetzt schon 4.000 DM. Dann haben wir überlegt, ob wir jetzt abbrechen oder da weitermachen und sind zu dem Entschluß gekommen, am Montagabend die Blockade abzubrechen. Die Inseln haben wir dann losgemacht, an Land geschleppt und vorher sehr deutlich zur Presse gesagt, daß wir wiederkommen werden, aber jetzt einfach gegen den finanziellen Druck, der auf uns ausgeübt worden ist, nicht mehr weitermachen können. Die einstweilige Verfügung, also die 4.000 DM, müssen wir auf alle Fälle zahlen, weil Bayer sie aufrechterhält und auch nicht zurückziehen wird.

AK: Und was ist passiert, nachdem ihr abgehauen seid?

GP: Nachdem wir abgehauen sind, lagen da als erstes 6 von diesen Giftfrachtern, die beladen werden wollten, weil alle Tanks voll waren. Nach der Blockade in Rotterdam haben Greenpeace und Bayer ein „Stillhalteabkommen" geschlossen. Also, Bayer wollte uns einladen zum Gespräch und uns die Schwierigkeiten der Firma erklären und wie sie sich das weiter vorstellen, und wir sollten unsere Sache erklären, warum und wieso. Bis zu diesem Gespräch sollten wir keine Aktion mehr gegen Bayer starten, nicht nur in Rotterdam, sondern überhaupt. Bayer hat uns dann eingeladen für Mittwoch letzter Woche, und wir hatten Bayer zur Bedingung gemacht, daß sie die Strafanzeigen gegen die Blockierer von Leverkusen fallen lassen. Das hat Bayer nicht getan. Jetzt sind ein paar holländische Greenpeacer zu Bayer gefahren und haben das Gespräch deshalb da platzen lassen. Es ist also ohne Ergebnis abgebrochen worden und unsere Bereitschaft, mit Bayer zu sprechen, ist mittlerweile gleich null.

AK: Warum wollten die überhaupt mit euch sprechen?

GP: Irgendwo ist es ja 'ne gute Sache, wenn eine Firma uns anbietet, Gespräche mit ihnen zu führen, auch wenn sie uns sagen, welche Schwierigkeiten sie haben, mit ihren ganzen Umweltschutzsachen. Irgendwie ist das eine gute Sache, auf die man eigentlich eingehen sollte, aber nicht um jeden Preis. D. h. also, wenn Bayer gleichzeitig gegen Umweltschützer mit Prozessen oder was weiß ich, vorgeht, dann kann man natürlich nicht reden.

AK: Hat Bayer gegen alle Leute, die an der Blockade in Leverkusen teilgenommen haben, Strafanzeige erstattet?

GP: Die einstweilige Verfügung haben bisher insgesamt 9 Leute gekriegt. Das sind also mehrere Leute vom Kölner Volksblatt, vom „Rettet den Rhein" und Einzelpersonen.

AK: Was habt ihr weiter vor? Wie weit kannst du dazu was sagen?

GP: In Hamburg voraussichtlich zwei Aktionen. Nächstes Jahr selbstverständlich eine weltweite Aktion, wenn das Robbenschlachten anfängt, Anfang März. Dann im Mai eventuell eine internationale Aktion, na ja, insgesamt im nächsten Jahr noch 5 weitere, die ich jetzt hier nicht näher beschreiben kann. Das sind alles Aktionen, wo Greenpeace Deutschland dran beteiligt ist. Da kommt dann natürlich noch die Pazifik-Aktion dazu. Nächstes Jahr wollen die Franzosen wieder 5 Atombomben im Pazifik zünden, und da werden Greenpeacer wieder in die Sperrgebiete fahren, um das Zünden der Bomben zu verhindern. Das wird also auch nächstes Jahr im Frühjahr gemacht.

AK: Die Aktionen, die ihr macht, sind ja alles fast gewaltfreie Aktionen. Wie steht ihr zur Frage der Gewalt?

GP: Unsere Aktionen sind immer gewaltfrei, wir werden grundsätzlich niemals Gewalt anwenden. Die Aktionen sind ja meistens so, das wir unser Leben zwischen die Schweinerei und das Leben stellen. Wenn wir uns in den Schlauchbooten in die Schußlinie der Harpunen hineinmanövrieren, ist das gefährlich, und da setzen wir praktisch unser Leben ein, um die Schweinerei zu verhindern. Das gleiche haben wir bei Kronos gemacht, als wir uns in diesen einfachen Rettungsinseln aus Gummi an das Schiff festgekettet haben. Wenn das Schiff sich bewegt hätte, wenn es losgefahren wäre, wären wir alle dabei draufgegangen. So sehen unsere Aktionen praktisch immer aus. Wir setzen unser Leben ein, um die Sache zu stoppen. Aber immer gewaltfrei, wir werden uns nie irgendwo auf Schlägereien oder so einlassen. Wir werden uns wegschlappen lassen oder stellen uns dazwischen, aber greifen nie jemanden an. Wir wehren uns auch nicht.

AK: Wie würdet ihr Eure Aktionen politisch einschätzen?

GP: Wir wollen immer nur die Verursacher treffen, es nützt uns überhaupt nichts, wenn wir z.B. die Leute, die Sealmäntel tragen, angreifen. Was sollen wir mit denen machen? Da kann man nur Verachtung ausdrücken den Leuten gegenüber. Aber das ist irgendwo an der falschen Stelle. Das können wir also auch für die ganze Atomproblematik sagen. Wenn wir jetzt was zur Atomenergie machen, sehen wir es nicht als unser Ding an, Bauplätze zu besetzen, oder das zu machen, was die Initiativen hier machen. Wir werden versuchen, die Atomindustrie da zu treffen, wo es anfängt, nämlich beim Uran, Uranbergwerke, Urantransporte usw.

AK: Habt ihr schon derartige Aktionen gemacht?

GP: Bei den Urantransporten noch nicht, oder eben halt am Ende dieser Kette, nämlich beim Atommüll. Der Atommüll wird z.T. ja im Meer versenkt von Spanien aus. Wir fahren den Atommüllfrachtern hinterher. Auf den Atommüllfrachtern sind so Rutschen, wie Kinderrutschen, auf die die Atommüllfässer raufgeschmissen werden und von da aus ins Meer fallen. Wenn wir da mit unseren Schlauchbooten drunter sind, können sie keinen Atommüll mehr ins Meer kippen. Das Risiko eines Unfalls nehmen sie nicht in Kauf. Sie haben es mal versucht, es hat da auch schon mal einen Toten gegeben. Ich weiß jetzt nicht, wann das genau war – 1978, glaub ich. Wir können das jetzt nicht insgesamt verhindern, aber wir können durch diese Aktion unheimlich viel Aufmerksamkeit erregen. Das ist hier in der BRD im Moment kaum bekannt, daß diese Schweinereien passieren. Aber in anderen Ländern ist es mittlerweile bekannt, und die Vereinigten Staaten haben es inzwischen verboten, daß Atommüll ins Meer gekippt wird. Wir werden da auch weitermachen.

AK: Die meisten Eurer Aktionen macht ihr mit Hilfe von Schiffen z.B. „Rainbow Warrier". Ist das Euer einziges Schiff?

GP: Erstmal kann ich was zu der „Rainbow Warrier" sagen, die die Antiwal- und die Antidumping Aktionen (also gegen die Atommüllverbringung ins Meer) gemacht hat. Das Schiff ist bei einer Walaktion im Juni dieses Jahres beschlagnahmt worden, von spanischen Behörden, und die hatten horrende Schadenersatzforderungen für die „Warrier", damit sie wieder freigegeben wird. Sie beliefen sich auf 120.000 Dollar. Das ganze haben wir jetzt abgekürzt. Letztes Wochenende ist die „Rainbow Warrier" von Greenpeaceleuten geradezu geklaut worden. Das Problem war, daß die Spanier einen

geradezu geklaut worden. Das Problem war, daß die Spanier einen

Teil der Maschine ausgebaut hatten. Das mußte also wirklich alles sehr schnell gehen, die Maschine zusammenzusetzen. Und dann sind die einfach ausgelaufen. Der Zeitpunkt wurde so ausgesucht, daß das Wetter sehr schwer war, sehr hohe Wellen und Sturm. Das war nachts. Die „Rainbow Warrier" ist ausgelaufen, die Zerstörer hinterher, aber sie waren nicht schnell genug. Draußen vor der Küste hat ein anderes Schiff gewartet, um Treibstoff zu übergeben. Nun ist das Schiff in England und ist wieder einsatzfähig. Die Geldforderungen interessieren uns nicht mehr, das Schiff ist ja nicht mehr da, und freiwillig wird es in Spanien nicht mehr einlaufen. Zu den anderen Schiffen, ich weiß jetzt nicht genau, wieviele es sind. Wir haben im Pazifik noch ein großes Schiff und wir haben jetzt ein Info-Schiff, das im Januar '81 in die BRD kommt. Das Info-Schiff, das in die BRD kommt, hat eine ziemlich große Foto-Ausstellung über gelaufene Greenpeace Aktionen an Bord, mehrere Filme über die Arbeit von Greenpeace, was wir gemacht haben, auch über die Aktionen und wie es weitergehen soll. Wir fangen an in Emden, Wilhelmshaven, Bremerhaven, Bremen, Cuxhaven, dann sind wir einen Monat in Hamburg, Brunsbüttel, Rendsburg, Kiel; dann in den Ostseehäfen. Dann geht die Tour weiter durch Skandinavien. Das Schiff ist jetzt schon durch Belgien und Holland gefahren.

AK: Woher kommt der Name „Rainbow Warrier"?

GP: Rainbow Warrier heißt Regenbogen Krieger. Das kommt aus dem Indianischen. Es gibt eine indianische Sage, die besagt, daß irgendwann einmal der Zeitpunkt kommt, wo die Vögel tot vom Himmel fallen und die Wölfe in den Wäldern sterben, die Flüsse vergiftet sind. Das wird also dann passieren, wenn der weiße Mann mit seiner Technologie und seiner Gier die ganze Welt beherrscht. Wenn das passiert, dann werden die Indianer zurückfinden zu ihrem verlorenen Geist. Dann werden die Rainbow Warrier, die Regenbogen-Krieger auftauchen, um den Kampf aufzunehmen, um die Erde zu retten. Die Sage ist schon einige hundert Jahre alt und stammt von den Cree Indianern. 1975 ist Greenpeace von den Medizinmännern der Cree Indianer ausgerufen worden als die langerwarteten Regenbogen-Krieger. Von den Indianern ist ein Totemring überreicht worden, und das ist unser Symbol jetzt.

AK: Habt ihr zur Frage der Indianer auch mal was gemacht?

GP: Greenpeacer haben bei Wounded Knee teilgenommen, aber nicht direkt als Greenpeace sondern quasi als Privatpersonen. Das hat für uns natürlich eine große Bedeutung, wenn die Indianer uns als die langerwarteten Rainbow Warrier ausrufen.

AK: Woher kommt der Name Greenpeace?

GP: Der entstand damals in der Antikriegsbewegung. Da hat man sich halt begrüßt mit „Peace", und dann war die Antwort „But make a Green Peace."

Statt Entsorgung:

Krimineller Poker mit dem Atommüll

„Nach uns die Sintflut“ – diesem Motto folgend bereitet sich die Atomindustrie – unterstützt von der Bundesregierung – auf eine gewaltige Offensive im Atomgeschäft vor. Ziel ist die Errichtung von 1 bis 2 neuen AKW's pro Jahr.

Demgegenüber sind die Fehlleistungen auf dem Gebiet der „Entsorgung“ kaum noch zu überbieten. Obwohl staatlicherseits die AKW-Forschung zwischen '77 und '80 mit nahezu 8 Milliarden DM bezuschußt wurde (= 75 % der Gesamtmittel im Forschungsetat), sind die BRD-Atombetreiber in der Frage der Beseitigung des Atommülls keinen Zentimeter weiter gekommen. (1)

Dieses soll im folgenden Artikel näher beleuchtet werden.

Der Atommüllberg in der BRD vergrößert sich mit einer explosiven Geschwindigkeit. Bereits heute gibt es 1.600 Tonnen abgebrannter Brennelemente, die etwa zur Hälfte in einem der 15 Schrottreaktoren lagern und zur anderen Hälfte auf der Halde von La Hague.

Selbst wenn keine neuen AKWs gebaut und nur noch die im Bau befindlichen betrieben werden, wird sich dieser Berg in den nächsten 20 Jahren auf etwa 15.000 Tonnen erhöhen (laut DWK). Nach den Plänen der Bundesregierung soll das Atompotential allerdings von derzeit 9.500 Megawatt (MW) auf 53.000 MW im Jahre 2000 ausgebaut werden.

Nach Angaben der AKW-Betreiber liegen dann bereits in 20 Jahren 15.300 Tonnen Atommüll vor, wobei sich diese Menge jährlich um 1.400 Tonnen erhöhen wird (d.h. der gesamte derzeitige Atommüll wird später jährlich anfallen!).

Die DWK hat selbst darauf hingewiesen, daß ab dem Jahre 2001 „in jedem Folgejahr jeweils ein weiteres Zwischenlager mit 1.400 t Lagerkapazität eingerichtet werden müßte“, falls auch in 20 Jahren noch keine Entsorgungslösung gefunden ist (2). Hierbei muß berücksichtigt werden, daß bereits in rund 2,5 Tonnen abgebranntem Uran (soviel etwa faßt der berühmte „Castor“-Transpostbehälter für Brennelemente) die 10-fache Menge des in Hiroshima freigewordenen radioaktiven Potentials enthalten ist. Das von der Atomindustrie einkalkulierte Gefahrenpotential sprengt jede Vorstellungskraft.
einkalkulierte Gefahrenpotential sprengt jede Vorstellungskraft.

Immer neue „Auslegungen“ des Atomgesetzes ...

Nach Paragraph 9 c des Atomgesetzes müssen die AKW-Betreiber nachweisen, daß sie ihren verseuchten Mist *„schadlos verwerten“* oder *„geordnet beseitigen“* können. Andernfalls muß ein AKW stillgelegt werden. Seit es diesen eigentlich recht eindeutigen Paragraphen gibt, wird er gebrochen bzw. *„unterschiedlich ausgelegt“*.

Die 1977 seitens der Bundesregierung beschlossene „Auslegung“ sah als Mindestvoraussetzung für die Inbetriebnahme eines AKW folgendes vor:

a) Jeder AKW-Betreiber muß fortschreitend nachweisen, wie er den „sicheren Verbleib“ seiner verstrahlten Brennelemente für die kommenden 6 Jahre gewährleisten will.

b) In die Zukunft weisende Planungen gelten nur dann als realistisch, wenn sie sich auf Fortschritte bei der Verwirklichung des Gorlebener Entsorgungszentrums stützen. Diese „Auslegung“ war bereits kriminell: Anstelle einer geordneten Beseitigung des Atommülls regelte sie bestenfalls die geordnete Beiseiteschaffung der Brennelemente für sechs Jahre, um die Betreiber weiterhin ungestört produzieren zu lassen. Nach dem vorläufigen „Aus“ für Gorleben durch die niedersächsische Landesregierung wurde im September '79 das Atomgesetz durch die Regierungschefs von Bund und Ländern (das Parlament wurde gar nicht erst gefragt) unverzüglich „neu definiert“: Man schuf „eine Rechtsquelle besonderer Art“, die „Entsorgungsgrundsätze“. Diese dienten erklärtermaßen dem Ziel, *„Voraussetzungen für die Genehmigung weiterer Atomkraftwerke zu schaffen“* (3).

Verlangt wurden nun

- **die Vorauswahl eines oder mehrerer grundsätzlich geeigneter Standorte für ein externes Zwischenlager**
- **Positive Beurteilung der grundsätzlichen sicherheitstechnischen Realisierbarkeit der Zwischenlagerung über 20 Jahre hinweg durch die Reaktorsicherheits- und Strahlenschutzkommission**
- **Fortschritte bei der Erkundung und Erschließung des Endlagers (4).**

Vorläufiger Höhepunkt dieser traurigen Entwicklung war die Feststellung der Regierungschefs von Bund und Ländern vom 29.2.80, *„daß die Trockenlagerung eine realistische Perspektive (!) für die Entsorgung von Atomkraftwerken darstellt und daß der Hinweis auf die Möglichkeit der Entsorgung eines AKW durch die sogenannte Trockenlagerung ausreicht, um den Bau und die Inbetriebnahme von weiteren Atommeilern zu gehmigen“* (5)

1980 hätten die ersten AKWs abgeschaltet werden müssen

Da ihre Abkling-Wasserbecken voll waren und ein Abtransport der Brennelemente nicht möglich war, hätten bereits 1980 die AKWs Biblis A und B, Obrigheim, Stade und Würgassen abgeschaltet werden müssen. 1981 würden das AKW Neckarwestheim, 1982 Esenshamm und 1983 schließlich Brunsbüttel, Phillipsburg und Ohu dran sein (6). Um dieses zu vermeiden, wurden kurzerhand die Abklingbecken umfunktioniert für die Dauerlagerung von Atommüll, indem man diesen darin enger und kompakter lagerte als nach der Konstruktion zulässig ist. Um für den Fall eines atomaren Unfalls eine Kettenreaktion auszuschließen, wurden als „Neutronenschlucker“ Borplatten zwischen die Brennelemente montiert. Eine praktische Erprobung für dieses „Sicherheitssystem“ gab und gibt es nicht. Theoretische Hochrechnungen lieferten widersprüchliche Resultate – die Betreiber halfen sich, indem sie einfach einen Mittelwert aus den verschiedenen Rechenergebnissen bildeten, der dann unterhalb der zulässigen Vervielfachungsrate für eine Kettenreaktion lag.

Auch die unzureichende Kühlbarkeit der **Kompaktlager** und ihre Vernetzung mit den Notkühlvorrichtungen für das AKW selbst war kein Handicap für die Betreiber. Ihren Angaben zufolge müsse man im Notfall immer abwechselnd für einige Stunden das AKW und das Kompaktlager kühlen; in der Zwischenzeit würde schon keine allzu große Erhitzung eintreten (6).



Die KKW's werden die Zahnbürsten ersetzen. 'Vielen Dank Fluor!'

Derartige Kompaktlager werden heute in allen AKWs errichtet, in denen das bautechnisch möglich ist. **Sie sind derzeit ein Grundpfeiler im sogenannten Entsorgungsprogramm.** Allerdings wird durch sie auch nur eine Verlängerung der Betriebszeit um einige Jahre herausgeschunden. Auch mit Kompaktlager kommt das „Aus“ im Jahr 1982 für die Atomanlage in Stade; im Jahr 1984 sind Biblis A und B dran, im Jahr 1985 trifft es Esenshamm und Neckarwestheim; 1990 müssen die AKWs in Brunsbüttel, Ohu und Phillipsburg und 1992 das Werk in Obrigheim den Betrieb einstellen (6).

La Hague – 2. Krücke im Entsorgungskonzept

Bis zum Jahre 1984 hat sich COGEMA, die Betreiberin der WAA La Hague zur Übernahme von 2.500 Tonnen abgebrannter Brennelemente aus der BRD verpflichtet. Die so „geregelte“ Entsorgung war Voraussetzung für die Genehmigung zahlreicher bundesdeutscher AKWs, u. a. in Ohu, Esenshamm und Phillipsburg.

In Wirklichkeit handelte es sich hierbei von A bis Z um ein Schwindelunternehmen. Sogar den Reaktorsicherheitsexperten und dem Innenausschuß im Bundestag wurde lange Zeit durch das Innenministerium die Einsicht in diese Verträge verweigert.

Ende '78 flog dann der Schwindel auf:

- Eine Wiederaufarbeitung der Brennelemente durch COGEMA wurde nie zugesagt.
- Die Aufnahme von Brennelementen wurde nur entsprechend der Lagerkapazität von La Hague zugesagt (Diese Lager sind längst voll – vor allem deshalb, weil die Wiederaufarbeitung der darin gelagerten Brennelemente sich als unmöglich erwiesen hat).
- Falls es doch zur Wiederaufarbeitung kommt (COGEMA läßt sich durch ihre Vertragspartner eine zweite WAA finanzieren, die angeblich mal funktionieren soll), wird nur 97% des anfallenden Plutoniums zurückgeliefert. Das bedeutet, daß bei einem geplanten Jahresdurchsatz von 400 Tonnen 120 kg Plutionium verschwinden können, ohne daß COGEMA gegen den Vertrag verstößt.

Bis heute entblöden sich Bundesregierung und DWK nicht, *„die Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente in der französichen WAA COGEMA“* zur *„realen Entsorgungsmaßnahme“* zurechtzubiegen (2).

Die Trockenlagerung wird geboren

In einem Schaubild vom 12.6.79 unterscheidet das Bundesinnenministerium zwischen der *„kurzfristigen Entsorgung von Kernkraftwerken bis zu fünf Jahren“* (La Hague-Verträge, Kompaktlager, Trockenlager auf dem AKW-Gelände), der *„mittelfristigen Entsorgung bis zu 30 Jahren“* („inhärent sichere“ Zwischenlagerung in Stahlgußbehältern) sowie einem *„langfristigen Verbleib abgebrannter Brennelemente bis zu 50 Jahren“* in einem *„großen Langzeitzwischenlager als Trockenlager mit Luftkühlung (inhärent sicher, Forschungs- und Entwicklungsarbeiten: 5 Jahre)“*. Bekanntlich liegen bezüglich der Trockenlagerung hochaktiver Brennelemente in Stahlbehältern nicht die geringsten positiven Erfahrungen vor. Im Gegenteil! Nur zwei Monate, bevor die Atommafia das System der Trockenlagerung während des Gorleben-Hearings '79 als „letzte Rettung“ aus der Westentasche zog, lehnte die DWK dieses Konzept noch aus Gründen der Betriebsunsicherheit ab: *„Naturkühlung kann im Eingangslager nicht realisiert werden, da dann kein ausreichender Schutz gegen Einwirkungen von außen möglich ist“* (6). Unbeeindruckt von derartigen Bedenken werden von der Bundesregierung bereits in Juni '79 Kompaktlager als Kernstück eines neuen Entsorgungskonzeptes für die kommenden 50 Jahre präsentiert! Einen ersten (!) Sicherheitsbericht legte die DWK zwei Monate später (August) für das Trockenlager in Ahaus vor, dem – wen wundert es – postwendend von der Reaktorsicherheitskommission im September '79 die Unbedenklichkeit bescheinigt wurde.

Hinter dieser verdächtigen Eile der Bundesregierung stand mehr als die Entsorgungsnot.

Es hatte sich unmittelbar nach dem Gorleben-Hearing herumgesprochen, daß die Aufbewahrung von Brennelementen in Stahlbehältern (Stückpreis: z.Zt. 500.000 DM) für die Stahlindustrie ein Mordsgeschäft zu werden verspricht. So schreibt das Magazin der FAZ („Blick durch die Wirtschaft“) bereits am 19.4.79 (man achte auf das Timing!):

„Die Herstellungskosten eines derartigen Stahlbehälters werden zur Zeit mit 500.000 DM geschätzt, so daß sich ein Marktvolumen für die Stahlindustrie in Höhe von 2,15 Milliarden DM allein für die Trockenlagerung abgebrannter Brennelemente bis zum Jahre 1990 ergäbe. Wichtiger aber ist noch der Export derartiger Stahlbehälter, weil hierbei die deutsche Stahlindustrie ihren speziellen technischen Vorsprung massiv als Exportschlager einsetzen kann... Wenn die deutsche Stahlindustrie aber derartige wohlbewährte Stahlbehälter, die im Inland genehmigt sind, auf den Exportmärkten anbietet, wird sich sich einen zusätzlichen Markt erschließen. Nach den Untersuchungen der OECD ist der Anfall an abgebrannten Brennelementen in der Welt derart gewaltig, daß bis zum Jahre 1990 ein erheblicher Bedarf an Lagerkapazität an abgebrannten Brennelementen besteht... Hier ergibt sich ein neuer Markt mit großen Expansionschanstent... Hier ergibt sich ein neuer Markt mit großen Expansionschancen. Die Weiterentwicklung wird wesentlich davon abhängen, daß das Genehmigungsverfahren in der Bundesrepublik Deutschland zügig abgewikkelt wird.“

Es ist unschwer zu erkennen, daß sich die sozialliberale Bundesregierung als Sachwalterin des Großkapitals geradezu danach gedrängelt hat, das Trockenlagerkonzept als künftige Langzeit„lösung“ über die Bühne zu kriegen. Was bedeuten auch schon die Sicherheitsinteressen der Bevölkerung für die nächsten 50 Jahre, wenn es um „große Expansionschancen“ der (krisengeschüttelten) Stahlindustrie geht?

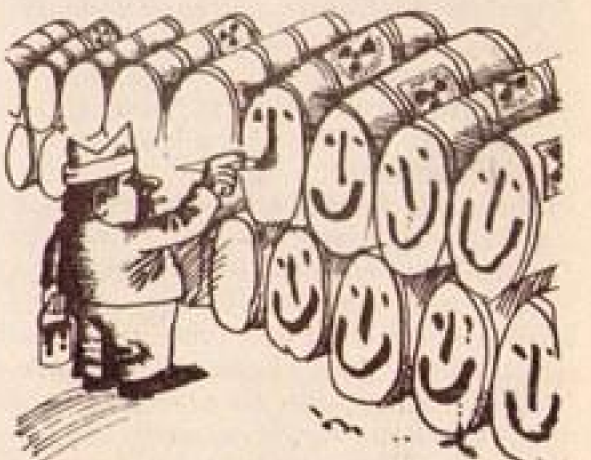
Daneben bleibt anzumerken, daß der Übergang von der Lanzeit- zur Dauerzwischenlagerung fließend ist. Es ist völlig offen, ob und wann eine funktionierende Entlager- oder Wiederaufarbeitungstechnologie entwickelt ist. Solange wie das dauert, wird das grob fahrlässige und hochgefährliche Experiment der Trockenlagerung allemal als „Endlösung“ bestehen bleiben.

Und die mittel- und schwachaktiven Abfälle...

Hier sieht die Situation nicht minder verheerend aus. Diese Abfälle stammen zu 95,6 % aus AKWs oder Forschungsreaktoren und nur zu 4,4 % aus Instituten, Industrien oder dem medizinischen Bereich (7). Bis zum Jahre 1987 wird mit einer jährlichen Abfallmenge von zweihunderttausend 200 l - Fässern gerechnet!

Aus wissenschaftlichen Gutachten geht hervor, daß für die in schwach- und mittelaktivem Müll hauptsächlich vorkommenden Nukleide Strontiom 90 und Caesium 137 eine sichere Lagerung von mindestens 600 Jahren erforderlich ist (8)!

Im Salzbergwerk Asse (Niedersachsen) wurden bis Ende '78 140.000 Fässer mit schwach- und mittelaktivem Müll „zwischen“ - bzw. – wie die Betreiber inzwischen selbst zugeben – endgelagert. Als 1978 (nach 12 - jähriger Einlagerungspraxis!) erstmalig durch einen unabhängigen Wissenschaftler die Wasserverhältnisse untersucht wurden, stellte man fest, daß die Asse völlig ungeeignet für die Lagerung von Atommüll ist, da sie ständig (wie bereits bei einem Nachbarschacht geschehen) absaufen und den Atommüll in die Biospäre lassen könnte. Die Betreiber wollen dies allerdings bis heute noch nicht wahrhaben. Seitdem Asse nicht mehr für Einlagerungszwecke zu gebrauchen ist (seit 1979 läuft ein zwingend vorgeschriebenes 5-jähriges Planfeststellungsverfahren) platzen die einzelnen Landessammelstellen aus allen Nähten. Ein nuklear-medizinisches Krankenhaus bei München mußte wegen dieser Misere bereits geschlossen werden, während bezeichnenderweise die AKWs den tonnenweise anfallenden Müll weiterproduzieren dürfen (9).



Nun ja – nur keine Panik: *„In der Bundesregierung wird die Entsorgung mittel- und schwachaktiver Materialien noch nicht als kritisch angesehen. Sie meint, daß für eine Übergangszeit (?) die Landessammelstellen erweitert werden könnten“*(10).

Das Nadelöhr zustopfen!

Dieser kurze Überblick über die Entsorgungspraxis- und Pläne mag verdeutlichen, vor welchem Hintergrund sich die Herrschenden anschicken, das AKW-Programm massiv auszubauen.

Dies alles wird von einer sozialdemokratisch geführten Regierung unter dem Motto verkauft, *„daß die sichere Gewährleistung der Entsorgung der Kernkraftwerke eine der unabdingbaren Voraussetzungen für die weitere Nutzung und für den weiteren begrenzten Ausbau der Kernenergie bildet“* (Regierungsbulletin vom 11.10.79).



Die kriminelle Energie, die hier an den Tag gelegt wird, kann im Grunde überhaupt nicht damit erklärt werden, daß einige Bonner Politiker nunmal das Wasser am liebsten mit Kernkraft erhitzen (nichts anderes spielt sich bekanntlich in einem AKW ab). Sondern hier geht es um einen skrupellosen imperialistischen Machtpoker im internationalen Rahmen, um weltweite Expansionsgelüste der Atommafia, um Einfluß und Profitinteressen hier und heute. Was morgen wird – darum machen sich die Bourgeois' mitsamt ihren Helfern und Helfershelfern in Regierungs- und anderen Häusern derzeit genausowenig Gedanken wie die expansionsgeilen Drahtzieher des 2 Weltkrieges vor einigen Jahrzehnten.

Wir wissen: Die Entsorgung und insbesondere die Zwischenlager sind das Nadelöhr, durch das die AKW-Betreiber durch müssen. Wir haben keine Wahl – wir müssen Ihnen dieses zustopfen!

Ein Genosse aus Lüneburg

Anmerkungen:

1 vgl. „Energiediskussion in Europa“, Hrsg. v. V. Hauff, 1979
2 Frankfurter Rundschau, 26.9.80
3 Frankfurter Allgemeine, 28.1.80
4 vgl. „Grundsätze zur Entsorgungsvorsorge für Kernkraftwerke“, Bulletin der Bundesregierung, 26.3.80
5 vgl. „Das Trockenlager Konzept“, Broschüre des VUA, 28 Bremen 1, Fehrfeld 6, Seite 44
6 vgl. Atomexpress Nr. 18, S. 36
7 vgl. Atomexpress Nr. 14, S. 34
8 Frankfurter Rundschau, 9.3.79
9 Süddeutsche Zeitung, 5.3.80
10 Frankfurter Allgemeine, 11.8.79

»Dodewaard wird dichtgemacht!«

Dodewaard am 19.Oktober 1980: 30.000 Menschen sind zur größten Aktion der niederländischen Anti-AKW-Bewegung seit „Almelo" in das gelderländische Dorf gekommen. Die Blockade des dortigen, seit über zehn Jahren laufenden AKWs steht an.

„Dodewaard Gaat Dicht!" (DGD – „Dodewaard wird dicht gemacht!") ist das Motto der AKW-Gegner/innen und gleichzeitig der Name der Bewegung, die die Aktion in den letzten fünf Monaten vorbereitet hat.

„Entweder wird das AKW in Dodewaard bis Ende September geschlossen oder wir schließen es selbst!" lautete das Ultimatum, das DGD im Mai der niederländischen Regierung gestellt hatte. Diese erfüllte zwar das Ultimatum nicht, mußte aber trotzdem versuchen, eine zweite offene (innenpolitische) Front – neben Amsterdam und seiner Kraakbewegung – zu verhindern. Denn: DGD hatte die Blockade angekündigt als ersten Schritt zu einer militanteren, außerparlamentarischen Widerstandsbewegung gegen das Atomprogramm ...



D...nonstrations„spitze" in Dodewaard

Gewaltlosigkeit und Basisdemokratie

Am Pfingstwochenende dieses Jahres hatten sich rund 6.000 Menschen in einem Anti-AKW-Zeltlager in Valburg (in der Nähe des AKWs) versammelt und dort in vierzig Arbeitsgruppen das Ultimatum beschlossen; für den Fall der Nichterfüllung war zunächst eine Platzbesetzung des AKWs geplant.

In der Zeit nach dem Pfingstlager (und besonders seit August) entstanden — überall in den Niederlanden — insgesamt etwa 200 Basisgruppen, die sich an Vorbereitung und Durchführung der Aktion beteiligten. Ihre Vertreter kamen regelmäßig zur Koordinierung der Aktions-Vorbereitungen zusammen.

Nach etlichem Hin und Her wurde beschlossen, daß die Aktion im Prinzip gewaltlos verlaufen müsse. Dies hatte u.a. zur Konsequenz, daß der ursprüngliche Plan einer Platzbesetzung fallengelassen wurde. Stattdessen sollte eine „effektive" (was auch immer das heißen soll) und zeitlich unbegrenzte Blockade des AKWs durchgeführt werden.

Des weiteren wurde schon in der Vorbereitungsphase beschlossen:

— Die Aktion soll nicht unter einer gemeinsamen Leitung stehen. Alternativ zu den bisherigen Erfahrungen mit großen nationalen und internationalen Aktionen sollte eine Struktur mit (relativ) autonomen „Basisgruppen" geschaffen werden.

— U.a. deshalb wurde die Beteiligung von bestehenden Organisationen (wie politische Parteien etc.) als Organisatoren und Träger abgelehnt.

— Abgelehnt wurde auch eine detaillierte Planung vor Beginn der Aktion. Eine ganze Reihe konkreter Beschlüsse sollte erst während der Aktion von den Aktionsteilnehmer/inn/en selbst gefaßt werden.

— Außerdem wurde — zur Gewährleistung der inneren Demokratie — für notwendig gehalten, die Aktion „in aller Öffentlichkeit" vorzubereiten und durchzuführen.

— Eine Gruppe für Presse-Kontakte wurde eingerichtet. Diese Gruppe stellte m.E. in wichtigen Momenten eine Art informeller Aktionsleitung dar. Sie betrieb u.a. auch den (illegalen) Sender „Radio Aktivität".

Innenpolitisches Thema Nr.1

Im Vordergrund der Berichtsflut über „Dodewaard" in Presse, Funk und Fernsehen stand die „Gewaltfrage"; die Frage also, ob es erstmals in der Geschichte der niederländischen Anti-AKW-Bewegung zur gewaltsamen Konfrontation zwischen Polizei und Demonstranten kommen würde.

Die aus allen Richtungen schon vorab als „Eskalation" bezeichnete Entwicklung wurde — je nach politischem Standort — teils bestimmten *„Elementen"* — *„Rädelsführern"*, *„Krawallmachern"*, *„Aufrührern"* — in der Anti-AKW-Bewegung angelastet, teils wurde die Regierung verantwortlich gemacht: *„Regierung provoziert Aktion in Dodewaard"* lautete eine Schlagzeile in der (sozialdemokratisch orientierten) Tageszeitung „de Volkskrant" (4.10.).

Neben dieser zu erheblichen Teilen in spalterischer und diffamatorischer Absicht betriebenen „Gewaltdebatte" wurde jedoch auch noch einmal in aller Breite und allen Medien die Gesamtproblematik von Atomenergie und Atombewaffnung debattiert.

„Dodewaard" war in den Massenmedien über Wochen hinweg das innenpolitische Thema Nr. 1, was von den DGD-Sprecher/inn/en im nachhinein als einer der wichtigsten Erfolge der Aktion bezeichnet wurde.

Leo Janssen (Mitglied der Zweiten Kammer — „Bundestag" — für die radikaldemokratische PPR), ansonsten vom außerparlamentarischen Ansatz der Aktion gar nicht begeistert, mußte eingestehen, daß durch die DGD-Aktion in der Bevölkerung eine *„Verschiebung der Standpunkte"* zugunsten der Anti-AKW-Bewegung stattgefunden hat („De Tijd", katholische Wochenzeitung, 24.10.).

Die „Volkskrant" kommentierte: *„Dodewaard muß vor allen Dingen auch gesehen werden als Ausdruck eines breiten Protestes gegen Kernenergie und eines tiefen Mißtrauens in das Funktionieren der parlamentarischen Demokratie"* (22.10.).

Diese Warnung blieb bei den bürgerlichen Politikern nicht ungehört. Der schon erwähnte PPR-Kollege Janssen befand, das *„Klima in den Niederlanden"* sei noch *„nicht reif"* für *„Reformen über den nicht-parlamentarischen Weg"* und rief auf, *„aufs neue Druck auszuüben auf politische Parteien"* („De Tijd", 24.10.).

Auch die in der Frage der Atomenergie gespaltene sozialdemokratische PvdA bemühte sich um Re-Integration: Kees Zijlstra (PvdA-Parlamentarier) wollte die Diskussion innerhalb seiner Partei *„in die gute Richtung leiten"* („De Nieuwe Linie", 22.10.) und teilte DGD während der Aktion telefonisch mit, die PvdA sei zu Gesprächen *„über die Ideen der Aktivisten"* bereit — Gewaltlosigkeit der Aktion sei allerdings Vorbedingung.

Der Obersozialdemokrat und vormalige Premier Den Uyl befand gar — kurz vor „Dodewaard" — AKWs für *„überflüssig"* („DNL", 15.10.).

Festung Dodewaard

Im Gegensatz zu den „linken" bürgerlichen Politikern setzte die christdemokratisch-rechtsliberale Koalitionsregierung auf Konfrontation. Ihr Wirtschaftsminister Van Aardenne gab kurz vor der Aktion bekannt, die Regierung erwäge den Bau dreier weiterer AKWs. Eine Platzbesetzung oder Blockade des AKW würde keinesfalls geduldet werden, eine Blockade sei *„allein schon aus Sicherheitsgründen absolut unakzeptabel"* („Volkskrant" 15.9.).

— Das AKW wurde in eine Festung verwandelt: kilometerlange Nato-Stacheldrahtzäune in etwa 500 Metern Abstand vom AKW; Wassergraben mit elektrischer Zugbrücke; spezielle Gas- und Wasserleitung mit Spritzanlagen; Scheinwerferbeleuchtung der umliegenden Wiesen; Abhöranlagen nicht nur innerhalb des AKWs, sondern Mikrofone auch auf den Deichen; Filmkameras; scharfe Hunde; getarnte Fallgruben auf dem AKW-Gelände.

— Etwa 4.000 Bullizisten (darunter massenhaft Mobile Einheiten — ME, eine Art Bereitschaftspolizei; spezielle Verhaftungskommandos in Zivil und Scharfschützen) von Reichspolizei, Gemeindepolizei und Marechaussee waren in und um die Festung zusammengezogen. — Einzelne Polizeibeamte, die sich weigerten, an dem Einsatz überhaupt oder an einer Blockaden-Räumung teilzunehmen (u.a. der Kommandant einer ME-Einheit und ein Oberwachtmeister) wurden massiv unter Druck gesetzt und ihnen wurde mit Entlassung gedroht.

— Der bisherige sozialdemokratische Bürgermeister von Dodewaard, Patijn, der noch im Mai rund 200 AKW-Gegner/innen in einem — laut eigener Darstellung — *„gemütlichen Plausch"* überreden konnte, ihre damalige Blokkade aufzugeben und sich ohne Widerstand von unbewaffneten Bullizisten wegtragen zu lassen, wurde gegen seinen Willen vorzeitig in einen anderen Ort versetzt und gegen den Partei„genossen" Bergh ausgetauscht. Dieser Bergh hatte sich schon vor Jahren einen Namen gemacht: Im Oktober 1976 stürmten 500 schwerbewaffnete Bullen mit zwölf Panzerwagen das molukkische Barackenlager von Vaasen in der Gemeinde Epe, um das Lager zu räumen (s. AK 92). Bergh war seinerzeit Bürgermeister von Epe und einer der Hauptverantwortlichen für den Überfall. Anstelle „gemütlicher Gespräche" empfahl Bergh als neuer Bürgermeister von Dodewaard diese Sichtweise: *„Wer auf das Grundstück des AKW eindringt, ist kein Demonstrant oder Aktivist mehr, sondern nähert sich dem Status des Terroristen"*, auf den *„notfalls"* auch geschossen werden würde (Bergh am 14.10. in einer Pressekonferenz).

— Ein Krisenstab — besetzt mit Bürgermeister, Polizei und Justiz — wurde gebildet und tagte unter schwerer Bewachung im acht Kilometer entfernten Valburg. Der „Ernst der Lage" wurde von diesem Krisenstab vor Beginn der Blockade mit früheren Zugbesetzungen und Geiselnahmen durch Molukker verglichen („De Groene Amsterdammer", 22.10.).

— Vervollständigt wurden diese „Schutz"vorkehrungen mit einigen Maßnahmen, die kleinerenteils schlicht lächerlich waren (für die vorbeifließende Waal wurde — Mitte Oktober! — ein Schwimmverbot verhängt), größerenteils aber auch deutlichen Übungscharakter für künftige wirklich „ernste Situationen" hatten: der Schiffsverkehr auf der Waal wurde stillgelegt; um das AKW herum wurden drei „Sperrzonen" errichtet, die von den Bewohnern dieser Zonen nur mit speziellen Ausweisen betreten werden durften; ein „Katastrophenplan" für die umliegenden Krankenhäuser wurde erstellt; bei etwaigen Festnahmen wurde ein Schnellgerichts-Verfahren angedroht.

— Flankenschutz bot AKW-Betreibern und Staatsapparat die rechte Presse mit vielfach variierten Tatarenmeldungen nach dem erprobten Motto: *„Die Chaoten kommen"* ...

Die Hetze in der Presse und der angesagte Belagerungszustand blieben nicht ohne Wirkung auf die Bevölkerung. Die regionale „Nieuwe Krant" (6.9.) berichtete — nur zur Stimmungsmache? — unter der Schlagzeile *„Dodewaard bewaffnet sich"* von Einwohnern, die sich mit Eisenstangen, Hunden und sogar Schußwaffen gegen die Demonstranten „wehren" wollten.

Die „Vereniging Milieu Defensie" (der große Dachverband „Vereinigung Umweltschutz", VMD) erklärte: Versuche, bei der Bevölkerung zumindest Verständnis zu gewinnen, seien nur zum Teil gelungen, zum anderen Teil aber *„ein totaler Reinfall"* (Flugblatt des VMD) geworden.

Ansonsten war, was sich in Dodewaard abspielte, manchen Ereignissen in und um Gorleben nicht unähnlich: Autos, die nachts plötzlich auf Demonstrantengruppen zurasen; eingeworfene Scheiben im Haus eines örtlichen AKW-Gegners; während der Aktion ein Sabotageakt gegen das Zelt des VMD und im „Basislager" in Valburg ein Bombenalarm.

„Blockade"

Trotz der massiven Einschüchterungsversuche hatten sich am Samstag, 18. 10., schon 12.000 Menschen im Valburger Zeltlager eingefunden, um die letzten Vorbereitungen für die Blockade am nächsten Tag zu treffen.

Erneut kam die Debatte auf: Wie lange soll die Blockade dauern? Inwiefern sind die einzelnen Basisgruppen und Blockadegruppen autonom? Ist eine wirkliche Blockade möglich oder wird es bei einer symbolischen Aktion bleiben? Die „Gewaltfrage" stand (wieder und nochmal) im Vordergrund des Disputs. Das bereits beschlossene „Prinzip Gewaltlosigkeit" wurde erneut bekräftigt.

Am Morgen des 19.10. startete der erste Demonstrationszug zum acht Kilometer entfernten AKW. Kurz vor dem AKW teilte sich der Zug in die „Blockadegruppen" Ost, Nord und West (die Südseite wird von der Waal begrenzt).

Ohne Schwierigkeiten konnten die ersten beiden Polizei-Sperren passiert und bis zur letzten Sperre vorgerückt werden. Dort begann die Umzäunung mit Nato-Stacheldraht.

Von den „Sicherheitsvorkehrungen" war von hier aus kaum etwas zu sehen, und die — nicht sehr zahlreichen — Bullizisten hinter dem Zaun waren in „Friedensausrüstung" erschienen, ohne Helm, Schild und Gummiknüppel.

Die Blockaden wurden von den Demonstrant/inn/en selbst gebildet, indem sie sich auf die Deichstraßen setzten und in eisigem Wind ihre Sechs-Stunden-Schicht abrissen. Barrikadenbau wurde abgelehnt — das sei zu „provozierend" und passe nicht in das Konzept der Gewaltlosigkeit.

Die Bullizisten hatten offensichtlich den Auftrag, (erst einmal) zurückhaltend und freundlich aufzutreten. Im Verlauf des Sonntags gelang es der Bullerei hinter dem Zaun sogar, mit den ersten Blockade-Reihen „Freundschaft" zu schließen. Werbe-Aufkleber der Polizei wurden gegen Anti-AKW-Plaketten getauscht, die zur Feier dieses Tages sogar an die Uniform gesteckt werden durften. Gelegentlich stimmte die Bullen-Herde sogar in den Gesang der Demonstrant/inn/en mit ein.

Diese unvermutete „Freundschaft" zwischen Bullizisten und Demonstranten war den meisten Teilnehmer/inn/en (natürlich) sympathischer als die befürchtete Schlacht, hatte aber auch ihren politischen Preis: Demonstranten, die es wagten, die im Rotterdamer Hafenstreik und der Vondelstraat oft gehörte Parole *„ME - Weg ermee!"* (ME -Weg damit!) zu rufen, wurden von anderen Demonstranten eingekreist, überbrüllt und zurückgedrängt. Wo mal am Zaun gezupft oder geschnibbelt wurde, fanden sich sofort friedliebende Kräfte, die — dem Wort zum Sonntag 'Nur nicht provozieren!' entsprechend — den Schaden wieder behoben.

Was nun wiederum die Staatsmaschine zu Entgegenkommen bewog, galt es doch, nicht nur ein Abschalten des AKW zu verhindern, sondern auch das Aufkommen der Militanten in der Anti-AKW-Bewegung zu verhindern. — Als der (illegale) Sender der informellen Aktionsleitung die Blockaden nicht mehr erreichen konnte, sprang die Polizei hilfsbereit mit eigener Gerätschaft ein, denn — erklärte der Einsatzleiter — *„die Demonstranten müssen gut miteinander kommunizieren können"* („Haagse Post", 25.10.).

Eine wirkliche Blockade war die Aktion gegen das AKW zu keinem Zeitpunkt: Die Mannschaften der ME wie das AKW-Personal konnten ohne Schwierigkeiten mit Hilfe von Landungsbooten der Marine über die Waal ausgetauscht werden.

Was übrig blieb von der „Blockade" war nicht von langer Dauer: Von den — nach Schätzungen von DGD — 30.000 Menschen, die sich im Laufe des Sonntags an den Aktionen beteiligten, waren Sonntagnacht nur noch 3.000 übrig. Am Montagnachmittag wurde die Blockade definitiv aufgehoben.

Wat nu ?

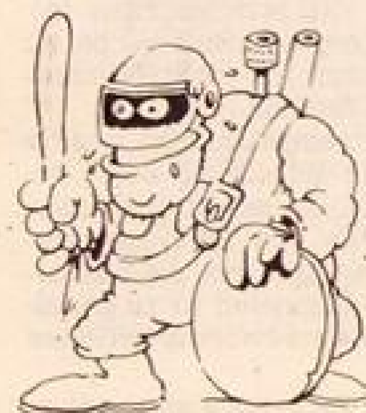
Sicher, das Wetter war enorm schlecht, zu Sturm und Kälte hinzu kam es am Sonntagabend noch zu langanhaltenden Platzregen, und viele der Aktivist/inn/en mußten am Montag wieder zur Arbeit.

Trotzdem sollte der Ablauf der Aktion Anlaß zu einem selbstkritischen Rückblick sein. Es war zwar mal wieder eine große Demonstration geworden, die Bevölkerung war durchaus nicht so unzugänglich wie anfangs befürchtet — aber das erklärte Aktionsziel, die Schließung des AKW direkt zu erzwingen, ist nicht erreicht worden. Ob die Aktion zur Radikalisierung der Anti-AKW-Bewegung beigetragen hat, ist m.E. sehr fraglich, denn sehr viele der Teilnehmer/innen haben in ihrer Freude über den friedlichen Ablauf und den (publizistischen) Erfolg der Aktion das ursprüngliche Ziel aus den Augen verloren.

Bürgermeister-Sheriff Bergh stellte sich am Sonntagabend der Presse als *„ein glücklicher Mann"*: Die Blockade sei ein großer Erfolg gewesen, *„sowohl für die Demonstranten als auch für die ME"* („Het Parool", 21.10.). Allerdings: Hätten die Demonstranten die Blockade nicht am Montagmittag freiwillig abgebrochen, hätten die ME-Truppen am Abend am Haupteingang eingegriffen.

(Außer meinen eigenen Erfahrungen bei der Vorbereitung und der Aktion selbst habe ich verwendet: Div. Ausg. der Wochenzeitg. „Vrij Nederland", „De Groene Amsterdammer", „De Nieuwe Linie", „Haagse Post", „De Tijd", „Nieuwe Revue"; div. Ausg. d. Tageszeitg. „de Volkskrant", „Het Parool", „Telegraaf"; Mitteilungen eines Mitglieds der Pressegruppe von DGD)

Ein niederländischer Teilnehmer der Dodewaard-Blockade





Der Bürger als Sponti

Nach dem Auftritt der Bonner Gelöbnispfeifer enthüllten Presse und Verfassungsschutz: *„Die Randalierer taktierten besser als die Polizei"* (Bonner Rundschau, 15.11.). „Randalierer" ist der Spitzname, den die Bonner Presse nach dem ersten größeren Konzert den Gelöbnispfeifern gegeben hat. Mittlerweile wurden schon mehrere Taktiken der Pfeifer veröffentlicht, so daß ein *„hoher Verfassungsschutzbeamter ahnt: wir werden in der nächsten Zeit sehr viele Überstunden machen müssen."* („BR", 15.11.). Eine Anfrage, ob die Öffentlichkeit mit der Aufdeckung von noch mehr taktischen Plänen rechnen könne oder nun schon mit der Auslosung der „Taktik des Monats" begonnen werde, wurde bisher nicht beantwortet. Deshalb jetzt ein kurzer Überblick über das bisherige Angebot:

Drahtzieher-Taktik

Wie *„in Hannover wurden Drahtzieher beobachtet, die wie Generalstabsoffiziere die Aktionsgruppen über Funk dirigierten"* („BR", 15.11.). Seien wir doch ehrlich: wer hat die „Generalstabsoffiziere " sei's in Zivil oder in Grün nicht für Polizei oder Feldjäger gehalten?

Verschwörer-Treff-Taktik

Bonn, so eine zweite Taktik, war an diesem Tag Austragungsort der beliebten Politshow „Fünf Verschwörer aus zehn Gruppen", denn:

* *„der KBW hatte ... Anhänger entsandt"* (Alle beide?);
* *„Studentengruppen der ‚Neuen Linken'* "waren gekommen;
* *„Politrocker aus sogenannten ‚Sponti-Gruppen' waren dabei, wie Angehörige von K-Gruppen";*
* *„Randfiguren der Terrorismusszene wurden geortet";*
* eine *„Bonner Kommune"* hatte *„ihre Mitglieder mobilisiert";*
* *„die Hilfstruppen kamen aus dem Ruhrgebiet und aus dem Aachener Raum"* (alles Zitate aus der „BR").

Das teuflische an dieser Taktik: die Pfeifer hatten bei den vier bis sechs Personenkontrollen in der Innenstadt sich jeweils anders ausgewiesen (RAF-Ausweis, Kommune-Karte, Sponti-Paß...), so daß ein totales Verwirrspiel entstanden war.

Tarn-Taktik

Einige - und das scheint besonders raffiniert - haben auch den Polizisten Personalausweise gezeigt und sich so als Bürger ausgegeben: *„In der Bonner Innenstadt hatten sich etwa 1000 Störer als normale Passanten...aufgebaut"* („BR", 15.11.). Dem geneigten Leser kann an dieser Stelle verraten werden, daß der Verfasser durch die Kontrollen kam, indem er vorgab, einen Apfel zu essen.

Die Polizei ihrerseits hat ja bisher nur ansatzweise die Taktik verfolgt, sich als Bürger zu tarnen. Diese Taktik, die eine Variante des mit einer Kurzhaarperücke verkleideten Bluesbarden Bert Brecht ist (Die Regierung solle doch das Volk auflösen und sich ein neues wählen), soll daran scheitern, daß die Polizisten nicht pfeifen können.

So müssen denn immer noch Bürger als Bürger auftreten. Bei einer Veranstaltung, die so gut geplant ist, scheint dies eine unverzeihliche Panne zu sein, erlebt man doch immer wieder durch die angeblichen Bürger empfindliche Störungen, da sie nur begrenzt strapazierfähig sind.

it (Bonn)

„Das Gelöbnis war weder feierlich noch öffentlich"



Das schrieb die „Stuttgarter Zeitung" am Tage nach der Vereidigung. Die „Stuttgarter Nachrichten" erschienen mit der Schlagzeile: „Gelöbnis ging fast im Demonstrationslärm unter". Die „Bild" schrieb: „10000 brüllten Rekruten nieder". Auch die letzte der 25-Jahr-Feiern der Bundeswehr war damit zu einer antimilitaristischen Veranstaltung umfunktioniert worden.

1400 Rekruten aus den Kasernen Baden-Württembergs waren zur Vereidigung am 21.11. in Stuttgart zusammengetrommelt worden. 2000 Bullen und 100 Feldjäger, voll ausgerüstet, waren nach offiziellen Angaben zusammengezogen worden.

„Ein derartiges Aufgebot hatte es seit Kriegsende in Stuttgart bei einer öffentlichen Großveranstaltung nicht gegeben." kommentierte die „Stuttgarter Zeitung" am 22.11..

Bis zum Beginn der eigentlichen

1400 Rekruten aus den Kasernen Baden-Württembergs waren zur Vereidigung am 21.11. in Stuttgart zusammengetrommelt worden. 2000 Bullen und 100 Feldjäger, voll ausgerüstet, waren nach offiziellen Angaben zusammengezogen worden.

„Ein derartiges Aufgebot hatte es seit Kriegsende in Stuttgart bei einer öffentlichen Großveranstaltung nicht gegeben." kommentierte die „Stuttgarter Zeitung" am 22.11..

Bis zum Beginn der eigentlichen Zeremonie hatten sich gut 20 000 Zuschauer und Demonstranten versammelt. Die Vereidigung ging in einem ohrenbetäubenden Lärm unter. Direkt vor der Bullen-Absperrung im vorderen Drittel des Platzes waren die Trillerpfeifen, Hupen, Rasseln, Knallfrösche, Rufe usw. so laut, daß uns die Ohren weh taten und wir Mühe hatten, den Ablauf der Veranstaltung überhaupt zu verfolgen! Ausser „Aufhören, aufhören" wurde noch gerufen: „Schluß mit der Vereidigung", BRD raus aus der NATO", „NATO, Bundeswehr, BKA - sind zum Schutz der Bonzen da". Selbst im Innenhof des Schlosses verfingen sich die Pfiffe und Rufe so laut, daß Ministerpräsident Späth und Oberbürgermeister Rommel Mühe hatten, sich dort verständlich zu machen. Im hinteren Teil des Schlossplatzes bildeten sich Diskussionsgruppen, in denen über Sinn und Unsinn der Vereidigung gestritten wurde. Bundeswehrfans, die anfangs an der Absperrung standen, setzten sich während der Vereidigung dann nach hinten ab. Sie mußten einsehen, daß ihr Beifall völlig sinnlos war. Parallel zur Vereidigung fand der Friedensmarsch mit ca. 5000 Beteiligten statt (organisiert von Stadtjugendring, Kirchlicher Jugend, DKP u.ä.), die auch in Stuttgart den Protest wiederrum vom Ort des Geschehens wegorientieren wollten.

Polizeiüberfälle auf Demonstranten

Nach dem Gelöbnis bildete sich eine spontane Demonstration durch die Königstraße (Fußgängerzone) zum Marktplatz, wo noch die Abschlußkundgebung des Friedensmarsches mit ca. 5000 Teilnehmern abgehalten wurde. Eine Theatergruppe aus AKW-Gegnern, die vorher auf dem Schloßplatz waren, führten noch ein Stück auf. Vorher erklärten sie kurz, warum sie direkt bei der Vereidigung ihren Protest ausgedrückt hatten und kritisierten die Spaltung, die durch das Beharren der Friedensmarsch-Initiatoren entstanden war. Als sich die Friedensmarsch-Kundgebung gerade auflösen wollte, brausten durch die Hirschstraße (Fußgängerzone!) plötzlich ca. 12 Rau Reiter (Bullen auf Motorrädern) in die Menschenmenge hinein. Wären die Leute nicht zur Seite gesprungen, hätte es Schwerverletze gegeben! Dann drehten die Rau-Reiter in der gegenüberliegenden Straße um und „mußten" wieder durch die Menge fahren! Jetzt wurden aber doch einige von ihnen vom Motorrad geholt, andere wurden mit Pflastersteinen beworfen und Mülltonnen wurden vor ihnen auf die Straße gekippt. Selbst in dieser Situation riefen die Friedensmarsch-Leute dazu auf, „sich nicht von der Polizei provozieren zu lassen" und sich ja nicht zu wehren! Dafür bekamen sie in der Presse am nächsten Tag auch ein entsprechendes Lob: *„Erwähnenswert ist auch die Disziplin, mit welcher der Friedensmarsch störungsfrei abgewickelt worden ist. Immer wieder wurden die Teilnehmer aufgefordert, auf eventuelle Störungen nicht zu reagieren. Wie wohltuend haben sich diese jungen Leute von manchen Demonstranten auf dem Schloßplatz unterschieden!"* („Stg. Z.", 22.11.).

zieren zu lassen" und sich ja nicht zu wehren! Dafür bekamen sie in der Presse am nächsten Tag auch ein entsprechendes Lob: *„Erwähnenswert ist auch die Disziplin, mit welcher der Friedensmarsch störungsfrei abgewickelt worden ist. Immer wieder wurden die Teilnehmer aufgefordert, auf eventuelle Störungen nicht zu reagieren. Wie wohltuend haben sich diese jungen Leute von manchen Demonstranten auf dem Schloßplatz unterschieden!"* („Stg. Z.", 22.11.).

Bild war dabei und lügt darüber

Für einen spaßigen Akzent in den Berichten der Presse zum Gelöbnis sorgte die BILD-Zeitung. Sie funktionierte nicht nur den SPDler Conradi zu einem CDU-Politiker um, sie interpretierte auch seinen Protest gegen den Motorradeinsatz der Polizei "So etwas habe ich noch nie gesehen!" als einen Protest gegen randalierende Demonstranten. Schließlich war ihr das ganze immer noch nicht gewalttätig genug: "Bild"-Reporter wollen gar ein brennendes Auto ausgemacht haben. Sie sahen es allerdings auf dem "Schwabenplatz"; einen Platz dieses Namens gibt es in Stuttgart nicht. Zeugt die genaue Ortskenntnis nur von der Dummheit der Bild-Meister, oder wollte da etwa ein ehrlicher "Bild"-Mensch die Geschichte für aufmerksame Leser selbst gleich als Ente darstellen?

aus „taz" 22.11.80

Einige Hundert Demonstranten, die vom Marktplatz aus noch weiterzogen, waren in den Abendstunden heftigen Angriffen der Bullen ausgesetzt. 14 Demonstranten wurden verhaftet, ein paar Scheiben an Sex-Shops gingen zu Bruch, Wehrpässe wurden öffentlich verbrannt.

Unsere Taktik ist aufgegangen

Im Vertrauen auf die „schwäbische Mentalität" (OB Rommel) hatte die CDU geglaubt, eine wirklich öffentliche Vereidigung durchführen zu können. Die Militaristen hatten die Schau auf den Nachmittag angesetzt und direkt in die Haupteinkaufsstrasse gelegt. Die Initiative gegen die Rekrutenvereidigung hatte sich darauf eingestellt und darauf verzichtet, vor der Vereidigung eine Demonstration oder Kundgebung zu organisieren. Stattdessen war dazu aufgerufen worden, als „Passanten" zum Schloßplatz zu gehen. Die vielen Menschen, die während dieser Zeit einkauften, machten es der Polizei unmöglich, die Demonstranten auszusieben. Dazu kam, daß wesentlich mehr Antimilitaristen gekommen waren als die größten Optimisten erwartet hatten (auch wenn die Zahl der „Bild"-Zeitung, 10 000 Demonstranten, vielleicht nicht ganz erreicht wurde). Es gab nicht nur in Stuttgart eine gute Zusammenarbeit von Initiativen, Jugendhäusern und linken Organisationen, sondern auch Initiativen oder Vorbereitungsveranstaltungen in Heidelberg, Leonberg, Tübingen, Reutlingen, Heilbronn, Bietigheim, Ludwigsburg, Karlsruhe, Esslingen, Göppingen und einigen anderen Städten. Durch diese große Mobilisierung haben wir auch in Stuttgart den Militaristen die Schau gestohlen.

KB-Gruppe Stutgart

Öffentliches Gelöbnis abgebrochen

Die Protestaktionen zeigen ihre Wirkung! Nachdem in Neustadt (Landkreis Marburg) schon seit längerem geplant war, im November das Rekrutengelöbnis öffentlich abzuhalten, machten die Militaristen jetzt im

rionale Presse, dem Gelöbnis doch noch öffentliche Anerkennung zu verschaffen. In einem ausführlichen Bericht versuchte die „Oberhessische Presse", die Feierlichkeit der Zeremonie zu vermitteln, die – wen wun-

Öffentliches Gelöbnis abgebrochen

Die Protestaktionen zeigen ihre Wirkung! Nachdem in Neustadt (Landkreis Marburg) schon seit längerem geplant war, im November das Rekrutengelöbnis öffentlich abzuhalten, machten die Militaristen jetzt im letzten Moment einen Rückzieher:

Dem besorgten Oberst scheint sich bei dem Gedanken, das Gelöbnis seiner Truppe könnte ähnlich wie andere öffentliche Gelöbnisse in „Humba-Humba-Tätärä"-, „Aufhören"- und „Bundeswehr abschaffen!"-Rufen untergehen der Magen umgedreht zu haben. Nicht zuletzt hat auch die Gegenaktion in Gießen (siehe AK 189) den hiesigen Militaristen gezeigt, daß ihre Spektakelveranstaltungen auch in dieser Region auf wirksamen Protest stoßen. Da soll noch mal ein Revi oder Juso sagen, Demos ‚vor Ort' nützten nichts, sondern gäben nur zur Diffamierung der antimilitaristischen Bewegung Anlaß...

Nachträglich bemühte sich die rionale Presse, dem Gelöbnis doch noch öffentliche Anerkennung zu verschaffen. In einem ausführlichen Bericht versuchte die „Oberhessische Presse", die Feierlichkeit der Zeremonie zu vermitteln, die – wen wunderts? – *„ohne Zwischenfälle"* (OP v. 24.11.) ablief.

So ganz zufrieden zeigten sich die auf einem anschließenden Empfang bei Oberst Steinkopff anwesenden Politiker dann trotz dieser „Ruhe und Würde" nicht. Ruhe hin – Würde her, die Verlegung des Gelöbnisses in die Kaserne war ein „Rückzug". So bedauerte denn auch Neustadts Stadverordnetenvorsteher Leipner, *„daß das Gelöbnis nicht in der Öffentlichkeit stattgefunden habe. Es sei nicht richtig, sich vor einer geringen Zahl linker Chaoten zurückzuziehen, meinte Leipner und bezeichnete den Angriff auf die Bundeswehr als ein Angriff auf den Staat, dem man sich mit allen Mitteln zur Wehr setzen müsse"* (OP, 24.11.80).

Kommandeur verlegte Gelöbnis in Kaserne

Neustadt (Gr.). Die jüngsten Ereignisse bei öffentlichen Gelöbnisfeiern in Bonn und Gießen haben den Kommandeur der Panzerbrigade 6, Oberst Klaus Steinkopff, dazu bewogen, das feierliche Gelöbnis von Wehrpflichtigen seines Großverbandes, des Treysaer Feldartilleriebataillon 21, des Flugabwehrbataillons 310 und des Sanitätsbataillons aus Marburg in die Neustädter Ernst-Moritz-Arndt-Kaserne zu verlegen. Ursprünglich sollte die Feierstunde im Bürgerpark stattfinden, doch es habe Anzeichen gegeben, daß dort das militärische Zeremoinell zum 25jährigen Bestehen der Bundeswehr nicht in der nötigen Ruhe und Würde hätte begangen werden können. Steinkopff betonte in einem Gespräch mit der OP auch die Fürsorge, die er für seine Soldaten zu tragen habe. Die Bevölkerung sei heute für 19 Uhr herzlich zur Feierstunde mit anschließender Serenade in die Kaserne eingeladen.

Friedenswoche in Göttingen

Ein sehr breites Bündnis, von vier Kirchengemeinden über Jusos, Judos, Grüne, GA (Gewaltfreie Aktion), SO, DFG/VK, Aktion Sühnezeichen, ESG, bis zu DKP und KB traf sich zur Vorbereitung der Friedenswochen in Göttingen im Rahmen der bundesweiten Friedenswochen vom 10. bis 22. Oktober. Zur gemeinsamen Bündnisveranstaltung mit H. E. Richter, der über das Thema „Sind wir zum Frieden fähig?" sprach, kamen 400 Leute. Zur Abschlußkundgebung erschienen 150 Leute, die im Anschluß an einem Ehrenmal für gefallene Soldaten eine Gedenktafel enthüllten: **„Das Leiden und Sterben dieser Soldaten soll uns mahnen. Solange es Armeen gibt, solange gibt es Kriege. Nie wieder Krieg!"** Die feste Anbringung am Ehrenmal wurde von der Stadt *„aus inhaltlichen Gründen"* abgelehnt. *„Rat und Verwaltung können sich mit dem Text nicht identifizieren"* („GT", 24.11.).

Die restlichen Veranstaltungen wurden von den einzelnen Gruppen in Eigenverantwortung durchgeführt. Auf begeisterte Zustimmung stieß ein Konzert mit der Gruppe Lilienthal, die antimilitaristische Folklore aus zwei Jahrhunderten spielte. Die SO zeigte mit der DFG eine Scheinverhandlung und informierte über Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst. Die Grünen boten ein Seminar zur zivilen Verteidigung an, der KB eine Veranstaltung zur Türkei (mit BuLi und AStA) usw.

Insgesamt ein schöner Erfolg, vor allem, wenn es jetzt gelingt, dieses reine Aktionsbündnis zu einem dauerhaften Arbeitsbündnis auszubauen.

Antimil-Kommission KB Göttingen

Friedenswoche in Bremerhaven

Die Angst der Herrschenden vor einer neuen „Ohne-mich-Bewegung" ist so unbegründet nicht – das zeigten auch die Mobilisierungserfolge der „Bremerhavener Friedenswoche", die im Rahmen der bundesweiten Aktion „Frieden schaffen – ohne Waffen" in der vorletzten Novemberwoche durchgeführt wurde. Veranstalter waren die evangelische Jugend, die Verbände des Stadtjugendringes und zahlreiche Initiativen.

Insgesamt 2.000 Besucher zählten die verschiedenen Veranstaltungen nach Angabe der Initiatoren, von einem mit 1.000 Leuten gut besuchten Friedensfest bis zu den Diskussionsabenden der verschiedenen Initiativen, die insgesamt mit 60 bis zu 150 Teilnehmern alle recht beachtliche Resonanz fanden.

Nicht so uneingeschränkt positiv kann über die inhaltliche Seite berichtet werden. Es gelang den federführenden SPD- und DKP-orientierten Gruppen weitgehend, die wesentliche Podiumsdiskussion so zu gestalten, daß radikale Friedenspositionen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Friedenswoche in Bremerhaven

nur aus dem Publikum heraus – und nur mit Behinderungen – sich Gehör verschaffen konnten. Dafür saß auf dem Podium ein nicht nur in Friedensfragen vollständig unkompetenter örtlicher SPD-Bundestagsabgeordneter neben DKP-Ökonom Huffschmidt und einem pazifistischen Pastor, wo zu vorbereiteten Fragen diskutiert werden sollte. Interessant wurde es allerdings, als aus dem Publikum heraus die SPD-Unterstützung für die Militärdiktatur in der Türkei angegriffen wurde. SPD-MdB Grunenberg behauptete mit rassistischem Zungenschlag, man dürfe die Bedeutung demokratischer Rechte für „Länder des islamischen Kulturkreises" nicht immer mit „abendländischen Maßstäben messen"!

Eine Reihe von Gruppen – verschiedene Basis-Initiativen, Alternative Liste und auch der KB hatten mangels Einflußmöglichkeiten auf die laufende Friedenswoche „autonome" Veranstaltungen organisiert, die ebenfalls sehr gut besucht waren, und haben damit ebenfalls zum Gelingen der Friedenswoche insgesamt beigetragen. Dazu gehörte eine Veranstaltung der „Offenen Frauengruppe" mit der DFI zum Thema „Frauen zum Bund – wir sagen NEIN!". 130 Besucher kamen, 120 zu einer Film- und Diskussionsveranstaltung einer Schülergruppe.

Von einer gleichberechtigten Zusammenarbeit sind wir in Bremerhaven noch weit entfernt. Die SOdZDL, Mitträger der Friedenwoche, hatte einen Antrag auf die Aufnahme in den Stadtjugendring gestellt. Die Abstimmung wenige Tage vor den gemeinsamen Friedensaktivitäten brachte die Ablehnung dieses Antrages: Kirchenjugend, Jusos, Falken sowie SDAJ stimmten mit fadenscheinigsten Begründungen dagegen, die SO gilt in diesen Kreisen als linksradikal beeinflußt.

KB/Gruppe Bremerhaven

Unfall in Atomminen-Depot?

Zu einem schwerwiegenden Unfall in einem Atomminen-Depot ist es möglicherweise schon vor geraumer

Unfall in Atomminen-Depot?

Zu einem schwerwiegenden Unfall in einem Atomminen-Depot ist es möglicherweise schon vor geraumer
Zeit in der Nähe von Schlüchtern (Hessen) gekommen. Dabei hätten Atomsprengköpfe eines US-Depots „abgestrahlt", und es sei „zwei Kilometer im Umkreis das Gras verbrannt".

Dies wurde am 27.10. sowohl in der Novemberausgabe der Literaturzeitschrift „Transatlantik" als auch in der „taz" berichtet. Die Depots seien als Wasserwerke getarnt und kaum gesichert. Alle zwei Tage würden die Depots von Strahlenmeßtrupps überprüft.

Daraufhin hat der Kreisverband Fulda des „Bund Umwelt und Naturschutz Deutschland" (BUND) in einem offenen Brief an den hessischen Innenminister, den Umweltminister und Ministerpräsident Börner, die rückhaltlose Aufklärung des Vorfalls gefordert.

Das Innenministerium lehnte am selben Tag eine Stellungnahme ab, ließ seltsamerweise jedoch durchblikken, daß es sich hierbei möglicherweise um einen Vorfall handelt, der schon mehr als zwei Jahre zurückliegt.

Am Tag darauf kam vom Innenministerium das Dementi: *„Die Meldungen über den angeblichen Unfall sind ein Gerücht ohne jeglichen Wahrheitsgehalt. Eingehende Nachforschungen und Rückfragen, in die auch das US-Hauptquartier eingeschaltet wurde, führten zu dem Ergebnis, daß sich weder in der Umgebung von Schlüchtern noch sonstwo in Hessen ein entsprechender Zwischenfall erreignet hat."*

Außerdem gebe es in dem genannten Gebiet überhaupt keine „Atomsprengköpfe in NATO-Depots".

Wer's glaubt, wird in diesem Fall bestimmt nicht selig.

Ein Genosse aus Fulda

Die Composerin R., ehemalige Fuldaerin, grüßt den hoffentlich noch unverseuchten Genossen in Fulda!!!!

Der Traum von der deutschen Bombe (Teil 2)

Im ersten Teil des Artikels (AK 187) waren die erneuten Ansätze westdeutscher Atomforschung nach dem Krieg beschrieben worden (1945 - 1955). Zu einem Zeitpunkt, als man in der ganzen Welt nukleare Forschungen noch ausschließlich unter militärischen Gesichtspunkten betrieb, wurden im Nachkriegsdeutschland entscheidende Weichen bereits gestellt. Der volle Durchbruch wurde dann im Jahr des Atomministers Strauß (Oktober 55 - Oktober 56) erreicht, nachdem die USA die „friedliche Nutzung der Atomspaltung" erfunden hatten. Industrie und Politiker der BRD konzentrierten sich auf die „nationale Pflicht", den „zehn-bis fünfzehnjährigen Rückstand der Bundesrepublik auf diesem Gebiet" (F.J.S.) aufzuholen.

Der zweite Teil des Artikels umfaßt den Zeitraum von 1956 bis zum Ende der sechziger Jahre und soll einen Überblick geben, w i e dieser Rückstand aufgeholt wurde. Um dabei dem ersehnten Ziel, der Verfügungsgewalt über Atomwaffen, näherzukommen, wurden verschiedene Wege beschritten. Einerseits richtete man die Nuklear-Forschung darauf aus, die t e c h n i s c h e n Voraussetzungen für die eigene A-Waffenproduktion zu schaffen, andererseits versuchte man alles, um auf p o l i t i s c h e m Wege die Verfügungsgewalt über die Atombombe – einen „Finger ans Druckknopfl" (Strauß) – zu bekommen, z.B. über die NATO und die europäische Integration (Europäische Atomstreitmacht). Die Auseinandersetzungen um den Atomwaffensperrvertrag, am Schluß des hier beschriebenen Zeitraumes, zeigen noch einmal in aller Deutlichkeit, w e l c h e Ambitionen von Anfang an hinter der westdeutschen Atompolitik standen.

Vorbereitungen für den atomaren Angriffskrieg

Schon sehr früh gaben die westdeutschen Militaristen Proben ihrer Atomwaffen-Geilheit zum Besten. Der erste »Verteidigungsminister« der BRD, Blank, sprach z.B. 1954 *»die Hoffnung aus«, »daß auch die deutschen Soldaten ... Gelegenheit haben werden, die amerikanischen Atomwaffen näher zu studieren und daran ausgebildet zu werden«* (1).

Diese »Hoffnung« hegte er nicht ohne Grund: Bereits auf der Dezember-Tagung der NATO im Jahre 1954 wurde beschlossen, daß auf dem Gebiet der BRD amerikanische Atomwaffen stationiert werden sollten.

Schon im Jahr 1956 verfügte die Bundeswehr über *»ein Raketenversuchsregiment, das die modernsten ferngelenkten Waffen zur Flug- und Panzerabwehr erprobt und die Mannschaften für die Waffen der Zukunft (!) ausgebildet''*(2). Im September 1956 — Strauß war zu diesem Zeitpunkt noch Atomminister — forderte seine Partei, die CSU, in ihren »Kirchheimer Beschlüssen« u.a.: *»2. Die Bundesregierung soll bei der Ausarbeitung dieses Verteidigungsprogramms auf die z.Z. im Gang befindliche wissenschaftliche und technische Umwälzung sowie auf die sich daraus ergebenden strategischen Konsequenzen Rücksicht nehmen und gleichzeitig von unseren Bundesgenossen verlangen, daß die Bundesrepublik bei allen Umrüstungsplänen und strategischen Umstellungen gehört wird, ferner, daß ihre Sicherheitsinteressen in ausreichendem Maße dabei beachtet werden«* (3).

1956 — Strauß war zu diesem Zeitpunkt noch Atomminister — forderte seine Partei, die CSU, in ihren »Kirchheimer Beschlüssen« u.a.: »2. Die Bundesregierung soll bei der Ausarbeitung dieses Verteidigungsprogramms auf die z.Z. im Gang befindliche wissenschaftliche und technische Umwälzung sowie auf die sich daraus ergebenden strategischen Konsequenzen Rücksicht nehmen und gleichzeitig von unseren Bundesgenossen verlangen, daß die Bundesrepublik bei allen Umrüstungsplänen und strategischen Umstellungen gehört wird, ferner, daß ihre Sicherheitsinteressen in ausreichendem Maße dabei beachtet werden« (3).

Was hier mit »technischer Umwälzung« u.ä. gemeint war, war jedem Kenner der Zusammenhänge klar. Im Juni 1955, im ersten NATO-Manöver nach Erlangung der Souveränität der BRD, war sehr eindrucksvoll demonstriert worden, was mit »modernsten Waffen« auszurichten ist: In dem Manöver war der Abwurf von 300 taktischen Atombomben auf Ziele zwischen Hamburg und München geprobt worden — die Zahl der wahrscheinlichen Toten wurde auf 1,7 Millionen, die der Verletzten auf 3,5 Millionen geschätzt, abgesehen von den Fall-out-Schäden (4). Das nahmen alle Befürworter einer möglichst raschen Atombewaffnung der BRD zum Anlaß, ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen. Das »Verteidigungsministerium« wies dementsprechend in seinem fünften Nachtragshaushalt für 1956 einen Etat für *militärische Zweckforschung auf dem Gebiet der Kernenergie«* aus (4).

Am 16.Oktober 1956 wechselte Strauß vom Atom- zum Verteidigungsministerium, zwei Tage später konnte die »FAZ« melden, Strauß fordere, daß *»den westdeutschen Streitkräften ... Atomwaffen aus der Produktion anderer Atlantikstaaten zur Verfügung gestellt werden«* (5). Weiter meinte Strauß zynisch: »Wir messen der Ausstattung unserer Streitkräfte mit Mehrzweckwaffen und der Lagerung nuklearer Sprengkörper für taktische Zwecke auf europäischem Boden ... große Bedeutung bei ... Wir sind trotz *der dichten Besiedlung der BRD ... bereit, die dabei sich ergebenden Risiken vor unserem eigenen Volk zu vertreten«* (5).

Im Laufe des Jahres 1958 erhielten die Bundeswehreinheiten erstmals Atomwaffenträger, z.B. verschiedene Raketen-Typen sowie entsprechende Abschußrampen. Welche Bedeutung die Ausbildung der Bundeswehr mit atomaren Trägerwaffen hatte, machte General Heusinger, damals Generalinspekteur der Bundeswehr, deutlich: *»Die USA legen einen Vorrat an Atomsprengköpfen an, über den sie allein verfügen. Die Atommunition wird den Bündnispartnern erst im Ernstfall zur Verfügung stehen. Das bedeutet aber, daß die NATO-Streitkräfte zu diesem Zeitpunkt über die entsprechenden Einsatzmittel und ausgebildeten Bedienungsmittel verfügen müssen«* (6).

Besonders seit dem Beschluß des Bundestages vom 25. März 1958 über die Ausrüstung der Bonner Armee mit modernsten Waffen war die westdeutsche Regierung bemüht, auf direktem und indirektem Wege Atomwaffen in die Hände zu bekommen. Deshalb offerierte sie in den folgenden Jahren selbst entsprechende Pläne oder unterstützte alle jene Vorschläge innerhalb der NATO, die ihr die Verfügung über Atomwaffen näherbringen sollten. Dabei traten besonders d i e Generäle in Erscheinung, die schon unter Hitler hohe Posten im Militär bekleidet hatten.

Im August 1960 forderte der Bundeswehr-Führungsstab in einer Denkschrift: *»Die Bundeswehr muß dieselbe wirkungsvolle Bewaffnung haben wie die verbündeten Schildstreitkräfte. Die Schildstreitkräfte der NATO müssen ein Ganzes sein«* (7). Und in einer geheimen Denkschrift wurde die Bonner Generalität noch deutlicher: *»Ohne den Besitz der Atomwaffe ist nicht daran zu denken, daß Deutschland in seinen geschichtlichen und nationalen Grenzen wiederhergestellt werden kann«* (8).

Daß es sich hier nicht nur um durchgeknallte Nazi-Generäle handel-

hatten.
Im August 1960 forderte der Bundeswehr-Führungsstab in einer Denkschrift: »Die Bundeswehr muß dieselbe wirkungsvolle Bewaffnung haben wie die verbündeten Schildstreitkräfte. Die Schildstreitkräfte der NATO müssen ein Ganzes sein« (7). Und in einer geheimen Denkschrift wurde die Bonner Generalität noch deutlicher: »Ohne den Besitz der Atomwaffe ist nicht daran zu denken, daß Deutschland in seinen geschichtlichen und nationalen Grenzen wiederhergestellt werden kann« (8).
Daß es sich hier nicht nur um durchgeknallte Nazi-Generäle handel-
te, sondern daß diese Positionen von sämtlichen Militaristen in der BRD getragen wurden, zeigt folgendes Zitat aus einem Werk »unseres« heutigen Bundeskanzlers Schmidt: *»Die Strategie des Überraschungsangriffs«* erfordere zwar *»kein hartes Waffensystem, ... notwendig (seien) jedoch die Fähigkeiten zum Durchstoßen einer intakten gegnerischen Luftverteidigung und vor allem zur ausreichenden Zerstörung des gegnerischen Verteidigungspotentials. Die Angriffsstrategie (müsse) sich vornehmlich gegen die nukleare Streitmacht des Gegners und zur Ergänzung gegen Industrie- und Bevölkerungsmassierungen richten«* (9).

Daß für eine solche Strategie Atomwaffen unabdingbar sind, liegt auf der Hand.

Das Flugzeug für den atomaren Überfall: der Starfighter

Was fehlte, war eine den aggressiven Plänen entsprechende Trägerwaffe. *»Die Bundeswehr muß eine Waffe haben, um bis zum Ural wirken zu können. Andernfalls sind wir nur Satelliten«* (General Kammhuber 1955 (10). 1957 testeten Strauß-Abgesandte in Kalifornien den »Starfighter F-104«, und zwar in erster Linie nach den Kriterien Steigfähigkeit, Beschleunigungsvermögen und Reichweite (11). In diesen Punkten schlug der »F-104« alle Konkurrenten aus dem Feld, allerdings hatte er einen Fehler: Er war für eine ganz andere Aufgabe konstruiert worden, als den BRD-Militaristen vorschwebte.

»Den Schwerpunkt der deutschen Luftrüstung sollten fortan a n g r e i f e n d e Jagdbomber und nicht mehr abwehrende Jäger bilden« (11). Stattdessen war der amerikanische »F-104« aber *»gerüstet als Sonnenschein-Abflugjäger -ohne Radareinrichtung für die Nachtjagd und ohne elektronische Navigationshilfen für den Schlechtwetterflug über Feindesland«* (11). Folglich sollten die Maschinen auf deutschem Boden ersteinmal für ihre eigentliche Bestimmung umgebaut werden. Die deutsche Starfighter-Version »F-104 G« erhielt zusätzlich:
— den Autopiloten, der die Maschine ohne Zutun des Piloten auf Kurs hält;
— ein Vielzweck-Radar-System;
— das weitreichende Infrarot-Visier;
— den Bombenrechner »Dual-Timer«, der nur für den Atombomben-Abwurf geeignet, für konventionelle Bomben jedoch zu ungenau war;
— Vorrichtungen zum Einhängen von schweren Bomben, die später dort angehängten Atombomben hatten immerhin ein Gewicht von 910 kg (und eine 50fache Vernichtungskraft der Hiroshima-Bombe).

Jagdbomber wie der Starfighter gelten als reine Angriffswaffen, weil sie auf kilometerlange Pisten angewiesen sind, diese Betonpisten jedoch wegen ihres strategischen Wertes erstes Ziel bei einem Krieg sind. *»Die Kampfaufträge für die NATO-Luftwaffen beruhen deshalb auf dem sofortigen Gegenzug nach Angriffsbeginn. Sie zielen auf Raketenbasen, auf Flugplätze und vor allem auf die empfindlichsten Stellen ... die langen Nachschublinien. Das Schlachtfeld Europa soll an der Weichsel abgeriegelt werden«* (10).

Die BRD fordert atomare „Mitbestimmung"

Wenn auch die BRD immer wieder versuchte, über die NATO der Verfügungsgewalt über Atomwaffen näherzukommen, wenn BRD-Politiker auch ständig zum Ausdruck brachten, wie sehr ihnen daran gelegen war (*»Nationen ohne Kernwaffen würden künftig kaum in der Lage sein, auch nur die Rolle einer Großmacht ins Auge zu fassen«*, so NATO-Botschafter W. Grewe (12)), so scheiterten ihre Pläne doch häufig an den Befürchtungen ihrer Bündnispartner Frankreich, England und USA. Dennoch gelang der BRD eine erhebliche Stärkung ihrer Position in der NATO. So wurde sie bei Gründung der »nuklearen Planungsgruppe« (1965/66) und des »internationalen Militärstabes« (1967) Mitglied dieser hohen NATO-Gremien. Seit Mitte der sechziger Jahre konnte die Bundeswehr das Oberkommando Europa-Mitte und Europa-Nord sowie das Kommando Ostseezugänge mit eigenen Offizieren besetzen.

fassen«, so NATO-Botschafter W. Grewe (12)), so scheiterten ihre Pläne doch häufig an den Befürchtungen ihrer Bündnispartner Frankreich, England und USA. Dennoch gelang der BRD eine erhebliche Stärkung ihrer Position in der NATO. So wurde sie bei Gründung der »nuklearen Planungsgruppe« (1965/66) und des »internationalen Militärstabes« (1967) Mitglied dieser hohen NATO-Gremien. Seit Mitte der sechziger Jahre konnte die Bundeswehr das Oberkommando Europa-Mitte und Europa-Nord sowie das Kommando Ostseezugänge mit eigenen Offizieren besetzen.

1966 stellte ein US-Regierungsbeamter fest: Die Bundeswehr könne als *»drittstärkste Atommacht der Welt«* gelten, *»die Deutschen hätten durch ihre Divisionen und die F-104-Geschwader so viele Mehrzweckwaffen, daß ihre potentielle atomare Kraft hinter der der Sowjetunion einzustufen sei. Die ‚Schlüssel' für die taktischen Atomwaffen hielten zwar die Amerikaner. Doch sei es selbstverständlich, daß mit der politischen Entscheidung den atomaren Krieg zu führen, diese ‚Schlüsselgewalt' aufgehoben werde«* (3).

Der technische Weg zum atomaren Ziel: Die Kernforschungszentren in der BRD

Obwohl auch in der Atomforschung von Anfang an die internationale Zusammenarbeit gesucht wurde, leistete sich die BRD jeweils parallele nationale Projekte (Kernforschungszentren), die meist unter strenger Geheimhaltung standen. *»Dabei muß registriert werden, daß die westdeutschen Geheimhaltungsvorschriften für diese Waffenschmieden von Monat zu Monat derart verschärft worden sind, so daß heute schon nicht einmal mehr Fachwissenschaftler und Militärs der westdeutschen NATO-Partner an die in Frage kommenden Pläne, Anlagen bzw. Abteilungen und Forschungsergebnisse herangelassen werden* (13).

Bei der Schwerpunktsetzung der einzelnen Kernforschungszentren stand im Vordergrund, sämtliche Kettenglieder des Brennstoffkreislaufs in Griff zu bekommen. Ein Prototyp dafür ist das Kernforschungszentrum in Karlsruhe.

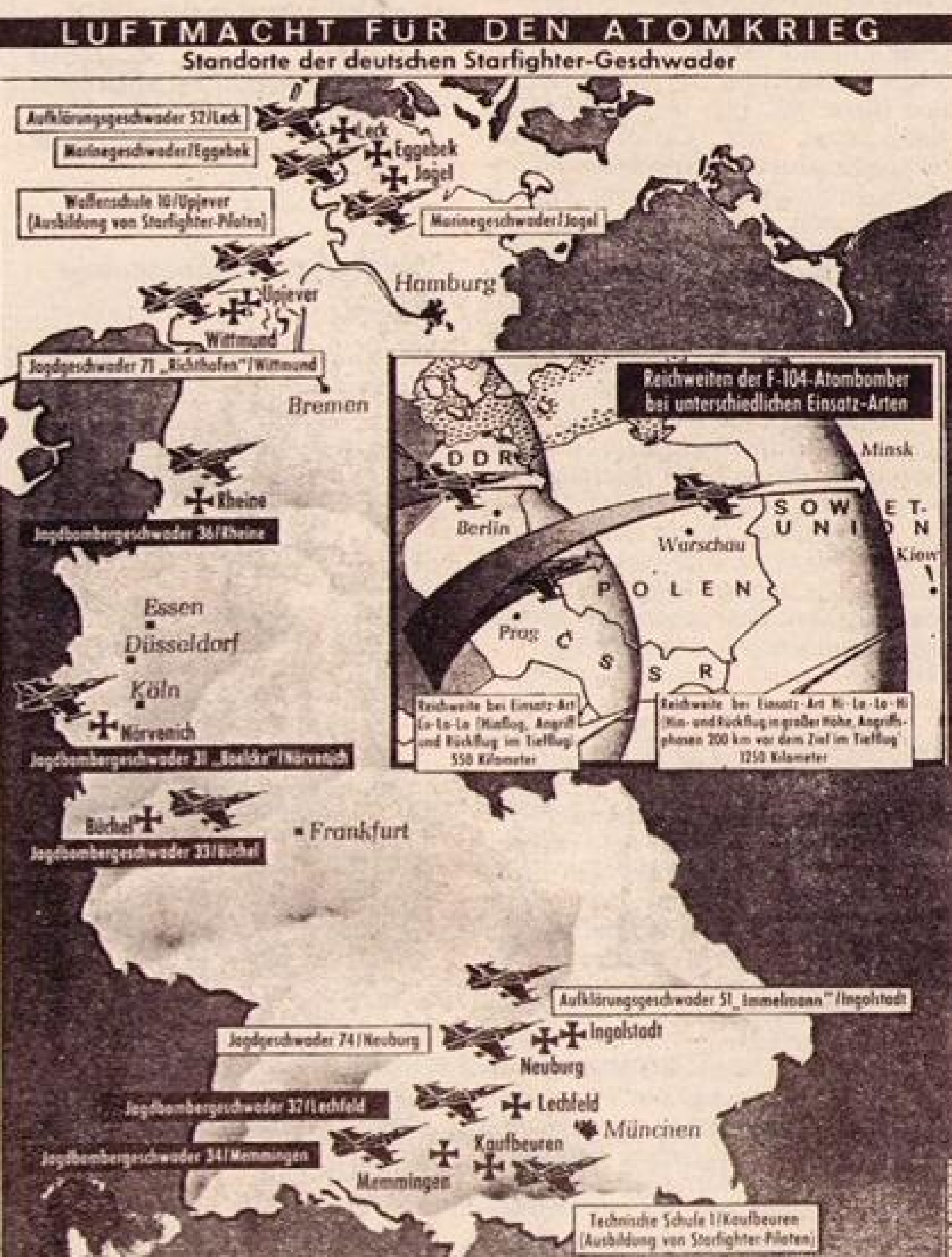
Das Kernforschungszentrum Karlsruhe

1956 gegründet, ursprünglich nur angelegt, um wissenschaftliche Erkenntnisse beim Bau und Betrieb einer Reaktorstation zu gewinnen sowie die praktische Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu fördern, expandierte bald. Im Juni 1959 gründete man in Karlsruhe zusätzlich die »Gesellschaft für Kernforschung«, 1963 fusionierten beide Gesellschaften und unterstanden ab da ausschließlich s t a a t l i c h e r Leitung. Das machte eine Geheimhaltung erst möglich, im Gegensatz zu Instituten, an denen

Fortsetzung nächste Seite

1956 gegründet, ursprünglich nur angelegt, um wissenschaftliche Erkenntnisse beim Bau und Betrieb einer Reaktorstation zu gewinnen sowie die praktische Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu fördern, expandierte bald. Im Juni 1959 gründete man in Karlsruhe zusätzlich die »Gesellschaft für Kernforschung«, 1963 fusionierten beide Gesellschaften und unterstanden ab da ausschließlich s t a a t l i c h e r Leitung. Das machte eine Geheimhaltung erst möglich, im Gegensatz zu Instituten, an denen

Fortsetzung nächste Seite



aus Stern

Der Traum von der deutschen Bombe (Teil 2)



Fortsetzung von vorheriger Seite

mehrheitlich Hochschulen und Industrie beteiligt waren.

Als erstes erhielt Karlsruhe den bereits seit 1955 von Heisenberg u.a. in Göttingen projektierten »FR 2« (Forschungsreaktor 2), einen Natur-Uran-Reaktor, d.h. man konnte ihn unabhängig von US-Lieferungen von angereichertem Uran betreiben. Das war für die Unabhängigkeit und Unkontrollierbarkeit dieser Forschungen eine wichtige Voraussetzung. Darüberhinaus sind Natur-Uran-Reaktoren besonders für die Plutonium-Produktion geeignet.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß Heisenberg ursprünglich als Leiter des Forschungszentrums vorgesehen war, dann aber 1957 zusammen mit anderen Atomwissenschaftlern in der »Göttinger Erklärung« seine Weigerung bekundete, an militärischen Nuklearprojekten mitzuarbeiten. Das *»führte zu einer Trennung der Göttinger Atomforschung: die zunächst 55 Mann starke ‚Arbeitsgruppe Reaktorbau' zog nach Karlsruhe, während Heisenberg und die Max-Planck-Gesellschaft nach München übersiedelten. Heisenberg schrieb später in seinen Erinnerungen: ‚Es beunruhigte mich, daß für die Menschen, die hier* [*in Karlsruhe*] *die wichtigsten Entscheidungen zu treffen hatten, die Grenze zwischen friedlicher Atomtechnik und atomarer Waffentechnik ebenso fließend waren, wie die zwischen Atomtechnik und atomarer Grundlagenforschung'«* (4).

Die »FR 2« wurde 1961 erstmals kritisch und konnte bereits 3 kg Plutonium pro Jahr produzieren. Im gleichen Jahr würde der Vertrag über den sogenannten »Mehrzweckforschungsreaktor« (MZFR) abgeschlossen; vier Jahre später konnte er im Karlsruher Forschungszentrum in Betrieb genommen werden. Auch der MZFR war ein Natur-Uran-Reaktor, hatte aber gegenüber dem FR 2 noch einen entscheidenden Vorteil: Er besaß eine ferngesteuerte Lademaschine, mit deren Hilfe ein Brennelementewechsel w ä h r e n d des Betriebs möglich wurde. Damit konnte man eine unauffällige Verkürzung der Abbrandzeiten erreichen, was für die Produktion militärisch verwendbaren Plutoniums sehr günstig ist. Während aber bisher kurze Abbrandzeiten nur durch ein frühzeitiges — und leicht zu registrierendes — Abschalten des Reaktors zu erreichen waren, war das Wechseln der Brennelemente nur beim laufenden Reaktor möglich.

rendes — Abschalten des Reaktors zu erreichen waren, war das Wechseln der Brennelemente nur beim laufenden Reaktor möglich.

Sowohl beim FR 2 als auch beim MZFR war also die Plutonium-Produktion ein wesentliches Merkmal. Aufschlußreich sind in dem Zusammenhang Äußerungen von Karl Winnacker, im Nazi-Deutschland Chef des Kriegsverbrecher-Konzerns IG Farben, nach '45 einer der »Köpfe« westdeutscher Atomforschung, u.a. stellvertretender Vorsitzender der Atomkommission (siehe AK 187) und Mitglied im Aufsichtsrat des Karlsruher Forschungszentrums: *»Unumwunden erklärte Winnacker im Herbst 1956 in der von ihm geleiteten Fachkommission III* [*technisch-wirtschaftliche Fragen bei Reaktoren*] *der Atomkommission, man müsse sich bei der Aufstellung eines Reaktorprogramms dessen bewußt sein, daß es ‚hier in der Bundesrepublik um die Erreichung einer weitgehenden Autarkie' gehe; der ehemalige IG-Farben-Direktor scheute sich nicht, diesen recht belasteten Begriff zu gebrauchen. Er folgerte daraus die Priorität der Natururan-Projekte und der Plutonium-Gewinnung. Diese Auffassung wurde von Wirtz, dem Vorsitzenden des besonders aktiven Atomkommissions-Arbeitskreises ‚Kernreaktoren' vollauf geteilt..."* (14).

Weiter heißt es in dieser Quelle: *»Der Physiker und SPD-Abgeordnete Prof. Bechert, 1962 - 1965 Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Atomkernenergie, sah in der Fixierung auf die Plutonium-Produktion einen Beweis dafür, daß hinter dem ‚Reaktor-Rummel' ‚vorwiegend militärische Interessen gestanden' hätten. In dem Bundestagsausschuß scheint diese Bemerkung (1960) keinen Widerspruch gefunden zu haben.* (...) *Man darf nicht erwarten, daß solche Absichten bei der Verkündung der Plutonium-Priorität ausgesprochen wurden, aber man kann davon ausgehen, daß jedem Beteiligten gegenwärtig war, daß Plutonium zu jener Zeit nur zur Waffenproduktion zu gebrauchen war«* (14).

Um aber das bombenreine Plutonium letztendlich aus dem »Reaktorplutonium«, den abgebrannten Brennstäben, isolieren zu können, war eine — zumindest kleine — Wiederaufarbeitungsanlage nötig. Und schon 1964, also ein Jahr vor Inbetriebnahme des MZFR, wurde die »Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen mbH« gegründet, Anfang 1967 konnte mit dem Bau der WAA in Karlsruhe begonnen werden. Da die Anlage viel zu klein war, um wirtschaftlich arbeiten zu können (40t/a), hieß die offizielle Begründung für den Bau, die Anlage solle erste Erfahrungen in Planung, Bau und Betrieb für die Wiederaufarbeitung in Westdeutschland liefern.

Das war aber eine glatte Lüge. Denn seit 1957 bereits hatte sich die BRD an der »Eurochemic« beteiligt, einem europäischen Gemeinschaftsprojekt, das mit dem erklärten Ziel gegründet worden war, die wissenschaftlich-technischen Grundlagen für die Wiederaufarbeitung zu liefern. *»Den beteiligten Nationen sollen durch den Bau und den Betrieb einer Kleinanlage die Unterlagen gegeben werden, die zur Errichtung einer Großanlage notwendig sind«* (15).

Die »Eurochemic«, an der die BRD zu rund einem Siebtel finanziell beteiligt war, baute von 1960 - 1966 eine Wiederaufarbeitungsanlage in Mol (Belgien), im Juli 1966 wurde sie in Betrieb genommen. D.h. schon ein halbes Jahr später begann man in Karlsruhe mit dem Bau einer e i g e n e n »Kleinanlage«. Die englische Fachzeitschrift »Nuclear Engineering« schrieb im März 1965 über die Anlage in Karlsruhe: *»Sie erhält offensichtlich die Unterstützung einflußreicher Kreise in Deutschland, vermutlich aus nationalistischen Gründen«* (16).

Die WAA in Karlsruhe war in ihrer Kapazität abgestimmt auf die anfallende Brennelementemenge des MZFR. Die »Eurochemic« hatte sich zwar angeboten, die Wiederaufarbeitung der Brennelemente des MZFR zu übernehmen, aber das half alles nichts: die WAA in Karlsruhe wurde gebaut. Ministerialdirektor Dr. Pretsch, Leiter der Abteilung Kernforschung im Bundeswissenschaftsministerium, schrieb Anfang 1965: *»Die Wiederaufarbeitung bestrahlter Kernbrennstoffe muß nun endlich auch in der Bundesrepublik in einer kleinen* (!) *Anlage ermöglicht werden, da es einfach unerträglich* (!) *ist, sich hier ausschließlich auf ausländische oder internationale Anlagen im Ausland zu verlassen«* (17).

Das nächste Glied in der »Karlsruher Atomkette« war ein »Schneller Brüter«. Das sind natriumgekühlte (und deshalb extrem explosionsgefährdete) Reaktoren, mit denen die Plutoniumproduktion enorm gesteigert wer-

her Atomkette« war ein »Schneller Brüter«. Das sind natriumgekühlte (und deshalb extrem explosionsgefährdete) Reaktoren, mit denen die Plutoniumproduktion enorm gesteigert wer-

den kann. Gleichzeitig kann aber auch Plutonium als Brennstoff eingesetzt werden.

Welchen Ausbau das Karlsruher Institut gerade im beschriebenen Zeitraum erfuhr, wird allein an der Größe des Mitarbeiterstabes deutlich:

1958:	252 Mitarbeiter
1960:	über 1.000 Mitarbeiter
1965:	2.921 Mitarbeiter
1977:	3.241 Mitarbeiter

Die Kernforschungsanlage Jülich

Der zweite, äußerst wichtige Komplex bundesdeutscher Atomforschung war die »Kernforschungsanlage Jülich« (KFA). Ähnlich wie Karlsruhe geriet die KFA mit zunehmendem Ausbau unter ausschließlich staatliche Kontrolle und bald unterlagen bestimmte Forschungs-Komplexe strenger Geheimhaltung.

Im Vordergrund der Jülicher Forschungs- und Entwicklungsarbeiten standen zwei Gebiete, die das Karlsruher Projekt hervorragend ergänzten:

— die Isotopentrennung des Urans, u.a. Uran-Anreicherungsverfahren
— der Thorium-Uran-Zyklus.

Im natürlichen Uran ist das spaltbare, für Reaktoren und Bomben interessante Uran 235 nur etwa zu 0,7 % enthalten. Für die heute gängigen Leichtwasserreaktoren ist eine Erhöhung dieses spaltbaren Anteils auf ca. 3 - 7 % nötig, bei einer Anreicherung von über 90 % ist das Uran als Kernsprengstoff für Atombomben geeignet.

Für diese Anreicherung sind verschiedene Verfahren (Isotopen-Trennanlagen) entwickelt worden. Die USA und andere westliche Atommächte konzentrierten sich auf das »Gasdiffusionsverfahren«, eine Methode, die nur in sehr großen Anlagen wirtschaftlich arbeitet. Dieses Verfahren hatte aber noch einen weiteren Nachteil, besonders in den Augen westdeutscher Atombombenfreunde: Eine Gasdiffusionsanlage für die H o c h anreicherung (Bomben-Uran) ist wegen ihrer Größe deutlich von einer zu unterscheiden, die nur zur Herstellung von Reaktorbrennstoff geeignet ist. Eine unkontrollierte Höchstanreicherung wäre so kaum möglich gewesen.

Deshalb setzte man in Jülich auf das »Gaszentrifugen-Verfahren«. Durch das Hintereinanderschalten mehrerer Zentrifugen (Kaskaden) bietet dieses Verfahren nämlich eine einfache Möglichkeit, die Höchstanreicherung verschleiert zu betreiben.

Hauptsächlich aus diesem Grund entzog die amerikanische Atomenergie-Kommission vier privaten US-Firmen die Genehmigung zur Arbeit an Gaszentrifugen, *»da das Gaszentrifugenverfahren zur Trennung des Uraniums 235 vom natürlichen Uran mehr als das gegenwärtig in den Vereinigten Staaten und England gebräuchliche Gasdiffusionsverfahren internationale Kontrollen erschwert«* (18).

Und genau darin lag das besondere Interesse der BRD am Zentrifugen-Verfahren begründet. Ab 1964 wurde dann die gesamte bundesdeutsche Forschung am Zentrifugalverfahren endgültig auf dem Gelände der KFA Jülich konzentriert. Offiziell begründete man diese Maßnahme mit »Geheimhaltungsvorschriften« (16), was darauf hindeutet, d a ß etwas geheimzuhalten war.

1966 wurde in Jülich eine weitere Anlage in Betrieb genommen: der elektromagnetische Massentrenner, der ebenfalls zur Isotopentrennung eingesetzt werden kann. Mit ihm ist die Abtrennung bombenreinen Plutoniums und hochangereicherten Urans aus dem »unreinen« Reaktorabfall möglich. So wurde mit diesem Verfahren z.B. in den USA das Uran 235 für die Hiroshima-Bombe gewonnen.

Von 1960 - 1966 wurde auf dem Gelände der KFA außerdem ein Versuchs-AKW errichtet, mit dem aus Thorium (nicht radioaktiv) spaltbares und militärisch verwendbares Uran 233 »erbrütet« werden kann. Allerdings unterlag diese Forschung einer gewissen Kontrolle seitens der USA, da die Brennelemente dieses Reaktors hochangereichertes Uran enthalten, was nur von den USA geliefert wurde.

Internationale Zusammenarbeit im Zeichen der Atomwaffen-Forschung

Auch bei der Urananreicherung ging die BRD zusätzlich den Weg der europäischen Kooperation. Ab 1970 lief

Atomwaffen-Forschung

Auch bei der Urananreicherung ging die BRD zusätzlich den Weg der europäischen Kooperation. Ab 1970 lief

z.B. eine enge Zusammenarbeit zwischen Großbritannien, Niederlande und der BRD mit dem Ziel, die Arbeiten an verschiedenen Anreicherungsprojekten zu koordinieren. 1974 wurde beschlossen, zwei größere Anlagen in Almelo und Capenhurst zu bauen, unter erheblicher finanzieller Beteiligung der BRD.

Interessante Details am Rande: Der Chef der Ultracentrifuge Nederland in Almelo, J. Kistenmaker, hatte bereits in den vierziger Jahren im von den Nazis besetzten Holland mit den deutschen Faschisten kollaboriert. Er hatte sich im Auftrag einer Tarnfirma der Nazis (Cellastic in Leiden) an Forschungen über die Kernspaltung beteiligt. Nach 1945 arbeitete er u.a. mit Dr. Boettcher zusammen, der im Krieg SS-Hauptsturmführer in Leiden gewesen war und nach 1945 in den Niederlanden wegen Kriegsverbrechen zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde. In der BRD kam Dr. Boettcher allerdings wieder zu den verdienten Ehren: ihm wurde die Leitung der KFA Jülich übertragen (19). Alles Zufälle? Ein weiteres, besonders düsteres Kapitel internationaler »Kooperation« hatte sich zwischen der BRD und der Republik Südafrika (RSA) entwickelt. Über den deutschen Atomphysiker Verleger (seit 1955 an der Universität Pretoria, vor und während des Zweiten Weltkrieges an der physikalisch-technischen Reichsanstalt, politischer Leiter in der NSDAP, SA) lief die Verbindung mit der südafrikanischen Atomic Energy Board zur BRD. Die Verbindungen laufen zum einen über den Konzern Degussa und zum anderen über das Karlsruher Forschungszentrum. Die Degussa verhandelte mit Südafrika über langfristige Lieferungen von Natururan, die im Laufe der Jahre die RSA zum wichtigsten Natururan-Lieferanten für die BRD machten. Von Karlsruhe aus wurden die Arbeiten an einer Urananreicherungsanlage in Pelindaba nach dem sogenannten »Trenndüsen-Verfahren« geleitet, in Karlsruhe arbeitete man seit 1959 an einer kleinen Versuchsanlage (19).

Wenn also heute Südafrika über Atomwaffen verfügt, was als sicher gelten kann, dann ist das ein direktes Ergebnis westdeutscher Unterstützung. Daß eine solche Unterstützung nicht selbstlos gewährt wird, kann man sich denken. Die BRD hatte sich in den Pariser Verträgen auch nur verpflichtet, auf i h r e m Gebiet keine Atomwaffen herzustellen.

Eine ähnliche »Unterstützung« wie Südafrika erhielt Israel von der BRD. Im März 1960 wurde zwischen Adenauer und Ben Gurion ein Vertrag abgeschlossen, der neben Waffenlieferungen auch die verstärkte Beteiligung der BRD an *»Israels atomarer und bakteriologischer Forschung«* vorsah (13). Mit Unterstützung der Karlsruher Forschungsgesellschaft wurden in den sechziger Jahren in Israel das Chaim-Weizmann-Institut aufgebaut, finanziert u.a. von der Fritz-Thyssen-Stiftung und der Stiftung Volkswagenwerk. Nach einer Meldung der »Times« vom 30.10.74 ist die israelische Atombombe mithilfe israelischer Physiker im Karlsruher Forschungszentrum hergestellt worden.

Fazit:
Betrachtet man die bundesdeutsche Atomforschung der fünfziger und sechziger Jahre, so wird die innige Verzahnung einerseits der »kommerziellen« und andererseits der »militärisch relevanten« Nuklearforschung deutlich. Ende 1966 hatte die BRD jedenfalls einen vollständigen kerntechnischen Produktionszyklus aufgebaut, der jederzeit die Fertigung von Kernwaffen ermöglichte. Dementsprechend drohte Schröder (CDU) zu dieser Zeit damit, daß die BRD *»eigene Atomwaffen erwerben werde«*, wenn keine vernünftige NATO-Lösung zustande komme.

»Die Bundesrepublik könnte nach Mitteilung des 'Instituts für strategische Studien' in London pro Jahr 186 kleine Atombomben des Nagasaki-Typs herstellen, wenn sie alle Leistungs- und Forschungsreaktoren, die gegenwärtig für friedliche Zwecke arbeiten, auf die Produktion von Plutonium umstellen würde« (20).

Der Krach um den Atomwaffen-Sperrvertrag

Der Krach um den Atomwaffen-Sperrvertrag

Die Gespräche zwischen USA und UdSSR über einen »Nichtverbreitungs-Vertrag« Mitte der sechziger Jahre platzten buchstäblich wie eine Bombe in die bundesdeutsche Szenerie. In heller Aufregung gaben sich Politiker aller Parteien, Kapitalisten und die bürgerlichen Medien.

Konrad Adenauer: *»Ich hoffe, daß die Bundesrepublik ihr Todesurteil nicht unterschreibt«* (21), war eine von vielen panikartigen Reaktionen bundesdeutscher Prominenz. Hier noch einige Beispiele, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen: Berg, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie: *»...wenn dieser Vertrag unverändert akzeptiert würde, dann könne man sich ausrechnen, wann die Bundesrepublik auf das Niveau eines Agrarstaates zurückgeworfen würde«* (22). F.J. Strauß: *»Im übrigen dürfen wir nichts tun, was den Weg zu einer späteren atomaren Verfügungsgewalt Europas als einer politischen Einheit versperren könnte«* (23). Willy Brandt: *»Auf den Zugang zu den friedlichen Waffen des Atoms, die dem Kampf um den Fortschritt dienen, könne ein moderner Industrie-Staat nicht verzichten, wenn er sich nicht selbst das Grab schaufeln wolle«* (24).

Man überbot sich damals gegenseitig in der Panikmache, von »Diskriminierung der Habenichtse« war die Rede u.a. Daß es sich dabei nicht ausschließlich um eine Kampagne der CDU/CSU-Kreise gehandelt hat, von der sich die SPD als »Entspannungskraft« besonders abhob, zeigen viele Äußerungen gerade von Politikern wie Willy Brandt oder Helmut Schmidt. Die massivste Propaganda gegen den Vertrag lief auch gerade in der Zeit der Großen Koalition, in der die SPD immerhin den Außenminister stellte.

Worum ging es eigentlich bei dem Geschrei? Der Atomwaffen-Sperrvertrag enthielt nichts, was in irgendeiner Weise die sogenannte »freie Forschung« eingeschränkt hätte, im Gegenteil, er verpflichtete sogar die Unterzeichnerstaaten zur Zusammenarbeit auf dem Sektor der »friedlichen Nutzung«. Der entscheidende Streitpunkt war ein ganz anderer: Er lag in Artikel III des ursprünglichen Vertragstextes; dieser Artikel beschrieb die Kontrollinstanzen und -wege. Hierin wurden alle Unterzeichner-Staaten verpflichtet, die Kontrollen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) zu akzeptieren. Und genau dazu war die BRD nicht bereit. Stattdessen wollte sie sich ausschließlich einer Kontrolle der Europäischen Atombehörde (Euratom) unterstellen. Eine bürgerliche Quelle beschreibt den Hintergrund so: *„Das wird besonders klar, wenn man sich die Natur des Sicherheitssystems von Euratom vor Augen hält: Es ist ein Überwachungssystem für Kernmaterial, das den nationalen Überwachungssystemen ähnlich ist, wie sie in den Vereinigten Staaten, in Großbritannien und vermutlich auch in der Sowjetunion bestehen. Ein solches Überwachungssystem ... muß solches Material auch als ein wertvolles Wirtschaftsgut betrachten, über dessen Verbleib, ähnlich wie beim Gold und anderen wertvollen Materialien, Gramm für Gramm Buch geführt werden muß... Demgegenüber ist das Sicherheitssystem der IAEA in erster Linie darauf gerichtet zu gewährleisten, daß kein Material zu militärischen Zwecken mißbraucht wird«* (25).

In den Euratom-Verträgen ist festgelegt, daß d i e Atomanlagen überprüft werden können, die s e l b s t schriftliche Berichte über ihre Tätigkeit geben. Erklärt aber die betreffende Regierung, es handele sich um eine militärische Anlage, enden die Kontroll-Kompetenzen von Euratom. Es leuchtet ein, daß diese Art von »Kontrolle« die BRD-Imperialisten nicht gekratzt hätte.

Während also in der bundesdeutschen Öffentlichkeit ein panikartiges Geschrei angestimmt wurde (s.o.), reisten Unterhändler der BRD in der ganzen Welt herum, konferierten hier und dort, koalierten mit anderen »nuklearen Habenichtsen« (besonders Indien, Israel, Brasilien usw.) und setzten schließlich gegen den entschiedenen Widerstand der Sowjetunion die entsprechenden Änderungen im Artikel III durch. So konnte man später rückblikkend sagen: *»Die zahlreichen Forderungen, die damals von der Bundesregierung und politischen Kräften im Bundestag erhoben worden sind, kön-*

durch. So konnte man später rückblik-
kend sagen: »Die zahlreichen Forderungen, die damals von der Bundesregierung und politischen Kräften im Bundestag erhoben worden sind, kön-

nen heute im wesentlichen als erledigt angesehen werden. Die meisten sind, teilweise sogar über die ursprünglichen Erwartungen hinaus, erfüllt worden« (26).

Als dann der Atomwaffen-Sperrvertrag schließlich von der SPD/FDP-Regierung unterzeichnet wurde, handelte es sich also nicht um einen besonders friedlichen Akt unserer Entspannungsfreunde, sondern um den konsequenten Schlußpunkt eines diplomatischen Kampfes, den die SPD Arm in Arm mit der CDU/CSU bestritten und gewonnen hatte.

KB/Gruppe Nürnberg

Anmerkungen

1. z.n. „Autonomie" 4/5, 1980
2. „FAZ", 26.1.56, z.n. Almelo-Broschüre des KB
3. z.n. „Autonomie"
4. z.n. „Autonomie"
5. „FAZ", 18.10.56, z.n. Almelo-Br.
6. Heusinger, Reden 1956 - 61, z.n. Almelo-Broschüre
7. Bulletin der Bundesregierung, 20.8.60, z.n. Graubuch, DDR 1967
8. „Deutsche Woche", 1.1.62, z.n. Graubuch
9. H. Schmidt, Verteidigung oder Vergeltung, 1961, z.n. „Autonomie"
10. „Spiegel" Nr. 41, 1962, z.n. Almelo-Broschüre
11. nach „Spiegel" Nr. 5, 1966
12. „FAZ", 26.1.67, z.n. Almelo-Br.
13. Graubuch
14. J. Radkau, Nationalpolitische Dimension der Schwerwasser-Reaktorlinie ..., Technikgeschichte 45, 1978, z.n. Autonomie
15. „Atomwirtschaft" Nr. 3, 1960, z.n. Das Bonner Kernwaffenkartell, DDR 1969
16. z.n. D.B.K.
17. „Atomwirtschaft" Nr. 1 1965, z.n. D.B.K.
18. „Die Welt", 25 3.67, z.n. D.B.K.
19. nach Almelo-Br.
20. „FR", 19.11.65, z.n. Almelo-Br.
21. „Welt am Sonntag", 19.2.67, nach Graubuch
22. AP, 11.2.67, nach Graubuch
23. Strauß, Entwurf für Europa
24. UPI, 9.2.67, nach Graubuch
25. Europa-Archiv, Folge 22, 1967, S. 832
26. Europa-Archiv, Folge 21, 1973, S. 729

Die »World Anti-Communist League« Ein Teil der schwarzen Internationale

Nach den Nazi-Anschlägen quer durch Westeuropa ist, bis hinauf in die Verfassungsschutz-Etagen, neuerdings auch von internationalen Verbindungen der Nazis die Rede. Was da an „Erkenntnissen" ausgekramt wird, ist allerdings kümmerlich genug – von den HERREN des TERRORS, den Geldgebern, Duldern und Förderern, den politischen Sympathisanten in Konferenzsälen und Regierungsstuben, wird dabei nicht gesprochen.

Da gibt es zum Beispiel die „World Anti-Communist League" – Antikommunistische-Welt Liga, WACL. Obwohl sie seit nunmehr gut über zehn Jahren besteht, ihr Anfang reicht sogar bis 1954 zurück, ist die WACL nur wenigen Eingeweihten bekannt. Dem soll hier ein bißchen abgeholfen werden.

Eine Welt-Organisation wird aufgebaut

1954. Der Korea-Krieg ist beendet, vom „Kalten Krieg" abgelöst. Die Reste der im chinesischen Bürgerkrieg geschlagenen Kuomintang haben sich auf die Insel Taiwan zurückgezogen. Im Juni 1954 wird die „Asien Peoples' Anti-Communist League" (APACL) gegründet; ihr Sitz ist bis heute Taipeh, die Hauptstadt Taiwans („Republik China"). Das Regime auf Taiwan findet – außer im großen Bruder USA – im antikommunistischen Regime Südkoreas seinen engsten Partner; weitere Freunde sind die Diktatoren auf den Phillippinen und in Südvietnam. In Südkorea gibt es außerdem ein „**Committee for a Free Asia**", später umbenannt in „**Korean Cultural Foundation**", das einen Radiosender „Free Asia" betreibt („ID", 26.11.75) Vorsitzender der „Korean Cultural

„Free Asia" betreibt („ID", 26.11.75) Vorsitzender der „Korean Cultural

Foundation" wird später der General Bo Hi Pak, zunächst noch Militärattache in Washington, dann Chef des südkoreanischen Geheimdienstes KCIA („ID", s.o.).. Pak wird außerdem zweiter Mann der „**Vereinigungskirche**" (in Südkorea 1954 gegründet, erstes Auftreten in der BRD 1969). Deren Gründer ist **San Myung Moon** (oder: Mun), der im Laufe der Jahre auch als Chef einer „**International Cultural Foundation**", die über viel Geld verfügt, auftritt.

Im Oktober 1957 trifft sich der südkoreanisch-taiwanesische Freundeskreis auf Taiwan und beschließt ein „**Taipeh-Statement**", das ein Jahr darauf – man sieht sich in Mexiko wieder – Grundlage eines neuen Zusammenschlusses wird: „**World Anti-Communist Congress for Freedom and Liberation**" **(WACCFL)** – (Chairoff, Dossier Neo-Nazisme, 1977).

In Japan wird **Sasagawi Ryochi** (Vorsitzender der dortigen Sektion der Moon-Kirche, ehemals zur faschistischen Prominenz gehörend und 1945 als Kriegsverbrecher verurteilt) 1963 Vorsitzender einer „**Internationalen Förderation für die Ausmerzung des Kommunismus**"; drei Jahre später übernimmt er das Präsidentenamt bei der APACL („ID", s.o.).

Am 25. September 1967 gründen diese Kreise auf Taiwan die „**World Anti-Communist League**". Nachdem das Dach gebaut ist, folgt ein Pfeiler nach dem anderen:

- Im August 1972 die „**Confederacion Anticommunista Latinoamericana**" (CAL).
- Im März 1975 der „**Middle East Solidarity Council**" (MESC) mit Sitz in Ankara (Türkei).
- Im März 76 die „**North American Regional WACL**" (NARWACL), mit Sitz in Washington, D.C.
- Im April 1978 die „**African Organization for Freedom**" (AOF); Sitz: Maseru, Lesotho (Südafrika).
- Am 3./4. Februar 1979 schließlich der „**European Council for Freedom and Human Rights**" (ECFHR) oder auch WACL-EUROPE.

(nach „Asien Outlook" 14/79).

Daneben gibt es (seit 1970) eine **LIMJA-WYACL** („**Liga Mundial Juvenil Anticommunista-World Youth Anticommunist League**") und ein „**Middle East Regional Council**", also eine arabische WACL-Sektion, sowie unzählige nationale offizielle WACL-Sektionen („chapters") und diverse eigenständige Mitgliedsorganisationen. Die Vielfalt der Namen steht im umgekehrten Verhältnis zur Einförmigkeit und Eintönigkeit der erklärten Ziele der WACL-Gruppen.

Offiziell liest sich das so: „*Wir glauben fest daran, daß der Kampf gegen den Kommunismus eine historische Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Sklaverei ist. Wir stellen uns gegen die kommunistische Ideologie des Klassenkampfes, gegen die allumfassende Versklavung, wie sie die kommunistischen Herrscher ausüben, und gegen ihren ungezügelten Drang nach Weltherrschaft ... Was die Welt braucht, ist politische Freiheit, unter der demokratische Institutionen gedeihen und die Menschenrechte ohne Einschränkung garantiert sind, nationale Freiheit, wie sie in nationaler Unabhängigkeit und Gleichheit der Rassen zum Ausdruck kommt, ökonomische Freiheit, die es dem Menschen ermöglicht, frei von*

Gleichheit der Rassen zum Ausdruck kommt, ökonomische Freiheit, die es dem Menschen ermöglicht, frei von

Not zu leben und das Wohlergehen der Gemeinschaft sichert, und nicht zuletzt, ein freies und glückliches Leben für jeden einzelnen Menschen, dessen persönliche Würde unverletzlich ist. Um diese kostbaren Freiheiten zu verteidigen, bekämpfen wir den Kommunismus ..." („Asien Outlook, 14/79).

Im Einklang mit solchen „*hohen Zielen*" (WACL-Originalton) finden Konferenzen und Kongrsse zumeist in gastfreundlicher Umgebung statt:

Etwa in **Seoul/Südkorea** – wo sich ein ständiges Büro der WACL-Zeitschrift „Asien Outlook" befindet – (9. WACL-Kongreß 1976); in **Taipeh/Taiwan** (10. Kongreß, 1977) – dort ist das WACL-Hauptquartier; in **Asuncion/Paraguay** (12. Kongreß, 1979). Der letzte CAL-Kongreß (Juli 80) wurde in **Buenos Aires/Argentinien** abgehalten. – Gelegentlich trifft man sich aber auch in London (1970) oder Washington (1978).

Die Führermannschaft der WACL besteht derzeit aus dem WACL-Vorsitzenden **Roger Pearson** (USA, seit 1978) und dem WACL/CAL-Generalsekretär **Rafael Rodriguez** (Mexiko). Lebenslanger Ehrenpräsident ist **Ku Cheng-Kang** (Taiwan). WACL-Generalsekretär ist Prof. **Jae Seung Woo** (Korea).

Das Top-Management der WACL ist mit den reaktionären Regimes eng verfilzt:

- der erwähnte **Bo Hi Pak**, eine der Gründer-Figuren – ein General, Militärattache, Geheimdienstchef;
- der genannte **Ku Cheng-Kang** – Mitglied des Taiwan-Regimes;
- **Scheich Achmed Salah Jamjoom**, Chef des „Middle East Council" – einstiger Minister in Saudi-Arabien, inzwischen Generalmanager eines saudi-arabischen Unternehmens („Washington Post", 28.5.78);
- **Jake Garn** und **James A. McClure**, mit Grußadressen an den WACL-Kongreß 1978 aufgetreten – republikanische US-Senatoren; **Graf Huyn**, ebenfalls Sprecher auf dem gleichen Kongreß – Bundestagsabgeordneter der CSU;
- **O. B. Kraft**, Gastgeber der Gründungssitzung der WACL-EUROPE 1979 – ehemals Außenminister Dänemarks;
- **Theodor Oberländer**, Vorsitzender der westdeutschen WACL-Sektion – Ex-CDU-Minister, mußte wegen seiner kriminellen Nazi-Vergangenheit zurücktreten. (Inzwischen verstorben?).

Militärs, Politiker, Wissenschaftler mit gutem Draht zum polit-ökonomischen Establishment – das ist das Personal, aus dem die WACL ihre Honoratioren aussucht. Über die Machtverteilung (und das heißt zunächst und vor allem: die Geldquellen) der WACL pfeifen die Spatzen von den Dächern, daß sie im wesentlichen durch das asiatische Trio Taiwan-Südkorea-Phillippinen sowie durch Saudi-Arabien bestimmt ist. Eine Vorstellung davon, um welches Budget es geht, gibt die Auskunft Jamjoons, daß allein der 1978er WACL-Jahreskongreß im Washingtoner „Shorêham Americana" Hotel 300.000 US-Dollar gekostet hat; 75.000 Dollar davon wurden aus saudi-arabischen Quellen bezahlt („Washington Post", s. o.). *



WACL-Konferenz 1978, Washington: Almirante, MSI; Ku Cheng-Kang (WACL-Ehrenvorsitzender, Kuo Mintang); Juan Manuel Frutos, WACL-Paraguay (v.l.n.r.)

Hinter der Fassade

Hinter der Fassade

Als Kalter-Kriegs-Verband gegründet, wurde die WACL Treffpunkt aller möglichen rechts-konservativen Antikommunisten. So gibt es aus dieser Zeit **CDU/CSU-Kontakte** (zum WACL-Kongreß 1970 in London wurden z.B. der **CDU-MdB Franz Lorenz v. Thadden** und der **CSUler Dr. Herbert Ettengruber** eingeladen – sie erschienen allerdings nicht);

gute Verbindungen bestanden auch zum britischen rechts-konservativen „**Mohday Club**". Nationale WACL-Organisationen gehörten diesem Rechtsaußen- Spektrum an; so etwa der von **Lee Edwards** geführte „**American Council for World Freedom**" oder der britische WACL-Verband „**Foreign Affairs Circle**" unter Leitung des konservativen Abgeordneten **Geoffrey Stewart-Smith.**

Seit Beginn der 70er Jahre rührten sich jedoch **neue**, weniger „vornehme" Kräfte innerhalb der WACL-Gemeinde, vor allem in Amerika und Europa. Die konservative WACL-Riege wurde unruhig:

- 1972 beschwerte sich der britische „Circle" über zunehmenden Neofaschismus in der WACL. In einem halböffentlichen Bericht Stewart-Smiths hieß es, die WACL sei „**eine Brutstätte des Antisemitismus**" („searchlight", 37/78).
- Anfang 1974 verbreitete der konservative US-Politologe **S. T. Possony** (Aktivist des „American Council") einen vertraulichen Bericht, in dem die Rechtsentwicklung innerhalb der WACL beschrieben wurde: **Tonangebend** sei mittlerweile der **mexikanische WACL-Verband FEMACO**, in dem eine antisemitische Untergrundorganisation, **TECOS** die Zügel in der Hand halte. („Washington Post", s. o.).

In der Folge zogen sich manche Konservative von der WACL zurück, angeblich seit 1974, auch die CDU/CSU („ID", 26.11.75). Dafür rücken Kräfte wie diese nach:

- Schon 1970 waren verschiedene merkwürdige Gestalten aus der BRD beim damaligen WACL-Kongreß, so **Heinz A. Dechant** von einer „**Deutschen politischen Gesellschaft**", **Alfred Gielen** für eine „**International Committee for Information and Social Activity**" (Gielen ist Ex-Goebbels-Mitarbeiter, siehe „Under Daekke", 1979); **Friedrich Roeder** („**Bund der Freiheit**") und **Paul Werner**, u. a. als Chef der westdeutschen **Moon-Sekte** bekannt („ID", 26.11.75).
- Seit 1974 ist die offizielle britische WACL-Organisation die „**British League of Rights**", die seit 1975 ganz unverhohlen mit dem ältesten britischen Nazi-Verlag, Britons Publishing House, kooperiert. Sie tritt auch unter dem Namen „The British League for European Freedom" auf; Vorsitzende, d.h. WACL-Repräsentantin, ist die hinreichend berüchtigte **Lady Birdwood**, wegen Kontakten zur „**National Front**" aus dem konservativen „**Monday Club**" gedrängt und für diverse rassistische Initiativen aktiv. („searchlight" Juni 76; 49/79).

verse rassistische Initiativen aktiv. („searchlight" Juni 76; 49/79).

- Am 23. Mai fand auf Las Palmas eine WACL-finanzierte „**Atlantische Konferenz der geheimen Achse**" statt, wobei sich Mörderbanden wie „**Legion Afrika**" **(Rhodesien/Südafrika), AAA** (Argentinien) und „**Ordine Nuovo**" trafen. (Chairoff, Dossier Neo-Nazisme, 1977).
- Beim WACL-Kongreß 1976 war der italienische Delegierte **Nazareno Mollicone**, rechte Hand von „**Ordine Nuovo**"-Chef **Pino Rauti** (Chairoff, s. o.).
- **aufgenommen 1978 in Washington wurde in die WACL offiziell die MSI (Italien). Ihr Chef Almirante sprech auf dem Kongreß.**
- Auf dem gleichen Kongreß war auch eine Abordnung der französischen Neuen Rechten, d. h. der **G.R. E.C.E./„Nouvelle Ecole"** vertreten, die sich informell mit dem Chef der rassistischen „**National Alliance**", **William Pierce** (früher Mitglied der „**American Nazi Party**"), traf.
- Ebenfalls präsent – als Mitorganisator des Kongresses – war die Washingtoner Gruppe „**Liberty Lobby**", die in ihrer „antizionistischen" Zeitschrift u. a. für Ku-Klux-Klan-Hemden wirbt und den üblichen Nazi-Schund (Hakenkreuz-Münzen, Nazi-Lieder etc.) anbietet. („Washington Post", s.o.).
- Aus der BRD war u.a. der Ex-NS-Propaganda-Aktivist und NPD-Zutreiber **Heinrich Härtle** angereist, wie später sein Kultur-Blatt „Klüter Blätter" berichtete. (Zum ganzen Kongreß siehe die mexikanische WACL-Zeitung „Replica", Mai/Juni 78).
- Außerdem ist bei der WACL aus der BRD-Nazi-Szene auch „**National-Zeitung**"-**Chef Frey** aufgetaucht, sowie **Wolfgang Strauß**, leitender Funktionär der „**Unabhängigen Arbeiter-Partei**" und Mitglied des „Exekutivkommitees" des „**Antibolschewistischen Blocks der Nationen**", ABN (siehe „Under Daekke", 1979).
- Zu den festen Nazi-Kontakten der WACL im organisatorischen Bereich gehören seit Jahren außer dem ABN (der von dem Ex-Premier der „unabhängigen" Nazi-Ukraine, **Staroslav Stetzko**, geführt wird) u.a. **TECOS (Mexiko), CEDADE (Spanien)**, die alljährlich Hitler-Feiern veranstaltet und als eins der Zentren des spanischen Nazi-Terrors gilt, die **argentinische Mörderorganisation AAA und die italienische MSI.**



WACL-Zeitschrift „Replica": 2. von rechts Dr. Roger Pearson

Dr. Pearson – WACL-Chef nach Maß

Von besonderem Interesse ist in die-
nach Maß

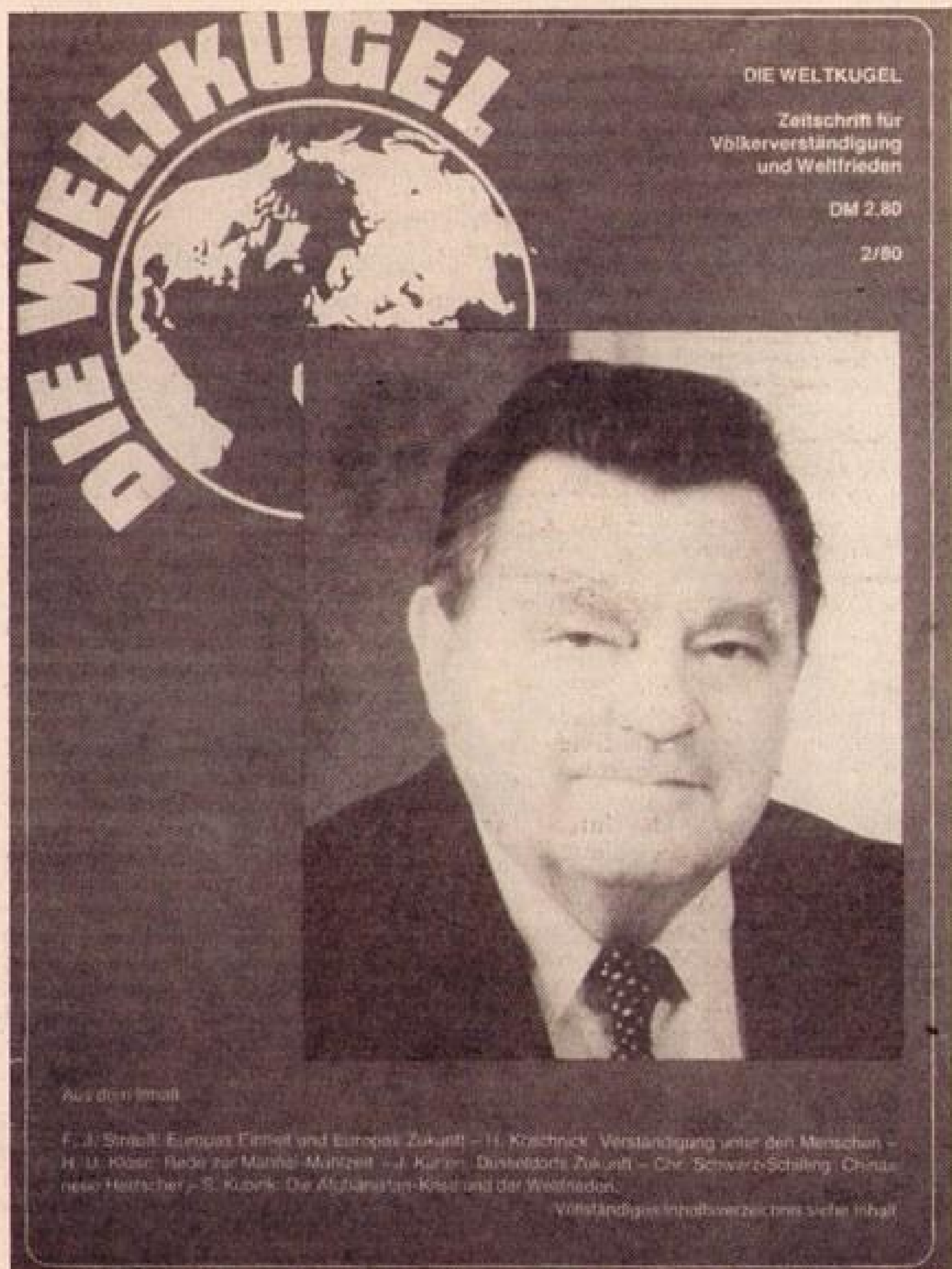
Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang der seit dem Kongreß 1978 amtierende WACL-**Präsident Dr. Roger Pearson.** Seine Organisation, der „**Council on American Affairs**", übernahm, als 1974 Edward's „American Council" aus der WACL ausscherte, die WACL-Vertretung in USA. Pearson ist Anthropologie-Professor und hat in früheren Jahren Schriften über die Überlegenheit der „arischen" bzw. „nordischen Rasse" verfaßt. Er ist Mitbegründer der internationalen Nazi-Gruppierung „**Northern League**", die – mit Sitz in Holland – seit Jahren schon v.a. in England Hitlerfeiern u. ä. veranstaltet und in der BRD beispielsweise zu dem **Rechtsradikalen Rieger** und dessen Rassisten-Umkreis Kontakt hat („**Neue Anthropologie**", „**Nordische Zukunft**" u.a.). Seit 1979 ist Pearson auch Herausgeber des englischen „Schwesterblatts" der Rieger-Rassenzeitschrift, der „**Mankind Quarterly**". Wie Riegers „Neue Anthropologie" bemüht sich die „Mankind Quarterly" um einen „wissenschaftlichen" Aufguß des Rassismus – und das ist ebenso die Gemeinsamkeit mit der französischen „**Nouvelle Ecole**", in deren „wissenschaftlichen Beirat" Pearson sitzt (siehe M. Billig, „Psychology, Racism & Fascism", 1978).

Pearsons Übernahme der WACL-Geschäftsführung war dementsprechend, zumindest was die europäische WACL-Szene betrifft, mit einem erneuten nazistischen Schub identisch. Insbesondere um die skandinavische Nazi-Gemeinde begann Pearson sich zu kümmern. Da geht es zum einen um die „**Norsk Front**" in Norwegen und zum anderen den schwedischen „**Sveriges Nationella Forbund**". Die NF gründete eigens zum Zweck ihrer getarnten WACL-Aktivitäten – seit 1979 – eine „**Norway Anti-Communist League**". Die NF unterhält Verbindungen zu „**Patria y Libertad**" (Chile), zur **AAA** (Argentinien) und zur **MESC Jamjooms**, natürlich auch zu amerikanischen und europäischen Organisationen der braunen Terror-Szene – wie den US-Nazi **Matt Koehl**, Chef der „World

Zitat aus der WACL-Zeitschrift „Replica", April 78:

„,Holocaust' ist ein Film, der die Juden zu unterstützen versucht, die bereits viele Nationen beherrschen, um die Greuel zu rechtfertigen, die im Namen des Judentums begangen werden, wie beispielsweise im Mittleren Osten. Ein Film, der die Juden in die Rolle von Opfern kleidet, während sie doch derzeit die Carter-Regierung in ihrer Hand haben, die das Vordringen ... des jüdischen Kommunismus fördert"

Fortsetzung nächste Seite



„Die Weltkugel" mit Strauß – Herausgeber: Dr. Hsiao, Kuo Mintang-Chef in der BRD

Union of National Socialists" (WUNS) oder der britischen **„League of St. George"** (siehe AK 188). 1979 verübte ein NF-Mitglied, nach eigenen Aussagen von NF-Führer Erik **Blucher** persönlich beauftragt, einen Bombenanschlag auf einen 1. Mai-Umzug. **Über ihre Tarnorganisation fließen der NF WACL-Gelder zu** („searchlight" 56/80 und Okt.80).

Einzelheiten über die Rolle Pearsons, sowie allgemein über die WACL-Kanäle deckt neuerdings ein internes „Blue Document" auf, mit dem, wieder einmal, eher konservativ orientierte WACL-Teile gegen die offen nazistische Richtung opponieren (siehe „searchlight", Okt. 80).

Der Gesamteindruck wird von dem Konservativen Thor Petter Krosby (Norwegen) bestätigt, der sich 1979 den WACL-Kongreß in Paraguay ansah: **„Ich muß gestehen, daß ich von der starken Nazi-Repräsentanz erschreckt war. Es gibt keinen Zweifel, daß EUROWACL vollständig nazistisch, faschistisch und rassistisch ist"** („searchlight", 56/80).

WACL und CDU/CSU

Westdeutsche WACL-Freunde gibt es nicht nur bei den Neonazis. Trotz der angeblich abgebrochenen Kontakte erfreut sich die WACL nach wie vor in CDU/CSU-Kreisen gewisser Beliebtheit.

– Zu erwähnen ist die traditionell hervorragende Zusammenarbeit zwischen CDU/CSU'lern und dem ABN Stetzkos.

– Hinzuweisen ist auch auf die rechte CDU/CSU-Zone um solche Blätter wie **„criticon"**. Zu den Standard-Autoren dieser Zeitschrift gehört beispielsweise der ABN- und WACL-Kontaktmann **Wolfgang Strauß**; ebenfalls – als Skandinavien-Experte – der WACL-Mann **Bertil Häggmann**. Daß Paul Werners Blatt „Report" in „criticon" nicht weniger gepriesen wird als alles, was mit der französischen Neuen Rechten zu tun hat, und daß eine der vielen amerikanischen Moon-Organisationen, die sich **„The Freedom Leadership Foundation"** – Mitglied in einem **„American Council of World Freedom"** – nennt, in „criticon" wohlwollend vorgestellt wird – wen wundert's? (vgl. „criticon", 33/76). Und die „Vereinigungskirche" (CARP) des Paul Werner ist besonders im Wahlkampf 76 als militante CDU-Propagandatruppe aufgetreten.

– Es gibt auch so neckische CDU/CSU-Sympathien wie die des **Dr. Hsiao**, verantwortlich für die Zeitschrift **„Die Weltkugel"**, die ihr August/September-Heft 1980 mit einem Edel-Porträt des Kanzlerkandidaten Strauß zierte. Dr. Hsiao ist gleichzeitig einer der drei Vorsitzenden der **„Kuo-Mintang in der BRD und West-berlin"** und außerdem einer der Stellvertretenden Vorsitzenden der **„Association of Anti-Communist Chinese in West-Germany and West-Berlin"** (s. AK 180). Ein weiterer Stellvertretender Vorsitzender ist der Hamburger **Chang**, China-Restaurant-Besitzer, Vorsitzender des **Chinesischen Vereins Hamburg** (dessen Räume eine Büste Tschiang Kai-scheks ziert). Chang ist als *„der inoffizielle Botschafter Taiwans"* bekannt; außerdem wird behauptet, daß er in Waffengeschäfte und Drogenhandel verwickelt sei.

– Schlagendster Beweis für die „Abkehr" der CDU/CSU von der WACL war der Auftritt des **CSU-Grafen und Bundestagsabgeordneten Huyn** auf dem Washingtoner WACL-Kongreß 1978.

„Zionismus und Kommunismus sind Köpfe derselben Schlange"

Graf Huyn, für seine Partei häufiger in solch delikaten Missionen aktiv, befand sich mit seiner Grußadresse an den WACL-Kongress 1978 in bester Gesellschaft. Denn auch einige der respektabelsten Terrorregimes der Freien Welt hatten ihre Glückwünsche geschickt:

– Yen Chia-Kan, Präsident von T a i w a n, wünschte dem Kongress „außerordentlichen Erfolg". Er hoffte darauf, *„daß die 11. Konferenz die antikommunistische Entschlossenheit der freiheitsliebenden Völker beflügeln"* und zu einer *„großen Allianz all derer in der Welt führen (wird), die im Kampf für Freiheit und Menschenrechte stehen"*.

– Die Militärdiktatur von H o n d u r a s übermittelte ihre *„tiefempfundene Hochachtung und Wertschätzung"* für die Arbeit des Kongresses *„zugunsten der Demokratie und der Freien Welt"*.

– Mario Sandoval Alarcon, Vizepräsident von G u a t e m a l a, nahm persönlich an dem Kongreß teil und hielt dort eine heiße Rede gegen Carter.

– P a r a g u a y's Diktator Stroessner (Gastgeber des folgenden WACL-Kongresses 1979) sandte gleichfalls seine besten Wünsche für *„eine bessere Welt, die frei ist von Terror, Willkür und Sklaverei"*.

Ihrerseits sandte die Konferenz Grüße u.a. an den damals noch „amtierenden" General Somoza (Nikaragua) und an den brasilianischen Diktator Geisel.

Die WACL kann sich also offizieller Beziehungen zu einigen der schönsten Perlen der Freien Welt rühmen – von den inoffiziellen Verbindungen beispielsweise zum chilenischen Regime ganz zu schweigen.

Etwas merkwürdig ist dies schon, da die WACL in ihren Dokumenten und Publikationen nicht bloß Folter und Massenmord als wahre Freiheit verherrlicht (was wahrscheinlich in den imperialistischen Hauptstädten niemanden aufregt), sondern auch heftig gegen die USA und sogar gegen Israel polemisiert.

So wird etwa den USA vorgeworfen, sie seien *„schamlose Verbündete der Sowjetunion"* (Chile-Resolution der XI. WACL-Konferenz); die *„sowjetisch-kubanisch-israelische Invasion in verschiede Teile Afrikas"* wird verurteilt; Sozialdemokratie, Christdemokratie und Jesuiten werden als *„Verbündete des Marxismus"* bekämpft (Dokumente der VIII. Konferenz des WACL-Jugendzweiges WYACL, Washington, April 78). „Zionismus und Kommunismus" seien **„Köpfe derselben Schlange"** heißt es im Schlußkommunique der VIII. WYACL-Konferenz. **„Damit der Westen überleben kann, müssen beide Köpfe abgeschlagen werden"**. Der Zionismus sei *„ein Vehikel für die marxistische Expansion im Nahen Osten"* **„Die arabische Sache in ihrem Kampf gegen ihre israelischen Feinde ist ein entscheidender Faktor im antikommunistischen Kampf"**. (ebenda – alle Zitate aus der mexikanischen WACL-Zeitschrift „Replica", Mai/Juni 78).

An d i e s e m Punkt könnten für die CDU/CSU ihre Kontakte zu diesen Kreisen wohl doch noch peinlich werden?! ...

Antifa Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Stammheim: »...mutmaßliches Killerkommando...«



Nachdem dieses Ölgemälde des Malers Odd Nerdrum („Mordet pa Andreas Baader" – „Mord an Andreas Baader") u.a. im schwedischen Reichstagsgebäude ausgestellt war, hängt es nun im Eingang des Studentenzentrums der norwegischen Universität Bergen.

Ausgehend von der „Stern"-Reportage über die Vorgänge in Stammheim am 17./18. Oktober 1977 (s. AK 188) stellte die POCH (Progressive Organisationen der Schweiz – eine in zahlreichen Parlamenten der Schweiz vertretene sozialistische Organisation) in ihrer „POCH-Zeitung" vom 13.11. 80 die staatsoffiziellen „Ermittlungsergebnisse" dar.

Nach Meinung der „PZ" war ein „offizielles Interesse an der Liquidierung" der RAF-Gefangenen gegeben: **„Die zum Teil aufgeführten Widersprüche und Schlampereien bei der Untersuchung können wohl kaum nur als menschliches Versagen qualifiziert werden. Vielmehr drängt sich die Vermutung auf, daß hinter der ganzen Untersuchungspraxis System herrscht. Fest steht ja, daß wegen Mord nie ermittelt wurde. Zuviele höchste Stellen der BRD hatten keinerlei Interesse daran, die Hergänge in Stammheim wirklich aufzudecken. Nur die Selbstmordthese ließ sie ihr Gesicht wahren. Dies unabhängig davon, wer hinter dem mutmaßlichen Killerkommando stand, höchste staatliche Stellen oder bspw. eine faschistische Wärterorganisation. Aber auch bei einem Fehlen jeglicher staatlicher Mitwisserschaft von höchsten staatlichen Stellen an der mutmaßlichen Ermordung war deren Interesse groß genug, die Aufklärung der Tathergänge zu hintertreiben. Zudem konnten die Schaltstellen der BRD durchaus ein mindestens passives Interesse an der Liquidierung der historischen Leaders der RAF aus politischen Gründen haben. Denn damit und der ganzen Antiterroristen-Kampagne sollte der antiimperialistischen Szene insgesamt ein Schlag versetzt werden. Der Zeitpunkt der Liquidierung, das steht fest, war nie besser als an jenem frühen Morgen nach dem ‚Triumph von Mogadishu'."**

K., Europa-Runde

Leserbrief: Die blauen Augen der Antifa-Kommission

Liebe Genossen,

ich freu' mich ja immer über Eure soliden Artikel, und bei derzeit 189 AK-Ausgaben sind da eine ganze Menge zusammengekommen. Gern erinnere ich mich zum Beispiel an die Stammheim-Artikel im deutschen Herbst — drei Jahre später hinterlassen die „stern"-Aufgüsse in AK 188 und 189 allerdings einen faden Nachgeschmack. Wohlgemerkt, ich habe nix gegen die erneute Zusammenfassung der widersprüchlichen Untersuchungsergebnisse, und natürlich ist es richtig, die „Enthüllungen" des „stern" zu nutzen, *„um erneut der Aufklärung der Vorfälle ein Stück näher zu kommen"*. Geärgert hab ich mich allerdings über Sätze wie: *„...sind nun dem ‚stern' Zweifel ... gekommen"*, oder: *„...weist der ‚stern' nur en pessant darauf hin"* bzw. *„der darin liegende Skandal scheint dem ‚stern'-Redakteur entgangen zu sein"* (tzz, tzz, sollte das Dummerle vielleicht mal als Volontär beim AK arbeiten?), und schließlich: *„...daß der ‚stern' sich bemüht, jetzt die öffentliche Diskussion um die ‚Selbstmorde' neu zu entfachen"* (und facht und facht und facht . . .). Zu guter Letzt: *„Braucht der ‚stern' wieder erst einmal Sensationsfotos, bevor er sein liberales Gewissen in Bewegung setzt?"*. Seit wann wird im AK der Begriff „Gewissen" mit „politischem Kalkül" bzw. „Geschäftssinn" verwechselt? Seit wann nehmen AK-Redakteure an, in der Warburgstraße existiere ein „liberales Gewissen"? Bei soviel Naivität müßte dem KB-Fäustle eigentlich der Schraubenschlüssel aus der Pfote fallen . . .

Der Fall war doch wohl eigentlich klar: Zwei Wochen n a c h der Bundestagswahl und zwei Monate v o r dem Erscheinen des Buches von Christiane Ensslin über die Merkwürdigkeiten von Stammheim bringt die SPD-Kampfillustrierte einen sogenannten Enthüllungsbericht, obwohl die Bilder und Fakten gewiß seit Monaten, wenn nicht sogar seit Jahren im Giftschrank der Chefredaktion lagen und nimmt damit Christianes Buch den Wind aus den Segeln, neben einem gewissen Werbeeffekt. Für die Wahrheitsfindung interessante Bilder werden jetzt plötzlich sensationell aufgemacht und verbraten, ein paar Widersprüche werden aufgezeigt, eine neue Untersuchung angeregt — und der Schwarze Peter auf der alleruntersten Ebene ausgegeben. Ein an Weisungen gebundener Staatsanwalt in einem CDU-Bundesland kriegt die volle Verantwortung für die Ungereimtheiten des Untersuchungsberichtes zugeschoben, die höheren Ebenen werden ausgelassen oder dürfen sogar glänzen. Zitat „stern": *„Ich war wie von einer Keule getroffen, empört, entsetzt. Jetzt hatten wir gerade einen großen Erfolg errungen* (Mogadischu) *und nun dieser Tritt in den Unterleib"*, darf unser Eiserner Kanzler vor 10 Millionen „stern"-Lesern heucheln. Und weiter darf dieser Saubermann fordern, *„daß jene Vorgänge in einer über jeden Zweifel erhabenen Form untersucht, vollständig aufgeklärt und daß die Ergebnisse öffentlich vorgelegt werden"*. ... Hier wird doch ganz plump versucht, den Chef des Krisenstabes und engsten Vertrauten Herolds von vornherein reinzuwaschen und jegliche Mitwisser- und Mittäterschaft nebst Verantwortung nach Baden-Würtemberg abzuschieben. Die dortigen verantwortlichen Justizminister Bender und Palm sind m.W. inzwischen tot (?), womit die Spur, die geschickt gelegte falsche Spur, sich dann verlaufen hätte. Charming Helmut darf glänzen.

„Man kann die Schweine zwar nicht dazu zwingen, die Wahrheit zu sagen. Man kann sie aber sehr wohl dazu zwingen, immer unverschämter zu lügen", zitiert ein „stern"-Leser in der neusten Ausgabe einen Kassiber Gudrun Ensslins. In weniger blauäugigen Zeiten hättet ihr diesen Satz eigentlich auch auf das Zustandekommen des „stern"-Artikels anwenden können und die Fragen nach den Verantwortlichen für die Stammheimer Morde ein paar Ebenen höher ansetzen können. Das bloße Klatschen über den allerdings verwertbaren „stern"-Artikel blieb da leider an der Oberfläche. Das hat mich geärgert!

Liebe Grüße

hg. Hamburg

Nazi-Terror – Kein Thema für die Linke?

KB-Veranstaltung am 15.12. in Köln

Während es in anderen Ländern (Italien, Frankreich, Belgien) als Antwort auf faschistische Massaker eindrucksvoll Massenmobilisierungen gab (in Paris gingen 200000 Menschen auf die Straße; in Brüssel waren es 50000), fühlte die westdeutsche Linke sich nach dem Münchner Attentat offenbar kaum angesprochen. Nur an wenigen Orten gab es Demonstrationen mit wenigen hundert Teilnehmern.

Nun schien aber selbst dieser äußerst beschämende Vorgang einigen Leuten schon zuviel des Guten: So erscheinen seit etlichen Wochen verstärkt Artikel und Leserbriefe in der „taz", die „Freiheit für Rudolf Hess" fordern, aktiven Antifaschisten selber faschistoide Gesinnung unterstellen oder auch die Täterschaft des Münchner Bombenlegers bestreiten.

Wir, die Kölner Gruppe des KB, machen am 15. Dezember im „Spielplatz" eine Informations- und Diskussionsveranstaltung, um auf diese bedenklichen Entwicklungen aufmerksam zu machen.

Dabei werden wir einen *Film über die Hoffmann-Bande* zeigen (aus ihr kam der Münchner Attentäter), informieren über *Nazi-Terror und Gegenwehr in Frankreich* und geben einen Überblick über die *Nazi-Szene in Köln und Umgebung*. Außerdem laden wir zur Diskussion über die ‚liberalen' Anwandlungen der „taz" bezüglich der Nazis ein.

KB/Gruppe Köln

Ein obskurer Fall der Begierde

Vor ein paar Tagen ging ich, um ein paar Fotokopien zu machen, in einen Harburger Druck- und Copieladen. Dieser Laden gehört Systemfreunden des „irrealen Sozialismus". Ich dachte beim Eintritt, die falsche Tür erwischt zu haben, hingen an der Wand doch T-Shirts mit dem Aufdruck „Kiss" mit SS-Runen. Leider war es der richtige Eingang. Auf meine Empörung hin entgegnete mir ein Mitarbeiter, er habe die T-Shirts gekauft, als sich noch niemand über den Aufdruck beschwert habe, und nun müsse er sie unbedingt verkaufen. Ich könne sie ihm ja abkaufen, dann wären sie weg. Nun ja, ich hab sie natürlich nicht gekauft und so haben sie für den Unternehmer und gleichzeitigen Freund der „Deutschen Kommunistischen Partei" weiterhin ihren Tauschwert und für die Nazis ihren Gebrauchswert. Eine Sauerei ist das!

Ro. (BO Harburg)

Resolution

der Teilnehmer des Arbeitstreffens „Brecht statt Strauß – Eine Reise durch die Republik" vom 18./19. Oktober 1980 zu Frankfurt.

Das reaktionäre Lager, die „Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlandes" geht trotz der Niederlage von Strauß nicht geschwächt aus dieser Wahl hervor. Insbesondere besteht für die Gewerkschaften kein Grund zum Jubeln.

Umso notwendiger war es und ist es, daß die werktätigen Menschen in unserem Lande darüber aufgeklärt wurden und werden, wer diejenigen Kräfte in unserem Lande sind, die den Boden des Bestehenden, die wenigen demokratischen Freiheiten, die uns dieser Staat noch zu bieten hat, vernichten möchten.

Es ist das Verdienst der Aktion „Brecht statt Strauß – Eine Reise durch die Republik", daß sie dazu beigetragen hat, daß der „Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlandes" Widerstand entgegengesetzt wurde, daß Menschen der verschiedensten demokratischen und antifaschistischen Weltanschauung gemeinsam begonnen haben auf der Grundlage

– Völlige Freiheit der Lehre, mit einer Einschränkung – Keine Freiheit für solche, welche den Krieg verherrlichen oder als unvermeidbar hinstellen, und für solche, welche den Völkerhaß fördern.
– Völlige Freiheit, unser Leben zu verbessern.
Völlige Freiheit, sich gegen Unfreiheit zu wehren.
Völlige Freiheit, für den Frieden zu arbeiten.
– Völlige Freiheit des Rechts, sich in Verbände zusammenzuschließen, mit einer Einschränkung – Keine Freiheit denjenigen, die dieses Recht den Arbeitern, den Demokraten verweigern.
– Völlige Freiheit des Wortes, der Meinung, mit einer Einschränkung – Keine Freiheit des Wortes den Faschisten und der Reaktion – Widerstand zu leisten.

Daß sie weiter bekräftigen, auf dieser Grundlage auch in Zukunft weiter zu arbeiten.



Der Anachronistische Zug

Weiterhin stellen die Teilnehmer des Arbeitstreffens „Brecht statt Strauß – Eine Reise durch die Republik" vom 18./19. Oktober 1980 fest: Das organisierte Lager des Kapitals hat jetzt bereits mit den ersten Angriffen gegen Wiederherstellung der Vollbeschäftigung und für den Abbau des Lebensstandards der Arbeitenden begonnen. Die Stärkung der FDP in der kleinen Koalition ist auf den defensiven Wahlkampf der SPD-Führung zurückzuführen, auf ihre Verhinderung einer gemeinsamen Mobilisierung gegen das Programm von Strauß, auf die Verhinderung der Abstimmung über den von der SPD-Fraktion eingebrachten Mitbestimmungsentwurf, der zu einer klassenpolitischen Auseinandersetzung in der CDU/CSU hätte führen können, auf das Unverständnis breiter Teile der SPD-Führung, so daß sie das Attentat von München aus dem Wahlkampf herauszuhalten versuchte, anstatt aufzudecken, daß dieses blutige Attentat mit zurückzuführen ist auf die von Strauß geschaffene politische Hetze, und daß die politischen Mordanschläge in Italien, Frankreich, in der BRD, zum Ziel haben, Chaos zu schaffen, aus dem ein starker Staat mit einem starken Mann an der Spitze hervorgehen soll. Die SPD-Führung hat nach der Wahl in NRW, wo eine massenhafte Mobilisierung ihr eine absolute Mehrheit im Landtag brachte, selbst die Angst geschürt, die FDP könne auch in der Bundestagswahl unter 5 % absinken und damit Hunderttausende Sozialdemokraten veranlaßt, der FDP ihre Zweitstimme zu geben, statt die Widerstandsbereitschaft in ihren eigenen Reihen gegen Reaktion und Bestrebungen „zur Rettung des Vaterlandes" zu erhöhen, was leider zu einer Stärkung des Unternehmerlagers geführt hat.

Der Zug „Brecht statt Strauß" konnte in diesem von der SPD-Führung und auch Teilen der Gewerkschaftsführung geschaffenen Klima der Demobilisierung und angesichts der Spaltung der Linken, die nur sporadisch zu gemeinsamen Aktionen zusammenfand, keine breite Massenreaktion auslösen. Andererseits war der Zug gerade in dem Klima der bewußten Demobilisierung ein Beweis dafür, daß sich Zusammenarbeit politisch unterschiedlicher Kräfte gegen das Programm von Strauß, gegen seine Politik herstellen läßt. Die gewaltigen Kräfte der Selbstorganisation, der Selbstmobilisierung, die finanziellen Anstrengungen sind ein lebendiger Beweis dafür, was wir in einer Aktionseinheit erreichen können. Diese Lehre muß erhalten bleiben – nicht in der Form einer neuen Organisation, sondern:

1. Durch die Fertigstellung eines Films, der vermittelt, auf welche Widerstände ein politisches Kunstwerk in diesem Lande stößt, in dem die Verfassung die unumschränkte Freiheit der Kunst garantiert, wenn die herrschenden Mächte darin eine Gefährdung ihrer Interessen sehen.
2. Die Teilnehmer des Arbeitstreffens „Brecht statt Strauß" bekräftigen, daß es ihr Wunsch und ihr Wille ist, auch weiterhin alle bestehenden Initiativen, Bewegungen gegen die „Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlandes" zu unterstützen, wie selbst weiterhin initiativ zu werden, daß die reaktionäre und offen faschistische Sammlungsbewegung die demokratisch gesinnten Menschen, wie auch dieses Land nicht weiter bedrohen kann.
3. Sollten wir nicht als Unterstützergruppe, die uns hierfür kein Mandat erteilt hat, sondern als Teilnehmer dieses Arbeitstreffens die Aktionseinheit in Zusammenhang mit der Rekrutenvereidigung unterstützen.
4. Sollten wir hier wieder zusammentreffen, wenn der Film hergestellt ist, um gemeinsam zu beraten, in welcher Form wir mit ihm in den einzelnen Gruppen arbeiten können und ob es weitere Aktionseinheiten gibt, die wir gemeinsam tragen können.
5. Die Teilnehmer dieses Arbeitstreffens empfehlen den Unterzeichnern des Aufrufs „Brecht statt Strauß" vom 11. Juni 1980 zu Bonn, und würden es begrüssen, wenn das Sekretariat „Brecht statt Strauß" weiter bestehen würde, bis die Aufgaben, die in dieser Resolution genannt sind, getan sind.
6. Die Teilnehmer dieses Arbeitstreffens von „Brecht statt Strauß" würden es begrüssen, wenn eine Dokumentation erstellt wird, die für ihre Weiterarbeit von großem Nutzen sein wird.
7. Die Teilnehmer beschlossen auf ihrer Arbeitssitzung, daß die Finanzen von den Teilnehmern, von den Unterstützern und von allen Freunden von „Brecht statt Strauß" insgesamt aufgebracht werden. Sie werden alles dafür tun, daß diese Aktion schuldenfrei ist.

Ul., KB/Hamburg

Hamburg: Milde Urteile gegen Nazi-Schläger

Der Prozeß gegen die Neonazis Michael Kühnen, Gerhard Pasternak, Lothar Wrobel, Michael Buchmann, Christian Grabsch, Peer Reich, Tibor Schwarz und Werner Carstens ist zu Ende. Gegen Grabsch, Reich und Schwarz ist das Verfahren bereits vor Ende dieses Prozesses eingestellt worden, mit Hinweis auf zu erwartende höhere Strafen in einem anderen gegen sie laufenden Verfahren.

Alle Angeklagten waren des schweren Landfriedensbruchs und der Körperverletzung angeklagt, weil sie am 15.5.77 in Hamburg-Osdorf aus Anlaß einer DVU-Veranstaltung protestierende Antifaschisten angegriffen und mindestens 8 Leute verletzt hatten.

Bei der Urteilsverkündung am 27.11. sprach Landgerichtspräsident Makowka folgende Strafen aus: Pasternak 8 Monate mit 3 Jahren Bewährung; er war der einzige, dem das Mitführen einer Waffe zu beweisen war. Wrobel bekam 6 Monate mit 3 Jahren Bewährung, Buchmann eine Geldstrafe von 60 Tagessätzen a 20 DM; er bekam nur eine Geldstrafe, weil er glaubhaft machen konnte, daß er sich seit den Ereignissen, die zu diesem Prozeß führten, von politischer Aktivität gelöst habe und ein „ordentliches Familienleben" begonnen habe. Carstens bekam auch 60 Tagessätze a 20 DM. Bei Kühnen, damals Chef der „Hansa"-Bande, wurde eine mögliche Strafe in sein Strafmaß von 4 Jahren eingerechnet, das er jüngst vom Oberlandesgericht Celle bestätigt bekam und das aus dem Bückeburger Prozeß berrührt. Der Richter meinte, daß dieses Urteil nicht höher ausgefallen wäre, wenn die Osdorfer Geschichte in den Bückeburger Prozeß mit eingegangen wäre. Bei Kühnen, Buchmann und Carstens komme dem Umstand Bedeutung zu, daß sie bei dem Angriff nicht sonderlich aktiv gewesen seien. Keinem der Angeklagten könne konkrete Körperverletzung nachgewiesen werden. Nur bei Pasternak liege schwerer Landfriedensbruch vor, da er auf Fotos erkennbar eine Schlagwaffe dabei hatte. Bei den anderen sei eine Bewaffnung nicht feststellbar gewesen und auch nicht ein aktives Zusammenwirken, etwa durch Absprachen, oder eine Verbrüderung mit anderen aus dem „Ordnertrupp", die bewaffnet waren (Schlagstöcke, Ketten). Der Richter sah es aber als erwiesen an, daß dieser Trupp, unter dem sich die Angeklagten alle befanden, gemeinschaftlich Körperverletzung und Nötigung begangen habe. Den angeklagten Neonazis steht das Recht auf Revision zu, und zumindest Wrobel kündigte schon an, dieses Recht wahrzunehmen.



Schwarz, Kühnen, Grabsch und Wegener am 15.7.77 kurz vor dem Schlägerüberfall

Der Prozeß war unter Ausschluß der Öffentlichkeit gelaufen, weil Richter Makowka sich aus „prozeßökonomischen Gründen" geweigert hatte, das Verfahren gegen den damals noch jugendlichen Christian Grabsch abzutrennen. Die Plädoyers der Verteidiger und die abschließenden Stellungnahmen der Angeklagten am 25.11., zu denen die Öffentlichkeit zugelassen war, gaben aber schon genug Aufschluß, was die Nazis vor Gericht glaubhaft machen wollten: Lang und breit beschwor Verteidiger Carlos Sievers die Situation der armen alten Menschen in dem überfüllten Saal der Osdorfer Kneipe; wenn auch nur einige der Gegendemonstranten bis dahin vorgedrungen wären, hätte es womöglich eine Panik gegeben, ja es hätte zu Toten geführt. Die Gruppe von „beherzten jungen Leuten", die so wie heutzutage viele andere „modisch gekleidet" gewesen seien (schwarzes Leder, „Motorradstiefel"), hätten keinen Angriff durchgeführt, sondern bloß ältere Menschen verteidigt. Eine kleine Gruppe hätte in Notwehr gegen eine Menge von 300-400 Gegendemonstranten gehandelt und sei dabei angegriffen worden.

Die Anwälte bemühten sich auch lebhaft, die Aussagen der Polizeizeugen, denen sie „Neutralität" zwischen den Linken und Rechten bescheinigten, zu Gunsten der Neonazis heranzuziehen, während sie andererseits versuchten, alle anderen Zeugen als unglaubwürdig hinzustellen, weil sie „linksorientiert" seien.

Aus den abschließenden Stellungnahmen der Angeklagten ist hervorzuheben, daß Wrobel sagte: *„Ich sage lieber nichts, sonst handele ich mir eine neue Anklage ein."*, Pasternak meinte: *„Hier sitzen die total verkehrten Leute auf der Anklagebank"* und Carstens nochmal sein Unverständnis zum Ausdruck brachte, warum so viele junge Leute den Nazi-„Helden" Rudel so hassen, wo der sich doch so mit seinem Leben für das Vaterland eingesetzt habe. Kühnen durfte dann noch ausgiebig Nazi-Propaganda ablassen. Er legte dar, daß er sich seit Jahren dafür einsetze, wieder einen legalen Weg für nationalsozialistische Politik zu erkämpfen, daß die nationalsozialistische Idee sich mit Gefängnis nicht bekämpfen ließe. Kühnen's Geschwätz wurde von den anwesenden ca. 15 vorwiegend älteren Nazi-Sympathisanten im Saal mit Beifall bedacht. Diese Leute waren schon zu Beginn am 25. 11., als Kühnen vorgeführt wurde, in fanatische *„Michael, Michael"*-Rufe ausgebrochen und beschimpften die anwesenden Presseleute. Bei diesen Leuten während der Verhandlung sitzen zu müssen, ist schon eine Tortur für einen sensiblen Menschen. Noch schlimmer aber ist es, vor dem Saal dem „Hansa"-Paten Edgar Geis zuhören zu müssen, wenn er mal wieder von der „Vergasungslüge" redet und von seiner Überzeugung, daß Kühnen – sofort, wenn er wieder rauskommt – eine neue Gruppe aufbauen wird.

Ma., IKAH Hamburg

Kontaktadressen

Sozialistischer Studentenbund
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel.: 44 98 14

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vetriebsbüro
Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Bielefeld
Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach

Münster
Postlagerkarte Nr. 029033 B
4400 Münster

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
Postlagerkarte 080 845 B
Heidelberg

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg

Trier
Postlagerkarte Nr. 031078 B
5500 Trier



Redaktion des
ARBEITERKAMPFES
Lerchenstraße 75
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 50
Redaktion: 040/43 54 15
Abonnement-Verwaltung:
040/43 53 46

Repressionen gegen Antifaschisten

„Unter den Talaren – der Muff von tausend Jahren", das war eine Parole der Studenten in den sechziger Jahren. *„Seh' ich die schwarzen Roben, denk' ich an Hitler droben"* – das fällt mir als „Parole"heute ein, wenn ich mal wieder in Hamburgs Gerichten lustwandle, um neue Erfahrungen über die Justizwirklichkeit in der Bundesrepublik zu sammeln. Zur Zeit machen ja die „Traditionsfeiern" der Bundeswehr gehöriges Aufsehen – ein Glück, kann ich da nur sagen, daß sich da Widerstand regt -- ist es doch eine alte Tradition des Soldatentums K r i e g zu machen. Und so eine alte Tradition wird ja auch nicht dadurch durchbrochen, daß K r i e g hierzulande heutzutage nur noch V e r t e i d i g u n g genannt wird.

„Traditionsfeiern" einer anderen Art werden tagtäglich in bundesdeutschen Gerichten abgehalten: Ich meine die „öffentlichen Gelöbnisse", manchmal auch Gelöbnisse unter Ausschluß der Öffentlichkeit, die mit der Parole *„Im Namen des Volkes ..."* enden, die nicht auf großen Flächen mit „Reichstagplatzatmosphäre" und nicht in großen Stadien mit dem Hauch von „Berliner Sportpalast anno 33" stattfinden, sondern in den Straf – undsoweiter – Justizgebäuden, unter deren Dächern auch „der Muff von tausend Jahren" sinnlich erfahrbar ist. Oder täuschen mich einfach meine Gefühle. Z.B. bei der Eröffnung des Prozesses gegen den SS-Obersturmführer Kurt Asche am 26. November, der angeklagt ist, an der Verschleppung von mindestens 10.000 Juden beteiligt gewesen zu sein und dabei gewußt zu haben, daß die Transporte in die Vernichtungslager gingen.

Mit den Ermittlungen war bereits vor 13 (!) Jahren begonnen worden. Kein Wunder, daß nach so langen Ermittlungen und dem juristischen Tauziehen nun der zweite Angeklagte in diesem Prozeß, Konstantin Canaris, wegen „Krankheit" verhandlungsunfähig ist. Und der Dritte, der ursprünglich mit vor Gericht stehen sollte, Ernst Ehlers, der als „Endlöser von Belgien" bezeichnet wurde, hat sich am 4. Oktober das Leben genommen – nachem er von Kriegsende bis zu seiner Pensionierung in Schleswig-Holstein als R i c h t e r tätig war.

Ja, täuschen mich meine Gefühle, wenn ich die Art und Weise der Verhandlungsführung im Düsseldorfer Majdanek-Prozeß gegen die Aufseher des ehemaligen polnischen Konzentrationslagers zur Kenntnis nehme? Der Prozeß dauert nun schon fünf Jahre. Die Praxis der bundesdeutschen Rechtsprechung gegen Nazis rechtfertige die Erkenntnis, *„daß die BRD-Justiz sich Nazigewaltverbrechern gegenüber verhält wie der Jagdhund, der zur Jagd getragen werden muß"*, kommentierte jüngst Friedrich Karl Kaul, der Nebenkläger aus der DDR (FR, 21.11.80). Ist das nicht ein zu m i l d e s „Urteil", wenn wir sehen, daß es mehrere Jahre dauert, bis die faschistische Hoffmann-Bande „verboten" wird, daß es aber nur acht Monate dauert, bis über Hoffmann's Klage gegen dieses Verbot verhandelt wird?

Ma. IKAH

900 DM Strafe

Fürstenfeldbruck. Zwei DGB-Mitglieder, die Flugblätter der Gewerkschaft gegen eine Veranstaltung der faschischen „Deutschen Volksunion" (DVU) verteilt hatten, wurden vom Amtsgericht Fürstenfeldbruck zu je 900 DM Bußgeld verurteilt, weil die Flugblattverteilung eine unangemeldete Demonstration und ein Verstoß gegen das Versammlungsgesetz gewesen sei - so die Urteilsbegründung (lt. UZ, 3.11.80).

***

Entfernung von Nazi-Parolen Sachbeschädigung?

Köln. An Gebäude der Kölner Universität wurden am 20. Oktober ca. 80 Nazi-Parolen gesprüht: *„Juden in die Gaskammern"*, *„Nigger go*
versität wurden am 20. Oktober ca. 80 Nazi-Parolen gesprüht: *„Juden in die Gaskammern"*, *„Nigger go*
home", *„Ausländer raus"*, Hakenkreuze usw. Nach Protesten einiger Studenten ließ der Rektor lediglich die Mauern des Hauptgebäudes reinigen, andere Parolen blieben stehen. Sammy Maedge, der sich seit Jahren bemüht, Dokumente der NS-Zeit in Köln der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, forderte den Rektor der Uni mehrmals schriftlich dazu auf, die Parolen entfernen zu lassen. Als darauf keine Raktion erfolgte, schritt er zur Selbsthilfe und malte die Parolen sauber mit grauer Farter Arbeit wird er von Unibediensteten „gestellt", die ihm die Arme auf dem Rücken verdrehen, abführen und dann mehrere Stunden in einem Raum einschließen, bis die Polizei kommt. Die Polizisten lassen sich den „Schaden" zeigen und selbst sie zweifeln an der Berechtigung einer Anzeige. Auch der Hinweis von Sammy Maedge, daß er durch das Übermalen der Parolen erreichen wolle, daß das Deutschlandbild der ausländischen Studenten wieder gerade hängen könne, hält die Unibediensteten nicht davon ab, Anzeige wegen „schwerer Sachbeschädigung" zu erstatten. Auf der Wache will Sammy Maedge dann Anzeige wegen Freiheitsberaubung stellen; die Polizisten raten ihm jedoch davon ab, denn die Uni werde sicher noch einlenken... Wird sie einlenken? (Nach TAZ, 12.11.80).

***

NPD-Deckert klagt gegen Antifaschistin

Mannheim. Im Mai 1979 erging das berüchtigte Mannheimer Urteil des Verwaltungsgerichts, das der NPD und damit auch dem ihr angehörenden Lehrer Günther Deckert bescheinigt, „ auf dem Boden des Grundgesetzes" zu stehen. Gleich danach erstattete Deckert Anzeige gegen eine Antifaschistin, die öffentlich bedauert hatte, daß Deckert nun weiterhin *„seinen braunen Mist"* in der Schule verbreiten darf. Die Staatsanwaltschaft wollte ein Verfahren, scheiterte jedoch beim Amtsgericht, das die Erklärung als *„polemische Zuspitzung einer im Kern richtigen Aussage"* wertete. Mit dem Hinweis auf die „Verfassungstreue" der NPD legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein!

Eine Initiative zur Unterstützung der Angeklagten trifft sich jeden Freitag um 20.00 Uhr im Rheinhäuser Hof in Mannheim. (SAZ, 12.11 80).

***

Verfahren wegen Leserbrief

Verfahren wegen Leserbrief

Bochum. In einem Leserbrief an eine örtliche Zeitung kritisierte ein Bochumer die milde Behandlung von Neonazis durch Behörden und Justiz. Er stellte die Frage, ob die Justiz auf dem *„rechten Auge blind"* sei, nachdem beim Prozeß gegen die Antifaschistin Roswitha Wolff NPD-Mitglieder ungehindert im Gerichtsgebäude agitieren durften. Der Leserbriefschreiber erhielt daraufhin eine polizeiliche Vorladung (UZ, 17.11.80)!

***

Keine Volksverhetzung?

In einer Artikelserie über die Judenverfolgung schrieb der geistliche Chefredakteur des „Würzburger Katholischen Sonntagsblattes" Helmut Holzapfel über die *„Entwurzelung der Ostjuden"*, die mit übler Pornographie Geld verdienten und *„ein Leben in Saus und Braus führten, während das Volk, das deutsche Volk, darbte"*.

Der Duisburger Jurist Heinz J. Sehr erstattete daraufhin Anzeige wegen Volksverhetzung; den Juden werde eine Mitschuld an ihrer Verfolgung zugeschoben. Am 21.11. stellte die Würzburger Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen Holzapfel ein, weil der Beschuldigte **„nicht die Menschenwürde anderer angegriffen"** habe. Heinz J. Sehr kündigte an, daß er mit Sicherheit Beschwerde gegen die Einstellung beim Generalstaatsanwalt einreichen werde (FR,26.11.80).

***

Harburger Antifaschisten-Prozeß: Staatsanwalt machte sich aus dem Staub!

Hamburg-Harburg. Kaum zu glauben, aber wahr: Die beiden Antifaschisten, die in Harburg wegen ihres demokratischen Engagements gegen eine rassistische NPD-Kundgebung vor Gericht stehen, haben nun schon den 12. Verhandlungstag hinter sich - und ein Ende dieses „Spiels" ist noch nicht abzusehen. Als ständiger Beobachter muß man schon aufpassen, daß man sich nicht an die Zustände in diesem Prozeß gewöhnt, denn ein „Klops" folgt dem anderen. Der Polizeizeuge Hartwig, von dessen Vernehmung sich Staatsanwalt Gerhard und wohl auch Richter Winterstein versprechen, daß er endlich mal was „Handfestes" aussagen könnte, erschien am elften Verhandlungstag gar nicht erst, und am zwölften kam 10 Minuten vor Verhandlungsbeginn der Anruf, daß er nunmehr „hauskrank" sei. Die Verteidigung beantragt, daß dies gerichtlich durch einen Amtsarzt nachgeprüft werde, worum es wieder ein Hick-Hack gibt. In einer kurzen Pause erfährt die Verteidigung durch ein Telefonat, daß dieser Polizist gar nicht zu Hause ist, und wieder 5 Minuten später teilt das Polizeipräsidium mit, daß er d o r t war und sich eine Entschul-
und wieder 5 Minuten später teilt das Polizeipräsidium mit, daß er
d o r t war und sich eine Entschuldigung vom Medizinalrat verschreiben ließ... „Hauskrank"?? Der Staatsanwalt meint, daß der Antrag auf amtsärztliche Nachprüfung ein „grundloses Mißtrauen" darstelle. Richter Winterstein will gar nicht erst weiterverhandeln, weil der Zeuge nicht da ist. Zwei Anträge der Verteidigung zu diesem Zeugen aus der vorigen Verhandlung lehnt er ab: Ein Tonbandprotokoll seiner Aussage und die Erstellung eines forensischen (gerichtlichen) Gutachtens über den Zeugen, um seine Glaubwürdigkeit zu prüfen. Die Ablehnung dieser 3 Anträge zeigt deutlich, wie sehr Richter und Staatsanwalt an diesem Polizei-Zeugen hängen. Während Richter Winterstein nun verkündet, daß er die Verhandlung wieder vertagen will, stellt die Verteidigung den Antrag weiter zu verhandeln, doch Staatsanwalt Gerhard packt schon wieder seine Sachen und zieht seinen Mantel an. Als er schon aufgestanden ist, eröffnet Richter Winterstein die Verhandlung wieder, um der Verteidigung das Wort zu geben und ermahnt den Staatsanwalt, sich wieder zu setzen. Die Verteidigung beantragt eine kurze Pause, um mit ihrem Mandanten diesen Prozeßverlauf zu besprechen und - schwupps - ist Staatsanwalt Gerhard schon wieder im Mantel drin, mit der Bemerkung: *„Der will ja gar keinen Antrag stellen"*. Richter Winterstein, der offensichtlich bei diesem Theater nicht den Eindruck erwecken will, als habe er die Sache nicht mehr in der Hand, beschließt und verkündet blitzschnell, daß die Verhandlung für heute nun doch unterbrochen ist - da ist der Staatsanwalt auch schon weg. Da nützt kein Protest der Verteidigung. Die anwesenden Zuschauer meinten noch, aus dem Richterzimmer einen Knall zu hören, so als wenn jemand einen Stapel Akten auf den Tisch haut....

Der Unterstützerkreis der angeklagten Antifaschisten ruft für den 6. Dezember um 17.00 Uhr zu einer Solidaritäts- und Informationsveranstaltung im Freizeitzentrum Nöldekestraße in Harburg auf. Im Programm sind u.a. der neue Film über die Hoffmann-Bande, ein Film der VVN:„33 Jahre danach" und die heiße Rock Gruppe „Feed Back".

***

Hausverbot für Antifaschisten

Frankfurt. Eine antifaschistische Gruppe innerhalb der Jüdischen Gemeinde wollte auf dem Ball eines Sportvereins im Canadian-Pazific-Hotel Flugblätter über neonazistische Aktivitäten in Frankfurt verteilen. Nachdem sie zunächst des Saales verwiesen wurde, verteilte sie im Foyer des Hotels weiter. Dort schließlich wurde den Antifaschisten Hausverbot erteilt, das auch gleich mit Hilfe von drei Polizisten in die Tat umgesetzt
wurde den Antifaschisten Hausverbot erteilt, das auch gleich mit Hilfe von drei Polizisten in die Tat umgesetzt
wurde (FR, 26.11.80).

***

Erfreuliche Wende im Plaketten-Prozeß

Hamburg. In dem Strafverfahren gegen Erika K., die den bayerischen Ministerpräsidenten Strauß dadurch beleidigt haben soll, daß sie auf ihrem Auto einen Aufkleber „Stoppt StrauSS" hatte, scheint eine erfreuliche Wendung zu nehmen. Im 2. Prozesstermin hatte der Verteidiger eine ganze Reihe von Beweisanträgen zur persönlichen Vergangenheit von Strauß sowie zu dessen Verbindungen zu Nazi-Faschisten nach dem Krieg im In- und Ausland, sowie zu den Äußerungen von Strauß im Krisenstab während der Schleyer-Entführung 1977 gestellt. Dabei bezogen sich die Beweisanträge zum einen auf die freundschaftlichen Beziehungen von Strauß zu dem Autor des antisemitischen Nazi-Propaganda-Films „Der ewige Jude", Eberhard Taubert. Bernt Engelmann hatte in seinem „Neuen Schwarzbuch" ein ganzes Kapitel über die Beziehungen Taubert/Strauß geschrieben und dabei insbesondere aufgedeckt, daß der von Strauß in Bezug auf Engelmann geäußerte Vergleich „Ratten und Schmeißfliegen" aus diesem Nazi-Hetzfilm stammte. Es wurde unter Beweis (Zeuge: Strauß) gestellt, daß der Kanzlerkandidat über die historische Bedeutung dieses „Ratten-und-Schmeißfliegen-Vergleiches" informiert war, weil er nach dem Krieg, insbesondere nach 1970, des öfteren mit Taubert über den Film gesprochen hatte.

Das Amtsgericht war nun überraschenderweise der Meinung, daß diesem Beweisantrag, insbesondere der Position und Rolle von Taubert im Faschismus, nachgegangen werden müsse. Dies kann man vom Ergebnis nur so werten, daß es für den Fall, daß Strauß über die von Engelmann geschilderten Verbindungen zu Taubert tatsächlich verfügt, gerechtfertigt sein kann, seinen Namen mit „SS" zu schreiben.

Der Richter Rehm hielt es weiterhin für erheblich, ob Strauß 1977 im Krisenstab tatsächlich, wie es der Stern-Journalist Peter Koch in seinem Sternbuch „Das Duell" aufgedeckt hat, die Erschießung von RAF-Gefangenen als Geiseln gefordert hat. Die Verteidigung benannte hierfür als Zeugen Hans-Jürgen Wischnewski.

Ob der Richter nun aber tatsächlich eine Vernehmung von Strauß, Wischnewski und womöglich auch Engelmann durchführen will, steht noch nicht 100%-ig fest: er hat die Verhandlung zunächst einmal auf unbestimmte Zeit ausgesetzt, um sich in Ruhe über die gestellten Beweisanträge den Kopf zerbrechen zu können.

***

Bald Gesetz gegen Plaketten?

München. Nachdem die Schülerin Dagmar Henn im Dezember vergangenen Jahres einen verschärften Verweis und eine Woche Ausschluß vom Unterricht verhängt bekommen hatte, weil sie ihre „Stoppt Strauß"-Plakette in der Schule nicht abnehmen wollte, entschied das Verwaltungsgericht München jetzt, daß die Begründung für diese Strafen haltlos ist. Die zugrundegelegte „allgemeine Schulordnung" verbiete zwar „politische Werbung durch Embleme", dadurch werde jedoch die grundrechtlich verbürgte Freiheit der Meinungsäußerung eingeschränkt. Dazu sei aber eine gesetzliche Grundlage notwendig - so die Urteilsbegründung am 21. November (FR, 22.11.80). Für das kritische Ohr klingt das schon leise nach einer Forderung, diese gesetzlichen Grundlagen zu schaffen.

Im Verfassungsstreit um das Tragen derartiger Plaketten an Schulen hat sich der Rechtsausschuß des bayerischen Senats gegen die Klage der Regensburger Schülerin Christine Schanderl gestellt. Mit einer Popularklage will die Schülerin die betreffende Verbotsbestimmung aus der Allgemeinen Schulordnung für verfassungswidrig erklären lassen. Das Verfassungsgericht holt von Landtag und Senat Stellungnahmen zu solchen Verfassungsklagen ein, ehe es entscheidet (SZ, 9.11.80).

Letzte Meldung: Bayerns Kultus-

chen Verfassungsklagen ein, ehe es entscheidet (SZ, 9.11.80).

Letzte Meldung: Bayerns Kultusminister kündigte im Plenum des Landtages ein Gesetz an, das das Tragen von Polit-Plaketten an bayerischen Schulen verbietet. Und die Opposition im Landtag verkündet, daß in der Tat eine derartige Einschränkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung nicht durch die Schulordnung, sondern allenfalls durch ein Gesetz erfolgen dürfe. - „Opposition"??

***

Strauß prozessiert wegen Flugblatt

München. *„Nie wieder Faschismus - nie wieder Krieg! Stoppt Strauß, denn Strauß heißt Krieg!"* - Solche Formulierungen in einem Flugblatt des „Kommunistischen Hochschulbundes" aktivierten die politische Polizei in München, die dieses Flugblatt gleich an die politische Abteilung der Staatsanwaltschaft beim Landgericht München I weiterverteilte. Staatsanwalt Steiner fing an, wegen Verdachts der Beleidigung zu ermitteln und verteilte das Flugblatt (oder etwa nur die anstößigen Formulierungen?) weiter an den großen Vorsitzenden Strauß. Der stellte dann auch tatsächlich Strafantrag gegen die presserechtlich Verantwortliche des KHB wegen der oben zitierten Formulierungen und weil ihn die Bezeichnung „Volksverhetzer" in dem Flugblatt störte. Das Amtsgericht sprach die Angeklagte zwar frei, Strauß ging jedoch in die Berufung.

Einzelheiten über die Berufungsverhandlung können eingeholt werden bei: Gabi Anders, Tulbeckstr.4, 8 München 2

KUNST IM KNAST

"Kunst im Knast" ist ein Zeichen aus dem Knast. Es ist ein Kalender mit und über Tätowierungen, ausgedacht, geplant, diskutiert, gezeichnet und handcolouriert von einer Knastgruppe in der Jugendstrafvollzugsanstalt Hahnöver - Sand. Eine lange Zeit haben wir unbehelligt an dem Kalender arbeiten können, von Seiten der Anstaltsleitung bestand einerseits wenig Interesse, andererseits wahrscheinlich Vertrauen darauf, das der Kalender "harmlos" sei.

Nachdem letzte Woche der Anstaltsleiter ein Exemplar gelesen hatte, ließ er umgehend alle 20 der sich in der Anstalt befindlichen Exemplare, die von der Gruppe colouriert werden [illegible] sollten, beschlagnahmen. In einer eigens einberufenen [illegible] Erziehungsgruppenleiterkonferenz am letzten Mittwoch, [illegible] an der die "Knackis" aus der Gruppe mit der Be- [illegible] gründung, es herrsche schon genug Unruhe [illegible] in der Anstalt, nicht teilnehmen durften, [illegible] wurde dann der Vorwurf erhoben, der Kalender [illegible] rufe dazu auf, sich tätowieren zu lassen. [illegible] Außerdem käme nicht deutlich genug zum [illegible] Ausdruck, welche Schwierigkeiten man sich [illegible] mit Tätowierungen einhandelt. Die Beamten, die [illegible] mit aller Kraft, - wenn auch, wie die Konferenz eingestehen mußte, meistens erfolglos -, [illegible] gegen das Tätowieren ankämpfen, würden mit dem Kalender lächerlich gemacht. Der Gruppe wurde angedroht, ihre Arbeit nicht mehr fortsetzen zu können. Des weiteren müßte man sich grundsätzlich überlegen, ob eine Zusammenarbeit mit Knastgruppen weiterhin möglich und im Sinne der Anstalt sei.

Heute wurde dann telephonisch aus Hahnöver - Sand mitgeteilt, daß die beschlagnahmten Exemplare am Tor der Vollzugsanstalt abgeholt werden können - aber nur gegen Abgabe des Vollzugshelferausweises.

Was das bedeutet ist klar! Die Arbeit der Gruppe am Kalender und die weitere Arbeit der Knastgruppe ist verboten worden. Ohne schriftliche Begründung, weder durch die Ansstltsleitung noch durch das zuständige Strafvollzugsamt wird damit ein Strich durch die Arbeit der Knastgruppe gemacht.

Schaut Euch die Ausstellung an und urteilt selbst!!!

Kontakt: E. Schweppe, Hospitalstr. 60, 2HH50 c/o Fritz

BESCHLAGNAHMT

2 Jahre Isolation im Celler Hochsicherheitstrakt

Interview mit Harry Stürmer

Seit dem 8. Dezember 1978 ist in Celle der Hochsicherheitstrakt belegt. Bis zum 28.10.80 waren dort Heinz Herlitz, Karl-Heinz Dellwo und Harry Stürmer isoliert. Nach der Entlassung von Harry vor gut zwei Monaten sitzen jetzt „nur" noch Karl-Heinz Dellwo und Heinz Herlitz im wohl perfektesten und totalsten Isolationstrakt der BRD.

„Gespenstisch" kam der Celler Trakt selbst Mitgliedern des Rechtsausschusses des niedersächsischen Landtages vor, die den Trakt vor seiner Belegung besichtigt hatten; einer der Abgeordneten mußte „an das Orwellsche Buch ‚1984' denken" (NDR, Rundschau am Abend, 27.3.79). Die Vereinigung niedersächsischer Strafverteidiger richtete einen Arbeitskreis ein mit dem Ziel, „dafür Sorge zu tragen, daß diese Haftbedingungen, die wir für unerträglich halten, wieder abgebaut werden" (NDR, 27.3.79).

Doch seit der Belegung des Celler Traktes vor fast genau 2 Jahren ist es um ihn immer stiller geworden. Auch in der linken Presse ist so gut wie nichts über diesen Hochsicherheitstrakt zu lesen.

Das Interview soll dazu beitragen, dieses Schweigen zu durchbrechen, weil die Öffentlichkeit der wichtigste Schutz der Genossinnen und Genossen in den Trakten ist und Schweigen tatsächlich hier Totschweigen bedeutet.

Westberliner Antirepressionskommission des KB

Frage: Kannst Du kurz die Architektur des Celler Traktes mit seinen Einrichtungen zur Totalüberwachung beschreiben?

Der Trakt ist ein in sich geschlossener und vom übrigen Knast hermetisch abgeschotteter Teil. Er besteht aus 12 Einzel- und 2 zusätzlichen Bunkerzellen, einer Fernsehzelle und 2 Sprechzellen, Lager- bzw. Bullenräumen, der schußsicher verglasten Zentrale mit unzähligen Schaltern. Moni-

Sprechzellen, Lager- bzw. Bullenräumen, der schußsicher verglasten Zentrale mit unzähligen Schaltern, Moni-

toren u. ä., sowie dem Sauerstoffkäfig für den täglichen Hofgang. Das Stockwerk über dem Trakt ist nicht belegt. Auf dem Flur und im Sauerstoffkäfig sind Videokameras und Mikrofone fest installiert. Die Fernsehzelle wird durch eine große Panzerglasscheibe überwacht. D.h., daß jedes außerhalb der (Einzel-)Zelle gesprochene Wort, jede Bewegung, jede Lebensäußerung aufgezeichnet, überwacht, ausgewertet wird. Wie sowas im Einzelfall funktioniert, macht vielleicht folgendes Beispiel deutlich: als wir mal von der Fernsehzelle aus – die als einzige nicht direkt von Mauer oder Sichtblende verrammelt ist – einem Versorgungs-LKW beim Rangieren zuguckten, wurden wir dabei beobachtet. Auswertung, Umsetzung: am nächsten Tag waren die Fenster von außen mit einer undurchsichtigen Milchglasfolie zugeklebt.

Die Zellen sind spezialverputzt, mit Standard-Sicherheitsmöbeln ausgerüstet. Waschbecken, Scheißhaus, Spiegel aus Stahlblech, ganztägig eingeschaltete Neonröhren.

Die „Fenster" sind aus Panzerglas und von innen nicht zu öffnen, geatmet werden soll durch ein neben dem Panzerglas eingebautes System von winzigen Luftlöchern, das gleichzeitig der Filterung eventueller akustischer Reize dient. Vor den „Fenstern" ist eine Bretterwand als Sichtblende hochgezogen; die zur anderen Seite liegenden Zellen bieten „Aussicht" auf die Nato-Draht-gekrönten Trakthofmauern, welche mit einem Drahtnetz überspannt sind (siehe Zeichnung).

Daß jedes geschriebene Wort ebenso registriert und ausgewertet wird, wie dann auch jedes beim Besuch (1 Stunde im Monat) gesprochene Wort von zwei LKA- und einem Trakt-Bullen mitprotokolliert wird, ist eh klar.

Frage: Wieviel und unter welchen Umständen hattet ihr Kontakt untereinander?

Wir sind vom ersten Tag an auch untereinander nochmal total isoliert worden, so daß ich z.B. nicht mal wußte, daß am gleichen Tag auch Karl-Heinz in einer koordinierten Aktion von Köln aus eingeflogen worden war. Ich habe 5 Monate lang weder ihn, noch den Heinz – oder irgendeinen anderen Knacki – gesehen oder gehört.

Erst nachdem wir am 12. März 78 einen ersten gemeinsamen Hungerstreik begonnen hatten, konnten Heinz und ich uns am 29.3. das erste mal wieder sehen. Nur uns beiden war auf Weisung des Justizministeriums gemeinsamer Hofgang und abends 2 Stunden Fernsehen gewährt worden. Eindeutiger läßt sich die in diesem Trakt-Modell angelegte und angestrebte Spaltung der Gefangenen nicht belegen.

Als wir weiterstreikten, die ersten Zwangsernährungen ebenfalls wirkungslos geblieben waren und in Salzgitter und Hannover zudem von verschiedenen kleinen Gruppen und Freunden nach langem Stillschweigen erstmals wieder Widerstand und Aktionen gegen den Trakt ausgingen, lenkte der Knast bzw. das Justizministerium ein: wir erreichten jetzt auch die Aufhebung von Karl-Heinz' Total-isolation, gemeinsamen Hofgang und abends dreieinhalb Stunden Zusammenschluß in der Fernsehzelle, Genehmigung von Tauchsieder und UKW-Radio in dieser Zelle, Tischtennisplatte im Sauerstoff-Käfig und ein Trimm-Rad in einer der Leer-Zellen.

Zu unserer Hauptforderung nach Erweiterung und Gestaltung der Gruppe, die mindestens den Forderungen der medizinischen Gutachter entspricht (interaktionsfähige Gruppe von mindestens 15 - 20 Gefangenen), hieß es, daß Niedersachsen keine weiteren politischen Gefangenen bekäme.

Es ist mir an dieser Stelle aber auch besonders wichtig, herauszustellen, daß sich in Celle schon vom rein Baulichen her selbst eine Minimalforderung wie die nach interaktionsfähiger Gruppe nicht verwirklichen lassen wird. Die Zellen sind ständig verschlossen. Zum Hofgang oder abends zum Zusammenschluß wurden wir jeweils einzeln von einem drei- bis fünfköpfigen Trupp Grauuniformierter rausgeholt, in einem Extraraum gefilzt, um dann in die separate Fernseh-Zelle eingeschlossen zu werden. Dreieinhalb Stunden später die gleiche Prozedur noch mal rückwärts.

Es gibt also nach dem niedersächsischen Modell nicht mal mehr die Möglichkeit, selbst zu bestimmen, wann man wie lange mit den anderen zusammensein oder sich auf die Zelle zurückziehen will. Es gibt – soll geben – keinen eigenen selbstbestimmten Schritt mehr.

Frage: Welche Auswirkungen haben sich bei Euch nach zwei Jahren Hochsicherheitstrakt bemerkbar gemacht?

Die gesundheitlichen Auswirkungen des Entzugs fast sämtlicher äusseren Sinneseindrücke gekoppelt mit der massiven Bewegungs- und vor allem Selbstbestimmungsbeschränkung sind seit Jahrzehnten bekannt und Gegenstand psychologischer Untersuchungen und Gutachten, die beispielsweise auch Grundlage für das Memorandum von amnesty international waren.

Es wäre falsches Heldentum, die zwangsläufigen Auswirkungen auf die psychische und physische Gesundheit zu leugnen: Verschlechterung der Sehfähigkeit (nach 9 Monaten Trakt brauchten wir alle drei erstmals eine Brille), Konzentrationsschwächen, dauernde Kopfschmerzen, Kreislauf- und psychosomatische Störungen – Störungen, die langfristig und im Gegensatz zur physischen Folter leise wirken, die von außen oder auch vom Gefangenen selbst durch einen langwirkenden, schleichenden Prozeß schwerer zu erkennen und anzugreifen sind. Das ist sicherlich auch mit ein Grund dafür, weshalb die offizielle Staatsschutz-Propaganda von einem großen Teil der Öffentlichkeit akzeptiert wird.

Die gesundheitliche Zerstörung der Gefangenen ist dabei nicht Selbstzweck der Trakte. Es geht um die Zerstörung der politischen Identität der Gefangenen, ihres Widerstandes und ihrer Willenskraft. Das gilt genauso für die ungebrochenen „sozialen"Gefangenen, für die aus dem gleichen Grund der Traktvollzug zunehmend ausgebaut wird. Dieses Ziel verliert man aus dem Auge, wenn sich die Kampagnen gegen Isolation und Totsicherheitstrakte allein an den gesundheitlichen Auswirkungen aufhängen. Besonders zynisch wird's, wenn die Linke bzw. die Öffentlichkeit erst jedesmal dann reagiert, wenn ein einzelner Gefangener – wie beabsichtigt – gesundheitlich so weit runter ist, daß er kaum noch kriechen kann. Solche Individual-Kampagnen schlagen dann auf alle anderen Gefangenen zurück, die folgerichtig erst dann rauskommen können, wenn sie jeweils das gleiche Wrack-Stadium erreicht haben. Das ist kein Kampf gegen das Trakt-Programm, sondern eher ein helfender Zeigefinger für den Repressionsstaat, der sich aus der Sorge rührt, daß zu krasse, sichtbare Auswirkungen (wie der Tod eines Gefangenen) draußen Unruhe, militante Aktionen und ein klares anti-staatliches Bewußtsein auslösen könnten.

Frage: Welche Unterstützung habt Ihr von draußen erfahren? Was hat sie für Euch bedeutet?

Einen Teil der Unterstützung habe ich vorhin schon erwähnt: die Unterstützung unseres Hungerstreiks durch Aktionen und Öffentlichkeitskampagnen, die mit dem Ende des Hungerstreiks aber genauso schnell wieder abgeebt sind.

Für jeden einzelnen Gefangenen ist darüberhinaus der Kontakt nach draußen enorm wichtig – um mitzukriegen, was sich da bewegt, entwickelt und lebt. Um die Isolation zu durchbrechen. Um rauszukommen aus den Traktmauern. Um sich selbst einzubringen. Das Aktivpotential zu erhalten. Diese Unterstützung hat ganz wesentlich gewährleistet, daß wir immer noch LEBEN. Nur durch diesen ständigen Kontakt sind wir weder zu Monstern noch zu Krüppeln geworden.

Wie wichtig diese Unterstützung, die Information und die kontinuierliche Diskussion zwischen drinnen und draußen ist, wissen allerdings auch die Herren der Trakte, die dementsprechend versuchen, diese Kontakte zu unterbinden: „ ... *Zur Erreichung des Vollzugszieles ist es nämlich unabwendbar, Literatur fernzuhalten, die geeignet wäre, eine Diskussion unter Gefangenen in Gang zu setzen oder in Gang zu halten, die sich mit Themen wie Terrorismus oder anarchistischen Bestrebungen befaßt. Dabei kommt es nicht darauf an, ob der von dem Verbot betroffene Gefangene selbst im Sinne terroristischer oder anarchistischer Bestrebungen beeinflußbar erscheint.*" „ ... *In dem Flugblatt der ‚Alternativen Liste' ... wird den Politikern und Bediensteten des Staates bei der Überprüfung der Bewerber für den öffentlichen Dienst ‚Gesinnungsschnüffelei' vorgeworfen und ihnen unterstellt, sie bedienten sich bei der Überprüfung rechtswidriger Methoden. Durch diese Unterstellungen soll das Vertrauen in den Staat und seine Organe untergraben werden und der Antragsteller und seine Gesinnungsgenossen in ihrer bestehenden ablehnenden Haltung gegenüber dem Staat bestärkt werden.*" „ ... *begründet die Gefahr, daß der Schriftwechsel zwischen Ihnen und Ihrer Ehefrau einen schädlichen Einfluß auf Sie hat ... Ein Briefwechsel zwischen Ihnen und Ihrer Ehefrau würde zuzulassen sein, wenn sich der Briefinhalt überwiegend auf familiäre Mitteilungen beschränken würde.*" (Zitate aus Zensur-Beschlüssen – Anm. AK: Gudrun Stürmer, eingeknastet im HS-Trakt Moabit, angeklagt im z.Zt. laufenden zweiten 2.-Juni-Prozeß.)

Frage: Nach Deiner Entlassung sitzen jetzt „nur" noch Karl-Heinz und Heinz im Celler Horror-Trakt. Was können/müssen wir tun, um ihr Überleben zu gewährleisten?

Grundsätzlich ist das Wichtigste, die Isolation der Gefangenen zu durchbrechen, um das Traktziel nicht aufgehen zu lassen. Einmal also der persönliche Kontakt zu den Gefangenen durch Schreiben und Besuchen. Dann die Durchbrechung der Schweigemauern um den Knast und speziell die Trakte: also die Information über die Trakte nach draußen tragen und längerfristige Kampagnen gegen diese Vollzugsabart aufbauen.

Voraussetzung dafür scheint mir allerdings das Verständnis der Trakte als ein Teil des gesamten Teile-und-Herrsche-Knastprogramms und damit eben auch als zeitgemäßen Teil der gesamtstaatlichen Repression gegen uns alle: Bedrohung und Abschreckung gegen alle, die noch im Kopf haben, diesen Staat zu stürzen.

Das umfangreiche neue Traktbauprogramm konnte erst nach dem Herbst 77 massiv durchgesetzt werden, weil die gesamte Linke zu dem Zeitpunkt hoffnungslos in die Defensive oder Resignation geraten war, der Staat auf unwidersprochene Hinnahme bis zur Identifizierung mit der staatlichen Repression gegen die Gefangenen aus der Guerilla bauen konnte.

Die beste Unterstützung für alle eingebunkerten Gefangenen besteht also darin, daß die Linke endlich wieder aus der Defensive herauskommt

also darin, daß die Linke endlich wieder aus der Defensive herauskommt

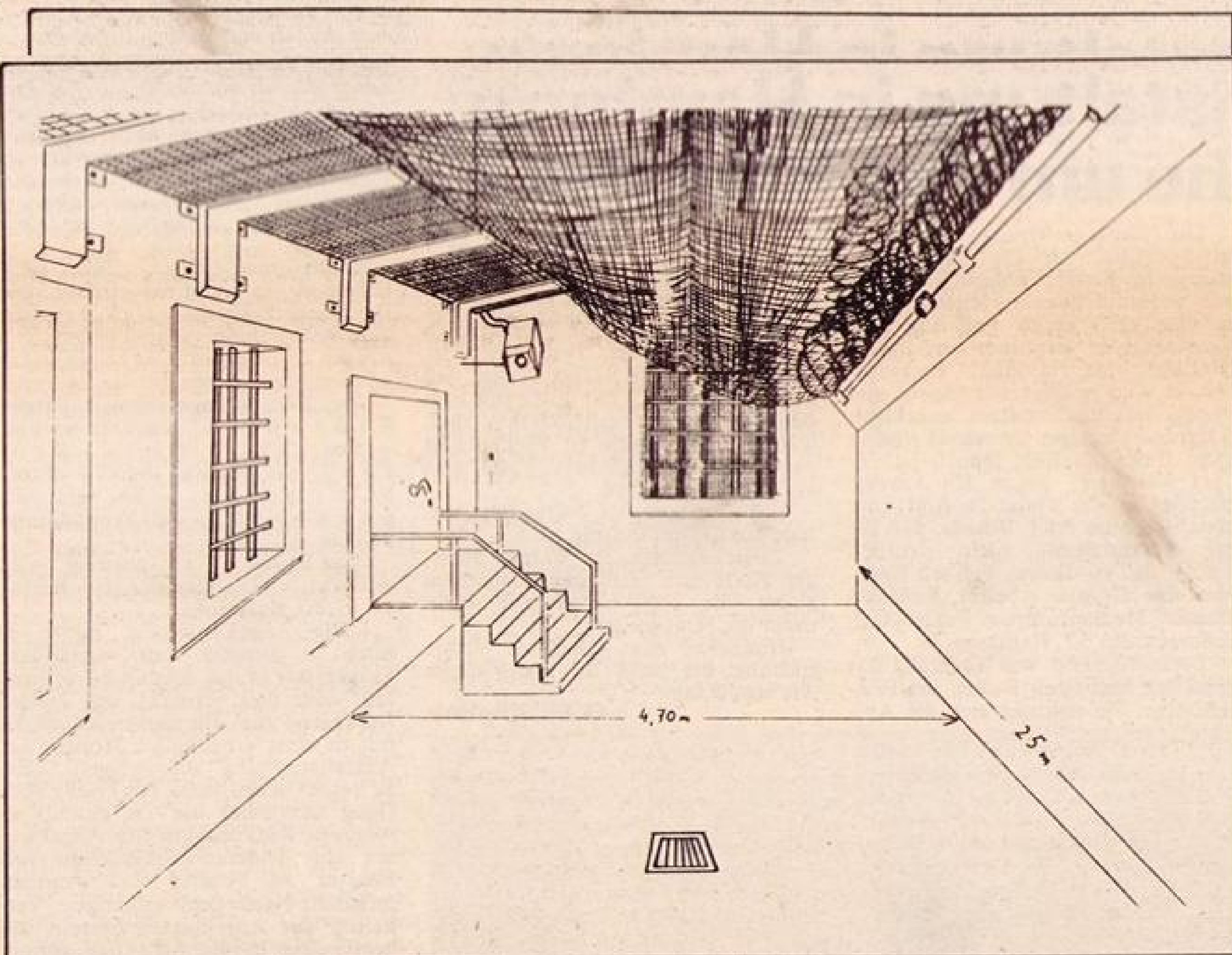
und neue Initiativen zur Überwindung dieses Staatssystems entwickelt. Alles was sich draußen in dieser Richtung regt – was letztlich auch die Abschaffung der Knäste inklusive der Trakte beinhaltet – hilft den Gefangenen.

Frage: Nach der Belegung des Celler Trakts vor zwei Jahren sind weitere Hochsicherheitstrakte fertiggestellt und belegt worden (Westberlin-Moabit, Hamburg, Bielefeld). Noch mehr sind geplant oder schon im Bau, wie hier in Westberlin-Plötzensee. Der Protest scheint umso stiller zu werden, je mehr Trakte es gibt. Siehst Du Möglichkeiten, diese Entwicklung aufzuhalten?

Klar muß sein, daß diese Entwicklung nicht durch ein einmaliges punktuelles Aufbäumen zu stoppen ist, sondern daß wir uns auf lange Zeit damit auseinandersetzen müssen. Wenn das wirklich begriffen wird, müßte eigentlich auch der lähmende Frust aufhören, der jedesmal einsetzt, wenn man erfahren muß, daß trotz des zündenden Artikels, der malerischen Parole oder der klirrenden Scheibe die Traktmauern nicht einfallen.

Seit ich wieder draußen bin, sehe ich eine ganze Reihe hoffnungsvoller Ansätze: von Punks, sich bewegender Jugend, Antimilitaristen, Hausbesetzern bis hin zu Alt-Linken, die langsam wieder anfangen, über die 77er-Tabus wie revolutionäre Veränderungen, Stammheimer „Selbst"-Morde etc. zu reden. Ein Hauch von hoffnungsvollen Ansätzen, die sich zusammen mit der weiteren wirtschaftlichen Abwärtsentwicklung durchaus explosiv vermengen und auch die Knastmauern zum Wackeln bringen können. Früher oder später.

Speziell zum jetzt genau zwei Jahre bestehenden Trakt in Celle will ich abschließend aber doch betonen, daß die Situation dort für Heinz und den Karl-Heinz absolut unerträglich ist. Eine Verbesserung ist in Celle selbst nicht möglich, so daß wir uns dringend was einfallen lassen müssen, wie wir den Druck schaffen können, um die Beiden zumindest aus Celle rauszuholen. Ganz schnell.



Was geschah im Ossendorfer Knast?

Laut diversen kurzen Berichten der bürgerlichen Presse vom 27.11.1980 soll Angelika Speitel am 26.11. im Ossendorfer Knast einen Selbstmordversuch gemacht haben.

Angelika wurde im Oktober letzten Jahres zu zweimal lebenslänglich verurteilt, da sie in eine Schießerei verwickelt war, bei der ein Polizist umkam.

Ein ausführlicher Bericht zu den Pressemeldungen und vor allem Angelika Speitels Haftsituation folgt im nächsten AK.

Über Hochsicherheitstrakte, Terrorismus und den grundlegenden Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse

Vortrag der P.P.Zahl-Initiative

über Hochsicherheitstrakte, Terrorismus und den grundlegenden Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse.

(Der folgende Beitrag wurde mündlich und mit verteilten Rollen vorgetragen. Das können wir hier nur annähernd wiedergeben. Außerdem waren Kürzungen unvermeidlich. Trotzdem halten wir ihn als agitatorische Anregung für dokumentierenswert – viel Spaß beim Lesen! –

IKAH

Erste Hinweise, daß auch in Santa-Fu ein Hochsicherheitstrakt gebaut wird, erhielten wir im Herbst 1979. Nähere Einzelheiten von offizieller Seite zu erhalten, war allerdings unmöglich. Im April dieses Jahres verfaßten wir einen Offenen Brief an die Justizbehörde mit Fragen zum Trakt. Die Antwort erhielten wir im Juli.

Sie ist äußerst aufschlußreich und wird deshalb das Kernstück unseres Beitrages sein. Das darin enthaltene Angebot zu einer Begehung des Traktes zusammen mit geladenen Pressevertretern nahm ein Mitglied unserer Gruppe wahr und veröffentlichte darüber einen Bericht.

Wir werden den Brief häppchenweise verdauen, dabei chronologisch vorgehen und nur ganz geringfügig kürzen.

„Die Einrichtung der Sicherungsstation in der Aufnahmeanstalt in Fuhlsbüttel geht wesentlich zurück auf Überlegungen des Jahres 1976, als aus einer Berliner Haftanstalt 5 Terroristinnen ausbrechen konnten."

Terror – Ausbruch – Hochsicherheitstrakt. Logo!

Der Berliner Justizsenator Meyer sagt am 18.1.80 im Berliner Haus der Kirche: „Der Sicherheitsbereich (in Tegel) ist für die und nur für die Gefangenen gedacht, bei denen er das einzige wirksame Mittel zur Verhinderung von Ausbrüchen sowie zur Aufrechterhaltung der Sicherheit der Anstalt ist. Wir müssen da bei unseren Sicherheitsmaßnahmen differenzieren ..."

... das einzige wirksame Mittel zur Verhinderung von Ausbrüchen ...

Horst Herold, Chef des BKA, sagt im Sommer 1980 in einem Interview mit Sebastian Cobler auf die Frage über den Sinn von „praktizierten, isolierenden Haftbedingungen": „Herr Cobler, ich fühle mich da eingebunden in ein gewisses beamtenhaftes Verhalten, daß man gewisse Dinge eben nach innen zum Ausdruck bringt, nicht aber nach aussen schreit. Ich halte das mit den Trakten für einen Blödsinn. Als jemand, der auf Effizienz getrimmt ist, muß ich sagen: Es ist ein so uneffizienter Akt, daß ich ihn nur als Blödsinn bezeichnen kann. Aber ich weiß aus meinem beruflichen Kreis, daß die Gefährlichkeit der Leute anhält, daß ihre ideologische Aufladung weiterreicht, daß sie ungebrochen sind – was bleibt uns anderes übrig? Was sollen wir denn tun?"

Wessen Herz (und sei es eine Mördergrube) voll ist, dem läuft der Mund über: H. Herold spricht von einem blödsinnigen, ineffizienten Akt, stellt sich dusselig, kann sich's aber nicht verkneifen: Hochsicherheitstrakte, weil die „Leute (die Terroristen also) ungebrochen sind".

Eva Leithäuser beginnt mit den Terroristen, Meyer stützt sich auf dieselben und auch Herold hält's mit den Unnennbaren. Während einer Begehung des HS-Traktes in Fuhlsbüttel erklärte der Sicherheitsapostel Donandt: *„Die Hamburger Pläne sind älter als das Problem der politischen Gefangenen. 1976 durch den Ausbruch der Frauen aus der Lehrter Straße wurden die Sicherheitsvorstellungen sehr beflügelt."*

Terror – Ausbruch – Hochsicherheitstrakt. Nicht mehr so logo!

Greifen wir in E. Leithäusers Brief etwas voraus:

„Gegenwärtig sind dort (im Fuhlsbütteler HS–Trakt) vier Gefangene (muß jetzt heißen: 6) untergebracht, von denen ü b r i g e n s keiner dem Kreis terroristischer Gewalttäter zuzurechnen ist."

Wieso ü b r i g e n s ?

Terror – Ausbruch – Hochsicherheitstrakt. Gar nicht mehr so logo!

Da werden Hochsicherheitstrakte wegen der Unnennbaren gebaut – und dann sitzen andere drin. Wie das?

Horst Herold sagt im gleichen Interview, intellektuell so richtig in Schwung gekommen:

„ ... Ich bin ein Objektivist. Ich meine, daß alle Erscheinungen ihre objektiven Ursachen haben, ihre objektiven Gesetzmäßigkeiten, und daß wir Terrorismus auch unabhängig von der Person seiner Träger hätten. Die Baaders und die Meinhofs wären da, wenn es den Baader und die Meinhof nicht gäbe. (...) D.h., solche Erscheinungen wie der Terrorismus haben eine Signalwirkung, sie sind Vorläufer – nicht für den Terrorismus selbst und dessen Ideen, sondern für einen grundlegenden Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse. Terrorismus war und ist immer ein Indiz für das Herannahen gesellschaftlicher Umstrukturierungen, vom Ausmaß eines Bebens. Insofern müßten wir eigentlich dankbar sein, daß er auftritt; denn er gibt uns Hinweise auf das, was möglicherweise kommen kann, und er gibt uns auch Möglichkeiten, die Entwicklung zu beeinflussen, sie in andere Bahnen zu lenken. Der Terrorismus signalisiert, wo etwas gestört sein und wo die Störung liegen könnte."

Die Katze ist aus dem Sack! Der Zyniker Herold ist dem Terrorismus dankbar. Sein Konzept der Gesellschaftshygiene hat hier seinen Drehpunkt. Was Herold für draußen entwickelt, hat erst recht seine Geltung drinnen. Erinnern wir uns: Für den Fuhlsbütteler Sicherheitsapostel Donandt war der Terrorismus eine Beflügelung älterer Ideen. Verabschieden wir uns also von der Gleichung: Terror – Ausbruch – Hochsicherheitstrakt! Kommen wir zum Kern. Eva Leithäuser spuckt ihn aus:

„Auf Initiative des damaligen Präses der Justizbehörde beschloß der

„Auf Initiative des damaligen Präses der Justizbehörde beschloß der Senat damals ein umfangreiches Programm zur Sicherung des in Hamburg schon seit längerem nach und nach eingeführten Behandlungsvollzuges gegen Störungen durch Ausbrüche, gewaltsame Gefangenenbefreiung oder in den Anstalten geschürte Unruhen."

Zieht man diesem Satz seine Schale ab, so ergibt sich einfach: Der Hochsicherheitstrakt muß her, um den Behandlungsvollzug gegen Störungen zu sichern. Das klingt präzise. Der harte Kern ist die Störung!

Der Behandlungsvollzug soll gegen S t ö r u n g e n gesichert werden. – wer s t ö r t denn? – S t ö r e r ! – wodurch denn? – durch S t ö r u n g e n – wer fühlt sich g e s t ö r t ? – der Behandlungsvollzug ...

Das Signal S t ö r u n g wird enttarnt. Kammergericht Berlin, 11. 1.80, Beschluß:

„Die Angeklagten ... haben es noch in jüngster Zeit verstanden, **Flugblätter** in der Anstalt zu verbreiten, oder dies versucht, um andere Gefangene zum **Hungerstreik** und damit zu einer erheblichen Störung der Anstaltsordnung aufzuwiegeln. (Es) ist (eine) schriftliche **Nachricht** vom Gang aus unter die Tür geschoben worden. **Rufkontakte** der Angeklagten mit anderen Gefangenen von Fenster zu Fenster sind ohnehin möglich. Nach dem bisherigen Verhalten der Angeklagten besteht die begründete Befürchtung, daß sie die ihnen jetzt im normalen Vollzug gebotenen Kontaktmöglichkeiten weiter wahrzunehmen und erneut Gefangene zu Hungerstreiks oder anderen erheblichen Störungen der Anstaltsordnung aufwiegeln werden. Die Unterbringung in dem besonders abgegrenzten neuen Haftbereich ist das einzige Mittel, um solche Gefahren zu vermindern."

Flugblätter, Hungerstreiks, Rufkontakte, Gefangenenkontakte, Zellentürnachrichten – das sind Störungen!

E. Leithäuser meint, wenn sie Störung sagt: Widerstand.

Störung ist Widerstand, Widerstand ist Störung.

Warum sagt sie nicht gleich Widerstand? – Weil Widerstand gerecht ist! Warum sagt sie lieber Störung? – Weil sie lieber nicht gestört wird. Nehmen wir die Chronologie des Briefes wieder auf. E. Leithäuser schreibt – und ich störe:

„Die Einrichtung einer solchen Sicherungsstation ist mit dem Strafvollzugsgesetz durchaus vereinbar. In die Sicherungsabteilung der Aufnahmeanstalt werden Gefangene eingewiesen,

(von wem?) *für die aus den unterschiedlichsten Gründen,*

(wer legt die fest?) *sei es wegen ihres Verhaltens im Vollzug,*

(welchen Verhaltens?) *wegen ihrer Gefährdung durch sich selbst*

(soll gerade durch Isolierung Selbstmord verhindert werden?) *oder durch andere Gefangene*

(soll also der Bedrohte bestraft werden?) *oder wegen der Gefährlichkeit von ihnen begangener oder ihnen zur Last gelegter Straftaten*

(welche Straftaten sind denn gefährlich und welche nicht?) *oder anderer in ihrer Person liegender Gründe*

(welche Gründe liegen denn in einer Person?) *Haftbeschränkungen notwendig werden*

(wer bestimmt denn die Notwendigkeit?). *Daß die dem betroffenen Gefangenen damit auferlegten Beschränkungen*

(welche Beschränkungen?) *so zu wählen sind,*

(wer hat hier die Wahl?) *daß sie in einem angemessenen Verhältnis*

(wer mißt hier an?) *zu ihrem Zweck*

(welchem Zweck?) *stehen und den Gefangenen nicht mehr und nicht länger als notwendig beeinträchtigen,*

(wer legt Härte und Dauer fest?) *ist nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel selbstverständlich,*

(welche Mittel sind für wen verhältnismäßig?) *ist aber auch ausdrückliche Forderung des Strafvollzuggesetzes.*

Natürlich kommen aber auch Gefangene dieses Kreises

(gemeint sind „terroristische Gewalttäter") *für eine Unterbringung in der Sicherungsstation in Betracht, ebenso wie alle anderen allerdings nur, wenn und solange sie in der beschriebenen Weise für den Vollzug im übrigen eine Gefahr sind.*

(Zum Beispiel: solange es Mißstände im Strafvollzug gibt, die Gefangene veranlassen könnten, mit einem Hungerstreik als letztem Ausweg fangene veranlassen könnten, mit einem Hungerstreik als letztem Ausweg dagegen zu protestieren. Solange sperre man einige Gefangene in den HS-Trakt, damit alle anderen einsehen, daß es gar keinen Zweck hat zu protestieren und wissen, was ihnen droht.) *Unmittelbarer Kontakt zu anderen Gefangenen, die nicht Insassen dieser Abteilung sind, ist allerdings nicht erlaubt.*

(Stimmt genau: die Ablehnung des Besuchsantrages eines Mitgefangenen von einer anderen Station wurde folgendermaßen begründet: „Ein Besuch in der Sicherungsabteilung ist, um dem Zweck des Aufenthaltes des Herrn X in dieser Abteilung nicht entgegenzuwirken, mit einem hohen Personalaufwand verbunden. Dieser Aufwand wäre nur zu vertreten, wenn es um gewichtige und zugleich förderungswürdige Angelegenheiten gehen würde.") *Erlaubt ist hingegen wie bei allen anderen Gefangenen, jeglicher Verkehr mit der Außenwelt.*

(Jeglicher Verkehr mit der Außenwelt heißt zum Beispiel: Die Besucher müssen durch einen Durchsuchungscontainer, werden dort mit einem Metallsuchgerät abgesondet, müssen sich manchmal ausziehen bis auf die Unterwäsche, ihre Kleider durchwühlen und sich selber abtasten lassen. Der Besuch selbst dauert nur eine Stunde. Das Gespräch wird darüberhinaus dadurch behindert, daß die Akustik in dem hohen, kahlen Raum die Stimme so hallen läßt und verzerrt, daß man sehr laut sprechen muß und dadurch, daß zwei Beamte, die auch sonst auf der Station mit dem Gefangenen zu tun haben, dabei sitzen und mithören. Bisher finden die Gespräche über den obligatorischen breiten Tisch hinweg statt. In dem Besucherraum befindet sich aber auch – sozusagen als Drohung im Hintergrund – die Trennscheibe: eine schmale Plexiglasscheibe bis zur Decke hoch, daneben ein Drahtgeflecht zum Durchsprechen. Auf der anderen Seite der Raum, in dem dann der Gefangene allein sitzt. Spricht man durch das Drahtgeflecht, kann man den Gefangenen nicht dabei ansehen.) *Erlaubt ist, wenn keine besonderen Gründe entgegenstehen, auch jede Kommunikation der Gefangenen innerhalb der Sicherungsstation.*

(Eine Kommunikation mit anderen Gefangenen der Station findet mindestens die ersten vier Wochen überhaupt nicht statt – da werden die Gefangenen erst mal zur „Beobachtung" total isoliert. Und auch danach, wenn überhaupt, nur für 2 1/2 Stunden nach der Arbeit.)

Ein eigener Eindruck von den Bedingungen der Unterbringung in dieser Abteilung würde Sie sicherlich davon überzeugen, daß dem Sicherungsdenken an diesem Platze zwar mehr als in anderen Hamburgischen Vollzugseinrichtungen, aber keinesfalls in menschenverachtender Weise Raum gegeben ist.

mit freundlichen Grüßen
Eva Leithäuser

Knast-Veranstaltung in Hamburg: Stört die Ruhe um den Knast!

Lang, Lang ist's her, daß sich die Hamburger Linke und andere auf einer öffentlichen Veranstaltung mit dem Thema Knast befaßt haben! Am Dienstag, den 18.11., war's soweit: verschiedene Initiativen aus Hamburg meldeten sich in der „Fabrik" unter dem Motto „Zeichen aus dem Knast" zu Wort.

Ca.500 Leute kamen; eine beachtliche Zahl, wenn man bedenkt, daß es überwiegend Leute außerhalb der 'Szene' waren.

In der fast dreistündigen Veranstaltung wurden die Besucher mit den unterschiedlichsten Themen aus dem Knast konfrontiert: Die Humanistische Union sprach zum Thema „Medizinische Nichtversorgung im Strafvollzug"; die „Gefangenen-Selbstinitiative" spielte „Knastszenen"; die Grünen Hamburg sprachen über Schwierigkeiten, sich im Knast politisch zu organisieren und für Musik sorgte die Jazz-Rock Band „KIF-KIF".

Als Höhepunkte der Veranstaltung empfanden wir das Theaterstück der „Ermittlungsgruppe gegen Rettinger" und das Spiel mit verteilten Rollen zum Thema Hochsicherheitstrakt der Peter-Paul-Zahl (PPZ) Initiative.

Die Rettinger-Gruppe (Rettinger ist der Chef der sog. Sicherheitsgruppe im Knast Fuhlsbüttel) stellte mit beeindruckenden Mitteln (Pantomime etc.) einen Fall aus dem Knastalltag in Hamburg dar: Einem Häftling wird Haschisch zugeschoben, er wird prompt durchsucht und wegen Haschischbesitzes angeklagt. Aufgrund günstiger Umstände wird er zwar freigesprochen, jedoch ist der Chef Rettinger, gegen den Anzeige erstattet wurde, weiter im Amt, (wir berichteten im AK). Schade, daß auf der Veranstaltung nicht deutlich wurde, daß zu diesem Fall seit längerem eine Gruppe arbeitet, Kontaktadresse: Medienzentrum Fuhlsbüttel, Schumannstr. 57, Hamburg 76.

Beeindruckend war ebenfalls das Spiel mit verteilten Rollen der PPZ-Initiative. Sie nahmen sich die Antwort der Justizsenatorin Eva Leithäuser auf einen Offenen Brief zum Thema Hochsicherheitstrakt in Hamburg vor. Entlarvt wurde nicht nur der auf den ersten Blick oberflächlich wirkende Stil der Justizsenatorin, sondern es wurde nachgewiesen, daß „die Terroristen" nur Vorwand zum Bau der Hochsicherheitstrakte sind, während die Trakte in Wirklichkeit dazu dienen, jeglichen Widerstand im Knast zu brechen.

(Wir drucken im folgenden Auszüge aus diesem Beitrag.)

Zwischendurch las Werner Schlegel Texte von Gefangenen aus dem Knast, die wohl vielen ganz schön unter die Haut gingen.

Insgesamt eine gelungene Veranstaltung, die nicht die letzte dieser Art sein sollte!

IKAH, Hamburg



Prozeß gegen Amerikahausbesetzer

Im Prozeß gegen die Amerikahausbesetzer ist das Gericht offensichtlich gewillt, bei seinem scharfen Kurs noch ein erhebliches Stück zuzulegen.

Den neun Frauen, die z.Zt. im Frauenknast Lehrter Straße sitzen, wurde die Verlegung in den Hochsicherheitstrakt angedroht.

Begründung: An den Prozeßtagen sei die Durchführung des täglichen Hofgangs, der jedem/jeder Gefangenen zusteht, in der Lehrter Straße organisatorisch nicht durchführbar.

(Solche angeblich organisatorischen Probleme hat es zwar in anderen Prozessen auch gegeben; bisher wurden sie jedoch z.B. so gelöst, daß gefangene Frauen – vor dem Rücktransport in die Lehrter Straße – im Untersuchungsgefängnis Moabit Hofgang machen konnten.)

Allein die Androhung einer Verlegung in den Hochsicherheitstrakt bedeutet eine eindeutige weitere Vorverurteilung der Angeklagten. Ist doch sattsam bekannt, und von dem Trakt-Erbauer Justizsenator Meyer immer wieder betont worden, daß nach seiner Vorstellung sogenannte Terroristen und andere „die Sicherheit und Ordnung" störende Gefangene im Trakt „verwahrt" werden sollen.

Ganz in diesem Sinn hielt es das Gericht dann auch für oppotun, für die Dauer der Begründung des Verlegungsantrags die Öffentlichkeit auszuschließen und die Angeklagten – auch sie nicht informationswürdig – aus dem Gerichtssaal herausprügeln zu lassen.

Ganz in diesem Sinn hat das Gericht es auch vorgezogen, über die diversen Befangenheitsanträge der Anwälte gegen die Richter und über einen Einstellungsantrag wegen Vorverurteilung der Gefangenen durch die Medien, zunächst nicht zu befinden, sondern stattdessen die Anklageschrift verlesen zu lassen.

Eine Vorverurteilung der Amerikahausbesetzer, die ja wegen „Werbung für eine terroristische Vereinigung" (§ 129a StGB), „Verunglimpfung" der BRD-Flagge, „gefährlicher Körperverletzung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte" angeklagt sind, hat auch auf einer anderen Ebene stattgefunden:

Urteil zur „Abschreckung"

Eine 27jährige Frau, die an der Besetzung selber nicht teilgenommen hatte, wurde im November von einem Westberliner Schöffengericht „lediglich" wegen Landfriedensbruch zu 9 Monaten Knast ohne Bewährung verurteilt.

Während der Amerikahausbesetzung hatten Demonstranten und Passanten, die sich auf der Straße vor dem Amerikahaus aufhielten, beobachtet, mit welcher Brutalität die Besetzer vom Dach des Hauses heruntergeprügelt und verhaftet worden waren. Aus Empörung und Wut flogen aus der Menge heraus Steine gegen die Bullen.

Eine Frau – abgesehen von den Amerikahausbesetzern selbst – wurde verhaftet. Sie war angeblich dabei beobachtet worden, wie sie einen Mosaikpflasterstein gegen die Bullen geworfen hatte.

Der vorsitzende Richter bedauerte es, daß bei der Urteilsverkündung das zahlreich erschienene Publikum nicht mehr anwesend war, *„denn nicht nur die Angeklagte solle abgeschreckt werden, sondern auch die Allgemeinheit"* (Spandauer Volksblatt 19.11.).

„Bedauerlicherweise" hätten alle Zuhörer kurz vor der Verkündung des Urteils den Saal verlassen. „Bedauerlicherweise" heißt konkret: aus Solidarität mit einigen von ihnen, die wegen „Störung" von den Bullen aus dem Saal geprügelt worden waren.

Bedauerlicherweise gibt es immer wieder Anlaß für Wut.

Westberliner Antirepressions-Kommission des KB



»Anti-Drogen-Koalition«

Das Maß ist voll

Allmählich wird er lästig, dieser Tarnverein der „Europäischen Arbeiter-Partei“ (EAP) mit dem griffigen Namen ADK (Anti-Drogen-Koalition). Nach ihrer Gründung im Januar dieses Jahres prangten bald mehr und mehr ihrer Aufkleber „Krieg dem Rauschgift“ auf Autos, immer häufiger sah man ihre properen Mitglieder an Straßenkreuzugen und in Fußgängerzonen beim Broschürenverkauf und der Verbreitung ihres faschistoiden Gedankenguts. Wir berichteten über sie und ihre Hintermänner ausführlich in AK 184 („*Rattenfänger im Dienst der CIA*“); ein paar Tage später erschien im Münchner „Blatt“ ein Artikel von Peter Schult über sie, und wiederum eine Woche später brachte der „Spiegel“ (39/80) einen Wahlkampfbericht über die EAP, in dem ganze Passagen aus dem AK-Artikel „gekupfert“ waren. Es kamen darin aber auch interessante neue Facts an die Öffentlichkeit: Der Vorsitzende der US-amerikanischen Mutterpartei US-Labor Party, Lyndon La Rouche, brüstet sich als Chef einer „*privaten internationalen politischen Nachrichtendienstes*“, dessen Informationen seit 1977 kommerziell ans FBI, örtliche Polizeidienststellen sowie diverse Unternehmensleitungen weitergeleitet werden. In der BRD habe die EAP „*in vielen tausend Gesprächen*“ mit prominenten und einfachen Mitgliedern der SPD „*die vielleicht umfassendste Personendaten-Sammlung über pro- und antiamerikanische Tendenzen in Westdeutschland*“ anlegen können. Weiter schreibt der „Spiegel“, daß die EAP — seit ihrer offenen Rechtswendung „kein Beobachtungsobjekt“ mehr für den VS sei. Was Wunder, Dienste unter sich!

Die Reaktion der EAP-Zentrale in Wiesbaden war schrill: flugs kündigte sie rechtliche Schritte gegen AK, „Blatt“ und „Spiegel“ an, auf die wir bis heute allerdings noch warten.

Wer aber nun gedacht hat, dieser Verein würde vorerst einmal Ruhe geben oder zumindest leisere Töne an-

bis heute allerdings noch warten.

Wer aber nun gedacht hat, dieser Verein würde vorerst einmal Ruhe geben oder zumindest leisere Töne an-schlagen, der sah sich getäuscht. Unverdrossen mobilisieren sie weiter gegen die „Drogenlobby“, gegen fortschrittliche Jugendzentren und Drogenberatungsstellen. Inzwischen haben sie speziell den Arbeiterkampf, als ein „*Sprachrohr des radikal-anarchistischen, pro-terroristischen Sumpfes*“, aufs Korn genommen. Es beginnt, spannend zu werden.

1. Station: Nürnberg

Im März trat die ADK hier erstmals öffentlich auf und fuhr sogleich ihren eingespielten Konfrontationskurs: „*Haschisch, das haben Wissenschaftler bewiesen, ist sehr, sehr schädlich. Deswegen sind wir gegen die Verharmlosung. Aber wenn sogar Pop-Musik-Idole und Sozialarbeiter Reklame für Haschisch machen, hilft die Aufklärung in den Schulen natürlich wenig. Wir fordern deshalb Zwangseinweisungen von Drogensüchtigen in geschlossene Therapiezentren, quasi als Abschreckung. Außerdem müssen die Jugendlichen wieder mehr von Schiller und Beethoven hören, damit sie sich in der Schule nicht langweilen*“ („Abendzeitung“, 17.3.). Das äußerte die süddeutsche Vorsitzende der ADK, Frau Elke Wiegelmann. Das Echo in der Öffentlichkeit war überwiegend negativ. So meinte der Vorsitzende des Nürnberger Lehrer- und Lehrerinnen-Verbandes: „*Was da an reaktionärem Gedankengut verbreitet wurde, ist sicher nicht geeignet, Drogenkranken zu helfen*“ und „*diese Leute verbreiten Halbwahrheiten und Lügen*“. Er charakterisierte die Politik der ADK als „*Mitgliederwerbung für Hintermänner der Koalition, die Europäische Arbeiter Partei, die antisemitische und rassistische Züge trägt*“ („AZ“, 17.3.).

Zwei Monate später trieb die ADK es noch doller: Mitarbeiter des städtischen Kommunikationszentrums „KOMM“ hatten im Herbst 1979 ein hervorragendes Positionspapier über die Drogensituation am Ort vorgelegt, in dem sie detailliert Ursachen und Lösungsvorschläge aufgelistet hatten. Sie hatten herausgestellt, „*daß die Zunahme des Drogenkonsums weder durch polizeiliche noch andere staatlich verordnete Mittel aufgehalten werden kann und daß es keine drogenfreie Gesellschaft gibt*“. Ferner müsse gelernt werden, daß der Konsum von *Drogen nicht nur ein Ventil aus gesellschaftlich bedingter Not ist, sondern in der positiven Version auch als Ausdruck eines neuen Kulturgefühls gesehen werden kann. ... Die Ursachen des Drogenkonsums liegen im wesentlichen in gesellschaftlichen Bedingungen. Diese sind veränderbar.*“ Die Stadt hatte in der Folger der sich daraus entwickelnden Debatte eine Tagung zum Drogenproblem angesetzt, zu der sowohl Gegner als auch Befürworter einer Entkriminalisierung der Verbraucher bzw. einer Legalisierung illegaler Drogen eingeladen wurden. Das rief die Verleumder von der ADK auf den Plan. Sie verbreiteten ein Flugblatt, in dem sie vor allem den Leiter des „KOMM“, Michael Popp, zu den „*Fußtruppen der Rauschgiftlobby*“ zählten. Dummerweise räumte man ihnen einen Platz auf dem Podium ein, so daß sie auch von dort ihren Mist verbreiten konnten. In einem Bericht über diese Veranstaltung (in „Krieg dem Rauschgift“, Aug. 80) drohte die ADK, daß Michael Popps Tage gezählt seien und daß der Stadtrat „*das Selbstbestimmungsmodell dieses Jugendzentrums genau unter die Lupe nehmen und die Kontrolle über die finanzielle Unterstützung zurückgewinnen*“ werde.

Wieder um zwei Monate später ging die Chose in Augsburg ab: 50 teils gutgläubige Zuhörer lauschen den Horrorgeschichten über die Tricks der Händler, „*vom Haschischöl, das unbemerkt ins Cola geschüttet werde, bis zum Haschischeis, das — wie in Hamburg geschehen — vor Schulen verkauft werde*“ („Augsburger Allgemeine“, 21.7.). Trotz lebhafter Proteste

zum Haschischeis, das — wie in Hamburg geschehen — vor Schulen verkauft werde“ („Augsburger Allgemeine“, 21.7.). Trotz lebhafter Proteste

konnte die ADK mit dem Ergebnis zufrieden sein: In ihrer bundesweit verbreiteten Zeitschrift konnte ein Law-and-Order Vortrag des Nürnberger Oberstaatsanwaltes Brunner veröffentlicht werden; in Augsburg konnten sie einen Jugendrichter als Referenten gewinnen, und die „AZ“ vom 26./27.7. berichtete, daß von einem Polizeiwagen ein ADK-Aufkleber entfernt werden mußte. „*Offenbar hat ihn ein Passant angebracht, von den Beamten war es jedenfalls niemand*“, erklärte dazu ein Sprecher des Polizeipräsidiums. — In der nächsten Zeit soll in der Umgebung erneut eine Veranstaltung stattfinden, aufgepaßt!

Frontalangriff in Delmenhorst

Anfang November kreuzte bei der örtlichen Drogenberatungsstelle „drob“ ein Mann namens Werner Zuse auf, der sich als Journalist eines oberhessischen Regionalblattes ausgab und mit besten Empfehlungen einer befreundeten Therapie-Einrichtung Informationen begehrte. Irgendwie kam das nicht ganz koscher vor; nach Rückfragen ergab sich, daß dieser Herr weder Journalist aus Hessen war noch jemals beste Empfehlungen erhalten hatte. Er entpuppte sich als Kader der EAP-ADK aus Hamburg, der mal schnüffeln wollte.

Von nun an wurd's dicke: für den 14.11. hatte die ADK in Delmenhorst einen Informationsstand angemeldet, von dem aus sie ein Flugblatt mit der Überschrift „DELMENHORST — TUMMELPLATZ DER RAUSCHGIFTLOBBY?“ verteilte. Darin wurde der Leiter der „drob“, Dieter Meier, als „*Helfer des Rauschgifthandels und aktiver Organisator der Rauschgiftszene*“ gebrandmarkt. Anlaß war eine Sendung von „Radio Bremen“, in der Meier sich für die Entkriminalisierung der Konsumenten illegaler Drogen ausgesprochen hatte. Die ADK machte daraus eine „*Entkriminalisierung von Haschisch und Heroin*“ und rückte ihn in die Nähe „*der wirklich großen Fische im internationalen Rauschgifthandel*“. „*Da will man offenbar gar nicht Jugendliche vom Drogenkonsum abbringen, sondern nur ihren Haß auf die Gesellschaft verstärken. Muß man sich dann wundern, wenn die 15jährigen von heute die Terroristen von morgen werden?*“ ... „*Daher der Appell der ADK an Sie — die Delmenhorster Bürger: Unterschreiben Sie unsere Petition, daß Herr Meier unverzüglich entlassen wird!*“

Glücklicherweise erschien bereits am gleichen Tag in der örtlichen Presse ein sachlicher Unterstützungs-Artikel, der den ersten Ansturm der ADK abfangen konnte. In der folgenden Woche verteilten die voll mobilisierten Mitglieder der ADK-Ortsgruppe Bremen fast täglich Flugblätter und bauten mehrmals ihren Stand auf. Die Stadt und der Träger der „drob“ (die Arbeiterwohlfahrt / AWO) stellten sich hinter den verleumdeten Dieter Meier und bekundeten volle Rückendeckung. Die örtliche Presse schrieb am 15.11. über die „*unverdeckt faschistischen Handlungsprinzipien, die der bisher im stillen erfolgreich verlaufenen Arbeit im „drob“ nicht wiedergutzumachenden Schaden zufügen können*“.

Die Mitarbeiter der „drob“ reagierten mit einem Flugblatt, in dem sie ihre Arbeit offensiv verteidigten gegen die, „*die ihr politisches Süppchen ‚ohne Rücksicht auf Verluste' an diesem heißen Thema kochen wollen*“. „*Empörte Delmenhorster Jugendliche*“ erstellten in eigener Initiative rasch ein Flugblatt über den politischen Hintergrund der EAP-ADK und verteilten es vor deren Stand. Dabei machten sich deren Flugblätter und ein Stellschild selbständig; anläßlich einer der folgenden Aktionen ward auch eine Tasche mit ADK-Propagandamaterial nicht mehr gesehen..

Derweil bemühte sich die „drob“ um Unterstützung anderer Beratungsstellen und Einrichtungen; umgehend trafen aus der ganzen BRD Zeitungs-

Derweil bemühte sich die „drob“ um Unterstützung anderer Beratungsstellen und Einrichtungen; umgehend trafen aus der ganzen BRD Zeitungs-artikel, offizielle Rundbriefe u.a. Material zum Thema ADK ein.

Doch die ADK gab nicht auf: Zu einem Gespräch mit Lokalredakteuren und Mitarbeitern von Radio Bremen reiste eigens die ADK-Verantwortliche für Norddeutschland, Frau Hella Ralfs-Horeis, aus Hamburg an. Vorab stellte sie ein zweites Flugblatt des ADK zu Delmenhorst vor, das wir nebenstehend im Faksimile abdrucken. Noch einmal traten sie massiv an, doch der Effekt blieb mager — oberflächlich betrachtet.

Ein Rauschgiftkrieger entblättert sich

„Der Klarheit und der Wahrheit wegen“ bemühten wir uns um einen telefonischen Kontakt zur Bremer ADK. Ein Herr Hahn plauderte aus dem Nähkästchen.

Im folgenden Auszüge aus dem handschriftlichen Protokoll:

Frage: „Warum greifen Sie zum jetzigen Zeitpunkt die „drob“ an?“.
ADK-Hahn: „Wir greifen nicht die „drob“, sondern Herrn Meier wegen seiner liberalen Haltung an. ... Es ist doch eine Schande, daß so ein Herr Leiter der „drob“ ist, der aus der Drogenszene kommt und sich in ihr wohlfühlt und für seine tolerante Haltung gegenüber Drogen bekannt ist“.
*— Er führt weiter aus, daß nicht der Träger der „drob“, die AWO, angegriffen werde, denn „es sind ja Mitglieder von uns dort tätig; der Stein des Anstoßes ist Herr Meier, der für die Legalisierung von Heroin eintritt“. Auf Rückfrage bestätigt er den Sachverhalt mit der AWO. Weiter Herr Hahn: „Sehen Sie, es geht doch um folgenden Aspekt: neben Delmenhorst gibt es doch sehr viele Drogenberatungsstellen, deren Leiter tolerant gegenüber Haschisch sind. Und das ist noch nicht weiter schlimm, obwohl es da noch mehr Beispiele gibt, so aus Offenbach und aus dem Ruhrgebiet. Aber wir haben uns da mal umgehört: der Herr Koch, der von Inhale (*Initiave Haschisch Legal, setzt sich für die Freigabe von Cannabis ein, Anm. AK), *hat da eine Strategie entwickelt, weil in der kommenden Legislaturperiode noch immer keine Aussicht auf Legalisierung von Haschisch besteht. In der Öffentlichkeit wird also weiterhin die Propaganda mit der Unterscheidung zwischen ‚weichen' und ‚harten' Drogen verfolgt, und gleichzeitig benutzt man die Beratungsstellen, um dort Leute von Inhale reinzubringen. Erst soll die Öffentlichkeit die Entkriminalisierung akzeptieren und dann werden schwerere Geschütze aufgefahren, die Legalisierung von Haschisch“.*

Frage: „Sie meinen also, die Drobsen werden von der Inhale unterwandert?“.
ADK: „Die Drogenberatungsstellen werden von der Haschisch-Lobby unterwandert“. Nach kurzer Diskussion über die Seriösität verschiedener medizinischer Gutachten über die Gefährlichkeit von Hanf läßt er die Sau raus: „Sehn Sie, das ganze ist doch eine weltanschauliche Frage! Wenn uns Leute erzählen, im Kaukasus oder Afghanistan würde auch Haschisch geraucht werden, ohne daß sich die Lebenserwartung verringern würde, so gilt das doch nur für diese primitiven Feudalgesellschaften, zu denen eben auch Haschisch gehört. Hinter der Rauschgiftwelle steht doch der Versuch, diese als Speerspitze eines umfassenden Angriffs gegen die Industriegesellschaft zu benutzen. Es soll doch die Abkehr von den Werten einer zivilisierten Entwicklung erreicht werden“. Seine Stimme fängt merklich an zu zittern.

Wir kommen nochmals auf Delmenhorst zu sprechen. Mit Hinweis auf die uns vorliegenden Informationen über den Einschleichversuch in die „drob“, den sofort massiv einsetzenden Angriff auf Herrn Meier und die erst im Nachhinein erfolgte Kontaktaufnahme mit den örtlichen Verantwortlichen fragen wir ihn, ob sich die ADK durch ihr Auftreten nicht Sympathien verscherzt habe.
ADK-Hahn: „So stimmt das ja nicht. Erst haben wir Kontakt mit der Stadt, dem Elternrat, den Schulen, der Ratsfraktion und der AWO aufgenommen und mit denen lang und breit debattiert. Eine Woche danach haben wir mit handfesten Gründen unsere Kampagne für die anderen mit geführt“.
Frage: „Heißt das, daß Sie von denen Unterstützung signalisiert bekommen haben?“
ADK: „So direkt nicht“.
Frage: „Von wem haben Sie denn Zustimmung erhalten?“
ADK: „Das kann ich Ihnen nicht sagen“. Zum Schluß bestätigt er ausdrücklich, daß Frau Ralfs-Horeis von der ADK gemeinsam mit dem Hamburger Zollbeamten Speckmann Drogenkunde im Schulkreis Eppendorf unterrichtet und sie selbst als Diplom-Psychologin in einer Einrichtung der AWO außerhalb Hamburgs beschäftigt ist. Pikant, pikant!

Wer anderen eine Grube gräbt, ...

Das politische Strickmuster der ADK ist einfach: unvermutet auftauchen, Dreck verspritzen, blitzschnell eine Debatte hochkochen, ein paar Sympathisanten abgreifen und ebenso schnell wieder abtauchen — bis zum nächsten Mal. Nürnberg und Delmenhorst waren Beispiele, andere werden folgen. Wir rufen deshalb alle Leser-innen und Sympathisant-inn-en auf, in guter antifaschistischer Tradition uns alle Beobachtungen und greifbaren Materialien über die ADK-EAP zukommen zu lassen. Damit sie das nächste Mal so 'ne richtige Packung kriegen!

Drogenkommission

21.11.80

ANTI-DROGEN-KOALITION



Friedrichstr. 35, 6200 Wiesbaden, Tel.: (06121) 301003/04
Jürgen Roidl, Bremen Tel. 0421/354746

WER STECKT HINTER DER HETZKAMPAGNE GEGEN DIE ANTI-DROGEN-KOALITION (ADK) ?

Ende letzter Woche begann die Anti-Drogen-Koalition (ADK) eine Flugblattaktion in Delmenhorst, um der Forderung Nachdruck zu verleihen, den Leiter der hiesigen Drogenberatungsstelle, Herrn Meyer, zu entlassen. Herr Meyer hatte anläßlich einer Sendung von Radio Bremen ("Popcarton") am 21.10.80 vor mehreren verdutzten Zeugen die Auffassung vertreten, daß alle Rauschgifte entkriminalisiert werden müßten. Auf Nachfragen wiederholte Meyer, dieses gelte auch für "Haschisch und Heroin" !

Als Reaktion auf die Flugblattaktion hier in Delmenhorst wurden zwei hysterische Verleumdungen veröffentlicht, die in ihrer Aufmachung der ADK nun mittlerweile hinreichend bekannt sind.

Zum einen ließ Herr Meyer durch eine Gruppe Jugendlicher ein Flugblatt verteilen, in dem bezeichnenderweise aus einem Verleumdungsartikel der Zeitung "Arbeiterkampf" (Zeitung der als proterroristisch bekannten Gruppe "Kommunistischer Bund"(KB Nord), die sich u.a. auch für die Legalisierung von Haschisch einsetzt) zitiert wird.

Zum anderen erschien im "Delmenhorster Kreisblatt" ein Artikel, in dem die von Meyer vorgetragenen Äußerungen absurderweise abgestritten werden und die ADK gleichzeitig als "faschistisch" und "rechtsextrem" verunglimpft wird.

Hier scheint sich wieder einmal die alte Weisheit "getroffene Hunde bellen" zu bewahrheiten. Die Tatsache, daß die ADK wie keine andere vergleichbare Organisation seit Beginn ihrer Tätigkeit Ende letzten Jahres von einer beispiellosen Serie von Gerüchten und Verleumdungen überzogen wurde, bestätigt nur, daß die ADK offensichtlich den richtigen "Riecher" für die wunden Punkte der Rausch - gift- und Rauschgiftverharmloserlobby hatte !

Die Ursprünge dieser Hetzkampagne lassen sich auf zwei Quellen zurückverfolgen: Auf der einen Seite Publikationen, die mehr oder weniger direkt in das Rauschgift- und Pornographiegeschäft verstrickt sind und andererseits diverse Sprachrohre des radikal-anarchistischen, pro-terroristischen Sumpfes.

Für die erste Gattung kann als Beispiel der "Spiegel" genannt werden, der im September dieses Jahres die ADK verleumdete und sich dabei auch nicht schämte, den schon oben genannten Artikel des "Arbeiterkampf" als Vorlage zu benutzen! Seitdem es aktenkundig ist, auf welche Art und Weise sich der Herausgeber des "Spiegel", Herr Rudolf Augstein , die Freizeit vertreibt, ist die Motivation für das Verhalten des "Spiegel" ein offenes Geheimnis.

Der ADK liegen außerdem Informationen vor, nach denen der Herausgeber des Porno-Magazins "Lui", Losecaat van Nohuys, einen ähnlichen Verleumdungsartikel in einer seiner Zeitschriften plante, dann aber aus rechtlichen Gründen bisher von einer Veröffentlichung absah. Die einschlägigen Blätter dieses Milieus sind für ihre radikale Rauschgiftpropaganda bekannt; unlängst propagierte der sog. "Anti-Psychiater" Szasz in "Penthouse" die Legalisierung von Heroin, desgleichen gilt das "Playboy"-Imperium als aktiver Mitbegründer der Marihuana-Lobby in den USA.

Beispiele für die zweite Gattung sind die Blätter "Arbeiterkampf" und die Münchener Subkultur-Postille "Das Blatt". Zunächst muß festgehalten werden, daß diese Kreise aktiv an Ereignissen wie den Bremer Krawallen vom Mai 1980 und dem gerade erfolgten Beserkertum in Hannover mitgearbeitet haben und weitere Aktionen dieser Art vorbereiten. Viele Personen, die mit diesen Blättern assoziiert sind, sind den Strafverfolgungsbehörden einschlägig bekannt.

Ein weiterer exemplarischer Fall ist der Hamburger Autor Hans-Georg Behr, für dessen Buch "Weltmacht Droge" seit kurzem die Werbetrommel gerührt wird. Behr, der ebenfalls die ADK als "rechtsextrem" verleumdete, muß sich seit letzter Woche vor den Hamburger Behörden wegen illegalem Besitz von und Handel mit Rauschgift verantworten ! Behr wurde von Zivilfahndern des Hamburger Rauschgiftdezernats überführt und konnte sich bisher nur durch eine hohe Kaution des Econ-Verlags der Haft entziehen.

Angesichts dieser Hintergründe erscheint es umso bedenjlicher, daß ansonsten angesehene Zeitungen wie das Delmenhorster Kreisblatt die Hetzpropaganda der (z.T. straffällig gewordenen) Rauschgiftbefürworter wiederholen.

Deshalb fordert die ADK die Delmenhorster Presse, Politiker und Bürger auf:

- Distanzieren Sie sich von der Verleumdungspropaganda der Rauschgiftlobby!
- Lassen Sie nicht zu, daß Personen, die öffentlich die Entkriminalisierung von Rauschgift fordern, verantwortliche Positionen in der Drogenberatung behaupten können !
- Unterschreiben Sie daher unsere Petition an den Stadtrat von Delmenhorst, daß Herr Meyer entlassen wird !

„getroffene Hunde bellen....“

Martin van Amerongen

Weg mit den Sex Pistols! Es lebe Ludwig van Beethoven!

Der wirkliche Verlierer der amerikanischen Wahlen: L H. LaRouche

In all dem Wahlkampflärm in Westdeutschland und Amerika ist es vielleicht nicht so aufgefallen, aber es gab auch kleinere Parteien, die sich rührten.
In den Vereinigten Staaten von Amerika kandidierte Lyndon H. LaRouche für die Präsidentschaft, während das westdeutsche Rayon von seiner Ehefrau Helga Zepp-LaRouche bestritten wurde. Eine politische Ideologie, gestützt auf Schlägertrupps und Datenkarteien ist noch gerade dem Vergessen zu entreißen.

Vor ein paar Monaten wurde ich, irgendwo im Zentrum von Stuttgart, von einer Dame zum Stehen gebracht, die sich hinter einem Tisch voller Broschüren postiert hatte. Ihre Erscheinung war einnehmend und ihr Redefluß nicht zu hemmen. Erst sprach sie über die malthusianischen Angriffe auf die promethischen Prinzipien des Dichters Shelley und die epistologische Weltanschauung hinter dem *Adagio sostenuto* aus Beethovens Hammerklaviersonate. Sodann kam sie zu einer Analyse der negativistischen Dialektik von Theodor Adorno und der technikfeindlichen Ideologie der anglo-amerikanischen Monotheisten, die *letzten Endes* zu Homosexualität und Nekrofilie führen würden. »Die Welt verändert sich in einen menschlichen Zoo,« sagte meine Gesprächspartnerin, »und das ist eine Folge der aus England importierten Rock- und Drogenkultur, mit dem dazugehörigen Homosexuellen und Transvestitenkult. Sie werden sehen, das wird Mord und Punk.« Das war wirklich ein Gedankenaustausch von Niveau, so daß ich bedauerte, gezwungen durch andere Verpflichtungen, vorzeitig Abschied nehmen zu müssen.

Ein paar Wochen später sah ich meine Freundin zum zweiten Male, diesmal auf dem Fernsehschirm. Zwei Minuten waren ihr zugestanden worden. Helga Zepp-LaRouche war es, die Listenführerin der *Europäischen Arbeiterpartei.* Zwei Minuten, hundertzwanzig Sekunden, sind schnell vorbei, der Sprecherin gelang es trotzdem, in dieser Zeit klar zu machen, daß ihre Bewegung für Atomenergie, für eine Entspannungspolitik und für einen »dynamischen Kapitalismus« ist. Von »Pornofilmen, Stierkämpfen und Catch-as-catch-can« hingegen schien die Europäische Arbeiterpartei nichts zu halten.

Meine Neugier war geweckt. Ich griff zum Telefon und legte die ersten Steine für eine Geschichte, in der wenig von Politik die Rede ist, um so mehr aber von Intrigen, Gegen-Intrigen, Spionage, Mord, Totschag sowie dem hochgeehrten Werk des Ludwig van Beethoven.

Helga Zepp-LaRouche (32) ist eine ehemalige Philosophie-Studentin, intime Kennerin des arabischen Gelehrten Avicenna. Die Listenführerin der Europäischen Arbeiterpartei ist mit dem Unternehmensberater *Lyndon H. LaRouche* (58) verheiratet, der seinerseits Listenführer der *Us Labour Party* ist. Frau LaRouche, der Allmacht von Kanzler Schmidt bewußt, optierte nur für das Amt des westdeutschen Außenministers. Lyndon H. LaRouche hingegen, der weiß, wie sehr es dem amerikanischen Volk nach einer Alternative zu Carter und Reagan verlangt, optierte für das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Eine Berichterstatterin der Zeitung *Neue Solidarität* (das wöchentlich, in sechs Sprachen erscheinende Parteiorgan) folgte dem Präsidentschaftskandidaten während der Vorwahlen in New Hampshire. Er führte, war zu lesen, ein paar hundert Anhänger mit sich, die alle einen weißen Hut trugen mit der Aufschrift »Lyndon LaRouche for President!« In den Wohnvierteln sah man nichts anderes als Plakate mit dem Bildnis von LaRouche — »Carter scheint nicht einmal zu *existieren* ... wo wir auch hingehen, in Lokalen, Hotels, Geschäften wird über LaRouche gesprochen... Zwanzig, fünfundzwanzig Prozent der Stimmen, das kann eigentlich kein Problem sein.«

LaRouche wußte in diesem Bundesstaat letztendlich *2.500* Stimmen auf sich zu vereinigen, 0,025 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung. Aber er wie seine Mannen wußten: New Hampshire war nur der Anfang! »Lyndon LaRouche ist wirklich der Kandidat des Volkes,« sagte der Wahlkampfkoordinator *Kenneth Dalto.* »Wir werden Carter die Hölle heiß machen.«

Perfide Briten

Zeit für die Frage: Wer ist Lyndon H. LaRouche?

Er war, so lehren die Archive, von 1948 bis 1963 Stabsfunktionär des amerikanischen (trotzkistischen) *Socialist Workers Party.* In den späten sechziger Jahren setzt er sich selbst an die Spitze des *Nation Caucus of Labor Committees*, einer Bewegung bürgerlicher Radikaler, die regelmäßig auf dem Sofa über die Aktualität des *Anti-Dühring* debattierten. Bis (1972) die Ehefrau des Führers dieses Zirkels mit einem Geistesverwandten durchging, einem Geistesverwandten *britischer* Nationalität.

Dieses Ereignis hat das Parteiprogramm der wenig später von LaRouche gegründeten US Labour Party einschneidend beeinflußt. Die perfiden Briten, entdeckte LaRouche, sind die Quelle allen Übels. Ihr Reich ist augenscheinlich nicht mehr von dieser Welt. Und doch haben sie das Weltgeschehen in eisernem Griff. Das verdanken sie erprobten Institutionen wie dem englischen *Secret Service*, der *British Petroleum*, dem Londoner *Tavistock-Institute* und nicht zuletzt der *London School of Economics.* Weiter gibt es eine unleugbare Interessenverschwägerung zwischen englischer Aristokratie, internationaler Bankwelt, der Weltbank und dem Internationalen Monetären Fonds. Die Rolle, die im Hintergrund der englische Prinz Philip (»Herrscher über Tiere und Grüne«) spielt, ganz zu schweigen von dessen königlicher Ehegemalin (»die Hexe von Windsor«), wird vielleicht niemals ganz aufgeklärt werden.

Die *britischen Liberalen* sind es gewesen, lehrt LaRouche, die von alters her die öffentliche Moral vergiftet haben mit der abstraktesten, also erhebensten Form kulturellen Ausdrucks: *der Tonkunst.* Im achtzehnten Jahrhundert trieben sie Johann Sebastian Bach in die völlige Isolierung zugunsten der »jämmerlichen, animalistisch-existentialistischen Musikschule Jean-Philippe Rameaus«. Sie verstanden es, Europa »moralisch und intellektuell zu zerstören«, durch eine gezielte Kampagne gegen Komponisten wie Brahms und Schumann. Sie unterstützten Mendelssohns niederträchtigen Angriff auf den humanistischen Komponisten par excellence: Ludwig van Beethoven. Es gelang ihnen, den Beethoven-Dirigenten par excellence Wilhelm Furtwängler als Alleinherrscher im musikliebenden Europa durch den britischen Agenten Herbert von Karajan zu ersetzen, wodurch in den letzten zwanzig Jahren »kein Konzertbesucher mehr eine wirkliche Beethoven-Sinfonie erlebt hat«.

Die »britischen Saboteure« fanden ein mächtiges Instrument in der sogenannten *Frankfurter Schule*, die »ursprünglich vom britischen Geheimdienst ins Leben gerufen« worden war. Die kulturästhetischen Theorien dieser philosophischen Schule, wie sie von Adorno, Marcuse (!) und Horkheimer vorgetragen wurden, ließen in der Tat ein moralisch und intellektuell fast verwüstetes Europa zurück: »Am Anfang stand die 'weiche' Pornographie, wie sie Marilyn Monroe Anfang der fünfziger Jahre verkörperte, darauf folgte der schlimmere 'Be-Bop'-Jazz. Die harte Pornographie von Mick Jagger, den Animals u.a. in den sechziger Jahren war dann die vorletzte Stufe in diesem Plan. Punk Rock ist die letzte.«

Deshalb beschloß Lyndon H. La Rouche, angesichts der Not der Neuen und der Alten Welt, für die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten zu kandidieren. Und deshab beschloß seine (neue) Ehegattin, Schülerin und Anhängerin, sich in den Wahlkampf der deutschen Bundesrepublik zu mischen, die zweifellos das politische und kulturelle Herz des alten Europas ist.

Weg mit den Sex-Pistols! Es lebe Beethoven!

Noch war es nicht zu spät!

Ordnung

Da die Organisation des »Polit-Gurus« LaRouche die unverkennbaren Züge einer Sekte trägt, sind politische Beobachter geneigt, den Mann und sein etwas prätentiös wirkendes Parteiprogramm (»Wie ich die USA in 30 Tagen wieder in Ordnung bringen werde«) nicht ganz ernst zu nehmen.

Das Ehepaar LaRouche hat jedoch inzwischen schon manchem das Lachen vergehen lassen. Sowohl die US Labour Party wie ihre westdeutsche Schwesterorganisation sind auf ihre Weise auf beiden Seiten des Ozeans ein Faktor im Wahlkampf gewesen, dank der zügellosen Energie ihrer Anhänger und der schier unerschöpflichen Geldquellen ihres Gründers und Ideologen. LaRouche ist mit einem Budget von vielen Millionen in die Wahl gegangen, teils von Sympathisanten stammend, teils aus dem Verkauf von Broschüren (»So denken wie Beethoven«), vor allem aber aus seinem eigenen Firmenimperium, das Druck-, EDV- und Lichtsatzunternehmen wie die *Computron Technologies Corporation* und die *World Composition Services* umfaßt. Damit wird ein ungefähr tausendköpfiges Herr von meist jungen, energischen, modern gekleideten Spezialisten finanziert, sprachgewandt und speziell für den Gebrauch von Messer, Pistole und Gewehr gedrillt. Verbal haben sie schon viele hunderte politische Versammlungen »umfunktioniert«, und wo Worte nicht halfen, fehlte es nicht an der Tat: Es ist regelmäßig vorgekommen, daß Versammlungen von Kommunisten oder vermeintlichen Kommunisten von LaRouches Schlägertruppen auseinandergeprügelt worden sind.

Ebenfalls sind sie speziell ausgebildet für das Zusammenstellen von *Dossiers* (über namentlich linke Einzelpersonen und/oder linke Organisationen), für die das Material bei geduldigen Besuchen politischer Versammlungen und endlosem Debattieren mit Politikern unterschiedlicher Herkunft gesammelt wird. Das geschieht mit solchem Eifer, daß diese Minipartei jetzt, sagt die SPD besorgt, über »die vielleicht umfassendste Personen-Daten-Sammlung über pro- und anti-amerikanische Tendenzen in Westdeutschland« verfügt. In den Vereinigten Staaten selbst hat LaRouche seinen (privaten) »Internationalen Nachrichtendienst« zur Verkaufszentrale für politisch belastende Dossiers ausgebaut. Seine Kunden sind, enthüllte unlängst die *New York Times*, neben Unternehmensleitungen vor allem der südafrikanische Geheimdienst »Boss« und das amerikanische FBI. Der Mann, der dieses Ressort der US Labour Party führt, ist LaRouches Flügeladjutant *Roy Frankhouser*, ein ehemaliger Funktionär der *American Nazi Party*, ebenfalls tätig als »Großdrache« des Ku-Klux-Klan, Unterabteilung Pennsylvania.

Mord!

Die »heiße Phase« der Wahltournee von Frau LaRouches *Europäischer Arbeiterpartei* wurde auf einem Platz der bundesrepublikanischen Hauptstadt Bonn eingeläutet. »Die Fragen, die viele Zuhörer im Anschluß an die begeistert aufgenommene Rede stellten«, berichtete ein Korrespondent des Blattes *Neue Solidarität*, »waren offensichtlich von der republikanischen Tradition der Stadt Bonn inspiriert, die schon allein durch die großartige Kulisse der historischen Bauten und des Beethovendenkmals zum Ausdruck kam.«

LaRouche startete die Wahlkampagne seiner *US Labour Party* mit einer Rede, in der er auf die politische Aktualität selbigen Beethovens hinwies. Er griff bei dieser Gelegenheit seine Kandidaten-Kollegen Carter und Reagan heftig an, die sich — sagte der Redner — eitlen Stimmgewinnes willen erniedrigen, auf ihren Propagandaveranstaltungen *Rockmusik* zu Gehör bringen. »Schon jetzt ist klar«, berichtete ein Korrespondent der *New Solidarity*, »daß die LaRouche-Kampagne mit der Aufführung klassischer Musik und Studiengruppen über die europäische Musikkultur des 18. und 19. Jahrhunderts einen Prozeß in Gang gesetzt hat, der die Richtung der heutigen amerikanischen Kultur nachhaltig beeinflussen wird.«

Helga Zepp-LaRouche sprach auf dem *Vierten Parteikongreß* ihrer Organisation von der Bedeutung eines Machtwechsels, in der Bundesrepublik wie in den Vereinigten Staaten. »Das einzige, was man Schmidt, Giscard u.a. vorwerfen könnte, ist«, meinte sie, »daß sie nicht öffentlich sagen, was sie heimlich denken, daß nämlich Carter und die Carter-Administration klinisch verrückt sind.«



Agitationsschrift der EAP

Als Lyndon LaRouche plötzlich ein Faktor in der internationalen Politik geworden war, schaffte er sich, wie die anderen Präsidentschaftskandidaten, eine Leibwache an. »Die Gefahr einer Ermordung ist zum jetzigen Zeitpunkt sehr groß«, sagte Wahlkampfkoordinator Kenneth Dalto. Es gäbe Hinweise auf die Roten Brigaden und die »Khomeini-Diktatur«, und La Rouche stand bereits — wußte man verbindlich — auf der *Todesliste* der Baader-Meinhof-Bande. »Besonders die Carter-Mondale-Kräfte glauben«, sagte Dalto, »daß sie sich LaRouches nur durch einen Mord entledigen können.«

Die Wahllokale in der Bundesrepublik sprachen zuerst. Am 5. Oktober hatten *6.777* Westdeutsche Helga Zepp-LaRouche ihre Stimme gegönnt. Das war, sagte der Computer, nach oben abgerundet, genau 0,0 Prozent.

Auf der anderen Seite des Ozeans wurde es danach auffällig still. Wo war Präsidentschafts-Kandidat Lyndon H. LaRouche geblieben? War er schon *ordnungschaffend* in den Staaten unterwegs? Oder saß er wieder mit der Nase in den Partituren, seine vor-präsidentschaftlichen Pflichten vernachlässigend?

Am Telefon in New York meldet sich ein mürrischer Herr. Er kennt keinen Namen, sondern nur eine Telefonnummer. Nein, Herr LaRouche ist nicht da, Herr LaRouche ist nicht mehr Mitglied der US Labour Party und die US Labour Party ist übrigens inzwischen aufgelöst.

Wahlplakate der EAP

KERNKRAFT JA!
Wir brauchen die Kernkraftwerke Wyhl, Philippsburg II, Neckarwestheim II ... und viele mehr!
EAP

Nun kommt die Schillerzeit!
Erziehung für die Welt von morgen
Gegen die Drogen-Rock-Subkultur!
wählt EAP

Martin van Amerongens (leider nicht nur) Satire über die „US-Labour Party" und die „Europäische Arbeiterpartei" entnahmen wir mit freundlicher Genehmigung des Autors der niederländischen Wochenzeitung VRIJ NEDERLAND vom 8.11.80. (Die vom Verfasser autorisierte Übertragung ins Deutsche besorgte die Niederlande-Kommission; für die Wiedergabe der Zitate wurden die Originalquellen herangezogen, vor allem diverse Ausgaben der EAP-Zeitung „Neue Solidarität" sowie die EAP-Broschüren „Die grüne Gefahr – Nein zur Kernenergie heißt Völkermord", 1979, und „So denken wie Beethoven", 4. Auflage 1979).
Von Martin van Amerongen veröffentlichten wir bisher u.a. die Broschüre „Deutschland und seine Juden" (noch beim Verlag erhältlich) und seinen Aufsatz über die „Weltbühne" (AK 162).
Von Februar bis Oktober dieses Jahres schrieb van Amerongen wöchentlich eine Strauß-Kolumne in VRIJ NEDERLAND, die gleichzeitig in drei belgischen, einer österreichischen und einer bundesdeutschen Zeitung („Die Neue") erschien.

Schwesternhelferinnen, Freiwilliges Soziales Jahr, zivile Dienstverpflichtungen im »Verteidigungsfall«



Die heimliche Frauenmilitarisierung macht Fortschritte

In den letzten beiden Jahren, und insbesondere nach „Afghanistan", hat das öffentliche „Nachdenken" über eine stärkere Einbeziehung der Frauen in die militärischen Konzepte und Planungen erheblich zugenommen. In der öffentlichen Diskussion, belebt vor allem durch die verschiedensten besorgten Beiträge der Militaristen vom Schlage eines Berkhans oder Apels, denen die Emanzipation der Frauen wie kaum etwas anderes am Herzen zu liegen scheint, geht es vor allem um eine stärkere Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr. Nach den verschiedensten Gedankenspielen scheinen sich die realen Planungen zu konzentrieren auf eine stärkere „freiwillige" Rekrutierung von Frauen, verbunden mit der Öffnung weiterer militärischer Laufbahnen für Frauen. Aus Berkhans Munde klingt das so: *„Im Grundgesetz steht: Frauen dürfen keine Waffen tragen. Ich hätte allerdings nichts dagegen, Frauen bei Sanitätseinheiten, in der Flugsicherung oder im Fahrerdienst einzusetzen. Für die neunziger Jahre muß sich der Bundestag möglicherweise mit einer Grundgesetzänderung beschäftigen, damit auch Frauen an der Waffe ausgebildet werden können..."* („Quick", 12.6.80).

Weit weniger Beachtung hingegen findet in der öffentlichen Debatte ein anderer Bereich, dessen Bedeutung dem direkt militärischen zumindest gleichkommt: die Kriegsvorbereitungen auf dem sozialen Sektor, einem traditionell „typisch weiblichen" Bereich. Im Zuge des weiteren Ausbaus der zivilen Kriegsvorbereitung (beschönigend „Zivile Verteidigung" genannt) sollen vor allem den Frauen weitere soziale Aufgaben und Dienstverpflichtungen zugewiesen werden. **Drei Bereiche sind hierbei zu unterscheiden: das sogenannte Freiwillige Soziale Jahr, die Ausbildung zur Schwesternhelferin sowie die direkten Dienstverpflichtungen im Notstands- oder Verteidigungsfall (die im Zuge der Notstandsgesetze im Grundgesetz verankert wurden).**

Das Freiwillige Soziale Jahr

Im Zuge der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht (1956) wurde auf eine militärische Dienstverpflichtung
eine militärische Dienstverpflichtung
für Frauen ausdrücklich verzichtet. Im Artikel 12,3 des Grundgesetzes heißt es: *„Frauen dürfen nicht zu einer Dienstleistung im Verband der Streitkräfte durch Gesetz verpflichtet werden. Zu einem Dienst mit der Waffe dürfen sie in keinem Fall verwendet werden"*. Das war ein Zugeständnis an das starke antimilitaristische Bewußtsein in breiten Teilen der Bevölkerung; die Erfahrungen des Hitler-Faschismus, mit Arbeitsdienst, Kriegspflichtdienst, Rüstungsarbeiterinnen und Wehrmachtshelferinnen waren noch in zu grausamer Erinnerung. Etwas verschlüsselt wurde dies auch vor dem Bundestag als Begründung für den oben zitierten Absatz genannt: *„Es kam dem Rechtsausschuß darauf an, daß mit programmatischem Nachdruck im Grundgesetz ausgesprochen wird, daß unsere Auffassung von der Natur und der Bestimmung der Frau einen Dienst an der Waffe verbietet. Das steht in keinem Gegensatz zu der Gleichberechtigung von Mann und Frau, wie wir sie in der Bundesrepublik verstehen. Wir glauben, diese Grundauffassung ausdrücklich festlegen zu müssen, gerade im Gedanken an die militärischen Dienste, in die Frauen unseres Volkes in der Vergangenheit und jetzt noch jenseits der Zonengrenze hineingezwungen wurden"* (1).

In den folgenden Jahren mehrten sich allerdings die Stimmen, die die fehlende Dienstverpflichtung von Frauen als Diskriminierung (der Männer) bezeichneten: Die Frauen würden, so wurde argumentiert, einen „Karrierevorsprung" erhalten! Damit war die Frage eines weiblichen Pflichtdienstes wieder aufgeworfen. (1). Noch aus einer anderen Ecke hatte es schon recht frühzeitig Bestrebungen in ähnlicher Richtung gegeben: Aus den internationalen Freiwilligeneinsätzen der Nachkriegszeit (die vor allem gedacht waren als eine Art Vergangenheitsbewältigung, um Not und Folgen des Zweiten Weltkriegs zu beseitigen) entstand die Idee von „Freiwilligen Sozialen Diensten" innerhalb der BRD. Bereits 1954 rief der bayerische Landesbischof Dietzfelbinger junge Menschen zu einem Jahr für die Diakonie auf. *„Das vordringliche Interesse der Einsatzstellen an der Behebung ihres Personalmangels mittels freiwilliger sozialer Helfer ... ist solange legitim, wie der soziale Bereich und speziell die Träger sozialer Einrichtungen von der Gesellschaft nicht mit den notwendigen materiellen und personellen Investitionen bedacht werden"* (2).

Im Sommer 1964 wurde im Bundestag eine Debatte um das Freiwillige Soziale Jahr geführt, das dann



Auch Uniformen können recht kleidsam sein ...

Auch Uniformen können recht kleidsam sein ...

bundeseinheitlich eingeführt wurde; außerdem wurde ein Gesetz zur Förderung des Freiwilligen Sozialen Jahres verabschiedet. In der Debatte beteuerten alle Fraktionen, daß an die Einführung eines P f l i c h t jahres für Frauen auf keinen Fall gedacht sei. Um auch wirklich keinerlei Assoziationen zum Arbeitsdienst der Nazis aufkommen zu lassen, sah das Gesetz ausdrücklich nur pflegerische, erzieherische oder hauswirtschaftliche Hilfstätigkeiten auf freiwilliger Basis vor (1). Auch wenn bis heute am Prinzip der Freiwilligkeit des Sozialen Jahres nichts geändert worden ist, so ist doch nicht zu übersehen, daß mit der Einführung des Freiwilligen Sozialen Jahres 1964 der Grundstein für eine mögliche Dienstverpflichtung der Frauen bereits gelegt wurde: Alle Argumente, die damals ins Feld geführt wurden, könnten genausogut eine Dienstverpflichtung der Frauen rechtfertigen: Die angebliche „Diskriminierung" der Männer (oder umgekehrt der Frauen) wäre erst beseitigt, wenn tatsächlich alle Frauen einen sozialen Dienst ableisten würden; das Interesse, gerade im sozialen Bereich möglichst viele billige oder sogar unbezahlte Arbeitskräfte zu beschäftigen, besteht heute ebenso wie vor 25 Jahren; und durch eine Dienstverpflichtung könnte das Potential von Billigst-Arbeitskräften natürlich noch kräftig vergrößert werden. (In einer Zeit zunehmender Sparpolitik gerade im sozialen Bereich eine vielversprechende Möglichkeit).

Auch die ideologischen Ziele, die von Anfang an ein wesentlicher Bestandteil des Freiwilligen Sozialen Jahres waren, ließen sich noch besser durchsetzen, wenn alle Frauen die „Mädchenschule der Nation" durchlaufen würden: Das Weib verlerne das Dienen nicht – oder, wie es in einem Leitfaden heißt: *„Wir gehen dabei von dem Grundsatz aus, daß jedes weibliche Wesen zur Hilfeleistung und zum Dienst geboren sei..."* (2).

Und noch ein weiterer Gesichtspunkt würde dafür sprechen, möglichst rasch eine Frauen-Dienstverpflichtung herzustellen: Trotz zunehmender Arbeitslosigkeit und immer knapper werdenden Lehrstellen, gerade für die Frauen und Mädchen, ist es immer noch eine recht geringe Zahl von Jugendlichen, die zu einer „f r e i w i l l i g e n" unbezahlten Sozialarbeit bereit sind. (Jährlich waren es bislang nie mehr als 2.000, die überwiegende Mehrzahl natürlich Frauen.)

Dies war vielen Verantwortlichen bereits 1966 zu wenig, und so wurde schon damals die Forderung nach einem Pflichtjahr öffentlich diskutiert. Einer derjenigen, die sich hierfür mit kaum noch zu überbietendem Zynismus in die Bresche warfen, war der Hamburger Theologieprofessor Thielicke: *„Der Wille zum Dienen muß in einer funktionsfähigen Gesellschaft gepflegt werden."* Alle, die mit Hinweis auf die nationalsozialistische Vergangenheit eine Dienstverpflichtung ablehnten, wurden von ihm als *„Vergangenheitsneurotiker"* bezeichnet, als *„Leute, die mit geschichtlichen Argumenten ihre eigene Bequemlichkeit tarnen"* (1).

Gerade in der jetzigen Situation, in der immer mehr Frauen nach der Schule ohne Ausbildungs- und Arbeitsplatz sind, sollten wir allerdings die Gefahr der „Ausbreitung" des Freiwilligen Sozialen Jahres nicht unterschätzen. Vielen Mädchen könnte dies als das „kleinere Übel" erscheinen, und die Werbefachleute der Trägerverbände des Sozialen Jahres werden bei ihren Besuchen an den Schulen das Ihre dazu beitragen, um es gerade den Mädchen schmackhaft zu machen. Hinzu kommt, daß für die meisten sozialen Berufe das Soziale Jahr als Berufspraktikum anerkannt wird; es ist sogar in der Diskussion, beim Studium einen Sonderbonus zu gewähren. **In der antimilitaristischen Frauenarbeit werden wir in Zukunft mehr auf diesen Bereich achten müssen: sei es in unserer Arbeit mit Lehrern und Schülerinnen oder auch in unserer Untersuchungsarbeit.** Wir sollten immer daran denken: Auch der Frauenarbeitsdienst der Nazis war, als er 1936 eingeführt wurde, f r e i w i l l i g !

Die Dienstverpflichtung im Rahmen der Notstandsgesetze

Seit Bestehen der BRD gab es Bestrebungen, Notstandsverordnungen einzuführen. Die ersten Überlegungen und Vorschläge kursierten bereits 1948; ein erster geheimer Entwurf zu einer Notstandsgesetzgebung wurde 1958 im Auftrag des damaligen Innenministers Schröder (CDU) ausgearbeitet (3). Bis zur endgültigen Verabschiedung der Notstandgesetze vergingen allerdings noch zehn Jahre.

Ein wesentliches Problem der Militaristen, der Personalbedarf im „Spannungs"- oder „Verteidigungsfall", sollte durch die Bestimmungen der Notstandsgesetze gelöst werden.

Bereits 1964 hatte es Berechnungen im Kriegsministerium gegeben, wonach im „Ernstfall" mindestens 100.000 Frauen gebraucht würden: als Krankenschwestern, Nachrichtenhelferinnen und Helferinnen für den Versorgungsdienst. Weitere 100.000 Frauen würden im „Ernstfall" von den in der BRD stationierten NATO-Verbänden benötigt. Nach den Vorstellungen des damaligen Kriegsministers von Hassel (CDU) sollten diese Frauen nicht erst im „Ernstfall" eingezogen werden, sondern bereits in Friedenszeiten dienstverpflichtet, in die Uniform gesteckt und ausgebildet werden. Das Kriegsministerium drängte deswegen damals auf eine rasche Grundgesetzänderung. (4)

Durch die Bestimmungen der Notstandsgesetze wurde dieses Problem dann auf etwas andere Weise gelöst: Artikel 12,3 des Grundgesetzes (von 1956), der besagte, daß Frauen nicht zu einer Dienstleistung im Verband der Streitkräfte verpflichtet werden dürfen, wurde gestrichen. Ein Artikel 12a wurde neu ins Grundgesetz eingefügt, in dem es heißt: *„4) Kann im Verteidigungsfall der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 55. Lebensjahr durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall Dienst mit der Waffe leisten". „6) Kann im Verteidigungsfall der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs*
schen, die Ausübung eines Berufs
oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes eingeschränkt werden..." (3) (Hierbei geht es um zivile Dienstleistungen für „Zwecke der Verteidigung", einschließlich des „Schutzes der Zivilbevölkerung").

Das 1968 ergänzend verabschiedete Arbeitssicherstellungsgesetz besagt für die Dienstverpflichtung der Frauen im wesentlichen das Gleiche: *„Für die Zwecke der Verteidigung, einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung, kann nach den Vorschriften dieses Gesetzes... 3) eine Frau vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 55. Lebensjahr im zivilen Sanitäts- oder Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation in ein Arbeitsverhältnis verpflichtet werden"*. (3)

Das „typisch weibliche" dieser Bestimmung ist dem Bundeswehrhochschulprofessor Seidler natürlich nicht entgangen: *„Ein markanter Unterschied zwischen der Wehrpflicht der Männer und der Dienstverpflichtung der Frauen im Verteidigungsfall besteht darin, daß die Frauen den Dienst nicht verweigern können. Die Situation der Kriegsdienstverweigerer, die den Waffengebrauch ablehnen, und der Frauen, von denen Hilfe für Kranke und Verwundete erwartet wird, ist grundverschieden. Töten kann man aus Gewissensgründen ablehnen, den Leidenden zu helfen nicht. Diese Aufgabe erscheint im Krieg als die gebotene besondere Pflicht der Frau."* (1) Ehrliche Worte, die dem Militaristenchauvi so ganz aus dem Herzen kommen...

Das Gesundheitssicherstellungsgesetz

Wie aus gut unterrichteten Kreisen Mitte September zu erfahren war, hat das Gesundheitsministerium einen Entwurf für ein weiteres „Sicherstellungsgesetz" erarbeitet, der bereits an alle einschlägigen Organisationen des Gesundheitswesens verschickt worden ist. Damit sei, so heißt es, die „prompte Behandlung" im neuen Bundestag vorbereitet worden. (5) Die Vorlage eines solchen Gesetzes war am 3.7.80 vom Bundestag beschlossen worden, in den Rahmenrichtlinien für die „zivil-militärische Zusammenarbeit". (6) (Zu den Bestimmungen der verschiedenen anderen „Sicherstellungs"gesetze siehe AK 184).

Das „Gesetz zur Anpassung des Gesundheitswesens an die besonderen Anforderungen eines Verteidigungsfalls" soll vor allem regeln, wer im Verteidigungsfall bei der Versorgung von Kranken helfen muß. Auf den verschiedenen Ebenen sollen von einer Behörde die zur Verfügung stehenden Helfer und Gesundheitseinrichtungen erfaßt werden.

Als Hauptproblem bezeichnet das Gesundheitsministerium in der Vorlage die „Bereitstellung des Personals". Zwar sind Ärzte, Apotheker etc. zur „Mitwirkung im Verteidigungsfall" verpflichtet. Allerdings müsse man davon ausgehen, daß eine große Zahl von Angehörigen der Gesundheitsberufe in einer solchen Situation für den Aufbau der Lazarette bei der Bundeswehr nach und nach abgezogen werde. Deshalb müsse die Einstellung neuen Personals vorbereitet werden! Und woher das neue Personal nehmen? Es läßt sich kaum vermuten: *„Als Personalreserve hat das Ministerium Frauen im Auge, die beispielsweise als Schwestern oder Schwesternhelferinnen für die Krankenpflege ausgebildet sind"*. Als „Reserve" waren wir ja allemal noch gut genug: auf dem Arbeitsmarkt, wenn's gerade mal einen wirtschaftlichen Aufschwung gab; für die Rüstungsindustrie, wenn im Krieg der Bedarf stieg; oder auch für die Bundeswehr, wenn den Militaristen die Anzahl der männlichen Rekruten für ihre Pläne nicht mehr ausreichen.

Und „freiwillig" soll es diesmal selbstverständlich auch wieder zugehen – wer würde denn an Zwangsdienstverpflichtungen denken?!... *„Sie"* (die Frauen, Anm) *müssen sich allerdings freiwillig melden. Ihre zusätzliche Ausbildung für die neue*
sätzliche Ausbildung für die neue
Aufgabe soll 32 Std. im Jahr nicht überschreiten. Da Frauen nach dem Grundgesetz zu solchen Vorbereitungskursen im Frieden nicht verpflichtet werden dürfen, will das Gesundheitsministerium sie als ‚freiwillige Helfer ehrenamtlich' gewinnen. (5).

Göttin sei dank, die Welt bleibt in Ordnung! Oder hatte etwa irgendjefrau erwartet, daß es für den Dienst am Vaterland auch noch Geld geben würde?! N e u ist die Ausbildung und Erfassung der Schwesternhelferinnen zwar nicht (s.u.); es ist allerdings zu erwarten, daß nach Verabschiedung dieses Gesetzes noch mehr als bislang die Werbetrommel für diese „schönen fraulichen Berufe" gerührt werden wird.

Schwesternhelferinnen

Direkt nach Verabschiedung der Notstandsgesetze 1968 ergriff die damalige Bundesregierung (Große Koalition) die Initiative, um für den „Verteidigungsfall" genügend ausgebildete Frauen zur Verfügung zu haben – alles gaaanz freiwillig, versteht sich.

200.000 Helferinnen sollten insgesamt ausgebildet werden. Die Kosten der Ausbildung teilen sich Verteidigungs- und Innenministerium; die Ausbildung wird vom Roten Kreuz, dem Johanniter-Orden und dem Maltheser-Hilfsdienst durchgeführt. (1) Bis Anfang 1976 hatten bereits 150.000 Frauen den 220stündigen Lehrgang besucht.

Frau kann sicher sein, daß den allerwenigsten Frauen, die sich zur Ausbildung als Schwesternhelferin melden, der militaristische „Ursprung" und die tatsächliche Zielsetzung dieses Berufs bekannt ist. Vielmehr wird unter Frauen für diesen Beruf mit Argumenten geworben, hier könnten sie in kurzer Zeit eine Berufsausbildung machen, ohne großen finanziellen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Aufwand, und darüber hinaus einen Beruf ausüben, bei dem sie anderen Menschen helfen können.

Den meisten dieser Frauen wird auch nicht weiter aufgefallen sein, daß sie zu Beginn der Schwesternhelferinnenausbildung folgendes Kleingedruckte auf ihren Personalbogen unterschreiben mußten: *„Ich erkläre mich bereit, die erworbenen pflegerischen Kenntnisse durch Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen für Schwesternhelferinnen des Deutschen Roten Kreuzes zu festigen, ... und, wenn meine persönlichen Verhältnisse dies zulassen – mich bei öffentlichen Notständen für eine pflegerische Tätigkeit zur Verfügung zu stellen. Ich wurde darüber unterrichtet, daß mein freiwilliger Einsatz in einem etwaigen Verteidigungsfall im Einvernehmen mit dem Arbeitsamt unter weitgehender Berücksichtigung meiner Einsatzwünsche sowie meiner persönlichen Verhältnisse geregelt wird, da dieses dann für die Sicherstellung des pflegerischen Personalsverantwortlich ist. Mir ist bekannt, daß aus diesem Grunde das Arbeitsamt ein Verzeichnis der Schwesternhelferinnen erhält. Ferner wurde ich davon in Kenntnis gesetzt, daß alle Frauen vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 55. Lebensjahr im Verteidigungsfall in ein Arbeitsverhältnis im zivilen Sanitäts- oder Heilwesen oder in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation verpflichtet werden können, eine Verpflichtung aber nur zulässig ist, wenn der Bedarf an weiblichen Arbeitskräften in diesem Bereich nicht auf der Grundlage der Freiwilligkeit gedeckt werden kann, und persönliche Gründe für eine Befreiung nicht vorliegen. Änderungen meiner Personalien ... sowie meiner Einsatzfähigkeit werde ich jeweils dem DRK-Kreisverband mitteilen...“*. (7)

Gleichzeitig darf frau sich auch schon aussuchen, ob sie im nächsten Krieg lieber im zivilen Bereich oder aber in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation eingesetzt werden will... Welche Großzügigkeit!

„...Ich weigere mich, in irgendeiner Form Kriegsdienste zu leisten...“

Seitdem die Verknüpfung der Schwesternhelferinnenausbildung mit der Dienstverpflichtung von Frauen im „Verteidigungsfall“ von vielen Frauengruppen öffentlich gemacht worden ist, haben eine ganze Reihe von Frauen sich geweigert, den entsprechenden Text auf dem Personalbogen vor ihrer Ausbildung zur Schwesternhelferin zu unterzeichnen. Sie haben die Forderung gestellt, daß sie auch ohne diese Einverständniserklärung an der Ausbildung teilnehmen können. Dabei allerdings mußten sie ihr blaues Wunder erleben: Die ach so sozial eingestellten Verbände wie Rotes Kreuz, Johanniter-Unfallhilfe oder Maltheser-Hilfsdienst weigerten sich, diese Frauen auszubilden; die Teilnahme an der Ausbildung, so hieß es in einem kürzlich bekanntgewordenen „Fall“ in Hannover, sei nur möglich, wenn vor der Ausbildung die Bereitschaft zu einem „Einsatz im Katastrophen- und Notstandsfall“ erklärt wird. Ansonsten würden die Lehrkosten nicht von der Bundesregierung bezahlt. (8)

Andere Frauen mußten sich mit dem totalen „Unverständnis“ ihrer Kursleiterin auseinandersetzen, als sie sich weigerten, die entsprechende Verpflichtung zu unterschreiben: Ihnen wurde vorgeworfen, sie seien nicht bereit zum Helfen, sie seien egoistisch. Ob sie es denn nicht auch besser fänden, im Falle eines „Notstandes“ qualifiziert eingesetzt zu werden, anstatt in einer Munitionsfabrik zu arbeiten; und schließlich: ob sie es wirklich nicht einsehen könnten, daß dieser Kurs dem Staat auch Geld kosten würde, und daß deswegen von den Frauen als Gegenleistung eine Verpflichtung zum „Einsatz“ im Kriegsfall verlangt werden könne. (9)

Eine besondere Unverschämtheit mußte sich eine Frau aus Karlsruhe gefallen lassen, die schon 1972 ihre Schwesternhelferinnen-Ausbildung gemacht hatte und 1979 ihre Unterschrift zur Dienstverpflichtung widerrief. Auf diesen Widerruf erhielt sie vom Gesundheitsamt Karlsruhe folgende Antwort: *„...Ich bin entsetzt darüber, daß eine als Schwesternhelferin ausgebildete Mitbürgerin sich schon jetzt weigert, durch evtl. Katastrophen und Seuchen in Not geratene oder verletzte Bürger, z.B. Frauen und Kinder, zu pflegen und zu behandeln, wie es das allgemeine Gesetz der Menschlichkeit von jedem vollsinnigen Menschen als selbstverständlich voraussetzt... Es wäre schlecht um die Menschheit und um die Menschlichkeit bestellt, wenn es lauter Claudia Schneiders gäbe, die sich weigern, ihren Brüdern und Schwestern in Lebensgefahr beizustehen. Sowohl das Amt für Zivilschutz als auch das staatliche Gesundheitsamt verzichten gerne auf die Mitarbeit hartherziger Personen...“*. (10)

Wer Krieg und Kriegsvorbereitungen nicht zu unterstützen bereit ist, der ist eben nicht „vollsinnig“. Und wenn eine Frau bei der Vorstellung von Verwundeten nicht zu selbstloser aufopfernder Hilfe bereit ist, wenn sie also d a s e n t s c h e i d e n d e Charakteristikum der Weiblichkeit nicht vorweisen kann, was hat sie dann noch für einen Wert für die „menschliche Gemeinschaft“?...

Eine ganze Reihe weiterer Frauen haben inzwischen auch die Verweigerung ihrer Dienstverpflichtung aufgrund der Notstandsgesetze (GG 12,4) erklärt. In Briefen an Kreiswehrersatzämter, Bundeswehrverwaltungsämter, Zivilschutzbehörden haben sie begründet, weswegen sie im „Verteidigungsfall“ die für sie vorgesehenen Aufgaben im Rahmen der „Zivilverteidigung“ nicht wahrnehmen werden. Beispielhaft sei hier aus einer der vielen inzwischen veröffentlichten Erklärungen zitiert: *„Mir ist bewußt geworden, daß zivile Hilfsdienste zur militärischen Planung einer Kriegsführung gehören. Das bedeutet, daß ich mich als Betroffene im 'Verteidigungsfall' nicht der Sache des Friedens, dem Kampf gegen den Krieg widmen könnte. Ich müßte indirekte Kriegsdienste leisten: an der Heimatfront, im Krankenhaus, in der Fabrik oder sonstwo. Ich müßte* *Heimatfront, im Krankenhaus, in der Fabrik oder sonstwo. Ich müßte* *Dienst leisten anstelle eines Mannes, der dafür zum 'echten' Kriegsdienst (an der Waffe) herangezogen werden kann. Kriegsdienste tarnen sich in vielseitiger Form, sie finden überall dort statt, wo Dienst am Krieg geleistet wird – und dieser Dienst beginnt nicht erst beim Ausbruch der Feindseligkeiten. Kriegsdienst kann sowohl in der Kaserne wie auch im Labor, in der Rüstungsproduktion oder im Sanitätswesen geleistet werden... Ich widersetze mich, Bestandteil dieses militärischen Kalküls zu sein, und möchte viele Frauen und Männer davon überzeugen, nicht Handlanger des menschenverachtenden Militärs zu werden. Für eine lebenswerte Zukunft!“* (11)

Die angeschriebenen Behörden reagierten teilweise gar nicht, oder sie erklärten ihre „Nichtzuständigkeit“. Einigen Frauen wurde auch empfohlen, im „Verteidigungsfall“ doch bitte gegen die bestehenden Gesetze juristisch vorzugehen, da es ein Recht auf Verweigerung der Dienstverpflichtung für Frauen nicht gebe.

Die Veröffentlichung von vielen Verweigerungserklärungen, die Diskussionen mit Frauen an Infoständen und auf Veranstaltungen hat wesentlich mit dazu beigetragen, daß die „heimliche“ Frauen-Militarisierung so still und unbeobachtet heute nicht mehr stattfinden kann. Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit über diesen Bereich der Kriegsvorbereitungen ist wichtig, weil gerade hier deutlich wird, daß die Militarisierung der Frauen nicht ein Problem ist, das vielleicht in fünf oder zehn Jahren mal auf uns zukommt, sondern daß sie bereits heute stattfindet, häufig ohne daß wir es merken.

Und noch etwas anderes spricht dafür, diesen Aspekt der Kriegsvorbereitung in unserer Frauenarbeit noch mehr zu beachten: Die ganze Verlogenheit der „Emanzipationssorgen“ der führenden Militärs, mit denen sie uns die Bundeswehr schmackhaft machen wollen, wird daran deutlich. Dienstverpflichtet werden wir nicht, um in den typischen Männerdomänen der Bundeswehr Machtpositionen zu ergattern – auch wenn einzelne Vorzeigefrauen sich vielleicht auf höhere Posten emporkämpfen können. Dienstverpflichtet werden wir in den „typisch weiblichen“ Berufen, wo wir uns aufopfern sollen für die andern, wo wir nicht mehr an uns selbst, sondern nur noch an Mann, Freund, Kinder und Eltern denken sollen. Nicht Emanzipation ist Trumpf, sondern die Rückbesinnung auf unsere „eigentlichen Aufgaben“, auf das Hegen und Pflegen, Schmerzen Lindern, Trösten – und uns selbst völlig vergessen! Hingebungsvolle Selbstaufopferung für Küche, Kinder und Männer – davon haben wir schon lange die Schnauze voll; und wieso sollten wir jetzt plötzlich Lust bekommen, fürs Vaterland und die Militaristenchauvis unsere Interessen wieder auf den Müll zu werfen?!

Herrn Apel, Berkhan, Schmidt, Seidler und wie sie alle heißen, müßte eines mal langsam klar werden: die „weiblichen Erbanlagen“ haben in den vergangenen Jahren entscheidende „Mutationen“ erfahren – ob das vielleicht an den Atomkraftwerken liegt?...

Eine Genossin des KB/Gruppe Nürnberg

Anmerkungen:

Anmerkungen:

1. Franz Seidler, Frauen zu den Waffen S. 384 - 391
2. AK 114; Freiwilliges Soziales Jahr; dort wird noch ausführlicher auf dieses Thema eingegangen. Die angegebenen Stellen sind danach zitiert.
3. Renate Janssen: Frauen ans Gewehr? S. 28 - 40
4. „Tatsachen“, 25.7.1964
5. „FR“, 8.9.80
6. „Zivilschutz-Magazin“, 7-8/80
7. „Diskofo“ Nr. 30: Frauen zur Bundeswehr? S. 14
8. „Neue“, 28.10.80; „FR“, 16.10.80
9. Rundbrief „Frauen gegen Kriegsdienste“ Nr. 5
10. „Courage“ 10/79
11. Diese Verweigerungserklärung stammt von der „Frauengruppe gegen Militarismus“, Nürnberg. Weitere sind u.a. abgedruckt in der „Courage“ 10/79 sowie in verschiedenen Ausgaben des Rundbriefs „Frauen gegen Kriegsdienste“; außerdem in der „Graswurzel“-Sondernummer „Frauen und Militär“.

»Frau und Volk«

„Die Zukunft des deutschen Volkes aus biologischer und politischer Sicht“ **hieß das Thema des diesjährigen Kongresses der „Gesellschaft für freie Publizistik“ („GfP“). Dieser Verein ist ein Zentrum von Alt– und Neonazis; in ihm sind NS–Verleger und –Autoren ebenso wie Theoretiker der Grauzone zwischen NPD und CDU/CSU organisiert.**

Der Kongreß sollte *„die geistigen Waffen für (den) Kampf auf Leben und Tod bereitstellen“*, **gegen** *„biologische Austilgung“* **und zur** *„Abwehr der afro–asiatischen Invasion“*. **Man bemühte sich, theoretisches Rüstzeug für die Rassismus–Kampagne der bundesdeutschen Nazis zu schmieden. Unter den Referenten befanden sich bekannte Größen wie Bernd Dröse, Heinrich Schade und Rolf Kosiek. Bemerkenswerterweise befand sich auch eine Frau unter den Vortragenden, Brigitte Finkeissen–Franck, die Vorsitzende einer Heidelberger „Bürgerinitiative“, die sich gegen die Einwanderung von Japanern richtet. Zwar sind relativ zur übrigen Nazi– Szene im Kulturbereich (um „GfP“,** **Einwanderung von Japanern richtet. Zwar sind relativ zur übrigen Nazi– Szene im Kulturbereich (um „GfP“,** **„DKEG“ und „DKG“) noch am ehesten Frauen aktiv – entsprechend der Politik der NSDAP, die die Frau zur „Kulturträgerin“ definierte – diese beschränken sich aber i.a. auf Nachlaßverwaltung (ihrer Väter/Männer), organisatorische Dienste oder das Rezitieren von „völkischen“ Gedichten auf kulturellen Veranstaltungen.**

Eine Frau als Theorieproduzentin gehört zu den Ausnahmeerscheinungen und mag als Indiz dafür gelten, wie die Nazis im Zuge einer rassistischen Bevölkerungspolitik auch frauenpolitisch aktiv werden möchten.

Frau Finkeissen–Franck begann ihren Vortrag damit, das Schreckgespenst einer *„multirassistischen Gesellschaft“* in der BRD sowie des Untergangs der weißen Rasse überhaupt an die Wand zu malen und plädierte für die *„Erhaltung der Art“*. Anstatt nun, wie es jedermann/frau erwarten würde, die „deutsche Frau“ ohne große Umschweife aufzufordern, wieder mehr deutsche Kinder in die Welt zu setzen, setzte sie erst zu einem weitläufigen Exkurs in die Philosophien des Abendlandes und des Fernen Ostens an. Ihre konkreteren Vorstellungen zur Rolle der Frau sind dann allerdings einzig und allein auf die Mutterschaft reduziert und entsprechend frauenverachtend. Beifällig zitierte sie Aristoteles: *„Es ist notwendig, daß sich Weibliches und Männliches verbindet, der Fortpflanzung wegen. Dies nicht nur aus freier Entscheidung, sondern weil es das naturgemäße Streben ist, ein anderes Wesen zu hinterlassen, das einem selbst gleich ist. Da man darauf achten muß, daß die Säuglinge so tüchtig wie möglich werden, muß sich der Gesetzgeber um die Ehe kümmern, was für Menschen sich untereinander ehelichen sollen und wann. Es ist im Hinblick auf die Zucht besser, wenn die Mädchen etwa mit 18 und die Männer etwa um 37 Jahre herum verheiratet werden“*. Auch die Altersvorstellung teilt Frau F.–F. und kommentiert: *„Die Lebensreife des Mannes erleichtert die Anpassung einer jüngeren, selbstbewußten Frau“*. Weitere Vorstellungen zur Ehe, die sie als vorbildhaft zitierte:

„Der Mann regiert über die Frau und die Kinder ...“ (Aristoteles);

„Es gibt fünf (?) Gründe, aus denen man ein Mädchen nicht heiratet – eines aus einer aufrührerischen oder zuchtlosen Familie oder einer Familie, in der Verbrechen vorgekommen sind, eines aus einer Familie mit üblen Krankheiten“ (Konfuzius).

Paradoxerweise schwärmt die Vorsitzende der Initiative „Kein Japan–Center!“ ausgerechnet von der *„spannungslosen japanischen Ehegemeinschaft“* und der *„für uns unverständlichen Unterwerfung der (japanischen) Frau unter den männlichen Willen“*. Zwar gesteht sie den Frauen auch Klugheit und Scharfsinn und sogar die *„gleiche genetische Fülle“* wie dem Mann zu, aber lediglich zu dem Zweck, sie auf die (männlichen) Kinder weiterzuvererben bzw. diese zu erziehen.

In der Politik haben Frauen nichts zu suchen; es seien *„männliche Staatsgründungen“* und *„typenbildende Männerbünde, die das Leben der Menschen aller Rassen bewegen“*, und so soll es ihrer Meinung nach auch bleiben.

„Daß die Frauen jetzt auch zur Macht im Staate greifen, ja zum erstenmal bewußt eine Frauenherr- *Macht im Staate greifen, ja zum erstenmal bewußt eine Frauenherr-**schaft anstreben, liegt allein in der Erschlaffung der männlichen Führungskraft aus blindem, humanitärem Mitleid mit der 'Menschheit'“*. Politisch aktive Frauen bezeichnet sie als *„kinderlose, verkrampfte Typen, die sich den ideologischen Zielen ihrer männlichen Gönner unterwerfen, ohne auch nur einen Hauch echten Frauentums“*. Daß es so gekommen sei, liege an einer *„Schwächung des menschlichen Instinkts“*; der *„weiße Mann“* habe seine *„globale Führungsaufgabe preisgegeben“* und die *„Mutterliebe in der Frau verdrängt“*.

Gerade auf dem „Mutterinstinkt“ beruht aber die Hoffnung F.–F.s. Da dieser Instinkt bei den meisten jungen Frauen noch wach sei, komme ihnen auch die „geistige Initiative“ zu: *„Die geistig aufgewachten Frauen erkennen mit ihrer immer noch größeren Instinktsicherheit die Schwächen des intellektualisierten und seines sicheren Standortes beraubten Mannes. Nachdem sie sich inzwischen als durchaus fähig erwiesen, männ-*



liches Denken möglichst vollendet nachzuahmen, sind sie nicht mehr bereit, das männliche Führungsprivileg anzuerkennen.

Es darf doch nicht das letzte Wort aller naturwissenschaftlichen Erkenntnis sein, daß sich die Frauen heute auf der Flucht vor erneuter Erniedrigung und vor fehlender Solidarität jenseits des mütterlichen Ufers als zornige Emanzen wiederfinden *niedrigung und vor fehlender Solidarität jenseits des mütterlichen Ufers als zornige Emanzen wiederfinden* *müssen. Erst wenn sich der ausschweifende männliche Intellekt dem Naturhaft-Körperlichen mit Überzeugung beugt, so wie sich das körperliche Wesen der Frau bisher dem heute entlarvten Geist des Mannes untergeordnet hat, so wird auch das Leben der Europäer und das ihrer Kultur neu entstehen können.*

Die wirkliche Emanzipation der Frau ist erst dann erfolgt, wenn vor allem kluge Frauen ihre persönliche Entfaltung mit Bewußtsein in ihren Kindern suchen und es fertigbringen, den bewußt ausgewählten männlichen Partner für diese gemeinsame Aufgabe zu gewinnen.“

Sie schließt ihr Plädoyer für eine faschistische Frauenemanzipation mit der richtungsweisenden Parole: *„Mut zur Demut“* (Die Zitate stammen aus dem Nov.Dez. Heft von „Nation Europa“, in dem die Kongreß-Beiträge veröffentlicht wurden).

Eine Genossin der AntiFa-Kommission Hamburg

Mitarbeiter/innen einer Beratungsstelle für Verhütungsmittel in Spanien vorübergehend festgenommen

Am Dienstag, 21. Oktober, wurden alle Personen, die sich im Planungszentrum „Los Naranjos“ und in einem Privathaus in Sevilla befanden, von der Polizei festgenommen und nach drei Tagen gegen Kaution entlassen. Die angegebene Begründung für die großangelegte Aktion war der Vorwurf, die Mitarbeitenden des Planungszentrums würden Abtreibungen vornehmen.

Das Planungszentrum „Los Naranjos“ war eine von einem Kollektiv betriebene Beratungsstelle für Verhütungsmethoden ungewollter Schwangerschaften.

In Spanien sind Abtreibungen ohne Ausnahme illegal. Wer sie vornimmt, an sich vornehmen läßt oder irgendwie hilft, Geld oder ein Auto zur Verfügung stellt, den Betroffenen einen Kaffee zubereitet, ..., hat mit mehreren Jahren Gefängnis zu rechnen. Diese Illegalität verhindert aber keineswegs, daß die Frauen abtreiben; allenfalls unter schlimmeren Bedingungen treiben jährlich 300.000 Frauen in Spanien ab, wobei 3.000 sterben. In Andalusien z.B. ist es weit verbreitet, daß die betroffenen Frauen von Hausdächern springen, um eine Fehlgeburt herbeizuführen. Im Baskenland wurde vor kurzem eine Frau festgenommen, die mit Nadel und Seifenlauge arbeitete.

In dieser Lage haben sich in einigen Städten Spaniens Gruppen gebildet, die nicht nur für die ersatzlose Streichung des Abtreibungsparagrafen und die Verpflichtung der Krankenkassen, alle Kosten für Versicherte und Nicht-Versicherte zu übernehmen, eintreten, sondern diese Forderung auch praktisch geltend machen. Sie vollziehn es einfach, aber zu wesentlich niedrigereren Preisen als allgemein üblich (8.000 pst. statt 40 oder 50 Tausend Peseten; 200 Mark statt 800 oder 1.000), mit der schonenden Absaugmethode und Plastikmaterial, die das Risiko eines Zwischenfalls wesentlich herabsetzen.

Die Polizei wirft den Festgenommenen vor, eine dieser Gruppen zu sein. Deshalb ist in Kürze auch ein Prozeß zu erwarten. Frauen, die im Baskenland im Oktober vergangenen Jahres wegen Abteibung vor Gericht standen, sind bisher aufgrund der breiten Solidarität nicht verurteilt worden. Es geht aber nicht nur darum, eine Verurteilung der jetzt Festgenommenen zu verhindern, sondern auch durch Solidarität im Ausland dazu beizutragen, die Legalisierung der Abtreibung in Spanien durchzusetzen.

Weitere Informationen folgen.

Zuschriften an Beste Zimmermann, Breslauerstr. 37, 4300 Essen.

Frauen-Demo gegen Papstbesuch

Anläßlich des Papstbesuches in **Fulda** demonstrierten am 16. November über 250 Frauen in der osthessischen Bischofsstadt. Die Idee, in Fulda eine bundesweite Frauendemo „zu Ehren des Papstes“ zu machen, war auf der Berliner Sommeruni entstanden. Leider kamen aufgrund mangelnder Organisation und Resonanz nur wenige Frauen angereist. Zur Verwirrung trug auch bei, daß ursprünglich zusätzlich eine Schwulendemo in Fulda stattfinden sollte, die aber aufgrund mangelnden Interesses in der Schwulenbewegung abgesagt wurde. Der Demonstrationszug, an dem sich auch Männer beteiligten, sollte ursprünglich an Fuldaer Kirchen vorbeiziehen, dies war jedoch von der Stadt aus „gutem“ Grund verboten worden.

Trotzdem erregten sich die – am Sonntagvormittag zahlreich in der Stadt anzutreffenden – Kirchengänger lautstark über Parolen wie „Wir gebären keine Kinder für heilige Kriege“, FRAUEN seht mal an, der KOPF von MUTTER Kirche ist stets ein...Herr“ und „Maria, die du empfangen hast ohne zu sündigen, hilf uns zu sündigen ohne zu empfangen“.



Nach der Demo zogen noch einige Frauen mit Transparenten zum Dom, wo sie Kirchengänger mit Flugblättern über das Frauenbild der katholischen Kirche ansprachen. Dies führte dann zur Räumung des Domplatzes durch ein ansehnliches Polizeiaufgebot.

KB/Fulda



Frankfurt: Autonomes Frauenhaus in Gefahr

„Soll Frankfurt jetzt auch noch dafür berühmt werden, daß hier zum ersten Mal ein autonomes Frauenhaus aufgeben muß?". (Aus einem Flugblatt des Vereins „Frauen helfen Frauen" e.V.)

Mit Konsequenz und beharrlicher Perfidie hat die Frankfurter CDU es geschafft, das seit April 78 arbeitende autonome Frauenhaus in Frankfurt an den Rand des Ruins zu bringen, so daß die Frauen des Vereins kaum eine andere Möglichkeit mehr sehen, als den Verein als Träger des Hauses zum Jahresende aufzulösen.

Mit einem letzten Kraftakt hatten letzte Woche Frauen aus dem Haus und des Vereins versucht, ihre Forderungen mit öffentlichem Druck an die Stadt (und Mann!!) zu bringen, um die Weiterarbeit des Hauses für das nächste Jahr zu sichern.

Konkreter Auslöser war jetzt die mehr als bedrohliche Aussicht, daß die Bewohnerinnen des Frauenhauses ab 1. Januar 81 auf der Straße sitzen: das Untermietverhältnis für das Haus (die Stadt hat das Haus ange– und an den Verein weitervermietet) war von der Stadt Frankfurt zum 31.12. 80 gekündigt worden. Alle Anfragen, Vorsprachen, Termingesuche der Vereinsfrauen waren in den letzten Monaten ohne Reaktion geblieben. Sozialdezernent Trageser (CDU) hielt es offensichtlich nicht für nötig, sich Gedanken zu machen über den Verbleib der ca. 40 Frauen und Kinder, die z.Zt. im Haus wohnen.

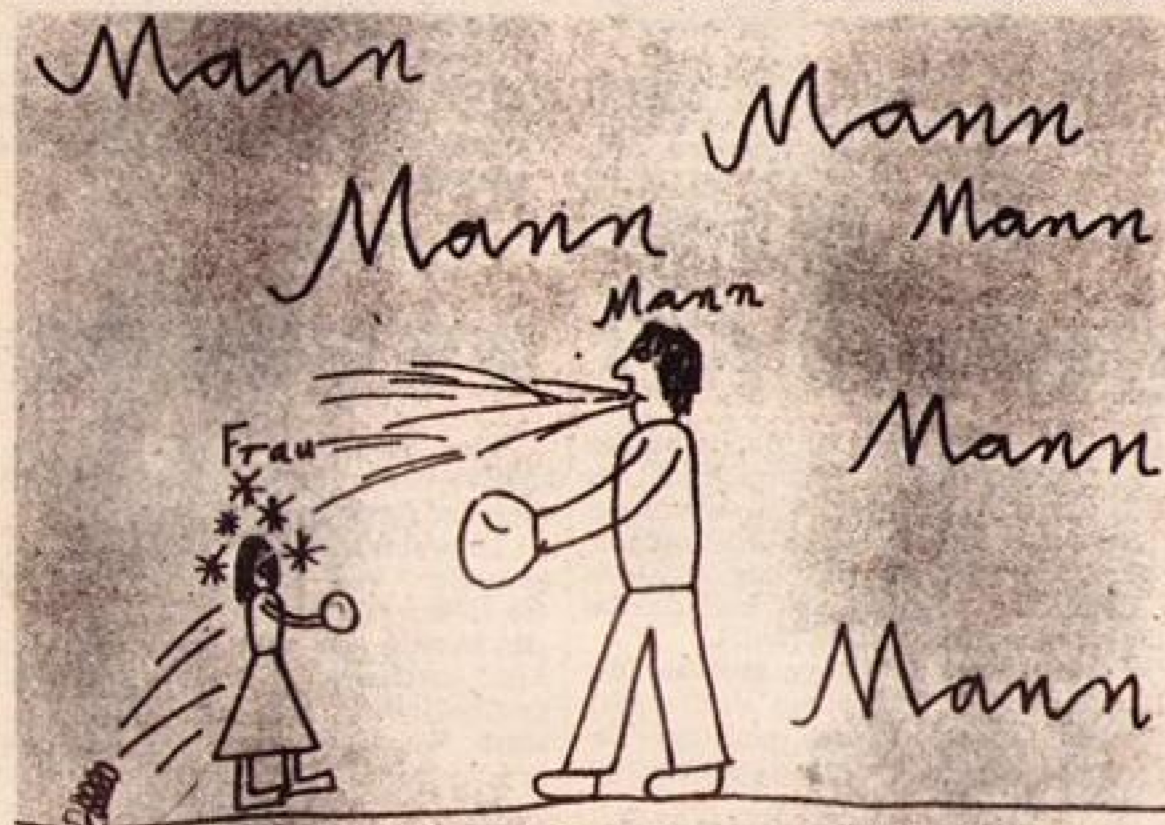
(Trageser ist uns übrigens noch in Erinnerung von seinen kürzlichen Versuchen, das fortschrittliche Mädchenheim in der Hans–Thoma–Strasse zu schließen, s. AK 185).

Für die Frauenhaus–Frauen war klar: Wenn sich nicht bald was ändert an der finanziellen und personellen Situation des Vereins, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als das Haus zum Jahresende zu schließen.

Seit Bestehen des Hauses wurschteln sich die Frauen von Monat zu Monat durch, ständig mit der Vorstellung im Nacken, die kommenden Rechnungen, die laufenden Gehälter nicht mehr zahlen zu können. Ihr ständiger Kampf um die Anerkennung des autonomen Frauenhauses hat zu nichts geführt; im Gegenteil: immer mehr mögliche Zuschüsse wurden ihnen abgeschlagen.

„Gleichwohl schicken Polizei, Krankenhäuser und Sozialstationen laufend betroffene Frauen zum Ver-

Rechnungen, die laufenden Gehälter nicht mehr zahlen zu können. Ihr ständiger Kampf um die Anerkennung des autonomen Frauenhauses hat zu nichts geführt; im Gegenteil: immer mehr mögliche Zuschüsse wurden ihnen abgeschlagen.
„Gleichwohl schicken Polizei, Krankenhäuser und Sozialstationen laufend betroffene Frauen zum Ver-



Zeichnung eines Zehnjährigen

ein und benutzen ... das Haus wie ein Angebot der Stadt. Mit städtischen Sozialmaßnahmen kann sich das Frauenhaus allerdings mitnichten messen, was die Finanzen angeht" („FR", 13. 11.80).

Seit nunmehr fast 3 Jahren solch mühsamer frustrierender Verhandlungen und Überwasserhalten mit Spenden und Mitgliedsbeiträgen sind die Frauen geschafft: mit der Aussicht, jetzt auch noch das Haus zu verlieren und mit 40 Frauen und Kindern zum Jahresende auf der Straße zu sitzen, ist die Weiterexistenz des Projektes undenkbar.

Besetzung des Sozialamtes

Am 12.11. begann eine Klausurtagung der CDU (die seit fast vier Jahren Frankfurt kaputtregiert), auf der über den Haushaltsplan 1981 beraten werden sollte. Da dem Verein schon vorher „versprochen" worden war, daß für ihn, wie schon im Haushaltsplan 80, keine müde Mark vorgesehen sei, trommelten die Vereins– und Frauenhausfrauen Kinder, Frauen, Sandwiches, Trillerpfeifen und Flugblätter zusammen und „besuchten" das Sozialamt mit der Absicht, nicht eher wieder zu gehen, als bis sie mit dem Sozialdezernenten persönlich gesprochen und ihm ihre Situation und Forderungen nochmal mit Nachdruck dargestellt hätten.

Mit Flugblättern, Radio– und Fernsehinterviews wurde die Öffentlichkeit, die größtenteils betroffen auf die drohende Schließung des Frauenhauses reagierte, über den Grund der Besetzung informiert.

100 Frauen und Kinder können einen ganz schönen Krach machen – so viel, daß der arme untergeordnete Beamte sichtlich nervös wurde und nach anfänglichen Beteuerungen, Trageser sei in Wiesbaden und wir könnten schließlich nicht erwarten, daß, nur weil wir „ aufgrund irgendwelcher höherer Einsichten mit dem Dezernenten ein Gespräch führen" wollten, der „erwünschte Gesprächspartner" für uns da sei, doch etwas erreichte: Nach ca. 3 Stunden hatte er ganz plötzlich herausgefunden, daß das Liegenschaftsamt ja schon am 10.11. (welch Zufall !!) eine **Verlängerung des Mietvertrages** beschlossen hätte.

Die Frage nach den genaueren Bedingungen, also die Dauer des Mietverhältnisses und Übernahme der gesamten Miete (bislang trägt die Stadt 3000 DM, der Verein die restlichen 2000 plus sämtliche Umlagen), konnte er allerdings nicht beantworten, sodaß wir noch weiter auf Trageser warteten, der dann auch im Laufe des Nachmittags eintrudelte. Die Forderungen des Frauenhauses

- kostenlose Zurverfügungstellung des Hauses
- **Übernahme aller laufenden Kosten (320.000 DM im Jahr)**
- **sofortige Beschaffung von Wohnungen für die Frauen, die im Frauenhaus unterkommen**

hörte er sich zwar an, wollte sich aber nicht persönlich dafür in der Klausur–Tagung einsetzen.

CDU–Klausurtagung gesprengt

Deswegen erschienen wir am nächsten Tag gleich nochmal mit einem Haufen Frauen und Kindern, um ihm die für einen CDU–Typ wohl schwierige Aufgabe abzunehmen, die Situation des Frauenhauses allen anwesen-

Klausur–Tagung einsetzen.
CDU–Klausurtagung gesprengt
Deswegen erschienen wir am nächsten Tag gleich nochmal mit einem Haufen Frauen und Kindern, um ihm die für einen CDU–Typ wohl schwierige Aufgabe abzunehmen, die Situation des Frauenhauses allen anwesen-

den CDU–Männern und –Frauen nochmal eindringlich klarzumachen und von ihnen die Behandlung der Forderungen des Vereins zu fordern.

Die CDU war solchen Besuch offensichtlich nicht gewohnt: nachdem sie erst zwei Frauen vor die Tür geschickt hatten, die mit uns verhandeln sollten (vielleicht ist da einigen CDU–Männern aufeinmal aufgegangen, wofür Frauen in höheren Gremien auch i h r e r Partei gut sind!), wir uns damit aber nicht zufrieden gaben und sie in ihrer erlauchten Sitzung trotzdem störten, taten sie beleidigt: „Unter Druck verhandeln wir schon gar nicht!". –

Die „FAZ" empfahl uns in einem Kommentar mit der Überschrift „Überzeugen statt erpressen" frecherweise: *„... Auf lange Sicht braucht es die bejahende Überzeugung, daß die Hilfe nötig ist. Da bliebe dem Frauenverein noch einiges zu tun".* („FAZ", 14.11.). Bei der Gelegenheit erfuhren wir allerdings, daß für das Frauenhaus in s t ä d t i s c h e r Trägerschaft 1,2 Millionen DM und eine Erweiterung im Haushaltsplan 81 vorgesehen sind...

Im Gespräch mit einigen Frauen, zu dem Trageser am darauffolgenden Montag auf einmal doch bereit war, machte er dann sein Versprechen wahr:

Keine Mark für den Verein „Frauen helfen Frauen" im Jahr 1981 !!!

Jetzt haben die Frauen zwar das Haus, aber nicht die Mittel, um die Arbeit aufrechtzuerhalten.

Begründet wurde der Entschluß mit dem Hinweis auf die Erweiterung des städtischen Frauenhauses. Gleichzeitig warf Trageser dem autonomen Frauenhaus vor, *„sich zu sehr um Hilfesuchende aus anderen Gemeinden zu kümmern"* („FAZ", 18.11.)!

„Im Interesse der hilfesuchenden Frauen" versuchte Trageser nochmal die Diskussion über den § 72 Bundessozialhilfegesetz. Im Interesse der hilfesuchenden Frauen allerdings kann es keineswegs sein, die Konsequenzen der Finanzierung über den § 72 auf sich zu nehmen:
d.h. nämlich die Diskriminierung der Frauen zu *„Hilfesuchende(n), denen eine Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft nicht mehr möglich ist"*, d.h. Aktenführung über die „Fortschritte" der Frauen, d.h. **Schwierigkeiten beim Sorgerecht für die Kinder.**

Die Autonomen Frauenhäuser der BRD und Westberlin lehnen aus guten Gründen den § 72 als Finanzierungsgrundlage ab. So bedeutet diese Entscheidung der CDU ein vorläufiges Aus für das Frankfurter Frauenhaus!

Chronologie der Schikanen

Hier sei nochmal die Vernichtungspolitik der Frankfurter CDU, die auch schon fortschrittliche Initiativen wie die Kitas, das Abendgymnasium und das TAT („Theater am Turm") auf dem Gewissen hat, chronologisch dargestellt:

- Juni 79: während für die Bundesgartenschau 1989 in Frankfurt vorläufige (!) 200 Millionen bewilligt werden, weigert sich die Stadt, die ABM–Stellen für die Kinderbetreuung im Frauenhaus als Planstellen zu übernehmen.
- August 79: Familienrichter Frede-

sium und das TAT („Theater am Turm") auf dem Gewissen hat, chronologisch dargestellt:
– Juni 79: während für die Bundesgartenschau 1989 in Frankfurt vorläufige (!) 200 Millionen bewilligt werden, weigert sich die Stadt, die ABM–Stellen für die Kinderbetreuung im Frauenhaus als Planstellen zu übernehmen.

- August 79: Familienrichter Frederici spricht das Sorgerecht für die zwei Kinder einer Frau aus dem Frauenhaus deren Vater zu: *„... daß die Kinder zunächst aus dem Frauenhaus herauskommen, weil dies für längere Zeit kein Aufenthalt für minderjährige Kinder ist"*.(„FR", 16.8.79).
- Dezember 79: Die Stadt bewilligt 60.000 DM für die Einrichtung einer Stelle für die Kinderbetreuung im Frauenhaus, allerdings mit der Auflage, daß 1. die Vermögensverhältnisse des Vereins genau aufgedeckt werden, 2. Anzahl und Namen der Kinder angegeben werden, 3. die Kinder in weitentfernten städtischen Kindergärten untergebracht werden, 4. sobald der Verein die benötigten zusätzlichen Stellen für die Betreuung der Kinder aus anderen Mitteln (Spenden u.ä.) bestreitet, streicht die Stadt sofort diese eine bewilligte Position.
- Februar 80: die Ablehnung der einen Stelle seitens des Frauenhauses wegen der unzumutbaren Auflagen wird *„zur Streichung aller Mittel im Etat 1980 führen"* („FNP", 19.2.80), so lautet die Entscheidung der CDU für den Haushaltsetat 1980.
- April 80: die Frankfurter CDU hat von ihren Darmstädter Parteifreunden gelernt: ganz nach deren Vorbild diffamieren auch sie jetzt das autonome Frauenhaus öffentlich: Die Frauen hätten ein *„radikalfeministisches Konzept"* und würden mit *„ideologisch fixierten Gesellschaftsvorstellungen"* Ehe und Familie angreifen („FR", 29.4.80).
- Mai 80: die CDU plant zwei weitere städtische Einrichtungen und hält deswegen und wegen o.g. „polititischer Bedenken" die Unterstützung des autonomen Frauenhauses nicht mehr für notwendig.
- Der schon Anfang dieses Jahres für die Bezuschussung autonomer Frauenhäuser eingerichtete Landesfond über 400.000 DM ist bis heute nicht von der Stadt Frankfurt angefordert worden: *„Das Verfahren, die Stadt zur Weiterleitung von Landesgeldern zu veranlassen, sei derart ungewöhnlich, daß man erstmal brieflich in Wiesbaden habe anfragen müssen, warum ..."* („FR", 14.11.).

Wie mann ein störendes Projekt kaputtmacht, führt die CDU hier beispielhaft vor: finanzielles Austrocknen, politische Diffamierung, hinauszögernde Verhandlungen, Beanspruchung von ehrenamtlicher Arbeit ... Irgendwann wird mann die Emanzen schon los...
Oder?
Noch ist der Widerstand nicht völlig gebrochen: Die Frauen des Vereins haben jetzt Unterstützung von der SPD zugesagt bekommen: In einem Brief an den hessischen Sozialminister A.Clauss hat die Frankfurter SPD–Fraktion um die Bewilligung eines Landeszuschusses „zunächst bis zum Frühjahr" gebeten. Dann sind ja bekanntermaßen die hessischen Kommunalwahlen – die Zeit der großen Wahlversprechungen hat also begonnen! *„Beschlußlage unserer Fraktion ist, daß wir im Falle einer Mehrheit dieses Projekt unterstützen"* („FR", 24.11.). So begrüssenswert diese Initiative in der letzten Minute ist, so wissen wir zur Genüge über die Situation von Frauenhäusern in SPD–regierten Städten: In Kassel z.B. bekommen die Frauen bis heute nicht mehr als die Miete und ca. 4000 DM pro Monat für die Kinderbetreuung.

Demonstration am 13.12. in Frankfurt

Die Frauen des Vereins haben jetzt alle Frauengruppen und einzelne Frauen aus Frankfurt aufgerufen, mit ihnen gemeinsam zu überlegen, wie das Projekt noch zu retten ist. Dazu findet in dieser Woche ein Treffen statt, auf dem auch über die schon auf dem regionalen Frauenhaustreffen vorgeschlagene Demo am 13.12. in Frankfurt diskutiert werden soll. Die Demo soll der Unterstützung aller hessischen Frauenhäuser und Frauenhausinitiativen gelten, dabei auch besonders auf die drohende Schließung des Frankfurter Frauenhauses hinweisen. Wir brauchen jetzt ganz viel Phantasie und Energie, um das Frankfurter Frauenhaus zu retten und das Feld nicht der CDU mit ihren Vorstellungen von „Sozial"–politik zu überlassen.

KB–Frauengruppe Frankfurt

Spendenkonto: BfG Frankfurt
Nr. 16053581 00 (BLZ 500 101 11)
Frauen helfen Frauen e. V.



Freiburg: Gemeinderat besiegelt Ende von pro familia

Mit 25 zu 21 Stimmen lehnte der Gemeinderat am 25.11. die weitere Finanzierung der Pro Familia ab. Zur Abstimmung lag ein Antrag der

Freiburg: Gemeinderat besiegelt Ende von pro familia
Mit 25 zu 21 Stimmen lehnte der Gemeinderat am 25.11. die weitere Finanzierung der Pro Familia ab. Zur Abstimmung lag ein Antrag der

SPD vor, der die Weiterarbeit der Beratungsstelle weitgehend gesichert hätte. Nach langen Auseinandersetzungen zwischen der SPD und der Aktionseinheit zum Erhalt der Pro Familia hatte sich die SPD endlich dazu durchringen können, die Forderung der AE nach voller Finanzierung der Pro Familia durch die Stadt in die Gemeinderatssitzung einzubringen. Zwar machte sie dann doch wieder Abstriche (die Pro Familia sollte 30.000 DM aus Eigenmitteln zusteuern und die umliegenden Landkreise sollten ihrem Anteil an der Beratungstätigkeit entsprechend weitere 31.400 DM zuschießen), aber das änderte an der Entscheidung des Gemeinderats nichts. Die CDU und die Freien Wähler (eine der CDU nahestehende kommunalpolitische Vereinigung) lehnten eine finanzielle Förderung der Pro Familia ab.

In der vorhergehenden Debatte wurde deutlich, warum einigen Leuten die Beratungsstelle ein Dorn im Auge ist. Die CDU erklärte, daß öffentliche Gelder erst nach einer Überprüfung der ideologischen Anschauungen der Pro Familia vergeben werden könnten. In ihren Augen züchtet die Pro Familia eine egozentrische und lustsuchende Generation und sei im Grunde familienfeindlich – mann sollte statt des Namens Pro Familia lieber den Namen Anti Familia wählen! Zum Thema Schwangerschaftsabbruch stellte die CDU fest, daß die kirchlich gebundenen Beratungsstellen für den Schutz des werdenden Lebens einträten, während die Pro Familia die Entscheidung für oder gegen ein Kind der Frau überlasse. (Nein, wie anrüchig, wo kommen wir denn da hin, wenn die Frauen selbst über ihren Körper bestimmen).

Der Gemeinderatssitzung war eine Demonstration von ca. 700 Frauen und Männer vorhergegangen. Auf vielen Transparenten wurden der Erhalt der Pro Familia und bessere Bedingungen für einen Schwangerschaftsabbruch in Freiburg gefordert.

SPD fällt der ASF in den Rücken

Seit einiger Zeit arbeitete die ASF (SPD-Frauen) zusammen mit vielen anderen Gruppen, auch kommunistischen Gruppen wie KB, DKP und GIM (Trotzkisten) in der Aktionseinheit zusammen. Einen Tag vor der Demo reisten führende Leute der SPD in Freiburg an und zusammen mit dem Freiburger Kreisvorstand der SPD (dem immer noch ein linkes Image nachgesagt wird) forderten sie die Frauen der ASF auf, die AE zu verlassen – andernfalls würden mehrere Parteiausschlußverfahren anstehen wegen Verstoßes gegen den Unvereinbarkeitsbeschluß der SPD gegenüber kommunistischen Gruppen. Die APS beugte sich diesem Druck – sie wollen in Zukunft nur noch als Einzelpersonen in der Aktionseinheit mitarbeiten. Ein falscher Entschluß, wie ich meine, denn an der ASF soll ein Exempel statuiert werden, das sich letztlich gegen alle diejenigen aus der SPD richtet, die bislang noch nicht mit Scheuklappen in der Gegend rumlaufen. Einer Gemeinderatsarbeit, die sich ein Stück weit an den Interessen der außerparlamentarischen Gruppen in Freiburg orientiert – wenn auch nur halbherzig und nach starkem Druck – soll endgültig der Riegel vorgeschoben werden. Absurd muten diese Manöver vor dem Hintergrund an, daß der Oberbürgermeister der Stadt Freiburg, von dem behauptet wird, er sei Mitglied der SPD, ständig gegen die Anträge seiner eigenen Fraktion im Gemeinderat stimmt – zuletzt in der Debatte um die Pro Familia, in der er mit den Worten „Nein, so nicht, ich lasse mich von denen doch nicht für dumm verkaufen" gegen eine weitere Finanzierung der Pro Familia stimmte. Parteiausschlußverfahren stehen an, aber wohl eher gegen diesen Herren!

Eine Genossin aus Freiburg

Film:

Das Ende der Nacht

Dies ist der Titel und die Aussage eines Filmes über Vergewaltigung, der derzeit in den Kinos anläuft. Ein Film, der sehr differenziert und genau auf die verschiedenen Aspekte einer Vergewaltigung eingeht. Er macht nicht nur betroffen und ohnmächtig, sondern vermittelt auch eine Perspektive, die für uns Frauen sehr wichtig ist – das Öffentlichmachen von Vergewaltigungen.

Sehr sorgsam versucht die Regisseurin – Yannick Bellon – die Situation der Frau und die Reaktionen ihrer Umwelt auf die an ihr begangene Vergewaltigung aufzuzeigen: die Verwirrung des Opfers – die Frau, die lange zögert, bis sie sich zu einer Anzeige entschließt. Die Haltung der Mutter, die schon resigniert hat und möglichst alles geheimhalten will. Die Haltung des Verlobten, der zwar sehr zärtlich ist, dennoch auf sie nicht eingehen kann, sie nicht versteht und letztlich die Rolle des beleidigten Mannes übernimmt, der selbst Trost braucht. Der Weg der Frau an die Öffentlichkeit, peinliche Fragen bei Polizei und Untersuchungsrichterin. Die Reaktionen der Vergewaltiger, die weder Triebtäter, noch sonst als psychisch krank einzuschätzen sind, sondern „ganz normale" Männer sind. Der alltägliche Chauvinismus, die Gewalt an Frauen.

Die Geschichte des Films

Der Film beginnt mit Alltagssituationen, mit schönen Bildern, harmonischen Landschaften, Liebesbeziehungen...

Nathalie, die Hauptdarstellerin, will zu Freunden etwas außerhalb der Stadt fahren. Wie gewohnt, kauft sie vorher noch Tabak in einer kleinen Bar. Etwas Alltägliches passiert, ihr wird hinterher gepfiffen, zugerufen, Sprüche wie: „Da möchte ich auch mal ordentlich zulangen" fallen. Welche Frau kennt das nicht!

Nathalie reagiert nicht und fährt mit ihrem Mofa weiter. Die Männer, die eben noch „gescherzt" haben, verfolgen sie mit dem Auto, fahren nah an sie ran, langen aus dem Auto, ziehen ihr den Rock hoch und lachen sich halbtot dabei. Bei Nathalie entsteht Angst und Panik, sie wird zum Anhalten gezwungen und fällt dabei vom Mofa. Das „Spiel der Männer" beginnt.

vom Mofa. Das „Spiel der Männer" beginnt.

Die Frau wird brutal ins Auto gezerrt und an den Ort gefahren, an dem sie später vergewaltigt wird.

Chauvinismus–Gewalt–Vergewaltigung – eine Linie (?). Nathalie wird wieder aus dem Auto gezerrt, geschlagen, die Männer haben Spaß dabei, bekommen Lust auf sie, werden „scharf". Ganz deutlich wird hier der Zusammenhang von Mißhandlung und Vergewaltigung aufgezeigt. ...Nathalie wird ins Gesicht geschlagen, sie wird zum Ausziehen gezwungen, ins Scheinwerferlicht gestellt, und das alles mit Bemerkungen wie „schön die Kleine". Mit gierigen Händen, immer wieder begleitet von Schlägen, wird nach ihr gegriffen und sie in den Schuppen gezerrt. Mit lustvoll gönnerischen Augen vergewaltigen sie die Frau auf brutalste Weise, reißen ihr die Beine auseinander, beißen ihr in die Brust und den Hals ... Begleitet wird das durch Sprüche wie: „Du hast Spaß daran, oder?", und „Die besten Männer der Gegend bumsen dich, du kannst froh darüber sein".

Die Frau, körperlich und psychisch völlig zerstört, wird liegengelassen, wie ein abgenutztes Hemd, für die Männer ist der „Spaß" vorbei.

Durch Zufall wird sie aufgelesen und zu einem ihr bekannten Arzt gebracht. Zunächst empfindet sie Schuld und Scham und bittet den Arzt, nichts weiter zu erzählen. Danach Bildschnitt:

Chauvinismus und Gewalt

Eine ganz alltägliche Scene wird gezeigt, Männer beim Kartenspielen in der Kneipe. Auch der Verlobte von Nathalie sitzt dabei; gewohnte männliche Redewendungen werden ausgetauscht und Sprüche wie „das kannst du entjungfern" zum gegenseitigen Anstacheln benutzt.

Alltägliche Floskeln! Alles ganz „normal". Um die Runde etwas aufzumuntern, bringt ein Mann eine Toncassette an den Tisch, auf der die Schreie von Nathalie bei der Vergewaltigung aufgenommen wurden. Keiner weiß bisher davon. Alle lächeln, finden es amüsant... Sie spielen ungestört weiter.

„Du sollst nicht darüber reden, wir können die Welt nicht ändern"

Nathalie versucht, die Vergewaltigung lange zu verschweigen; nur ihre Freundin, deren Mann und ihr Verlobter erfahren davon. Ihrer Mutter, zu der sie ein sehr vertrautes Verhältnis hat, erzählt sie es erst viel später.

Als der Verlobte von Nathalie von der Vergewaltigung erfährt, kriegt er einen Wutanfall und fragt vorwurfsvoll: „Wieso gehst du abends alleine auf die Straße?!"... Er versucht sie, ganz unbewußt, noch mehr einzuschränken, sie in bester Erziehermanier zu ‚besseren' und sichereren Verhaltungsweisen zu bewegen und gibt ihr letzlich selbst die Schuld für ihre Vergewaltigung. Um seine Männerehre zu retten und um seinen Besitz – die Frau – zu verteidigen, droht er den Vergewaltigern Prügel an, damit die ‚Sache' ein Ende findet. Diese Reaktion ist kein durchdachter Schritt des Mannes, sondern vielmehr eine ganz spontane „normale" Reaktion...

Auf Hausbesuchen bei kranken Patienten wird sie angemacht, Sprüche wie: „Sie langen heute aber scharf zu" fallen.

Als sie wieder mal auf einem Hausbesuch ist, erkennt sie ganz zufällig auf einem Hochzeitsbild einen ihrer Vergewaltiger wieder. Kurz vorher hatte sie sich noch mit seiner Frau über ihre glückliche Ehe unterhalten. Natalie verläßt wie gelähmt den Raum.

Sie fährt zur Tankstelle, an der ER arbeitet und beobachtet ihn. Etwas für Frauen ganz Alltägliches passiert: Er amüsiert sich – in seinem Sinne – mit einer Kundin, kokettiert vor ihr ... alles ganz normal, alltägliche Gewalt an Frauen.

In Nathalie reift der Entschluß zur Anzeige immer mehr. Bei einem Besuch bei ihrer Mutter erzählt sie ihr, daß es kein Unfall war, weswegen sie im Krankenhaus war, sondern daß sie von vier Männern vergewaltigt wurde. Die Mutter reagiert betroffen und resigniert. Mit den Worten „Du sollst nicht drüber reden, wir können die Welt nicht ändern" argumentiert sie gegen den Entschluß ihrer Tochter, Anzeige zu erstatten.

auch, die Nathalie immer wieder zur Anzeigenerstattung ermuntert und sie in allen Fragen unterstützt.

Ihr Verlobter dagegen versteht nicht, daß sie seit zwei Monaten nicht mehr mit ihm schlafen will und versucht, sie bei einem romantischen Spaziergang ganz sanft dazu zu bewegen ... sie stößt ihn weg und geht weiter.

Zwischendrin sieht man/frau Szenen vom Alltag der Vergewaltiger – alles ganz normale Männer.

Der eine – ein Barkeeper – der gerade Nachrichten hört und es schrecklich findet, daß „Menschen als Geiseln genommen werden"; der andere – Verkäufer im elterlichen Geschäft und von seinem Vater ständig angeschissen ...

Danach folgen wieder Einblenden, Szenen von der Freizeitgestaltung dieser Männer. Dort, wo sie ihr männliches „Siegergefühl" ausleben können. Sie nehmen sich Frauen als Opfer, die sie wie hohle Spielbälle benutzen, ihren Spaß dabei haben und später, wenn sie abgenutzt sind, wegschmeißen. Frauen werden auf der Straße betatscht, aufgezogen, zur Änderung ihres Schrittes und ihres Weges gezwungen ... Für jede Frau die alltägliche „gewohnte" Bedrohung durch Männer, alltägliche Gewalt – der Spaß der Männer.



und verschwindet.

Als die ersten Ermittlungen der Polizei und Justiz ihren Gang nehmen, meldet sich die „betroffene" Öffentlichkeit bei Nathalie:

Die Ehefrau des einen Vergewaltigers, wie sie sagt, seit fünf Jahren „glücklich verheiratet", versucht Nathalie zur Rücknahme ihrer Anzeige zu bewegen und ihr die Schuld für den Ruin ihrer ganzen Familie in die Schuhe zu schieben. Mit völligem Unverständnis reagiert sie auf die Ablehnung ihres Vorschlags durch Nathalie: „Sie haben Sie gevögelt, na und – Sie leben doch noch".

Auch die Eltern des anderen Vergewaltigers bemühen sich um ein Gespräch mit Nathalie. Als sie nicht auf die finanziellen Bestechungsversuche seitens der Eltern eingeht, wird der Vater heftig und schreit: „Die ganze Welt ist ein Bordell und Ihre kleine Vergewaltigung verschwindet in der Masse". Echte Männerlogik!

Wenn eine Frau vergewaltigt wird, sagt niemand etwas; wenn allerdings die Männer dafür zur Rechenschaft gezogen – sprich: angeklagt – werden, wird man(n) hellhörig und versucht, die „Sache" weiter zu vertuschen. Die vergewaltigte Frau fragt niemand dabei, sie muß für sich selbst kämpfen.

Ganz in diesem Sinne verläuft auch der Schluß des Films:

Nathalie geht zur Untersuchungsrichterin. Obwohl diese eine Frau is, stellt sie die gleichne peinlichen Fragen, sie bemüht sich um ein „Gesamtbild des Geschehens" ... Als später die Männer verhört werden, sind sie empört über die Anschuldigungen. Sie wollten doch nur einen schönen Abend verbringen, sich amüsieren. Vielleicht sind sie ein bißchen zu weit gegangen, aber letzten Endes haben sie niemanden umgebracht und schließlich nur was ganz Banales getan ...

Der Film „Das Ende der Nacht" macht ein Ende mit dem heuchlerischen Schweigen, nicht nur vor den Gerichten, sondern auch im Alltag. Er ist für Frau und Mann gleich empfehlenswert, da er nicht nur den Zusammenhang von Chauvinismus und Gewalt in aller Deutlichkeit aufzeigt, sondern auch uns Frauen, die ständig von dieser alltäglichen Gefahr der Vergewaltigung bedroht sind, einen brauchbaren Weg, einen kleinen Sonnenstrahl in der Sackgasse vermitteln kann. Ganz im Gegensatz zu dem sicher genauso bedeutenden Film „Schrei aus der Stille" kann sich kein Mann diesem Film mehr so leicht entzie- **diesem Film mehr so leicht entzie-** **hen. Nicht das „Ungeheuer" ist ein Vergewaltiger, sondern jeder Mann kann zum Vergewaltiger werden.**

Auch mit diesem Film ist das Thema Vergewaltigung noch lange nicht aufgearbeitet. Es würde sich sicher lohnen, zu Themen wie Vergewaltigung unter Bekannten, Vergewaltigungen in der Ehe, Vergewaltigung von Mädchen durch den Vater . . .genauso ausführlich und differenziert zu arbeiten, um die immer noch unentdeckte Reichweite dieses Verbrechens in aller Öffentlichkeit anzuklagen.

W.,KB Nürnberg

Obwohl Natalie ihrer Arbeit als Krankenschwester weiter nachgeht, läßt sie der Gedanke an ihre Vergewaltigung nicht los. Ständig ist sie vom Alltag als Frau umgeben. Als sie in einer recht vollen Bahn fährt, werden ihr die Männerblicke unerträglich; jede Berührung, jede körperliche Nähe von Männern bringt sie in Panik. Fluchtartig steigt sie aus.

Ein anderes Mal – Natalie ist auf dem Weg zur Arbeit – wieder Blicke von Männern, an ihr vorbeischleichende Autos, ein überdimensional großer Penis an eine Häuserwand gemalt ... Alles Frauenalltag!

„Stiere sind also weniger gefährlich als Männer"

Bei einem Besuch mit ihrem Verlobten bei Freunden kommt Nathalie immer wieder auf das Thema. Sie reden darüber, daß im Tierreich keine Vergewaltigungen passieren, daß das eine menschliche bzw. männliche Eigenart ist. Ihr Verlobter reagiert sichtlich genervt, wenn sie immer wieder auf das Thema kommt. Für ihn ist die Welt schon lange wieder in Ordnung. Die einzige, die Nathalie versteht und sie wirklich unterstützen kann, ist ihre Freundin. Sie ist es

„Man muß die Verschwörung des Schweigens brechen"

Nathalie hat sich mit ihrer Freundin beraten und ist entschlossen und bereit zu kämpfen. Sie tut es nicht nur für sich, sondern, wie sie sagt, „für alle Frauen". Sie geht zur Anwältin und zur Polizei und erstattet Anzeige.

Als ihr Verlobter davon erfährt, tickt er aus und fragt: „Was wird aus mir?" – da er seine Karriere aufs Spiel gesetzt sieht. Als sie nicht darauf reagiert, schreit er sie an: „Das mußt du selber auslöffeln!"

♀♀♀♀♀♀♀ 3. Müttertreffen des KB ♀♀♀♀♀♀♀

Am 9.11. fand in Hamburg das 3. bundesweite Treffen von Mütter-Genossinnnen des KB statt. Gekommen waren 11 Frauen aus Hamburg, Hannover und Lüneburg.

Wir wollten auf diesem Treffen in erster Linie über das Verhältnis der Mütter zu den Vätern bzw. Freunden sprechen und berichteten erst einmal über die gemachten Erfahrungen.

Dabei stellte sich bei allen Frauen heraus, daß sie durch ihre Mutterrolle wesentlich stärker belastet werden, als Väter durch ihre Vaterrolle. Wir konnten dies nicht unbedingt an konkreter Mehrbelastung im Haushalt etc... festmachen – obwohl hier auch noch einiges im Argen liegt –, sondern an dem unterschiedlichen Anspruch, der an Frauen und Männer gestellt wird. Gemäß der Tradition, Kindererziehung ist in erster Linie Frauensache, ist die Sorge um das Kind und alle damit verbundenen Aufgaben für Frauen eine Selbstverständlichkeit, die jedermensch von ihr erwartet.

Nehmen Männer dieselben Aufgaben wahr, werden sie als besonders nett und untypischer Mann in den höchsten Tönen gelobt.

Welcher Mann ist schon mal darauf angesprochen worden, daß er eine so tolle Freundin hat, weil sie sich gleichermaßen an der Kindereerziehung beteiligt?!

Genau diese, der bürgerlichen Mutterideologie entsprechende Denkweise ist auch bei uns Müttern selber noch im Kopf und trägt zu unserem ewigen schlechten Gewissen bei, wenn wir uns aus genau dieser Rolle lösen wollen. Uns sind die unterschiedlichsten Beispiele aus unseren Beziehungen eingefallen, wo wir durch bestimmte, im Grunde nicht einmal sehr krass wirkende Verhaltensweisen der Männer auf genau diese typische Rolle festgeschrieben werden.

So ist einer Mutter, die ganztägig berufstätig ist, immer vorgeworfen worden, daß sie immer so kaputt sei und keine Zeit mehr für die Beziehung übrig habe. Der Konflikt wurde nicht so diskutiert, daß nach Entlastunsmöglichkeiten für sie gesucht wurde, damit sie selber dem Bedürfnis, sich mehr in die Beziehung einzubringen, nachgehen kann, sondern es wurde als ihre Unfähigkeit, allen Ansprüchen gerecht zu werden, behandelt.

Das Ergebnis ist ein einziger Jongleur-Akt zwischen den Ansprüchen.

Ein weiteres Beispiel ist ein Problem, daß wohl in allen Beziehungen auftritt, nur für Mütter einen besonderen Stellenwert einnimmt: die F o r m der Auseinandersetzung.

Eine typische Fraueneigenschaft ist ihre besondere Emotionalität, eine im Grund sehr positive Eigenschaft, die uns in die Lage versetzt, Situationen und Probleme von einem tiefergehenden Standpunkt aus zu beurteilen, als von der reinen sachlichen Erscheinungsebene. Diese Form der Auseinandersetzung ist allerdings unheimlich schwer bis gar nicht in Auseinandersetzungen mit Männern einzubringen, weil uns oft die berühmten Beweise fehlen.

Die Folge davon ist, daß wir abgestempelt werden als unsachlich, zu emotional bis hysterisch, allerdings ohne auf das Problem einzugehen. (Ich bin sogar der Meinung, daß den sachlichen Männern oft einfach das Abstraktionsvermögen fehlt).

Lassen wir uns dann aber auf die „männliche" Ebene ein und diskutieren scharf, sachlich und mit Beweisen, sind wir cool, unnahbar, ist also auch nicht richtig.

Als Mutter läßt frau sich oftmals von einer scharfen Auseinandersetzung abhalten, um die Beziehung nicht zu gefährden, nicht nur des Kindes wegen, sondern aus einer eigenen größeren Abhängigkeit. Schließlich ist der Vater des Kindes noch immer derjenige, auf den frau sich am ehesten verlassen kann, wenn es um das Kind geht (von einigen Ausnahmen mal abgesehen). Bestärkt wird dies durch die Tatsache, daß Elternglück nach wie vor ein recht privates ist.

Ein weiteres Beispiel für unterschiedliche Erwartungen an Männer und Frauen ist die Frage der Berufstätigkeit.

Einige Frauen berichteten, daß sie die Frage, ob einer vielleicht nur halbtags arbeiten will oder eine Zeitlang arbeitslos bleibt, von vornherein so diskutiert haben, daß ganz selbstverständlich s i e diejenigen sind, die ihre berufliche Laufbahn ändern, und nicht die Männer. Dies geschah aus der Vorstellung heraus, daß es für die Männer wichtiger ist als für uns, zu arbeiten.

Eine Denkweise, die so normal und verbreitet ist, daß es bisher noch niemandem aufgefallen ist.

Es wurde außerdem die Frage aufgeworfen, was geschieht, wenn sich die Eltern trennen und sich die Väter gleichzeitig aus der Beziehung zum Kind ausklinken, d.h. sich nicht mehr kontinuierlich um das Kind kümmern. Wir waren uns nicht klar darüber, inwieweit solche Kontakte nicht einfach verhindert werden sollen, besonders, wenn erkennbar ist, daß es sich nicht um eine ernstgemeinte Sache handelt – oder ob es besser ist, das Kind den Frust erleben zu lassen. Es ist ziemlich klar, daß es hierfür keine allgemeingültigen Lösungen gibt. Klar ist aber, daß beide Situationen schwer für das Kind sind, weil es nicht als Mensch, sondern als Anhängsel von ... behandelt wird. Daraus können sich Konflikte entwikkeln, die die Mutter unabhängig von ihrem eigenen Befinden auffangen muß (in seltenen Fällen kann es auch Väter treffen).

Als letzten Punkt begannen wir mit der Diskussion ums Muttersein und gleichzeitige politische Arbeit. Dieses Thema rissen wir allerdings nur an. Wir wollen hierüber auf dem nächsten Müttertreffen ausführlich diskutieren.

Das nächste Treffen findet am 14. 12. in Hannover statt. Zeit und Ort müßt ihr telefonisch erfragen.

Eine Genossin i.A. der Mütter-VV

Der Märchenprinz ist tot — das Leben geht weiter

Besprechung des ersten Romans von Svende Merian

'linke frau, 24, möchte gerne/unmännliche männer, gerne/jünger, kennenlernen./chiffre 9003//', so beginnt der erste Roman von Svende Merian. Diese Anzeige, aufgegeben im Hamburger Szenenmagazin OXMOX, beschert ihr ein knappes Dutzend Briefe. An einem bleibt sie instinktiv hängen. *„Einer ... schreibt mir ein Gedicht, das mir unheimlich gut gefällt. Sieht so aus, als hätte der junge Mann das Gedicht selbst geschrieben: den nehm ich! ... Ich hab sofort das Gefühl: mit dem kannst Du was anfangen!"* Tatsächlich treffen sie sich, finden sich „spontan" sympathisch, eine Beziehung beginnt. Ein ungewöhnlicher Weg, jemanden kennenzulernen? Natürlich! Aber auch Ausdruck einer himmelschreienden Kontaktlosigkeit, selbst (oder gerade?) innerhalb der sog. 'Szene', jener linken Bewegung, die es sich doch einstmals auf die Fahnen geschrieben hatte, mehr Menschlichkeit zu probieren, zu wagen ... Eine solche Kleinanzeige ist für viele allerletzter Strohhalm innerhalb einer völlig neuen Dimension von Anonymität: man/frau gehört dazu, die Oberflächlichkeit der Kommunikation bleibt bestehen. Die scheinbar familiären Umgangsformen lassen die Erwartungen schnell und weit ansteigen, doch bekanntlich fällt umso tiefer, je höher jemand gestiegen ist. Übrig bleiben Kneipenkontakte, unverbindlich und hohl, Frustration im Studium; Perspektivlosigkeit aufgrund von Lerninhalten, die die eigene Existenz nirgends mehr tangieren: *„Ich studiere unter anderem Literaturwissenschaft. Das Gelaber in den Seminaren nervt mich. Hat keine praktischen Konsequenzen. Warum eigentlich nur studieren? Warum nicht selber schreiben? Frauenbücher zum Beispiel. Aber das trau ich mir nicht zu..."* (72).

Der Märchenprinz

ritt er da nicht eben?
auf seinem stolzen schimmel
mit goldfließendem haar
und einem antlitz
aus milch und blut.

ritt er da nicht eben,
verwegen
und kühn, ungebändigt
seine schwarzen locken,
unter sprühenden augen
der zigeunerbart,
unter dem flatternden hemd
die schweißglänzende blanke brust.

ritt er da nicht eben,
den schimmernden rappen
ritt er da nicht eben,
den schimmernden rappen
kraftvoll bändigend,
das spiel seiner muskeln und
die behaarte brust
unter dem schneeweißen hemd.

ritt er da nicht eben?

der saum
meines weißen kleides
sammelt den tau, der auch
meine füße netzt.
gänseblümchen
in meiner weißen hand.
sonnenstrahlen
in meinem güldenen haar.
morgentau
in meinem jungfräulichen antlitz,
stehe ich auf grüner au
und warte. –

ritt er da nicht eben?

der lahme gaul stolpert
und der rotgelockte
fällt mir
ungeschickt
vor die füße.

dann
hätte ich
auch jeans anziehen können.

Das alles beschreibt Svende Merian „hautnah", wenn dieses Wort nicht zu glatt klänge, nicht zu ironisch wäre: Eine junge Frau erzählt von ihren Gefühlen, ihrer Sexualität, ihren Enttäuschungen, vom Verhalten der Männer im allgemeinen, von Arne im besonderen. Die Beziehung bricht schnell auseinander. So spontan der junge Mann' geschrieben hatte, so spontan nimmt er auch wieder alte Kontakte auf. Er trifft seine vorherige 'Beziehung' wieder, verliebt sich neu, läßt die neue Beziehung plötzlich wieder erkalten. Aber er hat Pech! Svende, die Ich-Erzählerin, setzt sich in ihrer Not mit dieser Frau zusammen und kommt aus dem Staunen nicht mehr heraus: dieselben Sprüche, dieselbe Unzuverlässigkeit, Unpünktlichkeit, ein Netz von Widersprüchen und Unehrlichkeiten. Der 'unmännliche Mann' stellt sich als vollendeter 'Macker' heraus...

Trotz alldem - und für den Leser fast quälend stellenweise, nimmt sie die 'Verfolgung' auf, will Arne s o nicht gehen lassen. Er entzieht sich ihr mit allerlei Tricks, ohne graderaus mit der Sprache zu kommen. Mit sehr viel Mühe, Schmerz und Selbstüberwindung löst sie sich schließlich von Arne, versucht mit sich selber fertigzuwerden, beginnt deshalb, die ganze Geschichte aufzuschreiben: *„Ich sitze den ganzen Tag an der Schreibmaschine und mache mir Gedanken darüber, ob Bücher schreiben eine sinnvolle politische Arbeit ist. Oder ob Literatur sowieso immer nur eine kleine privilegierte Minderheit erreicht..."*.

Wie sie das tut, ist nicht nur spannend, sondern durchaus neu: Protokoll, Tagebuch, Roman, Gedicht, Monolog - das alles wirbelt bunt durcheinander, ohne sich zu 'beißen'. Aus dem Sog kommt man kaum heraus, hat man die ersten Seiten gelesen. Und es bleibt nicht aus, daß 'mann' sich hier und da selbst wiedererkennt. Bei alldem ist die Sprache, die Wortwahl der Autorin überraschend und komisch (etwa die Stelle, wo SIE IHN provokativ fragt, ob ER denn die Pille nehme!), aber diese Komik überdeckt nirgends die Tragik des Ereignisses. Svende Merian analysiert nach und nach Arnes Verhalten und kommt zu jenem Schluß, der schwer zu formulieren, aber repräsentativ für viele Beziehungskrisen ist: *„Ich habe kein Patentrezept. Ich will an der 'Lösung' all der Probleme auch nicht alleine basteln (falls es eine gibt). Ich kann nicht von Dir verlangen, daß du mir gegenüber Gefühle h a s t, aber ich kann verlangen, daß du mit deinen Gefühlen o f f e n e r u m g e h s t."*

Svende Merian arbeitet seit 1975 in der Frauenbewegung, berichtet aus dieser Arbeit, den Fortschritten, Enttäuschungen, Erfahrungen. Ohne diese Auseinandersetzung wäre ihr Buch wohl nicht möglich gewesen, wäre vermutlich ihr Mut nicht so groß gewesen, derart schonungslos und offen ihre Gefühle, ihre Sexualität (bis hin zu einer Vergewaltigung!) zu beschreiben – und damit bloßzulegen. Ich sagte weiter oben: spannend – und neu! Neu ist daran, verglichen mit anderen, wegweisenden Frauenbüchern, daß sie schließlich, trotz aller schlechten Erfahrung, nicht den Kontakt zu Männern abbricht. Es ist – im Gegenteil – erkennbar, daß ihre offensive (darin steckt das Wort 'offen') Auseinandersetzung mit 'den Männern' dort erst richtig anfängt, wo das Buch aufhört.

Männern' dort erst richtig anfängt, wo das Buch aufhört.

'Der Tod des Märchenprinzen' ist eingerahmt von einem Vor- und einem Nachwort an Männer, am Anfang schreibt sie: *„Ich möchte nicht, daß ein Mann dieses Buch aus der Hand legt und sagt: 'Ja, ja, der Arne. Das ist vielleicht ein Chauvi!' Arne ist ein ganz normaler Mann. Ein Mann wie Du.* Im Nachwort: *„Arne ist ein ganz normaler Mann. Ein Mann wie Du. Er hat nur das Pech gehabt, daß eine Frau ein Buch über ihn geschrieben hat. Du hast Glück gehabt. Dieses Buch hätte genausogut über Dich geschrieben werden können. Arne ist ein ganz normaler Mann. Ein Mann wie Du. Und er ist eigentlich ein wirklich netter Kerl."*

Eine unglückliche Liebe, die für viele steht. Ein Märchenprinz, der sich – trotz bescheinigter Sensibilität – in vielem als Chauvi erweist. Und dennoch nicht der Versuch, ihn 'fertigzumachen': Ihn, der ohne Eltern aufwuchs, fast zwei Jahrzehnte Heimkind war, mit all seiner Kontaktschwäche und brüchigen Identität, versucht sie zu begreifen, gerade weil er sich ihr entzieht, gerade durch die Art, mit der er sich unangreifbar machen will, jedem 'Anklammern' aus dem Wege geht. Die 'männliche Freiheit', die er für sich ihr gegenüber reklamiert, sie kommt aus der Angst dessen, der sein Leben lang 'fürsorglich belagert' war.

Ein eher warmer, liebevoller Angriff ist dieses Buch auf die männlichen Verhaltensweisen, sehr offen, aber niemals unfair.

„Das Private öffentlich machen", schreibt sie, *„und das unpolitische als politisch zu begreifen"*.

In einem (zusätzlichen) Nachwort an Frauen stehen diese Sätze: *„Emanzipation ist kein Wettbewerb. Emanzipation ist ein Prozeß, in dem wir Frauen uns gegenseitig unterstützen sollten. Männer versuchen, dieses Wasser oft auf ihre Mühlen zu lenken, indem sie eine Emanzipationshierarchie aufzustellen versuchen: Guck mal, die ist viel emanzipierter als Du! Was Männer emanzipiert finden, hat uns nicht zu interessieren. Das können wir Frauen schon selbst entscheiden! ... Wir emanzipieren uns nicht, damit Männer uns gut finden! Männer finden immer nur das emanzipiert, was ihnen nicht wirklich gefährlich werden kann."*

Dieses Buch ist nicht zu übersehen! Ich meine damit nicht nur den Inhalt, sondern vor allem auch den



300 Seiten DM 28,–
ISBN 3-88653-027-2
Buntbuch-Verlag

bunten Umschlag, den ich für hervorragend halte.

Das Buch ist teuer!, in der Tat: 28 Mark sind kein Pappenstiel ...

Allerdings liegt der Preis noch gut 1 Drittel unter üblichen Ladenpreisen etablierter Verlage. Ein Wälzer – 350 Seiten stark, keine Seite zuviel. Wer es gelesen hat, behält sehr viel Neugier zurück: Wie geht das weiter? Die Neugier hat Gründe: Svende Merian schafft es gleichzeitig, ihre Atemlosigkeit des Erzählens authentisch auf Papier zu bringen – und hat dennoch einen bemerkenswert langen Atem, den man/frau für einen solchen Stoff unabdingbar braucht. Für einen Erstling eine beachtliche Leistung. Ich bin neugierig geworden auf mehr!

Norbert Ney

Leserinnenbrief zu Svende Merian: »Der Tod des Märchenprinzen«

Svendes Buch beginnt mit folgender Kontaktanzeige: *„Linke frau, 24, möchte gerne unmännliche männer, gerne jünger, kennenlernen."* Begründung: *„Auf dem Spaziergang erzähle ich ihm, warum ich die Anzeige aufgegeben habe. Daß ich mich im letzten Jahr selber aktiv isoliert habe. Vorher Frauenarbeit gemacht habe und dabei natürlich tausend nette Frauen kennengelernt habe aus allen möglichen Frauengruppen und so. Aber eben nie Männer. Daß mein ganzer Bekanntenkreis aus Frauen besteht, weil ich in der politischen Arbeit und im Studium lieber mit Frauen zusammenarbeite. Aber daß ich in der Freizeit lieber was mit Männer machen möchte"* (S.1o). So einfach ist das. Auf Dauer sind Frauen eben doch langweilig, privat braucht frau immer noch 'nen Mann, ohne geht's eben nicht. Natürliches Bedürfnis? Trotz ihres feministischen Anspruchs geht Svende von der traditionellen Trennung zweier Bereiche aus: hier die Politik und die Arbeit= Studium (beides nur mit Frauen), dort die Freizeit – und nur in dieser Sphäre der Privatheit ist Beziehungsintimität möglich – und 'ne Beziehung (mit Erotik und allem, was dazu gehört) hat frau eben nur mit 'nem Mann. Schlimm finde ich, daß Svendes Darstellung ihrer Beziehung normativen Charakter hat und in d i e s e r Funktion von ihr ü b e r h a u p t n i c h t m e h r r e f l e k t i e r t wird. Das zeigt sich auch an dem Punkt, wo Svende die Grenzen einer Frauenfreundschaft sieht: nämlich dort, wo sich die beiden Frauen für denselben Mann interessieren. So fragt Svende die Exfreundin ihres Freundes: *„Wenn wir beide was von ihm gewollt hätten, dann hätte sich unsere Beziehung nicht so entwickeln können"* (S.316). Das Interesse am Mann steht bei Svende ganz selbstverständlich ü b e r ihrem Interesse an einer Frau. Entsprechende Funktionen haben leider auch die wenigen Frauen, die in Svendes Buch auftauchen: Sie sind lediglich „Reproduzentinnen" für Svende, d.h. sie machen sie wieder „fit" für ihren Beziehungskampf. Immerhin fragt sich Svende am Ende des Buches scheinbar selbstkritisch, ob es sich lohnt, ihre Energie in so einem Kampf zu verpowern. Die Antwort scheint mir reichlich lapidar: *„Diese Entscheidung kann frau immer nur im konkreten fällen, solange sie es noch mit Männern zu tun haben will. Und das will ich. Und ich schreibe mein Buch für Frauen, die das auch wollen"* (S.31o). Für andere Leserinnen, die da so ihre Zweifel haben, ist das Buch gar nicht erst gedacht. *„Immer wenn ich vor einem dieser Konflikte stand, habe ich die Lesben beneidet (!). Die haben es nicht mehr nötig (!), wenn sie sich weder im Privatleben, noch beruflich, noch in der politischen Arbeit mit Männern auseinandersetzen. Die sind den Ärger los. Haben ihre Kraft für sich selber "* (S.311). Welch eine idyllische Vorstellung vom Lesbischleben in einer patriarchalischen Gesellschaft! Noch nie was von Diskriminierung von Lesben in Kneipen etc., im Bekannten- und Familienkreis und im Beruf (nicht etwa „nur" Berufsverbot!) gehört? Sind Lesben nie auf der Straße (Anmache) ? Auf welcher Insel, glaubst du, leben sie? Insofern glaube ich dir nicht, daß dir bewußt ist, daß die *„Identitätsfindung dieser Frauen in dieser Gesellschaft ungleich schwieriger ist"* (AK 188) als deine, wie du in deinem Offenen Brief behauptest. Schon gar nicht glaube ich, daß du Lesben ernsthaft beneidest, denn dann würdest du dich nicht so unreflektiert von ihnen abgrenzen: *„Ich bin nicht lesbisch. Und Millionen anderer Frauen auch. Wollen es mit Männern zu tun haben"* (S.311). Freie Willensentscheidung? Schon mal was von Z w a n g sheterosexualität gehört?

Das ganze Buch schildert in schier endloser Wiederholung Svendes aufreibenden Kampf um einen Mann, der nur insofern nicht vergeblich war, als sie dem Typ am Schluß nicht mehr nachtrauert. Trotz aller Mühe, Vertrauen und Offenheit ihrerseits ändert sie ihn nicht (verständlicherweise). Zur Legitimation dieser „Entwicklungshilfe" dient Svende die „Kern-Schalen"-Theorie: *„Ich sehe die beiden Arnes vor mir. Den harten, durch nichts zu verunsichernden Fassaden-Arne. Und den anderen. Den nach Zuneigung und menschlicher Wärme suchenden, empfindsamen und verletzbaren Arne. Der nur ganz selten Ausgang bekommt. . . Und so gerne raus möchte."* (S.311) Kann frau das nicht letztlich von jedem Chauvi sagen? Dafür brauchen sie uns doch gerade: für die Wärme. Und was kriegt frau zurück ?? *„Ich war die ganze Zeit darauf fixiert, ihm körperlich nahe zu sein, weil das bisher die einzige Möglichkeit war, die er zugelassen hat."* (S.315) Aber wie kann die Sexualität langfristig gut sein, wenn a l l e s a n d e r e fehlt, und sie noch dazu durch seine Blindheit in Verhütungsfragen belastet ist? Das ist denn auch so ziemlich das Einzige, was frau aus Svendes Buch lernen kann: daß wir Sex oft als Ersatz für anderes wünschen. Ich spreche Svendes Buch also das Attribut „feministisch" ab, weil es vollkommen ignoriert, was mittlerweile in puncto Z w a n g sheterosexualität von der Frauen- und Lesbenbewegung herausgearbeitet worden ist.

Hil. eine Sympathisantin aus Bielefeld

Unter-rock — Mach mal deine Schnauze auf!

In Lübeck bin ich im Punk-Plattenladen auf eine neue Frauenplatte gestoßen, die ich euch gern vorstellen möchte. Fünf Frauen aus Hannover haben zusammen mit der Punkgruppe „Hansaplast" eine Platte produziert, die beweist, daß Frauenmusik nicht immer soft und niedlich sein muß, sondern aggressiv sein und viel Power haben kann. Das gilt sowohl für die Musik als auch für die Texte. Die Musik gefällt mir saumäßig gut: schneller Rock mit ziemlichem Punk-Einschlag – toll zum Tanzen und zum Mitschreien, auch zum Wutrausschreien! Die Frauen, die diese Platte gemacht haben, sind lesbisch. Viele Texte richten sich deshalb an lesbische Frauen, fordern sie auf, sich nicht mehr länger zu verstecken:

„Wir sind keine Kellerasseln
Wir sind lesbisch, haben Mut
haben schon so lang gewartet
helfen kann uns nur die Wut

Ich will in keinem Ghetto leben
für mich soll es ein Draußen geben
Wir-sein, nur bei rotem Licht
Nein Frauen, darauf können wir nicht".

oder

„Mach mal deine Schnauze auf
Laß mal deine Scheiße raus ...
Heterowelt – leck mich am Arsch!"

Doch die Palette ist breiter. Sie reicht von der Angst der Frauen, auf die Bühne zu gehen, über die Probleme mit Alkohol, der Situation am Arbeitsplatz, unseren Problemen mit der Schönheit bis zur Unterdrückung der Mutter in der bürgerlichen Familie. Dieses Lied gefällt mir besonders gut:

„An die Mutter
Der Tag war lang, du bist müde nun,
du wartest auf ihn schon seit Stunden,
du weißt wo er ist,
doch du traust dich nicht hin,
er hat dich zu Haus angebunden,
und nun schickst du mich,
und ich weiß wo er ist,
er säuft in der Kneipe an der Ecke,
er bindet mich an mit Schoko und Cola,
benutzt mich für seine Zwecke.

Refrain:
Warum hast du dich nicht freigemacht
warum hast du mich nicht freigemacht
warum mußt' ich mir diese Scheiße anschaun
warum bist du nicht einfach abgehaun?

Dann hat er mich nach Haus geschickt,
ich sollte gehn und dir sagen,
er käme schon allein nach Haus,
sonst würden die Kumpels ihn tragen
und außerdem könntest du was erleben,
wenn er nach Hause kommt.
Ich hatte Angst, ich kannte das schon,
er hat uns nie verschont!



Refrain

Und irgendwann hattest du's geschafft,
du sagtest du ließest dich scheiden,
er kroch zu Kreuze und du kriegtest Angst,
für immer alleine zu bleiben!
Und dann blieb auch die Versöhnung nicht aus,
das Spielchen lief dreimal im Jahr,
„wir tun's ja nur dem Kind zuliebe"
und das ist doch einfach nicht wahr!

Refrain

Je älter du wurdest, desto kleiner die chance,
dich von ihm abzusetzen,
du wurdest zur billigen Arbeitskraft,
mußtest dich täglich abhetzen,
und abends im Bett, da sagtest du ihm,
er wäre alles für dich auf der Welt,
denn schließlich ist er ja der Mann,
und er verdient das Geld.

Refrain

Die Zeit war lang, du bist müde nun,
du wartest auf ihn schon seit Jahren,
du weißt wo er ist,
doch da kommst du nicht hin,
man hat ihn schon längst weggetragen ..."

Ansonsten sind noch ein paar gute Gags auf der Platte – aber die müßt ihr euch wirklich selbst anhören. Toll finde ich auch, daß ein Textheft dabei ist.

Für alle, die Lust gekriegt haben: Die Platte ist produziert worden bei der „Ton Cooperative Hannover, No Fun Label" und kann dort auch bestellt werden.

Eine Genossein aus Freiburg

Die Geduld der Lesben ist die Macht der Heterror-Frauen

Mein coming out-Artikel im AK 187 wurde natürlich in meiner Umgebung erkannt und „entlarvt": zerstörerisch ging es wieder hinter meinem Rücken los: „so schlimm war die Diskussion ja wohl nicht, sie hat übertrieben." Natürlich sagte es keine zu mir ... im Gegenteil; diese Gerüchte wurden sogar noch bei Frauen placiert, die schon lange nicht mehr in der Frauengruppe (FG) sind und auch nicht bei der Plenumsdiskussion dabei waren. Selbstverständlich tratschten auch diese die Gerüchte weiter... Da kann bedrohte Heterror-Frau nur sagen: hallo Bündnispartnerin — danke schön...

Und immer wieder das Gemunkel: „Glaubt ihr es? Nehmt ihr es ihr ab??" Ob ich es in der Einkaufsstraße mit 'ner Frau treiben muß, damit ihr es glaubt? Oder soll ich euch mal anfallen? (würg)

Pubertär — na klar!!

Als ich mit 19 Kommunistin wurde, hieß es, ich sei pubertär, und es läge alles nur an meinem Freund. Als ich mit 25 Feministin wurde, hieß es, das geht wieder vorbei, sie findet schon noch den Richtigen. Als mich mit 28/29 das „coming out" überrollte, spekulierten *Bewegungsfrauen*, ich sei pubertär: denn als ich der FG erzählte, daß ich die Gefühle nicht kenne, die mich bestürmen, sinnierte frau, wie das denn damals in der Pubertät gewesen sei, und ich sei jetzt wohl in der zweiten Pubertät. Und danach kommt dann wohl mit Frauen das Gleiche wie vorher mit Männern, oder wie? Hier Pubertät, da Pubertät, hier Beziehung, da Beziehung — alles eine Soße... Ich bin nicht in der zweiten Pubertät! Ich bin im coming out, das ist was anderes! Vergleicht mal die objektiven Bedingungen einer 14jährigen in ihrer ersten Verliebtheit (gesellschaftlich gefördert) und einer 29jährigen im coming out (Außenseiterin). Vergleicht mal die psychische Situation! Meine Göttin, mit welcher Blindheit wird Zwangsheterosexualität geschlagen!

Auf der Suche nach einem Strohhalm

Da lebt im Verborgenen eine Freundin, seit Jahren im coming out, kompensiert, indem sie Rot-Kreuz-Schwester für Männer und Frauen der Szene Spielt, immer da für andere, nie für sich. Sie reagiert auf mein coming out mit verständnisvollem, glücklichem Lächeln, wir verstehen uns ohne viel Worte, die Luft zwischen uns wird warm. Ich frage sie: „Wie findest du meinen Artikel?" Und sie läuft vor mir weg, gibt mir nicht ihre Hand, sondern redet und redet über die Probleme der Hetero-Frauen, die ich doch auch verstehen muß. Oh, patriarchalische Schere im Kopf, zerschneidet uns das Herz und die Luft zum At-

auch verstehen muß. Oh, patriarchalische Schere im Kopf, zerschneidet uns das Herz und die Luft zum At-

men...

Da rufen nach dem Artikel einige Hetero-Frauen an, bedrückt, und sagen „auch ich" und „laß uns reden". Ich aber hab Angst, sag, „schon gut, schon gut". Aber reden will ich nicht, „red mit anderen", habe Angst, daß wir nach zehn Minuten bei *ihren* Problemen landen, ich brauch andere Frauen. Hab auch Mißtrauen und Angst, mich zu öffnen.

Da gehen einige Hetero-Frauen auf mich zu, sagen, „komm mit, jetzt, ich will dir helfen". Sie sehen mir in die Augen, fassen mich an, „rede", und, „was kann ich für dich tun." Und sie kommen zu mir, nehmen sich Zeit für mich, bringen mir Lesbenbücher vorbei. Nach Terminen „willst du noch", sind sie für mich da, das tut so gut.

Und plötzlich, was geht denn hier los? Da fangen doch tatsächlich Eisblumen an zu blühen, andere Frauen im coming out!! Auch sie, die Armen, geraten in Existenzkrisen, aber wir sind nicht mehr allein!! Die glatten Hetero-Fassaden bekommen Risse, Häutungen in der Frauengruppe. Immer mehr kommen jetzt „private" Probleme auf den Tisch unserer Polit-FG... nie geweint und jetzt fließen fast jedes Mal befreiende Tränen auf dem Plenum...

Und da schreibt mir eine Genossin einen lieben Brief, daß mir die Knie weich werden vor Freude: „Ich weiß nicht genau wie, aber ich möchte dir helfen"... (bitte gib deine Adresse an die Lesbengruppe, telefonieren trau ich mich nicht...). Frau/ich ist/bin dumm: viele gute, kleine Erfahrungen, ein, zwei große Böse und ich brech zusammen: die erste Woche nach dem Artikel ging's mir noch schlechter, hatte wohl Liebe eimerweise erwartet, aber da waren wieder miese Reaktionen, viele Hilflose (was mich ja auch runterzieht!!), ein paar liebe, ich hatte zu hohe Erwartungen in den Hilferuf gesetzt, ich wurde depressiv, nach einigen Tagen brach ich endlich zusammen. In zwei Tagen sollte meine Geburtstagsfete mit allen meinen lieben Hetero-Freundinnen sein, der Gedanke war mir unerträglich, eine Lesbe machte mir Mut, und eine Freundin machte 'nen Rundruf, sagte die Fete ab. Reaktionen? Eine Frau sagte „bist du mutig", sonst keine einzige Reaktion!!

Denn sie wissen, was sie tun!! Psychoterror 1. Teil:

Eine Schwulenfete, eine zärtliche

Psychoterror 1. Teil:

Eine Schwulenfete, eine zärtliche

Freundin und ich, unser erster Kuß, Zärtlichkeit, Verliebtheit. Eine Heterror-Frau, die mit ihr in 'ner WG zusammen wohnt, sieht uns, verschwindet für eine Stunde. (Zufall sagt sie hinterher, wo die Fete nur in einem Raum stattfand...). Meine zärtliche Freundin sucht sie, ich bin eine Stunde allein, 24 Uhr, ich habe Geburtstag, und so allein, oh, du mein scheißbürgerlicher Bauch, laß mich in Ruhe..., ein Mann, den ich nicht kenne, bringt mir eine Rose von einer Freundin, die nicht da ist, und es ihm aufgetragen hatte. Rose halt mich fest!! Zärtlichkeit weg, Rose durch einen Mann, allein, so allein. Ich finde sie, laß mir nichts anmerken, suche für sie die Heterrorfrau, bring sie (masochistisch) zu ihr. Und die beiden scherzen, kichern, albern, lachen, streicheln sich in platonischer Heterrormanier — ich stehe daneben, bis wir gehen. Sie beziehen mich nicht ein.

Panik, Sturm in mir, die Gedanken purzeln durch den Kopf, *Hilfe*!! Telegramm an lesbische Freundin, hast du Zeit? Ja, rein ins Auto, bloß weg, weg, weg. Stunden, Stunden, Stunden, reden, reden, reden. Sag mir, ob ich spinne? Bin ich bürgerlich? Vielleicht bin ich gar nicht lesbisch?? Habe ich Besitzansprüche? Bin ich zu empfindlich? Ich würde *es* stoppen, wenn ich könnte, würde es rückgängig machen!! Vorher war alles viel leichter, hatte mir Regeln für Heterobeziehungen zugelegt, damit mich nichts mehr zerstören konnte... Und jetzt? Nur noch Chaos, Schmerzen, Leere, Angst, Angst, Angst!! Sie hört zu, ganz sanft, leise, fast nebenbei bestätigt sie meine Gefühle, ja, es ist alles ganz „natürlich" und „selbstverständlich". Auch sie hat sowas erlebt. Sie sagt ganz ruhig, „wirst du lesbisch, verlierst du Heterofreundinnen"... Mir geht auf, daß ich schon auf dem Rückzug war, habe mich schon in Frage gestellt (statt die anderen), die erdrückende Heterror Übermacht tat schon ihre Wirkung! Ich reagierte individualistisch, sah nicht das Ganze, hatte mich schon im Moor der Depressionen verloren, in das die kapitalistische Männerwelt mit Vorliebe sich auflehnende Hexen des 20. Jahrhunderts jagt!

Später, ein Gespräch mit ihr, der Zärtlichen. Ergebnis der Angst — Distanz.

Krieg dem Heterror-Krieg Psychoterror 2. Teil

Krieg dem Heterror-Krieg
Psychoterror 2. Teil

Ich will nicht mehr weglaufen! Denn ich bin im Recht! Initiiere ein Gespräch mit vier Frauen; die Heterofrau und eine Freundin von ihr, meine zärtliche Freundin und ich. Keine sagt ein Wort. Als das Schweigen anfängt, weh zu tun, mach ich den Anfang, obwohl ich sauer darüber bin. Muß mal wieder die Starke miemen — wie immer. Bin ich doch gar nicht. Egal. Ich klage ihr Verhalten auf dem Schwulenfest an.

Sie sitzt zusammengefaltet auf dem Bett, läßt die Haare vor ihr Gesicht hängen, sagt kaum was oder mit brüchiger Stimme, ein Bild des Jammers, die Arme, kann frau richtig leid tun. Soll ich ein schlechtes Gewissen kriegen? Denk ich gar nicht dran. Ich be*herr*sche mich. Quetsche Statements aus ihr heraus. „War dein Verhalten richtig?" „Ja, du hättest dich ja zu uns setzen können" (und zugucken!!). Ich schlucke den Brocken der Entrüstung runter, versuche noch zu erklären: habe ja gar nichts gegen Mehrfachbeziehungen, im Gegenteil, aber das geht doch nur mit größter Rücksichtsnahme auf die Gefühle der anderen, d.h. ich würde nicht schmusen, wenn ein dritter der Beziehung dabei steht und leidet. Aber sie ist ja hetero, will ja gar keine lesbische Beziehung, da verlange ich doch, daß sie uns beiden hilft, oder sich wenigstens zurückhält und sich nicht dazwischen schmeißt. Sie will sich nicht so *„einschränken"*, sieht das gar nicht ein. Ja, nur zu, macht euch „frei" auf Kosten anderer, trampelt alternativ auf den Gefühlen anderer!!

In Wirklichkeit, wie eklig: nur ne platonische Heterobeziehung zweier Frauen und schon Eifersucht, Besitzansprüche und andere damit quälen. Blanker Egoismus, blanke Rücksichtslosigkeit! Wenn das ein Typ gewesen wäre — gnade ihm Clara... Ich frage sie, ob sie Gerüchte verbreitet hat. Nein. Frage Gerüchte einzeln ab. Nein.

Jetzt werde ich wütend, aber kalt. Ich bin wohl die Staatsanwältin, sie mein armes Opfer. Wie sie da hockt, ganz zerschmettertes Weibchen. Ich verlange mehr von ihr, will ihr nicht jedes Wort aus der Nase ziehen. Jetzt wird sie munter, wehrt sich, „wie du mit mir sprichst, was denkst du, wie es in mir aussieht"? Ich koche: „Soll ich dich in den Arm nehmen, lieb zu dir sein", (wo ich dich prügeln könnte)? Und, „meine Gefühle gehen vor, mir geht es schlechter als dir."

dir sein", (wo ich dich prügeln könnte)? Und, „meine Gefühle gehen vor, mir geht es schlechter als dir."

Ihr Verhalten findet seinen logischen Schluß, sie rennt raus. Ich erklär den anderen, daß ich mich nicht verarschen lasse und gehe. Draußen kann ich vor lauter Zittern kaum meine Katze halten.

Aber Göttin sei Dank, ich weiß, ich bin im Recht, deshalb haut es mich nicht um.

Psychoterror 3. Teil

Da verliebt sich ein Mann in meine zärtliche Freundin. Der erste Tag, sie reden viel. Abends will sie mit mir ins Kino, er rotzfrech, fordert!!, sie solle mir sofort!! alles sagen (was bildet der Schwachkopf sich eigentlich ein?). Nach zwei Stunden ist sie wieder da, soll ihm sofort alles erzählen, was mit mir war. Er kennt mich übrigens nicht, ich ihn (noch) nicht. Aber er ist voll über das Schwulenfest informiert, behauptet, sie sei abhängig von mir!!! Preisfrage: woher hat er das wohl... Offensichtlich will er und die anderen miesen Intriganten sie vor mir retten...

Es ist alles so durchsichtig — was bleibt, ist Verachtung und kalte Wut, auf die ich sehr aufpassen muß, daß ich nicht zu den gleichen Mitteln greife. Meine Zärtliche und ich lachen gemeinsam über ihn...

Psychoterror 4. Teil

Die Heterofrau will nicht mehr in die FG kommen, meinetwegen. Übrigens, Schwierigkeiten mit mir reichen, um in ihren Kreisen volle Sympathie zu ernten.

Schweinisch, dieser Machtkampf!! Ich muß meine ganze Befrauschung aufbringen, um nicht zurückzuschlagen... Komm, du kleine, unsichere, ängstliche Lesbe, steh darüber, nimm deine Kraft und mach 'was Vernünftiges damit. Nicht wieder ins Moor gehen!! Laß dich nicht in diesen vergifteten Strom reißen, ignorier es, fertig, aus, pack es weg, weg, weg. Es gibt noch soviel zu tun!!

Häutungen

Meine Heterobrille ist zerschlagen
neue Welt lacht mich an
soviel neue Farben
plötzlich so viele Frauen, die ich mag, mag, mag...
ich will sie anfassen, lieben
natürlich trau ich mich nicht, macht nichts
denn ich habe plötzlich soviel Zeit
hoppla, jetzt onanier ich ja plötzlich in Gedanken mit Frauen
plötzlich bin ich glücklich, daß ich nicht *bi* bin
ich flirte mit Frauen und werde naß dabei
bei der Vorstellung, Männer könnten mich anfassen, kriege ich eine Gänsehaut
früher beschwerten sich Männer, ich sei nicht zärtlich genug (stimmte),
jetzt fließe ich über vor Zärtlichkeit
(gut, daß ich ne Katze habe...)
ich steh zu mir, zu meinen Gefühlen
ich habe Lust, Frau zu sein
ich werde eine coming out Gruppe ins Leben rufen (und mich, und mich!!)
ich stehe zur Ablehnung durch Heterror-Frauen, sollen mir den Buckel runterrutschen
jetzt habe ich sogar den Mut, den AK-Lesbianisierungsartikel in der Ortsgruppe zur Diskussion zu stellen
ich werde anfangen zu fordern, jawoll!!
ich werde es mir zeigen, daß ich mich mag!

jawoll!!
ich werde es mir zeigen, daß ich mich mag!

ich werde auf einige verzichten, ich werde neue gewinnen. Das weiß ich spätestens seit dem KB-Lesbentreff!!
wie freu ich mich auf die KB-coming out Gruppe
und da werde ich auch *sie* wiedersehen
meine Göttin, mein Herz ist so weit geworden
mein Bauch so groß
meine Knie so weich
meine Tränen so viel
und meine Hoffnung noch mehr.

Kampf der Angst

Eine Genossin der Lesbengruppe

Konzeption der Lesbenseiten im AK

Die AK-Lesbenseiten — geboren aus der Rubrik „Schwule", adoptiert von den AK-Frauenverantwortlichen und verleugnet durch den Titel „Lesben und Schwule" — machen sich jetzt selbständig: Das ist das erste Ergebnis der begonnenen Debatte um ein Frauenredaktionskollektiv. Grund genug, auf dem letzten Lesbentreffen über unsere diesbezüglichen Vorstellungen zu diskutieren!

„Die Situation von Lesben möglichst umfassend und anschaulich darstellen"

Doch was zählt k o n k r e t dazu? So hatte z.B. die Verfasserin jener Anklage gegen die „frauenbewegten Heterror-Freundinnen" (AK 187) zunächst große Zweifel, ob s o w a s denn in unsere Zeitung gehöre. Natürlich gehört es hinein, denn Ignoranz gegenüber Lesben ist eine ganz wesentliche, vielleicht sogar die wichtigste Form unserer Unterdrückung. Der Artikel sei aber destruktiv, gebe keine Perspektive an, wendete die betreffende Genossin ein... Sicherlich fehlt hier (wie übrigens in den allermeisten Artikeln dieser Art) die „positive Wendung" im Sinne eines allgemeingültigen „frau nehme...". Doch ist es überhaupt u n s e r e Aufgabe, herauszufinden, w a r u m X oder Y sich he-terroristisch verhalten? Bürgerlich-patriarchalische oder frauenbewegte Vorurteile, verdrängte oder projizierte Wünsche — das alles sind mögliche Ursachen. Was davon im Einzelfall entscheidend ist — darum müssen sich die Betreffenden schon selbst kümmern! Natürlich können und wollen wir uns n i c h t b e s c h r ä n k e n auf diese Art persönlicher Erfahrungsberichte: Gleichzeitig müssen wir die Untersuchungsarbeit fortsetzen: Wie werden Lesben auf der Arbeit schikaniert? Wo verweigern Gewerkschaften ihre Solidarität? Mit welchen Problemen sind lesbische Mütter konfrontiert? Wie werden wir in der Öffentlichkeit dargestellt? Wie ergeht es unseren Schwestern in anderen Ländern? Wenn dieser Sektor noch relativ schwach entwickelt ist, liegt das im wesentlichen an objektiven Bedingungen: Es gibt einfach kaum Dokumente, (geschweige denn brauchbare Abhandlungen), die wir aufarbeiten könnten; so befassen sich z.B. von den (eh schon spärlichen) Büchern über Homosexualität nur knappe 10 % speziell mit Lesbendiskriminierung (nach der Bibliografie von Weinberg-Bell). Deshalb sind wir hierbei so dringend angewiesen auf die Unterstützung militanter (Lokal-)Zeitungsfledderer und spezialisierter Kommissionäre!

„Nachrichten vom Widerstand"

Statt Euch mit Notizen wie „Lesben-Infostand in Z. Durchgeführt" zu langweilen, wollen wir uns um z u s a m m e n f a s s e n d e Artikel zur Lesbenbewegung bemühen. Über einzelne Aktivitäten oder Erfahrungen werden wir nur dann berichten, wenn wir meinen, daß die/der AK-Leser(in) daraus konkret lernen kann.

„Analytisches zur Lesbenfrage"

Wir empfinden es als Manko, daß wir hierzu bislang kaum was geschrieben haben bzw. schreiben k o n n t e n: Um dies längerfristig zu ändern, fangen wir jetzt intern an, bestimmte Materialien zur Geschichte bzw. Funktion von Sexualunterdrückung zu diskutieren.

Soweit das Inhaltliche — doch mit unserer Abnabelung vom AK-Frauen-Ressort befinden wir uns formal erstmal im luftleeren Raum. Deshalb stellen wir gleich folgende Anträge:

1. **Ab jetzt enthält jeder AK m i n d e s t e n s eine Lesbenseite;**
2. **Wenn wir dies wünschen, werden unsere Artikel zur Lesbenfrage auch unter anderen Rubriken, u.z. b e v o r z u g t, abgedruckt.**

Begründung: Die „Lesbenfrage" stellt sich einfach in j e d e m Bereich unserer Politik.

Trotzdem kommt es (bisher) nur alle Schaltjahre einmal vor, daß sich dies auch in der AK-Berichterstattung niederschlägt (als rühmliche Ausnahme sei hier die NL-Kommission genannt). Wenn die diversen Kommissionen also schon nichts e i g e n e s aufs Papier bringen, ist der b e v o r z u g t e Abdruck unserer Produkte ein für u n s kaum tragbarer Kompromiß, der hoffentlich bald überflüssig werden wird!

Wenn ihr hierzu Widersprüche habt, sagt bitte s o f o r t bescheid: auf der nächsten Frauen-VV werden wir entsprechende Ergänzungen zum Frauenstatut zur Abstimmung stellen!

Lesbengruppe des KB

Lesbenfilmwochenende in Holland

Am 8./9. November fand in Leeuwarden (Nordholland) ein Lesbenfilmweekend statt, zu dem ca. 300 Frauen kamen. Anlaß zu dieser Idee war die „Premiere" des Films „Korenbloemen Blauw", der von einigen leeuwardener Lesben im September 1980 gedreht worden war.

Der Film zeigt die Entwicklung einer jungen Frau zur „bewegten Lesbe". Am ... ahh und ... ohh, am Klatschen und Gelächter merkte frau sofort, daß sich die meisten Zuschauerinnen in der einen oder anderen Szene wiedererkannten, auch wenn sie nicht zur „leeuwardener Lesbenszene" dazugehörten und so direkt als Statistinnen mitgewirkt hatten.

Der Film war weder hochproblematisch noch klischeehaft oberflächlich; lustig anzugucken und doch auch ernsthaft genug, um zur kritischen Auseinandersetzung mit unserem eigenen Verhalten wie Anmache, Come-out, Sexualität, Gruppenzwänge etc., anzuregen.

Das übrige Programm war mit 21, meist unbekannten Filmen (USA, Frankreich, Holland, BRD) fast zu voll, so daß frau sich aufgrund der ausgedruckten, sehr kurzen Inhaltsangaben entscheiden mußte. Da gab's dann auch einige Reinfälle, aber die meisten Produktionen kamen gut an (auch wenn es nicht alles ausgesprochene Lesbenfilme waren).

Die leeuwardener Frauen haben sich viel Mühe mit der Organisation gemacht, ein geeignetes Haus gesucht, ein übersichtliches Programm erstellt, für genügend Schlafplätze gesorgt und Essen und Trinken (endlich mal!) billig gehalten.

Mir hat das Weekend gut getan und ich fände es toll, wenn sowas auch bei uns öfter mal stattfinden würde. Vielleicht ein heißer Tip für all die Lesbengruppen, die nie so richtig wissen, was sie machen sollen. — Nein, mal Ernst. Wer Interesse hat und mehr Infos will, kann sich mit mir in Verbindung setzen.

Christiane Quadflieg
Im Bachele 72 - 74; 5300 Bonn 2

Karlheinz A. Barwasser JVA Werl:

Schwule Presseerzeugnisse sind sicherheitsgefährdend

Im ehemaligen Werler Zuchthaus kann man sich als Schwuler in die NS-Zeit zurückversetzt fühlen. In der Hitlerära wurden Minderheiten diskriminiert, verfolgt und umgebracht. Bis auf das letztere wird in der der Werler JVA mit Schwulen ebenso verfahren. Schwule Presseerzeugnisse ,,...*stören in einer Anstalt, in der Männer lange Jahre ohne sexuelle Kontakte leben müssen, die Ordnung und darüber hinaus die Sicherheit der Anstalt erheblich. Die homosexuell veranlagten Gefangenen werden angeregt, sich unter den Mitgefangenen einen Partner zu suchen. Den Heterosexuellen Gefangenen zeigt sich dadurch eine Möglichkeit, den Sexualtrieb durch gleichgeschlechtlichen Verkehr zu befriedigen. Es handelt sich um ein Magazin, in dem Männer unbekleidet sind, wobei durch die Darstellung — z.B. spreizen eines oder beider Beine — der Unterleib optisch ins Auge fällt. Weiterhin enthält die Zeitschrift unter Angabe der Körpergröße, des Körpergewichts und des Alters Announcen zur Anbahnung gleichgeschlechtlicher Freundschaften. Durch Aushändigung dieser Zeitschrift würde nicht nur ein Zustand gebilligt, der als solcher schon erheblich gegen die Anstaltsordnung verstößt. Es würden obendrein einem Werben unter Gefangenen und der Bildung von Abhängigkeiten Vorschub geleistet*'' (Originaltext aus einem Antwortschreiben der JVA Werl auf den Antrag meines Rechtsanwaltes, unverzüglich alle festgehaltenen Schwulenzeitungen auszuhändigen).

Ich kämpfe seit Januar dieses Jahres einen wohl einmaligen Kampf um die Aushändigung von Schwulenzeitungen. Hier geht's aber nur vordergründig um Beschneidung der Pressefreiheit. Stößt man auf den Kern vor, entdeckt man, worum es tatsächlich geht: um die Diskriminierung Schwuler in der Werler Knasthierarchie. Hier wird von der Anstaltsleitung der aufgestaute Haß auf eine Minderheit abgeladen, die es schon immer gewohnt war, verfolgt zu werden, meist sogar staatlich abgesegnet. Im Werler Knast werden eindeutig rechtsstaatliche Grundsätze plattgetreten, ohne daß sich die Gesetzesbrecher — wie das in Fällen außerhalb von Knastmauern selbstverständlich wäre — dafür verantworten müßten. Ich habe mich an den Bundeskanzler, an den Bundestag, an den Landtag, an den Ministerpräsidenten und an Gott und die Welt gewandt; sie alle kümmern sich 'nen Arsch darum wie hier Schwule — trotz der fehlenden gesetzlichen Grundlage — fertiggemacht werden sollen.

Arsch darum wie hier Schwule — trotz der fehlenden gesetzlichen Grundlage — fertiggemacht werden sollen.

Auch unter dem Schutz des nordrheinwestfälischen Justizministers Inge Donnepp darf dieses dreckige Handwerk weiterhin ausgeübt werden. Erst unter dem Druck einer Landtagsabgeordneten und verschiedener Organisationen — die hinter mir stehen — raffte sich Inge Donnepp auf, meine unzähligen Offenen Briefe und Dienstaufsichtsbeschwerden über die Dienstaufsichtsbehörde zu bescheiden. Dies liest sich dann u.a. wie folgt: ,,...*Habe jedoch keine Veranlassung gefunden, die von Ihnen angegriffenen Entscheidungen des Leiters der JVA Werl... zu beanstanden oder sonstige Maßnahmen der Dienstaufsicht zu ergreifen... Bei der Vorenthaltung ... ist sowohl § 68 Abs. StVollzG als auch die Rechtsprechung des OLG Hamm beachtet worden...*''.

Durch die Scheinbegründung, ,,die Sicherheit und Ordnung'' der Anstalt werde verletzt, wird ihnen allen eine substantiierte Begründung erspart, die sie auch nicht abgeben könnten, ohne sich dabei bis auf die Knochen zu blamieren. Und was die Rechtsprechung des OLG Hamm angeht, so ist inzwischen transparent, mit welchen NS-Richtern die Rechtsprechung dort seit 1945 zustande kam. Folgende NS-Juristen haben nach 1945 in Hamm ,,getagt'': Senatspräsident Laube — vor 1945 Staatsanwalt für politische Todesurteilsachen im Nazijustizministerium; Senatspräsident Dr. Rein — vor 1945 Oberstaatsanwalt beim Sondergericht Dortmund; Oberlandesgerichtspräsident Dr. Rempe — vor 1945 Oberlandesgerichtsrat im Nazijustizministerium; Senatspräsident Schwarze — früher Landgerichtsrat — auch im Naziministerium; Oberlandesgerichtsrat Lindemann — vor 1945 Landesgerichtsrat beim Sondergericht Dortmund; Oberlandesgerichtsrat Boenike — vor 1945 in der Abt. politische Strafsachen im Nazijustizministerium; Oberlandesgerichtsrat John — vor 1945 Kriegsgerichtsrat der 20. Panzerdivision.

Man darf sich also über die Minderheitenfeindlichkeit nicht wundern. Den unbelasteten Richtern aus Hamm möchte ich diese Feindlichkeit nicht unterstellen, aber nicht selten erhielten sie ihre praktische Ausbildung von den belasteten Kollegen.

Die Dienstaufsichtsbehörde stimmt natürlich auch weiterhin der Anstalt zu, daß das ganze schwule Zeugs Schweinkram ist und daß bei Aushändigung hier alles drunter und drüber ginge. Und ein sog, ,,Fachdenernat für den psychologischen Dienst'' bei der Aufsichtsbehörde besitzt die Dreistigkeit, die nachstehende Stellungnahme abzugeben: ,,*Durch die starke Geschlossenheit der JVA Werl entsteht eine künstliche soziale Atmosphäre, die im übrigen eine fast reine Männerwelt darstellt. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß in einer so großen Anstalt mit geringer Kommunikation nach außen subkulturelle Einflüsse sehr stark sind. In einer solchen Atmospähre kommt es aus aufgestauten Sexualbedürfnissen heraus auch bei heterosexuell angelegten Personen zu homosexuellen Ersatzhandlungen. Es liegt auf der Hand, daß derartige Bedingungen die Strebungen und Aktionen von wirklich homosexuellen Insassen verstärken können. Auf diese Weise ist es durchaus möglich und tatsächlich auch beobachtbar, daß in der Anstalt von homosexuell veranlagten Personen ein Werben um Partner ausgeht.*

stalt von homosexuell veranlagten Personen ein Werben um Partner ausgeht.

Aus der sexuellen Notsituation heraus und unter dem Eindruck des Werbens von Homosexuellen ist es durchaus möglich und sicher auch wahrscheinlich, daß an sich heterosexuell veranlagte Gefangene wenigstens zeitweilig zu homosexuellen Kontakten verführt werden, wobei offen bleibt, wie diese Erlebnisse unter veränderten sozialen Bedingungen später verarbeitet werden. Das in einer Anstalt von der Struktur der JVA Werl anzunehmende Werben einzelner Gefangener um homosexuelle Kontakte ist also geeignet, nicht homosexuelle Personen zu homosexuellen Verhaltensweisen zu verführen, von denen nicht gewiß ist, ob sie bei dem Betreffenden nicht auch späterhin Störungen im Sexualleben setzen. Solche Tendenzen sollten daher auf keinen Fall gefördert werden, auch wenn sie strafrechtlich irrelevant sind. Zeitschriften für Homophile, die eine sehr wirksame Werbung für homosexuelles Verhalten darstellen und die auf diese Weise das tatsächliche Werben von Homophilen um andere Partner in der Anstalt verstärken und deren Verführung unterstützen könnten, sollten daher in der JVA Werl als einer subkulturell gefährdeten und von der Umwelt stark abgeschlossenen Anstalt nicht ausgehändigt, sondern angehalten werden''. Na ja, eine Hand wäscht halt die andere, in unserem Rechtsstaat kennen wir das zur Genüge, und nicht zum ersten Mal habe ich die Aufsichtsbehörde als ,,Sprachrohr der Werler Anstalt'' bezeichnet.

Wenn der Fachdezernent allerdings angibt, es sei beobachtbar, daß ein Werben von Schwulen ausgehe, so muß ich dem zustimmen, aber noch mehr: Hier in Werl sind homophile Beziehungen und homoerotische Freundschaften an der Tagesordnung, in weitaus größerer Anzahl, als es die Anstaltsleitung zugeben mag.

Aber wenn hier welche zu ,,*Ersatzhandlungen*'' gezwungen sind, so bestimmt nicht durch ein paar läppische Schwulenzeitungen, sondern einzig durch die barbarischen, sexualfeindlichen Bedingungen der Werler Verwahrhaft. Hier ist kein Hetero-Knacki so blöde, daß er erst 'ne Anregung durch ein Schwulenblatt braucht, um die Möglichkeit einer gleichgeschlechtlichen Verbindung zu checken.

Seit über fünf Monaten steht mein Antrag auf gerichtliche Entscheidung bei der 6. Strafvollstreckungskammer beim Landgericht Arnsberg an. Hier wird wieder mal deutlich, wie in einer Justiz einer vor dem anderen Angst hat, und daß nur die ewige Kompetenzrangelei solche langen Wartezeiten verursacht. Und das funktioniert ganz prima nach dem altbewährten Rezept, mit allen nur denkbaren Winkelzügen und Raffinessen immer wieder zu (ver)schieben.

Mit der Ausnahme der Anstalt Werl finden in sämtlichen anderen Vollzugsanstalten der Bundesrepublik Schwulenzeitungen Einlaß, selbst im CSU-regierten ,,Freistaat'' Bayern. Ist es da Zufall, daß gerade die hiesige Anstalt einem SPD-Justizminister unterstellt ist? Hat Frau Donnepp schon vergessen, daß selbst ihre Partei zu den Verfolgten im Nazi-Regime gehörte? Hat Johannes Rau ebenfalls vergessen, daß er in seiner Regierungserklärung vom 4.6.80 versprach, ,,*Randgruppen in die Mitte holen...*'' zu wollen?

Der Witz an der ganzen Sache aber ist, daß hier Pornografie für H e t e r o s in allen Variationen erlaubt ist. So auch solche ,,hard core''-Magazi-

r o s in allen Variationen erlaubt ist. So auch solche ,,hard core''-Magazi-

ne, in denen homophile Teile abgedruckt sind. Meine Anzeige gegen die Anstaltsleitung wegen Verdacht der Gefangenenbegünstigung und Verletzung des Gleichheitsprinzips wurde von der Staatsanwaltschaft Arnsberg natürlich abgeschmettert, meine Dienstaufsichtsbeschwerde beim Justizvollzugspräsidenten wird zur Zeit ,,bearbeitet''. Wenn dann die Anstalt eine Erklärung abgeben muß auf meinen Vorwurf, daß homophile Teile in Pornomagazinen an jeden Hetero ohne Einschränkung ausgehändigt werden, verfällt man auf die folgende — leider unwahre — Behauptung: ,,...*daß in der JVA Werl die Zeitschrift 'Happy Weekend'* (Anm. d. Verf.: 1/3 des Inhalts homosexueller Natur!) *bezogen werden darf. Ich weise jedoch darauf hin, daß in dieser Zeitschrift, die keine Homophilenzeitschrift ist, nur zu einem sehr geringen Teil Kontaktanzeigen für homophile Beziehungen veröffentlicht werden*''.

Die Aussage, dies sei keine Homophilenzeitung, sagt alles. Und angenommen, es entspräche der Wahrheit, daß in diesem ,,hard core''-Magazin Homophiles nur zu einem geringen Teil wiedergegeben ist, so frage ich mich trotzdem, warum diese Werke durch die Zensur gehen, während man mir (die Probe aufs Exempel!!) einen großformatigen Bildband mit über 100 Seiten Darstellungen des Geschlechtsverkehrs zwischen Mann und Frau nicht aushändigt, weil sich herausstellt, daß auf ganzen zwei (!) Seiten Erotik zwischen zwei Männern (keine geschlechtlichen Handlungen!) dargestellt sind? Und wie kommt es, 'daß man mir nahelegt, diese beiden Seiten entfernen zu lassen, wenn mir an der Aushändigung liegt?? Fragen über Fragen, die hier keiner beantworten will und wohl auch nicht kann. Alle bejahen durch ihre ignorante und arrogante Haltung die Diskriminierung einer Minderheit, die auch unter den Nazis geächtet, gefoltert und abgeschlachtet wurde. Und unser SPD-regiertes Bundesland dreht weiter — süffisant lächelnd — Däumchen und wundert sich dann schließlich, warum gerade hier viele Terroristen heranreifen.

Im Knast Werl — so lt. westfälischer Presse ,,*von den Gefangenen über die Anstaltsleitung kübelweise Vorwürfe ausgeschüttet werden, dies aber für die Dienstaufsichtsbehörde noch immer nicht Anlaß genug ist, hieraus nun endlich die notwendigen und erforderlichen personellen Konsequenzen zu ziehen*'', gehen bestehende sexuelle Probleme zu Lasten einer schwulen Minderheit. Sie hat hier nicht die gleichen Rechte wie die Heteros. In der (lt. Presse) ,,*verrufensten Vollzugsanstalt der Bundesrepublik, in der ein Skandal den anderen ablöst*'', ist mal wieder so ein Skandal erzeugt worden.

Für die ,,*Werler Justiz- und Beamten-Mafia*'' (lt. Presse) sind Schwule das gefundene Fressen für einen solchen Skandal. Und wenn der WDR II schon sagte, daß ,,*in Werl statt Resozialisierungsarbeit Vernichtungshaft betrieben wird*'', dann sieht man auch, wie sie so was in Angriff nehmen. Unter solchen Bedingungen artet die nur als Schließfachvollzug zu nennende ,,Resozialisierung'' für einen Schwulen in Vernichtung aus.

Wie will denn die Anstaltsleitung vor kritischen Gefangenen die Sinnhaftigkeit der Erlangung einer Fähigkeit, ,,*künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen*'', belegen, indem sie uns täglich

tung ein Leben ohne Straftaten zu führen'', belegen, indem sie uns täglich

mit Beispielen justizbehördlicher Ignoranz gegenüber solchen lebensnotwendigen Prinzipien wie Liberalität, Toleranz und vor allem Beachtung der rechtsstaatlichen Grundsätze konfrontiert?

Mein Aufruf an alle Schwulen: Macht den für diese Menschenhatz Verantwortlichen die Hölle heiß! Durch die Werler Verfolgungsaktion wird einer ganzen schwulen Minderheit in die Fresse geschlagen.

Schreibt massig, bombardiert sie mit Telefonaten!

Justizvollzugsanstalt Werl,
z.Hd. Herrn Abt.-Leiter Dr. Neu
PF 301, 4760 Werl
Tel. 02922/6031-6040;

Landgericht Arnsberg,
6. Strafvollstreckungskammer,
Gesch.-Nr. 6 Vollz. 114/80,
Postfach, 5760 Arnsberg,
Tel. 02931/86235;

Der Justizminister des Landes NRW,
Martin Luther Platz 40
4000 Düsseldorf, Gesch.-Nr. 4514 E - IV. 209/80
Tel. 8792215;

Der Präsident des Justizvollzugsamtes,
Marker Allee 46, 4700 Hamm,
Gesch.-Nr. 4514 E-4. B 364,
Tel. 02381/21026

Ergänzend sei noch zu bemerken, daß in einem gleich gelagerten Fall durch Bescheid des Vollzugspräsidenten in Hamm verfügt wurde, daß in der JVA Bielefeld-Brackwede I Schwulenzeitungen auszuhändigen seien.

Unser werter Vollzugspräsident scheint nicht nur den Grundsätzen unseres Rechtsstaates keine Beachtung zu schenken, sondern sich ebenso über Art. 3, Abs. 1 unseres Grundgesetzes hinwegzusetzen, wo es heißt: Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Mein Kommentar dazu: Aber nicht, wenn dieser Mensch schwul ist!

Karlheinz A. Barwasser, JVA Werl

Adresse von Karlheinz Anwälten:
Niering/Steiger, Brunnenstr. 8
5000 Köln 51



,,Schwule sind Schweine, daran wird sich nichts ändern. Sie werden bestenfalls geduldete Schweine ..''

Kurt Klein, Isenbrück, in einem Leserbrief an den ,,Stern''

Ein Nachtrag zum Artikel: Vorläufiger Sieg in der ersten Rundel

Mit einem 14seitigen Beschluß des Landgerichts Arnsberg vom 3.11. wurden die Verfügungen des Antragsgegners (JVA Werl) aufgehoben. Die Anstalt wird angewiesen, dem Antragsteller die Zeitschrift ,,du & ich'' für die Monate Februar und Mai '80 sowie die weiteren monatlich erscheinenden Exemplare dieser Zeitschrift auszuhändigen. Die Kosten des Verfahrens und die notwendigen Auslagen des Antragstellers fallen der Landeskasse zu Last. Der Geschäftswert wird auf 100 DM festgesetzt...

Natürlich muß abgewartet werden, ob die Anstalt von ihrem Rechtsbeschwerderecht innerhalb von vier Wochen Gebraucht macht. Sollte dies der Fall sein, kann sie sich jedoch nicht mehr darauf berufen, daß nicht s i e diese schwulenfeindlichen Regelungen getroffen hätte (wie sie bisher vorgab), sondern das LG Arnsberg mit Urteil vom 1.9.77, das sie lediglich zur Anwendung brächte. Außerdem ist nicht zu vergessen, daß im vorausgegangenen Aufsichtsbeschwerdeverfahren der nordrheinwestfälische Justizminister, Frau Inge Donnepp, sich betont schwulenfeindlich gezeigt hat. Selbst Petitionen aus den eigenen Reihen schmetterte sie ab.

Schwule wehrt euch weiter, gemeinsam sind wir unwiderstehlich!

Das 3. Reich muß endlich für uns zu Ende sein!

(Karlheinz, in einem Schreiben vom 12.11.)

... und noch ein Nachtrag

Karlheinz schreibt in einem weiteren Brief vom 14.11.80, daß ein Brief von mir, der u.a. mehrere Exemplare des Arbeiterkampfes enthielt, nicht ausgehändigt worden ist. Weder eine Begründung für die Nichtaushändigung noch der Brief liegen mir bis heute (25.11.) vor. Des weiteren schreibt Karlheinz, daß einem anderen schwulen Häftling, der nach dem Beschluß des LG Arnsberg das Homophilenmagazin ,,du & ich'' bestellen wollte, mitgeteilt wurde, daß dieses weiterhin für andere Schwule verboten bleiben soll. Begründung: Eine gerichtliche Entscheidung sei immer nur auf die jeweilige Person bezogen...

Fr., Schwulengruppe des KB



Svende Merian

Märchen von einer, die auszog und das Umziehen lernte

Prolog

Gruselgeschichten gab es zu allen Zeiten. Es gibt sie auch heute noch, im Zeitalter der neuen „Elternbewegung“.

Es gibt Kinder, Eltern und Leute, die mit ihnen zusammenwohnen wollen. Zu letzteren gehöre ich. – Über die Probleme von Seiten der Eltern ist inzwischen etliches geschrieben worden. Es ist an der Zeit, nun auch die Erfahrungen und Probleme der Leute zu diskutieren, die sich einmal freiwillig dazu entschlossen hatten, mit Kindern zusammenzuwohnen. Wenn diese Seite der kollektiven Kindererziehung länger unberücksichtigt bleibt, wird die neue Elternbewegung langfristig ihren Kindern schaden.

Der Tragödie erster Teil

Es war einmal eine junge Frau, die wollte selber vorerst keine eigenen Kinder haben. Sie hatte aber Kinder sehr gerne, und so beschloß sie, mit einem befreundeten Genossen-Paar zusammenzuziehen, das ein Baby haben wollte.

Sie wohnte vorher alleine und hatte erst noch Bedenken, diese stabile Wohnsituation zugunsten der hinlänglich bekannten WG-Umzieherei aufzugeben. Aber schon bald freute sie sich so auf das Zusammenwohnen mit Kind, daß sie sich mit ganzem Herzen für die Wohngemeinschaft entschied. Es wurde also eine WG mit einem Paar und zwei Singles gegründet, die sich alle vier auf das Kind freuten.

Die junge Frau, nennen wir sie hier einmal Svende, war nun keine von der allzu verträumten Sorte. Mit einem gesunden Realitätssinn hatte sie schon eine ganze Weile die Diskussion um kollektive Kindererziehung um Kinder, Eltern und „Ersatz-Eltern“ verfolgt und war sich durchaus darüber im Klaren, daß Babies und Kleinkinder nicht nur Fläschchengeben und „Oh, wie niedlich“ bedeuten, sondern auch in einem gewissen Zusammenhang mit dreckigen Windeln, umgeschmissenen Kaffeetassen, Lärm und Mehrarbeit im Haushalt stehen. Zu dieser Erkenntnis hatte zum einen die Debatte in einer gewissen Zeitung beigetragen, in der sich endlich einmal die lange zu kurz gekommenen Eltern zu Wort meldeten und ihre Erfahrungen mit der „kinderfreundlichen“ Linken resümierten. Zum anderen hatte die junge Frau auch einige Kleinkinder in ihrem Bekanntenkreis
hatte die junge Frau auch einige Kleinkinder in ihrem Bekanntenkreis
und erlebte die Probleme dort ganz praktisch mit.

Nach monatelangem Suchen und dreiwöchiger Non-Stop-Renovierung saßen das werdende Elternpaar, nennen wir sie mal Hans und Ute, und unsere beiden Singles, Olaf und Svende, nun also glücklich in ihrem gemeinsamen Heim.

Aber schon bald begannen Hader und Zwietracht unter ihrem Dache einzuziehen. Olaf und Svende kauften ständig zu teure Mettwurst, vergeudeten das ganze Haushaltsgeld, und noch vor der Geburt des Kindes zogen diese beiden Kinderfeinde wieder aus, um sich vor der Arbeit und Mitverantwortung zu drücken. – Oder war es anders?

Das Zusammenleben von erwachsenen Menschen kann aus vielerlei Gründen scheitern. Und wie so oft im Leben, besteht auch in der Kinderfrage die Welt nicht nur aus zwei Lagern (Eltern/Nicht-Eltern = gut/böse), sondern wir haben es auch hier mit einer heterogenen Masse einzelner Individuen zu tun; mit einer mannigfaltigen Anzahl unterschiedlichster Charaktere, mit unerschöpflichen Möglichkeiten individueller Macken, die das menschliche Zusammenleben so interessant und abwechslungsreich gestalten. Auch Eltern sind Menschen, die sich unfair und unsolidarisch, unoffen und unehrlich verhalten können. Die Gründe für das Scheitern einer WG von 4 erwachsenen Menschen lagen ganz sicher weder in der Person eines ungeborenen Kindes, noch in kontroversen Positionen zur Mettwurstfrage. – Worin dann?

Den ganzen Konflikt hier aufzurollen, würde zu weit führen. Wichtig ist auch vor allem der Umgang mit den Problemen bzw. das Umgehen der Probleme. Ganz am Anfang wurde von Seiten des Paars tatsächlich mal ein Eifersuchtskonflikt zugegeben, der hinter dieser Haushaltsdebatte steckte, aber das war leider eine einzelne Glanzstunde. Danach wurden Zank und Streit weiter auf der Haushalts- und Geld-Ebene ausgetragen, obwohl die beiden Singles ständig versuchten, die Ursachen dieser oberflächlichen Streitereien zu ergründen.

Olaf war der erste, der aus diesem trauten Heim wieder auszog, und zwar genau nach einem halben Jahr. Auch Olafs Problematik kann hier nicht ausgeführt werden; festzuhalten ist aber, daß sich alle drei, Hans, Ute und Svende, ihm gegenüber kritikwürdig verhalten haben.

Nun wohnte Svende also alleine mit dem werdenden Elternpaar, das gleich nach Beginn der Wohn„gemeinschaft“ angefangen hatte, sich in seiner Beziehung zu verschanzen. Alleine konnte sie nun natürlich erst recht nicht mehr gegen die vorher abgesprochene Argumentation der beiden ankommen, die sich in Diskussionen immer gegenseitig die Bälle zuspielten. Sie behaupteten weiter im Einklang miteinander, es gehe ihnen um die zu teure Wurst, obwohl inzwischen nicht mehr zu übersehen war, daß ein weiterer Eifersuchtskonflikt dahinter steckte. Für Hans war das mit der teuren Mettwurst besonders schlimm, denn er war Arzt und mußte sehr sparen.

Aber nun kam der eigentlich interessante Aspekt unserer Geschichte: Mit fortschreitender Schwangerschaft von Ute verdrängte die Kinderdiskussion die Mettwurstkontroverse! Die Mehrarbeit, die durch das Kind entstehen würde, wurde ständig von Hans und Ute aufgebauscht und als Druckmittel benutzt: „Wenn du uns nicht so viel Arbeit abnimmst, wie WIR festsetzen, bist du kinderfeindlich!“

Als Svende Hans sagt, daß sie ausziehen will, ist seine erste Reaktion: „Das hab ich mir schon gedacht, daß dir das mit dem Kind zuviel wird.“ – Svende korrigiert ihn sofort, daß sie
dir das mit dem Kind zuviel wird.“ – Svende korrigiert ihn sofort, daß sie
nicht wegen des Kindes ausziehe, sondern wegen der Spannungen mit ihm und Ute. Wochen später erfährt sie, daß Hans unter Genossen weitererzählt, Svende sei wegen des Kindes ausgezogen.

Ute gibt in einem der nächsten Gespräche zu, daß sie eigentlich schon seit Monaten will, daß Svende auszieht. Nun begreift Svende, warum ihre Versuche, offene, klärende Gespräche zu führen, seit Monaten mit ekelhaften Mettwurstdiskussionen beantwortet werden.

Hans und Ute beschließen, daß Svendes Zimmer nicht neu vermietet wird, weil die Wohnung sowieso zu klein sei. Die nervige Suche nach einem Nachmieter entfällt also für sie. In Olafs Zimmer ist inzwischen eine Genossin eingezogen, die gleich danach in Urlaub fährt, so daß sich auch der letzte Teil des Dramas überwiegend auf drei Rollen beschränkt.

Die Suche entfällt also für das werdende Elternpaar, nicht aber für Svende. Für sie beginnt nun zusätzlich zum Psychoterror in der Wohnung der Streß der Wohnungssuche: Wohngemeinschafts-„Vorstellungsgespräche“, Rumfragen, Rumtelefonieren, Absagen. Wer könnte wissen, wo ein Zimmer frei ist? Oder eine Wohnung?

Als sie endlich eine Zusage hat, heißt es: „Wenn du erst in zwei Monaten ausziehst, das ist zu spät. Such dir was anderes, damit du eher draussen bist.“

Argumentiert wird von Ute damit, sie müsse sich auf die neue Situation seelisch einstellen. („Wenn du nicht in den nächsten vier Wochen ausziehst, dann bist du frauenfeindlich, schwangerenfeindlich, kinderfeindlich etc.“) Sie muß sich seelisch darauf einstellen, daß sie demnächst in vier statt in drei Zimmern wohnt. Svende ist ja nicht schwanger. Sie muß sich nur seelisch darauf einstellen, daß sie überhaupt noch nicht weiß, wo sie demnächst wohnen wird. – Psychoterror, Wohnungssuche, Vorwürfe, auf Schwangere keine Rücksicht zu nehmen, nicht kinderfreundlich genug zu sein, sowieso nicht mit Kindern zusammenwohnen zu wollen ... keine Zeit mehr, zur Arbeit zu gehen, was bei 600,-DM BaföG und bevorstehendem Umzug eigentlich dringend notwendig wäre... zusätzlich Krankheit durch Überlastung.

Durch höhere Fügung trifft Svende eine flüchtige Bekannte wieder, die mit ihrem 1 1/2 jährigen Sohn alleine wohnt und ein Zimmer untervermieten will, das ab sofort frei ist. Svende kann es kaum glauben. Nicht nur die Möglichkeit, diesen kinderfreundlichen Horror-Haushalt sofort zu verlassen, – nein, auch noch die Möglichkeit, nun doch noch mit einem Kind zusammenzuwohnen ... zu wohnen ... und nicht nur kinderfreundliche Diskussionen zu führen, bevor das Kind selber ein einziges Bedürfnis äußern konnte.

Svende zieht also um. Da sie trotz allem noch nicht ihr gesamtes Vertrauen in die Menschheit verloren hat, läßt sie sich beim Auszug erstmal nur einen Teil des Geldes (Kaution und Abstand) auszahlen, weil sie den Rest noch nicht so dringend braucht.

Der Tragödie zweiter Teil

Das Zusammenleben mit Christa und ihrem Sohn Hartwig ist zunächst mal eine Erholung gegen dieses betont „keine Probleme habende“, zugeknöpfte Pärchen. Christa ist alleinstehend und im Referendariat, läßt alle ihre Probleme sehr offen raus und ist dankbar für jede Anregung und Mithilfe bei Hartwigs „Erziehung“. Als Svende sofort nach dem Umzug wegen Überanstrengung wieder krank wird, versorgt Christa sie
Umzug wegen Überanstrengung wieder krank wird, versorgt Christa sie
sehr liebevoll. Sobald sie das Bett wieder verlassen kann, paßt sie, sooft es geht, auf Hartwig auf. Schon bald merkt sie, daß Hartwig sehr viel schwerfälliger Vertrauen zu ihr faßt als andere Kinder seines Alters. Da sie sich sehr viele Gedanken zur Situation von Christa und Hartwig macht und kein anderes Thema so oft mit ihrem Freund diskutiert in diesen Wochen, werden ihr schon bald die Gründe für Hartwigs „Verhaltensstörungen“ klar:

1. Bis vor wenigen Wochen war der Vater für Hartwig erste Bezugsperson und der Kontakt brach nach der Trennung der Eltern von heute auf morgen ganz ab.
2. Das erste Lebensjahr des Kindes war geprägt von den Streitigkeiten dieser auseinanderbrechenden Beziehung.
3. Kurz nachdem das Kind von Papa auf Mama umschalten mußte, geht Mama arbeiten und Hartwig kommt vormittags zur Tagesmutter, die er noch nie vorher gesehen hat.
4. Zu allem Überfluß zieht auch noch „Tante Svende“ ein und versucht, eine Beziehung zu dem Kind aufzubauen.
5. Hartwig kann sich auch nicht darauf verlassen, daß Mama nachmittags da ist. Sie hat mehrmals die Woche Seminare und wenn er vom Mittagsschlaf aufwacht, ist plötzlich Oma oder Svende da.
6. Wenn Mama wirklich mal da ist, hat sie auch wenig Zeit für ihn, ist überarbeitet und genervt. Svende kann ihr auch nicht den ganzen Haushalt abnehmen, weil sie „nebenbei“ auch noch einen kleinen Beruf hat.
7. Der Kinderarzt diagnostiziert erneut Muskelschwäche. Hartwig bräuchte dringend Krankengymnastik, hat einen deutlichen Entwicklungsrückstand auf allen Ebenen. Christa hat keine Zeit, ihre einzigen „freien“ Nachmittage bei der Krankengymnastin zu verbringen. Hartwig bekommt keine Krankengymnastik.
8. Hartwig weint und schreit den ganzen Tag bei jeder „Kleinigkeit“. Wenn er mit Svende allein ist, schreit er überhaupt nicht, sondern erst wieder, wenn Christa in der Tür steht. Er fordert also ganz offensichtlich mehr Zuwendung von Christa und akzeptiert Svende als Bezugsperson nur, wenn Christa nicht da ist.
9. Hartwig zeigt eine ganze Reihe weiterer „Verhaltensstörungen“ bzw. das Kind reagiert völlig gesund auf seine gestörten Verhältnisse.
10. Christa ist total überfordert. Svende kann sie nicht genug entlasten, ist aber in den 4 Wochen, seit sie da wohnt, nicht zu ihrer eigenen Arbeit gekommen.

Svende schlägt Christa vor, ob sie nicht das Referendariat unterbrechen wolle, damit sie mehr Zeit für Hartwig hätte und er sich etwas stabilisieren könne. Christa will ihre Ausbildung nicht unterbrechen. Svende diskutiert das Problem in ihrer Frauengruppe mit zwei Müttern, die beide zwei Kinder haben. Eine Lehrerin mit 3-jährigem Sohn sagt: „Das ist auch nicht zu schaffen, wenn er nur vormittags bei der Tagesmutter ist. Schon gar nicht im Referendariat, wo du viel mehr Zeit für Unterrichtsvorbereitungen brauchst als später“.

Svende schlägt Christa vor, ob sie Hartwig nicht doch in einer ganztägigen Baby-Initiative unterbringen wolle, so daß sie abends mit ihrer Arbeit fertig wäre und wirklich Zeit für ihn hätte. Christa sagt, die Tagesmutter wohnt im selben Haus, und sie sei nicht bereit, morgens noch eine halbe Stunde eher aufzustehen, um Hartwig in eine Initiative zu bringen.

Svende denkt sich: Für mein Kind würde ich in dieser Situation gerne ein halbes Jahr „zuhause bleiben“, das Kind mit Liebe und Geduld in
würde ich in dieser Situation gerne ein halbes Jahr „zuhause bleiben“, das Kind mit Liebe und Geduld in
eine Baby-Gruppe einzugewöhnen und dieses Zuhausebleiben nicht als unemanzipiert oder langweilig empfinden. Wenn ein einjähriges Kind ständig zu spüren kriegt, daß es überflüssig ist, so hat das ganz andere Folgen, als wenn ich als erwachsener Mensch auf Sachen verzichten muß ... Svende kann sich viel denken ... Svende kann auch viel diskutieren. ... Svende ist aber nicht die Mutter ... Die Entscheidungen, auch die falschen, treffen eben die Eltern ... Im Endeffekt hat Svende nichts zu sagen ... Von Svende wird nur erwartet, daß sie die Eltern „entlastet“ ...

Svende diskutiert wieder mit ihrem Freund; Svende überlegt sich, ob sie in dieser Wohnung jemals zu ihren eigenen Arbeiten kommen wird; Svende überlegt sich, ob sie auszieht; Svende sagt Christa gleich am nächsten Tag, daß sie sich das überlegt.

Christa ist wahnsinnig enttäuscht, den Tränen nahe, fordert sofortige Entscheidung ohne Diskussion. Sagt enttäuscht, sowas wie Svende fände sie nicht wieder. Aber 8 Tage später stellt sie Svende plötzlich den Nachmieter vor und bittet sie, innerhalb von 14 Tagen auszuziehen. Obwohl Svende sie ständig auf dem laufenden hält über ihre sehr intensive Wohnungssuche, wird der Druck immer größer. Christa hat dem Nachmieter einerseits sofort angeboten, vorerst in ihrem Zimmer mitzuwohnen, setzt Svende jetzt andererseits aber damit unter Druck, daß es nun zu eng geworden sei und sie deshalb in zwei Wochen draußen sein müsse. Christa ist Hamburgerin. Die Hamburger Wohnraumsituation ist ihr bekannt. Svende schildert ihr die Probleme ihrer Zimmersuche drastisch. Christa schlägt vor, Svende solle doch für ein paar Monate zu ihrem Freund ziehen, (der auch nur ein Zimmer bewohnt!) Ihre Möbel „dürfe“ Svende in Christas Keller lassen. Das Argument, daß Svende nicht nur schlafen, sondern auch arbeiten können müsse, und Bücher und anderes Material ihr im Keller nicht viel nützen, wird ignoriert. Sie als Mutter habe es sowieso schwerer, und Svende solle in zwei Wochen aus der Wohnung raus sein. Als Druck fügt sie hinzu: „Wir haben keinen Vertrag!“

Das einzige, was Svende unter diesem Termindruck findet, ist eine Abstellkammer von 6 (!) qm in einer WG, in der sie vorübergehend einziehen könnte. Svende sagt also zu und findet sich mit diesem Entgegenkommen doch nun wohl „kinderfreundlich“ genug: in eine Abstellkammer zu ziehen! Zwei Umzüge in Kauf zu nehmen! Zweimal einen LKW zu mieten! Zweimal ein- und auspacken! Zweimal 2 Wochen wieder nicht arbeiten zu können! Zweimal Freunde in Beschlag zu nehmen! Zweimal treppauf, treppab, treppauf, treppab ... Alles aus Kinderfreundlichkeit!

Aber weit gefehlt: Als Svende wieder krank wird und ihren Umzug um eine Woche verschieben muß, wird ihr das als „böser Wille“ und mangelndes Entgegenkommen ausgelegt. Svendes Nachmieter, seit 3 1/2 Tagen Medizin-Student, sagt wörtlich: „So krank warst du nicht. Das kann ich schon beurteilen“.

Am Morgen, als Svende die Reste einpacken will, sind alle Türen abgeschlossen: Christas Zimmer und die Küche, der Keller, in dem ein voller Schrank von Svende steht, Hartwigs Zimmer (in dem sich lediglich ein Kinderbett und Hartwigs Schrank befinden!) und die Speisekammer. Dazu die Bemerkung: Svendes Schrank in der Speisekammer hätte sie Christa geschenkt! Keine inhaltliche Diskussion darüber möglich, daß Svende ihr den Schrank nicht geschenkt hatte, daß Svende noch Geld aus der Haushaltskasse zu bekommen hat, daß es keine Selbstverständlichkeit ist, mal eben in eine Abstellkammer zu ziehen und zwei Umzüge auf sich zu nehmen ..., daß sie auch ohne Untermietvertrag nicht innerhalb von drei Wochen rausgeschmissen werden kann. Alle Versuche einer sachlichen Diskussion werden mit Gekeife, Ironie und Verdrehungen beantwortet.

Hartwig kommt in unbeobachteten Momenten zu Svende, lächelt sie an, will testen: magst du mich noch? – Hartwig wird Svende am nächsten Tag zum letzten Mal sehen. Hartwig wird eine weitere Bezugsperson verlieren, denn seine Mutter will das so. Sie entscheidet.

Svende zieht um. Svende wohnt jetzt in einer 6 qm großen Abstellkammer ... in 5 Wochen zieht Svende wieder um und bezahlt dann innerhalb eines Jahres den 3. LKW. Svende mag schon niemanden mehr fragen: Kannst du mir bitte beim Umzug helfen?

Der Tragödie dritter Teil

Der Tragödie dritter Teil

Svende ist ca. 3 Monate davor bei Hans und Ute ausgezogen. Svende hat die beiden mehrfach darum gebeten, ihr restliches Geld zu überweisen. Ein Vierteljahr lang sind die beiden „dazu nicht gekommen“, weil sie ja nun Eltern sind. („Du machst dir keine Vorstellung, wieviel Arbeit das ist!“) Nun kriegt Svende zu hören, Hans könne ihr das Geld jetzt nicht geben, er hätte selber keins ...

Der junge Arzt (!) beteiligt sich „kinderfreundlich“ am Hauskauf (!) einer Baby-Initiative, hat aber kein Geld, seine Schulden bei einer BaföG-Studentin zu begleichen!!!!

Außerdem ziehen die beiden mehrere hundert Mark von dem Betrag ab, den Svende beim Einzug bezahlt hat. Svende hat damals vor dem Einzug drei Wochen lang rund um die Uhr die Wohnung renoviert. Svende hat in dieser gemeinsam renovierten Wohnung ganze neun Monate gewohnt, weil Hans und Ute ihre Beziehungs- und Eifersuchtsprobleme nicht offen bearbeiten konnten und Svende rausgeekelt haben. Svende ist in den letzten Wochen nicht zum Jobben gekommen, weil sie der hochschwangeren Ute trotz allem jede Hausarbeit abgenommen hat. Hans und Ute wohnen weiter in der gemeinsam renovierten Wohnung und rechnen Svende für 9 Monate Wohnen mehrere hundert Mark ab.

Hans ist Arzt. Svende wird in drei Monaten kein BaföG mehr bekommen. Hans hat kein Geld ...

Svende würde weiterhin gerne mit Kindern zusammenwohnen. Aber Svende beschließt, nie wieder mit Kindern zusammenzuziehen, weil Kinder leider immer Eltern haben. Und die entpuppen sich meistens als die eigentlichen Problemkinder.

LETZTE MELDUNG NACH REDAKTIONSSCHLUSS ! Svende ist in ihrem Job gekündigt worden, weil sie die letzten Monate zu wenige Stunden gearbeitet hat.

Kinderschutz gilt unter Linken vielfach noch als ausgefallenes Hobby betulicher Menschenfreunde, die ihre Freizeit damit ausfüllen wie andere Leute mit Arbeit im Tierschutzverein. Dabei ist die Sache, um die es geht, keinesfalls ausgefallen. Gewalt gegen Kinder in der Form von Klaps oder Ohrfeige gehört – wenn auch mit leicht abnehmender Tendenz – zu den gewohnten Instrumenten herrschender Erziehung. Kindesmißhandlung ist in Umfang und Brutalität durchaus vergleichbar mit Verbrechen wie Vergewaltigung. Kinderschutz erscheint wohl vielfach als „heißes Eisen", weil die zu Grunde liegenden gesellschaftlichen Widersprüche nicht so einfach und einleuchtend untergebracht werden können.

Es ist nicht so, daß nur die Kapitalisten ihre Kinder oder gar die Arbeiterkinder mißhandeln oder mit Gewalt „erziehen". Ohrfeige und Klaps kommen in allen Familien vor; bei Kindesmißhandlungen hat es gar den A n s c h e i n, daß sie vor allem bei Arbeitern, „Hilfs"arbeitern, ledigen oder alleinstehenden Müttern vorkommen. Tatsächlich ist es so, daß solchen Familien oder Elternteilen am wenigsten die Chance gegeben ist, in dieser Gesellschaft gut mit ihren Kindern auszukommen. Darüberhinaus sind sie es ja auch, die als Kindesmißhandler viel eher in die Hand der Klassenjustiz, Polizei und Jugendämter geraten, weil's ihnen schwerer fällt, Mißhandlungen zu vertuschen oder zu verheimlichen.

Wir wollen die notwendige Diskussion über Kinderschutz als Aufgabe der Linken unterstützen mit einem Beitrag aus einem der wenigen alternativen Projekte, die sich in den letzten Jahren hierzulande damit praktisch und theoretisch beschäftigt haben: das Kinderschutzzentrum in Westberlin. Gesprächspartner unseres Interviews war Reinhardt Wolff, der u.U. einigen auch noch aus der „Blütezeit" der Kinderläden 1968-1970 bekannt ist.

Das Kinderschutzzentrum hat neben seiner praktischen Arbeit, über die Reinhardt Wolff berichtet, schon 1975 ein Buch „Gewalt gegen Kinder" (rororo) herausgebracht —— nach wie vor das beste, das in der BRD zu erhalten ist. Mitte 1979 und 1980 erschienen dann, im Auftrag des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit, „Mißhandlung von Säuglingen und Kleinkindern – Erkennen und Helfen" und ein kurzgefaßter Überblick zum gleichen Thema. Fast gleichzeitig erhielt das Kinderschutzzentrum nach Jahren finanzieller Knappheit beträchtliche Modellförderung vom Ministerium. Und da es unter alternativen Projekten umstritten ist, ob man/frau Aufträge und Geld von Ministerien überhaupt annehmen sollte oder unter welchen Bedingungen, erläutert Reinhardt Wolff auch die dazu im Kinderschutzzentrum bezogene Position.

Kinderkommission / KB Hamburg

Kindesmißhandlung

Interview mit Reinhart Wolff vom Kinderschutzzentrum Westberlin

AK: Reinhart, wie ist das Kinderschutz-Zentrum Berlin entstanden und wie sieht Eure Arbeit aus?

R.W.: Das Kinderschutz-Zentrum ist 1973 aus einem Projekt heraus entstanden, das an eine Massenübung mit gut 200 Studenten (vor allem Soziologen, Pädagogen, Psychologen) über Probleme der Kindesmißhandlung anschloß; es ging selbstverständlich nicht allein um Kindesmißhandlung im engeren Sinne, sondern wir thematisierten die Gewaltverhältnisse überhaupt, gerade auch im Zusammenhang mit dem damaligen Druck auf die Universitäten.

Für mich persönlich hatten und haben die Fragen der Kindesmißhandlung auch etwas mit meinem Engagement in den Kinderläden zu tun, mit dem Einsatz für nicht-repressive Erziehungsverhältnisse und antiautoritäre Erziehung; und es ging mir auch um einen kritischen Begriff gesellschaftsverändernder Praxis, 1973, also am Ende der offensiven Phase der Studentenbewegung, machten sich starke Redogmatisierungstendenzen bemerkbar, was sich auch an den Hochschulen auswirkte; vor allem gab es eine Tendenz, das gerade begonnene Projektstudium wieder fallenzulassen und sich gleichzeitig in ein häufig ökonomistisch verkürztes Marx-Studium zu werfen. Ich versuchte damals, gegen diese Entwicklung anzugehen, organisierte Praktika und begann mit Seminaren

Ende der offensiven Phase der Studentenbewegung, machten sich starke Redogmatisierungstendenzen bemerkbar, was sich auch an den Hochschulen auswirkte; vor allem gab es eine Tendenz, das gerade begonnene Projektstudium wieder fallenzulassen und sich gleichzeitig in ein häufig ökonomistisch verkürztes Marx-Studium zu werfen. Ich versuchte damals, gegen diese Entwicklung anzugehen, organisierte Praktika und begann mit Seminaren

zur Vorbereitung auf eine kritische Praxis im Bereich psycho-sozialer Beratung.

So entstand auch die sog. Arbeitsgruppe Kinderschutz, die später das Rowohlt-Buch *Gewalt gegen Kinder, Kindesmißhandlungen und ihre Ursachen*, jetzt in 3. Auflage, vorlegte. Wir konnten in diesem Buch zeigen, daß es eine gute Kinderschutzarbeit in Deutschland zur damaligen Zeit nicht gab, daß sie weitgehend staatlich kontrollierende Sozialarbeit bzw. polizeiliche und strafrechtliche Verfolgungsaktion war, im Deutschen Kinderschutzbund im wesentlichen moralistische, sich empörende Wohlfahrtswerkelei. Wir schauten uns dann sehr genau an, was es im Ausland — vor allem in Holland und Amerika, aber auch in England, gab; das hat uns so beflügelt, daß wir eine größere Projektgruppe von ca. 15 Mitgliedern bildeten — die AG Kinderschutz —, die sich vornahm, in Westberlin ein erstes Kinderschutz-Zentrum aufzubauen. Anfangs versuchten wir, ein solches Zentrum im Rahmen des Deutschen Kinderschutzbundes hier in Berlin zu verwirklichen; wir haben dann aber sehr bald gesehen, daß dies wohl nicht gelingen würde.

AK: Warum?

R.W.: Ich will es einmal so sagen: Der Anlaß für unsere Trennung vom DKSB war zum einen, daß wir keine Lust hatten, uns um die spärlichen Finanzen der Berliner Gruppe zu streiten (beim Berliner DKSB hatte sich nämlich der Wahn breit gemacht, die AG Kinderschutz beabsichtige, gewissermaßen putschartig im Verein die Macht zu ergreifen — etwas, was diese Leute im übrigen vor ein paar Jahren selbst gemacht hatten!). Versicherungen halfen nichts. Da haben wir uns selbständig gemacht und sind ohne größere Verstimmung auseinander gegangen.

Es hat aber noch einen weiteren Grund gegeben, der wichtiger war: Wir begannen deutlicher zu sehen, daß der DKSB insgesamt keine tragfähige sozialpolitische Perspektive hatte. Die Ortsvereine waren doch in der Mehrzahl Honoratiorenvereine, die mit autoritären bzw. diffusen Vorstellungen herumwurstelten oder auch ohne fachlich und politisch reflektierte Perspektive sich in irgendeine Form sozialarbeiterischer Aktivität stürzten. Neue Ansätze, die es inzwischen auch im DKSB gibt, sind erst in den letzten Jahren entwickelt worden; ich nenne hier z.B. nur die Gruppen in München, in Köln, in Emden oder auch in Frankfurt. Daß sich hier etwas entwickelte, war mit ein Ergebnis der Aufklärungsarbeit und zahlreicher Weiterbildungsveranstaltungen, die wir in den letzten Jahren gemacht haben. Kurz und gut, wir trennten uns vom DKSB, gründeten einen Verein, der auch bald als gemeinnützige Vereinigung anerkannt wurde, und entwickelten das Gesamtkonzept Kinderschutz-Zentrum. Seit dem 11. Oktober 1975 haben wir dann jeden Donnerstag im Plenum der Gruppe getagt.

AK: Wie war denn der Weg von der Kinderladenbewegung hin zum Kinderschutz-Zentrum z.B. bei Dir, der Du ja in der Kinderladenbewegung ziemlich engagiert gewesen bist?

R.W.: Daß ich mich für ein Kinderschutz-Zentrum einsetzen konnte, hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß wir unseren Kinderladen auflösten, als die Kinder acht Jahre alt wa-

AK: Wie war denn der Weg von der Kinderladenbewegung hin zum Kinderschutz-Zentrum z.B. bei Dir, der Du ja in der Kinderladenbewegung ziemlich engagiert gewesen bist?

R.W.: Daß ich mich für ein Kinderschutz-Zentrum einsetzen konnte, hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß wir unseren Kinderladen auflösten, als die Kinder acht Jahre alt wa-

ren; weil die Kinder älter wurden, konnten wir was Neues anfangen. Aber gestattet mir noch die Anmerkung: Eine Kinderladenbewegung, was immer Teilnahme der Eltern heißt, hat es als organisierte Bewegung eigentlich nicht gegeben, was ich im Nachhinein als einen schweren Fehler ansehe, den wir Linke damals gemacht haben.

Aber wie dem auch sei, es gibt noch eine andere Motivation, was einige Mitglieder der Arbeitsgruppe Kinderschutz betrifft: Ein Teil hatte im Bethanienprojekt in Kreuzberg mit deklassierten Familien und ihren Kindern gearbeitet, die erhebliche soziale und psycho-dynamische Probleme hatten (Wohnungsnot, kein Geld, Beziehungschaos, unglaubliche Prügeleien). Dann hat es in der Gruppe noch eine Reihe von Leuten gegeben, die in Beratungsstellen oder Kliniken arbeiteten. Zusammen mit einigen Soziologen, die gerade Examen gemacht hatten, war das also ein ganz munterer Haufen, altersmäßig zwischen Anfang bis Mitte 20 und 35.

Wenn ich heute zurückblicke, so denke ich, ist vielleicht für andere doch von Interesse zu hören, mit welchen Schwierigkeiten wir anfangs zu kämpfen hatten. Wir hatten anfangs vor allem versucht, Unterstützung in der Öffentlichkeit für unser Projekt zu bekommen. Wir verbreiteten also unsere Konzeption eines neuen bevölkerungsnahen Kinderschutzes und erhofften uns, was sehr blauäugig war, bald öffentliche Unterstützung zu bekommen. Das ist natürlich nicht gelaufen. Es gab mehr Ablehnung als wir uns gedacht hatten. Vor allem stieß man sich amtlicherseits an dem Prinzip der Straflosigkeit. Oder man meinte, Kinderschutzaufgaben würden ja in ausreichendem Umfang vom Jugendamt (also vor allem der Familienfürsorge) wahrgenommen. Nicht wenige waren einfach nur empört, sahen die Stützen des Staates wanken, oder hatten einfach keine Ahnung. Auf jeden Fall: Aller Eifer unsererseits führte zwar zu immer größerer öffentlicher Bekanntheit der Gruppe, das Zentrum gab es aber immer noch nicht und mit ein paar hundert Mark an Spenden kam man auch nicht weit.

Wir haben damals lange überlegt, was wir tun sollten, und haben schließlich, was sich im Nachherein als richtig erwiesen hat, einfach angefangen, mit ein paar hundert Mark, als Untermieter oder Huckepack in einer anderen Beratungsstelle in Berlin-Kreuzberg, bei Treffpunkt und Beratung. Dort konnten wir einige Räume nutzen. Dann haben wir angefangen, einen Beratungsdienst aufzubauen, aus dem Stand, mit nur geringen einschlägigen Vorqualifikationen. Nur wenige hatten bereits Erfahrungen in Familienberatung. Wenn wir vorher gewußt hätten, in welche Schwierigkeiten wir geraten würden und welche Fehler wir machen würden (wir haben bestimmt alle Fehler gemacht, die man machen kann!), dann hätten wir vielleicht gar nicht erst angefangen. Um etwas Neues zu verwirklichen, es wirklich zu wagen, muß man vermutlich immer über eine Menge phantastischer Unbekümmertheit verfügen, die Erfahrungen — die man ja so dringend braucht — dürfen die Träume noch nicht zum Absturz gebracht haben.

AK: Um noch einmal auf die Frage Kinderladenbewegung — Kinderschutz-Zentrum zurückzukommen, hing das auch mit dem Zusammenbrechen der Kinderladenbewegung zusammen?

R.W.: Das eigentlich nicht. Es ist auch

bracht haben.

AK: Um noch einmal auf die Frage Kinderladenbewegung — Kinderschutz-Zentrum zurückzukommen, hing das auch mit dem Zusammenbrechen der Kinderladenbewegung zusammen?

R.W.: Das eigentlich nicht. Es ist auch

nicht ganz richtig, davon zu sprechen, die Kinderladenbewegung sei „auseinandergebrochen". Die Kinderladenbewegung war ja sowieso eher fraktionell gewesen, viele Projekte existierten eher nebeneinander her. Kinderladenbewegung war mehr eine Haltung, eigentlich keine „Bewegung", und doch gab es einen konzeptionellen Zusammenhang verschiedener Projekte. Alle Organisationsversuche (so auch im Zentralrat sozialistischer Kinderläden Westberlins) im SDS, die später in der Literatur sehr stilisiert wurden, haben nicht darüber hinwegtäuschen können, daß eine organisierte Bewegung aus den Kinderläden nicht zu entwickeln war. Sicher, gerade in den politisierten Gruppen gab es einen Konsensus in pädagogischen Fragen, über den Umgang mit den Kindern, über die Einbeziehung und Mitarbeit der Eltern, die Notwendigkeit der Thematisierung des eigenen Erziehungsschicksals.

Für mich spielte, neben den Anregungen aus der Kinderladen-Arbeit, eine Rolle, daß ich aufgrund meiner Arbeit an der Hochschule sehr an einer praktischen Initiative, wie sie das Kinderschutz-Zentrum darstellte, interessiert war. Ich sah, daß eine Reorientierung auf eine abstrakte Aneignung akademischen Wissens stärker wurde und der Projektgedanke nur noch als schlechte Utopie erschien; gleichzeitig machte sich unter Studenten immer deutlicher Verzweiflung breit.

Hier habe ich dann angesetzt und bin schrittweise mit projektorientierten Veranstaltungen in den Bereich der Jugend- und Familienhilfe, der Familienberatung und -therapie hineingegangen. Ich habe dann Praxisstellen für die Studenten gesucht und wir machten damals eine sehr wichtige Reise nach Wien. Nicht, weil dort so bemerkenswerte Dinge zu sehen gewesen wären. Aber man sieht andernorts doch mehr und ist besser in der Lage, durch konkrete Anschauung zu lernen. Praktika und Reisen haben für einige, die damals dabei waren, den Anstoß gegeben, sich stärker im Bereich psychosozialer Dienste und Initiativen zu engagieren. Heute sind doch eine ganze Reihe von Leuten in der Beratungsszene aktiv, die damals diese ersten Seminare mitgemacht haben. Von der Arbeiterwohlfahrt bis hin zu freien Initiativen (wie z.B. den Frauenhäusern), immer wieder trifft man Leute, die bei den ersten Praktika mitgemacht haben. Hier gibt es heute immer noch einen Zusammenhang über die einzelnen Projekte hinaus; auch wenn wir uns nicht mehr so oft sehen, sind wir doch gemeinsam stärker.

AK: Ihr hattet Euch also gegründet aus eigener Initiative und mit eigenen finanziellen Mitteln. Wie war denn so die Reaktion in der Bevölkerung und wie sieht Eure Arbeit konkret aus?

R.W.: Die Reaktion war widersprüchlich. Über die reaktionäre Seite habe ich vorher schon einiges gesagt; auf der anderen Seite waren sehr viele, gerade auch im Bereich sog. „Fachöffentlichkeit", doch sehr interessiert. Es gab Unterstützung, und nicht nur im Hochschulbereich. Diese Unterstützung, auch die fachlich-wissenschaftliche, hat uns viel geholfen, überhaupt bekannter zu werden: Eine Rolle hat sicher auch das Buch *Gewalt gegen Kinder* gespielt, das sehr gut ging und von vielen in der Ausbildung verwandt wurde. Wichtig war auch, daß wir von Anfang an einen guten Kontakt mit Leuten von Rundfunk und Presse hatten.

Aber es gab auch viel Ablehnung.

Hochschulbereich. Diese Unterstützung, auch die fachlich-wissenschaftliche, hat uns viel geholfen, überhaupt bekannter zu werden: Eine Rolle hat sicher auch das Buch *Gewalt gegen Kinder* gespielt, das sehr gut ging und von vielen in der Ausbildung verwandt wurde. Wichtig war auch, daß wir von Anfang an einen guten Kontakt mit Leuten von Rundfunk und Presse hatten.

Aber es gab auch viel Ablehnung.

Der Widerstand kam vor allem von etablierten Jugendhilfepolitikern, im wesentlichen der CDU; bei der SPD war die Reaktion gespalten: Interesse und Hoffnung, über alternative Projekte Veränderungen im etablierten System der Sozialarbeit und Sozialpädagogik zu bewirken, oder auch taktische Winkelzüge, neue Gedanken teilweise aufzugreifen und gleichzeitig zu zögern, das Kinderschutz-Zentrum öffentlich zu fördern. Es versteht sich von selbst, daß der konservative Flügel der SPD, der ja traditionellerweise durch und durch etatistisch ist, von einem freien Projekt bevölkerungsnaher Familienhilfe nichts wissen wollte.

AK: Wie hat sich das konkret bemerkbar gemacht?

R.W.: Die meinten z.B., ein Zentrum, wie wir es vorhatten, sei ziemlich blödsinnig, da es ja genug Kräfte im Jugendamt gäbe, die sich dieser Fragen annehmen würden, kurz: Umfang und Qualität bestehender Einrichtungen würden ausreichen; außerdem: Kontrolle und Strafe müsse bei Kindesmißhandlung sein. Oder es wurde versucht, im Landesjugendwohlfahrtsausschuß gegen das Kinderschutz-Zentrum Stimmung zu machen. Dabei haben sich freilich auch die sog. freien Wohlfahrtsverbände, also die großen Wohlfahrtstrusts, nicht zurückgehalten. Oder man hat immer wieder hintertrieben, daß wir Geld vom Senator für Jugend und Sport bekamen. Diese Ablehnungen haben sich natürlich verknüpft — und das ist für die Geschichte des Zentrums sehr wichtig — mit der Kampagne gegen die Herausgeber der Dokumentation „Buback — Ein Nachruf", zu denen ich gehörte. Gerade von seiten der CDU meinte man dann, man wolle solange nicht mit dem Kinderschutz-Zentrum zusammenarbeiten, solange das Zentrum sich von mir als Vorstandsmitglied nicht getrennt hätte; und wir hätten „in Sachen Gewalt", wie es hieß, keine saubere Weste.

Gegen diese Anwürfe haben wir offensiv reagiert: Gerade meine Arbeit im Kinderschutz-Zentrum zeige, worum es auch den Herausgebern der Buback-Dokumentation gehe: kritische Auseinandersetzung mit Gewaltverhältnissen; und im übrigen hätte die Dokumentation nichts mit dem Zentrum zu tun. Wir haben auch deutlich gemacht, worum es uns geht, daß es notwendig ist, sich einerseits politisch zu engagieren, gegen Verfolgungen und Verleumdungen aufzutreten, und andererseits eine Arbeit zu machen, mit einem freien und offenen Angebot konkret Familien und Kinder zu unterstützen, aus schwierigen Notlagen herauszukommen.

Aber vielleicht sollte ich auf unsere Arbeit konkret zurückkommen.

Wichtig ist, daß es im Zentrum (im Namen steckt ja schon ein Stück Über-Anspruch, nämlich im Mittelpunkt zu sein!) einen Zusammenhang gibt zwischen der Hilfe für die einzelne Familie und dem Hineinwirken in die Öffentlichkeit. Wir schalten uns ein in die Diskussion um Probleme sozialer,

---

Das Kinderschutzzentrum Westberlin arbeitet in folgenden Bereichen:

– **Meldestelle**, Telefonberatung (Hilfe bei Kindesmißhandlung ist häufig nur wirksam, wenn schnelle Hilfe kommt. Daher ist das Kinderschutzzentrum außer Mo-Do rund um die Uhr besetzt. Besonders die Abendstunden werden von Ratsuchenden genutzt. In der Regel wird hier Telefonberatung gegeben. Nicht selten erfolgt auf einen solchen Anruf Krisen- oder Nothilfeeinsatz).

– **Nothilfe und Krisenintervention** (werden in der Regel von zwei Beratern durchgeführt. Es geht dabei vor allem um gewaltsame Auseinandersetzungen in der Familie, Selbstmordprobleme und seelische und körperliche Zusammenbrüche. In der Regel ergibt sich aus solchen Einsätzen ein lang andauernder Beratungskontakt).

– **Familienberatung und Familientherapie** (findet in der Regel im Hause der Familien statt, da erfahrungsgemäß viele Ratsuchende den letzten Schritt zur Überwindung der Schuldgefühle nicht bewältigen, sich mit ihrem Problem an eine Beratungsstelle zu wenden, sondern es bleibt beim Telefongespräch. Die Sicherheit des Kindes vor weiteren Mißhandlungen ist schneller zu erreichen).

– **Fachberatung** (von Lehrern, Nachbarn, Ärzten und Sozialarbeitern, die mit Kindesmißhandlungen konfrontiert sind. Das Kinderschutzzentrum hält dies Form von Beratung für außerordentlich wichtig. Der Kontakt zwischen einem (freundlichen) Nachbarn oder Lehrer und einer Familie wird von der Familie zumeist als weniger belastend empfunden als ein Kontakt mit einer Behörde oder auch mit dem Kinderschutzzentrum. Angegliedert an das Kinderschutzzentrum sind seit 1979 die Kinderwohngruppen – „ein Ort zum Leben für Kinder in Notlagen". Mit der Aufnahme einer Kindes in der **Kinderwohngruppe** soll

– die Sicherheit des Kindes gewährleistet werden,

– die Eltern in einer Krisensituation

schen einem (freundlichen) Nachbarn oder Lehrer und einer Familie wird von der Familie zumeist als weniger belastend empfunden als ein Kontakt mit einer Behörde oder auch mit dem Kinderschutzzentrum. Angegliedert an das Kinderschutzzentrum sind seit 1979 die Kinderwohngruppen – „ein Ort zum Leben für Kinder in Notlagen". Mit der Aufnahme einer Kindes in der **Kinderwohngruppe** soll

– die Sicherheit des Kindes gewährleistet werden,

– die Eltern in einer Krisensituation

konkret entlastet werden,

einer Familie die Chance eröffnet werden, Familienkonflikte ohne Gewalt und Sanktionen zu lösen. Ein kleine Anzahl von Kindern (bis zu 9) wird für eine Zeit von 6 Monaten (auch kurzfristig) zum Zusammenleben mit 6 Mitarbeitern (3 Frauen, 3 Männer) freiwillig von den Eltern in eine Kinderwohngruppe aufgenommen. Parallel läuft dazu Beratung und später Nachbetreuung der Eltern).-

pädagogischer und jugendhilfepolitischer Fragen. Auch unsere Weiterbildungsarbeit, auch im Bereich staatlicher Stellen, verstehen wir nicht ausschließlich als begrenzte fachliche Weiterbildung. Die Frage ist freilich berechtigt, inwieweit wir im Zuge der Gewährung staatlicher Zuschüsse (für die Familienarbeit und die Kinderwohngruppe) in unserer Kritikfreiheit nicht eingeschränkt seien. Sicher, darüber hat es bei uns große Diskussionen und Auseinandersetzungen gegeben, z.B. ob wir die Broschüren im Rahmen des Bundesfamilienministeriums machen sollten oder nicht, ob das nicht bedeuten würde, den kleinen Finger zu reichen, um dann schließlich völlig abhängig zu werden. Und auch als schließlich zu entscheiden war, ob wir den Modellversuch ,,Hilfen für Kinder in Notlagen'' beantragen sollten, haben wir diese Debatte geführt, ob Geld abhängig macht. Natürlich ist klar, daß jedes Projekt, das staatliche Gelder akzeptiert, wie andere Träger auch an die Vergabebedingungen (Abrechnungen, u.U. Berichtspflicht, etc.) gebunden ist. Eine andere Sache ist aber, ob man sich in das, was man macht und denkt, hineinreden läßt. Ich glaube, wir haben bisher unseren kritischen Geist nicht aufgegeben. Wenn wir heute in unserer Arbeit manches anders machen als am Anfang, dann hat uns das niemand von außen aufgeherrscht, sondern das entspringt unserer eigenen Anstrengung und Einsicht, Fehler zu korrigieren.

Wie wir zu den staatlichen Geldgebern stehen, kann man, so glaube ich, gut an den beiden Broschüren ,,Kindesmißhandlung — Kinderschutz'' und ,,Kindesmißhandlung. Erkennen und Helfen. Eine praktische Anleitung'' zeigen. Nicht wenige, die beide Arbeiten gelesen haben, waren z.B. überrascht, daß ,,so etwas'' im Rahmen einer Ministeriumsveröffentlichung hatte gedruckt werden können; sie hätten das überhaupt nicht für möglich gehalten. Wir haben zwar über einige Abschnitte mit den zuständigen Beamten uns auseinandersetzen müssen; was wir schreiben wollten, wurde uns aber nicht wegzensiert. Sicherlich spielt in unserem Verhältnis zum Familienministerium eine Rolle, daß wir gerade richtig zum ,,Jahr des Kindes'' kamen; denn die waren ja in Bonn mächtig unter Druck, etwas sinnvolles ins Werk zu setzen bzw. Projekte herauszustellen, die man vorzeigen konnte. Man stand unter Legitimationsdruck, etwas für Kinder tun zu müssen.

AK: Du sagst ,,unter Legitimationsdruck''...

R.W.: Ja, ich glaube, das ist richtig. Das Ministerium wollte auf Projekte aufmerksam machen, die sich auch international sehen lassen konnten. Außerdem spielte meiner Meinung nach eine Rolle, einer Tendenz entgegenzuarbeiten, das Jahr des Kindes zu einer großen Feier werden zu lassen, wie dies bei zahlreichen Wohlfahrtsverbänden geplant war. Da waren wir
aufmerksam machen, die sich auch international sehen lassen konnten. Außerdem spielte meiner Meinung nach eine Rolle, einer Tendenz entgegenzuarbeiten, das Jahr des Kindes zu einer großen Feier werden zu lassen, wie dies bei zahlreichen Wohlfahrtsverbänden geplant war. Da waren wir
als Außenseiter plötzlich nicht uninteressant. Hinzu kam wohl, daß die erste Fassung des Handbuchs ,,Kindesmißhandlung. Erkennen und Helfen'', die wir im Rahmen eines Kurzprojekts 1978 erstellt hatte (drei Monate hatten wir zur Verfügung), wie eine Bombe eingeschlagen ist. Im Ministerium hatte man wohl seit langem nicht mehr so viel Substanzielles für ein paar tausend Mark auf den Tisch bekommen. Und wir hatten doch nur das aufgeschrieben, was unserer Erfahrung entsprach und was wir sinnvoll fanden, an andere weiterzugeben. Ihr könnt Euch denken, daß wir nicht damit gerechnet hatten, dann vom Ministerium gefragt zu werden, ob wir nicht eine Konzeption schreiben könnten für ein Modellprogramm ,,Hilfen für Kinder in Notlagen''. Wir haben diese Gelegenheit ergriffen, weil wir meinten, wir sollten versuchen, diesen Modellversuch für die Weiterentwicklung eines fortschrittlichen Kinderschutzes zu nutzen, denn uns war klar, daß bei der gegenwärtigen Finanzlage nicht damit zu rechnen war, daß es eine solche Gelegenheit immer mal wieder geben würde. Wir haben also zugegriffen, nicht zuletzt auch, weil wir uns in der Sache stark genug fühlten, uns auch fachlich durchzusetzen. So ist es bis heute.

AK: Wie siehst Du diese Unterstützung im Vergleich z.B. mit der miserablen finanziellen Unterstützung von Frauenhäusern oder der Finanzierung anderer Kinderschutz-Zentren? Ist das nicht doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein?

R.W.: Ja, so wird ja oft gesprochen, wenn ein Projekt schließlich finanziert wird: Ihr seid ein Alibi-Projekt. Das ist aber zu ungenau. Sicher ist: Staatliche Stellen geben nicht aus purer Menschenfreundlichkeit Geld, sondern immer auch aus politischem Kalkül heraus, nicht zuletzt, um sich Zustimmung in der Öffentlichkeit zu verschaffen. Zugleich sind sie aber auch gezwungen, gesellschaftliche Probleme konkret anzugehen. Und da ist es nun nicht unwesentlich, auf welche Weise dies geschieht. Man kann ja auf Familienkrisen z.B. auch so reagieren, daß man den Normdruck verstärkt (und z.B. Ehescheidungen erschwert), oder man kann Hilfen geben, so daß Orte entstehen, wo man Unterstützung findet und wo Menschen in Selbstbestimmung und Freiheit handeln und arbeiten. Ob ein Projekt zum Alibi-Projekt wird oder nicht, hängt auch vom Projekt selbst ab. Wir haben z.B., als wir den Modellversuch bekamen, nicht gesagt: Das ist ja prima, daß wir diesen Modellversuch kriegen, und die Bundesregierung ist großartig, sondern wir haben deutlich gemacht: Der Modellversuch ,,Hilfen für Kinder'' ist schon lange überfällig gewesen und wir fordern ein Modellprogramm, das Möglichkeiten bietet, ähnliche Zentren in den großstädtischen Ballungsgebieten aufzubauen usf.

Andererseits sind wir freilich mit dem, was wir jetzt haben, (also das Zentrum in der Karl-Marx-Straße mit den Beratungsmöglichkeiten und der Kindertherapie, das Haus für die Kinderwohngruppe, die Ausstattung, das Auto etc.) viel eher in der Lage, so zu arbeiten, wie wir das für richtig halten. Wir sind wirksamer und können besser helfen. Insofern sind wird durch die staatliche Unterstützung stärker geworden; wir haben einfach mehr Möglichkeiten und können etwas erreichen, ohne uns permanent kaputtzumachen, also ständig den Weg der Selbstausbeutung zu gehen. Das ist vermutlich bei Hamburger Projekten ähnlich; ich denke hier z.B. an das Kinderhaus Heinrichstraße. Aber man muß sich auch einmal klarmachen, daß der Kern der Leute hier im Kinderschutz-Zentrum seit 1975 Tag und Nacht unbezahlt gearbeitet hat. Wir haben durchaus das Gefühl, es nun endlich einmal verdient zu haben, für unsere Arbeit auch bezahlt zu werden. Im übrigen wird das Kinderschutz-Zentrum auch
auch einmal klarmachen, daß der Kern der Leute hier im Kinderschutz-Zentrum seit 1975 Tag und Nacht unbezahlt gearbeitet hat. Wir haben durchaus das Gefühl, es nun endlich einmal verdient zu haben, für unsere Arbeit auch bezahlt zu werden. Im übrigen wird das Kinderschutz-Zentrum auch
heute noch nicht so finanziert, wie das nötig wäre: In der Familienarbeit z.B. haben wir nur zweieinhalb Stellen, die vom Senat finanziert werden. Und was nach dem Modellversuch sein wird, ist heute noch völlig offen. Aber zusammenfassend meine ich doch, daß wir mit den staatlichen Geldern wirksamer sein können und eine Anregungsfunktion für eine alternative bevölkerungsnahe Projektarbeit haben, ohne daß wir unsere Seele verkauft hätten.

AK: Wie sieht denn die Arbeit bei Euch ganz konkret aus? Wer ruft bei Euch an? Was macht Ihr dann? Wie geht's dann weiter?

R.W.: In den Papieren zur Pressekonferenz, die wir verteilt haben, steht das Wesentliche. Aber ich muß noch eine Vorbemerkung machen: Es ist nach unserer Erfahrung abhängig von der Initiative des Zentrums, wie viele Leute anrufen — d.h., wer sich meldet, das ist nicht so sehr eine Frage, wie viele Leute es gibt, die mit dem Problem der Kindesmißhandlung zu kämpfen haben, sondern das hängt viel eher davon ab, wie die Hilfseinrichtungen gestaltet sind, ob sie z.B. in der Lage sind und sich öffnen, Signale einer Familie, die sich in Not befindet, auch tatsächlich wahrzunehmen und aufzufangen. Ich will das verdeutlichen. Wir haben z.B. ein dreiviertel Jahr lang regelmäßig im Rahmen des Frauen- und Familienfunks eine Sendung gemacht, in der wir über Familienprobleme und unsere Arbeit gesprochen haben. Zum Teil während der Sendung, aber auf jeden Fall immer nach der Sendung gab es die Möglichkeit, mit uns im Sender zu telefonieren. Im Schnitt haben wir zehn bis zwölf Gespräche dieser Art nach jeder Sendung führen können; daraus haben sich immer zwei Kontakte ergeben, sowohl Kurzberatungen als auch längere Beratungen. Was aber wichtig ist: In der Regel handelte es sich hier um Familien, die den Kontakt zu anderen Einrichtungen noch nicht gefunden hatten, aber dringend Hilfe brauchten. Oder wir bekommen einen Anruf von einer Familie, die ein mißhandeltes Kind aufgenommen hatte und nun wissen wollte, ob sie sich gegenüber den Eltern dieses Kindes strafbar machte, wenn das Kind bei ihnen eine Nacht bliebe. Bei unserem Besuch in dieser Familie erfahren wir, daß sich die Mutter unsere Telefonnummer nach einer Rundfunksendung aufgeschrieben hatte. ,,Man kann ja nie wissen, ob man das nicht einmal braucht'', meinte sie.

D.h., es ist wichtig, das Angebot einer Einrichtung, wie es das Kinderschutz-Zentrum ist, über Rundfunk, Presse und Fernsehen gut bekannt zu machen. Andererseits geben auch Eltern, die was mit dem Zentrum zu tun gehabt haben, ihre Erfahrungen auf der Arbeit z.B. weiter. So kommen auch Eltern zu uns, denen von Kollegen empfohlen wurde, zum Kinderschutz-Zentrum zu kommen. Oder es ergibt sich ein Kontakt über einen Gewerkschaftler, den ich bei der Arbeitsplatzsuche für einen ausländischen Vater kennenlerne und der mich dann zwei Wochen später anruft, er hätte auch ein persönliches Problem: sein Bruder wolle sich umbringen und er wüßte nicht weiter.

Der persönliche Kontakt ist also auch wichtig. Eine Familie, die mit uns gute Erfahrungen gemacht hat und der wir haben helfen können, ist der beste Propagandist. — Gegenwärtig überlegen wir, ob wir stärker Schüler ansprechen sollten oder Kinder in Kindertagesstätten, um die Selbstmelder unter den Kindern zu vergrößern; aber wir sind noch nicht ganz entschossen, ob wir diesen Weg gehen.

AK: Habt Ihr schon Erfahrungen damit?

R.W.: Wir sind in einige Schulklassen
AK: Habt Ihr schon Erfahrungen damit?

R.W.: Wir sind in einige Schulklassen
gegangen; die Lehrer hatten uns gebeten, etwas über unsere Arbeit zu berichten. Wir bringen dabei Kassetten und Bilder mit und versuchen zu veranschaulichen, worum es uns geht. Daraus haben sich manchmal Einzelberatungen ergeben, zumeist Kurzkontakte. Aber jetzt überlegen wir, z.B. einmal in alle Schulen eines Bezirks zu gehen, ganz gezielt, und dann zu sehen, was sich daraus ergibt. Im Augenblick können wir das kapazitätsmäßig nicht schaffen. Aber wir hoffen, daß es demnächst möglich sein wird. Man kann aber keine riesige Kampagne machen, wenn keiner mehr zur Verfügung steht, eine Familie intensiv betreuen zu können. Wir sind hier eher vorsichtig und machen den Wettlauf, mit riesigen Fallzahlen zu operieren, nicht mit. Wir wollen uns nicht Verhältnisse aufherrschen, die darauf hinauslaufen, daß auf einen Berater mehr als 100 Familien kommen, wie das in der Familienfürsorge (aktenmäßig!) der Fall ist. Um intensiv in einer Familie zu arbeiten, braucht man Kraft und Zeit. Wer neben Telefon- und allgemeinem Zentrumsdienst vier bis sechs Familien intensiv betreut, der ist ausgelastet.

Wir überlegen auch, wie wir unsere Arbeit stärker und besser auf eine schnelle Krisenhilfe hin ausrichten können. Wir sind zwar montags bis donnerstags von 9 - 20 Uhr erreichbar und freitags, samstags und sonntags rund um die Uhr; dabei gibt es jedoch den Haken, daß diese Erreichbarkeit nur über einen Anrufbeantworter sichergestellt ist und wir auch mit unseren Bereitschaftsdiensten nicht immer hinkommen, d.h., manchmal wird gerade nachts händeringend ein Berater gesucht, der eingreifen kann. Wir überlegen, ob wir z.B. Europiper verwenden sollen, um während der Wochenenddienste besser erreichbar zu sein; aber diese Fragen (vor allem auch die methodischen Probleme der Krisenintervention betreffend) sind noch nicht ausdiskutiert.

Wie dem auch sei, wir greifen jede Meldung auf, beraten in der Regel jeden, der zum Zentrum kommt, bzw. verweisen, wenn wir meinen, daß andere besser helfen können. Dabei haben wir uns angewöhnt, zum Melder zurückzugehen und die Hilfskräfte z.B. eines Nachbarn oder Hauswarts, der uns angerufen hat, zu mobilisieren. Es kommt freilich auch vor, daß Sozialarbeiter oder Ärzte einer Familie vorschlagen, ins Zentrum zu kommen; wir greifen dann ein, wenn es die Familie oder ein Familienmitglied möchte. Unser Angebot bezieht sich sowohl auf eine breite materielle, sozialarbeiterische Hilfe als auch auf Familienberatung und Therapie, auf Kindertherapie als Ergänzung zur Familienberatung und auf die Aufnahme eines Kindes in der Kinderwohngruppe. Dort können wir bis zu neun Kinder aufnehmen. Unsere Beratungskapazität liegt bei rund 50 laufenden intensiven Familienberatungen neben den Sprechstunden und Kurzberatungen. Daneben machen wir, wie Ihr gehört habt, viele Fortbildungen für interessierte und betroffene Berufsgruppen (vor allem für Sozialarbeiter, Ärzte, Berater).

AK: Wie ist das Ausmaß von Kindesmißhandlungen einzuschätzen? Da gibt es ja sehr unterschiedliche Zahlen, je nachdem, welche Schätzungen zugrundegelegt werden — 15.000 oder 1,5 Millionen?

R.W.: Die Frage nach dem Ausmaß ist nicht einfach zu beantworten, denn sie hängt davon ab, was man unter Kindesmißhandlung versteht und ob man sie wahrnehmen will. Also die Meßlatte und die Fähigkeit zu messen entscheiden darüber, wie groß das Ausmaß von Kindesmißhandlungen einzuschätzen ist. Jede Aussage ist im übrigen eine sehr parteiliche Angelegenheit. Wer z.B. meint, Prügel würde einem Kind nicht schaden, wird zu einer kleineren Anzahl der Kindesmißhandlungen hierzulande kommen als
scheiden darüber, wie groß das Ausmaß von Kindesmißhandlungen einzuschätzen ist. Jede Aussage ist im übrigen eine sehr parteiliche Angelegenheit. Wer z.B. meint, Prügel würde einem Kind nicht schaden, wird zu einer kleineren Anzahl der Kindesmißhandlungen hierzulande kommen als
z.B. derjenige, der der Meinung ist, Prügel stellten eine gewaltsame Schädigung eines Kindes dar, die zu Verletzungen, Entwicklungshemmungen und -blockierungen führen kann. Ich will aber noch einmal breiter ansetzen: Wir können davon ausgehen, daß es aufgrund der heutigen Lebenssituation überhaupt sehr schwer ist, Kinder fördernd und stützend aufzuziehen; viele Familien sind zerrissen zwischen Arbeit und Familienleben; viele Ehen halten nicht, was sie anfangs versprachen; Liebe und Zuneigung haben kurze Beine. Kein Wunder, daß sich solche Probleme auf Kinder auswirken. Kinder müssen häufig die Suppe auslöffeln, die ihnen von den Eltern eingebrockt wurde. Wer das nicht sehen will, der hat schon die Hälfte des Problems Kindesmißhandlung nicht begriffen. Explizite Fälle von Kindesmißhandlung sind natürlich deswegen so häufig, weil sich viele Familien in einer permanenten Zwickmühle befinden. Einerseits haben wir im Laufe der letzten Generationen eine ganz starke Verdichtung, eine Intensivierung der Eltern-Kind-Beziehungen und damit der Erziehungsaufgaben und -pflichten erlebt; andererseits sind die zentrifugalen Kräfte immer stärker geworden, ist es zu einem nicht zu übersehenden Exodus aus der Familie gekommen. Die Anzahl der Familienmitglieder, die füreinander sorgen können, ist geringer geworden. Oma, Opa, Onkel und Tante, haufenweise Nachbarn sind der modernen Familie immer mehr abhanden gekommen. Und es ist zu einer starken Isolierung von Familien gekommen; gleichzeitig wurde die Eltern-Kind-Beziehung emotional (es ist dies ein gesellschaftlicher Prozeß) aufgeladen. Das widersprüchliche Thema in Familien lautet daher: Verdichtung und Trennung. In dieser Konfliktlage entstehen Probleme, die nicht anders als gewaltsam gelöst werden können und dies, obwohl wir gegenwärtig materiell und kenntnismäßig in der Lage wären, dem Nachwuchs solche Aufwuchsbedingungen zu ersparen.

Zudem muß man sich klarmachen, daß wir Menschen immer wieder dazu neigen, gewalttätig zu werden, wenn wir unsere Wünsche nicht befriedigt sehen. Gewaltlos zu sein, ist eine historisch neue Forderung. Der alte Adam, oder besser der alte Kain holt uns immer wieder ein. Um diese Tatsache mogeln sich im übrigen viele Linke hinweg, die Gewalt zu einem bloßen Reaktionsphänomen machen wollen. Die sogenannte Kulturgeschichte kann einen lehren, hier klarer zu sehen. Man würde dann vielleicht auch erkennen, daß die Wahrnehmung von gewaltsamer Zurichtung der Kinder auch noch von einem anderen Prozeß abhängig ist: von dem der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols. Er hat nicht nur zur Illegalisierung zwischenmenschlicher Gewalt geführt, sondern auch zu ihrer Tabuisierung. Da wir aus der Geschichte des Faustrechts und des ,,Auge um Auge, Zahn um Zahn'' gerade erst herausgekommen sind (wenigstens in Westeuropa), sehen wir lieber nicht hin, wenn Eltern mit ihren Kindern wie ,,Unmenschen'' umgehen; wir sollten eher sagen ,,wie Menschen'', die verzweifelt sind, keinen anderen Ausweg sehen, hilflos sind.

Sicher wurden früher auch Kinder zugerichtet und umgebracht. Aber damals war dies eher eine Frage der Lebensmittel und der Fähigkeit, im Kampf mit den Naturgewalten zu bestehen oder Krankheit nicht beherrschen zu können. Heute haben wir es eher mit dem Komplex psycho-sozialer Desorientierung und Mißhandlung zu tun: Die Menschenrechte werden auch für Kinder beansprucht, wir wissen, wie fördernde Umwelten für Kinder aussehen müssen, und dennoch ist das Defizit zwischen diesen Rechten und der tatsächlichen Lage der Kinder hierzulande beträchtlich. Dieses Defizit macht die Gesamtheit aller Kindesmißhandlungen aus: nichtzufälliger körperlicher oder psychischer gewaltsamer Schädigungen, die zu Verletzungen, Entwicklungshemmungen oder zum Tod eines Kindes führen. Schwere Zu-
der tatsächlichen Lage der Kinder hierzulande beträchtlich. Dieses Defizit macht die Gesamtheit aller Kindesmißhandlungen aus: nichtzufälliger körperlicher oder psychischer gewaltsamer Schädigungen, die zu Verletzungen, Entwicklungshemmungen oder zum Tod eines Kindes führen. Schwere Zu-
richtungen liegen in der Bundesrepublik auf jeden Fall zwischen 60.000 und 100.000 Fällen pro Jahr. Ich weise noch einmal darauf hin, daß allein die polizeilich bekannten Fälle von Kindesmißhandlung sich auf rund 29.000 * belaufen. (Vgl. die Broschüre Kindesmißhandlung und Kinderschutz).





zu beziehen über : KINDERSCHUTZ-ZENTRUM BERLIN, Karl-Marx-Str. 262, 1000 Berlin 44

* (Diese Zahl beinhaltet auch die sexuellen Kindesmißhandlungen bei Kindern nur bis unter 14 Jahren. Sicherlich muß bei diesen polizeistatistisch erfaßten Fällen die Erfassungsqualität in Frage gestellt werden. Ich kann allerdings an dieser Stelle in diesem Zusammenhang nicht auf die schwierige Problematik der gewaltsamen inzestiösen Mißhandlungen eingehen.)

AK: Was bezeichnest Du als schwere Zurichtung?

R.W.: Z.B. fünfmalige Brustkorbquetschungen, Schädelbrüche, Verbrennungen des Gesäßes, aber auch z.B. psycho-somatische Folgen ständiger Nicht- oder Falschversorgung: Herz- und Kreislaufschäden, schweres Asthma, immer wiederkehrende Angina und auch Entwicklungsschäden, die sich als Selbst- und Fremdaggressivität darstellen, als Einkoten, als sog. „failure-to-thrive", sich also überhaupt altersgemäß zu entwickeln.

AK: Wie würdest Du denn den Begriff der Kindesmißhandlung definieren? Physische oder nur psychische Gewalt? Ist Anschreien von Kindern bereits schon Gewalt gegen Kinder? Da gibt es doch einige Unklarheiten?

R.W.: Wir haben gesagt: Kindesmißhandlung ist eine nichtzufällige, bewußte oder unbewußte, körperliche oder seelische gewaltsame Schädigung eines Kindes, die in Familien oder Institutionen geschieht und die zu Verletzungen, Entwicklungshemmungen oder sogar zum Tod führt und die das Wohl und die Rechte eines Kindes beeinträchtigt oder bedroht. Wie man sieht, spielt hierbei der Begriff der Schädigung eine wesentliche Rolle. Und dies ist ein parteilicher Begriff, ein wertender Begriff. Er bestimmt, was wir einem Menschen zumuten dürfen oder zumuten zu dürfen glauben. Ich meine daher, daß die Definitions-Debatte nur darum geht: Was schädigt ein Kind? Um auf Euer Beispiel zurückzukommen: Sicherlich ist es einem Kind nicht zuträglich, wenn man es anbrüllt, aber eine Verletzung ist dies nun doch noch nicht, es sei denn, es geschieht in einem Klima, wo völlige Gleichgültigkeit oder Haß und Aggression sind. Ich will mit diesem Hinweis deutlich machen: Um eine Entscheidung im Einzelfall kommen wir nicht herum. Wir müssen jeweils am einzelnen Fall sagen, was wir als eine zu Verletzungen oder Hemmungen führende Schädigung ansehen.

Aber ich denke, daß wir den Rahmen in unserer Kindesmißhandlungsdefinition schon hinreichend genau bezeichnet haben: Wir grenzen uns ab vom puren Zufall oder Unfall, wir verweisen auf Seelisches und Körperliches, wir zielen auf benennbare Verletzungen und Entwicklungshemmungen, die im Widerspruch stehen zu den grundgesetzlichen Bestimmungen. Das reicht.

bezeichnet haben: Wir grenzen uns ab vom puren Zufall oder Unfall, wir verweisen auf Seelisches und Körperliches, wir zielen auf benennbare Verletzungen und Entwicklungshemmungen, die im Widerspruch stehen zu den grundgesetzlichen Bestimmungen. Das reicht.

KINDER- UND JUGENDHILFSWERK SALEM

Wann werden endlich diese Kinderdörfer geschlossen?



In mehreren „Salem-Kinderdörfern" in der BRD werden sog. Sozialwaisen nach faschistischen Prinzipien erzogen; „Salem"-Funktionäre stehen in enger Verbindung mit rechtsextremistischen Organisationen und Personen, insbesondere mit der rassistischen „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung"; in der „Salem-Zeitung" wird die Solidarität mit Kappler und Reder propagiert, für Arbeitsdienst geworben und gegen Abtreibung gehetzt. „Salem" gibt sich aber auch „alternativ": mit gesunder Ernährung („Bircher-Benner-Müsli" und andere „Reform"-Kost), Baubiologie, Kampf gegen Tierversuche und Atomkraft.

Die „Frauengruppe Hamm" hat zu diesem Verein eine Broschüre zusammengestellt mit Dokumenten, Berichten von Besuchen in „Salem"-Dörfern, Kostproben der „Salem-Zeitung" usw.

Der Titel der Broschüre lautet:
„Kinder- und Jugendhilfswerk Salem – Wann werden endlich diese Kinderdörfer geschlossen?"
Sie ist erhältlich über das BuLi-Büro, Barthelsstr. 26, 2 Hamburg 6.

Delmenhorst: Türken »ausgesperrt«

Denkzettel für McDonalds!

500 deutsche und türkische Jugendliche demonstrierten in Delmenhorst gemeinsam gegen Ausländerfeindlichkeit, statteten rassistischen Geschäftsleuten ihren Besuch ab und verpaßten Mc Donalds einen Denkzettel. Es wurde auch Zeit!

Zwar sind Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in Delmenhorst, einer Industriestadt mit ca. 5 % türkischer Bevölkerung, vor allem bei Geschäftsleuten nichts grundsätzlich Neues. So besteht in 3 Diskotheken Eintrittsverbot für Türken, in einer davon für a l l e Ausländer. Dagegen wurde bisher wenig unternommen, nicht mal für ein Flugblatt reichte es bislang. „Türkenverbot" bei Mc Donalds aber brachte endlich eine breite Welle spontaner Empörung in Gang.

In der letzten Zeit war Mc Donalds zu einem der wenigen Treffpunkte für türkische Jugendliche geworden, deren Situation diesbezüglich noch mieser ist als die der deutschen Jugendlichen. Da sie wenig oder besser gesagt fast kein Geld haben, trinken sie oft ziemlich lange nur einen Kaffee, um sitzenbleiben zu können. Mit eben dieser Begründung sowie der Behauptung, daß Türken auch randalieren und Toilettentüren etc. beschmieren würden, erteilte der Geschäftsführer der Delmenhorster Filiale ein generelles „Türkenverbot".

Seit dem 17.11. wurden türkische Gäste bei Mc Donalds nicht mehr bedient. Am 19.11. wurde das einer breiteren Öffentlichkeit durch einen Bericht in der Delmenhorster Beilage des „Weser-Kurier" bekannt. Am 20.11. schloß sich das „Delmenhorster Kreisblatt" mit einem empörten Kommentar an. Das Ordnungsamt kündigte eventuelle Maßnahmen an. Die Mc Donalds-Fassade zierte bereits der Hinweis: „Hier haben Türken Hausverbot! Boykottiert Mc Donalds!"

Der Geschäftsführer verteidigte die Schweinerei jedoch weiterhin in der Presse: Man lasse sich ins Hausrecht nicht hineinreden. Im Laufe des 20.11. erschien ein Reporter der „Frankfurter Rundschau" in Delmenhorst, auch der „Stern" zeigte sich interessiert. Schließlich versuchte Mc Donalds auf Weisung seines Hamburger „Operations-Manager" doch einen Rückzug.

Am Freitagmorgen wurde in der Presse der restlos dämliche Versuch
des 20.11. erschien ein Reporter der „Frankfurter Rundschau" in Delmenhorst, auch der „Stern" zeigte sich interessiert. Schließlich versuchte Mc Donalds auf Weisung seines Hamburger „Operations-Manager" doch einen Rückzug.

Am Freitagmorgen wurde in der Presse der restlos dämliche Versuch gemacht, das Ganze als Mißverständnis darzustellen: Es habe nie ein Hausverbot gegen Türken generell gegeben, sondern nur „Einzelmaßnahmen". Diese Ausflüchte nahm aber nicht einmal die bürgerliche Presse recht ernst.

Inzwischen hatten deutsche und türkische Jugendliche per Mundpropaganda zu einem Sit-In am Freitag, 21.11., um 16.30 Uhr aufgerufen.

Es blieb nicht bei einem Sit-In: Um 16.30 Uhr waren bereits etwa 100 deutsche und türkische Jugendliche da, die mit einigen Transparenten in den Laden drängten. Zehn Minuten später waren es mit einigen, die noch draußen standen, bereits doppelt soviele. Drinnen begannen die Leute auf die Tische zu steigen, um noch Platz zu schaffen. Ein paar türkische Jugendliche schrien ihre Wut heraus, forderten den Geschäftsführer auf, rauszukommen und sich bei allen zu entschuldigen. Das wurde von tosendem Beifall unterstützt. Teile der Ausstattung begannen sich selbständig zu machen, und an der Fensterscheibe tauchten Parolen aus einer Sprühdose auf. Spontan wurde eine kurze Kundgebung auf türkisch und deutsch veranstaltet und zu einer Spontan-Demo durch die Stadt aufgerufen. Ein Slogan kam in aller Munde auf: „Hoch die internationale Solidarität!"

Der ganze Zug ging dann durch das Kaufhaus „Selve", in dessen Restaurant gerüchteweise ebenfalls ein „Türkenverbot" geplant sein sollte. „Kein Ausländerverbot bei Selve und auch nicht anderswo!", „Türkenfeinde raus aus Delmenhorst!"

Von da gings durch die Fußgängerzone vorbei am „Skyline", einer Diskothek in der Innenstadt, die generell keine Ausländer einläßt. Immer mehr Leute schlossen sich der Demonstration an. Wieder am Mc Donalds angelangt, fand noch eine spontane Kundgebung in der Fußgängerzone statt. Als daraufhin beschlossen wurde, auch noch das „La Palma" zu besuchen, waren es ca. 500 Demonstranten – für Delmenhorst eine seit Jahren nicht dagewesene Zahl. Da das „La Palma" ebenfalls dicht war, gings halt nochmal quer durch die Stadt, immer noch laut die internationale Solidarität hochleben lassend.

Alles in allem eine erste wichtige Aktion gegen die sich ausbreitende Ausländerfeindlichkeit. Angesichts einer Mobilisierung, die rein spontan innerhalb von zwei Tagen erfolgte – es gab keine Flugblätter, kein Megaphon, keine geplante Demo-Route, dafür blieb die Bullerei während der gesamten Aktion unsichtbar – ein guter Auftakt für einen weiterzuführenden Kampf. Denn noch sind „Türkenverbote" aus Delmenhorst nicht vertrieben, auch Mc Donalds gilt es

innerhalb von zwei Tagen erfolgte – es gab keine Flugblätter, kein Megaphon, keine geplante Demo-Route, dafür blieb die Bullerei während der gesamten Aktion unsichtbar – ein guter Auftakt für einen weiterzuführenden Kampf. Denn noch sind „Türkenverbote" aus Delmenhorst nicht vertrieben, auch Mc Donalds gilt es

im Auge zu behalten, trotz derzeitigen Wohlverhaltens. Da freut einen neben der guten Aktion auch die Breite des Protestes: Neben bürgerlichen Stimmen tat sich die IG Druck und Papier mit einer Unterschriftenaktion gegen den Geschäftsführer von Mc Donalds hervor, der inzwischen entlassen wurde.

KB/Delmenhorst



500 deutsche und türkische Jugendliche demonstrieren am 21.11. in Delmenhorst gegen McDonalds „Türkenverbot".

Achtung Pornografie!

Die zweite Ausgabe der Hamburger Schülerzeitung „Cyankali" erregt weiter die Gemüter. Nachdem sie bereits an ca. zehn Schulen verboten wurde, flatterte der presserechtlich Verantwortlichen jetzt eine Vorladung „wegen Verbreitung pornografischer Schriften" ins Haus! Im AK 187 wurde bereits über die Verbote und das Protest-Knutsch-In vor der Schulbehörde berichtet. Doch der Wirbel verstärkt sich noch.

Außer „Cyankaliflash" und „Hertzwelle" erschienen im gleichen Zeitraum vier weitere Schülerzeitungen, die das Thema Sexualität aufgriffen: die „Stechmücke" vom Gymnasium Neu-Altona (Gedicht über Onanieren), „Altpapier" von der Wichernschule (Nachdruck „Hertzwelle"), „Schulneurotiker" vom Gymnasium Brahmfeld und „Vögelfrei" vom Elise Averdieck-Gymnasium (beide mit Sachen aus Amendts „Sexbuch"). Alle diese Zeitungen wurden von den Schulleitern verboten, weil hier mal wieder die Jugend die Jugend gefährdete. Nach dem Knutsch-In wurde in der bürgerlichen Presse viel und wohlwollend über die Verbote und das Knutsch-In berichtet. Trotzdem scheuten sich die Schulleiter nicht, mit Schulstrafen zu drohen bzw. solche zu verteilen. Der verantwortliche Redakteur der „Hertzwelle" hat einen Verweis gekriegt, weitere Verweise werden vorbereitet. Der gesamten Redaktion von „Altpapier" wurde der Schulrausschmiß angedroht.

Einigen Rechten war das aber immer noch nicht genug. Der Hamburger Elternbund (CDU-Verein) hetzte in seinem Mitteilungsblatt in übelster Art und Weise gegen „Cyankali". Die Redakteure wurden als *„primitiv Pubertierende"* bezeichnet. Über den Inhalt der Schülerzeitung wird gesagt: *„In der Cyankali ... wird Kindern eine hemmungslose Sexualbetätigung aller Arten und Abarten ‚schmackhaft' gemacht ..."*. Die Überschrift spricht für sich: *„Schülerzeitungen: Vorsicht Gift, Die neuen Richtlinien sind machtlos gegen ‚Cyankali' "*. Die Richtlinien für Schülerzeitungen, die schon zu den Verboten geführt haben, sind diesen rechten Vögeln zu lasch, sie fordern eine Verschärfung!

Die Pressesprecherin der Behörde teilte dem „Hamburger Abendblatt" mit, daß jetzt in der Schulbehörde eine Neufassung der Schülerzeitungsrichtlinien erarbeitet werde.

Und das Letzte: Gegen die Presserechtlich Verantwortliche von „Cyankali" wird wegen „Verbreitung Pornografischer Schriften" ermittelt. Wer diese Anzeige erstattet hat, konnte noch nicht festgestellt werden.

Wegen der Anzeige, den Verboten, den Verweisen usw. werden jetzt weitere Aktionen geplant unter dem Motto:
Laßt tausend jugendgefährdende Blumen blühen!!

Zwei SSB-Genoss/inn/en

Düsseldorf und Bonn:

Ärger mit Polizei und Bürgern

In Westberlin machen faschistoide / sich nicht davon einschüchtern ließen,

Düsseldorf und Bonn:
Ärger mit Polizei und Bürgern

In Westberlin machen faschistoide Bürger selber Jagd auf Punks und schlagen sie zusammen. In den rheinischen Landen rufen sie erst einmal Polizei, Ordnungsamt etc. zur Hilfe. In Düsseldorf ging die Auseinandersetzung um die Ratinger Straße weiter. Die Provokationsstrategie mit Farbbeutel- und Rauchbombenattentaten hat sich offenbar erst einmal als unwirksam erwiesen (siehe hierzu AK 188). So wandten sich „Anwohner" – wahrscheinlich „seriöse" Altstadtwirte – an die Bezirksvertretungen.

Am 14.11. beschäftigten sich die Poli-Tücker mit den Punks. Die „Jugendexperten" vom Jugendamt erzählten, was sie über Punks zu wissen meinen. Allerdings sehen sich diese „Jugendexperten" außerstande, einen Jugendtreff für Punks einzurichten. Denn etliche seien über 18, und da viele Punks aus dem Ruhrgebiet nach Düsseldorf kommen, sei „das Jugendamt nicht in der Lage, ein offenes Jugendangebot für durchreisende Jugendliche zu machen."

Nun haben aber Punks und ähnliches Gesocks die Angewohnheit, sich auf Bürgersteigen der Ratinger Straße rumzulümmeln, falls das Wetter es zuläßt. Um diesen unerfreulichen Zustand zu beenden, soll die Bullizei ran. Die Poli-Tücker baten um behutsames Vorgehen: *„Wir dürfen das Problem nicht mit dem Knüppel lösen"* („RP" und „WZ" vom 15.11.).

Erste Auswirkungen: Am 18.11. schlichen zum ersten Mal seit langer langer Zeit wieder zwei Bullizisten zu Fuß durch die Ratinger Straße; am 20.11. fuhr ein vollbesetzter und mit den hübschen Schutzgittern verzierter Mannschaftswagen langsam und demonstrativ durch die Straße.

Überhaupt, behutsames Vorgehen: Als am 30. April Punks einige Autos auf die Fahrbahn trugen, kam eine Hundertschaft Knüppelbubis angerauscht. Bei ihrer erfolgreichen Hetzjagd haben sie 18 Leute eingesackt. Diese 18 kriegten Anzeigen wegen Landfriedensbruch und Gefangenenbefreiung. Dann flatterten ihnen Aufforderungen ins Haus, doch mal im Polizeipräsidium zu erscheinen, zwecks erkennungsdienstlicher Behandlung. Gegen die acht Leute, die sich nicht davon einschüchtern ließen, besorgten sich die Bullizisten richterliche Beschlüsse für eine Zwangsvorführung. Bei der Richterin wurde nicht Landfriedensbruch und Gefangenenbefreiung, sondern Körperverletzung als Begründung für die Notwendigkeit der ED-Behandlung angegeben. Allerdings wurde den Leuten dieser Gerichtsbeschluß nicht bekanntgemacht.

Eines Morgens tauchte die Bullizei bei den Eltern eines Betroffenen auf, der allerdings nicht zuhause war. Einen zweiten holten sie einige Tage später morgens um 7 Uhr aus dem Bett und schleppten ihn aufs Präsidium. Es scheint, als sollten die 18 eingemacht werden, um den Knüppelbubis einen Freibrief zum „Aufräumen" in der Ratinger Straße zu verschaffen. –

In Bonn gab es ebenfalls Ärger. Die „Rheinterrassen", eine Kneipe, in der regelmäßig Rock- und Punk-Konzerte stattfinden, liegt in dem „seriösen" Stadtteil Grau-Rheinsdorf. Der Auftritt der „Dead Kennedys", einer kalifornischen Punkgruppe, brachte Punks und Bürger zum Kochen. Punks malten Parolen auf Hausfassaden, auf der Straße gingen einige Bier- und Colaflaschen zu Bruch, und – there's no hope for the Pope – ein Heiligen-Häuschen mußte dran glauben.

Der ehrwürdige Ortsvorsteher Orth: „Die haben unseren Ort unsicher gemacht. Wir können uns es nicht bieten lassen, daß sich bei derartigen Auftritten unsere Bürger nicht mehr auf die Straße wagen". Das Ordnungsamt entdeckte, daß die „Rheinterrassen" zu wenig Parkplätze haben, die Sperrstunden sollte vorverlegt werden. Der Wirt der „Rheinterrassen" versuchte, die aufgeladene Atmosphäre etwas zu entspannen, indem er Bürger und Poli-Tücker zu Kaffee und Kuchen einlud.

Aber die Bürger haben von der CDU/CSU gelernt: Auf den Entspannungsschwindel des Ostens und der „Rheinterrassen" fallen sie nicht rein. Der Wirt sah sich gezwungen, vorerst keine Punkgruppen auftreten zu lassen („Spex", 15.11.).

Detlef, Düsseldorf

Jetzt auch in Bonn Hausbesetzungen

Am 23. Oktober wurde zum ersten Mal in Bonn eine Hausbesetzung durchgeführt. Und sicher war das auch die schnellste, die je gemacht worden ist. Getragen wurde sie von einem breiten Aktionsbündnis (von der Fachschaftsleiterkonferenz, dem AStA der PH, LHV, SHB, MSB, der Grünen Alternativen Gruppe, der Initiative gegen Wohnungsnot, dem VDS und den Jusos).

Ca. 15 Minuten hat die ganze Aktion gedauert. Kaum waren die Türen aufgebrochen und die Transparente rausgehängt, wurden wir über Mega aufgefordert, das Haus zu verlassen, weil die Polizei verständigt worden sei. Die Polizei kam dann auch und besetzte ihrerseits das Haus. Und damit stimmte ja auch wieder die Parole, die auf einem Transparent stand: „Dieses Haus ist besetzt".

Vor dem Haus fing jetzt die Diskussion an und Unzufriedenheit über den Verlauf der Aktion machte sich breit.

Warum sind wir ohne Aufforderung der Polizei schon aus dem Haus gegangen? Warum wurde nicht das Nachbarhaus besetzt, das baulich in einem viel bessern Zustand ist? Antwort des Bündnisses: Es sollte nur eine symbolische Aktion sein. Die Frage bleibt, warum nur eine symbolische Besetzung?

In Bonn herrscht Wohnungsnot. Das ist amtlich. 6 % Wohnungen fehlen, 1.500 Studenten stehen jetzt zu Beginn des Wintersemesters auf der Straße, seit Jahren steigen die Studentenzahlen, die Zahl der privat angebotenen Wohnungen stagniert dagegen bei 7.000.

Aber es kommt noch dicker: In Bonn stehen seit Jahren über 50 Häuser leer und verrotten. Eigentümer: Die Stadt Bonn. Aber auch viel Wohnraum von Privateigentümern steht leer. Und was tun unsere gewählten Volksvertreter zur Behebung dieser Wohnungsnot?

Eine Woche vor dieser Besetzung stellten sie drei ihrer 50 Häuser dem Studentenwerk zur Verfügung. Das aber auch nur, weil eine Hausbesetzung schon in der Luft lag.

Auf der Ratssitzung am Nachmittag wurde ein Antrag, trotz der Ereignisse vom Vormittag, 10 zum Verkauf an Privatleute anstehende städtische Häuser stattdessen an das Studentenwerk zu vermieten, von CDU und FDP abgeschmettert.

Zweite Besetzung

Kurz was zur Vorgeschichte: In der Bonner Rundschau vom 1.11. war zu lesen, daß das Haus in der Friedrich-Breuer-Straße am kommenden Montag (3.11.) abgerissen werden sollte. Abgerissen, weil dort irgendwann einmal ein Kulturzentrum entstehen soll. Allerdings gibt es bisjetzt noch nicht mal eine öffentliche Ausschreibung eines Bauwettbewerbes. Bis zum Baubeginn wird es noch mehrere Jahre dauern. Betroffen sind insgesamt 4 Häuser, von denen sich 3 noch in Privatbesitz befinden. Am 3.11. besetzten dann ca. 15 Leute um 6 Uhr morgens das Haus. Bis 8 Uhr verhielten sich die Besetzer ruhig, um nicht schon vor Anrücken der Abrißbagger von der Polizei geräumt zu werden. Gegen 8 Uhr wurden die Transparente rausgehängt. Die Reaktionen der Nachbarn und Passanten waren durchweg freundlich und verständnisvoll. Keiner verständigte die Polizei.

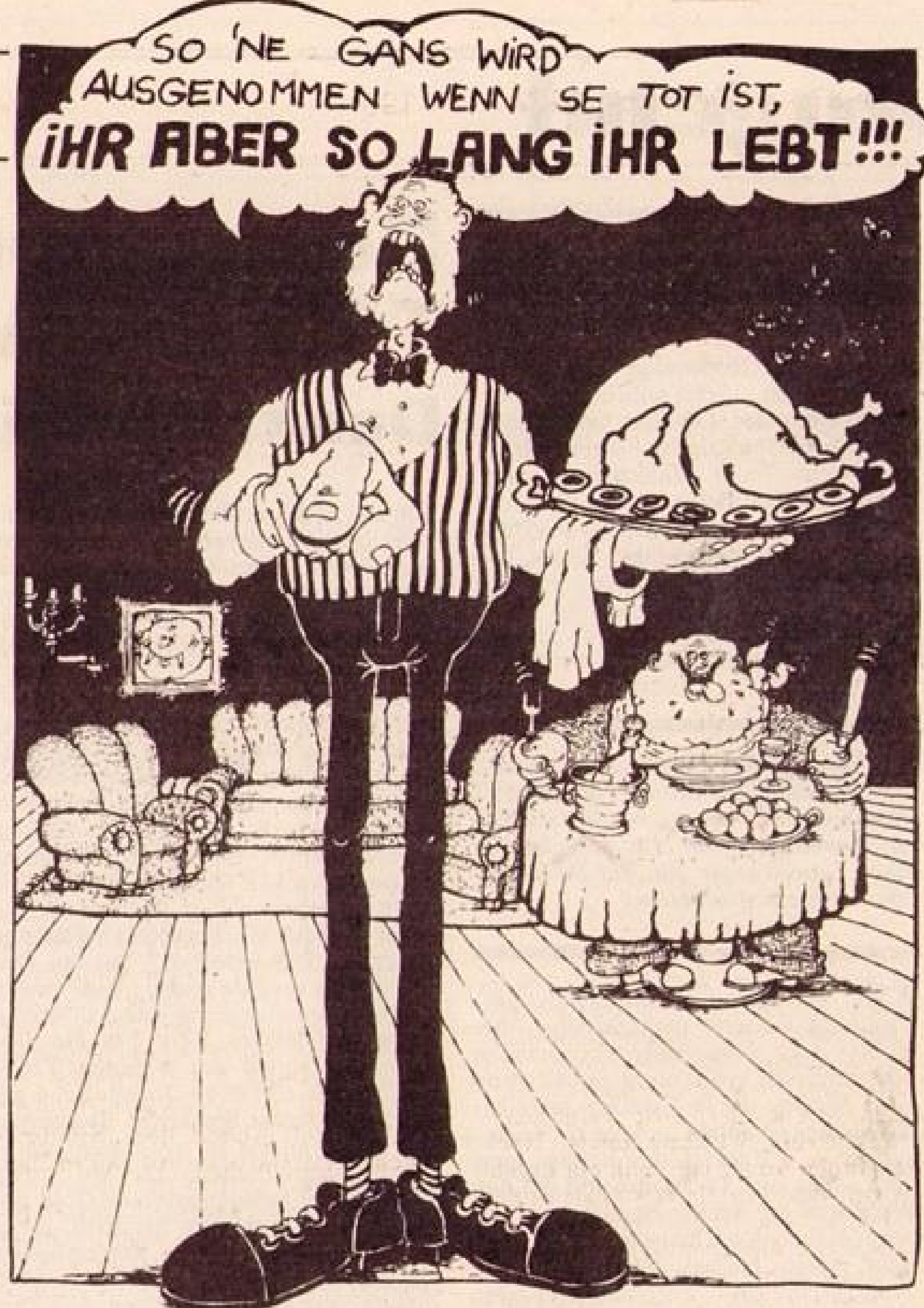
Es wurde eine Abordnung von vier Leuten ins Stadthaus geschickt, um mit den Zuständigen über das Haus zu verhandeln.

Gegen 9.30 Uhr kam zufällig eine Polizeistreife vorbei, blieb erstaunt stehen und rief einen zweiten und dritten Wagen. Eine Stunde später stellte ein Herr Martin von der Rechtsabteilung der Stadt Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch.

Das hieß Räumung und vorläufige Festnahme aller Beteiligten. Nachdem alle Personalien aufgenommen und die Stadt die Anzeige zurückgezogen hatte, wurden alle wieder freigelassen. Von der Stadt wurde zugesichert, daß das Haus vorläufig nicht abgerissen werde. Ob es jetzt dem Studentenwerk zur Verfügung gestellt wird, soll auf der nächsten Sitzung des Hauptausschusses entschieden werden.

Unsere Forderungen bleiben
- **Sofortige Bereitstellung aller leerstehenden Häuser für alle Wohnungssuchenden!**
- **Einführung des Wohnraumzweckentfremdungsgesetzes für Bonn!**

uj Bonn



Heimliche Hausbesetzungen

Es gibt eine ganz neue Variante von Hausbesetzungen: Ohne Öffentlichkeit, ohne den Vermieter zu informieren wird einfach in leere Häuser und Wohnungen eingezogen und angefangen zu wohnen.

Still und heimlich und zunächst unbemerkt sind allein in Frankfurt auf diese Art und Weise 14 Häuser bzw. Wohnungen besetzt worden. Auch aus anderen Städten sind ähnliche Fälle bekannt.

Sechs wohnungslose Studenten und Arbeitslose beobachteten in der Leipziger Straße 60 in Frankfurt-Bockenheim, daß zwei Wohnungen leerstehen und beschlossen am 22. Oktober, hier einzuziehen. Erst nach drei Wochen erfuhr die Besitzerin, eine Baugesellschaft, davon und erstattete Anzeige.

Bei der mündlichen Verhandlung kam heraus, daß die Baugesellschaft die Wohnungen leerstehen ließ, um sie in Büros umzubauen, d.h. der Wohnraum soll zweckentfremdet werden. Es wurde schließlich ein „Vergleich" geschlossen, nachdem die Besetzer noch drei Monate dort wohnen können (FR, 26.11.80).

Auch in einem anderen Fall erreichten die heimlichen Besetzer eine zumindest vorübergehende Legalisierung: Am 20. Oktober besetzten 10 Leute zwei Etagen im stadteigenen Haus Röderbergweg 62, in dem nur noch ein Mieter wohnte. 3000 qm Wohnraum standen hier leer und verfielen langsam, weil die Stadt ihrer Instandhaltungspflicht nicht nachkam. Eine Sprecherin der Bewohnergruppe erklärte, sie wollten „billigen Wohnraum, der vorhanden ist und leersteht" in Anspruch nehmen. Die Stadt gab für diese Wohnung einen Nutzungsvertrag, der bis zum April '81 dauert.

Wohnungskommission

Staffelmieten: Grünes Licht für Mieterhöhungen

Dem Gejammer der Wohnungskapitalisten, sie hätten keine Lust mehr, neue Wohnungen zu bauen, weil die Mieter viel zu viele Rechte hätten und nicht mehr so leicht auszubeuten wären, hat jüngst die alte neue Regierung nachgegeben. In voller Harmonie mit CDU-Forderungen sollen jetzt die letzten Schranken in Punkte Mieterschutz fallen und damit die ‚Bauherren' zu neuen Investitionen animiert werden.

Unter dem scheinheiligen Vorwand, das Miethöhegesetz zu „entformalisieren", soll zukünftig die sog. Staffelmiete eingeführt werden.

Was verbirgt sich hinter dieser harmlos klingenden Wortschöpfung?

Bisher war dem totalen Mietwucher durch die Methode der ortsüblichen Vergleichsmiete ein gewisser Riegel vorgeschoben.

Die Staffelmiete aber, bei der der Mieter schon bei Unterschreiben des Mietvertrages regelmäßig festgesetzte Mieterhöhungen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes (geplant sind bis zu 15 Jahre) akzeptieren muß, kann unabhängig von den Vergleichsmieten, und das heißt natürlich wesentlich höher als die bisher üblichen Mieten, festgesetzt werden. Umgekehrt allerdings werden die neuen Staffelmieten in die Vergleichsmieten mit einbezogen und somit das gesamte Mietenniveau kräftig nach oben schaukeln.

Ein recht plumper Trick also, um noch gültige Mietpreisgrenzen zu umschiffen und eine neue Mieterhöhungslawine in Gang zu setzen.

Um diesen Plan auch möglichst reibungslos durchzuziehen, will die Bundesregierung darauf „hinwirken", daß die Ordnungsverwaltungen der Länder, also die zuständigen Gerichte, Kosten- bzw. Staffelmieten nicht mehr als Wuchermieten einstufen (Südd. Zeitung, 4.11.80).

Wie sich das mit der vielgepriesenen Unabhängigkeit der Gerichte verträgt, bleibt abzuwarten.

Immerhin hat erst kürzlich das Frankfurter Landgericht Staffelmieten für „grundsätzlich unzulässig" erklärt (FR, 24.11.80).

Wohnungskommission

Kampf der Wohnungsnot: Wohnraumrettungsgesellschaft/ Köln

Die Sozialistische Selbsthilfe Köln (SSK) hat vor einem Jahr zusammen mit Kölner Mieterinitiativen die Wohnraum Rettungsgesellschaft gegründet. Die WRG versteht sich als Selbsthilfeorganisation gegen Übergriffe von Hausbesitzern und gegen die Zerstörung von Wohnraum. Z. Zt. werden von der SSK und der WRG 15 Häuser (z. T. schon seit Jahren) besetzt gehalten. Das liegt nicht nur an der offensichtlichen Wohnungsnot in Köln – 18.000 registrierte Wohnungssuchende – sondern auch an der aktiven Öffentlichkeitsarbeit und dem Zusammenhalt unter den Besetzern, meist Wohn- und Arbeitskollektive des SSK. Wir fragten WRG und SSK nach ihrem Häuserkampf.

AK: Wieviel Wohnraum habt ihr bisher gerettet?

Seit Anfang der 70er Jahre besetzt der SSK Wohnraum für Jugendliche, in einem Haus sitzen wir seit acht Jahren. Das ist das Haus, das am längsten besetzt ist. Vor vier Jahren haben wir angefangen, über die Selbsthilfe im engeren Sinne hinaus, auch Häuser mit einem mehr politischen Anspruch zu besetzen, eben um Wohnraum zu retten und für Leute mit wenig Geld zu erhalten. Billige Wohnungen werden immer knapper durch den Wegfall der Mietpreisbindung ehemaliger Sozialwohnungen, die Freizahlung von Wohnungen und durch die Altbausanierung.

Einige Häuser konnten wir halten, einige nicht. Das war auch abhängig davon, was wir der Stadt an Schweinereien und Planungsbrutalitäten bei dem speziellen Haus nachweisen konnten. Früher haben wir immer gesagt, daß städtische Häuser sich besonders gut zur Besetzung eignen, weil im Bewußtsein der Öffentlichkeit die Stadt eine besondere soziale Verpflichtung hat im Umgang mit ihrem Sozialhausbesitz. Aber nach der Stollwerck-Besetzung im Sommer hat die Stadt Köln eine brutalere Tour gefahren. Ein kürzlich besetztes Haus in Ehrenfeld haben sie fünf Tage später wieder ausgeräumt. Ein anderes Haus dagegen, das dem Kaußen (national bekannter Wohnungshai, Anm. AK) gehört, wurde von den vertriebenen Stollwerck-Besetzern benutzt und wird immer noch gehalten.

AK: Wie reagiert die Bevölkerung auf die Besetzungen?

Das ist unterschiedlich. Einige sehen das als Rechtsbruch, insbesondere bürgerliche Kreise. Aber es gibt auch gerade in Sanierungsgebieten eine ganze Reihe von Leuten, die das richtig finden, auch wenn sie selbst sich diese Art von Rechtsbruch nicht zutrauen oder Angst haben.

In dem Sanierungsgebiet Köln-Mülheim fangen jetzt sogar Ausländer an, in besetzte Häuser reinzuziehen. Sie kümmern sich nicht mehr um die etwas wackelige Rechtsposition, was ja für eine Familie auch immer recht problematisch ist.

AK: Besetzt ihr Häuser, um Wohnraum zu erhalten oder auch für andere Zwecke?

Bis jetzt sind das immer Wohnungen gewesen. Wir haben allerdings auch schon einmal überlegt, für ein Frauenhaus ein seit fünf Jahren leerstehendes Haus mit kleinem Park zu besetzen. Die Gebäude wurden 1929 als Heim für evangelische Mädchen von einem Kölner Bürger gestiftet. Allerdings hat da die Stadt Wind von bekommen und es vorher abgerissen. Aber so etwas würden wir auch unterstützen.

AK: Habt ihr bereits Häuser legalisiert, d.h. Mietverträge bekommen?

Ja, in der Marienstraße sind besetzte Häuser legalisiert worden, die gehörten einem Großspekulanten, der allerdings keine Abrißgenehmigung bekommen hat. Der hat dann fünf Häusern Mietverträge gegeben.

Auch in einem anderen Fall im Severingsviertel hat die Landesentwicklungsgesellschaft einen vorübergehenden Nutzungsvertrag gegeben. Das Legalisieren ist aber der seltenste Fall. Der Regelfall ist, daß sie Besetzungen nur dulden. Ob man da drin bleiben kann oder nicht hängt dann davon ab, wie geschickt man vorgeht und wie die Öffentlichkeitsarbeit und das Verhältnis zu den Nachbarn ist und vor allem davon, was man während der Besetzung an Konflikten zwischen öffentlichen Interessen und sozialen Notwendigkeiten einerseits und Spekulationsinteressen andererseits exemplarisch öffentlich bewußt machen kann.

Eine Öffentlichkeitsarbeit entsteht manchmal auch erst, nachdem man in das Gebäude gegangen ist. Bei der Besetzung der Aachener Straße war das so, daß wir zunächst nur wußten, daß das ein städtisches Haus ist. Wir haben dann Flugblätter verteilt und innerhalb von zwei Stunden kannten wir von den Nachbarn die ganze Geschichte vom Haus.

AK: Wie erreicht ihr die Leute, die keine Wohnung haben? Wie bereitet ihr Besetzungen vor?

Wir haben z.B. vor unseren größten Zeitungen, dem „Express" und dem „Stadtanzeiger" gestanden und Flugblätter verteilt, wenn die Leute freitags abends anstehen, um die Samstags-Ausgabe mit den Wohnungsanzeigen zu bekommen. Wir können da auch nur darauf hinweisen, daß es die Wohnraumrettungsinitiative gibt und benutzbarer Wohnraum zur Verfügung steht, wobei wir das Risiko, das bei Besetzungen eingegangen wird, nicht verschweigen – oft allerdings verstehen Ausländer uns da nicht genug, und manche denken, sie könnten sich wie im Supermarkt eine Wohnung abholen. Wir erklären das dann. Es ist eben ein Notwehrrecht gegen die Wohnungsnot, das wir uns nehmen.

AK: Wie sucht ihr die Häuser aus, die ihr besetzt?

Die stehen überall rum. Wir schauen nach Wasser und Strom, ob die Fenster noch drin sind und ob man das wieder benutzbar machen kann. Dazu spielt auch eine Rolle, wem das Haus gehört, was an Planungen vorgesehen ist etc., um Angriffspunkte gegen den Eigentümer bzw. gegen die Stadtplanung in die Hand zu kriegen und um sofort nach der Besetzung mit der Öffentlichkeitsarbeit anfangen zu können.

Da hat uns auch die Bezirksvertretung der alternativen Liste geholfen, indem sie eine Liste leerstehender Planungshäuser beantragt hat, die die Stadt aufgekauft hat, um sie irgendwann für Straßenverbreiterung oder so etwas abzureißen. Bei solchen Häusern ist der Angriffspunkt ideal, weil die Anlieger ja mitgekriegt haben, daß die Häuser jahrelang leerstehen.

AK: Wie ist ansonsten eure Zusammenarbeit mit der alternativen Liste?

Es gibt da nicht so viele Berührungspunkte. Die alternative Liste ist für uns da mehr ein Dienstleistungsunternehmen. Die meisten Wohnraumretter halten vom parlamentarischen Weg nicht so viel – trotzdem kann man auch über die Zusammenarbeit nützliche Ergebnisse erzielen, z.B. gründliche Informationen.

AK: Wie verhaltet ihr euch bei Räumungen?

Wir wußten bei der Besetzung der Aachener Straße schon, daß die Polizei morgens immer gegen sieben Uhr kommt, das ist normale Kölner Räumungszeit. Wir haben uns dann gesagt, wir müssen vor denen wach sein, weil das ja dumm ist wenn du dann noch im Bett liegst. Also haben wir um sechs Uhr morgens angefangen zu renovieren, rumgehämmert und unten das Tor abgeschlossen. Die Polizei hat dann mit dem Bolzenschneider das Tor aufgekackt und kam reingestürmt. Sie haben alle strategischen Punkte und das Treppenhaus besetzt und dachten, jetzt kommt der Widerstand, den sie brechen müssen. Aber da waren nur die Leute am Arbeiten, die sich durch die herumlaufenden Bullen gar nicht gestört fühlten. Die Bullen waren erst mal total aus dem Häuschen, als sie gefragt wurden, mitzuhelfen. Sie haben uns dann zur Hauptwache mitgenommen, das Tor zugeschweißt und nach drei Stunden haben sie uns wieder freigelassen. Wir sofort zurück, das Tor geknackt und wieder ins Haus rein.

Der Oberbulle hat dann der Stadt erklärt, er räumt das Haus erst wieder, wenn es tatsächlich abgerissen wird. Es hat schon andere Räumungen gegeben, z.B. in der Südstadt gab es eine sehr brutale Räumung eines Hauses, das der Reisdorf-Brauerei gehört. Es sind Sondereinsatzkommandos gekommen. Die ganze Aktion wurde von der Polizei zu Schulungszwecken mit Video gefilmt und natürlich, um die Besetzer-Scene zu erfassen. Die Leute wurden aus dem Haus herausgedroschen – die Polizei ging bürgerkriegsmäßig dabei vor. Aber trotzdem ist die Auseinandersetzung mit der Polizei von uns nicht so gewalttätig, wir leisten mehr passiven Widersstand.

Wir haben als Devise ausgegeben, daß wir sämtliche Aktionen gewaltlos machen und Auseinandersetzungen mit der Polizei vermeiden, zumal die ja nur Ausführende sind und die Bonzen, die die Bullen rufen, die viel Schlimmeren sind.

Wir waren bei Besetzungen auch nie so Viele, daß aktiver Widerstand eine Chance gehabt hätte.

AK: Vielen Dank für das Gespräch!

Das Gespräch wurde von der Wohnungskommission geführt und aufgeschrieben.

Ende des Poststreiks: Wieder wurden streikende Gewerkschafter verschaukelt

Dieser Artikel ist geschrieben worden, als das Urabstimmungsergebnis über das Verhandlungsergebnis der Deutschen Postgewerkschaft mit dem Bundespostministerium noch nicht bekannt war.

Zahlreiche Warnstreiks und Aktionen von Postarbeitern und - angestellten gingen einer Urabstimmung voraus, in der 92,4% der Gewerkschafter/innen sich für einen Streik zur Durchsetzung der Forderungen nach mehr Freischichten für Schichtarbeiter aussprachen. Mit großem Engagement traten nach der Urabstimmung die Beschäftigten in den von der Deutschen Postgewerkschaft ausgerufenen Streik, der trotz verhaltener Streikführung Wirkung zeigte. Nach vier Tagen Streik lag dann ein Ergebnis vor, das auch die Zustimmung der Mehrheit des Hauptvorstands der DPG fand, das allerdings weit unter der Streik-Forderung liegt: gefordert war die 1 1/2 fache Anrechnung der Nachtarbeit, die für viele Schichtarbeiter 14 - 16 Freischichten bedeutet hätte.

Herausgekommen ist:

- **bei 450 Nachschichtstunden im Jahr 4 Freischichten**
- **bei 330 Stunden 3 Freischichten**
- **bei 220 Stunden 2 Freischichten**
- **bei mindestens 110 Stunden 1 Freischicht.**

Zusätzlich sollen ab 1982 55jährige Schichtarbeiter eine fünfte Freischicht erhalten, ab 1983 wird die Altersgrenze auf 50 Jahre gesenkt.

Das jetzt vorliegende Verhandlungsergebnis muß vor dem Hintergrund der Schichtarbeit als Raubbau an der Gesundheit der bei der Post arbeitenden Menschen gesehen werden.

Gerade bei der Post erfolgt ein Großteil der Abfertigung in den Nacht- und frühen Morgenstunden. Und dieser Dienst, noch dazu in ständig wechselnden Schichtplänen, bedeutet harte Arbeit an Paket- und Postverteilungsanlagen, in staubigen Hallen, auf zugigen Bahnhöfen und bedeutet harte Arbeit an Paket- und Postverteilungsanlagen, in staubigen Hallen, auf zugigen Bahnhöfen und in engen stickigen Bahnpostwagen. Auf vielen Bahn- und Flughafenpostämtern ist es bereits so, daß die Post dort gar keine festen Arbeitskräfte mehr halten kann und die Arbeit dort von Teilzeitkräften, Hausfrauen, Studenten und Schülern verrichten läßt. Diese Situation der Beschäftigten erklärt auch die große Streikbereitschaft.

Fast 5 Jahre wurde die Verhandlung um die Verbesserung der Schichtarbeit vorbereitet. Die DPG erklärte dies zum Schwerpunkt ihrer Tarifpolitik. Ohne Not wurde dann ein Ergebnis angenommen, das völlig unzureichend ist und die Situation der Schichtarbeiter auf Jahre festschreibt. Auch nicht ansatzweise wurde versucht, für die Beschäftigten so viel wie möglich herauszuholen. Ein bißchen Streik und schnelle partnerschaftliche Einigung – das ist kennzeichnend für diese Art Gewerkschaftspolitik, die undemokratische Struktur der Gewerkschaft, wonach 25% Zustimmung in der Urabstimmung über das Ergebnis zu seiner Annahme ausreichen, wird dazu führen, daß trotz großer Streikbereitschaft und Unzufriedenheit mit dem Abschluß dieser miese Kompromiß angenommen wird.

Verhandlungen seit 1976

Seit 1976 wird in der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) das Problem der Schichtarbeit diskutiert, zunächst wurden Untersuchungen und Umfragen durchgeführt. Anfang 1979 kündigt dann der Bundespostminister Gscheidle an, schnellstens das Problem der Schichtdienste mit dem Ziel zu untersuchen, positive Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln. Nach einigen Mahnungen der DPG hat dann im Oktober die Arbeitsgruppe Schichtarbeit des Bundespostministeriums Ergebnisse ihrer Untersuchungen vorgelegt. In ihrem Bericht wird festgestellt, daß erstens Nacht- und Schichtarbeit ein gesundheitlicher Risiko- und Belastungsfaktor sind, daß das Problem auch die Familie des Schichtarbeiters betrifft und daß Schichtarbeiter von allen kulturellen Veranstaltungen ausgeschlossen sind. Als Entlastungsmöglichkeit schlägt die Arbeitsgruppe vor: Mehrfachanrechnung und Zusatzurlaub. Nach einigen Verhandlungen sollte dann schon im Dezember 1979 die Arbeitszeit zwischen 22.00 Uhr und 6.00 Uhr mit 110 Prozent angerechnet werden. Das wurde vom Innenministerium abgelehnt. Seit April/Mai dieses Jahres wurden dann wieder Verhandlungen aufgenommen, in denen das Bundespostministerium zunächst keine Angebote machte. Darauf kündigte die DPG die Arbeitszeitbestimmungen in den Tarifverträgen zum 30. September. Vier Tage vorher macht das Ministerium ein Angebot mit drei Freischichten für allerhöchstens ein Viertel aller Schichtarbeiter. Darauf reagierten die Postler nach Ablauf der „Friedenspflicht" im Oktober mit zahlreichen Warnstreiks.

Erst sechs Wochen später beschließt der DPG-Gewerkschaftsrat die Urabstimmung, in der dann 92,4 Prozent der Arbeiter und Angestellten sich für Kampfmaßnahmen aussprechen. In der letzten Phase dieser Auseinandersetzung um einen Freizeitausgleich für Schichtarbeit begann sich die Diskussion auszuweiten auf andere Gewerkschaften, vor allem im Öffentlichen Dienst, die ähnliche Forderungen stellten. Während des Poststreiks gab es dann auch Solidaritätsbesuche von Arbeitern, Angestellten und Beamten anderer Öffentlicher Dienste. Solidaritätsaktionen gab es allerdings nur wenige, so z.B. von den Hamburger Eisenbahnern, die erklärten, daß sie Mehrarbeit zur Abfertigung zusätzlicher Frachtsendungen ablehnen würden.

Der Streik zeigte Wirkung

Nach dem guten Urabstimmungsergebnis am 17. und 18. November lief der Poststreik am darauffolgenden Donnerstag recht gut an. Ab Freitag kamen nur noch wenige Postsendungen bei den Empfängern an. den Donnerstag recht gut an. Ab Freitag kamen nur noch wenige Postsendungen bei den Empfängern an. Die zentralen Postverteilungsstellen waren weitgehend lahmgelegt. Der Streik zeigte Wirkung. Das Postministerium hatte bereits vorher angekündigt, Beamte einzusetzen, um den Betrieb aufrechtzuerhalten. So bekamen Beamte und sogar Beschäftigte der Postbeamtenkasse und beamtete Nachwuchskräfte in der Ausbildung die Anweisungen, in bestreikten Postämtern Dienst zu leisten und dabei auch Überstunden zu machen.

Die streikenden Arbeiter und Angestellten reagierten darauf mit vielfältigen Maßnahmen: In Bremen wurden Lastwagen, die mit von Beamten sortierter Post beladen waren, am Verlassen des Geländes gehindert. In Frankfurt traten die Paketzusteller und Briefkastenleerer zusätzlich in den Streik. In Stuttgart traten die Arbeiter und Angestellten sofort in den Streik, wenn aus ihren Ämtern Beamte abkommandert wurden, und in Offenbach schlossen die Postler das Hauptpostamt einfach ab, so daß die Beamten nicht mal ihren „normalen" Dienst verrichten konnten.

Die DPG-Streikleitungen sind nicht auf so wirksame Mittel gekommen. Von vornherein waren ja die Beamten von der Urabstimmung und von Kampfmaßnahmen ausgenommen worden, was praktisch eine Anerkennung des Streikverbots für Beamte ist. Die Beamten sind lediglich aufgefordert worden, sich an Veranstaltungen zu beteiligen. Als Beamte dann als Streikbrecher eingesetzt wurden, kam die „Zentrale Arbeitskampfleitung" mit einem Flugblatt heraus, das den Beamten empfahl, Widersprüche gegen solche Anordnungen einzulegen. Einige regionale Streikleitungen bzw. Personalräte beantragten bei Gerichten einstweilige Verfügungen gegen diese Streikbrechereinsätze. Die spontanen Maßnahmen der Kollegen gegen Beamteneinsätze werden wohl wirksamer gewesen sein.

Am Wochenende des 22. und 23. November trafen dann die Verhandlungskommissionen der DPG und des Bundespostministers wieder zusammen. Dem Postministerium ging es dabei, sicher in Abstimmung mit dem Innenministerium, darum, ein Ergebnis abzuschließen, das dann auch gleich auf alle anderen Öffentlichen Dienste übertragen werden könnte; um ein Ergebnis, das allen anderen Gewerkschaftern die Lust und den Mut zu Kampfmaßnahmen nehmen sollte.

Der Gewerkschaftsvorstand legt das Ergebnis fest

Von Seiten des DPG-Vorstands trat dann der Vorsitzende Ernst Breit am vehementesten für die Annahme des Angebots ein. Offenbar hatte er aber selbst im Hauptvorstand der DPG Schwierigkeiten, das durchzusetzen. Nach siebenstündiger Debatte im Hauptvorstand stimmten immer noch neun von 40 Vorstandsmitgliedern gegen diesen Abschluß. Während dieser Beratungen versuchte eine Gruppe streikender Postler in den Beratungsraum zu kommen, um ihrem Vorstand die Ansicht der Basis klarzumachen. Es gelang ihnen leider nicht ganz.

Der Vorstand beschloß dann sofort die Aussetzung des Streiks und setzte eine Urabstimmung für den 27. und 28. November fest. Bei dieser Urabstimmung brauchen nur 25 Prozent der Mitglieder zuzustimmen, dann gilt das Ergebnis als angenommen.

In den ersten Reaktionen der Beschäftigten scheint noch Wut und Empörung über diesen Abschluß zu überwiegen. Das kann aber sehr schnell in Resignation umschlagen. Die Kollegen weigern sich, Flugblätter und giftgrüne Plakate „Unser Streik hat sich gelohnt" auszuhängen. Und Personalräte und Gewerkschaftsfunktionäre werden auf Versammlungen, auf denen sie das Ergebnis verkaufen wollen und Stimmung für die Urabstimmung machen wollen, ausgelacht und ausgepfiffen. „Ich rechne nicht mit Begeisterungsstürmen der Mitglieder", hatte der DPG-Vorsitzende erklärt.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Gscheidle, der alte »Gewerkschafter«

Die Verhandlungen um einen Freizeitausgleich für die Schichtdienstleistenden bei der Post wurden auf der Seite des Bundespostministeriums von Staatssekretär Elias geführt. Bundespostminister Gscheidle hat sich rausgehalten. Laut „Frankfurter Rundschau" war er nur einmal, in der Nacht zum Samstag, erschienen, um, wie es später hieß, mitzuteilen, daß er sich immer noch als „alter Gewerkschafter" fühle. Er klagte darüber, wie schwierig es sei, eine mit dem Innenministerium abgestimmte Regelung zu finden. Der Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft, Ernst Breit, nahm dann Gscheidle auch in Schutz: *„Es gibt Minister und Oberminister, aber das Gehalt soll dasselbe sein."*

Gscheidle war schließlich der Vorgänger Breits im Vorstand der Deutschen Postgewerkschaft und ist weiterhin Gewerkschaftsmitglied. Auf dem Gewerkschaftstag waren zwei Anträge, den Postminister als Arbeitgeber aus der Gewerkschaft auszuschließen, abgelehnt worden. Der erste Antrag forderte, das Amt des Bundespost ministers in die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Postgewerkschaft aufzunehmen. Dazu der Vorstand: *„Das können wir doch nicht machen, Kollegen, dieser Unvereinbarkeitsbeschluß richtet sich doch gegen Verfassungsfeinde. Wir würden den Minister auf diese Weise zu den Verfassungsfeinden rechnen."*

Der zweite Antrag forderte den Ausschluß mit der Begründung, daß Gscheidle sich gewerkschaftsfeindlich und gewerkschaftsschädigend verhalten habe. Die Satzung schreibe vor, sich im Sinne der Gewerkschaft zu betätigen. Das treffe für ihn nicht zu. Auch dieser Antrag wurde von den Delegierten entsprechend den Empfehlungen der Antragskommission und des Vorstands abgelehnt.



Der ehemalige DPG-Vorsitzende Gscheidle (links) und sein Nachfolger Breit waren sich über ein schnelles Ende des Streiks einig.

HBV-Prozeß in Oldenburg:

HBV-Prozeß in Oldenburg: Pleite für Vetter und die Kommunistenjäger im DGB

Auf dem ersten Arbeitsgerichtstermin im Prozeß des am 30.6.80 entlassenen HBV-Sekretärs Horst Albers gegen die Gewerkschaft HBV wartete diese mit einer großen Überraschung auf. Sie enthüllte, daß Albers bereits seit April 1980 einen Arbeitsvertrag mit der Konkurrenzgewerkschaft DAG zur Besetzung eines DAG-Bezirksleiterpostens in Bremen in der Tasche hatte. Albers sollte diese Stelle ursprünglich bereits am 1.10.80 antreten, wegen seiner Kündigung bei der HBV zum Jahresende wurde sein Arbeitsantritt allerdings hinausgezögert. Die HBV beantragte vor dem Arbeitsgericht, daß nun drei DAG-Führer, darunter der DAG-Vorsitzende Hermann Brand, als Zeugen geladen werden. Das Gericht gab dem statt und setzte die neue Verhandlung für Februar 1981 an. Nur eine Woche danach, am 21.11.80 lieferte Albers das Eingeständnis seiner Arbeit gegen die HBV, als er bei der HBV selber seine fristlose Kündigung einreichte. Die Gewerkschaft HBV wertet dies völlig zu recht als den Versuch, die peinliche Wahrheit über die Inszenierung einer Kampagne gegen die „kommunistische Unterwanderung" der HBV durch den Auftritt führender DAG-Repräsentanten nicht noch deutlicher werden zu lassen. Das Fortführen des Arbeitsgerichtsverfahrens ist mit Albers Kündigung nämlich hinfällig geworden, den DAG-Repräsentanten bleibt der Auftritt erspart.

Vetter muß sich entschuldigen

Die Entlassung von Albers durch die HBV hatte hohe Wellen geschlagen. Allein der Vorwurf, die HBV sei massiv von Kommunisten unterwandert, reichte aus, um eine Welle von Kritik und Verdächtigungen gegen vornehmlich linke Gewerkschaftsfunktionäre der HBV, ja sogar gegen die Mehrheit ihres Hauptvorstands ingangzusetzen. Die SPD „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen", die DGB-Gewerkschaft NGG soldidarisierten sich mit Albers. DGB-Chef Vetter ergriff für Albers Partei. Der Austritt von mehreren hundert HBV-Mitgliedern im Bezirk Oldenburg wurde organisiert. Führer dieser Kampagne waren meist sozialdemokratische Betriebsratsfürsten, enge Vertraute von Albers. Blinder Antikommunismus veranlaßte diese Leute zu einer verlogenen Kampagne, in der sie öffentlich Albers Entlassung und die Besetzung des HBV-Büros in Oldenburg durch den HBV-Landesvorstand mit der Besetzung der Gewerkschaftshäuser durch die Nazis 1933 verglichen.

Fehlen durften auch nicht die „linken" Kritiker, die Stalin in der HBV am Werk witterten. Fritz Vilmar behauptete in der ‚taz' (17.9.), daß *„der höchst erfolgreiche HBV-Bezirkssekretär (...) ausschließlich wegen der Anti-DKP-Entschließung in seinem Bezirk geschaßt worden"* sei; Klaus Rainer Röhl äußerte in der ‚Das Da' (5/80), Albers wurde *„seines Postens enthoben, weil er den schleichenden Einfluß der Kommunisten auf seine Gewerkschaft mit einem Unvereinbarkeitsbeschluß stoppen wollte"*.

Ossip K. Flechtheim, Wolfgang Rudzio, Fritz Vilmar und Manfred Wilke schließlich erklären gemeinsam: *„Vorläufig letzter ‚Gipfelpunkt' erfolgreicher DKP-Einflußstrategien im DGB: Ein höchst verdienter Bezirkssekretär der Gewerkschaft HBV wird am 30. Juni 1980 fristlos vom Vorstand gekündigt"*. Nachzulesen in dem im November erschienen Taschenbuch *„Der Marsch der DKP durch die Institutionen"*, ein zweifelhaftes Buch, das – wie man hört – sich unter rechten wie linken DKP-Kritikern großer Beliebtheit erfreut (Wir werden auf das Buch zurückkommen).

Eine derartige Version der Dinge verbreitete auch der DGB-Vorsitzende Vetter in einem Schreiben an die Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften (abgedruckt in der ‚FR' vom 13. 9.80), in dem er *„vertrauliche Informationen über die Erkenntnisse des DGB"* weitergab: *„Überwiegend wird im Kollegenkreis angenommen, daß der auf der Bezirksdelegiertenversammlung beschlossene Unvereinbarkeitsbeschluß HBV/DKP der wirkliche Kündigungsgrund sei"*. Über die von der HBV behaupteten Kontakte Albers mit der DAG hieß es in dem von Vetter verbreiteten Schreiben: *„Die vom Hauptvorstand der HBV bislang vorgetragenen Gründe, die zur Kündigung des Kollegen Albers Anlaß gegeben haben sollen, insbesondere der Vorwurf, daß Kollege Albers sich zum Schaden seiner Gewerkschaft in Verbindung mit Vertretern einer gegnerischen Organisation (DAG) betätigt habe, werden von den Kennern der örtlichen Gewerkschaften strikt zurückgewiesen (...) Diese konsequente, erfolgreiche Arbeit gegen die DAG ist bei allen seinen Mitgliedern und seinen hauptamtlichen Kollegen bekannt, und aus diesem Grunde halten wir eben auch alle den Vorwurf seines Hauptvorstandes, er (Albers, Anm. AK) habe mit der DAG oder mit DAG-Sekretären zum Schaden der HBV paktiert, für ‚völlig aus der Luft gegriffen'"*. Albers sei *„ein konsequenter Gegner der DAG"*.

Die neuen Enthüllungen der HBV sind mehr als peinlich für Vetter und die „linken" Kritiker und „Anti-Stalinisten". Die HBV darf gespannt auf eine Entschuldigung von Vetter warten.

Der Ausgang des Oldenburger Falles macht deutlich, welch gut bereiteten, leicht zu begehenden Boden antikommunistische Kampagnen in Teilen des DGB finden. Da reicht eine konspirativ inszenierte Aktion von DAG, ZDF-Löwenthal und bereitwilligen Gefolgsleuten in Gewerkschaft und SPD aus, um den Stein ins Rollen zu bringen.

In der DAG ist es an der Zeit, daß die dort mitarbeitenden Gewerkschafter diesem antikommunistischen Spalterverband den Kampf erklären.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Dortmund kämpft für »Stahlwerk jetzt!«
Massenprotest gegen den Ruin einer Stadt

Unter Glockengeläut und Sirenengeheul versammelten sich am Freitag, dem 28. November, rund siebzigtausend Menschen (Polizeischätzung: 30 bis 40.000) auf dem Neuen Markt in der Dortmunder Innenstadt. In drei Marschsäulen waren insgesamt rund 18.000 Hoesch-Arbeiter von den Werken Westfalenhütte, Phoenix und Union in die Innenstadt gezogen; sie bildeten den Kern dieser größten Kundgebung, die die Stadt bisher erlebt hat. Der Zug von der Westfalenhütte wurde angeführt vom Oberbürgermeister Günter Samtlebe (SPD) und dem Chef des SPD-Bezirks westliches Westfalen, Hermann Heinemann. Hier marschierte auch die Iniative „Hoesch-Arbeiterfrauen für Stahlwerk jetzt!". Ihr Transparent: „Stahlwerk bauen – sonst machen es die Frauen". Auch ein großer Block türkischer Kollegen war zu sehen und zu hören.

In der Umgegend der drei Hoesch-Werke im Norden, Süden und Westen der Stadt hatten zahlreiche Einzelhandelsgeschäfte geschlossen, ebenso viele Banken und die städtische Verwaltung. In der Innenstadt allerdings machten die großen Kaufhäuser ungeschmälert den großen Weihnachtsumsatz. Der vor Wochen angedrohte „Generalstreik", der das gesamte öffentliche Leben der Stadt lahmlegen sollte, fand nicht statt. Lediglich der Straßenbahn- und Busverkehr ruhte für zwei Minuten, in denen die Fahrer Resolutionen verlasen.

Trotz der gewaltigen Mobilisierung war unübersehbar, daß von Seiten der führenden SPD-Politiker schon tatkräftig an der Demontage der Parole „Stahlwerk jetzt!", die bisher die Dortmunder geeint hatte, gearbeitet wird. Während der IG Metall-Bevollmächtigte Dieterich noch an die vom Grundgesetz gebotene Sozialverpflichtung des Eigentums erinnerte – ohne freilich Verstaatlichung oder ähnliches zu fordern –, vermied es der sozialdemokratische Ministerpräsident Johannes Rau deutlich, sich auf die Forderung nach „Stahlwerk jetzt!" festzulegen. Allzudeutlich plagt Rau die Sorge vor einer Radikalisierung der Hoesch-Arbeiter und der Dortmunder Bürger. So log er dann, daß die Krise noch lösbar sei, wenn alle ihre Pflicht täten. Ohne sich genauer festzulegen, wie das zu bewerkstelligen sei ohne das neue Stahlwerk, versicherte er den „Erhalt der Stahlbasis Dortmund".

Auch von den anderen Rednern war nicht zu erfahren, wie es nun weitergehen soll. Rudolf Judith vom Vorstand der IG Metall sagte, daß die IG Metall zwar das Stahlwerk nicht bauen könne, „aber ich kann für den Vorstand der IG Metall erklären, daß wir alles nur Erdenkliche tun werden, daß Dortmund eine Stahlstadt bleibt, in der Stahl nicht nur verarbeitet, sondern nach wie vor auch geschmolzen wird." Nun, das kann tatsächlich alles Erdenkliche heißen...

„Härte und Entschlossenheit" sei nötig, verkündete Dortmunds Oberbürgermeister Samtlebe (SPD) nach der ersten Demonstration von 1500 Hoesch-Kollegen, *„aber alles andere als wilde Demonstrationen".*

Nach diesem Motto war es zweimal gelungen, die schon für Anfang November geplante Großdemonstration und Kundgebung um mittlerweile drei Wochen hinauszuschieben. Drei Wochen, die gewiefte Berufspolitiker genutzt haben, um der betroffenen Belegschaft das Gesetz des Handelns zunehmend aus der Hand zu nehmen. Ein wahres Feuerwerk an „politischen Initiativen" wurde abgebrannt: angefangen von der Sondersitzung des Stadtrats (siehe AK 189), der „aktuellen Stunde" im Düsseldorfer Landtag, bis hin zu der aus CDU-Kreisen stammenden Idee einer „Dortmund-Konferenz", an der prominente Politiker aus Bund und Land, Hoesch-Vertreter, Gewerkschaften und Betriebsräte teilnehmen sollen. Schließlich und endlich waren es Bürgermeister Samtlebe und der Stadtrat, und nicht etwa die Hoesch-Belegschaft oder die IG Metall, die die Bürgerversammlung einberufen haben.

Diese feine Unterscheidung sieht zwar auf den ersten Blick haarspalterisch aus, zumal IG Metall und Hoesch-Betriebsräte in dem „Arbeitskreis Großkundgebung" mitarbeiten. Zumal auch der Rat der Stadt die Großkundgebung beschlossen hat, nachdem er dazu durch Resolutionen der Hoesch-Beslegschaftsversammlungen aufgefordert worden war.

Trotzdem wird an dieser Unterscheidung deutlich, daß in den Auseinandersetzungen um das für Dortmund lebenswichtige Oxygenstahlwerk die Politiker gegenwärtig in der Vorhand sind, während die Hoesch-Arbeiter in die Rolle von Statisten gedrängt sind. Noch am 5.11. hatten die Hoesch-Vertrauensleute angekündigt, gegebenenfalls in einer Art Generalstreik mit der Solidarität von Kollegen aus anderen Gewerkschaften das öffentliche Leben der Stadt lahmzulegen und auf diese Weise nicht nur ihren festen Willen zur Durchsetzung des Stahlwerks zu bekunden, sondern auch ihre Kampfkraft unter Beweis zu stellen.

Auch dieser „Generalstreik" war von den Politikern in die Hand genommen worden. Bürgermeister Samtlebe hatte in Briefen an die Firmeninhaber in der Innenstadt darum gebeten, die Betriebe und Geschäfte in der Zeit der Kundgebung zu schließen. Die Kaufhauskonzerne entschieden sich jedoch – wer hätte das gedacht? – für das Weihnachtsgeschäft.

Ohne Zweifel gibt es in Dortmund wohl kaum noch Bürger, denen die Bedeutung des Hoesch-Problems nicht klar ist. Das beweisen nicht zuletzt die mittlerweile mehr als hunderttausend Unterschriften für die Forderung „Stahlwerk jetzt!". Zu dieser „öffentlichen Meinung" haben die Politiker sicherlich erheblich beigetragen, indem sie den Protest gegen die Arbeitsplatz-Vernichtungspläne quasi „offiziell" gemacht haben. Indem sie sich in der Auseinandersetzung an die Spitze gestellt haben, konnten zunächst einmal erheblich mehr Menschen erreicht werden.

Jedoch: es waren die Politiker, die als erste die Stahlwerker-Forderung aufgaben. Den Anfang machte der Landes-Wirtschaftsminister Jochimsen (SPD), der sich im Landtag für *„Respekt vor freien und verantwortlichen (!!!) Unternehmensentscheidungen"* einsetzte.

Doch auch die Dortmunder Stadtregierung ließ bereits in der Woche vor der Großkundgebung erkennen, daß sie die Zeit für das Fallenlassen der Forderung nach dem Stahlwerks-Neubau nunmehr fürgekommen hielt. Stattdessen wurde jetzt die Parole einer „allgemeinen Strukturbelebung" ausgestreut.

Kaum vierzehn Tage zuvor hatte Bürgermeister Samtlebe vor dem Rat der Stadt erklärt, es sei eine Illusion anzunehmen, daß der Verlust von 10.000 Arbeitsplätzen in der Stahlerzeugung und weiteren 30.000 in der Weiterverarbeitung auch nur im mindesten durch die Ansiedlung anderer Betriebe ausgeglichen werden könnte.

Die scheinbare Gunst der Stunde nutzend, sind nunmehr völlig andere Töne aus dem Rathaus zu hören. Samtlebe greift gegenwärtig vehement die Positionen auf, die von der CDU während der Landtagsdebatte um Hoesch entwickelt wurden, als da wären: energischer Ausbau der geplanten Atomkraftwerke, um so die „viel zu hohen Energiepreise im Ruhrgebiet" in den Griff zu kriegen; das Kanal- und Schleusensystem müsse dringend ausgebaut werden, um Transportkosten zu senken; und überhaupt müsse im Rahmen der Strukturverbesserung erheblich in Straßen und Schienenwege investiert werden.

Die alles entscheidende Frage der nächsten Wochen ist die, ob die Hoesch-Belgschaft - in der Vergangenheit eine der kampfstärksten in Westdeutschland - zu ihrem Selbstvertrauen und ihrer Selbstständigkeit zurückfindet. Wir können da gegenwärtig keine Prognose wagen. Sollte dies nicht gelingen, droht der Stadt Dortmund nicht nur ein sprunghafter Anstieg der Arbeitslosigkeit, sondern zusätzlich noch ein Durchbruch in Sachen Atomenergie und Brutalbetonierung durch Straßenbau, gegen den sich Bürgerinitiativen schon seit Jahren wehren.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



Berufspolitiker genutzt haben, um der betroffenen Belegschaft das Gesetz des Handelns zunehmend aus der Hand zu nehmen. Ein wahres Feuerwerk an „politischen Initiativen" wurde abgebrannt: angefangen von der Sondersitzung des Stadtrats (siehe AK 189), der „aktuellen Stunde" im Düsseldorfer Landtag, bis hin zu der aus CDU-Kreisen stammenden Idee einer „Dortmund-Konferenz", an der prominente Politiker aus Bund und Land, Hoesch-Vertreter, Gewerkschaften und Betriebsräte teilnehmen sollen. Schließlich und endlich waren es Bürgermeister Samtlebe und der Stadtrat, und nicht etwa die Hoesch-Belegschaft oder die IG Metall, die die Bürgerversammlung einberufen haben.

Diese feine Unterscheidung sieht zwar auf den ersten Blick haarspalterisch aus, zumal IG Metall und Hoesch-Betriebsräte in dem „Arbeitskreis Großkundgebung" mitarbeiten. Zumal auch der Rat der Stadt die Großkundgebung beschlossen hat,

digt, gegebenenfalls in einer Art Generalstreik mit der Solidarität von Kollegen aus anderen Gewerkschaften das öffentliche Leben der Stadt lahmzulegen und auf diese Weise nicht nur ihren festen Willen zur Durchsetzung des Stahlwerks zu bekunden, sondern auch ihre Kampfkraft unter Beweis zu stellen.

Auch dieser „Generalstreik" war von den Politikern in die Hand genommen worden. Bürgermeister Samtlebe hatte in Briefen an die Firmeninhaber in der Innenstadt darum gebeten, die Betriebe und Geschäfte in der Zeit der Kundgebung zu schließen. Die Kaufhauskonzerne entschieden sich jedoch – wer hätte das gedacht? – für das Weihnachtsgeschäft.

Ohne Zweifel gibt es in Dortmund wohl kaum noch Bürger, denen die Bedeutung des Hoesch-Problems nicht klar ist. Das beweisen nicht zuletzt die mittlerweile mehr als hunderttausend Unterschriften für die Forderung „Stahlwerk jetzt!". Zu

Zur Debatte um die gewerkschaftliche Jugendarbeit:

Kommt jetzt die große Einigung?

Am 20. November wurden in der „Frankfurter Rundschau" („FR") Auszüge aus einem „Positionspapier" veröffentlicht, auf welches sich die für Jugendarbeit zuständigen Vorstandsmitglieder der Einzelgewerkschaften nach inzwischen dreijähriger Debatte geeinigt haben sollen. Im folgenden wollen wir die wesentlichen Inhalte des „Positionspapiers" darstellen. Außerdem wollen wir die ganze Widersprüchlichkeit dieser „Einigung" deutlich machen.

In dem Positionspapier, welches von KarlSchwab (DGB-Bundesvorstand), Georg Benz (IG Metall), Hermann Rappe (IG Chemie), Bruno Köbele (IG Bau Steine Erden) und

munistischen Unterwanderung" „allein der Giftküche des politischen Gegners entstammt" (Loderer), daß man in einer Öffnung der Jugendarbeit die Gefahr sehe, sich zum bürgerlichen Jugendpflegeverband zu entwickeln.

Das jetzt vereinbarte Positionspapier zeigt (soweit es bis heute bekannt ist), daß sich die Linie der „Oberurseler" im wesentlichen durchgesetzt hat.

Zu den neuen Formen der Jugendarbeit

„Im Verhältnis von offener und betriebsbezogener Jugendarbeit, von

Die Entwicklung in den letzten Monaten

Das Positionspapier ähnelt von seinen wesentlichen Inhalten her einem Thesenpapier, welches Karl Schwab Ende Juni in der Arbeitsgruppe der Jugendexperten aus den Einzelgewerkschaften vorgelegt hat (siehe auch „FR", 1.7.80 und Arbeiterkampf 182).

Das ist e i n weiterer trauriger Beweis dafür, daß sich die rechte Linie im DGB immer mehr durchsetzt.

Erinnert sei nur noch einmal an die Ereignisse in den letzten Monaten: Mitte Juni drückte Karl Schwab den bis dahin kommissarisch amtierenden DGB-Bundesjugendsekretär Hanns Brauser (als Nachfolger des abgesetzten Hawreliuk) in einer Nacht- und

Zur Debatte um die gewerkschaftliche Jugendarbeit:

Kommt jetzt die große Einigung?

Am 20. November wurden in der „Frankfurter Rundschau" („FR") Auszüge aus einem „Positionspapier" veröffentlicht, auf welches sich die für Jugendarbeit zuständigen Vorstandsmitglieder der Einzelgewerkschaften nach inzwischen dreijähriger Debatte geeinigt haben sollen. Im folgenden wollen wir die wesentlichen Inhalte des „Positionspapiers" darstellen. Außerdem wollen wir die ganze Widersprüchlichkeit dieser „Einigung" deutlich machen.

In dem Positionspapier, welches von KarlSchwab (DGB-Bundesvorstand), Georg Benz (IG Metall), Hermann Rappe (IG Chemie), Bruno Köbele (IG Bau Steine Erden) und Heinz-Werner Meyer (IG Bergbau) gebilligt wurde, wird großspurig erklärt, daß man den 1,3 Millionen gewerkschaftlich organisierten Jugendlichen einen eigenen Gestaltungsraum zusichern wolle, *„auch wenn dies Konflikte und Spannungen auslöst".* Zu diesem Wortgeklingel sehen sich die „Jugendexperten" offensichtlich veranlaßt, weil sie einfach feststellen müssen, *„daß eine beachtliche Zahl von Jugendlichen den Gewerkschaften als einer politischen Großorganisation mit kritischer Distanz begegnet"* (nach „FR", 20.11.).

Vorgeschichte

Für die Gewerkschaftsführer wurde es in den letzten Jahren immer mehr zu einem Problem, daß die Bereitschaft der organisierten Jugendlichen, sich in der Gewerkschaft aktiv zu betätigen, immer mehr nachließ. Besonders von den Autoren des „Oberurseler Papiers" und den Jugendexperten der IG Chemie und anderer Gewerkschaften wurde die These aufgestellt, daß daran auch die Bildungsarbeit Schuld sei, in der die Jugendlichen mehr oder weniger indoktriniert würden. Besonders von diesen Leuten wurde auch betont, daß es wichtig sei, die Formen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit dahingehend zu ändern, daß man die Jugendlichen allseitig ansprechen sollte und nicht nur von den betrieblichen Problemen her. Eine der wesentlichsten Positionen war, daß die DKP/SDAJ durch ihre „Kaderpolitik" in den Jugendgremien den Jugendlichen die Lust nehmen würden, sich dort zu engagieren.

Die Gegenposition, besonders vertreten durch Funktionäre der IG Metall, der HBV und der DPG, besagte u.a., daß das Gerede von der *„kommunistischen Unterwanderung" „allein der Giftküche des politischen Gegners entstammt"* (Loderer), daß man in einer Öffnung der Jugendarbeit die Gefahr sehe, sich zum bürgerlichen Jugendpflegeverband zu entwickeln.

Das jetzt vereinbarte Positionspapier zeigt (soweit es bis heute bekannt ist), daß sich die Linie der „Oberurseler" im wesentlichen durchgesetzt hat.

Zu den neuen Formen der Jugendarbeit

„Im Verhältnis von offener und betriebsbezogener Jugendarbeit, von kulturell-politischer Bildungsarbeit und einer Schulungsarbeit, um 'in die gewerkschaftlichen Organisationen hineinzuwachsen und dort Verantwortung zu übernehmen', wird in dem Papier — gemäß den Forderungen der IG Metall insbesondere — zunächst der Vorrang gewerkschaftlicher Jugendarbeit in den Betrieben und Verwaltungen herausgestrichen ... . Dann aber wird eingeräumt, daß Jugendliche soziale Erfahrungen nicht nur am Arbeitsplatz machen, sondern auch in der Familie, in Vereinen und der Gemeinde. Gewerkschaftliche Jugendarbeit sei daher offen für den gesamten Erfahrungsbereich ..." (ebenda).

Zur Bildungsarbeit

„Gewerkschaftliche Jugendbildungsarbeit will keine Indoktrination, sondern Befähigung zu selbstverantwortetem und solidarischem gewerkschaftlichem Engagement. Das schließt die gezielte Information über die Beschlußlage des DGB und seiner Gewerkschaften ausdrücklich ein" (Positionspapier)

Zur „kommunistischen Unterwanderung"

„Wenn die Zahl von aktiven Mitgliedern, die auch zur Übernahme von Funktionen bereit ist, zu gering bleibt, wird politischen Gruppierungen innerhalb der Gewerkschaftsjugend die Besetzung von Funktionen in einem Ausmaß ermöglicht, das in keinem Verhältnis zu ihrer tatsächlichen Mitgliederstärke steht ... Damit wird gewerkschaftliche Arbeit nach innen und außen diskreditiert und den Gewerkschaften insgesamt Schaden zugefügt" (ebenda).

Die Entwicklung in den letzten Monaten

Das Positionspapier ähnelt von seinen wesentlichen Inhalten her einem Thesenpapier, welches Karl Schwab Ende Juni in der Arbeitsgruppe der Jugendexperten aus den Einzelgewerkschaften vorgelegt hat (siehe auch „FR", 1.7.80 und Arbeiterkampf 182).

Das ist e i n weiterer trauriger Beweis dafür, daß sich die rechte Linie im DGB immer mehr durchsetzt.

Erinnert sei nur noch einmal an die Ereignisse in den letzten Monaten: Mitte Juni drückte Karl Schwab den bis dahin kommissarisch amtierenden DGB-Bundesjugendsekretär Hanns Brauser (als Nachfolger des abgesetzten Hawreliuk) in einer Nacht- und Nebelaktion im Bundesjugendausschuß durch. Loderer und Benz vom IGM-Vorstand protestierten gegen die Eile, in der die Wahl durchgezogen wurde. Benz drohte sogar damit, seine Mitarbeit in der besagten DGB-Arbeitsgruppe einzustellen, sollte Brauser gewählt werden („FR", 24.6.80 und Arbeiterkampf 180).

Wie ist es nun plötzlich zu erklären, daß Benz dem Positionspapier zustimmt, wo er noch auf dem IG Metall Gewerkschaftstag im September schärfste Angriffe gegen Karl Schwab gerichtet hat? Die Angriffe gegen Schwab waren damals so scharf gewesen, daß dieser den DGB-Bundesvorstand kurz nach dem Gewerkschaftstag um eine Vertrauenserklärung oder seine vorzeitige Ablösung bat. Wie nicht anders zu erwarten, hat kein einziger vom DGB-Bundesvorstand *„die Kritik und die Auffassungen der IG Metall und von Georg Benz übernommen oder geteilt. Der in dieser Sitzung für die IG Metall anwesende stellvertretende Vorsitzende Hans Mayer habe von Mißverständnissen gesprochen und die Vertrauenserklärung für Schwab ebenfalls mitunterstützt"* („FR", 11.11.80).

Weil's so schön ist, bringen wir hier noch einmal den Teil von Benz' Rede, die den Jugendopa Schwab so besonders aufgeregt hat: *„Seit den Erklärungen des Kollegen Karl Schwab nach der DGB-Bundesjugendkonferenz 1977 können sich unsere Gegner zum angeblichen Beweis für ihre politischen Diffamierungen auf Spitzenfunktionäre des DGB berufen ...* **Ich sage hier klipp und klar, jetzt reicht es uns! Dieser Spuk muß ein Ende haben, wenn wir nicht wollen, daß sich unsere gewerkschaftliche Jugendarbeit ins Abseits bewegt"** (ebenda, Hervorhebung AK).

Sollten diese deutlichen Worte von Benz jetzt unter dem großen schwar-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

zen Mantel der Einheitsgewerkschaft zugedeckt werden?

Konflikt um die Berichterstattung in der „solidarität"

Noch widersprüchlicher wird das Bild von der Einigung auf der Ebene der Spitzenfunktionäre, wenn man sich die Leserbriefflut in der letzten Ausgabe der „solidarität" (Jugendfunktionärszeitung des DGB) ansieht. Dort beschweren sich auf insgesamt vier Seiten zahlreiche OJA-Mitglieder und Delegierte der IG Metall-Jugendkonferenz in Leserbriefen über einen Bericht der „solidarität" über die IG Metall-Jugendkonferenz. Die Empörung der IG Metall-Jugendfunktionäre ist nicht ganz ungerechtfertigt, denn der Bericht über die Jugendkonferenz beinhaltet im Gegensatz zu den Berichten über die anderen Jugendkonferenzen der Einzelgewerkschaften eine deutliche Kritik am Standpunkt der IG Metall. So heißt es in der „solidarität" 7/80: „*In der Diskussion wurde jedoch deutlich, daß konkrete Bereitschaft und praktische Ansätze für die Überwindung der Auseinandersetzungen um die DGB-Jugendarbeit bei den jungen Metallern kaum vorhanden ist. Das kompromißlose Beharren auf den eigenen Positionen kann hier ebensowenig weiterhelfen wie vorwärtstreibende Beschlüsse*". Weiter heißt es: „*Erschreckend war auch die Eiseskälte, mit der die Delegierten auf das Grußwort des für Jugendarbeit zuständigen DGB Bundesvorstandsmitglieds Karl Schwab reagierten. Obwohl Schwab, der selbst ebenfalls Metaller ist, Äußerungen von Georg Benz aufgriff und Möglichkeiten für die Überwindung der Auseinandersetzungen in der DGB-Jugend begründete, regte sich nicht einmal eine Hand zu dem sonst zumindest üblichen Höflichkeits-Beifall.*"

Die Reaktion der IG Metall-Jugendfunktionäre fällt ziemlich hart aus. So schreiben z.B. die Nürnberger Delegierten: „*Wir sind trotz dieser erneuten Provokation nicht bereit, diese*

Delegierten: „Wir sind trotz dieser erneuten Provokation nicht bereit, diese

von wenigen so erwünschte Diskussion darüber (gemeint ist Oberursel, AK) *wieder aufzugreifen.*" Ein Frankfurter Delegierter schreibt: „*Wer sich wie Karl Schwab verhält und den jungen Gewerkschaftern zusätzliche Schwierigkeiten bereitet, ja unseren Gegnern sogar Material für eine unbeschreibliche Diffamierungskampagne liefert, der darf froh und glücklich sein, daß er ohne Mißfallensäußerungen während einer Konferenz aufgenommen wird.*" Ein Kollege aus Kassel schreibt: „*Wenn dies die Politik des neuen Bundesjugendsekretärs Hanns Brauser ist, so kann ich nur eines sagen: armer Bundesjugendausschuß!*" Der Jugendausschuß der IG Metall schließlich schreibt: „*Erstmalig in der seit Jahren andauernden Kontroverse um die DGB-Jugend- und Jugendbildungsarbeit wird eine erfolgreich verlaufene Jugendkonferenz einer DGB-Gewerkschaft in der Jugendzeitschrift des DGB diffamiert... Die Art und Weise, wie Ihr über unsere Jugendkonferenz berichtet, erinnert fatal an den Stil der die Gewerkschaften diffamierenden Boulevardpresse... Die damit verbundene Belastung vor allem unserer ehrenamtlichen jungen Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben werden wir nicht mehr schweigend hinnehmen.*"

Die Abteilung Jugend beim DGB-Bundesvorstand (verantwortlich für die „solidarität"), sah sich natürlich in keinem Punkt veranlaßt, irgendeine Aussage in dem Bericht über die IG Metall-Jugendkonferenz zurückzunehmen. Stattdessen wiederholte sie in ihrer Antwort auf die Leserbriefe die Forderung, daß die Metaller sich bemühen sollten, sich „differenzierter mit der Strategie der DKP/SDAJ gegenüber der Einheitsgewerkschaft auseinanderzusetzen." *Sie hätten es be-*

einanderzusetzen." Sie hätten es be-

grüßt, wenn die IG Metall-Delegierten „*anhand ihrer eigenen Erfahrungen geschildert hätten, daß die in diesem Zusammenhang von der bürgerlichen Presse erhobenen Vorwürfe 'in die Giftküche unseres politischen Gegners' gehören, also Verleumdungen sind*" (alle Zitate aus „solidarität" 10/80). Es ist schon kurios: Während sich die Vorstandstypen auf Spitzenebene einigen, knallt die Auseinandersetzung im Gewerkschaftsapparat wie noch nie.

Die „Frankfurter Rundschau" schreibt, daß das „Positionspapier" ein Beispiel dafür ist, „*welchen Eiertanz höchste Gewerkschaftsfunktionäre aufführen können, wenn es darum geht, Einheit und Einigkeit zu demonstrieren*" („FR", 22.11.80). Dem können wir nichts mehr hinzufügen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Anmerkungen zum Bericht über den GEW-Gewerkschaftstag:

Durchbruch für die Linke?

Im AK 189 ist ein ausführlicher Bericht vom diesjährigen GEW-Gewerkschaftstag veröffentlicht worden. Leider fehlen trotz der ausführlichen Darstellung einige analytische Anmerkungen zu dieser Versammlung, sodaß m.E. der f a l s c h e Eindruck entsteht, dieser Gewerkschaftstag sei ein Durchbruch für die Linke gewesen. Durch viele Formulierungen des Verfassers wird dieser Eindruck auch unterstützt. Hierauf beziehen sich meine kritischen Anmerkungen.

1. Der Gewerkschaftstag hat mehrheitlich einen Beschluß gefaßt, sich innerhalb des DGB für eine Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse (UVB) einzusetzen. Hierzu schreibt der Genosse: „*Sicherlich völlig unerwartet für alle Teile des Gewerkschaftstages drückte die überwiegende Mehrheit der Delegierten ihren Willen aus, Schluß zu machen mit der Politik der UVB.*" Mit dieser Beschreibung wird die Behauptung von der „*erfreulichen Veränderung des Kräfteverhältnisses*" untermauert. Nach meiner Kenntnis der GEW ist jedoch nicht überraschend, daß sich die Mehrheit der Delegierten gegen die UVB aussprachen, sondern daß dieser Antrag überhaupt behandelt wurde. Dazu muß man wissen, daß ähnliche und sogar weiterreichende Anträge vom Hamburger Landesverband auch schon für den Gewerkschaftstag 1977 vorgelegen haben. Behandelt wurden sie jedoch nicht, weil der Hamburger Landesvorstand sie auf den Gewerkschaftstagen zurückzog (natürlich ohne die Hamburger Mitglieder zu fragen, die die Anträge diskutiert und beschlossen hatten). Konkret lief das so ab, daß Frister den Hamburger Vorsitzenden Lemke hinter die Kulissen zog und ihm bedeutete, daß eine Behandlung oder gar Zustimmung dieser Anträge die Mitgliedschaft innerhalb des DGB gefährden würde. In Westberlin hatte er auch praktisch deutlich gemacht, daß er an dieser Frage die Gewerkschaft spalten würde. Lemke und der Hamburger Vorstand haben dann vollständig gekniffen. Diesen Weg der Erpressung hatte Frister gewählt, weil er wußte, daß sich bei einer wirklich f r e i e n Entscheidung eine Mehrheit gegen die UVB finden würde.

Diesmal wurde auf den Versuch verzichtet, diesen Antrag erst gar nicht zur Abstimmung kommen zu lassen. D a ß er behandelt wurde, lag aber nicht daran, daß der Hamburger Vorstand diesmal einer Erpressung widerstanden hätte.

Für Fristers Entscheidung scheint mir entscheidend zu sein, daß die radikale und kommunistische Linke innerhalb der GEW, gegen die sich die UVB richteten, innerhalb der GEW fast bedeutungslos geworden ist. Mit allen Mitteln eingeführt wurden die UVB zu einer Zeit, als die Linke innerhalb der GEW eine wirkliche Macht darstellte. Heute agieren als Linke dagegen wesentlich noch linke Sozialdemokraten und Mitglieder der DKP. **Ich komme von daher gerade zum umgekehrten Ergebnis wie der Genosse: Das Kräfteverhältnis ist für die radikale und kommunistische Linke weitaus schlechter geworden, weshalb der Vorstand es sich leisten konnte, eine Abstimmung überhaupt zuzulassen.**

2. Salopp geht der Genosse über einen für den Gewerkschaftstag charakteristischen Vorgang hinweg. Der Westberliner Landesverband hatte einen Antrag gestellt, die UVB aus der Satzung der GEW zu streichen. Dieser Antrag hätte effektiv etwas geändert und selbstverständlich einen Konflikt mit dem DGB heraufbeschworen. Er bekam 175 Stimmen. Der Hamburger Antrag sieht lediglich vor, daß sich innerhalb des DGB-Vorstandes für die Aufhebung der UVB eingesetzt wird, also eine unverbindliche Formulierung, deren Erfüllung zudem unrealistisch ist. Dieser Antrag bekam 211 Stimmen. Der Westberliner Antrag wurde nicht einmal vom Hamburger Vorstand unterstützt, obwohl ähnliche Anträge auch in Hamburg vorlagen. Der Hamburger Antrag stand von vornherein in Konkurrenz zum Westberliner und war nicht etwa als Ersatz für den Fall geplant, daß dieser keine Mehrheit erhalten würde. **Ich sehe deshalb im Antrag des Hamburger Landesvorstands einen Teil sozialdemokratischer Taktik, die Abstimmung auf eine unverbindliche Formulierung zu beschränken, um konkrete Ergebnisse zu verhindern.**

3. Ein entscheidender Mangel liegt m.E. darin, daß im Artikel durchgängig und undifferenziert von d e r Linken gesprochen wird. Wenn im AK dieser Begriff verwendet wird, steht er in der Regel für Kräfte links von der SPD. Die Opposition auf dem GEW-Gewerkschaftstag wurde jedoch eindeutig dominiert von linkssozialdemokratischen Kräften um den Hamburger Landesvorsitzenden Lemke. Wenn also von einem Durchbruch linker Positionen die Rede ist, so bezieht sich dies allein auf linkssozialdemokratische (wenn man sich die Beschlüsse ansieht, wie im AK beschrieben, so stellt man tatsächlich fest, daß diese tatsächlich jedem Juso-Kongreß zur Ehre gereichen würden).

Hier hat sich tatsächlich eine Änderung im Kräfteverhältnis ergeben. Als 1974/75 die UVB in der GEW eingeführt wurden, verfügte die radikale und kommunistische Linke noch über einen einheitlichen Block von ca. 30% der Delegiertenstimmen. Frister bekam die UVB nur deshalb durch, weil der Großteil der „linken" Sozialdemokraten ihnen zustimmte – um sie gleich danach wieder zu „bekämpfen". Heute gibt es eine einheitlich auftretende „linksradikale" Fraktion nicht mehr. Die Initiative ist weitgehend in die Hände der „linken" Sozialdemokraten gefallen.

Dies muß m.E. bedacht werden, um falsche Schlußfolgerungen aus dem Verlauf des GEW-Gewerkschaftstages („Linksruck") zu vermeiden. Innerhalb der GEW hat es eine Verschiebung der Links-Rechts-Koordinaten gegeben. Am deutlichsten wird dies an der Wahl des ehemaligen Hamburger Vorsitzenden Wunder. 1974/75 sind wesentlich unter seiner Regie in Hamburg die UVB durchgesetzt worden, wurden demokratische Strukturen außer Kraft gesetzt, um der Bundesvorstandslinie zum Durchbruch zu verhelfen. Heute tritt er auf dem Gewerkschaftstag als Kandidat der „linken" Landesverbände (Hamburg, Westberlin, Hessen) auf, ohne seine Politik im Kern geändert zu haben.

Mit diesen kritischen Anmerkungen soll natürlich nicht bestritten werden, daß die Ergebnisse des Gewerkschaftstages viele gute Ansatzpunkte für die Linke innerhalb der GEW bieten. Nur darf dies nicht verwechselt werden mit einer „Linkswendung" der GEW. Denn alle Erfahrungen mit den „linken" Sozialdemokraten haben, gerade auch in der GEW, bisher gezeigt, daß diese immer dann umfallen, wenn eine wirkliche linke Alternative organisiert wird.

he., Hamburg

»Sozialisierung der Schlüsselindustrien«?

Eine Debatte unter Linken

Die krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus und die damit verbundene massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen hat eine alte Forderung der Arbeiterbewegung als Diskussion in der Linken wiederaufleben lassen: die Forderung nach „Sozialisierung der Schlüsselindustrien". Im folgenden drucken wir zwei Diskussionsbeiträge aus dem KB hierzu ab. Vorweg allerdings wollen wir zwei Positionen vorstellen, die in diese Diskussion miteinbezogen werden sollten. Es sind die der hauptsächlich im Ruhrgebiet verbreiteten linken Gewerkschaftszeitung „Revier" und die der „sozialistischen Studiengruppen" (SOST).

Die Krise in der Stahlindustrie, die massive Existenz-Bedrohung zigtausender Stahlarbeiter und insbesondere die Ausblutung der Dortmunder Hoesch-Werke (siehe AK 189 und 187) haben die Genossen der „Revier"-Redaktion veranlaßt, die Möglichkeiten einer umfassenderen Sicherung der Existenz der Stahlarbeiter zu diskutieren. Neben Forderungen wie „Stahlwerk jetzt" (für Hoesch), Herabsetzung des Rentenalters auf 55 Jahre und 35-Stundenwoche, taucht jetzt die nach der „Sozialisierung der Stahlindustrie" auf („Revier" 11/80 und „Aktueller betrieblicher Pressedienst" 7.11.80). Im „Pressedienst" der „Revier" heißt es zu dem Problem:

„*Man kann sich nicht daran vorbeireden: die Stahlindustrie ist über die privatkapitalistische Form hinausgewachsen. Die Milliardensubventionen beweisen es ebenso, wie die immer verheerenderen sozialen Kosten und die drohende Verelendung ganzer Regionen. Immer mehr geraten betriebswirtschaftliche Rationalität des Kapitals und Gemeinwohl in Gegensatz.*

Die Anlagengrößen im Stahlbereich heute übersteigen von vornherein die Finanzmittel, die einzelkapitalistisch noch aufzubringen sind. Ein integriertes Hüttenwerk mit einer Kapazität von 5 Millionen jato kostet heute 12 bis 15 Milliarden DM. Da liegt es nahe, daß die Regierungen einspringen. Zumal, wenn die Banken mittlerweile mit Krediten an den Stahlsektor vorsichtiger geworden sind.

Zugleich aber ist klar, daß die Anlagengrößen, die heute nur noch rentabel sind, extrem unflexibel sind gegenüber wechselnder Nachfrage. Unterauslastung der Kapazitäten läßt die Fixkostenbelastung sprunghaft ansteigen. Wenn sich die Kapazitätsauslastung über einige Jahre hinzieht, wie seit Beginn der Stahlkrise 75 in der EG, dann verschärft sich die Verschuldungssituation der Stahlkonzerne. Dann führt schließlich kein Weg daran vorbei, mit staatlichen Krediten einzusteigen oder — wie im Fall der französischen Stahlindustrie — die Verschuldung der Stahlkonzerne beim Staat in Aktienanteile des Staates umzuwandeln.

In dieser Situation befindet sich ein Teil der bundesdeutschen Stahlunternehmen heute. Und deswegen haben die deutschen Banken auch öffentlich erklärt, sie wollten sich zukünftig mit Krediten an einzelne Stahlkonzerne zurückhalten.

Aber weitergehend: die Stahlkonzerne stellen in ihren Regionen einen solchen gewaltigen Wirtschaftsfaktor dar und haben soviel Beschäftigte, daß der Staat es sich nicht ohne weiteres leisten kann, einen dieser Kapitalgiganten untergehen zu lassen. Er riskiert damit soziale Konflikte größten Umfangs. Es sei denn, die Stahlarbeiter ließen sich ohne Widerstand zu Boden drücken. Also wird der Staat dann eingreifen und einen irgendwie gearteten Kompromiß aushandeln, der den Arbeitsplatzabbau zeitlich verzögert und sozial abfedert. Für die betroffenen Regionen und Kollegen bedeutet das aber nur ein Sterben auf Zeit. Und das muß obendrein mit Milliarden Steuergeldern finanziert werden.

Aus all diesen Gründen stellt sich heute die Forderung nach Sozialisierung der Stahlindustrie als höchst aktuell heraus.

Wenn in Dortmund gegen die betriebswirtschaftliche Logik des Kapitals ein Stahlwerksbau erzwungen werden soll, dann ist das eine politische Frage, die als solche ausgetragen werden muß. Ohne daß die Kollegen von Hoesch ihre Macht in die Waagschale werfen, wird sich da nichts machen lassen. Dann wird Dortmund als Stahlstadt wirklich sterben. Und ebenso werden die Stahlarbeiter im übrigen Ruhrgebiet ein paar Jahre später rasiert werden, wenn sie heute nicht die Dortmunder Kollegen unterstützen und mit ihnen gemeinsam den Kampf aufnehmen."

SOST: Sozialisierung und Investitionslenkung

Ausgehend von einer Krisenanalyse, die stagnierendes Wachstum und Rückgang der Reichtumsproduktion als sich verschärfende Tendenz der Zukunft bestimmt, fordern die SOST „*gesellschaftliche Kontrolle der Investitionen*" und „*die Überführung der Schlüsselindustrien in gesellschaftliches Eigentum*". Sie fordern diesen „*Eingriff in die Produktionsverhältnisse*", um den „*unkontrollierten Prozeß*" in der kapitalistischen Wirtschaft — daß auf Basis des technischen Fortschritts tendenziell immer mehr Arbeitsplätze vernichtet als neue geschaffen werden — in den Griff zu bekommen. Der von den SOST geforderte Eingriff in den Produktionsprozeß, der einen Bruch mit der kapitalistischen Logik bedeutet (nach der dort investiert wird, wo am meisten Profite gemacht werden können, und zwar ohne Rücksicht auf die Arbeitsplätze), soll die „*gesellschaftliche Nachfrage und gesellschaftliche Produktion in Einklang miteinander bringen*" (alle Zitate aus dem Beitrag der SOST für den Reader zur 2. Sozialistischen Konferenz). Unklar bleibt bei den SOST, wie dieser Eingriff in die Produktionsverhältnisse erreicht werden soll, unklar bleibt auch, wer denn derjenige sein soll, der die Lenkung der Investitionen vornimmt, wer zukünftig „Gesellschafter" der Schlüsselindustrien sein soll. Bekannt ist nur, daß bei den SOST dem DGB hierfür eine bedeutende Rolle zuerkannt wird.

Hoesch — Grenzen des gewerkschaftlichen Kampfes

Es gab in der Vergangenheit eine Tendenz in der Linken, mit den hohen Profiten der Unternehmer beliebig hohe und weitreichende wirtschaftliche Forderungen zu begründen. Noch heute entdecke ich beispielsweise beim KABD diese Tendenz, und noch bis vor kurzem versuchte der KBW die Lage der Arbeiterklasse als die der direkten materiellen Verelendung darzustellen.

Um es gleich klar zu machen: Es soll in dieser notwendigen Diskussion nicht darum gehen, zu bestreiten, daß die Ware Arbeitskraft unter Wert verkauft wird und das Kapital den Mehrwert einstreicht. Ebensowenig soll bestritten werden, daß in der BRD in fast allen Betrieben immense Profite da sind, oft verschleiert und nicht auf den ersten Blick sichtbar. Nicht zuletzt muß deshalb hier auch darauf verwiesen werden, welch gesellschaftlicher Reichtum privat angeeignet wurde und als Machtmittel politisch eingesetzt wird, wenn beispielsweise Thyssen vor einigen Jahren in der Lage war, einen ganzen Stahlkonzern, nämlich Rheinstahl, zu schlucken und Mannesmann im selben Zeitraum in der Lage war, den Maschinenbaukonzern Demag mit über 22.000 Beschäftigten zu schlukken.

Diskutiert werden soll die Frage, inwieweit linke Gewerkschaftspolitik, die ja mit dem Mittel der marxistischen Ökonomie die Profitwirtschaft durchschauen kann, in der Praxis kaum noch etwas zuzusetzen hat, wenn Unternehmer und letztlich auch die IGM mit der Logik der Betriebswirtschaft begründen, daß z.B. bei Hoesch die Arbeitsplätze von 4200 Arbeitern und Angestellten als Vorleistung für das jetzt hinfällige Oxygenstahlwerk über den Sozialplan abgebaut werden.

Aktuell war der Kollege Norbert Böhmer, RGO-Betriebsrat im Hoesch Werk Union, auch mir gegenüber nur in der Lage, die Tagesforderung „Stahlwerk jetzt" als richtig anzugeben. Darüberhinaus wußte er auch nicht so recht weiter. Er verwies auf die Grundsatzüberlegung der Rente ab 55 für Stahlarbeiter, die die RGO auch programmatisch vertritt und da-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

rauf, daß bei einem Verlust von 1 Million DM täglich (!) natürlich die Banken den ungeheuren Gewinn über die hohen Zinsen machen. Diese Situation besteht heute bei Hoesch.

Mit KB-Genossen haben wir die Perspektive der 35-Stundenwoche diskutiert und festgestellt, so richtig wie diese Forderung im Allgemeinen ist, die Probleme bleiben in gleicher Weise weiterbestehen. Im Stahlstreik war die Kraft der Kollegen und der fortschrittlichen Mitglieder der großen Tarifkommission eben nicht groß genug, diese Forderung durchzusetzen, und die IG-Metall-Führung hat schon von Anfang an mit der Formulierung „Einstieg in die 35-Stundenwoche" dokumentiert, daß sie eben jene Logik der kapitalistischen Wirtschaft akzeptiert. Sarkastisch gesagt: Fordern die Hoesch-Kollegen Arbeitszeitverkürzung zur Erhaltung ihrer bedrohten Arbeitsplätze, so sagt der Unternehmer – nicht bezahlbar, und die Banken lachen wohl jeden aus, der verlangt, daß sie das finanzieren sollen, vor allem in der Stahlindustrie. **Die politische Frage ist, wie die Machtmittel aufgebaut werden können, daß die Banken und die Unternehmer dennoch gezwungen werden, hier Zugeständnisse zu machen.**

Und die zweite Frage schließt sich an: kann man überhaupt so weitgehend im wirtschaftlichen Tageskampf in die Logik der Wirtschaft einbrechen? Muß man dann nicht Art und Weise der Produktion vom Interesse der Arbeiter aus selbst planen und nach Vernunftsgesichtspunkten steuern?

Eine dritte Frage schließt sich an, betrachtet man das politische Kräfteverhältnis in der BRD: **Unterstellt, eine sozialistische Perspektive ist aktuell nicht denkbar, würde eben genannter Gedankengang bedeuten, daß ein Vorfeld in der Wirtschaft erreicht werden könnte, eine Art erweiterter Mitbestimmung oder Arbeiterselbstbestimmung. Ein Einbruch in die Logik kapitalistischer Betriebswirtschaft also, der politisch irgendwie abgesichert werden müßte.**

Zurück zu Hoesch. Am weitesten hat sich die linksgewerkschaftlich orientierte Zeitung „Revier" aus Duisburg in diese Frage eingelassen. Ihre politische Forderung aus dem Dortmunder Dilemma war die Forde-

Ihre politische Forderung aus dem Dortmunder Dilemma war die Forde-

rung nach „Sozialisierung der Schlüsselindustrien". Zwar betont „Revier" auch die Notwendigkeit der politischen Kraft der Arbeiterbewegung. Insgesamt riecht mir das aber zu sehr nach Verstaatlichung. Damit wären wir bei der Verstaatlichung der Verluste vor dem Hintergrund der verbleibenden Wirtschaft, die weiter kräftig Profite macht. Überhaupt bedeutet ein höherer Staatsanteil, **ohne politische Umgestaltung der Wirtschaft**, daß noch mehr der von den Arbeitern und Angestellten anteilmäßig erbrachten Steuern dem Kapital zufließen. Das lehne ich ab, wie ich auch bei der sozialdemkratischen Subventionspolitik erhebliche Bauchschmerzen habe.

Weiter ist zu bedenken, daß bei der Auseinandersetzung um die Montanmitbestimmung die IGM ja bereit war, erneut ein „Opfer" an Arbeitsplätzen mitzutragen, wenn die Posten in den Aufsichtsräten erhalten bleiben. Wenn die „Revier" also Sozialisation der Schlüsselindustrien fordert, ohne die Pferdefüße bei der derzeitigen politischen Lage offen und an erster Stelle zu problematisieren, können sie, so fürchte ich, schnell in der Nähe sozialdemokratischer Subventionspolitik landen. Die Krise würde verschleppt und bei verstärkten Schwierigkeiten um so drastischer auf die Kollegen abgewälzt werden.

Politisch herausgestellt werden muß meines Erachtens, daß es darum geht, als ersten Schritt die Kampfkraft der Gewerkschaften zu stärken. Dies wird nur in Tageskämpfen geschehen können, trotz der Niederlage im Stahlstreik '78/'79. Erst vor dem Hintergrund der heutigen Ereignisse wird klar, welche Dimension es hatte, daß statt des Streikziels „Einstieg in die 35 Stundenwoche" ein Kompromiß abgeschlossen wurde, der zwar auf den allerersten Blick noch attraktiv (Freischichten) war, aber eben nicht das Streikziel beinhaltete.

Es ist aus dieser Sicht auch nicht falsch, die Dortmunder Tagesforderung „Stahlwerk jetzt" konsequent zu unterstützen, auch wenn ihre wirtschaftliche Perspektive brüchig ist. Wichtig ist, daß in dieser Auseinandersetzung von den Kollegen erfahren wird, daß ihr Wollen, ihre Existenz als Arbeiter und Angestellte politisch ein Faktor ist, kurz, daß ihr Kampf Wirkung hat. Es müssen die Gefahren des verstärkten Eingriffs des Staates offen diskutiert werden, auch mit den Kollegen. Nur so bleibt die Chance gewahrt, hier Voraussetzungen eines politischen Einbruchs zu schaffen.

Träger dieser gewerkschaftlichen Auseinandersetzung müssen die Linken sein, und zwar weniger in sektiererischen Verratspolemiken, sondern vielmehr in einer harten Auseinandersetzung um die Mehrheit der aktiven Kollegen, denn ein Versacken der Gewerkschaft, ein absolutes Zurückbleiben hinter die Dynamik der Krise ist nicht im Interesse der Mehrheit, weil dann auch jetzt gesichert erscheinende soziale Errungenschaften angegriffen werden.

Es kommt also darauf an, die Entwicklung, die Notwendigkeit der Herausbildung kämpferischer Gewerkschaftsstrukturen herauszustellen und, daß das Fehlen dieser Strukturen weitere schwere Niederlagen zur Folge haben wird.

Karl-Ludwig, Hagen

Karl-Ludwig, Hagen



Linke Scheinalternativen

K.L. ist zuzustimmen, wenn er am Beispiel Hoesch und der Krise in der Stahlindustrie die Grenzen der Gewerkschaftspolitik in der BRD aufzeigt. Die Perspektivlosigkeit der Orientierung der BRD-Gewerkschaften gewinnt gerade in der Krise eine drastische Dimension und erscheint aussichtslos: Der betriebswirtschaftlichen Logik folgend hat die IG-Metall der Entlassung von 4.200 Stahlarbeitern zugestimmt und das Versprechen eines neuen Stahlwerkes eingehandelt. Dies wurde ohne größeren Widerstand unter den betrieblichen Funktionären der IGM durchgesetzt. Der deutsch-niederländische Konzern Estel hat diese Logik nun weiterentwickelt und weist nach, daß aus betriebswirtschaftlichen Gründen ein weiterer Ausbau der Stahlbasis in Dortmund nicht sinnvoll ist. Was sollen die Gewerkschaften tun?

Folgen sie weiterhin den überzeugenden betriebswirtschafltichen Argumenten, und damit der kapitalistischen Logik, würden sie Massenentlassungen und sogar den Ruin einer ganzen Stadt in Kauf nehmen. An diesem Punkt sind sie allerdings mit ihrem Latein am Ende. Zustimmung zu weiteren Maßnahmen der Konzernleitung ist nicht mehr möglich, der Weg begrenzter Mobilisierung und vor allem der Orientierung auf das Land, den Staat und die Parteien wird beschritten. K.L. zeigt meiner Meinung nach richtig auf, daß im Kapitalismus bei einer solchen Orientierung die Folgen für die Arbeiter nur verzögert werden bzw. die Verteilung der Lasten über den Staat einseitig gegen die Arbeiterklasse erfolgt.

Wiederbelebung der „Wirtschaftsdemokratie"

Die Frage nach der Alternative liegt also näher als in Zeiten ungebremsten Aufschwungs, und sie wird stärker die gewerkschaftspolitische Diskussion der Zukunft bestimmen. K.L. hat nun die Behauptung aufgestellt, daß die Probleme der Krise nicht im wirtschaftlichen Tageskampf zu lösen sind, sondern eine Steuerung der Produktion nach *„Vernunftsgesichtspunkten"* verlangen würden. Daß dies normalerweise im Kapitalismus nicht möglich ist, darin dürfte Übereinstimmung bestehen. Eine solche, nach der „Vernunft" bestimmten, Art der Produktion widerspricht der kapitalistischen Profitlogik. Also müßte ein Eingriff in den Produktionsprozeß erfolgen, der gegen den Widerstand der Kapitalisten durchgesetzt werden muß. Auf diesen Dreh sind die SOST auch gekommen und vor ihnen bereits die linken Jusos. Sie fordern die Schaffung einer Instanz, die die Anarchie der Produktion im Kapitalismus, die zu Lasten der Lohnabhängigen und der Nicht-Beschäftigten geht, in den Griff bekommen soll.


REVIER

Nr. 37 ZEITUNG FÜR DAS RUHRGEBIET 7.11.1980

"Wir brauchen in dieser Stunde alles andere als wilde Demonstrationen, sondern Härte und Entschlossenheit." Das sagte der sozialdemokratische Oberbürgermeister von Dortmund Samtlebe. Es ist schon ein besonderes Stück Unverfrorenheit von Samtlebe. Denn seit fast 2 Jahren haben er und die Dortmunder SPD Gelegenheit gehabt, mit dem Parteigenossen Rohwedder "hart und entschlossen" zu verhandeln. Mit Tricks haben sie sich über die Zeit der Bundestagswahl gerettet, weil der Genosse Unternehmer Rohwedder die Stunde der Wahrheit auf die Zeit nach der Wahl vertagte. Heute steht die Dortmunder SPD vor den Trümmern ihrer Politik. Und wenn dann Empörung unter den Kollegen aufkommt, daß sie auf die Art und Weise verarscht worden sind, wenn sie sich selbst zu Wort melden und ihren Protest öffentlich artikulieren, dann nennt Samtlebe das "wilde Demonstrationen". Die "Härte und Entschlossenheit" Samtlebes ist nichts anderes als Leisetreterei und Verzichtspolitik, durch die die Stahlbasis Dortmund preisgegeben wird, bevor auch nur versucht worden wäre, die Machtmittel gewerkschaftlichen Kampfes einzusetzen.

DORTMUND WIRD STERBEN...

Neu ist diese Vorstellung keineswegs. Der Sozialdemokrat Fritz Naphtali hat einen solchen *„Zwischenschritt"* auf dem Weg zum Sozialismus Ende der 20er Jahre als gewerkschaftliches Konzept der *„Wirtschaftsdemokratie"* entwickelt. Er hat die Politik der Führung des ADGB in der Krise am Ende der Weimarer Republik wesentlich bestimmt. Schon damals war das Kennzeichen dieser Politik, daß sie real nichts bewirken konnte, daß sie vielmehr dazu diente, revolutionäre Strömungen in der Arbeiterbewegung zurückzudrängen. Schon vor 1933 kennzeichnete diese Strömung, daß sie das Arrangement und nicht den Kampf mit dem Kapital propagierte.

Es ist z.B. auffällig, daß auch die SOST keinerlei Aussagen machen, wie ihre Forderungen nach Sozialisierung und Investitionslenkung durchgesetzt werden sollen. Daß auch die SOST dabei ein reformistisches Konzept der Orientierung auf die Sozialdemokratie verfolgen, läßt sich an ihren zu-

Orientierung auf die Sozialdemokratie verfolgen, läßt sich an ihren zu-

rechtgestutzten Einschätzungen der DGB-Politik („Neuorientierung im DGB", Abkehr von der SPD u.ä., siehe Artikel zur SOST im AK 189) erahnen.

Zurück zu K.L.: Auch er sieht als Lösungsmöglichkeit aus der Krise *„ein Vorfeld in der Wirtschaft, eine Art erweiterter Mitbestimmung oder Arbeiterselbstbestimmung"*. Bei Naphtali liest sich dies folgendermaßen: Zur *„Unterordnung der monopolistischen Unternehmensorganisationen unter das Gemeinschaftsinteresse"* müsse *„das kapitalistische Profitprinzip wenigstens partiell ausschalten bzw. zurückdrängen"* sein. Diese *„Demokratisierung der Wirtschaftsführung"* erfordere *„die Schaffung wirtschaftlicher Selbstverwaltungskörper ... als Übergangsformen mit politischer und sozialer Signalfunktion"* (Naphtali, Wirtschaftsdemokratie).

K.L. möge mir verzeihen, aber die Nähe seiner Überlegungen zu denen Naphtalis ist auffällig. Gleiches gilt für das Konzept der SOST, das diese im Gegensatz zu linken Vorstellungen vom Weg zum Sozialismus als „realistisch" bezeichnen.

Was aber ist daran realistisch? Wieso soll es realistischer sein, einen Eingriff in die Produktionsverhältnisse vorzunehmen, der den Interessen des Kapitals schadet, als gleich zu fordern: Übernahme der Betriebe, Rätedemokratie? Realistisch wäre bei den derzeitigen Verhältnissen beides nicht.

Naphtali hat als „Ausweg" propagiert, die Monopole zur Unterordnung unter ein angebliches „Gemeinschaftsinteresse" zu zwingen. Seine Orientierung war klar: Der Staat (möglichst in Händen der SPD) sollte als neutraler Sachwalter diese Funktion übernehmen. Auch in der Linken der BRD läuft ja bereits seit einiger Zeit eine Diskussion, ihr Verhältnis zum Staat neu zu bestimmen, dem Staat zumindest teilweise eine solche Funktion zuzuerkennen.

Sicher hat K.L. recht, wenn er davon ausgeht, daß „eine sozialistische Perspektive aktuell nicht denkbar" ist. Genausowenig allerdings die von ihm erwogene Alternative. Er selber schreibt, daß derzeit die Kraft nicht ausreicht, die Tagesforderung 35-Stundenwoche durchzusetzen. Wieso soll dann aber die Kraft da sein, seine Idee der Arbeiterselbstbestimmung durchzusetzen, was ja qualitativ durchaus einen Schritt weiter und bedrohlicher für das Kapital wäre?

Ich würde umgekehrt die These aufstellen: Wäre die Kraft da, so etwas durchzusetzen, dann wäre auch eine Situation gegeben, in der man nicht „Zwischenschritte" oder „Vorfelder" anbieten müßte, sondern wo aktuell der Sozialismus propagiert werden könnte.

In einer solchen Situation haben Konzepte der „Wirtschaftsdemokratie" u.ä. keine fortschrittliche Funktion, sondern sind gedacht als Alternative zur revolutionären Gesellschaftsveränderung. So, und nicht anders haben Naphtali und die Führer

native zur revolutionären Gesellschaftsveränderung. So, und nicht anders haben Naphtali und die Führer

des ADGB ihre Politik am Ende der Weimarer Republik konzipiert: Als Rettung des Kapitalismus. So, und nicht anders existieren auch heute in Teilen der SPD solche Vorstellungen und es kommt doch nicht von ungefähr, daß diese als Modelle zur Krisenbewältigung angeboten werden, wenngleich es sicher auch Strömungen gibt, die auf diesem Weg zu einer schrittweisen Veränderung der Gesellschaft zum Sozialismus gelangen wollen. Mit ihnen muß man diskutieren, nur sehe ich nicht ein, daß eine solche, gänzlich unrealistische Perspektive unwidersprochen als „realistisch" ausgegeben werden kann, zumal offensichtlich unterschätzt wird, daß die SPD durchaus noch Möglichkeiten der Integration solcher Strömungen hat.

Sozialisierung der Stahlindustrie

K.L.'s Dilemma wird meiner Meinung nach deutlich bei den Bauchschmerzen, die ihm die Parole der „Revier" nach „Sozialisierung der Stahlindustrie" bereitet. Während er in seinen Überlegungen über politi sche Alternativen zu reformistischen Überlegungen kommt, ist seine Ablehnung der „Revier"-Parole eher „linksradikal" zu nennen, wenn er ihr vorwirft, daß sie „ohne politische Umgestaltung der Wirtschaft" zu kurz greife und letztlich auch nur zu Lasten der Arbeiter gehe. Richtig, aber kennzeichnet das nicht jede gewerkschaftliche Forderung, die nicht gleichzeitig auch systemverändernd ist, auch nicht sein kann? Muß man nicht z.B. bei der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung auch davon ausgehen, daß sich das Kapital über größere Arbeitshetze, intensivere Ausbeutung der Arbeitskraft erneut einen Vorteil verschafft? Ein Schritt weiter in der Überlegung wäre daher, wie diese Forderung durch zusätzliche Schutzforderungen abzusichern ist, nicht aber, darauf zu verzichten.

Ich halte die „Revier"-Forderung für wesentlich realistischer als Konzepte à la SOST, weil die „Revier" diese Forderung dort aufwirft, wo große Teile derjenigen, die ja letztlich eine Veränderung der Produktionsverhältnisse erzwingen sollen, die Stahlarbeiter, unmittelbar weitreichende Erfahrungen mit der kapitalistischen Produktion machen. In einer solchen Situation kann eine solche Forderung durchaus politischen Druck erzeugen, so unzureichend sie in der Konsequenz auch sein mag. Hier kann, im Gegensatz etwa zu den SOST-Strategien, die Alternative zur kapitalistischen Produktionsweise entlang von Erfahrungen diskutiert werden.

Zweifel möchte ich allerdings anmelden, ob derzeit davon ausgegangen werden kann, daß es eine Basis in der Arbeiterbewegung für Sozialisierungsforderungen gibt, einmal abgesehen von den Einschränkungen, die ich für die Stahlindustrie gemacht habe. Historisch hat die Frage der Sozialisierung (übrigens von den Arbeitern als Enteignung verstanden!) jeweils nach den beiden Weltkriegen eine Rolle gespielt und eine Basis in der Arbeiterbewegung gehabt — also in Schwächesituatonen des Kapitals. Nach 1918 waren es die Sozialdemokraten, die sich an die Spitze einer Sozialisierung „von oben" setzten und letztlich für das Kapital die Kastanien aus dem Feuer holten. Nach 1945 schafften SPD und DGB es, die Forderung nach Sozialisierung in die Forderung nach „Entflechtung" der Konzerne umzubiegen. Die Eigentumsverhältnisse blieben unangetastet. Damit war der Weg für eine erneute monopolkapitalistische Entwicklung offengehalten. Eine annähernd vergleichbare Situation eines günstigen Kräfteverhältnisses für die Arbeiterbewegung ist derzeit nicht absehbar.

Was ist die Alternative der Linken?

K.L. stellt die Frage nach der Alternative für die Linke. Ich meine, wir sollten erkennen, daß die Linke beim derzeitigen Stand der Kämpfe der Arbeiterbewegung keine andere realistische Perspektive hat als:
— die oppositionellen und fortschrittlichen Ansätze in Betrieben und Gewerkschaften zu unterstützen;
— zunehmend aufbrechende soziale Konflikte zu unterstützen, sie zu radikalisieren und die politische Diskussion hineinzutragen;
— auf Durchsetzung von Forderungen und die Bereitschaft zum Kampf zu ihrer Durchsetzung zu orientieren.

Eine Alternative, die vorgibt, es sei jetzt an der Zeit, die umfassende sozialistische Alternative per Programm zur Geltung zu bringen, macht m.E. den gleichen Fehler, den Ende der 60-

zialistische Alternative per Programm zur Geltung zu bringen, macht m.E. den gleichen Fehler, den Ende der 60-

er, Anfang der 70er Jahre Teile der sich auf den Marxismus-Leninismus berufenden Linken gemacht haben.

Die Krise von 1966/67 und die darauffolgenden Septemberstreiks 1969 haben bei ihnen eine Tendenz begünstigt, die wir mit „Jubelökonomismus" bezeichnet haben. Dieser Teil der Linken ging davon aus, daß — in gegenseitiger Abhängigkeit voneinander — sich die Krisen des Kapitalismus verschärfen, die Verelendung der Arbeiterklasse rapide voranschreiten und gleichzeitig die Bereitschaft zum revolutionären Kampf in der Arbeiterklasse wachsen wird. Eine Reihe von „ML"-Zirkeln, aber auch diejenigen Kräfte, die sich heute um die Prokla oder ähnlichen Zeitungen herumgruppieren, standen für eine solche Einschätzung. Zum einen wurde die Entwicklung gesellschaftlicher Widersprüche allein aus der Ökonomie abgeleitet (die zudem noch falsch analysiert wurde) und zum anderen wurden die Möglichkeiten des Kapitalismus, solche Krisen sowohl ökonomisch als auch politisch zu bewältigen, immer unterschätzt. Auf solchen Fehleinschätzungen basierende illusionäre und kurzfristige Revolutionseinschätzungen sind gescheitert und werden heute von ihren damaligen Anhängern selbstgefällig als „Krise des Marxismus" angeboten.

Die gleiche Tendenz mit allerdings umgekehrten politischen Vorzeichen scheint heute bei der Diskussion der Perspektive der Sozialisten in der Bundesrepublik zu dominieren. Nachdem die „revolutionären Geister" gescheitert sind, scheinen jetzt die „realistischen", die reformistischen Geister ihre Stunde für gekommen anzusehen (zu ihnen gesellen sich mittlerweile „geläuterte Superlinke"). Auch sie gehen von einer „vulgärökonomischen" Sichtweise aus, die durch die Wirtschaftskrise begünstigt wird. Die SOST erklären in ihrer Krisenanalyse den Kapitalismus an seine Grenzen angelangt und kommen dabei durchaus in die Nähe von Zusammenbruchtheorien. Darauf aufbauend erklären sie die Notwendigkeit und Möglichkeit ihrer „alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik".

K.L.'s Beitrag erscheint mir, bei aller geäußerten Kritik daran, für geeignet, diese Diskussion um linke Alternativen zu führen, zumal er, durchaus im Gegensatz zu den SOST, die Entwicklung einer kämpferischen Gewerkschaftspolitik betont.

Ein Genosse der Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Philippinen:

Eine Diktatur am Ende?

Der Stuhl des Ferdinand Marcos wakkelt nach achtjähriger Militärdiktatur erheblich. Sich stark entwickelnde Massenproteste, wachsender Einfluß der revolutionären „Neuen Volksarmee" (siehe Kasten), ungebrochener Widerstand des moslemischen Bangsa-Moro Volkes und jetzt auch massive Proteste aus der bürgerlichen Elite heraus haben eine starke Instabilität selbst in den städtischen Zentren herbeigeführt. Als symptomatisch für die Lage mag die Ausladung des Marcos-Busenfreundes Pinochet im Sommer 1980 gelten – Marcos konnte für dessen (und seine) Sicherheit nicht garantieren (so die offizielle Version).

Die militärische Konfrontation zwischen Marcos-Truppen und den verschiedenen Widerstandsarmeen findet heute in alles Landesteilen statt. In den Städten entwickelten sich 1980 erstmals seit Jahren antifaschistische Proteste von Zehntausenden; seit einigen Monaten wird Manila (Hauptstadt) von Bombenanschlägen und Attentaten 'heimgesucht'.

Entsprechend der Lage wird im US-State-Department recht fieberhaft ein Weg zur Befriedung gesucht. Ein Weg, der sowohl Marcos entgegenkommt (der nicht abtreten will) wie der bürgerlichen Opposition (die ihn nicht haben will). Die US-Imperialisten sehen offenbar als größte Gefahr die Möglichkeit einer Allianz zwischen bürgerlicher Opposition, kommunistischer „Neuen Volksarmee" und der moslemischen MNLF. **Anders als aber beispielsweise in Nicaragua (Auslandsphilippinen vergleichen die Situation auf den Philippinen stark mit der in Nicaragua vor Somozas Sturz) stehen die USA mit eigenen Truppen auf den Philippinen und haben so jederzeit weitreichende Interventionsmöglichkeiten.** Eine rasante Zuspitzung der Lage auf den Philippinen steht bevor. Wir wollen aus diesem Anlaß einen kurzen Überblick über die Situation dort geben.

Massenelend im ganzen Land

Die Lebensbedingungen der philippinischen Völker sind schon seit Beginn der Kolonialisation schlimm gewesen – unter Marcos vervielfachte sich das Elend.

„Die Philippinen sind eines der am ärmsten ernährten Länder Asiens. Ein kürzlich erschienener Bericht der 'Asiatischen Entwicklungsbank' sagt aus, daß das Pro-Kopf-Einkommen der Philippinen das geringste aller asiatischen Völker ... ist. Für das Land insgesamt beträgt der tägliche Kalorienerhalt nur 87,1 % des 1978 festgelegten Minimalsatzes" („Philippine Liberation Courier", Juli 1980).

Offizielle Statistiken sagen aus, daß erst ab einer monatlichen Einkommensgrenze bei 100 Dollar pro Kopf eine minimal ausreichende Ernährung möglich sei – das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen beträgt jedoch nur 50 Dollar pro Monat!

Dies sind offizielle Angaben, die Milliarden des Marcos-Clans sind in diesem Pro-Kopf-Einkommen eingerechnet ...

Die Einkommenslage der Bevölkerung hat sich tatsächlich unter Marcos stetig verschlechtert:

– die Industrielöhne sanken um 40% seit 1972
– die Einkommen der Bauern sanken um sogar 53 % in nur einem Jahr (von 1978 auf 1979).

Demgegenüber stiegen die Verbraucherpreise alleine 1980 um mindestens 40 %!
Indikator für die Situation des Volkes sind auch die Aussagen über ernährungstypische Krankheiten.

Bei Untersuchungen von 3,3 Millionen Schülern wurde festgestellt, daß 45 % an Unterernährung 1. Grades, 25 % an Unterernährung 2. Grades und 9 % an Unterernährung 3. Grades (die meist tödlich ist) leiden. Die Situation führt zu einer gigantischen Kindersterblichkeit. **17 % aller Sterbefälle betreffen Kinder bis zu 4 Jahren.** Vitaminmängel führen zu epidemischen Krankheiten mit Folgen wie Blindheit, Kropfbildung u.a....
In einzelnen Regionen sind bis zu 60 % aller Kinder von solchen Mangelkrankheiten betroffen.

Die Vertreibungspolitik der Diktatur zugunsten aller möglichen Industrialisierungsprojekte führt zur Entwicklung von riesigen Slums in den urbanen Regionen.

Die Kehrseite ist die völlig ungehemmte Ausbeutung des Landes durch ausländische Investoren – und durch den Marcos-Clan. Die westdeutschen Kapitalisten loben an den Philippinen beispielsweise *„zahlreiche steuerliche Erleichterungen ... Hierzu zählen Verlustvortrag, Steuerstundung, Wettbewerbsschutz. Investitionen in den sogenannten Pionierbereichen sind von sämtlichen Steuern frei ..."*. Aber, *„für den Investor sind die Philippinen noch am interessantesten"* wegen der *„Lohnkosten und des reichlich vorhandenen Arbeitskräftepotentials"*. *„Hier können Sie von heute auf morgen jederzeit 1000 Arbeitskräfte bekommen"* lobt die Kapitalistenzeitschrift „Niedersächsische Wirtschaft" „NW", 15-16, 1980, alle anderen Zitate und Daten aus „Philippine Liberation Courier", Juli 1980).



Die Investitionen werden in der Regel mit Hilfe der Marcos-Armee gegen die ansässige Bevölkerung durchgesetzt. Der jüngst bekanntgewordene Bau mehrerer Staudämme durch die westdeutsche Firma „Lahmeyer International" kann beispielsweise nur über die Vertreibung von 100.000 Menschen des Igorot-Volkes durchgeführt werden. Entsprechend rollten mit Baumaschinen gleich die Marcos-Truppen an, erschossen Häuptling Macliieng und erklärten
Marcos-Truppen an, erschossen Häuptling Macliieng und erklärten
das Baugebiet zum Niemandsland. *„Das heißt, nach 3 Uhr (nachmittags, Red.) schon wird das Gebiet als Sperrgebiet betrachtet und alles, was sich dort bewegt, wird niedergeschossen"* („Pogrom", September 1980). Ähnlich geht die Marcos-Diktatur bei anderen Projekten vor (ein ähnliches Staudammprojekt 1960, die Durchsetzung des Baues eines Atomkraftwerkes in einer extrem von Erdbeben betroffenen Gegend).

Zusätzlich zur ausländischen Ausbeutung plündert der Marcos-Clan das Land aus. 1976 berichtete ein führender Aktivist der „Neuen Volksarmee" in einem Interview von umfangreichen 'Reformmaßnahmen' (das ging dann als Landreform durch die Presse), die dem Marcos-Clan riesige Ländereien zuschanzten („New Asia News", 14.5.76). Marcos ließ einen Großteil der Landwirtschaft auf Zuckeranpflanzung umstellen, weil er vorher (über ein anderes Programm) zahlreiche Zuckermühlen (die ihm gehörten) aufbauen ließ. Als er den Zucker nicht loswerden konnte, kauften die USA *„die Hälfte der gesamten Zuckerernte auf"* („New Asia News", 14.5.76). Die ganze Aktion brachte zahllose Bauern in den Ruin. Die Bereicherung des Marcos-Clans steht sicher in einer mit Somoza oder dem Schah vergleichbaren Größenordnung.

Die Marcos-Diktatur führte in kürzester Zeit zur brutalsten Unterdrükkung des politischen, später auch jedes anderen Widerstandes. Mit Hilfe der USA wurde die Armee von 50.000 Mann auf heute minimal 250.000 ausgebaut („New Asia News", 16.7.76). Militärisch wurde diese Armee massiv von den USA ausgerüstet, nach dem Vietnam-Debakel erhielt Marcos größere Bestände der US-Militärhinterlassenschaft (vor allem Flugzeuge und Schiffe). **Bereits 1976 wurden 90 % dieser Armee im Kampf gegen den Widerstand eingesetzt** („New Asia News", 16.7.76). Die militärischen Unterdrückungsaktionen der Armee führten auf den südlichen Philippinen zum Massenmord. Bis heute sind nach Angaben kirchlicher Kreise 60.000 Menschen (nach anderen Angaben 90.000 Menschen) infolge des Marcos-Krieges getötet worden („The Strait Times", 4.9.80).

Die Stadt Jolo wurde nach Angaben der „Le Monde" 1974 durch Luftangriffe „ausradiert", 10.000 Menschen starben dabei („Ampo", 2/76). Zahlreiche Massaker und Morde der Militärs sind dieses Jahr durch die Presse gegangen. So die Ermordung einer Hochzeitsgesellschaft auf den Südphilippinen und die Ermordung des Igorot-Häuptlings Maclieng („Philippine Liberation Courier", Juli 80).

„In den Philippinen gibt es heute mehr als 80 Konzentrationslager, in denen Zehntausende gefangen gehalten werden" („New Asia News", 15.5.76). Streiks und Demonstrationen werden immer mit Massenverhaftungen beantwortet. Erst dieses Jahr wurden 37 prominente bürgerliche Opponenten wegen Unter-
Jahr wurden 37 prominente bürgerliche Opponenten wegen Unter-
stützung von Demonstrationen verhaftet („Herald Tribune", 21.10.80). Kirchenkreise schätzen die Zahl der politischen Gefangenen auf mindestens 20.000 („SZ", 25.4.76).

Dennoch gelang es Marcos nicht, die Philippinen für die Imperialisten zu befrieden. Bereits 1976 berichtete der philippinische Generalstabschef Ramos, daß die *„New Peoples Army, statt schwächer zu werden, ihren Einfluß schnell über das ganze Land ausdehnte"* („Newsweek", 6.12.76). Das gleiche erklärte Verteidigungsminister Enrile im Jahre 1980 erneut („Herald Tribune", 25.10.80). Die Marcos-Diktatur versuchte, mit der MNLF des Bangsa-Moro-Volkes einen Separatfrieden herzustellen – in den bisher vergangenen vier Jahren scheiterte jeder Versuch dieser Art. Das jüngste offizielle Dokument der Bangsa-Moro läßt keinen Zweifel an ihrer Haltung gegenüber der Diktatur. Als nächstes versuchte Marcos, sein Regime mit Wahlen zu stabilisieren. Die Wahlen brachten ihm 98 % aller Stimmen – die damit verbundene Wahlmanipulation (z.T. wurden 150% der möglichen Stimmen gezählt ...) brachte den Bruch mit der bürgerlichen Opposition („TAZ", 18.2.80).

Neben der Unmöglichkeit, einen Frieden mit dem Bangsa-Moro-Volk herzustellen, der Unmöglichkeit, den wachsenden Einfluß der „Neuen Volksarmee" zu stoppen, entwickelte sich 1980 massiver Protest in den städtischen Zentren. Erstmals seit Jahren demonstrierten an diesem 1. Mai zigtausende gegen die Diktatur. In Manila 30.000, in Cebu 30.000 – in den anderen Städten kleinere Demonstrationen („Philippine Liberation Courier", No. 7/80).

Im August kam es in Manila zu größeren Studenten- und Arbeiterdemonstrationen und zu größeren Auseinandersetzungen, das gleiche im September in Manila und Cebu („Philippine Liberation Courier", September/Oktober 1980).

Bombenanschläge, Attentate u.ä. verunsichern die Lage zusätzlich für das System. Auf der Woge der progressiven städtischen Proteste formierte sich eine neue Oppositionsfront, hauptsächlich aus bürgerlichen Politikern, größtenteils ehemaligen Parlamentsabgeordneten.

Im August begannen 2 Parteien (Nationalisten und Liberale) ein Bündnis mit dem Ziel, das Kriegsrecht zu Fall zu bringen („International Herald Tribune", 30.8.80). Wenige Tage später schlossen sich sechs weitere Parteien an („The Straits Times", 30.8.80).

Die so entstandene bürgerliche Opposition oder „Elite-Opposition" (wie sie von der philippinischen Linken genannt wird) steht zumindest teilweise in krassem Widerspruch zu den Organisationen des Massenwiderstandes. Wesentlich eine Gruppe um den populären Politiker Aquino favorisiert eine geordnete Ablösung der Marcos-Diktatur durch eine bürgerlich-demokratische (pro-amerikanische) Regierung (mit ihm an der Spitze). *„Was wir wollen, ist ein vorsichtiger Übergang vom Kriegsrecht*
Spitze). „Was wir wollen, ist ein vorsichtiger Übergang vom Kriegsrecht
zur Demokratie" („Aquino", lt. „New York Times", 21.7.80). Die Gruppierung um Aquino fordert entsprechend vorerst eine Abschaffung des Kriegsrechts und eine Beteiligung an der Regierung unter Marcos .... („Philippine Liberation Courier", August 80).

Gleichwohl gibt es andere bürgerliche Gruppen, die ein Zusammengehen mit der städtischen, progressiven „Nationaldemokratischen Front", der MNLF und der „Neuen Volksarmee" befürworten. *„Für die USA wäre das Ausbrechen eines offenen Krieges zwischen Marcos und seinen Elite-Opponenten ein Desaster. Es würde das Geschäft zerstören und auf längere Sicht den Weg öffnen für eine oppositionelle Allianz mit den einzigen organisierten ... militärischen Kräften, der MNLF und der „Neuen Volksarmee". Auch wenn Aquino diese Möglichkeit zurückgewiesen hat – andere Elemente der Elite-Opposition haben dies nicht"* („Philippine Liberation Courier", August 1980).

Marcos widerum ist zu keinerlei Zugeständnissen bereit. Er will *„1984 Parlamentswahlen abhalten"* („The Japan Times", 2.9.80), ansonsten einige Politiker *„in die zweite Reihe berufen"*, diese will er dann *„beobachten, solange ich am Leben bin und bis ich wirklich überzeugt bin, daß sie ihre Sache gut machen"* (Marcos lt. „The Straits Times", 2.9.80).

Marcos Weigerung, auch nur ein Zipfelchen Macht abzugeben, m u ß ganz zwangsläufig zu einer scharfen Polarisierung innerhalb der bürgerlichen Elite führen und könnte Teile dieser Elite zur Zusammenarbeit mit den radikalen und fortschrittlichen Gruppen drängen.

Auch ohne eine solche Allianz ist aber heute schon sicher, daß es einen *„vorsichtigen Übergang zur Demokratie"* aufgrund der Stärke der „Neuen Volksarmee" und der Entschlossenheit der Bangsa-Moro nicht geben kann.

Asien/Australien-Kommission

Die Neue Volksarmee

"– Wir sind einen langen Weg gegangen von der Zeit, zu der wir mit wenigen Leuten und Waffen in verschiedenen Städten von Tarlac und Pampanga 1969 begannen. Wir passierten das Stadium der Errichtung unserer ersten Fronten und Guerillakräfte und der Ausdehnung des bewaffneten Kampfes zu den strategischen Teilen des Archipels (gemeint ist hier wohl vor allem Mindanao, Red.). Wir haben die Grundlagen für eine stetige und schnellere Ausdehnung des Volkskrieges über das ganze Land, in fast allen Regionen außerhalb Manila–Rizla (Hauptstadt, Red.) geschaffen.
– Wir haben heute 26 Guerilla–Fronten in 11 Regionen außerhalb Manila–Rizla. Unter diesen sind 13 relativ groß, bestehend aus 12 bis 33 Städten, 6 sind mittelgroß mit bis zu 11 Städten. Von den übrigen beinhalten 6 Fronten 5 – 7 Städte....
– Unsere Guerilla–Fronten sind gut positioniert in den strategischen Teilen des Archipels. Da sind vier in Nord–Luzon, sieben in Zentral–Luzon, zwei in Süd–Luzon, sieben in den Visayas und sechs in Mindanao. Zusammen umfassen sie...300 Städte in 40 Provinzen.
– Unsere Guerilla–Fronten bestehen nicht nur in den gebirgigen und bergigen Gebieten, auch in den Ebenen und Küstengebieten, sie dehnen sich aus zu den Städten. Dies bedeutet einen großen Fortschritt zu den Zeiten, als die meisten unserer Fronten auf gebirgige Gebiete begrenzt waren...
– Die meisten unserer Guerilla–Fronten konsolidieren sich durch das Aufkommen und die Entwicklung von Massenorganisationen sowie der Entwicklung und Stärkung der Parteiorganisation (KPPh.,Red.). Guerilla-Stützpunkte wurden in ausgesuchten Gebieten innerhalb ausgedehnter Volkskriegszonen aufgebaut. Auch wenn sie oft sehr klein sind, sind unsere Guerilla–Stützpunkte verläßliche Operationszentren und Rückzugsbasen für politische und militärische Arbeit. Ausgehend von diesen werden die Volkskriegszonen systematisch konsolidiert.
– Alle unsere Guerilla–Fronten haben starke feindliche Kampagnen und Aktionen durchgemacht. Viele haben zwei oder mehreren feindlichen Kampagnen mit 1 – 7000 faschistischen Truppen monatelang widerstanden. Von den gegenwärtigen Guerilla–Fronten wurden 5 vor dem Kriegsrecht entwickelt, 15 in den Jahren 1973–75 und 6 von 1977 bis Frühjahr 1979.
– Die Kräfte der Volksarmee haben in den meisten Guerilla–Fronten Kompaniestärke erreicht. In vorgeschobenen Fronten können wir, wenn wir wollen, zwei reguläre Kompanien zusammenziehen.
– In den letzten vier Jahren hat sich die Zahl unserer regulären Truppen verdoppelt, während sich unsere Waffenstärke vervierfacht hat. Von 1973 bis 1976 gab es eine geringere Steigerung unserer Feuerkraft, während sich die Zahl der Kämpfer steigerte.
– Gegenwärtig sind unsere Guerilla–Kräfte in der Lage, mehr und mehr Zeit und Aufmerksamkeit dem Training, der Planung und Durchführung militärischer Operationen zu widmen. Viele Einheiten sind inzwischen befreit von den schweren Verantwortungen durch Arbeit in den Dörfern und Ländereien. Reguläre Einheiten, die effektivere und umfangreichere militärische Operationen durchführen können, werden jetzt gebildet. Alleine letztes Jahr wurden in 14 Fronten taktische Offensiven gegen den Feind gestartet.
– Unsere Guerilla–Fronten umfassen eine Bevölkerung von 10 Millionen Menschen. Die Stärke der Massenbasis besteht aus 40.000 Aktivisten und 800.000 aktiven Mitgliedern der revolutionären Massenorganisationen...."

("Ang Bayan", 29.3.80 lt. "Philippine Liberation Courier", 9–10/80).

Der nachfolgend – auszugsweise – abgedruckte *„Appell des Bangsa-Moro-Volkes an das 'Ständige Tribunal der Völker'"* steht in engem Zusammenhang zum aktuellen 4. Russell-Tribunal. Der „Appell..." wurde Anfang November dem „Ständigen Tribunal der Völker" zur Verhandlung vorgelegt. Das Tribunal arbeitet als ständige Einrichtung der „Russell-Peace-Foundation" für die zahlreichen unterdrückten Völker. Vorhergegangene Verhandlungen betrafen die West-Sahara (März 1980), Argentinien (Mai 1980) und Eritrea (Mai 1980). *„Dem Ständigen Tribunal der Völker gehören eine Reihe international bekannter Rechtsanwälte, Juristen, Professoren, Schrifsteller, Rechtsgelehrte, Geistliche und einige Nobelpreisträger an"* („Pogrom", August/September 1980). Das Tribunal tagt ähnlich wie das Russell-Tribunal und fällt ein abschließendes Urteil. Die Anklage gegen die Marcos-Diktatur wurde nicht alleine vom Bangsa-Moro-Volk vorgelegt – dies geschah in Zusammenarbeit mit dem weiteren Widerstand, vor allem mit der „National-Demokratischen Front", in der auch die „Neue Volksarmee" mitarbeitet. Zur Sprache kam nicht nur die Unterdrückung des Bangsa-Moro-Volkes, sondern auch die Ausbeutung der Arbeiter, besonders der Frauen, auf den ganzen Philippinen. Praktisch wurde vor dem „Tribunal" die erste öffentliche und gemeinsame Anklage des gesamten philippinischen Widerstands verhandelt, wobei die Situation des Bangsa-Moro-Volkes das Kernstück blieb.

Der Urteilsspruch ist für die Marcosdiktatur vernichtend: *„Das Regime des philippinischen Präsidenten und Dikators Ferdinand Marcos hat international verwirkt, als rechtmäßige Regierung anerkannt zu werden, und kann für sich keine Berechtigung beanspruchen, für das philippinische Volk zu handeln"* („Die Neue", 11.11.80). Dagegen erkannte das Tribunal die „Nationaldemokratische Front" *„als rechtmäßigen Vertreter des philippinischen Volkes"* an („Die Neue", 11.11.80).

Asien-Australien-Kommission

Appell des Bangsa-Moro-Volkes an das »Ständige Tribunal der Völker«

Das Bangsa Moro Volk (im Süden der Philippinen) hat in den letzten 32 Jahren unsägliches Leid durch die philippinische Kolonialherrschaft und Unterdrückung ertragen müssen. Mit der Unabhängigkeitserklärung der Philippinen 1946, die durch die verbrecherische Zusammenarbeit von amerikanischem Imperialismus und seinen philippinischen Marionetten zustandekam, wurde das Stammland der Bangsa Moro in Mindanao, Basilan, Sulu und Palawan annektiert und unrechtmäßig unter die territoriale Hoheit des philippinischen Staates gestellt.

Nach der philippinischen Unabhängigkeitserklärung und jener verbrecherischen Annexion des Bangsa Moro Heimatlandes hat sich das Bangsa Moro Volk wiederholt im bewaffneten Kampf gegen die philippinische Kolonialherrschaft erhoben. Aber anstatt sein Recht auf Selbstbestimmung und freie und friedliche Existenz anzuerkennen, intensivierte das philippinische Kolonialregime mit Hilfe des amerikanischen Imperialismus die koloniale, wirtschaftliche und kulturelle Unterdrückung. In den letzten 10 Jahren wurde in äußerst grausamer und brutaler Weise systematisch versucht, an dem Bangsa Moro Volk Völkermord zu begehen.

Deshalb,

Nachdem wir das historische Dokument der „Universalen Erklärung der Rechte der Völker" vom 4. Juli 1976 von Algier gelesen haben, das das Recht der Völker auf politische Selbstbestimmung, das Existenzrecht und die wirtschaftlichen Rechte feierlich bekräftigt,

Im Bewußtsein, daß diese Grundrechte des Bangsa Moro Volkes schwerwiegend und systematisch durch das philippinische Kolonialregime und seine US–imperialistischen Kollaborateure verletzt werden,

Und eingedenk der Tatsache, daß, um die Rechte aller unterdrückten und kolonisierten Völker zu erkämpfen, die Internationale Liga für die Rechte und Befreiung der Völker in Bologna ein Internationales Tribunal einberuft um kolonialen und unterdrückerischen Regimen den Prozeß zu machen,

lege ich, der Unterzeichnete, im Auftrag des Vorsitzenden der Moro National Liberation Front (MNLF) und im Auftrag des Bangsa Moro Volkes in den Südphilippinen, wie auch in meiner Funktion als offizieller Vertreter der MNLF und Direktor deren Büros in Tripoli, Jamahiriya, diesen Appell vor und fordere, daß das philippinische Kolonialregime und sein Herr und Meister, der US–Imperialismus, vor dem Tribunal öffentlich angeklagt werden. Dort sollen ihre Verbrechen an unserem Volk und gegen die Menschlichkeit aufgrund der folgenden Fakten bloßgelegt werden.

2. Wirtschaftliche Ausbeutung, Unterdrückung und Diskriminierung

2.1. Der philippinische Staat war bestrebt, seine koloniale Herrschaft über die Bangsa Moros möglichst schnell auszudehnen. Eine ihrer ersten Maßnahmen war, die Bangsa Moros ihres angestammten Landes zu berauben, indem sie alles Land als öffentliches Staatsgut erklärten. Alle natürlichen Bodenschätze, Mineralien, Wälder, landwirtschaftliche und Meeresprodukte gingen in das Eigentum des philippinischen Kolonialsstaates über. Den großen philippinischen Kapitalisten und ihren ausländischen Gebietern, meist riesige amerikanische Korporationen und Multinationale Konzerne, wurde für die Nutzung und Ausbeutung dieser Schätze Tür und Tor geöffnet.

2.2. Nach der Annektion wurde mit aller Macht eine Politik des Siedlungskolonialismus betrieben. Dabei brachte man Scharen von Siedlern aus den nördlichen und zentralen Gebieten der Philippinen in alle Teile des Bangsa Moro Landes, besonders nach Mindanao. Danach folgte systemati-

Teile des Bangsa Moro Landes, besonders nach Mindanao. Danach folgte systemati-

scher Landraub. Arme und ungebildete Bangsa Moro Bauern und Landbesitzer wurden enteignet. Sie verloren das von den Vorfahren ererbte Land und wurden in die weniger fruchtbaren und bewohnbaren bergigen Gebiete vertrieben.

2.3. Den Siedlern wurden mit Hilfe der Regierung oder in stillschweigendem Einvernehmen mit skrupellosen Bürokraten Eigentumsurkunden auf das Land verschafft, das bis dahin jahrhundertelanger Besitz der Bangsa Moro Bauern gewesen war, die damit die Grundlage ihres Lebensunterhalts verloren. Diejenigen, denen es unter dieser Fremdherrschaft gelang, ihre Besitzrechte trotzdem zu sichern, wurden so lange terrorisiert, bis sie ihr Land verließen. Das verlassene Land wurde sofort von neuankommenden Siedlern oder von einer ihrer fanatischen Terrorgruppen besetzt, wenn nicht gar durch Offiziere oder Soldaten der philippinischen Armee

2.4. Multinationale Konzerne, meist amerikanischer Herkunft, und große philippinische Kapitalisten erhalten besondere Privilegien und Anreize, damit sie sich im Bangsa Moro Land niederlassen und ihre Geschäfte ausweiten. Dies trifft besonders auf mehrere Obst– und Früchtekonzerne zu, die ihre Plantagen durch die gewaltsame Vertreibung von Bauern, in deren Familienbesitz das Land seit Generationen war, erwerben und erweitern konnten.

2.5. In den im Bangsa Moro Land errichteten Industrien wurde für einheimisches Bangsa Moro Kapital keine Investitionsbeteiligung vorgesehen. Arbeitskräfte werden aus den nördlichen und zentralen Gebieten der Philippinen eingeführt. Einheimische Kräfte haben keine Chance, Arbeit zu bekommen, oder, wenn es einigen wenigen Glücklichen gelingt, dann handelt es sich nur um auf Zeit beschäftigte Aushilfskräfte, denen jegliche Möglichkeit verweigert wird, die Rechte des Arbeiters wie Si-

kräfte, denen jegliche Möglichkeit verweigert wird, die Rechte des Arbeiters wie Si-

cherheit am Arbeitsplatz, bessere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, gewerkschaftlich auszuhandeln.

2.6. Grobe Diskriminierung findet man auf allen Ebenen des sozialen Lebens. Im Gesundheitswesen, Erziehungswesen, bei Berufung in Regierungsstellen, Beschäftigung in privaten oder halbregierungsamtlichen Betrieben werden die Bangsa Moros und darunter besonders die Muslims diskriminiert, denn das Erziehungssystem des Regimes, das unter der Bevormundung und Kontrolle des amerikanischen Systems steht, fördert die koloniale Einstellung, daß „nur ein toter Moro auch ein guter Moro ist". Dieser amerikanische Aphorismus besagt, daß die Moros schlecht, brutal und hinterhältig sind. Dabei wird übersehen, daß die Geschichte des Bangsa Moro Volkes leuchtender und farbiger ist als die anderer nationaler Gruppen in Asien.

3. Völkermord am Bangsa-Moro-Volk



Demonstration für die Freilassung von Muslim Häftlingen in Cotabato City, 27.11.79

3.1. Das koloniale philippinische Regime gab sich mit der kolonialen Zwangsherrschaft nicht zufrieden. Das Regime setzte einen Völkermord gegen das Bangsa Moro Volk in Gang, wobei die Vereinigten Staaten massiv mit militärischem Arsenal Vorschub leisteten. Dieser Völkermord begann unter dem Diktator Ferdinand Marcos 1968, als 68 junge muslemische Auszubildende auf der Insel Correigidor gnadenlos durch ihre Ausbilder, die ausnahmslos Offiziere der philippinischen Armee waren, niedergemacht wurden. Bis heute sind viele von den 300 Auszubildenden noch vermißt.

3.2. Später, im Jahre 1969, ließ das Marcos Regime durch seine faschistische Armee die Ilagas, eine paramilitärische Terroristenvereinigung, in Aktion treten. Die Ilagas massakrierten und töteten wahllos unschuldige Bangsa Moro Zivilisten. Zeugnis dafür geben: das Massaker an 70 muslimischen Männern, Frauen und Kindern in der Moschee von Manili, Carmen, Cotabato am 19. Juni 1971; das an 17 unschuldigen muslimischen Zivilisten in Bual, Tulunan, Cotabato am 17. September 1971; das Massaker an 37 unschuldigen muslimischen Männern und Frauen in Tacub, Kauswagan, Lanao del Norte am 22. November 1971 und viele andere Massaker und Massenmorde von März 1968 bis September 1972. In der Zwischenzeit, während all diese grausigen Morde ungestraft passierten, plünderte und brandschatzte die fanatische Ilaga Terrorfronde, die von Offizieren und Soldaten der philippinischen Armee ausgebildet und angeführt wurde, Bangsa Moro Dörfer und Städte, besonders im Gebiet von Cotabato, Lanao und Zamboanga.

3.3. Im September zwang Präsident Marcos den Philippinen das Kriegsrecht auf. Er riß alle Macht an sich und militarisierte die Gesellschaft; er löste den philippinischen Kongreß auf und machte den Obersten Gerichtshof zu einem reinen Vollzugsorgan für seine präsidialen Launen. Presse und Kommunikationsmedien wurden unter strikte Kontrolle der Regierung gestellt. Zwei Monate später, im November 1972, erklärte das Regime dem Bangsa Moro Volk den Krieg. Mit der vereinigten Schlagkraft von Armee, Polizei, Marine und Luftwaffe begannen von Jolo her bis Cotabato und anderen Gebieten des Bangsa Moro Landes Such– und Zerstörungsoperationen. Dabei wurden mehrere hundert unschuldige Zivilisten getötet und ihre Häuser niedergebrannt.

3.4. Unter dem Kriegsrecht verzehnfachten sich die Verbrechen des Marcos Regimes hinsichtlich des Umfangs und der Härte. Mit verstärkten regulären Truppenkontingenten im gesamten Gebiet der Bangsa Moros tobte sich das Militär zusammen mit seinen paramilitärischen Terroristengruppen zügellos aus und töteten dabei von Februar bis Juni 1973 500 Zivilisten in Lebak, Cotabato, bombadierten im Juli 1973 das Dorf Tubwan/Basilan Island und machten es dem Erdboden gleich und brannten Jolo City am 8. Februar 1974 mit Flottengeschützen, Artilleriefeuer und Napalm nieder. Massaker folgte auf Massaker. Männer, Frauen und Kinder waren die Opfer.

3.5. Um das Ausmaß dieses Verbrechens des Völkermordes an dem Bangsa Moro Volk zu verdeutlichen, sei hier ein Bericht zitiert:

„Ungefähr 2.000 Frauen, Zivilisten und Kinder in Malisbong von der Armee beerdigt. Ungefähr 7.000 Zivilisten wurden evakuiert und nach Kolong–Kolong und Kran, Sultan

der in Malisbong von der Armee beerdigt. Ungefähr 7.000 Zivilisten wurden evakuiert und nach Kolong–Kolong und Kran, Sultan

Kudarat Provinz, gebracht. Gelegentlich werden finanzkräftige Muslims verdächtigt, die Rebellen zu unterstützen und verhaftet. Gegen bestimmte Summen werden sie freigelassen."

Dieser hochgradige Geheimbericht mit der Aufschrift: „Für das Auge des Präsidenten durch (Informations)Sekretär Tatad" wurde von dem Rechtsanwalt Leloy Caniedo vorbereitet und vorgelegt. Anwalt Leloy Caniedo war Mitglied der Untersuchungskommission des philippinischen Militärs, die die weit bekannten Verbrechen und Vergehen der Armee an den Bangsa Moro Zivilisten in Südcotabato im Dezember 1974 untersuchte. Tatsächlich würden die Grausamkeiten des Marcosmilitärs in den Südphilippinen das weltweit veröffentlichte Mai Lai Massaker in Vietnam in den Schatten stellen. (Weitere Einzelheiten der Massaker und eine Liste der Orte und Städte, die verbrannt oder zerstört wurden, werden zu gegebener Zeit geliefert.)

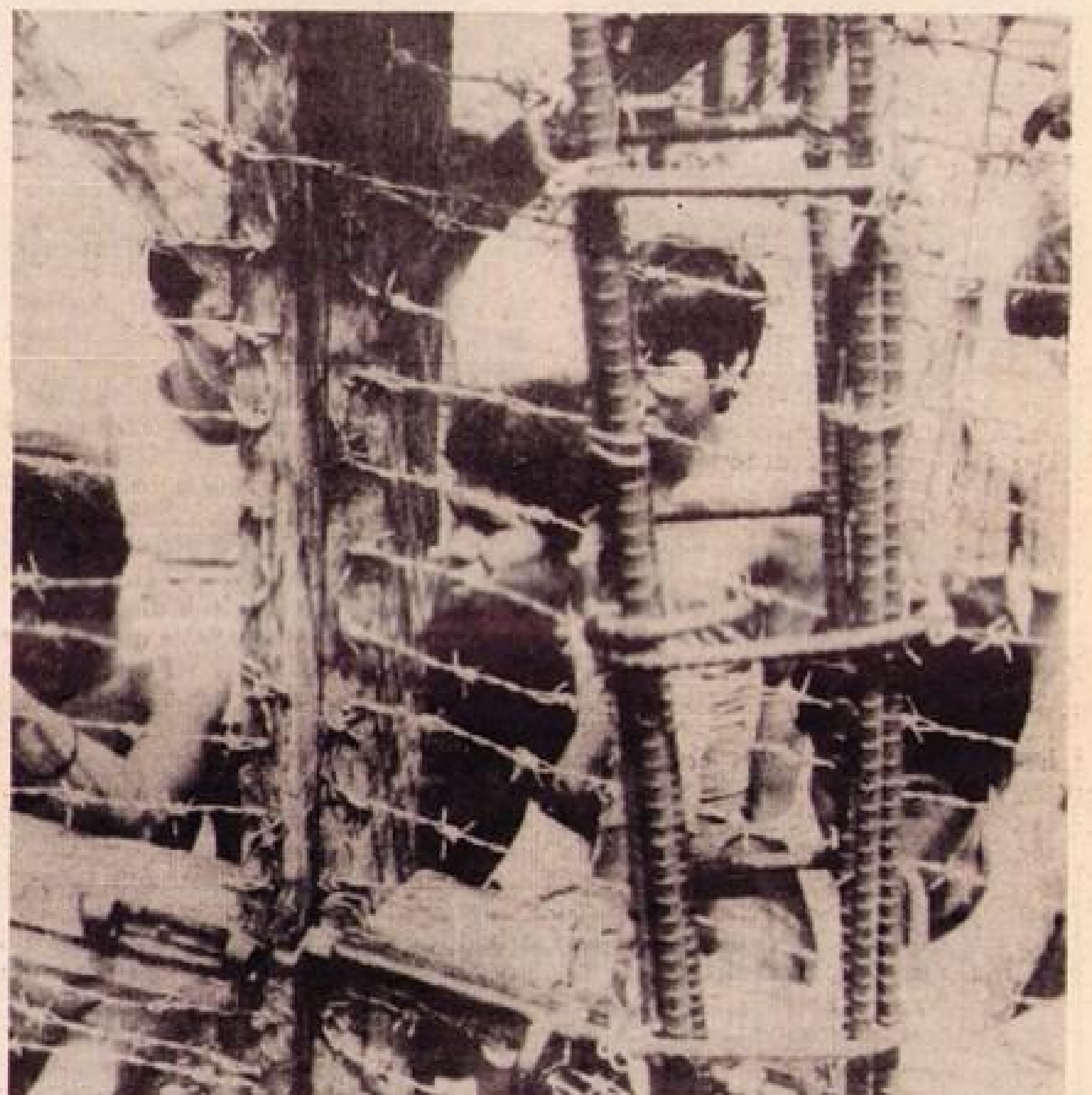
3.6. In den Städten und städtischen Zentren verhaftet, foltert, liquidiert und mordet die Armee des Regimes systematisch kleine Händler und Kaufleute, die man regierungsfeindlicher Aktivitäten verdächtigt. In Jolo z.B. ist jeder, dessen Papiere darauf hinweisen, daß er aus Patikul kommt, verhaftet, gefoltert und ohne weitere Fragen liqudiert worden. Fischer werden auf offener See in ihren Auslegerbooten von Maschinengewehrsalven unter Beschuß genommen oder mit Marinegeschützen bombadiert.

3.7. Die bewaffneten Streitkräfte der Philippinen und ihre paramilitärische Terroristenfronde verletzen ungestraft die Ehre und Würde unserer Frauen; in einigen Fällen wurden die Frauen vor den Augen ihrer Männer gezwungen, die sinnliche Lust dieser Bestien zu befriedigen. In vielen Fällen werden sie erst vergewaltigt und dann ermordet. Kleinkinder werden von den Stiefeln der Soldaten zermalmt oder mit dem Bayonett erstochen.

3.8. In Übereinstimmung mit der Völkermordpolitik des Regimes vernichtet das Marcosmilitär Felder und landwirtschaftliche Erzeugnisse. Arbeitstiere werden den Besitzern mit Gewalt abgenommen oder einfach erschossen, um den Leuten die Voraussetzungen zu beschneiden, für ihren Lebensunterhalt zu arbeiten. Giftige Chemikalien werden aus der Luft abgeworfen und vergiftetes Wasser auf dem Lande sorgt für weitverbreitete Erkrankungen und Epidemien.

3.9. Hand in Hand mit der physischen Vernichtung des Bangsa Moro Volkes hat das Marcos Regime es mit Hilfe seiner barbarischen Streitkräfte darauf abgesehen, auch die Kultur der Bangsa Moros zu vernichten. Heiligtumsschändungen, wie das Abbrennen von Moscheen und Koranschulen sind der Marcos'schen Terrorarmee ebenso vertraut, wie das Abknallen von unschuldigen Zivilisten. Die Seiten des Heiligen Koran werden als Toilettenpapier benutzt. Viele der Massaker der unschuldigen Zivilisten hat das philippinische Militär sogar begangen, als die Opfer beim Gebet in der Moschee waren.

3.10. Als Ergebnis dieser zehnjährigen ununterbrochenen und unverminderten Gewalt und Grausamkeit, mit der die Völkermordpolitik von Marcos und seinem Regime verfolgt wurde, starben bis heute schon ungefähr 90.000 unschuldige Bangsa Moro Zivilisten durch die barbarischen Streitkräfte. 250.000 Häuser und Tausende von Moscheen und Madrasa (Koran-Schulen) sind verbrannt und zu einem Haufen Asche gemacht worden. Der völkermordende Krieg von Marcos hat Millionen friedlicher Bangsa Moros zu Flüchtlingen im eigenen Land gemacht. Diese Flüchtlinge sind heute Krankheiten, Unterernährung und Hunger ausgesetzt. Sie müssen von Ort zu Ort ziehen und sind beständig in Gefahr massakriert oder umgebracht zu werden. Außerdem sind schätzungsweise 130.000 Flüchtlinge bereits in den Ostmalayischen Staat Sabah geflüchtet. Ihre Lage dürfte ähnlich, wenn nicht noch schlimmer als die der vietnamesischen 'boat people' sein.



Awang Gefangenenlager in Cotabato City

Awang Gefangenenlager in Cotabato City

4. Die Rolle des US-Imperialismus

4.1. Die Vereinigten Staaten unterhalten auf den Philippinen große Militärstützpunkte, die ihnen eine wirksame Kontrolle des politischen, militärischen und wirtschaftlichen Lebens der Philippinen sichern. Diese Kontrolle führt dazu, daß das philippinische Regime dem US–Monopolkapital, den Multinationalen Konzernen und Konsortien sprichwörtlich unbegrenzte Privilegien und Anreize einräumt, und diese die natürlichen Schätze, inklusive Öl und Bodenschätze im Bangsa Moro Land, ausplündern. Um den Bedarf der US–Obst–und Fruchtkonzerne an Land zu decken, werden z.B. Bangsa Moro Bauern mit Gewalt vom Land ihrer Ahnen vertrieben.

4.2. Um sicherzustellen, daß die Philippinen ein abhängiger Staat der USA bleiben, sorgt die imperialistische Strategie der Vereinigten Staaten dafür, daß die Philippinen arm bleiben. So werden die Philippinen noch gefügiger gemacht, denn sie sind auf die hohen Finanzspritzen an wirtschaftlicher und militärischer Hilfe angewiesen. Ohne diese Hilfe würde das politische Gefüge des Kriegsrechts sehr schnell zusammenstürzen angesichts der steigenden Zahl demokratischer Filipinos, die der Diktatur Widerstand leisten; und des Befreiungskampfes des Bangsa Moro Volkes im Süden der Philippinen.

4.3. Aufgeschreckt durch den schnell wachsenden und stärker werdenden Kampf des Bangsa Moro Volkes, der die wirtschaftlichen Interessen der Vereinigten Staaten gefährdet, begnügte sich die US–Regierung in den letzten Jahren nicht mehr damit, ihre Militärhilfen an die Kriegsrechtsdiktatur von Marcos zu erhöhen. Sie hat sich auch direkt in den Völkermord an dem Bangsa Moro Volk eingeschaltet. So ließ sie amerikanische Düsenflugzeuge von dem riesigen Clark Luftwaffenstützpunkt aus an den Bombadierungen in Mindanao in dem Süden der Philippinen teilnehmen.

4.4. Noch verhängnisvoller ist das Resultat des ratifizierten Abkommens der USA mit den Philippinen über die militärischen Stützpunkte, das Anfang dieses Jahres getroffen wurde. Die USA sicherten dem reaktionären Marcos Regime nicht nur ungeheure militärische Hilfe zu. Die US–Truppen können jetzt auch an Sicherheitsmaßnahmen wie etwa an militärischen Operationen gegen Aufständische teilnehmen. Damit wird eine legale Rechtfertigung für eine direkte Beteiligung von US–Truppen an einem Konflikt ähnlich dem Vietnamkrieg in den nördlichen und zentralen Gebieten der Philippinen und vor allem im Bangsa Moro Land gegeben.

Ich erbitte mit allem Nachdruck, daß dieser Appell vor dem Tribunal angehört wird, daß das Marcos Regime und der US–Imperialismus vor das Gericht der Weltöffentlichkeit gebracht werden und wegen ihrer Verbrechen an unserem Volk und der Menschlichkeit verdammt werden; und daß das Tribunal das unveräußerliche Recht unseres Volkes auf nationale Selbstbestimmung, sowie ihr legitimes Trachten, eine eigene Nation zu sein wie andere frei Nationen der Welt, anerkenne.

Ich möchte hinzufügen, daß das Bangsa Moro Volk eine zusammenhängende nationale Gruppe mit eigener Geschichte und Kultur, Bräuchen, Traditionen und Gewohnheiten ist, eigen und abgesondert von dem philippinische Volk, mit einem Territorium, das geschichtlich als ihr Eigentum ausgewiesen ist.

Übergeben in Hochachtung
Für: Nur Misuari
Vorsitzender
Zentralkommittee
Moro National Liberation Front



Putsch in Guinea-Bissau

Überraschung und Schock für Antiimperialisten und die Solidaritätsbewegung mit Guinea-Bissau und den Kapverden: der Putsch am Freitag, den 16.11., gegen die Regierung Luis Cabral. Luis Cabral selbst befindet sich inzwischen im Ausland, mindestens zwei führende Kader der PAIGC wurden liquidiert: Otto Schacht und Antonio Buscardini. Der Putsch selbst wurde innerhalb weniger Stunden "durchgezogen". Soldaten besetzten Ministerien, Flughafen und Rundfunkstation. Dann etablierte sich ein "Revolutionsrat" unter der Führung des Ministerpräsidenten Major Vieira. Der Staatsstreich wurde als "Wiedererneuerung unserer Nationalität und Konsolidierung unserer Unabhängig-
Konsolidierung unserer Unabhängig-
keit" bezeichnet. Gleichzeitig wurde eine Verbesserung der Beziehungen zu Portugal, der ehemaligen Kolonialmacht und zu "den Nachbarn" angekündigt. Guinea-Conakry, regiert vom inzwischen auf strammem Rechtskurs fahrenden Sekou Toure, hat die Putschisten als erstes Land anerkannt – noch bevor diese den Putsch offiziell bekanntgegeben hatten. Zwischen den beiden Staaten gab es in jüngster Zeit erhebliche Streitigkeiten über eine Erdölblase vor der Küste.

Die Zusammensetzung der neuen Regierung deutet auf eine der Ursachen des Putsches hin: Sie besteht ausschließlich aus Bürgern Guinea–Bissaus (Schwarzen); Kapverdianer (Mulatten) sind in ihr nicht mehr vertreten. Interessanterweise haben einige Minister ihre Funktionen (vorerst) behalten, was auf eine gewisse Breite des Vieira–Flügels schließen läßt Der Revolutionsrat tat ein übriges und distanzierte sich von der seit langem angestrebten Vereinigung der beiden Staaten ("NZZ",20.11.). Die Regierung auf den Kapverden ihrerseits verurteilte den Putsch und betonte, der Staatsstreich sei gegen die Prinzipien der afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit von Guinea–Bissau und Kap Verde (PAIGC) gerichtet. Die Kapverden seien bereit, alle Abkommen zwischen den beiden Ländern zu überdenken und die kapverdischen Bürger aus Guinea–Bissau zurückzuholen ("FR", 18.11.).

Die Ursachen für den Staatsstreich werden vielfach in den Spannungen zwischen Teilen der PAIGC in Guinea–Bissau, repräsentiert durch den "Nationalisten" Vieira, und den Kapverden gesehen. Die Kapverden besitzen im Verwaltungs– und Parteiapparat auf Guinea–Bissau durchaus einflußreiche Stellungen, die ihnen durch die Machtergreifung Vieiras genommen werden sollen. Wahrscheinlich ist auch, daß der Flügel um Vieira seiner politischen Zurückdrängung zuvorkommen wollte. Die erst vier Tage alte Verfassung sah eine Einschränkung der Rechte des Ministerpräsidenten (Vieira) gegenüber dem Staatspräsidenten (L. Cabral) vor. Eins ist so gut wie sicher: Die PAIGC, der den bewaffneten Kampf gegen die Portugiesen leitete und der afrikanischen Revolution entscheidende Impulse vermittelt hat, wird in der gewohnten Weise nicht mehr weiter existieren. Die Partei Amilcar Cabrals wird in zwei Teile zerfallen, wobei
wird in zwei Teile zerfallen, wobei
noch sehr unklar ist, welche Rolle ihr die neuen Machthaber "zugedacht" haben. In den Verlautbarungen ist sie jedenfalls von dieser Seite nicht mehr erwähnt worden, so, als wolle man die gemeinsame revolutionäre Herkunft tabuisieren.

Natürlich drängt sich angesichts der starken Präsenz der Staaten des "realen Sozialismus" die Frage auf: Kann ein solcher Putsch ohne Mitwissen (resp. Mithilfe) dieser Kreise überhaupt so rasch und wirkungsvoll durchgezogen werden? Ohne hier schon endgültiges sagen zu können, sei auf folgendes hingewiesen: Die PAIGC hat außenpolitisch durchaus auf eine gewisse Unabhängigkeit von Moskau Wert gelegt und beispielsweise aus ihrer Sympathie für die eritreische Revolution keinen Hehl gemacht. Auf wirtschaftlichem Gebiet wurde der Beitritt zu den AKP–Staaten (die der EG im bestimmten Rahmen verbunden sind) erwogen, während die Beziehungen zu den skandinavischen Imperialisten als ausgesprochen gut zu bezeichnen sind. Bemerkenswert ist ferner, daß nur vier Tage vor dem Putsch 100 sowjetische "Berater" in Guinea–Bissau eingetroffen sein sollen (lt "Spiegel" Nr.48,24.11.) und daß man bisher keine Verurteilung des Putsches seitens der RGW–Staaten vernommen hat. Zudem gehört der Ex–Botschafter in Moskau, Major da Costa, dem neuen Revolutionsrat als Innenminister (!) an. Demnach scheinen sowjetische Interessen alles andere als gefährdet...

Wir werden versuchen, im nächsten AK den Hintergrund des Putsches genauer auszuleuchten.

Afrika-Kommission

Südafrika: Freiheitskämpfer zum Tode verurteilt

Der oberste Gerichtshof Südafrikas hat drei Schwarze wegen "Hochverrats" zum Tode verurteilt. Zwei weitere Angeklagte erhielten Freiheitsstrafen von 20 Jahren, zwei müssen für 15 Jahre in Haft, zwei für 10 Jahre. Diese Urteile wurden nach einem viermonatigen Prozeß gesprochen, nur für die zum Tode Verurteilten gibt es eine Berufungsmöglichkeit. Den Angeklagten wurde vorgeworfen, als Mitglieder des verbotenen ANC im Januar eine Polizeistation im Norden der Provinz Transvaal mit Raketen und Gewehren beschossen zu haben. Dabei wurden zwei Beamte verletzt. Andere sollen Vorbereitungen für einen Anschlag auf Treibstofftanks bei Pretoria getroffen haben ("SZ", 27.11.).

Die Terrorurteile sind die blutige Antwort auf den wachsenden Widerstand, der das Jahr 1980 in Südafrika gekennzeichnet hat. In diesem Zusammenhang sei ein anderes Urteil zitiert: Ein Weißer, der einen Schwarzen erschlagen hatte, wurde Anfang November in Pretoria zu 1000 Dollar Geldstrafe "verurteilt".

Gegenwärtig verhandeln übrigens westdeutsche Großbanken über einen 600 Mill. DM Kredit an das Rassistenregime.

Afrika-Kommission

Interview mit Sam Nujoma (SWAPO)

Im folgenden bringen wir den Auszug eines Interviews, das der Präsident der namibischen Befreiungsbewegung (SWAPO), Sam Nujoma, den Jornalisten Nick Fadugba und Jane Coles des in London erscheinenden Nachrichtenmagzins AFRICA (No. 111, Nov. '80) gegeben hat.

Sam Nujoma schildert zunächst die politsche Reife und Fortgeschrittenheit, die das namibische Volk durch den Befreiungskrieg gegen das weiße Rassistenregime erlangt hat. Die Siege der Befreiungsbewegungen in Mozambik, Angola und zuletzt in Zimbabwe, haben der namibischen Befreigungsbewegung, so Sam Nujoma, noch mehr Auftrieb und Zuversicht gegeben, die politische Ausgangslage für ihre Unabhängigkeitspläne weiter zu verbessern, ob nun durch den Volkskrieg oder in Form einer Verhandlungslösung. Hierzu meint Sam Nujoma, daß das „weiße Siedlerregime" in Südafrika nur durch internationale Wirtschaftssanktionen, Waffen- und Ölembargo dazu gezwungen werden kann, die UNO-Resolution 435 des Sicherheitsrates, die freie Wahlen unter UN-Aufsicht vorsieht, zu akzeptieren. Andernfalls werde die RSA ihre Positionen in Namibia immer weiter ausbauen.

Frage: Die Unnachgiebigkeit Südafrikas vorausgesetzt, wird die SWAPO möglicherweise zum Voranbringen ihrer gerechten Sache eine Eigeninitiative ergreifen, anstatt fortzufahren, nach Möglichkeiten und Wegen zu suchen, den UN-Plan zur Ausführung zu bringen?

Sam Nujoma: Die Position der SWAPO als Befreiungsbewegung ist niemals ausschließlich von der Unterstützung der internationalen Gemeinschaft abhängig gewesen. Die politsche Massenmobilisierung, die vom namibischen Volk durchgeführt wird in Opposition zu der fortgesetzten, illegalen Besetzung ihres Landes durch Südafrika, und der bewaffnete Befreiungskampf, der von der Volksbefreiungsarmee Namibias, dem militärischen Flügel der SWAPO, durchgeführt wird, sind die hauptsächlichsten und wirkungsvollsten



Formen des Kampfes angesichts der Ermangelung einer echten, unverfälschten Verhandlungslösung.

Die Westmächte haben in der Vergangenheit erfolgreich hinter den Kulissen manövriert, haben ihre Vetos geltend gemacht, um das rassistische Regime in Südafrika und seine illegale Besetzung Namibias zu unterstützen, sowie durch ihre multinationalen Handelsgesellschaften, die gemeinsam mit dem rassistischen Südafrika Namibias Reichtum ausbeuten. Dies hat die Position der UNO geschwächt. In dieser Hinsicht wird die UNO durch ihre eigenen Mitglieder unwirksam gemacht. Dem Volk von Namibia bleibt deshalb keine andere Alternative, als sich auf sich selbst zu verlassen, indem der bewaffnete Kampf intensiviert wird. Aber den bewaffneten Kampf werden wir zur gleichen Zeit in Übereinstimmung mit politischen und diplomatischen Aktionen führen, weil für uns die Notwendigkeit besteht, Südafrika zu isolieren.

Frage: Es gibt zunehmende Berichte über Sabotageakte der SWAPO innerhalb Namibias auf strategische Anlagen wie Eisenbahnen und dem Ruacana-Kraftwerk usw. Wie weit in das Land hinein operiert der bewaffnete Flügel der SWAPO, PLAN?

S.N.: Dies sind keine isolierten Vorfälle: es sind vollständige, militärische Operationen, die von der Volksbefreiungsarmee Namibias (PLAN) ausgeführt werden. Die Kraftanlage des Ruacana-Wasserkraftwerkes ist vollständig außer Betrieb gesetzt worden. Der Feind versuchte sie zu reparieren, sie wurde aber wieder außer Betrieb gesetzt. Jetzt ist der Feind nicht mehr länger in der Lage, selbst die Techniker zu schützen, die normalerweise diese Anlage reparieren, und das führt zu einem Rückgang der Produktion in den Minen. Das sind soweit diese Erfolge.

Die Eisenbahn ist ebenfalls außer Betrieb gesetzt worden, der Feind reparierte sie, aber wir haben sie wieder stillgelegt. Wir haben ebenso Waffen und Munition, Radioausrüstung und anderes Kriegsmaterial zerstört, angegriffen und beschlagnahmt. Ferner befinden sich heute südafrikanische Kriegsgefangene in unseren Händen. Aufgrund der Kriegserfolge und dem Stadium, in dem sich der Krieg befindet, haben wir die Minderheit der weißen Siedler von den Farmen in die Städte gedrängt, und wir folgen ihnen dorthin, bis Südafrika die Macht an die afrikanische Mehrheit in Namibia abgibt.

Frage: Es gibt Berichte von halbbefreiten Gebieten in Nordnamibia, die effektiv unter SWAPO-Kontrolle stehen. Wie ausgedehnt sind diese Gebiete?

S.N.: Wir haben beträchtliche Fortschritte gemacht. Wir haben Regionen im Nordwesten, Norden und Nordosten unter unserer Kontrolle. Feindliche Truppen, Bodentruppen mit Luftunterstützung wie Jagdbomber und Helikopter – können in halbbefreite Gebiete eindringen, weil Südafrikas Kriegsmaschinerie hochgerüstet ist, aber sie sind nicht in der Lage, dort zu bleiben. Sie mögen solche großen Zentren wie Ondangua und Oshakati im Norden kontrollieren und Katima Mulilo usw., aber den Rest des ländlichen Gebietes bis zu den Distrikten von Outjo, Otjiwarango, Tsumeb, Grootfontein, kontrollieren wir.

Frage: Südafrika behauptet, in diesem Jahr über 1.000 SWAPO-Guerillas getötet zu haben und daß es PLAN außer Gefecht gesetzt hat. Was ist davon wahr?

S.N.: Es ist sehr interessant, diese Behauptung von Südafrika zu hören. Seit 1978, als die südafrikanischen Rassistentruppen das namibische Flüchtlingslager in Südangola bei Kassinga angriffen, behaupteten sie, daß sie das Rückgrat der SWAPO zerstört hätten. Nun, wenn jemand das Rückgrat gebrochen ist, dann ist es zu Ende mit dieser Person, jedoch SWAPO wird immer stärker und stärker. Im Verlauf dieses Jahres führte Südafrika massive Operationen mit zwei Divisionen durch, ausgerüstet mit Panzern, Kampffahrzeugen und Helikoptern, Jagdbombern verschiedenen Typs, Weitschußartillerie und sie behaupteten, daß sie das Rückgrat der SWAPO zerstört hätten. Jetzt behaupten sie wieder, daß sie tausende von SWAPO-Guerillas getötet hätten. Man sollte annehmen, daß es mit der SWAPO jetzt zu Ende ist, aber jeden Tag verkünden sie, daß SWAPO dies zerstört, das angegriffen hat und so viele südafrikanische Soldaten getötet worden sind.



Ich erinnere mich, daß sie einmal sagten, SWAPO verfüge nur über 300 Freiheitskämpfer in Namibia. Nun sind tausend getötet worden, wo kommen die alle her? Es gibt eine Menge von Widersprüchen. Aber ich möchte den Lesern von AFRICA versichern, daß SWAPO immer stärker wird. Unsere Armee trat früher in Zugstärke auf, heute verfügen wir über Bataillone.

Zugstärke auf, heute verfügen wir über Bataillone.

Es folgt ein kurzer Abschnitt über den ehemaligen Vizepräsidenten der SWAPO, Mishake Muyongo, der ausgeschlossen wurde, weil er die Homeland- und Bantustanpolitik unterstützte, die zu einer Spaltung des Landes auf einer ethnischen Basis führen würde.

Frage: Unter welchen Bedingungen würde SWAPO sich mit Südafrika an einen Tisch setzen, und würden derartige Lancaster-House-ähnlichen Gespräche die Diskussion einer Verfassung für Namibia einschließen?

S.N.: Ich glaube nicht so recht, daß wir genau die gleiche Art von Lancaster House Gesprächen haben werden wie zwischen der Patriotischen Front, den Briten und dem rassistischen, kolonialistischen Smith und den Marionetten, weil der Status von Namibia sich unterscheidet. Namibia ist in der direkten Verantwortlichkeit der UNO, und SWAPO und das namibische Volk anerkennen die UNO als legale Autorität über Namibia. Deshalb ist in dieser Beziehung die UNO die korrekte und legale , administrative Autorität. Sie hat der Konferenz vorzusitzen, die sie sich vorstellen. Das ist die Vorbedingung der SWAPO. Es gibt bereits einen Dekolonialisierungsplan, vom UNO-Generalsekretär ausgearbeitet und vom UN-Sicherheitsrat angenommen, die Resolution 435. Wir müssen unter diesem Plan die Wahlen durchführen.

Frage: Abschließend, Herr Präsident, wie beurteilen Sie den Zeitplan für die Vollendung von Namibias Unabhängigkeit?

S.N.: Nun, man muß einräumen, daß die südafrikanische Rassistenarmee stärker ist als der Rest der einzelnen Mitgliedsstaaten der OAU. Sie ist gut ausgerüstet mit NATO-Kriegsmaterial. Die Amerikaner haben sogar bestimmte Raketen – 155 mm – nach Südafrika geliefert, die Bestandteile von Nuklearwaffen enthalten. So ist Südafrika sogar im Besitz von Nuklearwaffen. Darüberhinaus geben die NATO-Länder für die Waffenproduktion in Südafrika ihre Erfahrungen weiter. So kann man sehen, daß sich unser Kampf in die Länge ziehen wird, aber die bedeutendste Tatsache ist, die nicht vergessen werden darf, daß es nicht die Waffen sind, die kriegsentscheidend sind. Es ist die Entschlossenheit des Volkes und die Bereitschaft zum Opfer und der Wille, sich selber zu befreien. Wir sind entschlossen, wir haben den Willen zum Kämpfen und uns selber zu befreien. Deshalb vertrauen wir auf den Kampf und die Überwindung des Feindes.

Afrika-Kommission

Zum Krieg zwischen Iran und Irak

Stellungnahme der Volksfedayin (Minderheit im Zentralkomitee)

Die Volksfedayin (Minderheit im Zentralkomitee) unterstützen im Gegensatz zur „Mehrheit" die Regierung der „Islamischen Republik" im Krieg gegen Irak nicht. Sie rufen zur Bewaffnung der Massen unter Kontrolle der Volksorgane (Räte usw.) und unter Führung der Revolutionäre auf, um die irakischen Truppen zu vertreiben und die herrschende Klasse zu entlarven, sowie zur Beendigung des Krieges. Die Volksfedayin (Mehrheit im Zentralkomitee) unterstützen ohne jede Einschränkung die Politik der Machthaber der „Islamischen Republik" und rufen ihre Anhänger dazu auf, zur Verteidigung des Landes ihr Blut mit den Pasdaran (Revolutionsgarden, die unter den nationalen Minderheiten und fortschrittlichen Kräften seit dem Aufstand im Februar '79 wahre Blutbäder angerichtet haben) zu mischen. In der Praxis bedeutet das, daß sie unter Führung der Revolutionsgarden ohne jede Möglichkeit zur politischen Arbeit und unter Verschweigen ihrer politischen Meinung und Organisiertheit kämpfen „dürfen".
Die Stellungnahme wurde gekürzt.

Bei dem Krieg zwischen Iran und Irak handelt es sich nicht mehr um einen kleinen Grenzkrieg, sondern er hat sich jetzt zu einem weiträumigen Krieg ausgeweitet. (...)

Vom proletarischen Interesse ausgehend kann man den Krieg weder in einem Wort verurteilen noch verteidigen, sondern das eine wie das andere ist abhängig vom Inhalt und Klassencharacter des Krieges. Um den Krieg als gerecht oder ungerecht, als revolutionär oder reaktionär zu erkennen, muß klar werden, was der Grund für diesen Krieg ist und welche Klassen diesen Krieg mit welchen Zielen führen. (...)

Wenn wir anerkennen, daß Krieg die Fortführung der Politik mit anderen Mitteln ist, dann müssen wir zunächst die Politik von Iran und Irak, die zu diesem Krieg führte, erkennen. (...)

Die reaktionäre und antirevolutionäre Regierung im Irak hat die Interessen der abhängigen Kapitalisten im Lande unterstützt und jahrelang die irakischen Völker unterdrückt. Diese Regierung erweitert jeden Tag ihre Abhängigkeit vom Weltimperialismus und verstärkt als Vertreterin der abhängigen Bourgeoisie ständig den Druck und die Ausbeutung des Volkes. Die irakische Regierung unterdrückt die Arbeiter und richtet täglich fortschrittliche Menschen, die unter der Führung der Kommunisten stehen, hin. Gegen das kurdische Volk benutzt sie faschistische Methoden. Die gesamte Innenpolitik des Irak ist im Interesse der Bourgeoisie und zur Ausbeutung des werktätigen Volkes. Diese Politik findet ihre Fortsetzung in der Außenpolitik; Irak hat gute Beziehungen zu den reaktionären Regierungen in der Golf-Region wie Saudi-Arabien, Jordanien, Nordjemen und den reaktionären Scheichs am Golf. Der Irak hat allen reaktionären Gruppen und Personen einen Stützpunkt gewährt, die im Iran wieder eine Schah-Diktatur errichten wollen. Mit Anerkennung des Imperialismus versucht die irakische Regierung die Rolle des Schah von einer starken Macht am Golf zu erfüllen.

Der Irak versucht, wichtige strategische Punkte zu Land und zu Wasser zu besitzen und seine Positionen zu verstärken. Die irakische Regierung ist nicht im Volk verankert und versucht, mit arabischem Nationalismus von den wichtigen materiellen Fragen abzulenken und die Unzufriedenheit in falsche Kanäle zu lenken. Aus dem Gesagten ergibt sich, daß dieser Krieg von Seiten des Irak ein reaktionärer und ungerechter Krieg ist.

Die Islamische Republik, die nach dem Sturz des abhängigen Schah an die Macht gekommen ist, unterstützt die Interessen der mittleren Bourgeoisie im Iran. Obwohl diese Regierung Konflikte mit der Großbourgeoisie und dem Imperialismus hat, verteidigt sie das kapitalistisch-abhängige System im Iran. Mit der Anlehnung der Islamischen Republik an die Organe der Bourgeoisie und unter Ausnutzung des Unbewußtseins der Massen wurde das Volk mit antirevolutionären Methoden ausgebeutet. Die reaktionäre Innenpolitik der Regierung entlarvt klar den Charakter ihrer Politik. Die Islamische Republik hat die kurdischen, turkmenischen und arabischen Völker massiv unterdrückt. Zum Schutz der Kapitalisten und arabischen Völker massiv unterdrückt. Zum Schutz der Kapitalisten und Grundbesitzer kämpft sie gegen die Arbeiter und Bauern, unterdrückt die revolutionären Kräfte und auch in der Zeit, in der sie sich mit dem Irak im Krieg befindet, werden die Städte und Dörfer in Kurdistan bombardiert, und versucht, das Volk zu entwaffnen.

Auf außenpolitischem Gebiet hat sie freundschaftliche Kontakte zu den europäischen und japanischen Imperialisten und hilft im Namen des Panislamismus reaktionären Bewegungen in Afghanistan und der Amal-Organisation in Libanon (Organisation der Schiiten in Libanon, Anm.) (...)

Das Problem ist nicht, wer zuerst angegriffen hat und wer danach angegriffen hat; dies kann nicht den Inhalt des Krieges bestimmen. Beide Länder haben eine aggressive Politik betrieben und sich auf diesen Krieg vorbereitet. Die Politik der Regierungen in beiden Ländern bestimmt, ob der Krieg gerecht oder ungerecht ist. (...)

Nach unserer Meinung ist der Krieg zwischen Iran und Irak, der Schäden in Millionen Dollar in beiden Ländern fordert und tausende Menschen umbringt und die Industrien zerstört, nicht im Interesse der Völker in beiden Ländern. Die Völker tragen die Last des Krieges, die Kosten des Elends, die Teuerung und Steuererhöhung, die militärischen Kosten, und nur die iranische und irakische Bourgeoisie und der Weltimperialismus haben Nutzen von diesem Krieg. Milliarden Dollar, die die Rüstung und der Wiederaufbau der Industrie in beiden Ländern verschlingen werden, fließen in die Taschen der Bourgeoisie und des Imperialismus und die Abhängigkeit beider Länder vom Imperialismus wird sich verschärfen. Nach unserer Meinung haben die iranische und irakische Bourgeoisie den meisten Profit von diesem Krieg. Mit der Anfachung von falschen Nationalismus versuchen sie, diesen Krieg immer weiter zu führen. Die fortschrittlichen Organisationen müssen gegen diese Politik kämpfen, mit der die Bourgeoisie versucht, die antibourgeoisen und antiimperialistischen Wellen in falsche Kanäle zu lenken. Dies ist die einzig richtige proletarische und internationalistische Politik. Man muß den Leuten beibringen, daß die Landesverteidigung der Bourgeoisie falsch ist. Die Bourgeoisie nimmt schnell Kontakt mit der Bourgeoisie anderer Länder auf, verkauft das Land und hält das Volk nieder. (...)

Wir sagen, daß der Krieg zwischen Iran und Irak nur im Interesse der Kapitalisten beider Länder und des Weltimperialismus ist. Daß die irakische Regierung wichtige strategische Gebiete am Persischen Golf und im Nordwestiran erobern will, ist nur im Interesse der Imperialisten und der irakischen Bourgeoisie. Im Iran sind die Liberalen stärker geworden, der irakischen Bourgeoisie. Im Iran sind die Liberalen stärker geworden, und die Bani-Sadr-Fraktion hat bessere Positionen in der Regierung gewonnen.

Die herrschende Klasse hat ihre antidemokratische Politik ausgeweitet. Nach dem Krieg wird der Imperialismus im Iran große Märkte für seine Waren und Rüstungsgüter aufbauen und nutzt der iranischen Bourgeoisie. Wichtiger als alles: Nach dem Krieg steht im Iran eine starke Armee, eine Armee gegen das Volk, die auch die islamische Republik vernichten kann. Der Krieg verstärkt die Abhängigkeit des Iran vom Imperialismus und das Geld für den Ankauf von Kriegsmaterial fließt in die Taschen des US-Imperialismus. Heute, in dieser Situation, in der sich die nationalistische Welle im Iran verbreitert hat, und das Volk der Armee zujubelt, sagen wir, daß diese Armee gegen das Volk gerichtet ist, und nur die Imperialisten und abhängigen Kapitalisten Nutzen von dieser Verstärkung der Anti-Volk-Armee haben. Diese Armee ist nichts anderes als die Armee, die während der Schah-Zeit das ganze Volk unterdrückt hat. Diese Armee ist die Armee des „Blutigen Freitag" ... (8. September '78 in Teheran, als der Schah-General Oveissi auf dem Jaleh-Platz tausende Menschen zusammenschießen ließ, Anm.) und die in der Zeit der Islamischen Republik bis heute tausende der Werktätigen hingerichtet hat. Diese Armee hat in der Zeit der Islamischen Republik die Völker zerstört und einen Putsch im Interesse der Großkapitalisten geplant.

Wir sagen: Statt die Armee zu stärken, müssen die Volksorgane wie die Räte gestärkt werden, um die Werktätigen zu bewaffnen. Es ist die Aufgabe der fortschrittlichen Kräfte im Iran und Irak, mit ihrer unabhängigen Politik das Volk gegen Imperialismus und Bourgeoisie zu führen. Die fortschrittlichen Kräfte im Irak müssen die reaktionäre Regierung entlarven und gegen sie kämpfen und in einer revolutionären Situation diesen Krieg zu einem Bürgerkrieg gegen das herrschende Regime umwandeln. Im Iran, in der die Masse noch der herrschenden Klasse vertraut, ist es abenteuerlich und linksextremistisch, das Volk zum Bürgerkrieg aufzurufen. Richtige Politik der fortschrittlichen Kräfte im Iran wäre, den Krieg und die herrschende Klasse zu entlarven, die Massen in Räten, Ortskomitees und anderen Volksorganen zu organisieren und zu bewaffnen und unter Führung der Revolutionäre gegen jeden Angriff, darunter den Angriff des Irak zu führen. (...)

An unsere Sympathisanten:

Im Interesse der Werktätigen und zur Enthüllung dieses Krieges müssen wir folgende Forderungen beachten:

1. Neben der Volksbewaffnung und der Organisierung des Volkes in revolutionären Räten die Enthüllung der herrschenden Klasse (die gegen revolutionären Räten die Enthüllung der herrschenden Klasse (die gegen Bewaffnung des Volkes ist und sogar versucht, das Volk zu entwaffnen).

2. Gründung bewaffneter Kerne in unabhängiger Form zur Verteidigung von Städten und Kriegsgebieten.

3. Mit der Organisierung der Arbeiter und Werktätigen in den Fabriken die Widerstandsstützpunkte für die Verteidigung schaffen.

4. Zur Befriedigung materieller Bedürfnisse und von Treibstoff ... müssen wir örtliche Komitees bilden.

5. Zur Hilfe für die Verletzten des Krieges müssen wir Hilfeorgane gründen.

6. Alle fortschrittlichen Organisationen müssen freundschaftlich zusammenarbeiten und Verbindungsorgane bilden, um diese Politik zu koordinieren.

7. Die Schäden des Krieges (wie Hunger, Elend und alle anderen) müssen für die Massen erklärt werden, und zur Verteidigung der Interessen der Werktätigen müssen wir den sofortigen Abbruch des Krieges und Waffenstillstand propagieren.

(Übersetzt von einem Genossen der Volksfedayin (Minderheit) in Zusammenarbeit mit einem Bremer Genossen)

Neuerscheinungen zur Palästina-Frage

Die Revolution im Iran und in Nicaragua, die Kämpfe in Salvador, die sowjetische Invasion in Afghanistan haben in den vergangenen Monaten für diverse Schlagzeilen gesorgt und andere internationale Konflikte in den Hintergrund gedrängt. Dazu gehört auch das Palästina-Problem. Der nahöstliche Konflikt schwelt jedoch weiter; weder die Vereinbarungen von Camp David, noch der Abschluß des ägyptisch-israelischen Friedensvertrages haben ihn gelöst. Das beweisen Meldungen über israelische Luftangriffe auf palästinensische Flüchtlingslager im Libanon genauso wie Berichte über Widerstandsaktionen in den besetzten palästinensischen Gebieten. Das Palästinaproblem ist nicht gelöst und seine Entstehung und Fortexistenz verlangen nach wie vor nach Erklärungen und Analysen – und nach Lösungsvorschlägen. Es gibt einige Neuerscheinungen der diesjährigen Frankfurter Buchmesse, die das leisten sollen. Die Frage, ob das dann auch tatsächlich der Fall ist, läßt sich bei einem Titel ohne Zögern positiv beantworten:

DAS IST UNSER LAND

Das ist unser Land ist sein Titel; erschienen ist es im Lamuv-Verlag als Taschenbuch; Jan Metzger, Martin Orth und Christian Sterzing heißen die Autoren. Zwei von ihnen, Martin Orth und Christian Sterzing, haben Israel bei einem 18monatigen Aufenthalt mit der „Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste" von innen kennengelernt. Dies ist deshalb erwähnenswert, weil man dem Buch anmerkt, daß es auch aus Betroffenheit heraus geschrieben worden ist und daß die Autoren es sich mit ihrer Kritik an Israel nicht leicht gemacht haben.

Gegenstand des Buches ist die israelische Besatzung des palästinensischen Westufers und des Gaza-Streifens und der dortige Widerstand. Die Autoren beleuchten die israelische Siedlungspolitik seit dem Juni-Krieg von 1967, die Menschenrechtsverletzungen und die wirtschaftlichen Folgen der Besatzung für die einheimische Bevölkerung. Sie stützen sich dabei auf eigene Beobachtungen, Presseveröffentlichungen und Analysen internationaler Organisationen. Angereichert sind die Beiträge mit dokumentarischem Material. Für denjenigen, der aufmerksam Veröffentlichungen – auch in bundesdeutschen Zeitungen – verfolgt, ist vieles nicht neu. Die Leistung des Buches besteht in diesem Teil darin, die vielen Einzelheiten zu einem umfassenden Bild über die Lage im besetzten Westufer und im Gaza-Streifen zusammenzufügen.

Neu sind eine ganze Reihe von Informationen, die das Buch über die Entwicklung des palästinensischen Widerstands auf dem palästinensischen Westufer liefert. Die Autoren schildern die Entstehung der palästinensischen Bewegung am Ende der 60er Jahre und stellen im Anschluß daran ihre Entwicklungsetappen bis hin zum gegenwärtigen Komitee der nationalen Führung (KNF) dar. In diesem Komitee hat sich heute praktisch die gesamte palästinensische Opposition zusammengeschlossen. Ein wichtiger Teil dieses Abschnittes behandelt das Verhältnis der palästinensischen nationalen Bewegung auf dem Westufer und im Gaza-Streifen zur Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Daß die PLO, die Darstellung ihrer politischen Positionen, dabei vielfach sehr kurz gerät, liegt in dem Gegenstand des Buches begründet und in dem Blickwinkel, unter dem sie von den Autoren betrachtet wird.

10 Jahre Gefängnis für führendes Mitglied der Volksmodjahedin – Jagd auf linke Opposition

Am 15. November wurde im Iran Muhammad Reza Sa'Adati, Mitglied des Zentralkomitees der Volksmodjahedin, wegen angeblicher Spionage für die Sowjetunion in einem Geheimprozeß zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Gegen das Urteil kann keine Berufung eingelegt werden („taz", 17.11.80). Vorgeworfen wird Sa'Adati, sich zweimal mit dem ersten Sekretär der sowjetischen Botschaft im Iran, Wladimir Finiskor, getroffen zu haben. Für die Volksmodjahedin waren das normale politische Kontakte wie zu anderen fortschrittlichen Staaten und Befreiungsbewegungen auch. U. a. hatten sie versucht, von Finiskor die Namen von Iranern zu erhalten, die dem CIA angehörten.
Gleichzeitig mit dem Prozeß wurde die Repression gegen die Volksmodjahedin, aber auch gegen andere linke Organisationen, verstärkt.

Der Prozeß gegen Sa'Adati hatte schon im September stattfinden sollen, damals öffentlich unter Teilnahme seiner Verteidiger und der Beobachtung internationaler Anwälte. Wegen des irakischen Angriffs auf Iran war der Prozeß verschoben worden; mit Hinweis auf die Kriegssituation fand der Prozeß schließlich sogar unter Ausschluß der Öffentlichkeit und ohne Verteidiger statt. Daß Sa'Adati nicht zum Tode verurteilt wurde (was vor dem Prozeß befürchtet wurde), liegt neben der Unhaltbarkeit der Anklage sicher mit daran, daß die Regierung sich nicht durch ein Skandalurteil weiter in Mißkredit bringen wollte. Die Hintergründe der Verhaftung Sa'Adatis werfen allein schon ein Licht auf die Politik der iranischen Regierung: Sa'Adati war im Juli 79 von einem selbsternannten „Revolutionskomitee" besonderer Art verhaftet worden: dieses Komitee war in der US-Botschaft zu deren Schutz gebildet worden. Nach der Besetzung der Botschaft wurden Dokumente über die Arbeit dieses Komitees gefunden. In einem als geheim bezeichneten Bericht wird festgehalten, daß ein gewisser Mashaal Kashani, genannt der „Schlächter", als Chef dieses Revolutionskomitees dem CIA seine Dienste angeboten hatte. Kashani wurde zwar später von den iranischen Behörden verhaftet, aber dennoch beruht die Anklage gegen Sa'Adati auf den Ergebnissen seiner „Ermittlungen". Trotz der wiederholten Forderung der Verteidigung konnte Kashani nicht vor Gericht zitiert werden – er soll kürzlich freigelassen und auf eigenen Wunsch an die Front geschickt worden sein („Le Monde", 7.11.).

Gleich am zweiten Prozeßtag wurden die Zeitungen der Volksmodjahedin verboten. Damit konnten sie allerdings nicht mundtot gemacht werden: Nach dem Verbot der Publikationen ist die Auflage sprunghaft in die Höhe gestiegen und beträgt nach Informationen aus Teheran jetzt 150.000 Exemplare täglich. Nach dem Urteil gegen Sa'Adati hat das Revolutionsgericht von Teheran gegen die wichtigsten Führungskräfte der Volksmodjahedin Haftbefehle erlassen. Der leitende Staatsanwalt von Abadan ordnete weiter an, daß alle Mitglieder der Tudeh-Partei (Revisionisten) sowie linker Guerilla-Organisationen innerhalb von 24 Stunden das Kriegsgebiet in der Ölprovinz Khuzistan verlassen müßten. Das betrifft die Volksfedayin, die Volksmodjahedin, die Pejkars und die Razman Dgan („taz", 18. und 20.11.).

Die Repressionskampagne gegen die linke Opposition hat sich – gerade während des irakisch-iranischen Krieges – weiter verschärft.

Nahost-Kommission

Uruguay: Vergessene Diktatur?

Freiheit für den Genossen Raul Sendic!



Die Tupamaros gehörten in den 60er und Anfang der 70er Jahre zu den bekanntesten und erfolgreichsten Guerilla-Gruppen Lateinamerikas. Neben der Guerilla auf dem Lande, wie sie vor allem in Kuba oder durch Che in Bolivien initiiert wurde, wurden die Tupamaros durch das Konzept der Stadtguerilla (zunächst von Carlos Marighella in Brasilien entwikkelt) berühmt. Als im April 1972 die sogenannte „Schweiz Lateinamerikas kas" in eine Diktatur umgewandelt wurde, als die Regierung den inneren Kriegszustand erklärte und den Streitkräften das Oberkommando im Kampf gegen die „Subversion" übertrug, wurde damit eine weitere Serie von Militärputschen in Südamerika eingeleitet (1973 folgte Chile, '76 Argentinien). Die Militärdiktatur in Uruguay richtete sich gegen die breite und kämpferische Arbeiterbewegung und gegen die zahlreichen bewaffneten Aktionen der Tupamaros, die in den Massen verankert waren.

Die Repression in Uruguay, die Liquidierung – im wahrsten Sinne des Wortes – der radikalen und auch demokratischen Linken ist heute nach den Ereignissen in Chile, Argentinien und jetzt in Mittelamerika leider in den Hintergrund geraten. Die politischen Gefangenen Uruguays, die jahrzehntelange Haft und Folter überlebt haben, sind hier fast vergessen (wir berichteten zuletzt in AK 56/Februar '75).

Auf einem Treffen von verschiedenen linken Organisationen aus Europa und einigen aus Lateinamerika wurde in diesem Jahr beschlossen, eine Solidaritätskampagne gerade für diese Genoss/inn/en einzuleiten, die schon vor mehr als zehn Jahren militante Kämpfe geführt haben, und die in den Gefängnissen verschwunden sind. Wir wollen dazu mit ersten Informationen beitragen.

Raul Sendic, einer der Gründer der MLN-Tupamaros, steht dabei stellvertretend für die zahllosen weniger bekannten Opfer der Repression. Sendic wurde Mitte '72 nach neun Jahren illegaler Arbeit in Montevideo verhaftet.

Im Morgengrauen des 7.9.73 wurden er und weitere acht Führer der MLN vom Militärgefängnis EMR-1 „Libertad" in verschiedene weit voneinander entfernte Militärkasernen gebracht, wo sie in Isolationshaft kamen. Alle paar Monate werden sie in andere Kasernen verlegt. Dort bestehen Anweisungen, die Genossen im Fall eines Angriffs auf die Kaserne sofort zu erschießen. Sie sind in Einzelzellen von 2m x 1,50m untergebracht, elektrisches Licht brennt Tag und Nacht. Das Lesen und Sprechen, die Ausübung handwerklicher Tätigkeiten und das Führen von Korrespondenz ist verboten. Wenn sie aus ihren Zellen geholt werden, haben sie immer eine Kapuze über dem Kopf, die Hände sind gefesselt. Bei den seltenen Gesprächen mit Angehörigen oder Anwälten läuft ein Tonbandgerät mit, Wachen halten während des Gesprächs ihre Waffen auf den Gefangenen und den Besucher gerichtet. Sendic's letzter (bekannter) Aufenthaltsort ist die Kaserne von Durazno, wo er früher in einem ausgetrockneten Brunnen gefangen gehalten wurde. Er wurde nach Durazno verlegt, nachdem er sich im März 1980 geweigert hatte, die ihm von einem Militärrichter vorgelegte Anklageschrift zu unterzeichnen. Wahrscheinlich im Juni 1980 wurde der Genosse dann – nach acht Jahren Haft – von einem Militärtribunal in Abwesenheit und ohne einen Anwalt seines Vertrauens zu 30 Jahren Gefängnis plus 15 Jahre Sicherheitsverwahrung verurteilt (Sandic ist 54 Jahre alt). Wann die Verhandlung in 2. Instanz stattfinden soll, ist unklar. Zwar kündigten die Militärs im August öffentliche Verfahren gegen die „Chefs der Subversion" für September an, getan hat sich seither allerdings nichts. (Mit öffentlichen Verfahren ist übrigens gemeint, daß das Fernsehen einige Szenen filmen darf.

Wegen eines Leistenbruchs, möglicherweise eine Folge der Schläge, die Sendic vor Jahren in der Kaserne von Colonia erhielt, kann er sich nur schwer bewegen. Obwohl dies seinen Bewachern selbstverständlich bekannt ist, wurde er bisher noch nicht einmal ärztlich untersucht. (Alle Informationen nach verschiedenen Ausgaben des „Uruguay-Bulletin").

Lateinamerika-Kommission

IV. Russell-Tribunal



Das IV. Russell-Tribunal über die Rechte der Indianer läuft.

Verhandelt wurde bereits der Fall der Bauern von San Juan de Ondores in Peru. Die 10.000 Menschen zählende Gemeinde kämpft seit 1958 mit juristischen Mitteln um ihr Land. Regierungstruppen haben die Gemeinde überfallen, Häuser in Brand gesteckt, Vieh und Besitzungen geraubt. Die Bauern mußten zeitweise ihr eigenes Land besetzen und gegen die militärischen Angriffe verteidigen. In Peru sind etwa 3.500 Indianergemeinden in einer ähnlichen Lage.

Leider konnte der Häuptling der brasilianischen Xavante-Indianer, Mario Juruna, seinen vorgesehenen Platz in der Jury des Tribunals nicht einnehmen. Die Nationale Indianerbehörde Brasiliens (FUNAI) hatte ihm die Ausreise verweigert, weil er minderjährig sei. Natürlich ist Juruna ein erwachsener Mann, aber Indianer gelten in Brasilien als nicht mündig. Nun fiel der Spruch des Bundesappellationsgerichtes, das angerufen worden war, ebenfalls gegen Juruna aus: Es handele sich bei ihm um einen *„Waldmenschen, folglich um einen Bevormundeten, der nicht in die Zivilisation einverleibt ist"* („FR", 24.11.80). Allein dieser Vorfall zeigt Berechtigung und Notwendigkeit des Tribunals. Über den Verlauf und das Urteil werden wir im nächsten AK ausführlich berichten.

El-Salvador-Aktionstage 10. - 14. Dezember: Solidarität gegen Intervention!

Die Stärke der Guerilla und der Volksbewegung in El Salvador ist in den letzten Monaten sprunghaft angestiegen. Sie haben bewiesen, daß sie selbst großangelegten Repressionsfeldzügen der Armee widerstehen können. Doch mit dem Amtsantritt von Reagan steigt die Gefahr einer nordamerikanischen Intervention.

Trotz äußerster Brutalität hat die Armee die mit der Mitte Oktober begonnenen Offensive in der nordöstlichen Provinz Morazan verbundenen Ziele nicht erreicht. Dörfer wurden bombadiert, Vieh und Ernte vernichtet, hunderte von Zivilisten ermordet und Tausende wurden aus ihren Heimatdörfern vertrieben, aber die Guerilla konnte nicht aufgerieben werden. Nach Angaben der Nationalen Befreiungsfront FMLN (dem Zusammenschluß aller Guerillaverbände) sind ihre eigenen Verluste sogar geringer als die der Armee.

Nachdem sich das Militär aus Morazan zurückgezogen hatte, startete

Nachdem sich das Militär aus Morazan zurückgezogen hatte, startete die Guerilla eine Offensive in der Umgebung der Hauptstadt San Salvador. Selbst ein Mitglied der Regierungsjunta, der Christdemokrat Morales Ehrlich, mußte auf einer Pressekonferenz zugeben, daß die Guerilla schon vier von vierzehn Departements kontrolliert. Ein Vertreter der FDR (Zusammenschluß der Massenorganisationen) äußerte die Hoffnung, daß die Guerilla in den nächsten sechs Monaten siegen werde („taz", 25.11.80).

Ein FMLN-Vertreter meinte sogar vor kurzem vor Mitgliedern der westdeutschen Solidaritätsbewegung, daß fast schon ein militärisches Gleichgewicht erreicht sei, und daß die Zeit bis zum Amtsantritt von Reagan eine Zeit wichtiger Entscheidungen sein könnte.

Mit dem Regierungswechsel in den USA, der formal erst am 20. Januar stattfindet, wächst die Gefahr einer direkten nordamerikanischen Intervention. Reagan hat mehrfach öffentlich geäußert, daß er kein zweites Nicaragua dulden werde.

Wesentlich wahrscheinlicher ist im Augenblick jedoch die Möglichkeit einer Intervention von „Friedenstruppen" aus den Armeen von Honduras, Guatemala und Venezuela.

Eine weitere Gefahr bildet die finanzielle Unterstützung der Junta – auch durch die BRD – . Außenminister Genscher ist z.Zt. darum bemüht, den 21 Mio. DM Kredit, der noch auf Eis liegt, nun doch auszahlen zu lassen.

Daraus ergeben sich die aktuellen Aufgaben der Solidaritätsbewegung. **Um die Solidaritätsarbeit zu verstärken und auf die Interventionsgefahr hinzuweisen, haben EL Salvadorkomitees aus der ganzen BRD beschlossen, vom 10. bis 14. Dezember Aktionstage durchzuführen.** Den Abschluß dieser Tage bildet eine zentrale Aktion in Bonn. Da die BRD in-

zwischen nach dgn USA der zweit-
le Aktion in Bonn. Da die BRD in-

zwischen nach den USA der zweitwichtigste Handelspartner Mittelamerikas geworden ist, hat die Solidaritätsarbeit hier eine sehr wichtige Bedeutung. Die FDR hat eine diplomatische Offensive gestartet und bemüht sich gerade hier in der BRD um Anerkennung.

Wir bitten alle Freunde und Genossen, die Aktionstage nach Kräften zu unterstützen.

Außerdem fordern wir alle auf, sich an der Spendenaktion der „taz", „Waffen für EL Salvador", zu beteiligen. Kto.Nr.: 288 59-107 P.Sch.A. Westberlin.

Auf dieses Konto sind innerhalb von nur drei Wochen immerhin schon 200.000 DM eingegangen.

Bravo „taz", das war eine Eurer guten Ideen!

(Ein Mitglied des El Salvador-Komitees Hamburg)



Bücher zum Thema: Indianer in Lateinamerika

Der folgenden Auswahl lateinamerikanischer Romane liegt ein gemeinsames Kriterium zugrunde: Alle beschreiben das Leben der Indianer, ihre reale Unterdrückung und ihre Versuche zur Gegenwehr.

Den Autoren ist es gelungen, das zum Teil mystische und naturhafte Empfinden der Indianer auch für Europäer aus einer ganz anderen Welt faßbar zu machen, damit aber zugleich das Klischee vom „naiven, apathischen Indio" zu zerstören wie auch die Illusion von einer idyllischen, „alternativen" Indianerwelt.

Ciro Alegria (Peru)
Die Erde ist groß und fremd
Huberverlag DM 36

Ciro Alegria gilt mit seinem 1941 veröffentlichten Roman als einer der ersten Schriftsteller, denen eine realistische Darstellung der Indianer unter Einbeziehung ihrer ökonomischen Lebensbedingungen gelungen ist – im Unterschied zu den bis dahin vorherrschenden humanistisch-kulturellen Ansätzen, die die ökonomische Seite der Unterdrückung ausklammerten.

Alegria benennt die Unterdrücker: Die Großgrundbesitzer, denen es allein darum geht, Land und Arbeitskräfte zu erobern, das Rechtssystem und die Kirche, die sie dabei unterstützen. Auf der anderen Seite der verzweifelte Überlebenskampf eines autonomen Indianerdorfes, wobei die Indianer in keiner Weise heroisiert, sondern in all ihrer Widersprüchlichkeit dargestellt werden.

Manuel Scorza (Peru)
Trommelwirbel für Rancas
suhrkamp Taschenbuch DM 7

Auch Scorza beschreibt den Überlebenskampf einer indianischen Dorfgemeinschaft. Sein Buch ist für uns noch authentischer als Alegria, weil es ganz aktuelle Ereignisse (im Zeitraum von 1950 bis 1962) aufgreift.

„Mehr als ein Romancier ist der Autor Zeuge", schreibt Scorza in seinem Vorwort, mit dem Anspruch auch und gerade als Schriftsteller in die gesellschaftlichen Kämpfe einzugreifen. Die Indianer kämpfen gegen das Vordringen der bis heute berüchtigten, übermächtigen Gesellschaft (Cerro de Pasco Corporation); „Klassiker" der peruanischen Bauernbewegung wie Hugo Blanco, der auch zur Zeit eine wichtige Rolle in der Linken Perus spielt, werden verarbeitet.

Ebenfalls empfehlenswert von **Manuel Scorza:**
Garabombo der Unsichtbare
Autorenedition DM 29,80

Garabombo ist für alle Autoritäten des Staates, Polizei und Militär, unsichtbar. Deswegen gelingt es ihm, in atemloser Spannung von seinen Genossen beobachtet, die schwer bewachte Polizeiwache zu betreten und die militärischen Pläne für den nächsten Einsatz gegen die Bauern zu klauen...

Miguel Angel Asturias (Guatemala)
Der grüne Papst

Asturias beschreibt das Vordringen der nordamerikanischen Bananengesellschaften in Guatemala bis zu ihrer faktischen Machtübernahme im Staat. Das kaltblütige, geschäftsorientierte Vorgehen der Yankees wird ebenso eindrücklich geschildert wie die korrupte Kompromißbereitschaft der einheimischen Bourgeosie und ihrer staatlichen Organe.

Asturias (Nobelpreisträger) ist vor allem bekannt durch sein „Weekend in Guatemala", Erzählungen über die US-Intervention 1954.

Jose Maria Arguedas (Peru)
Die tiefen Flüsse
suhrkamp Taschenbuch DM 8

Arguedas, der als Kind unter Indianern aufwuchs, macht seine Geschichte zum Gegenstand seines Romans: Ein Junge, der mit den Bräuchen, Traditionen, dem Elend und den Demütigungen der Indianer groß wurde, kann sich nicht wieder in die Welt der Weißen eingliedern. Ungerechtigkeit und Arroganz der weißen Elite werden der Ehrlichkeit der Unterdrückten und ihrem ungebrochenen Verhältnis zur Natur gegenübergestellt.

Darcy Ribeiro (Brasilien)
Unterentwicklung Kultur und Zivilisation
Ungewöhnliche Versuche
edition suhrkamp DM 12

Der Band beinhaltet eine Sammlung von Aufsätzen und Essays über Probleme der Unterentwicklung, lateinamerikanische „Besonderheiten" und die Indianer. Ein kleiner Ausschnitt aus dem Indianer-Kapitel war dem Artikel zum IV. Russell-Tribunal in AK 189 vorangestellt. Ribeiro ist Mitglied der Jury des Tribunals.

Waffen für El Salvador!

Spendet für das Überleben und den Sieg eines Volkes!
Postscheckkonto Berlin/West 288 59-107 Bankleitzahl 100 100 10

Polen: Erklärung einer linken Oppositionsgruppe (1978)

Im Folgenden veröffentlichen wir auszugsweise einen Text einer linken polnischen Oppositionsgruppe, der im Januar 1978 verfaßt wurde. Vor dem Hintergrund der Ereignisse der letzten Monate gewinnt dieser Text einen interessanten aktuellen Bezug. Zum Teil nimmt der Text Elemente der Entwicklung dieser Monate analytisch vorweg. (Den Text haben wir dem „Info des sozialistischen Osteuropakomitees Nr. 29 entnommen.)

RGW-Kommission

* * *

Seit dem Dezember 1970 (der blutigen Niederschlagung von Streiks an der polnischen Ostseeküste – Anm. AK) hat sich das Bewußtsein herausgebildet, daß der soziale Widerspruch, dessen deutlicher Ausdruck die Streikaktionen sind, keine isolierte Erscheinung darstellt, keine „vorübergehende Entzweiung der Partei von den Massen", sondern daß er im Gegenteil der Wesenskern des Produktionssystems ist, daß sich in Polen und den anderen sog. sozialistischen Staaten gebildet hat ...

Der Charakter eines Produktionssystems wird nicht durch die Absichtserklärungen seiner führenden Persönlichkeiten bestimmt, sondern durch die Art und Weise, wie die Produktion tatsächlich gelenkt wird. Bei uns wird die Gesamtheit des sozialen Produktionsprozesses von einem Partei- und Staatsapparat gelenkt, der hochgradig zentralisiert und von der übrigen Gesellschaft isoliert ist. Er existiert außerhalb der Produktion und über der Gesellschaft, dergestalt, daß die Gesamtheit der Leitung und damit der Macht in den Händen einer Kaste von „professionellen" Führern liegt ...

Das gegenwärtige Produktionssystem schließt daher von vornherein – und das darf als ein Grundpfeiler des Regimes und seiner Art zu funktionieren angesehen werden – eine wirkliche Sozialisierung der Macht, d.h. eine Beseitigung des von der Gesellschaft isolierten Staatsapparates, aus: das gegenwärtige System schließt also alles aus, was den Wesenskern des Sozialismus selbst darstellt.

Das Vorhandensein eines separaten Staatsapparates ist stets ein deutliches Zeichen für den Klassenkampf in der Gesellschaft gewesen. Der Widerspruch zwischen der bürokratischen Oligarchie und der Arbeiterklasse ist der historisch letzte Ausdruck des Klassenkampfes. Die Wurzel dieses Widerspruchs ist derjenige Staatstypus, der sich im Gefolge der Oktoberrevolution gebildet hat. Schon Lenin war auf die Gefahr der Deformierung der sowjetischen Institutionen aufmerksam geworden und hatte darauf hingewiesen, daß „die Bürokratie, die in den sowjetischen Institutionen neu erwacht, unweigerlich einen verhängnisvollen Einfluß auf die Parteiinstanzen haben muß, denn die Spitzen der Partei sind auch die Spitzen des sowjetischen Staatsapparates" (Werke, Band 31, Seite 429, polnische Ausgabe). Wenn diese Deformierung anfänglich lediglich als eine Instanz neben anderen erschien (Lenin: „Unser Arbeiterstaat ist ein Arbeiterstaat mit bürokratischen Auswüchsen" – Weke, Band 32, Seite 7), so wurde sie bald zur beherrschenden Tendenz, und die Geschichte dessen, was „das sozialistische Weltsystem" genannt wird, ist in Wahrheit die Geschichte der Umwandlung der Bürokratie in die herrschende Klasse. Es ist die erste Klasse in der Geschichte, die im Inneren durch eine Partei zusammengehalten wird, das Element, das ihre moralische und politische Einheit herstellt. Das bedeutet natürlich nicht, daß es nicht auch Gruppen und Fraktionen gibt. Aber die Ursache dieser Rivalitäten ist im wesentlichen fast immer die Sorge um die Erhaltung nicht einzelner Individuen, sondern der Führungsschicht als solcher ...

Das erklärt, daß der Plan den wahren Interessen der direkten Produzenten gänzlich fremd ist, die gegen ihren Willen unterjocht werden. Die Produktionseinheiten, von der Brigade oder der Werkstatt bis zu den Einheiten, in denen mehrere Fabriken zusammengeschlossen sind, bemühen sich nur insofern um die Erfüllung des Plans, als dies ihren Interessen dient (eine Prämie zu erhalten, ihre Positionen zu festigen); jede Produktionseinheit ist daher versucht, die anderen Einheiten als einfache Werkzeuge zu behandeln, um über sie zu ihrem Ziel zu gelangen ...

Durch ihren Kampf haben die Arbeiter bewiesen, daß der bürokratische Partei- und Staatsapparat ein Haupthindernis auf dem Wege eines späteren sozialen Fortschritts darstellt und daß die gegenwärtigen sozialen Beziehungen von Grund auf geändert werden müssen ...

Die Voraussetzungen für die politische Autonomie des Proletariats bilden sich während der Arbeiterkämpfe heraus. In dem Maße, wie die Arbeiter die Fähigkeit erwerben, die gemeinsame Verteidigung ihrer Interessen zu organisieren, bauen sie die tägliche Rivalität ab, die von der bürokratischen Wirtschaftsführung erzeugt wird, und schlagen eine Bresche in die Atomisierung des Produktionssystems. Die Bürokratie kann nur Herr der Situation bleiben, wenn es ihr gelingt, diese Keime einer Organisation der Arbeiterklasse zu ersticken. Es ist wahr, daß die Arbeiter bisher die Initiative schließlich immer aus der Hand gegeben haben und nicht imstande waren, von der Verteidigung ihrer eigenen Interessen zu einer höheren Form des Kampfes gegen die Bürokratie überzugehen.

In seinem Kampfe kann sich das Proletariat auf keine einzige der bestehenden Einrichtungen des sog. sozialistischen Staates stützen. Der Streik allein schafft eine reelle Möglichkeit, das Machtmonopol der Bürokratie zu brechen. Während des Streiks geht die Macht in ihre Hände über, selbst wenn den Arbeitern dieser Prozeß noch nicht gänzlich bewußt wird. Bisher bezogen sich die Forderungen der streikenden Arbeiter hauptsächlich auf Wirtschaftsfragen, und die Streikkomitees werden aufgelöst, sobald die Bürokratie versprochen hat, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. Wenn die Streikaktionen mehrere Betriebe, mehrere Regionen auf einmal erfaßten, koordinierten die Arbeiter diese Kämpfe nicht und hatten oft nicht einmal von den Konflikten Kenntnis, die zu gleicher Zeit wie die ihren ausgebrochen waren ...

Die Schaffung eines Verteidigungsausschusses der Arbeiter (gemeint ist das KOR – Anm. AK) nach den Ereignissen vom Juni 1976 war seit 1956 die erste Kundgebung einer Solidarität des gesamten Proletariats. Die Bürokratie war gegenüber einer solchen Solidarität machtlos: sie sah sich gezwungen, daß Vorhandensein einer Opposition zuzugeben, die öffentlich auftritt, und alle freizulassen, die im Juni 1976 wegen „Hooligantums" (Krawallmacherei – Anm. AK) eingesperrt worden waren.

Obgleich sich das KOR unfähig gezeigt hat, diese Solidarität zu festigen und sich in einen Kampfausschuß der Arbeiter zu verwandeln (übrigens hat sich das KOR nie ein solches Ziel gesetzt), so hat es doch zum Prozeß der Organisierung einer antibürokratischen Opposition in größerem Umfang beigetragen.

Die Möglichkeit, die die gegenwärtige Opposition hat, einen radikalen Kampf gegen das bürokratische System zu führen, hängt vor allem von der Fähigkeit der Industriearbeiter ab, sich von ihren reformistischen Illusionen ‚defensiven' Typs zu befreien, sowie von der Fähigkeit der Intelligenzia, die bisher eher literarische Formen annahm, den Arbeitern bei dieser Aufgabe zu helfen.

Die gegenwärtige antibürokratische Opposition ist in ihren theoretischen Schriften nicht gegen das bürokratische System als solches aufgetreten, sondern eher gegen den Machtmißbrauch der Bürokratie ... Die Opposition hat die offizielle Definition der bestehenden Produktionsbeziehungen („die sozialistische Basis") akzeptiert und lediglich Verbesserungen des Überbaus gefordert, wie die Einführung des Mehrparteiensystems. Die Opposition hat sich sogar als unfähig erwiesen, anzugeben, wie und durch wen eine solche Demokratisierung des politischen Lebens in Polen erreicht werden könnte ...

Das Hauptproblem, daß sich der wiedererwachenden polnischen Arbeiterbewegung stellt und das so alt ist wie die Bewegung selbst, reduziert sich auf die Frage: Wodurch den bürokratischen Partei- und Staatsapparat ersetzen? Man muß in der Praxis von allen Verbindungen ausgehen, die sich im Laufe der Streikaktionen und Kämpfe im Schoße der Arbeiterklasse bilden. Gegenwärtig haben diese Verbindungen die Form eines Netzes nicht strukturierter Kontakte, doch ist es nur ihnen zu verdanken, daß ein Austausch überhaupt möglich wird. Dank dieser Verbindungen werden die gegenwärtigen Streikaktionen zum Ausgangspunkt eines bewußten politischen Kampfes werden können. Gleichzeitig wird aus diesem Netz von Kontakten eine autonome Organisation der Arbeiter entstehen können, die von Mal zu Mal größere Möglickeiten einer Koordination bieten wird.

Eine solche Organisation wäre nicht eine Opposition gegen das Regime, sondern seine Antithese und gleichzeitig seine Überwindung. Ihre Funktion wird nicht die Vertretung der Arbeiterinteressen nach außen sein (die stets mit einer Spaltung zwischen Vertretern und Vertretenen Hand in Hand geht, die ihrerseits zum Ausgangspunkt einer neuen Bürokratisierung werden kann), sondern sie wäre der Embryo einer gesellschaftlichen Organisation der Zukunft. Auf eine solche Organisation gestützt, könnten sich die Streikkomitees, sobald der Kampf beendet ist, in Arbeiterräte verwandeln. Indem sie die Leitung einer Fabrik, eines industriellen Schwerpunktes usw. in ihre Hände nehmen, würden die Räte zur Basis der Arbeiterselbstverwaltung, der Übernahme der Produktion durch die Arbeiter. Auf diese Weise würde der separate Verwaltungsapparat, der bürokratische Apparat beseitigt und dementsprechend der Klassengegensatz aus der Welt geschafft.

Der Kampf zur Abschaffung des bürokratischen Systems ist der Kampf für eine sozialistische Demokratie. Die revolutionäre Arbeiterbewegung hat sich stets um die folgenden Prinzipien organisiert, ob während der Pariser Kommune 1871 oder während der Tätigkeit der Arbeiterräte im Rußland von 1917:

1.) Das Streikrecht. Alle, die die Arbeit in organisierter Form niederlegen, können nicht dafür verfolgt werden und haben das Recht, ihren Streik zu verteidigen.

2.) Die Möglichkeit, in demokratischen Wahlen gewählt zu werden und alle Funktionäre abzuberufen; Abschaffung der Praxis des Designierens und Kooptierens (Ernennens von oben – Anm. AK), sowie Wahlen mit von vornherein aufgestellten Kandidatenlisten. Wer in die Führungsgremien gewählt wurde, muß nach Ablauf seines Mandats wieder an seinen Arbeitsplatz zurückkehren. Das will auch heißen, daß die Direktion einer Fabrik von den Arbeitern dieser Fabrik gewählt wird und von ihnen abberufen werden kann, was auf die Abschaffung von ‚Berufs'-Direktoren hinausläuft.

3.) Gleiche Gehälter für alle Funktionäre des Partei- und Staatsapparates, angeglichen an den Lohn eines mittleren Arbeiters. Abschaffung aller Privilegien, die heute noch mit der Ausübung der Macht verbunden sind. Gleichheit und soziale Gerechtigkeit bedeuten nicht, daß alle Gehälter gleich sind, sondern nur, daß die Ausübung einer leitenden Funktion nicht zur Gelegenheit wird, Privilegien anzuhäufen.

4.) Freiheit der Betätigung für alle Organisationen, die die Regeln der sozialistischen Demokratie akzeptieren. Keine politische Organisation darf sich das Recht anmaßen, alleiniger Vertreter der Arbeiterinteressen zu sein. Vom Standpunkt der sozialistischen Demokratie sind alle Organisationen legal, die die Macht der Arbeiterräte als einzige Macht anerkennen.

Der Klassengegensatz zwischen der Bürokratie und dem Proletariat, der sich so augenfällig in unserem Lande dartut, ist das Fundament des gesamten „sozialistischen Weltsystems". Deshalb ist der Kampf des Proletariats in Polen in der Perspektive des Kampfes des Proletariats in den anderen Ländern des „sozialistischen Blocks" zu sehen. Der Fortschritt dieses Kampfes kann daran gemessen werden, in welchem Maße es uns gelingt, die innere Atomisierung zu überwinden, die für den „sozialistischen Block" charakteristisch ist, und die internationale Solidarität des Proletariats auf die ökonomischen und kulturellen Verbindungen zu gründen, die sich zwischen diesen Ländern herauszubilden im Begriffe sind. Nur die internationale Solidarität kann die Gewähr dafür sein, daß ein Versuch der Errichtung der sozialistischen Demokratie nicht durch eine von außen kommende Intervention brutal unterbrochen wird.

Polen: Ansichten eines Arbeiterführers

Lech Walesa, Führer der neuen polnischen Gewerkschaft „Solidarnosc", gab kürzlich in einem Interview mit dem „Stern" (47/80) einen Einblick in seine bis dahin geschickt verborgen gehaltenen politischen Auffassungen. Auf die Frage, ob er mit dem Erreichten zufrieden sei, antwortete Walesa, er habe *„größeren Appetit"*, und zwar *„nach mehr Demokratie, nach einer vollständigen"*. Auf die Frage des „Stern", wie diese Demokratie denn aussehen solle, antwortete Walesa: *„Das weiß ich selbst noch nicht. Bisher habe ich nur in Polen gelebt und daher Demokratien nie aus der Nähe gesehen. Wenn ich mal Zeit habe, fahre ich zu euch und beobachte eure Demokratie"*. Noch offenherziger wurde Walesa, als er auf die Freunde der neuen Gewerkschaft im Westen angesprochen wurde: *„Wir haben sehr viele Freunde, darunter sehr reiche, und die müssen selbst wissen, wie sie uns helfen können. Auch wenn ich noch nicht in diesen Ländern war, so weiß ich doch, daß diese Freunde sehr reich sind. Ihr Reichtum läßt sie übrigens manchmal vergessen, daß sie auf der Hut sein müssen, was die internationale Politik angeht. Wenn sie nicht aufpassen, verlieren sie ihren Reichtum und alles andere auch. Dann wird es zu spät für irgendwelche Lösungen sein. S o l s c h e n i z y n hat darüber geschrieben, und ich bin mit ihm v ö l l i g e i n v e r s t a n d e n"* (Hervorheb. v. uns).

Walesa spielt hier an auf die Ratschläge Solschenizyns an die imperialistischen Länder, ihre aggressive Politik gegenüber der UdSSR und der „3. Welt" noch mehr zu verstärken, den Vietnam-Krieg fortzusetzen u.ä.m.

Auf die abschließende Frage des „Stern", wo er denn politisch stünde, meinte Walesa mit der ihm eigenen Schlitzohrigkeit: *„Ich stehe politisch nirgendwo, ich stehe jetzt in den Gewerkschaftsverbänden. Aber es ist nicht auszuschließen, daß ich in der Zukunft einmal ein anderer bin"*. Nun, er i s t bereits ein anderer, als der er sich bislang stets zu präsentieren versuchte: Als ehrlicher, nur den Interessen der polnischen Werktätigen verpflichteter Arbeiter. Eine Reihe von Linken, u.a. die Gruppe Z, zeigten sich von Äußerungen Walesas in früheren Interviews („Ich bin ein typischer Gewerkschafter" u. ä.) fasziniert: *„Ein national denkender, dem katholischen Glauben anhängender Streikführer argumentiert von dem Standpunkt aus, der die Grundlage des Kommunismus ist: dem Standpunkt der wirklichen Arbeiterklasse"* („Z", Nr. 7, S. 22). Wir vermuteten bereits in AK 186, daß die von der Z und anderen bejubelten Äußerungen Walesas *„einfach nur als taktisch geschicktes Ausweichen vor d e m kritischen Punkt der Sache zu verstehen sind, statt als ernstgemeinte Standortbestimmung."*

Die Tatsache, daß sich Walesa, was seine persönlichen Auffassungen anbelangt, als Reaktionär entpuppt hat, bedeutet keineswegs, daß wir die neue Gewerkschaft „Solidarnosc" in Polen als reaktionär ansehen. Im Gegenteil, der Aufbau dieser Gewerkschaft war und ist ein notwendiger, fortschrittlicher Schritt. Hier schafft sich erstmals eine Arbeiterklasse im „realen Sozialismus" eine Organisation zur Verteidigung ihrer Interessen gegen die neue Bourgeoisie.

Wir gehen als Kommunisten davon aus, daß die polnische Arbeiterklasse nicht mit ihrer Gewerkschaft allein den Sozialismus erkämpfen kann. Dazu bedarf es der Herausbildung einer revolutionären kommunistischen Partei. Eine derartige Organisation kann jedoch nicht im luftleeren Raum, unabhängig von den Kämpfen der Arbeiterklasse, entstehen, sondern nur in und aus diesen Kämpfen. O h n e eine starke Arbeiterbewegung (mit mitgliederstarken, kämpferischen Gewerkschaften) wird auch die schönste revolutionäre Organisation nur ein Schattendasein führen. Auch unter diesem Aspekt ist die Gewerkschaft „Solidarnosc" eine gute Sache.

Es ist allerdings auch eine historische Erfahrung, daß in der spontanen Arbeiterbewegung zunächst bürgerliche Ideologie die Oberhand gewinnt, wofür nicht zuletzt Walesa ein anschauliches Beispiel bildet. In einem Land wie Polen, in dem der Marxismus-Leninismus durch die Bankrotteurs-Politik der Bürokratie in den Augen der Massen diskreditiert ist, und wo der katholische Klerus eine traditionell starke Stellung hat, tritt dieser Effekt noch deutlicher zu Tage als in den kapitalistischen Ländern Westeuropas.

RGW-Kommission

Betrifft Z: Es ist nicht alles Gold, was glänzt

Im AK 184, S. 43, hatte ich die **„ganz respektablen ‚Rekrutierungs'-erfolge der ‚Gruppe Z'"** lobend erwähnt. Von Genoss(inn)en aus der Gruppe Z wurde ich inzwischen darauf hingewiesen, daß ich möglicherweise doch einer allzu rosigen Selbstdarstellung der Gruppe Z aufgesessen sei. Genannt wurde folgendes konkretes Beispiel: Die Gruppe Z habe die Zahl ihrer „Sympathisanten" in Hamburg bis vor kurzem selbst mit rund 50 berechnet. Diese Zahl habe sich aber inzwischen als viel zu hoch gegriffen entpuppt. So seien Mitte Oktober zu einer Hamburger „Sympathisanten-Schulung" der Gruppe nur ganze z w e i „Sympathisanten" erschienen. Dieses Fiasko habe dann (zusammen mit früheren Querelen) endgültig dazu geführt, daß der bisher für die „Sympathisantenarbeit" verantwortliche Z-Genosse das Handtuch geworfen habe.

In der Auswertung dieser Pleite sei die Z-Leitung zum Ergebnis gekommen, daß die **„Voraussetzungen" für eine „Rekrutierungspolitik" in Hamburg bisher überhaupt nicht gegeben seien**; es sei *„unklar, auf welcher Linie überhaupt rekrutiert werden soll"*; zudem seien in Hamburg **„durch eine falsche – weil inhaltsleere – Wahlkampfführung die Möglichkeiten für eine entwickelte, gut funktionierende Sympie-Arbeit denkbar schlecht"**. Außerdem werde mit den „Sympies" zu wenig über die inhaltliche Politik der Gruppe Z diskutiert. Bei dieser Gelegenheit habe sich aber auch herausgestellt, daß „wegen mangelnder Schulung in den Zellen" auch viele „Vollmitglieder" der Gruppe Z Schwierigkeiten mit den Positionen ihrer eigenen Organisation hätten. Besonders gelte das für Themen, zu denen die Gruppe Z derzeit in Abgrenzung vom KB ganz neue Theorien zu erarbeiten versucht, also beispielsweise zu P o l e n. Hier haben die Genoss(inn)en der Gruppe Z anscheinend zum Teil erhebliche Schwierigkeiten, sich den Stoff der „Z"-Artikel überhaupt zu „erarbeiten", d. h. ihn inhaltlich zu verstehen – geschweige denn, sich damit auch noch kritisch auseinanderzusetzen.

Nach diesen Informationen möchte ich meine zum Teil vielleicht allzu unkritischen Bemerkungen über die Gruppe Z im AK 184 doch ein bißchen relativieren.

Kt., Hamburg



Weihnachtsurlaubs-Schulung

Vom 26. bis einschließlich 30. Dezember dieses Jahres wollen wir auf einer Hütte im Schwarzwald (zwischen Freudenstadt und Baden-Baden) zusammen Urlaub machen. Diese Gelegenheit wollen wir außerdem zu einer ausführlichen Diskussion und Schulung um die Frage „Ist der 3. Weltkrieg noch zu verhindern?" nutzen. Dabei wollen wir zum Beispiel die Kontroverse weiterdiskutieren, ob der 3. Weltkrieg ein Krieg gegen den RGW oder ein Krieg gegen die 3. Welt sein wird.

Neben diesem zentralen Thema werden wir in lockerer Form auch einige andere Punkte ansprechen. Bisher sind als Themen für solche Abenddiskussionen vorgeschlagen: Frauenstatut des KB, Die Frau und der Sozialismus in Eritrea (Film).

Die reinen Übernachtungskosten betragen etwa DM 25,-.

Da wir aufgrund früherer Erfahrungen mit einem großen Andrang rechnen, können wir nur Anmeldungen aus Baden-Württemberg annehmen. Diese sollten möglichst bald geschickt werden an:

KB/Gruppe Freiburg, c/o Buchladen Jos Fritz, Wilhelmstr. 15, 78 Freiburg

BILD killt — killt BILD!

Treffen der GegenBILDinitiativen

Nach dem Erscheinen des „Aufmachers" von Günter Wallraff wurde die Gegen-„BILD"stelle gegründet, in mehreren Städten bildeten sich Initiativen, um die Kampagne gegen „BILD" zu unterstützen. Die GegenBILDstelle hat eine Zeitung, die „KILLT", herausgegeben, die auch weiterhin im Abstand von einigen Monaten erscheinen soll. Auf diesem Wege sollen die Untersuchungen Günter Wallraffs, neue Informationen über die „BILD"-Praktiken und Tips für den Kampf gegen diese Lügenpresse einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Auch Plakataktionen und Veranstaltungen sollten dazu beitragen, „BILD"-Leser/innen zu „BILD"-Gegner/innen zu machen.

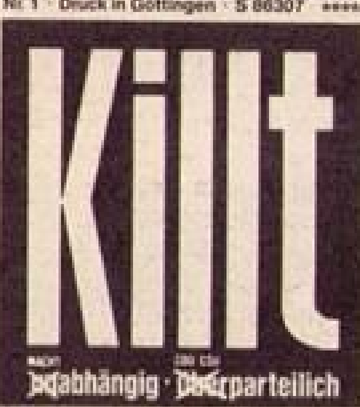
Springer hat diese Kampagne auf seine Art beantwortet, er ging vor Gericht. Seine Forderung den „Aufmacher" zu zensieren, wurde bereitwillig befolgt. Die 4.500 Namen umfassende Kartei wurde bei einem profihaften Einbruch in die Zentrale der GegenBILDstelle geklaut. Ein Zeuge Wallraffs kam unter bis heute nicht geklärten Umständen um's Leben.

Am 6. und 7. Dezember soll in Bonn ein zweites Treffen der GegenBILDinitiativen stattfinden. Erfahrungen über die bisher gelaufenen Aktivitäten sollen dort ausgetauscht werden. Die weitere GegenBILDarbeit soll sowohl unter dem Aspekt der praktischen Aktivitäten in den nächsten Monaten diskutiert werden, als auch unter dem Aspekt einer langfristigen Zielsetzung.

Nähere Informationen, u. a. den Rundbrief, erhaltet ihr bei folgender Adresse:
GegenBILDstelle
c/o Günter Wallraff
Postfach 301 443
5000 Köln 30
Dort könnt ihr euch auch für das GegenBILDtreffen anmelden.

Medienkommission

April 1980 – Verkaufspreis 1,50 DM
Nr. 1 · Druck in Göttingen · S 86307





Wer etwas Ehrgefühl hat sollte dieses

Lügenblatt

siehe unten

nicht kaufen

Aus Angst vor Frühjahrsputz: Hausfrau erschlug sich mit Hammer



40-Stunden-Woche für Redakteure

Nach zehn Verhandlungsrunden wurde zwischen den Journalistenverbänden, der DAG und dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger ein neuer Manteltarif-Vertrag abgeschlossen. Der Manteltarif-Vertrag tritt ab 1.1.1981 in Kraft und hat eine Laufzeit von vier Jahren. Schrittweise soll die 40-Stunden-Woche eingeführt werden. Ab Mitte 1981 soll die 5-Tage-Woche zur Regelarbeitszeit werden. Im Rahmen dieser Regelung erhalten die Redakteure dreimal zwei zusammenhängende freie Tage im Monat, davon mindestens ein freies Wochenende. Mehrarbeit soll vorrangig durch Gewährung von Freizeit, andernfalls finanziell abgegolten werden (nach „Frankfurter Rundschau" vom 24.11.). Für die am härtesten betroffenen Redakteure bei den Regionalzeitungen und Bezirksredaktionen, deren Arbeitsbedingungen unvorstellbar sind, wollten die Verlagskapitalisten eine unbefristete Ausnahmeregelung vereinbaren, die die Sechs-Tage-Woche beinhalten sollte. Als „Kompromiß" wurde die Ausnahmeregelung bis 1985 befristet.

Insgesamt ist das Verhandlungsergebnis ein kleiner Fortschritt gegenüber dem alten Manteltarif-Vertrag. Dieser Kompromiß ist nicht durch das Verhandlungsgeschick der Gewerkschaften zustande gekommen, die verhandelten schon seit zehn Monaten mit den Verlagskapitalisten. Dadurch, daß zum erstenmal in der Geschichte der BRD die Redakteure am 15.11. bis zu drei Stunden in den Warnstreik traten, konnte den berechtigten Forderungen der nötige Nachdruck verliehen werden. Nach Meldungen der beiden Journalistenverbände hatten sich etwa 200 Redaktionen am Warnstreik beteiligt. Sogar bei der „Bild"-Zeitung kam es in Hamburg, Westberlin und München zu Aktionen.

Medien-Kommission

Eine neue SPD-Pleite?

Wieder einmal wurde ein SPD-eigenes Unternehmen, diesmal das Kölner Druckhaus Deutz, zu Grabe getragen. Am 12.11. beschloß der Aufsichtsrat der SPD-eigenen „Konzentrations GmbH", zu der auch die Firma Deutz gehört, das Druckhaus zum 30.6.81 zu schließen. Die 150 Beschäftigten fühlen sich verarscht. Mit Parolen wie: *„Wer hat uns verraten? – Sozialdemokraten!" – „SPD sorgt für Arbeitslose" – „Betriebsergebnis ausgeglichen, doch wir werden rausgeschmissen"* protestierten sie gegen die Kapitalistenpraktiken der SPD. Seit 1978 wurden die notwendigen Investitionen auf Eis gelegt, so daß der jetzt notwendige Investitionsplan den Betrag von 30 Millionen aufweist. Der „paritätisch" besetzte Aufsichtsrat, mit Leonhard Mahlein, zugleich Vorsitzender der IG Druck, an der Spitze, lehnte den Investitionsplan mit elf zu einer Stimme ab. Sämtliche Gewerkschafts- bzw. Arbeitnehmervertreter, bis auf den Betriebsratsvorsitzenden, stellten sich gegen Maßnahmen zur Sicherung von 150 Arbeitsplätzen. So ernst meinen es SPD und Gewerkschaft, wenn sie von der Sicherung der Arbeitsplätze faseln.

SPENDENAUFRUF 100000 DM FÜR AK TECHNIK

Von rund 30 Genoss/inn/en werden bei uns derzeit die AK- und Buchmanuskripte auf dem Composer geschrieben, während der AK-Erstellung im Schichtbetrieb, für den Großteil freiwillig und zusätzlich zu ihrer sonstigen Arbeit als Berufstätige.
Es ist vollkommen einsichtig, daß wir gerade hier besonders rationell und mit möglichst wenig Streß die Arbeitsbedingungen gestalten müssen.
Die alten Composer sind sehr laut und vor allem abgenutzt, die Tastaturen sind nicht mehr voll funktionsfähig, eine Erneuerung stand auf jeden Fall an. Wenn wir statt der bisherigen Composer verschiedene Tastaturen, Bildschirm und einen Speicher benutzen, hat dies erhebliche Vorteile: Zur Zeit ist ein geschriebener Text nicht mehr änderbar; für jeden Tippfehler müssen allein drei neue Zeilen geschrieben und nachträglich mühsam eingeklebt werden, das macht zur Zeit etwa 15 % der Schreib- und Layoutarbeit aus, die man weitgehend einsparen kann, wenn der Text im Speicher auf dem Bildschirm abgerufen wird und Korrekturen nachträglich einfach eingetippt werden.
Wenn der Text erst zum Schluß aus dem Speicher ausgetippt wird, dann kann der Text auch jeweils in der Größe, mit den Typen, Zeilenabstand ausgedruckt werden, wie man es für das Layout wünscht.
Wir wissen, daß diese Systeme im kapitalistischen Betrieb dazu genutzt werden, um mit dem Computer gleichzeitig die gesamte Arbeit von Tipper/innen kontrollierbar zu machen, was den Druck und den Streß enorm erhöht.
Doch auch bei uns ist es notwendig, die Belastungen für die Augen durch Bildschirme zu beachten. Eine entsprechende Auswahl der Bildschirme, der Tastatur und der Einrichtung sowie der Gestaltung der Arbeitsbedingungen, die im einzelnen von den Betroffenen zu diskutieren sind, müssen dafür sorgen, die Belastung möglichst gering zu halten.
Ohne die im einzelnen günstigsten Geräte (z.B. beim Bildschirm oder der Tastatur etc.) zu bekommen, weil nur ganze Systeme angeboten werden, würde eine entsprechende Einrichtung – gekauft – für unsere Anforderungen rund 200.000 DM kosten. Wir haben deshalb angefangen, selbst ein System aufzubauen, das schon seine Funktionstüchtigkeit in Tests bewiesen hat. Zudem wollen wir gleichzeitig damit ein eigenes elektronisches Datensystem für den Verlag aufbauen, der derzeit seine Datenerfassung und Buchhaltung auf einer EDV auf Mietbasis macht, was uns monatlich 2000 DM Miete kostet. Das System, das wir in diesem Jahr aufbauen wollen, hat folgende Kosten:

Der jetzige Entwicklungscomputer und spätere Verlagscomputer kostet	**30.000 DM**
5 Terminals für die Texterfassung	**60.000 DM**
2 Schnelldrucker	**30.000 DM**
Die Gesamtsumme beträgt damit	**120.000 DM**

Die Gesamtsumme beträgt damit 120.000 DM

Davon müßten bis zum Jahresende 1980 noch 100.000 DM durch Spenden aufgebracht werden.
Durch dieses neue System werden wir außerdem die monatlichen Mietkosten für Composer und EDV von 6.000 DM auf 1.500 DM (für zwei Fotosatzmaschinen) drücken, womit wir zukünftigen, unvermeidlichen Kostensteigerungen erheblich gelassener entgegensehen könnten.

Wir möchten alle Genossinnen und Genossen und darüber hinaus alle Leser des AK auffordern, diese Spendensammlung mit großen und vielen kleinen Beträgen solidarisch zu unterstützen.

AK-Redaktion und Verlagskollektiv

Spendeneingänge seit AK 188	AK-Spende	Technik-Spende
M.L., Bovenden		150,–
M.S., Westberlin	100,–	
KB/Gruppe Marburg		1560,–
KB/Gruppe Bielefeld (Verkaufserlös Büromöbel)		300,–
E.Q., Frankfurt	55,–	
KB/Gruppe Bremen	46,50	
KB/Gruppe Braunschweig	950,–	
W.S., Amsterdam	32,36	
H.B., Wahlfete Fehmar		50,–
Referendarzelle KB/Gruppe Hamburg		3705,–
„AK-Spende aus Schleswig-Holstein"	50,–	
I., KB-Sympathisant Nürnberg	20,–	
KB/Gruppe Bremen	78,–	
KB/Gruppe Nürnberg	100,–	
Schwulengruppe des KB	170,–	
N.N.	750,–	
H.C., Hamburg	10,–	
B.O., Westberlin, 2 x 10,–	20,–	
B.B., Kressbronn	60,–	
Friesen u. a.	250,–	250,–
W.P., Hamburg	5000,–	
A.B., Freiburg		200,–
J.N., Freiburg	50,–	
G.V., Frankfurt		100,–
KB/Gruppe Würzburg		200,–
KB/Gruppe Göttingen	300,–	
R., KB/Gruppe Emden	90,–	
Medienkommission, Hamburg	50,–	
J., Bremen	550,–	
DLH/Hafen	20,–	
N.N.		500,–
BO Altona	25,–	
M.A., Hamburg		30,–
H., Hamburg		600,–
Insgesamt	**8776,86**	**7645,–**
Stand AK 188	**23321,95**	**28390,–**
Insgesamt AK 190	**32098,81**	**36035,–**

Spendenkonto:



Heinrich Eckhoff
Dresdner Bank Hamburg
Konto 4 501 755 00
Bankleitzahl 200 800 00

Die Wahrheit braucht mehr als ein Gerichtsverfahren

Prozeß gegen Hermann Feiling ausgesetzt

Im Frankfurter Prozeß gegen Hermann Feiling, Sybille Straub und Sylvia Herzinger mußte die Anklagebehörde am 27.11. eine erste schwere Schlappe hinnehmen. Hermann Feiling wurde für verhandlungsunfähig erklärt, sein Verfahren wurde (wahrscheinlich für immer) ausgesetzt.

Hermann war demonstrativ zum Prozeß erst gar nicht erschienen. Sein Verteidiger, Stefan Beier, begründete dies damit, daß sein Mandant von dem Termin und der Anklageerhebung gar nichts wisse. Anklage wie Vorladung seien Hermann ordnungsgemäß im Sinne der STPO nicht zugestellt worden, da er wegen seiner Blindheit zur angemessenen Kenntnisnahme nicht in der Lage sei. Er – als Anwalt – fühle sich aber nicht verpflichtet, Aufgaben des Gerichtes zu übernehmen.

Im übrigen sei Hermann Feiling nicht erschienen, weil seine Teilnahme an diesem Prozeß gesundheitlich unzumutbar sei. Hätte er, der einem komplexen Prozeßverlauf kaum folgen könne, der ihm ansonsten nur weitere Unwürdigkeiten und Schädigungen einbrächte, nicht die Absage erteilt, so wäre er nur erneut als „Mittel zum Zweck" staatlichen Verfolgungswahns mißbraucht worden. Der Rechtsanwalt, der eindrucksvoll ausführlich jene „Argentinischen Zustände" während der ersten Verhöre von Hermann schilderte, erklärte zum Schluß Hermanns Widerstand und seinen Protest damit, daß alles, was mit Hermann passiert sei, an Zeiten erinnere, wo die Beamten noch „Schwarze Uniformen" getragen hätten.

Rechtsanwalt Beier beantragte, das Verfahren gegen Hermann Feiling einzustellen. – Zu diesem Zeitpunkt, nach einer einstündigen Rede der Verteidigung, waren die draußen frierenden Zuschauer erst zur knappen Hälfte eingelassen worden: Behindert durch langwierige und zähe Kontrollen (zwei Leute Einlaß alle zehn Minuten), die einzig Wolfgang Grundmann in der „TAZ" als „höf-
Kontrollen (zwei Leute Einlaß alle zehn Minuten), die einzig Wolfgang Grundmann in der „TAZ" als „höf-
lich" zu erkennen vermochte, der sie im übrigen dank Presseausweis nicht ertragen mußte. Ohnehin waren die räumlichen Verhältnisse so gewählt, daß nur knapp 70 Leute am Prozeß teilnehmen konnten, die sich dann in einem 30 qm großen Raum vor einer Glaswand, die vom Gerichtssaal trennte, plattdrücken konnten. Bei miserablen Mikrophonen, die kaum verständlich machten, was sich im exterritorialen Gerichtssaal zutrug.

Erstaunlich in diesem Zusammenhang, daß keiner der sieben linken Verteidiger einen entsprechenden Antrag stellte, der auf diese und andere (keine Toiletten) Unzumutbarkeiten hinwies. Manchmal scheint es, als sei ein schlimmer „Gewöhnungseffekt" eingetreten.

RA Beier hatte zuvor noch erklärt, daß Hermann, straf- und haftunfähig, nur deshalb sich der unzumutbaren Barbarei einer Verhandlung unterziehen solle, weil er unbedingt als Angeklagter auf der Bank sitzen müsse, um nicht im anderen Fall, als Zeuge, von seinem spezifischen Aussageverweigerungsrecht Gebrauch machen zu können.

Darauf hin folgte die treffende Fehlleistung des Oberstaatsanwaltes Eckert: „Herr Feiling soll uns doch nur die Dinge berichten, die er als LEBENDER erlebt hat". Für ihn war der Mensch Hermann Feiling wohl längst ein totes Objekt. Eine Fehlleistung, die der Oberstaatsanwalt erst nach zweimaligem Versprecher korrigierte' „Ich meine als SEHENDER". Grinsend.

Am Donnerstag, dem zweiten Tag dieser Vorverhandlung, wurden Zeugen und Sachverständige zu Hermanns gesundheitlicher Verfassung gehört. Ein Arzt, der den jüngsten epileptischen Anfall Hermanns miterlebt hatte, schilderte, daß dieser sich ohne erkennbare Vorzeichen („Aura") ereignet habe. Daß Hermann danach lange Zeit bewußtlos und unansprechbar war.

Dem folgenden Hauptgutachter Professor Mentzos, der offensichtlich bestrebt war, sein früheres Urteil, Hermann sei verhandlungsfähig, wieder aufzuheben, war inzwischen nach dem Studium von dessen Krankenakten aufgefallen, daß Hermann schon vier Tage (!) nach seinem Unfall einen quasi larvierten ersten Initialanfall hatte. Mentzos ging besonders darauf ein, daß sich zwischenzeitlich ein neuer Anfall ereignete. Womit er sagen wollte, daß Frequenz und Häufigkeit der Krämpfe anders zu beurteilen seien als in seinem ersten Gutachten. Deutlich kam dabei heraus, daß die Krampfanfälle im Vorfeld des Prozesses zunehmen. Er, Mentzos, gehe deshalb nun von einem erhöhten Risiko weiterer epileptischer Ereignisse aus. Nach seiner jetzigen Ansicht sei damit aber die Teilnahme an der Verhandlung für Hermann Feiling unzumutbar.

Dieser selbstkritische Gutachter erklärte dann auch, daß er die Bedeutung von Hermann Feilings Blindheit zunächst zu gering berücksichtigt habe. Schließlich schilderte Mentzos ausführlich die möglichen Konsequenzen eines „status epilepticus" (ein Krampfanfall nach dem andern in schneller Folge), den Hermann schon einmal erlitten habe, der zwar medikamentös zu behandeln sei, jedoch unter Umständen tödlich enden könne. Nach dieser – unerwarteten – Ausführung des Gutachters wurde wohl auch dem hartgesottenen Kollegium der Richter & Staatsanwälte etwas unwohl. Es vertagte sich unter dem Eindruck eines weiteren gutachterlichen Hinweises, daß mit einer stabilen Rehabilitation von Epileptikern erst in einem Zeitraum von bis zu fünf Jahren zu rechnen sei.

Nach einer Pause verkündete der vorsitzende Richter, das Verfahren gegen Hermann werde nach § 205 der STPO vorläufig eingestellt. Der Risiken wegen, die der ohnehin verbotenerweise abwesende Feiling im Falle seiner Teilnahme erleiden müsse. Sprachs und forderte ohne Pause oder Vertagung bruchlos dazu auf, mit der Verlesung der Anklageschrift gegen Sybille Straub und Sylvia Herzinger zu beginnen.

Die Anklage wirft – immer auf Grundlage der angeblichen „Aussagen" – den beiden vor, Mitglieder der RZ gewesen zu sein, und in die-
„Aussagen" – den beiden vor, Mitglieder der RZ gewesen zu sein, und in die-
sem Zusammenhang mehrere Brand- und Sprengstoffanschläge geplant und durchgeführt zu haben. Diese schwerwiegenden Vorwürfe waren in etwa 20 Minuten vorgetragen. Die Angeklagten lehnten jede Erklärung zur Person wie zur Sache ab – und alles endete mit dem Antrag ihrer Verteidigung, die Anklage gegen beide einzustellen und natürlich auch den (noch bestehenden, aber nicht vollstreckten) Haftbefehl aufzuheben.

Die Begründung war nur logisch: Wenn überhaupt, dann können diese Vorwürfe nur im Beisein Hermann Feilings geklärt werden, der jene 1.300 Seiten angeblicher Aussagen dem Inhalt nach nicht nur entschieden dementiert, sondern deren bloßes Zustandekommen unter Folterbedingungen denunziert.

Diese Anträge wurden vom Gericht zurückgewiesen. Allerdings mit dem Zusatz, daß die geforderte Aufhebung der Haftbefehle (und damit die geforderte Verneinung des „dringenden Tatverdachts") gesondert zu prüfen seien.

Insofern, juristisch, kein schlechtes Ergebnis für die ersten beiden Prozeßtage, wohl aber eine Enttäuschung für die Staatsanwaltschaft.

Der Prozeß ist damit allerdings nicht zu Ende. Juristisch nicht, politisch schon gar nicht. Zur Debatte stehen dürfte in der nächsten Woche Hermann Feilings Vernehmungsfähigkeit während der unmenschlichen Verhöre kurz nach seinem schweren Unfall. Gelingt es, die damals erzwungene illegale Verhörsituation juristisch und mit Hilfe von Zeugen und Gutachtern entsprechend zu kennzeichnen, ist dem Prozeß eben auch juristisch jeder reale Boden entzogen.

(Überhaupt nicht aus der Welt ist in diesem Falle aber die Tatsache der verbrecherischen Vergewaltigung, die Hermann Feiling angetan wurde, als er ohne jeden Rechtsbeistand, geschockt und unter Einfluß schwerer Medikamente stehend, in die Hände von Polizisten geriet, die seine angeblichen Aussagen tunlichst unter Ausschaltung von Tonbandgeräten und exakten Protokollen bekanntlich „sinngemäß" zusammenfaßten, um ihren vermeintlichen Triumpf über die Revolutionären Zellen feiern zu können.)


Hermann Feiling

Es ist selbstverständlich, daß es in den nächsten Wochen vor Gericht darum gehen wird, die Beendigung des Verfahrens, also die Aufhebung der haltlosen Anklage gegen Sybille
rum gehen wird, die Beendigung des Verfahrens, also die Aufhebung der haltlosen Anklage gegen Sybille
Straub und Sylvia Herzinger zu ertrotzen. Dies darf andererseits nicht zu einem quasi „Geschäft" mit dem Gericht führen, die Entstehungsgeschichte der 1.300 Seiten (sozusagen im „Austausch") unter den Teppich zu kehren. Auch dann nicht, wenn der vorsitzende Richter offenbar wenig Lust dazu verspürt, seinen Kopf für etwas hinzuhalten, was andere unmittelbar verbrochen haben. Das „Wohlwollen", das von diesem Gericht unübersehbar bekundet wird, ist nicht zuletzt der Versuch der kosmetischen Wiederherstellung der „Rechtsstaatlichkeit", wozu das Verbrechen, das wirklich geschehen ist, ins Vergessen zu transportieren ist. Wenn nur alle am Prozeß Beteiligten gehörig mitspielen. **Es ist jedoch dies ungeheure, in der jüngeren deutschen Justizgeschichte einmalige Unrecht, das zum wirklichen Gegenstand der Verhandlung werden muß.**

Wenn dies vom Gericht augenblicklich mit einigen Tricks und Raffinessen verhindert wird, bleibt zu überlegen, ob nicht alsbald eine Strafanzeige zu stellen ist: gegen jene Beamten und ihre Auftraggeber, die für das, was geschah, verantwortlich sind. Das wirkliche Verbrechen im Zusammenhang mit diesem Verfahren, sagte der „Pflasterstrand", begann tatsächlich mit dem Verhör. Dies muß daher auch aufgerollt werden. Öffentlich.

Weitere Prozeßtermine jeden Dienstag und Donnerstag der Woche, 9.30 Uhr, Saal 146, Gerichtsgebäude A, OLG Ffm.

Für den Hermann (und die anderen) brauchen wir dringend GELD. Für Hermann auch, um ihm bald zu seiner Rehabilitation ein Optacon Lesegerät kaufen zu können. Mit diesem Gerät, das 8.000 DM kostet, kann Hermann, vermittelt über die Nervenendigungen seiner Finger, wieder normale Bücher lesen, also nicht nur Blindenschrift.

Spendenkonto 18 15 53 - 752, A. Häuser, Karlsruhe Postscheckamt.

Bitte protestiert auch weiterhin gegen diesen Prozeß und schickt uns eure Unterschriften und Briefe zu: Initiative für Hermann, Sybille und Sylvia, 647 Oberursel 5 – Postfach 35 (Tel. 06171/73212) und: Rahmengasse 6, 69 Heidelberg.

Hier sind auch ausführliche Dokus zur Vorgeschichte dieses Prozesses erhältlich.